



// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

Soziale Lage in Bayern 2011



Soziale Lage in Bayern 2011

VORWORT



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der erste Bericht zur „Sozialen Lage in Bayern 2010“ hat eine durchweg erfreuliche Resonanz erfahren, er ist ein wichtiger Beitrag zu einem lebendigen sozialpolitischen Dialog. Der Bericht 2011 hilft mit, durch aktuelle, aussagefähige Daten eine vorausschauende Politik nahe am Menschen zu gestalten.

Die Berichtsschwerpunkte des ersten Berichts von 2010 werden im aktuellen Bericht 2011 – im Sinne einer kontinuierlichen Berichterstattung – beibehalten. Einen neuen Schwerpunkt bilden die Analysen zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund.

Wir können mit dem Bericht 2011 für Bayern auf ein erfolgreiches Jahr 2009 und 2010 zurück blicken. Bayerns Zukunftsperspektiven sind positiv. Bayern nimmt Spitzenpositionen in den Bereichen Wohlstand, Arbeitsmarkt, Teilhabe und soziale Sicherheit ein. Unsere politischen Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wirtschaftskrise 2009 aufzufangen. Sozialpolitik hat sich gerade 2009 und 2010 eindrucksvoll als nachhaltige Investition in die Menschen erwiesen. Gegenseitige Achtung, Solidarität, Freiheit und Leistungswille sind unsere Werte, die für die Gegenwart und Zukunft Bayerns stehen. Die Sozialpolitik hat sich als sozialer und wirtschaftlicher Stabilisator und Motor bewährt. Mit unserer Sozialpolitik wollen wir optimistisch Herausforderungen anpacken und die Solidarität mit Schwächeren stets bewahren.

Christine Haderthauer
Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

Markus Sackmann
Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

INHALTSVERZEICHNIS

KAPITEL 1: RAHMENBEDINGUNGEN

Vorbemerkung, Hinweise auf Datenquellen zur eigenen Recherche	10
1.0 Wirtschaftliche, regionale und demografische Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	11
1.1 Wirtschaftskraft	12
1.2 Öffentliche Schulden	16
1.3 Siedlungsstruktur	17
1.4 Bevölkerungsstruktur	18

KAPITEL 2: WOHLSTAND

2.0 Wohlstand in Bayern – ein Überblick	26
2.1 Indikatoren zu Einkommen, Armut, Reichtum	30
2.2 Durchschnittlich verfügbares Einkommen	32
2.3 Mittlerer Wohlstand	38
2.4 Armutsgefährdung	45
2.5 Überschuldung	58
2.6 Reichtumsquote	62
2.7 Einkommensschichtung	66
2.8 Einkommensquellen	69
2.9 Renten	76
2.10 Anhang	88

KAPITEL 3: ARBEITSMARKT

3.0 Der Arbeitsmarkt in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	92
3.1 Definitionen, Indikatoren	95
3.2 Arbeitsvolumen	97
3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit	106
3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	118
3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen	124
3.6 Beschäftigungsformen	128
3.7 Arbeitslosigkeit	142
3.8 Ausbildungsstellenmarkt	163
3.9 Anhang	171

KAPITEL 4: MENSCHEN MIT UND OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND

4.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick	174
4.1 Bevölkerungsstruktur	176
4.2 Wohlstand, Armut, Reichtum	180
4.3 Erwerbstätigkeit	184
4.4 Erwerbslosigkeit	186
4.5 Kinderbetreuung	190

KAPITEL 5: SOZIALE LEISTUNGEN

5.0 Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	194
5.1 Sozialhaushalt	196
5.2 Mindestsicherung insgesamt	200
5.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	204
5.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	218
5.5 Wohngeld	222
5.6 Sozialhilfe	225
5.7 Asyl	226
5.8 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Pflegeheimplätze	227
5.9 Elterngeld, Kinderbetreuung	231



KAPITEL 1

Rahmenbedingungen

1. RAHMENBEDINGUNGEN

VORBEMERKUNG

KAPITEL 1: RAHMENBEDINGUNGEN	SEITE
Vorbemerkung Hinweise auf Datenquellen zur eigenen Recherche	10
1.0 Wirtschaftliche, regionale und demografische Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick ..	11
1.1 Wirtschaftskraft	12
1.2 Öffentliche Schulden	16
1.3 Siedlungsstruktur	17
1.4 Bevölkerungsstruktur	18

Vorbemerkung: Hinweise auf Datenquellen zur eigenen Recherche und Dank an Bearbeiter des Berichtes

Analysen und Daten zur sozialen Lage in Bayern sind über diesen Bericht hinaus – neben den verschiedenen Berichten im Internet-Angebot des StMAS wie z.B.

<http://www.stmas.bayern.de/>
<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/sozialelage2010.pdf>
<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/zweiter.htm>
<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/leben-by/index.htm>
<http://www.stmas.bayern.de/migration/material/berichte.htm#bevoelkerung-mhg>

aktuell z.B. unter folgenden Links abrufbar:

- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
<http://www.statistik.bayern.de/>
- Sozialberichterstattung und Ländervergleiche der statistischen Ämter der Länder und des Bundes, so z.B.
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>
<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Statistik-Portal/20JahreDeutscheEinheit.pdf>
<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/>
<http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/>
http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/Soziooekonomische_Grunddaten.pdf
- Regionalatlanten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
<http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx>
http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/
<http://www.ak-etr.de/>
- Landes- und Regionalplanung in Bayern,
<http://www.inka.bayern.de/>
- Bundesagentur für Arbeit, z.B.
<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analyse-in-Grafiken/Analyse-in-Grafiken-Nav.html>
http://www.arbeitsagentur.de/nn_29242/Navigation/Dienststellen/RD-BY/RD-BY/Zahlen-Daten-Fakten/Zahlen-Daten-Fakten-Nav.html

Darüber hinaus kann zu gruppenspezifischen Lebenslagen auf Berichte z.B. aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen verwiesen werden, wie z.B.

- Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern,
<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>
- ifb-Familienreport, Berichts- und Tabellenband,
<http://www.stmas.bayern.de/familie/report.htm>
http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf
- Bayerns Regionen – Räume für soziale Zukunft. Informationen zur sozialen Entwicklung bayerischer Regionen.
<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/regionen/info-regionen.pdf>

Ein besonderer Dank im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Berichtes gilt neben den Bearbeitern im Staatsministerium folgenden Personen und Dienststellen:

- Ernst Kistler, Antje Hoffmann, Markus Holler, Daniel Kühn, Falko Trischler (INIFES)
- in Zusammenarbeit mit Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller, Daniel Werner (IAB-Regional)
- sowie den „hilfreichen Geistern“ beim Statistik-Service Südost der Bundesagentur für Arbeit
- sowie dem Geschäftsbereich Finanzen und Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund – speziell Herrn Edgar Kruse – für ihre Datenlieferungen und ihren Rat.

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.0 ÜBERBLICK

Wirtschaftliche, regionale und demografische Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Bayern ist wirtschaftlich stark und hat die beste Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Mit einem Haushalt ohne Neuverschuldung sind die Grundlagen für einen erfolgreichen „Aufbruch Bayern“ auch für kommende Generationen gelegt.

Wirtschaftskraft 2010: Bei der Wirtschaftskraft je Einwohner lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.337 Euro je Einwohner bundesweit auf dem 4. Platz, von den Flächenländern war nur Hessen vor Bayern. 2010 ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner preisbereinigt um 3,9% gestiegen. Zuvor war es im Krisenjahr 2009 um 4,7% gesunken. Damit hat sich die Wirtschaftskraft wieder deutlich von der Krise erholt. Insgesamt verzeichnete Bayern bei dieser Kennzahl in den letzten zehn Jahren mit einer Zunahme des realen (inflationsbereinigten) Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 10,6% ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum (Deutschland: 9,6%).

Regionale Wirtschaftskraft 2008: Die Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt) je Einwohner differiert in den Regierungsbezirken: So kam auf jeden Einwohner des Regierungsbezirks Unterfranken im Jahr 2008 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rd. 30.476 Euro. Im Gegensatz dazu erwirtschaftete jeder Einwohner des Regierungsbezirks Oberbayern 42.471 Euro. Rückschlüsse auf den realen (um Preisniveaunterschiede bereinigten) Lebensstandard in den Regionen lassen diese Daten aber nicht zu (vgl. dazu Kapitel 2).

Öffentliche Schulden: Bayern wies im Jahr 2009 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 3.300 Euro je Einwohner nach Sachsen (rd. 2.600 Euro) die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf. Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände rd. 7.900 Euro und lag damit mehr als doppelt so hoch wie in Bayern.

Ländlich geprägte Siedlungsstruktur: Der ländliche Raum in Bayern umfasst rund 85% der Landesfläche und ist Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum für rund 7,2 Millionen Menschen, d.h. rund 58% der Bevölkerung. Der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen sind damit von besonderer Bedeutung.

Verdichtungsräume und ländlicher Raum unterscheiden sich weniger durch die realen Einkommensunterschiede als vielmehr bei der Bevölkerungsstruktur, dem Arbeitsmarkt und der Infrastruktur: So haben Verdichtungsräume einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil und höhere Armutsgefährdungsquoten. Im ländlichen Raum ist die Arbeitsmarktsituation oft besser und die Notwendigkeit z.B. einer Grundsicherung im Alter geringer.

Entwicklung der Haushaltsstruktur 2000 bis 2009: Immer weniger Haushalte mit Kindern und immer mehr Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder prägen die Bevölkerungsstruktur.

- Im Zeitraum 2000 bis 2009 nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte um 22,9% und die der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder um 7,6% zu, während die Zahl der Haushalte mit Kindern um 2,9% weiter zurück ging.
- Während sich die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Zeitraum 2000 bis 2009 nur wenig veränderte, schrumpfte die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 1 Kind (insbesondere seit 2005) um 5,5%. Den stärksten Rückgang gab es bei den Haushalten mit 3 und mehr Kindern (-15,7%). Deutlich zugenommen hat die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden: +27% mit einem Kind, +23,1% mit 2 Kindern.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2009 bis 2029: Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich von heute 12,52 Mio. auf 12,63 Mio. Einwohner in 2020 und beginnt danach langsam bis 2029 auf rund 12,55 Mio. Einwohner zu sinken. Es wird voraussichtlich zu einem kontinuierlichen Rückgang der bis zu 20-Jährigen um rund 12% kommen. Bei den 20- bis unter 65-Jährigen ist bis etwa 2016 eine steigende Personenzahl zu erwarten, danach wird ein Rückgang bis 2029 auf rund 5,5% unter das Niveau von 2010 erwartet. Kontinuierlich zunehmen wird bis 2029 die Zahl der 65-Jährigen und älteren um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2010.

Regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2029: Künftig werden – wie schon in der Vergangenheit – besonders Oberfranken, Unterfranken und Randgebiete der Oberpfalz von einem teils bis zu 10-prozentigen Bevölkerungsrückgang betroffen sein. Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Landshut, aber auch die Städte Erlangen, Regensburg und Nürnberg.

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 WIRTSCHAFTSKRAFT

Wirtschaftskraft 2010: In Bayern überdurchschnittliches Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt

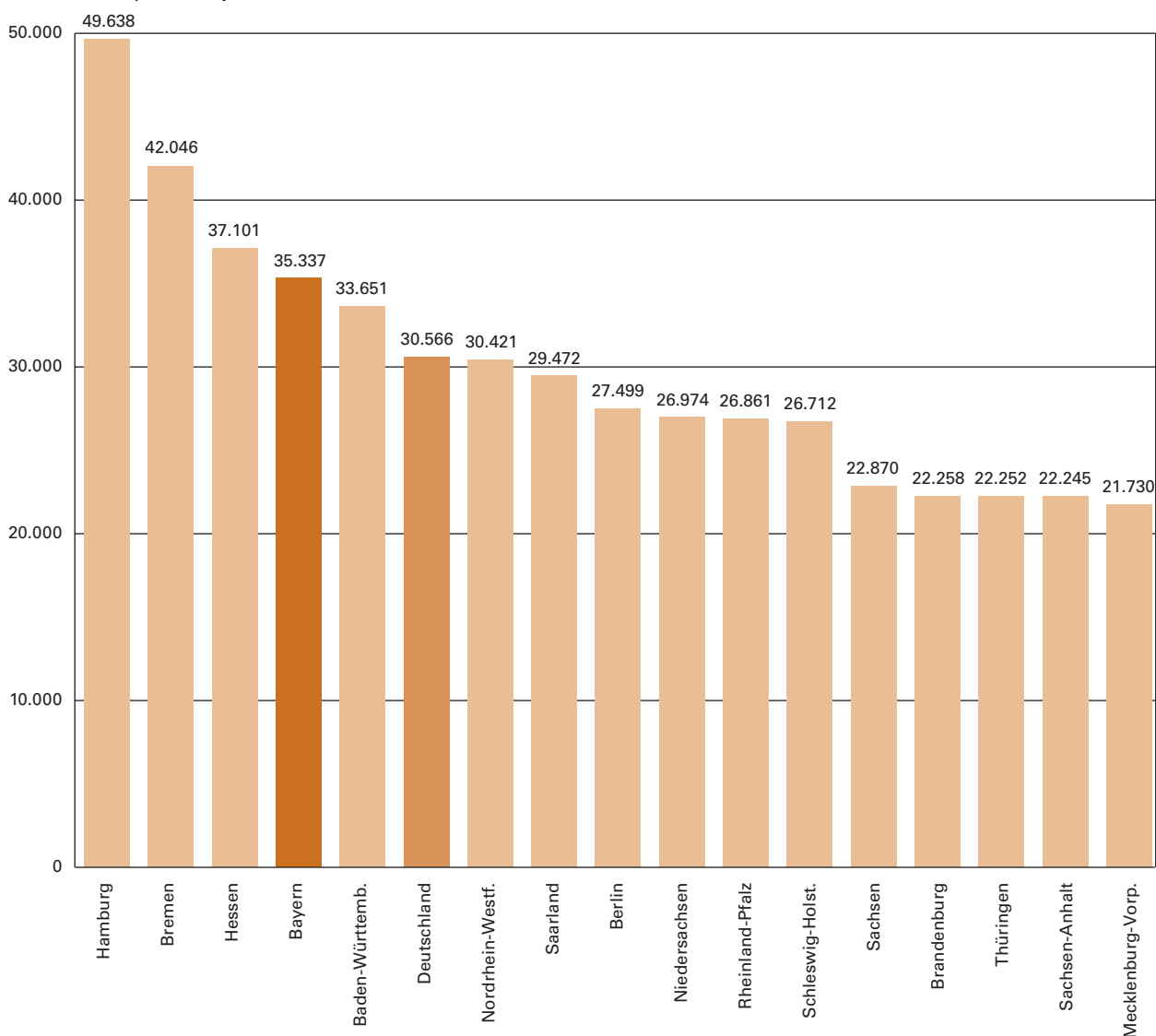
Bei der Wirtschaftskraft je Einwohner lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.337 Euro je Einwohner bundesweit auf dem 4. Platz. Von den westdeutschen Flächenländern war nur Hessen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 37.101 Euro je Einwohner vor Bayern.

Die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner weisen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit 49.638 Euro bzw. 42.046 Euro je Einwohner auf, da das Umland dieser Städte in der Maßzahl nicht berücksichtigt wird.

2010 ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern preisbereinigt um 3,9% gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2009: -4,7%). Damit lag Bayern 2010 über der Wachstumsrate des deutschen BIP (+3,6%).

Den stärksten Anstieg konnte Baden-Württemberg mit 5,5%, den geringsten Anstieg Mecklenburg-Vorpommern mit 0,3% verzeichnen.

Bruttoinlandsprodukt* je Einwohner** nach Ländern 2010



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

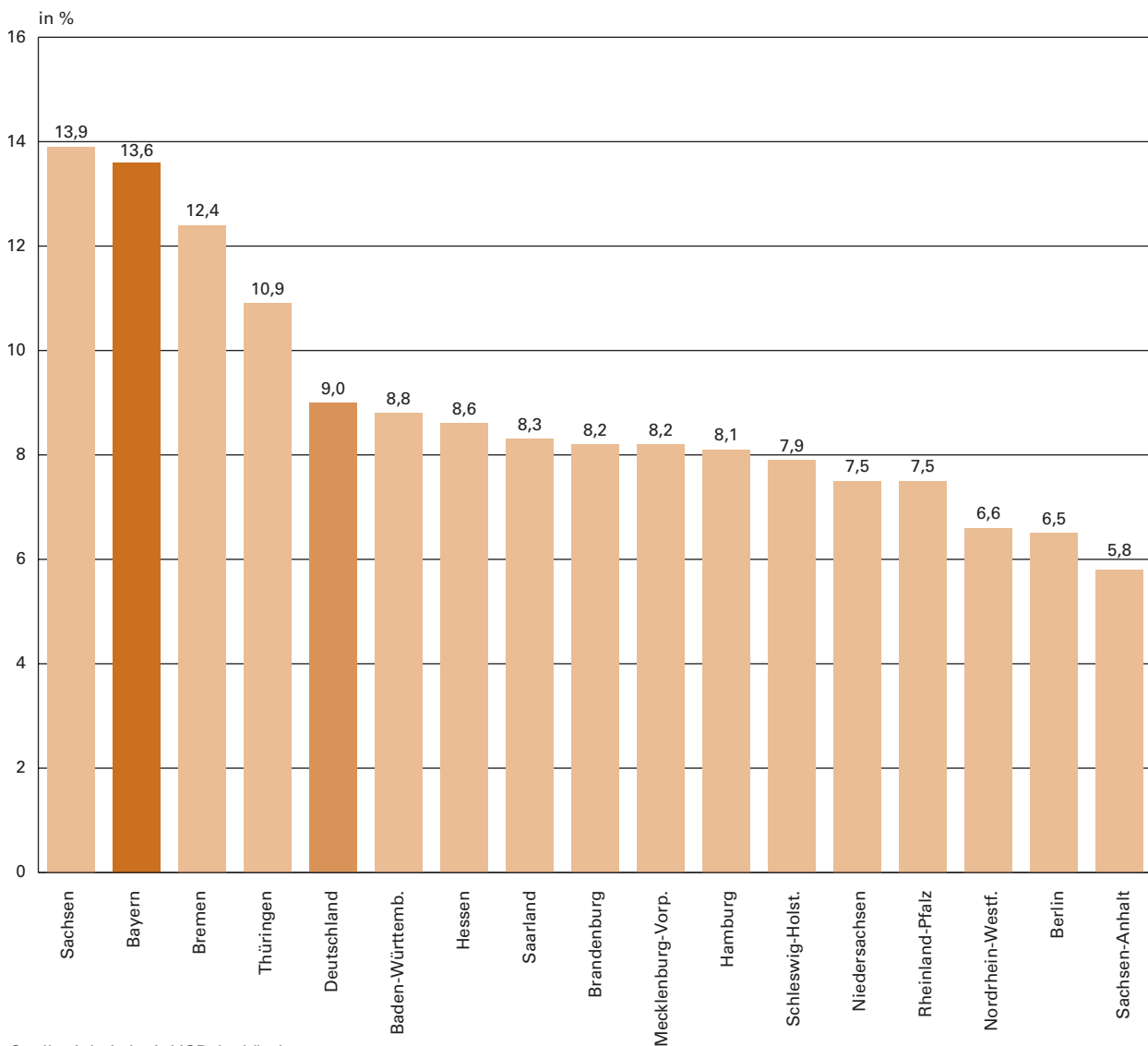
*In jeweiligen Preisen in Euro **Einwohner 2010: Stichtag 30.06.

Wirtschaftskraft der Bundesländer: Zweitgrößter Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts aller Länder im Zeitraum 2000–2010

In den letzten zehn Jahren verzeichnete Bayern mit einer Zunahme des realen (inflationsbereinigt) Bruttoinlandsprodukts von 13,6% nach Sachsen (13,9%) das stärkste Wirtschaftswachstum aller Länder, gefolgt von Bremen (12,4%) und Thüringen (10,9%).

Die neuen Bundesländer verzeichnen relativ hohe Wachstumsraten zwischen 8,2% in Brandenburg und rd. 14% in Sachsen. Diese beruhen im Wesentlichen auf einem Aufholprozess, ausgehend von einem niedrigeren Niveau als in den alten Bundesländern. Nur in Sachsen-Anhalt ist mit 5,8% ein deutlich geringeres Wachstum zu verzeichnen.

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts* nach Ländern 2000/2010



* preisbereinigt

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 WIRTSCHAFTSKRAFT

Regionale Wirtschaftskraft 2008

Die Wirtschaftskraft je Einwohner differiert in den Regionen in erster Linie aufgrund der Unternehmensansiedlungen, Branchenstruktur und Pendlerbewegungen erheblich. So kam auf jeden Einwohner des Regierungsbezirks Unterfranken im Jahr 2008 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 30.476 Euro. Im Gegensatz dazu erwirtschaftete jeder Einwohner des Regierungsbezirks

Oberbayern durchschnittlich 42.471 Euro. Gründe hierfür sind eine andere Produktionsstruktur, Produktpalette und ein höherer Anteil Erwerbstätiger.

Eine tiefere Differenzierung nach Städten und Landkreisen zeigt ein deutliches Stadt-Land-Gefälle.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bayern – Regionalisiert 2008



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in jeweiligen Preisen

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter 25.000 €	24	■ 40.000 € bis unter 55.000 €	17
■ 25.000 € bis unter 40.000 €	46	■ 55.000 € oder mehr	9
Minimum: Landkreis Schweinfurt 17.641 €		Bayern: 35.526 €	
		Maximum: Landkreis München 85.654 €	

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wirtschaftsentwicklung 1998–2008: Große regionale Unterschiede beim nominalen Wirtschaftswachstum innerhalb Bayerns

Bayernweit wuchs das Bruttoinlandsprodukt von 1998 bis 2008 um nominal 31,5%, real (preisbereinigt) entsprach dies 24,8%.

Eine relativ geringe nominale Zuwachsrates weist der Regierungsbezirk Oberfranken mit 21,8% auf, während der Regierungsbezirk Oberpfalz mit 39,5% deutlich zulegen.

Auch beim Wirtschaftswachstum gilt wie beim Wirtschaftsniveau je Einwohner: Die Unterschiede innerhalb der Regierungsbezirke sind wesentlich ausgeprägter als zwischen den Regierungsbezirken. Ein Stadt-Land-Gefälle besteht nicht.

Regionalisierte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts* 1998/2008



Veränderung in %

- bis unter 20
- 20 bis unter 27
- 27 bis unter 34

Häufigkeit

- 11
- 16
- 22

- 34 bis unter 41
- 41 bis unter 48
- 48 oder mehr

Häufigkeit

- 20
- 15
- 12

Minimum: Landkreis Wunsiedel 5,5

Bayern: 31,5

Maximum: Landkreis Altötting 59,1

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, VGR der Länder

* in jeweiligen Preisen

1. RAHMENBEDINGUNGEN

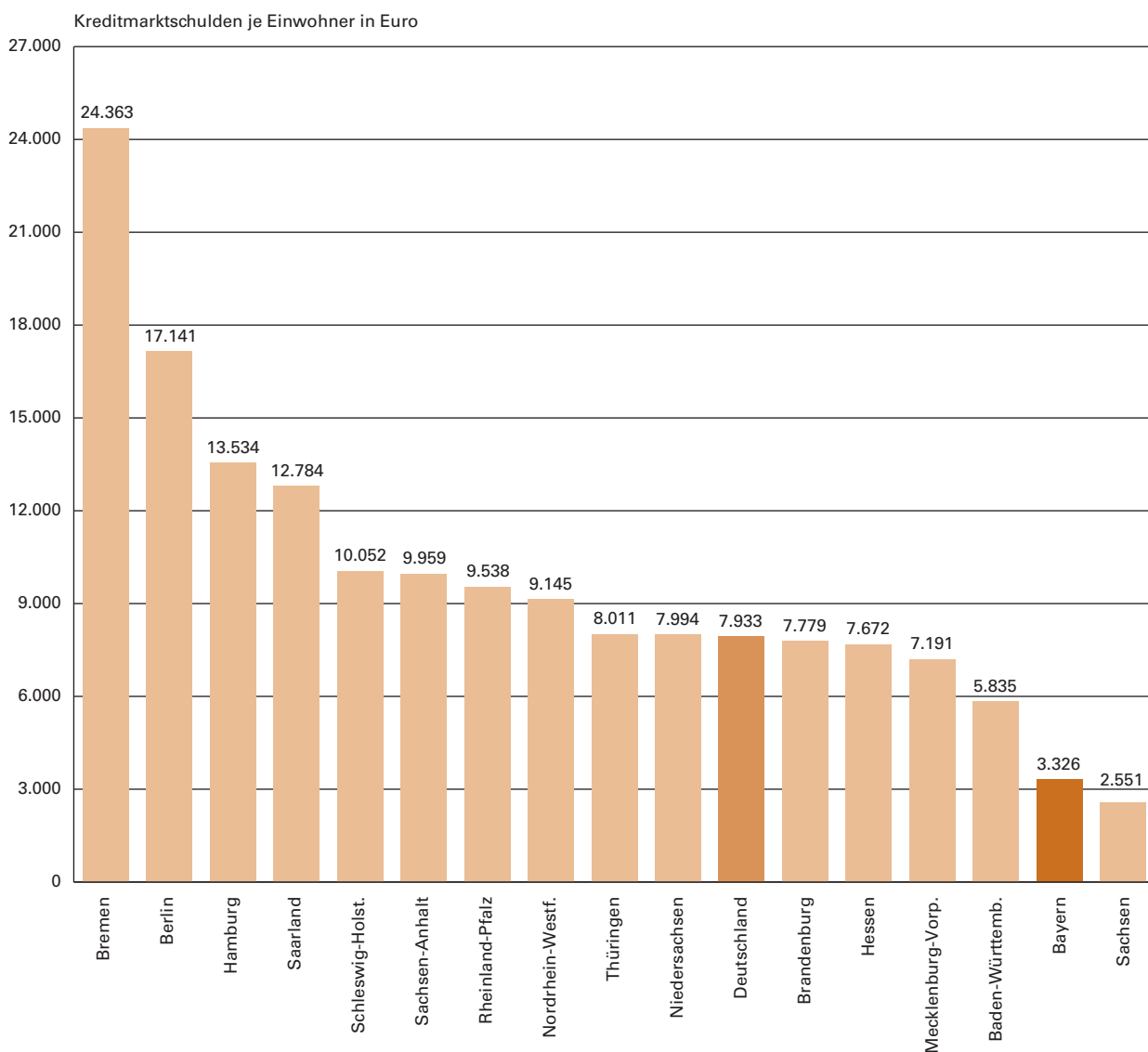
1.2 ÖFFENTLICHE SCHULDEN

Öffentliche Schulden: In Bayern nach Sachsen am geringsten in Deutschland

Bayern wies im Jahr 2009 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 3.300 Euro je Einwohner nach Sachsen (rd. 2.600 Euro) die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf.

Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände rd. 7.900 Euro und lag damit mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. Auf die Einwohner der Stadtstaaten entfiel jeweils eine noch deutlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung.

Schuldenstand* der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände je Einwohner 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen) und Kassenkredite einschließlich Extrahaushalte.

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.3 SIEDLUNGSSTRUKTUR

Ländlicher Raum und Verdichtungsraum*: Unterschiede beim Einkommen (aber auch beim Preisniveau; vgl. Kap. 2: Einkommen), bei Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarkt und Infrastrukturausstattung

Die volkswirtschaftliche Produktion im ländlichen Raum je Erwerbstätigem war 2009 aufgrund der Produktpalette rd. 19% niedriger als im Durchschnitt des Verdichtungsraums.

Die Verdichtungsräume hatten einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil.

Die verfügbaren Einkommen in den ländlichen Räumen waren zwar rd. 11% niedriger als im Verdichtungsraum, die Preisniveauunterschiede kompensieren diese Differenz aber weitestgehend (vgl. Kap. 2; Einkommensunterschiede werden durch unterschiedliche Preisniveaus teils sogar überkompensiert).

Die Arbeitsmarktsituation im ländlichen Raum war 2010 oft besser als im Verdichtungsraum und die Notwendigkeit z.B. einer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung geringer.

Die Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenheim- und Pflegeplätze) ist im ländlichen Raum bei Kindern etwas weniger günstig, für Ältere aber besser, wobei dort oft auch ein etwas höherer Anteil Älterer lebt.

Ausgewählte Indikatoren im ländlichen Raum und Verdichtungsraum

Indikatoren	ländlicher Raum*	Verdichtungsraum*	Bayern	im ländlichen Raum in % von Bayern insgesamt
Bevölkerung 2009 gesamt	7.194.591	5.315.740	12.510.331	57,5
Ausländeranteil 2009 in %	6,1	13,7	9,3	37,5
Wanderungssaldo 2009	-366	9.522	9.156	-
BIP 2008 in Mio. €	210.463	234.349	444.612	47,3
BIP je Erwerbstätiger 2008	61.374	72.794	66.904	91,7
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2008	19.472	21.523	20.339	95,7
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2008 in % v. bayer. Durchschnitt	96	106	100	95,7
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2000 in % v. bayer. Durchschnitt	93	110	100	93,2
Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen (EP) 2010	4,1	5,0	4,5	92,3
Veränderung ArbQuote 2005-2010 in %-Punkten (alle EP)	-3,4	-3,2	-3,3	-
Veränderung SV-Beschäft. 2005-2010, %	7,5	6,1	6,8	110,2
Quote der Empfänger von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) und bei Erwerbsminderung 2009	1,6	2,8	2,1	76,3
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen (01.03.2010)	15,9	21,7	18,5	86
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen (01.03.2010)	89,2	91,2	90,0	99,1
Pflegeheimplätze 2009 je 1000 Einwohner ab 65 Jahre	54	47	51	105,6

* Regionale Abgrenzung von ländlichem Raum und Verdichtungsraum auf Kreisebene, möglichst passgenau zur gemeindescharfen Abgrenzung des Landesentwicklungsprogramms.

1. RAHMENBEDINGUNGEN

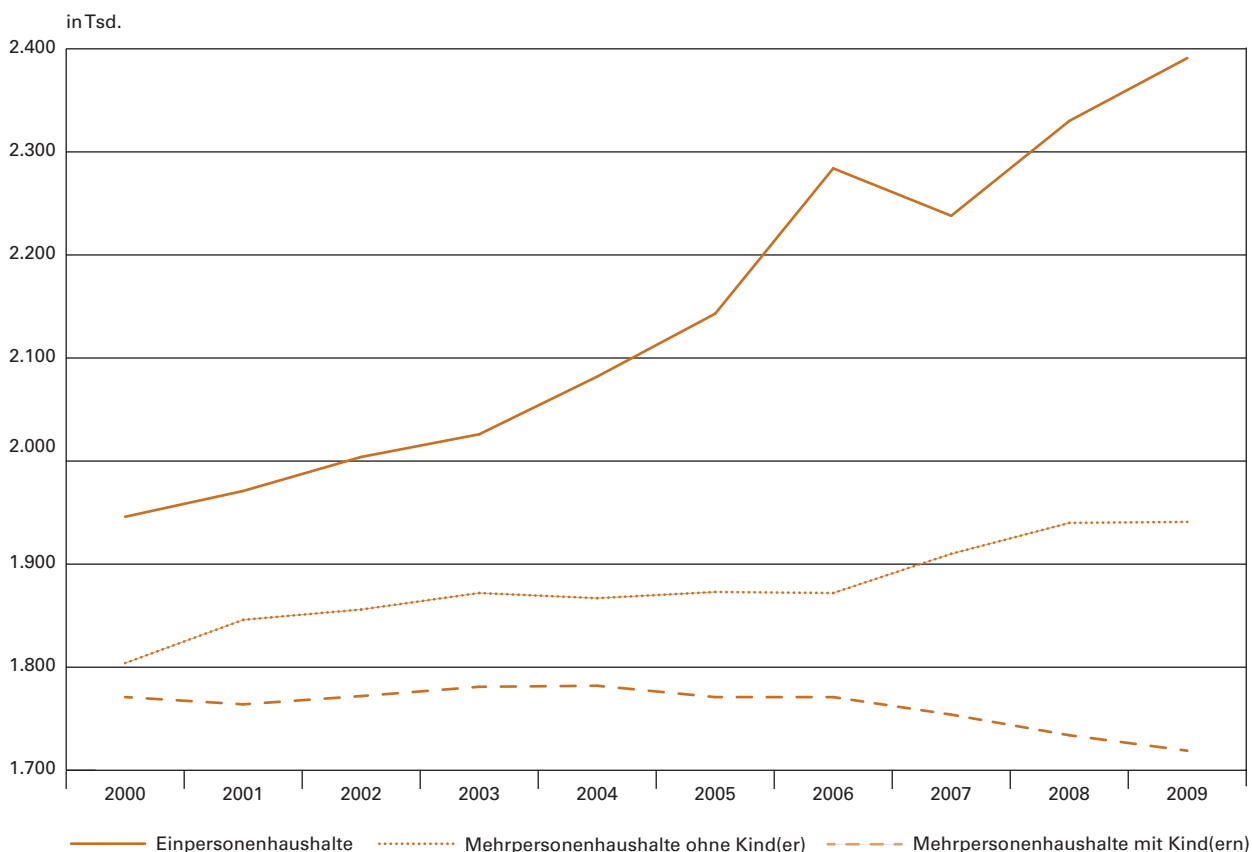
1.4 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Bevölkerungsstruktur: Steigende Zahl von Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder, immer weniger Haushalte mit Kindern¹

Im Zeitraum 2000 bis 2009 nahm die Zahl der Privathaushalte in Bayern um 9,6% bzw. 530.000 zu. Den größten Zuwachs gab es bei den Einpersonenhaushalten (+22,9% bzw. 445.000), die Zahl der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder nahm um 7,6% bzw. 137.000 zu. Die Zahl der Haushalte mit Kindern verminderte sich hingegen um 2,9% bzw. 52.000 – mit kontinuierlich weiter sinkendem Trend.

Mit einem Anteil von 39,5% bzw. 2,34 Mio. (Bayern insgesamt: 6,1 Mio. Haushalte in 2009) war der 2009 in Bayern am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt vor den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (Anteil 32,1% bzw. 1,94 Mio. Haushalte). Haushalte mit Kindern hatten einen Anteil von 28,4% bzw. 1,72 Mio. Bei den Haushalten mit Kindern hatte sich der Rückgang seit 2007 wieder verstärkt.

Entwicklung der Haushalte mit und ohne Kinder in Bayern 2000 – 2009



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Mikrozensus

¹ Detaillierte Informationen zu Haushalts- und Familientypen enthält neben den Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung z.B. auch der ifb-Familienreport Bayern 2009 / Tabellenband des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf)

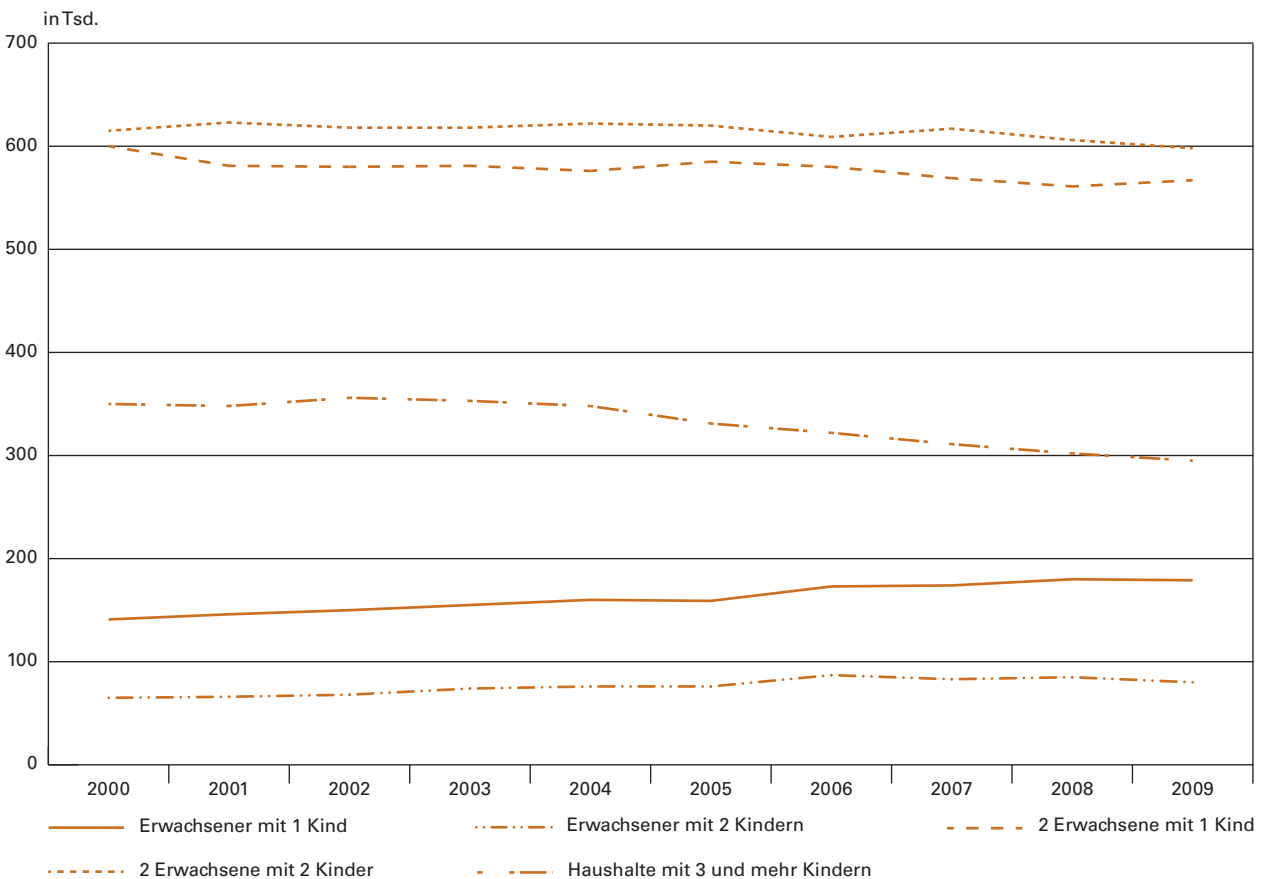
Haushalte mit Kindern und Jugendlichen (unter 27 Jahren): Rückgang der Haushalte mit 3 und mehr Kindern, mehr Alleinerziehende

Während sich die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Zeitraum von 2000 bis 2009 verhältnismäßig wenig verändert hat (–2,8% bzw. 17.000), schrumpfte die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 1 Kind (insbesondere seit 2005) um 5,5% bzw. 33.000 (Tiefstand 2008, kleiner Anstieg in 2009).

Deutlich zugenommen hat seit 2000 die Zahl der Alleinerziehendenhaushalte: Mit einem Kind im Haushalt nahm die Zahl um 27% bzw. 38.000 zu, mit 2 Kindern um 23,1% bzw. 15.000.

Den stärksten Rückgang bei den Haushalten mit Kindern verzeichneten jene mit 3 und mehr Kindern (insbesondere seit 2004): Ihre Zahl verringerte sich um 15,7% bzw. 55.000.

Haushalte mit Kindern in Bayern – 2000 bis 2009



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.4 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Deutliche Zunahme der Bevölkerung Bayerns seit 1999, Rückgang insbesondere in den neuen Ländern

Bayern ist aufgrund seiner Attraktivität ein wachsendes Land: Es hatte während der letzten 10 Jahre mit +2,9% nach Hamburg (+4,1%) das höchste Bevölkerungswachstum aller Länder. Das entsprach im Zeitraum 1999 bis 2009 einer absoluten Bevölkerungszunahme von 355.000 Menschen. Bis 2020 wird die Bevölkerungszahl in Bayern möglicherweise nochmals um 117.000 Personen gegenüber 2009 zunehmen, vorrangig in den Ballungszentren.

Bundesweit nahm die Bevölkerung zwischen 1999 und 2009 geringfügig um 0,4% oder ca. 361.000 Personen ab. Einen deutlichen Bevölkerungsrückgang verzeichneten dabei insbesondere die neuen Bundesländer. Während für Bayern bis etwa 2020 eine steigende Bevölkerungszahl zu erwarten ist, schrumpft diese bundesweit bis 2020 voraussichtlich um rund 1,9 Mio. Menschen oder rd. 2,3%.

Bevölkerungsveränderung 1999/2009* in den Ländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Bevölkerung am Jahresende

Der bayernweite Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre konzentrierte sich vorrangig auf Verdichtungsräume und deren Umland, während Nord- und Ostbayern mit ihren eher ländlich geprägten Räumen eine Bevölkerungsabnahme verzeichneten.

Bevölkerungsveränderung 2009 gegenüber 2000 in Bayern – Gesamtbevölkerung



- bis unter -2
- -2 bis unter 0
- 0 bis unter 2

22 ☒ 2 bis unter 4
15 ☐ 4 bis unter 6
26 ☐ 6 oder mehr

Maximum: Stadt München 9.9

Bayern: 2,3

Maximum: Stadt München 9,9

1. RAHMENBEDINGUNGEN

1.4 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Bevölkerung in Bayern 2009 bis 2029: Zunahme bis etwa 2020 bei deutlicher Veränderung der Bevölkerungsstruktur

Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich von heute 12,52 Mio. auf 12,63 Mio. Einwohner in 2020 und sinkt danach langsam bis 2029 auf rund 12,55 Mio. Einwohner.

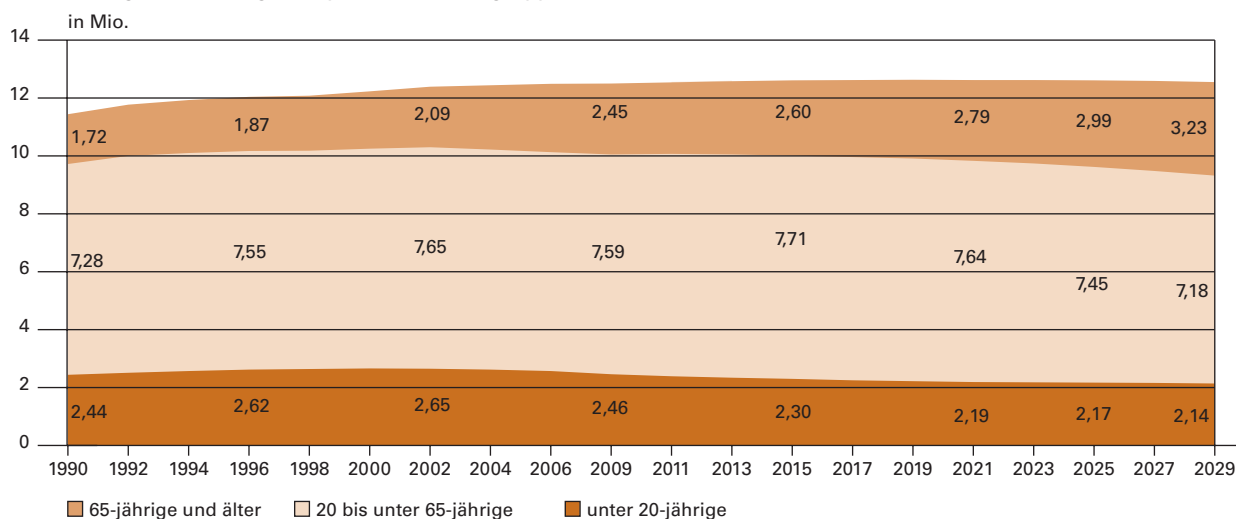
Es wird voraussichtlich zu einem kontinuierlichen Rückgang der unter 20-Jährigen bis 2029 gegenüber heute um rund 12% bzw. von heute 2,4 Mio. auf 2,14 Mio. kommen.

Bei Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren ist bis etwa 2016 eine steigende Personenzahl zu erwarten (vgl. detaillierter zum Erwerbspersonenpotential Kap. 3), danach ein Rückgang bis 2029 auf rund 5,5% unter das Niveau von 2010.

Kontinuierlich zunehmen wird bis 2029 die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2010, bei den über 75-Jährigen wird eine Zunahme sogar um rund 41% erwartet. 2010 kamen rund 65 Jüngere (unter 20 Jahre) und Ältere (ab 65 Jahre) auf 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren, 2029 werden es rund 75 sein.

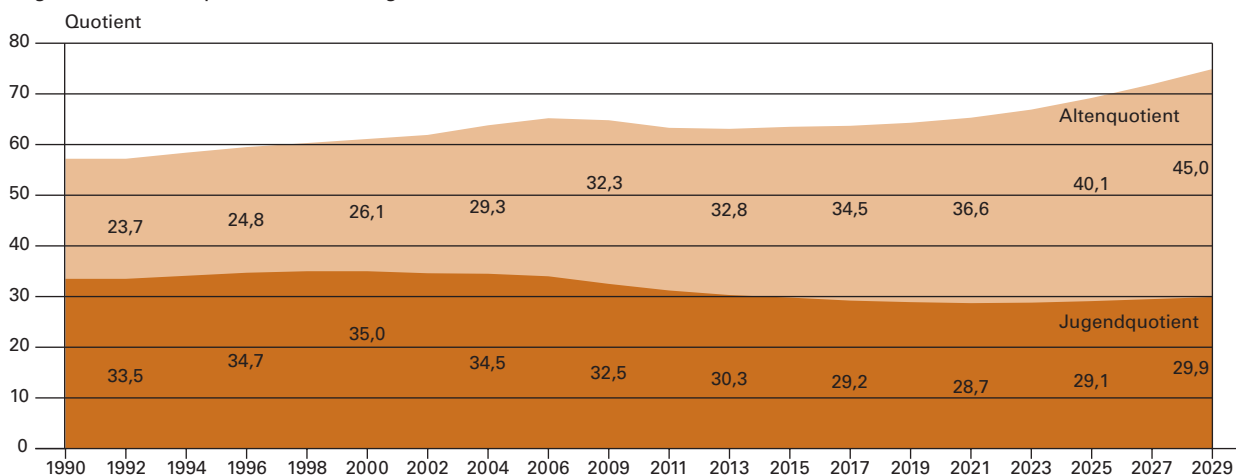
Die „Belastung“ der erwerbsfähigen Generation mit Älteren wie Jüngeren (Jugend- und Altenquotient zusammen) wird bis 2029 um rund 11%-Punkte von rund 64% in 2010 auf 75% steigen.

Bevölkerungsentwicklung in Bayern nach Altersgruppen 1990 – 2029



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, eigene Berechnungen

Jugend- und Altenquotient mit Altersgrenzen 20 und 65 Jahre*



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, eigene Berechnungen

* Jugendquotient: Unter 20-jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre;
Altenquotient: 65-jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre

Regionale Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft (2009 bis 2029): Rückgang im ländlichen Raum, Zunahme im Verdichtungsraum

Nach derzeitiger Bevölkerungsprognose wird bis 2029 die Zahl der Menschen, die in ländlichen Regionen leben, in Bayern zurückgehen (–2,5%), in Verdichtungsräumen hingegen noch teils stark ansteigen (+ 4,2%).

Von dem erwarteten Bevölkerungsrückgang sind besonders östliche und nördliche Landesteile betroffen (Ober-, Unterfranken und Randgebiete der Oberpfalz teils mehr

als 10% Bevölkerungsrückgang). Der stärkste Bevölkerungsrückgang wird für Wunsiedel erwartet (–20,9%), die stärkste Zunahme für den Kreis Erding (+ 12,5%).

Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Landshut, nördlich davon noch Regensburg sowie die Region Nürnberg/Erlangen/Fürth.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2009 bis 2029 – Gesamtbevölkerung



Veränderung gegenüber 2009 in %

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter –10	11	■ 0 bis unter 5	27
■ –10 bis unter –5	16	■ 5 bis unter 10	10
■ –5 bis unter 0	30	□ 10 oder mehr	2
Minimum: Landkreis Wunsiedel –20,9		Bayern: 0,3	Maximum: Landkreis Erding 12,5

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung



KAPITEL 2

Wohlstand

2. WOHLSTAND

2.0 ÜBERBLICK

KAPITEL 2: WOHLSTAND.....	SEITE
2.0 Wohlstand in Bayern – ein Überblick.....	26
2.1 Indikatoren zu Einkommen, Armut, Reichtum	30
2.2 Durchschnittlich verfügbares Einkommen	32
2.3 Mittlerer Wohlstand.....	38
2.4 Armutsgefährdung	45
2.5 Überschuldung	58
2.6 Reichtumsquote.....	62
2.7 Einkommensschichtung	66
2.8 Einkommensquellen	69
2.9 Renten.....	76
2.10 Anhang.....	88

Wohlstand in Bayern – ein Überblick

Bayern hat in Deutschland weiterhin mit den höchsten materiellen Wohlstand und hat auch 2010 zu den stärksten „Gewinnern“ des Wirtschaftsaufschwunges gehört. Das wirtschaftliche Krisenjahr 2009 (in Bayern Rückgang der volkswirtschaftlichen Produktion – des realen Bruttoinlandsprodukts – um 4,7%) hat insgesamt zu keinem signifikanten Anstieg der Armutsgefährdung geführt (2008: 13,6%; 2009: 13,7%), der mittlere Wohlstand hat real (inflationsbereinigt) sogar um 1% zugenommen, während das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner real in 2009 um 2,5% sank (insbesondere realer Einkommensrückgang bei hohen Einkommen aus Vermögen) und 2010 um 1,4% anstieg. Eine etwas erhöhte Armutsgefährdungsquote war bei den abhängig Erwerbstätigen 2009 zu beobachten, eine verminderte bei Selbstständigen.

Hoher Wohlstand: Der mittlere Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) war in Bayern 2009 um rund 4% höher als im westdeutschen Durchschnitt und 7% höher als in Deutschland. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt in Bayern bedeutet dies ein Wohlstandsplus von 52 Euro pro Monat gegenüber dem Durchschnitt in Westdeutschland.

Steigender mittlerer Wohlstand: In Bayern (und auch Deutschland) nahm das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 2003 und 2009 preisbereinigt um insgesamt 2,0% oder 24 Euro (pro Monat bezogen auf einen 1-Personen-Haushalt) zu. Im gleichen Zeitraum stieg das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bayern um rund 14%. Für 2010 und 2011 ist aufgrund der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung von einer weiteren Wohlstandszunahme auszugehen.

Jüngere holen beim Wohlstand auf: Von 2003 bis 2009 nahm insbesondere der reale mittlere Wohlstand der unter 25-Jährigen zu und erreichte ein Niveau von 92% (alle Altersgruppen insgesamt: 100%), während jener der über 65-Jährigen bis 2008 zurück ging, in 2009 aber wieder etwas anstieg und insgesamt ein Niveau von 89% erreichte. Bei den 25- bis 65-Jährigen lag der mitt-

lere Lebensstandard bei 109%. Bei den Einpersonenhaushalten war der mittlere Wohlstand real mit 90% weiterhin unter dem Niveau von 2003, bei den Haushalten mit Kindern – auch bei Alleinerziehenden – nahm er auch von 2008 auf 2009 wieder etwas zu, ist aber gerade bei den Alleinerziehenden mit 66% (dies entspricht in etwa auch dem Durchschnitt in Deutschland) nach wie vor weit unterdurchschnittlich (zwei Erwachsene mit Kind(ern): 97%).

Erwerbslosigkeit bedeutet geringsten mittleren Lebensstandard: Bei Personen aus Haushalten mit Arbeitslosengeld II-Bezug sowie jenen mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lag das mittlere Wohlstandsniveau 2009 bei 50% und weniger des mittleren Wohlstandes der Gesamtbevölkerung. Mit den höchsten Wohlstand hatten Haushalte von Selbstständigen, Beamten und Angestellten (zwischen 113% und 137%). Bei Arbeitern lag der mittlere Wohlstand bei 88%, bei Rentnern bei 83%, bei Erwerbslosen bei 51% (Bayern insgesamt = 100%).

Wenig Unterschiede beim mittleren Einkommen in den Regierungsbezirken: Wird das regionale Preisniveau – also die Kaufkraft des Einkommens in der Region – berücksichtigt, so sind die regionalen Wohlstandsunterschiede zwischen den Regierungsbezirken im Mittel weitaus geringer als die volkswirtschaftlichen Nominalwerte ohne Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden andeuten: Real unterscheidet sich der mittlere Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) 2009 zwischen den Regierungsbezirken nur um 2,5%-Punkte oder – bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt – um 36 Euro pro Monat: Mit 102,1% erreichte 2009 Niederbayern (Bayern gesamt = 100%) den höchsten mittleren Wohlstand, die Oberpfalz mit 99,6% aber kaum weniger und Oberbayern z.B. auch „nur“ 100,8% des mittleren gesamtbayerischen Wohlstandsniveaus. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt bedeutet der Unterschied zwischen Niederbayern und der Oberpfalz absolut 37 Euro pro Monat.

Starke Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen beim real verfügbaren durchschnittlichen Einkommen je Einwohner 2008 (aktuellste Zahl bei Redaktionsschluss): So stand real einem durchschnittlichen Einwohner im Landkreis Starnberg das höchste verfügbare Einkommen (129% des bayerischen Durchschnitts) zur Verfügung und in Augsburg (Stadt) mit 86,1% das niedrigste. Das entspricht einem Einkommensunterschied (preisbereinigt) von rund 750 Euro pro Monat, wobei aber regionale Preisunterschiede (insbesondere bei Wohnkosten) nicht berücksichtigt sind. Des Weiteren ist zu beachten, dass Durchschnittswerte von z.B. relativ wenigen hohen Einkommen Werte erreichen können, die für die Mehrheit der Bevölkerung nicht typisch sind. Auch Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur (erhöhter Anteil Migranten, Älterer usw.) werden nicht berücksichtigt, so dass Aussagen zum Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung mit dieser Messzahl nur sehr eingeschränkt möglich sind.

In Bayern geringere Armutsgefährdung als im westdeutschen Durchschnitt: Legt man 60% des bundesweit mittleren Einkommens als Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde, um verschiedene Bundesländer vergleichen zu können, so waren in Bayern in 2009 11,1% der Bevölkerung armutsgefährdet (berechnet auf Basis des Mikrozensus). In Westdeutschland lag die Armutsgefährdung rund 2,2%-Punkte höher als in Bayern, bundesweit war die Quote 3,5%-Punkte höher.

Bezogen auf das mittlere Einkommen in Bayern lag die bayerische Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des mittleren Wohlstandes) z.B. für einen Einpersonenhaushalt bei 859 Euro monatlich und damit 30 Euro über jener für Westdeutschland, wobei allerdings die Preissteigerungen in Bayern auch etwas höher waren als in (West-)Deutschland.

Insgesamt kaum veränderte Armutsgefährdungsquote: In 2003 betrug die Armutsgefährdungsquote in Bayern 13,5% (bezogen auf 60% des mittleren Einkommens in Bayern, da dieses Einkommensniveau der geeignetste Maßstab für Analysen für Bayern ist, nicht aber das gesamtdeutsche Einkommensniveau wegen wesentlich geringerer Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland), in 2009 13,7%. Auch in den anderen westdeutschen Flächenländern haben sich die Armutsgefährdungsquoten in den letzten Jahren nur wenig (unter 1%-Punkt) verändert. Trotz dieser insgesamt minimal veränderten Quote haben sich bei einzelnen Gruppen deutlichere Veränderungen ergeben (vergleiche unten).

Im Krisenjahr 2009 stieg die Armutsgefährdungsquote nur um 0,1% Punkte an, was eine hohe Wirksamkeit des Gesamtsystems sozialer Sicherung belegt.

Kaum veränderte Armutsgefährdungsschwelle und Zahl der Armutsgefährdeten: Entsprechend der real (preisbereinigt) langsam gestiegenen mittleren Einkommen

ist auch die Armutsgefährdungsschwelle 2003 bis 2009 preisbereinigt von 844 Euro in 2003 nur um 15 Euro auf 859 Euro in 2009 (im Monat) gestiegen. Waren im Jahr 2003 rund 1,61 Millionen Menschen in Bayern armutsgefährdet, so waren es im Jahr 2009 rund 1,64 Millionen, vorrangig bedingt durch die gestiegene Einwohnerzahl.

Bei nahezu unveränderter gesamter Armutsgefährdungsquote im Zeitraum 2003 bis 2009 (zwischen 13,5 bis 14,0%) veränderten sich aber gruppenspezifische Armutsgefährdungsquoten: So

- blieb zwar 2009 gegenüber 2003 bei den unter 25-Jährigen und den 25- bis unter 65-Jährigen die Quote nahezu konstant (+0,2%- bzw. +0,1%-Punkte),
- war die Quote bei den über 65-Jährigen um 0,4%-Punkte rückläufig, obwohl die Zahl der Betroffenen um rund 35 Tausend zunahm, weil insgesamt die Zahl Älterer anwuchs,
- sank die Armutsgefährdungsquote insbesondere für Erwachsene mit einem oder mehreren Kindern 2003 bis 2009 um 1,9%-Punkte bzw. rund 106 Tausend Personen,
- verringerte sich bei den Alleinerziehendenhaushalten die Armutsgefährdungsquote nur um 0,8%-Punkte. Absolut veränderte sich die Zahl Betroffener jedoch kaum, weil die Zahl Alleinerziehender anwuchs.

Hinsichtlich des Familientyps hatten auch 2009 wiederum Personen in Alleinerziehendenhaushalten mit 40,6% die höchste Armutsgefährdung. Gleichwohl ist dieser Personenkreis mit rund 165 Tausend Menschen nicht einmal halb so groß wie die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern) (Quote: 11,0%, aber rund 358 Tausend Personen), d.h. ein alleiniger Fokus der Armutsprävention auf Alleinerziehende würde nicht der Bedeutung der Größe dieser Gruppe entsprechen.

Einpersonenhaushalte hatten – insbesondere aufgrund der Armutsgefährdung Älterer – eine Armutsgefährdungsquote von 23,3% (2009). Rund 405 Tausend Ältere waren in Bayern armutsgefährdet, allerdings auch rund 717 Tausend zwischen 25 und unter 65 Jahren (Armutsgefährdungsquote 10,8%) und 514 Tausend unter 25 Jahren (Armutsgefährdungsquote 16,9%).

Von den Erwerbstätigen hatten 2009 Arbeiter zu rund 13% (rund 316 Tausend) ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, bei den Erwerbslosen lag die Quote bei 66% (rund 189 Tausend Personen), d.h. es waren wesentlich mehr Personen in Arbeiterhaushalten von Armutsgefährdung betroffen als Erwerbslose. Zahlenmäßig noch mehr armutsgefährdet waren Rentner (20,3%, 397 Tausend) sowie sonstige Nichterwerbspersonen (38,6%, 279 Tausend).

Unter den Erwerbstätigen (genauer: Personen in Haushalten mit einem Erwerbstätigen) lag die Armutsgefährdungsquote bei 8,1% (Vollzeit: 5,7%, Teilzeit: 29,9%).

2. WOHLSTAND

2.0 ÜBERBLICK

Bezieher von Arbeitslosengeld II gehörten überwiegend zu den Armutsgefährdeten (rund 84 %), bei Arbeitslosengeld I-Beziehern lag 2009 die Armutsgefährdungsquote bei „nur“ 45,5%. Durch eine Lehrausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss sank die Armutsgefährdung auf 11,8%; ohne beruflichen Abschluss lag sie bei 34,0%.

Die Armutsgefährdungsquote von Menschen

- ohne deutsche Staatsangehörigkeit war mit 26,9% und bei jenen mit einem Migrationshintergrund mit 23,3% mehr als doppelt so hoch wie bei jenen

- mit deutscher Staatsangehörigkeit (12,3%) und

- ohne Migrationshintergrund (11,2%; jeweils 2009).

Jedoch war die absolute Zahl der armutsgefährdeten Bürger

- mit deutscher Staatsangehörigkeit viermal so hoch und

- jene der Menschen ohne Migrationshintergrund doppelt so hoch,

d.h. es gab in Bayern zahlenmäßig weitaus mehr armutsgefährdete deutsche als ausländische Bürger bzw. weitaus mehr armutsgefährdete Menschen ohne Migrationshintergrund als mit Migrationshintergrund.

Von den 2009 in Bayern rund 1,635 Mio. armutsgefährdeten Personen lebten 617 Tausend in Oberbayern, über 200 Tausend jeweils in Mittelfranken und Schwaben, rund 171 Tausend in Unterfranken sowie unter 150 Tausend jeweils in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken.

Gemessen am bayernweiten mittleren Einkommen hatte Nürnberg eine Armutsgefährdungsquote von rund 21,6% (Preisniveau und damit Kaufkraft des Einkommens in etwa entsprechend bayernweitem Durchschnitt), München-Stadt von 13% (bei rund 20% höherem Preisniveau, so dass die Armutsgefährdungsquote die regionale Armut unterzeichnet, da die Einkommen in München weniger wert sind als bayernweit) und Augsburg-Stadt von 16,5% (Preisniveau in etwa wie Bayern gesamt). Auch andere Sozialindikatoren – wie z.B. die Quoten derer, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung benötigen – weisen darauf hin, dass die soziale Situation in Städten oftmals schwieriger ist als in ländlichen Räumen.

Für Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund variiert die Armutsgefährdung zwischen den Regierungsbezirken wenig (10,5 bis 13,1%). Anders bei jenen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund: Hier bestehen zwischen den Regierungsbezirken deutliche Unterschiede (Armutsgefährdungsquoten von 20,4% bis 34,3%).

Privatpersonen sind in Bayern bundesweit am wenigsten häufig von Überschuldung betroffen. Während bundesweit im Jahr 2010 9,5% der Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern 7,0% oder rund 730 Tausend Personen (z.B. Baden-Württemberg: 7,5%).

Hauptursache der Überschuldung sind Arbeitslosigkeit (mit fallendem Trend), Scheidung/ Trennung (mit steigendem Trend), Erkrankung und Sucht (mit steigendem Trend) und gescheiterte Selbstständigkeit (fallender Trend).

Die Reichtumsquote ist in Bayern höher als in (West-) Deutschland: In Bayern ist die Reichtumsquote im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet (Reichtumsschwelle: Einkommen höher als 200% des bundesweiten Medianeinkommens) mit 9,8% um rund 1 %-Punkt höher als im früheren Bundesgebiet und um rund 2 %-Punkte höher als im gesamten Bundesgebiet. Die höchste Reichtumsquote weisen in Bayern mit 10,7% (2009) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder auf, bei den Ein-Personenhaushalten und Haushalten mit zwei Erwachsenen mit Kind(ern) beträgt die Reichtumsquote rund 6 bis 7%, bei Alleinerziehenden rund 2%.

Eine höhere Reichtumsquote als im bayerischen Durchschnitt (7,9%) zeigt sich nur für Oberbayern (9,2%), am geringsten sind die Quoten in der Oberpfalz (5,4%) und Oberfranken (6,2%). Näher am bayerischen Durchschnitt liegt die Quote von Mittelfranken (6,9%), Niederbayern (7,0%), Unterfranken (7,5%) und Schwaben (6,4%).

Die Einkommensungleichheit hat sich 2009 auf Basis der Daten des Mikrozensus (sehr hohe Einkommen sind dabei nicht oder nur teilweise erfasst) etwas verändert. So nahmen die Nettoäquivalenzeinkommen (bezogen auf einen Ein-Personenhaushalt zur einfacheren Vergleichbarkeit) real bei den 10% Einkommensschwächsten um 5 Euro (pro Monat) zu, bei den 10% der Einkommensstärksten um 76 Euro, womit die absoluten Unterschiede weiter deutlich zunahmen.

In einem mittleren Einkommensbereich (75 bis 150% des mittleren Wohlstandes) lagen im Jahr 2009 55% der Haushalte, 26% waren dem einkommensschwachen Bereich zuzurechnen, 19% dem einkommensstarken Bereich mit einem Wohlstand über 150%.

Der Niedriglohnbereich nimmt auch in Bayern weiter zu, er ist aber insgesamt etwas geringer als in (West-) Deutschland: Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbezieher ist in Bayern vom Jahr 2000 mit rund 14,5% bis 2007 auf rund 17,7% angestiegen und folgt damit dem bundesweiten Trend (in Westdeutschland von 15,0 auf 18,2%).

Die Niedriglohngrenze bei Vollzeitbeschäftigung ist im Zeitraum von 2000 bis 2008 zwar nominal angestiegen, real aber gesunken: In Bayern stieg die Niedriglohngrenze nominal von 1.621 Euro (pro Monat, Vollzeitbeschäftigung) auf rund 1.836 Euro in 2008, real (in Preisen von 2009) bedeutete dies aber einen Rückgang von 1.892 Euro auf 1.836 Euro in 2008. Die Niedriglohngrenze liegt in Bayern rund 1% unter jener von Westdeutschland.

Niedriglohn ist eine „Domäne“ der Frauen. So liegt mit 30,7 % der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen im Niedriglohnbereich weit über dem Wert für Männer (11,5 %), wobei der Anstieg seit 2000 bei den Männern – von niedrigerem Niveau ausgehend – etwas ausgeprägter war als bei den Frauen.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer je Arbeitsstunde sind im Zeitraum 2003 bis 2008 in Bayern real gesunken, 2009 aber wieder um 2 % gestiegen. Damit hatten sie 2009 wieder das Niveau von 1999 erreicht.

Schulische bzw. berufliche Qualifizierung schützen mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Niedriglohnbezug bei Vollerwerbstätigkeit: So lag der Niedriglöhneranteil mit Hochschul-/Universitätsabschluss mit 2,3 % nur bei weniger als einem Zehntel der Vollzeitbeschäftigten mit max. Mittlerer Reife und keinem beruflichen Abschluss (30,7 %). Personen mit Fach-/Abitur und Berufsausbildung sind zu 8 % Vollzeit im Niedriglohnbereich tätig, Personen mit Hauptschule/mittlerer Reife und Berufsausbildung aber bereits zu 15,2 %.

Renten – Niedrigeres Niveau als in (West-)Deutschland, aber mit abnehmender Tendenz: Die Zahlungsbeträge der neuen Versichertenrenten (Rentenempfänger, die im jeweiligen Jahr erstmals eine Rente bezogen haben) lagen in Bayern – mit etwas abnehmender Tendenz – unter den west- und gesamtdeutschen Werten (für 2009 BY: 670 Euro; WD: 677 Euro; D: 685 Euro). Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet dies einen durch die Rentenreformen bedingten Rückgang von (nominal) 16 Euro in Bayern, unter Berücksichtigung der Preissteigerungsraten (also inflationsbedingter Entwertung der Rentenzahlungsbeträge) sanken die Renten um 135 Euro oder 17 %.

Bei den Frauen sind die Zahlungsbeträge der neuen Versichertenrenten 2009 – bayernweit mit 506 Euro pro Monat – rund 12 Euro höher als in Westdeutschland, real sind aber auch sie gegenüber 2000 um 63 Euro gesunken.

Bei den Bestandsrenten (Bestandsrenten: seit längerem – mindestens aus dem Vorjahr – laufende Renten) aus der Gesetzlichen Rentenversicherung lag der Durchschnittswert für die Versicherten in Bayern (2009: 673 Euro) weiterhin und mit nur schwach abnehmender Tendenz deutlich unter den west- und noch etwas deutlicher unter den gesamtdeutschen Werten (701 bzw. 715 Euro). Die nominalen Renten stiegen von z.B. 1995 bis 2009 in Bayern von rund 576 Euro auf 673 Euro, real bedeutet dies einen Rückgang (in Preisen von 2009) des monatlichen Rentenzahlungsbetrages um 54 Euro oder 7 %.

2. WOHLSTAND

2.1 INDIKATOREN ZU EINKOMMEN, ARMUT, REICHTUM

Indikatoren zu Einkommen, Armut, Reichtum und anderen Formen des Wohlstandes, der Teilhabe und Inklusion

Wohlstand – also Einkommen, Vermögen und soziale Sicherheit – ist für die meisten Menschen der wichtigste materielle Faktor für ihre Entfaltungschancen, ihre Freiheit, Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung und auch für die Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen. Über den materiellen Wohlstand in Bayern wird im nachfolgenden Kapitel berichtet.

Die zur Wohlstandsmessung verwendeten Maße und Begriffe, insbesondere

- Nominal- und Realeinkommen,
- Äquivalenzziffern (entsprechend neuer und alter OECD-Skala),
- Nettoäquivalenzeinkommen,
- Medianeinkommen (Bundes- und Landesmedianeinkommen) im Gegensatz zum Durchschnittseinkommen,
- Armut, Armuts(gefährdungs)schwelle, Armuts(gefährdungs)quote (oft auch als Armutsquote oder Armutsrisikoquote bezeichnet, wobei diese Begriffe bei großen Datensätzen gleichbedeutend sind, weil sich im Durchschnitt die Zahl der Personen mit spezifischen, zusätzlichen Be- und Entlastungen, die mehr oder weniger Einkommen für einen Mindestlebensstandard erfordern, statistisch ausgleicht) und Armuts(gefährdungs)lücke sowie
- Einkommens- und Vermögensquintile und Gini-Koeffizient

wurden ausführlich im ersten Bericht zur „Sozialen Lage in Bayern 2010“ erläutert (vgl. <http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/index.htm>, S. 40 bis 46). Deshalb wird hier auf eine Wiederholung verzichtet. Verzichtet wurde auch auf einen Vergleich der Wohlstands- und Armutsberechnungen auf Basis der „alten OECD-Skala“ im Vergleich zu Analysen auf Basis der „neuen“ OECD-Skala (im Bericht 2010 auf S. 43, 61): Gemessen am derzeitigen gesetzlichen Existenzminimum, wie es u.a. im ALG II zugrunde liegt (einschließlich Schulgeld von 100 € pro Jahr usw.), wird anhand der heute verbreiteten neuen OECD-Skala die Armutsgefährdung von Familien mit mehreren Kindern etwas unterschätzt, bei Verwendung der „alten“ OECD-Skala aber etwas überschätzt.²

In den Tabellen zu den armutsgefährdeten und reichen Personen werden nur Daten für Personen mit gültigen Einkommensangaben berücksichtigt. Sowohl die Zahl der armutsgefährdeten Personen als auch die der reichen Personen wird damit erfahrungsgemäß (Stich-

wort: „verschwiegene Armut/Reichtum“) unterschätzt, d.h. die Einkommensspreizung untererfasst. Zudem sind Armutsgefährdungs- sowie Reichtumsquoten gegenüber stichprobenbedingten Schwankungen des Medians (mittleres Einkommen) nicht sehr robust. Das bedeutet, dass geringe Schwankungen des Medians schon Veränderungen der jeweiligen Indikatoren zur Folge haben können. Aus diesem Grund sollten nur deutliche Unterschiede zwischen den Indikatorenwerten bzw. über einen längeren Zeitraum als stabile Entwicklungen interpretiert werden, aber nicht Veränderungen von 0,2%-Punkten oder weniger.

Weitere Erläuterungen zu den Begriffen sind darüber hinaus im Internet abrufbar z.B. unter

- Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html>)
- oder in Sammlungen von Sozialberichten z.B. bei
- <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-links.html>
- http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/sozialberichte/index.php

Ebenfalls verzichtet wurde in dieser Berichtsausgabe 2011 auf eine erneute Darstellung der Vermögensverteilungen:

- Hinsichtlich der Vermögen standen zum Zeitpunkt der Berichterstellung keine neueren Daten und Analysen als für den Bericht 2010 zur Verfügung (vgl. „Soziale Lage in Bayern 2010“, S. 62 und 90–92).
- Ergänzend ist zu berücksichtigen, dass Einkommen und Vermögen stark zusammen hängen und sich Vermögensstrukturen relativ langsam verändern: „Armut ist bei Berücksichtigung der Vermögen nur wenig vermindert: ... 83% der einkommensarmen Personen haben kein selbst genutztes Wohneigentum und ein nur geringes verfügbares Geldvermögen, dessen „Verzehr“ nicht einmal ein Jahr lang ein Leben an der Einkommensarmutsgrenze ermöglichen würde; unter Einbeziehung der wenigen Eigennutzer ergibt sich eine Kumulation von Einkommens- und (Geld-) Vermögensarmut von 92 %.“³

Wenn nachfolgend unter Wohlstand vorrangig materieller Wohlstand thematisiert wird, soll damit nicht übergangen werden, dass zu einem umfassenden Wohlstandsbegriff auch immaterielle Werte gehören wie

² Nach der

- „alten“ OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,7 und alle anderen mit 0,5.

- „neuen“ OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Alter von 14 und mehr Jahren aber mit 0,5 und alle anderen mit 0,3.

Über verschiedene Haushaltstypen hinweg (mit unterschiedlichem Alter der Kinder, Alleinerziehende wie Paare) würde jedoch mit einem Faktor von 1 für den Hauptbezieher, 0,6 für das zweite Haushaltsmitglied und 0,5 für das dritte und jedes weitere Haushaltsmitglied (unabhängig vom Alter) am ehesten eine Bedarfsgewichtung erreicht, die dem derzeitigen Existenzminimum, wie es u.a. im ALG II derzeit zugrunde liegt (einschließlich Schulgeld von 100 € pro Jahr, 10 € für Zugang zu Vereinen usw.), entspricht.

³ DIW / ZEW / Hauser / Becker, 2007: Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung, Analyse im Auftrag des BMAS, S. XI.

insbesondere die Qualität der Erwerbs- und Familientätigkeit, des Familienlebens (z.B. gemeinsame Zeit) und der Freizeit, der Sicherheit, der Gesundheit sowie von Achtung, Anerkennung, kultureller Freiheit und Teilhabe. Derartige qualitative Merkmale sind oft schwierig objektiv und fortlaufend zu erfassen, sie eignen sich deswegen wenig für eine allgemeine jährliche Sozialberichterstattung. Ein aktuelles Beispiel für die Bedeutung nichtmonetärer Wohlfandsfaktoren ist z.B. die Qualität der Erwerbsarbeit. Was „gute Erwerbsarbeit“ der Arbeitnehmer bedeutet zeigt beispielhaft die nachfolgende Übersicht (in Klammern der Anteil der Zustimmung als äußerst bzw. sehr wichtige Eigenschaft):

- Festes, verlässliches Einkommen (92 %)
- Sicherheit des Arbeitsplatzes (88 %)
- Arbeit soll Spaß machen (85 %)
- Behandlung „als Mensch“ durch Vorgesetzte (84 %)
- Unbefristetes Arbeitsverhältnis (83 %)
- Förderung der Kollegialität (76 %)
- Gesundheitsschutz bei Arbeitsplatzgestaltung (74 %)
- Arbeit soll als sinnvoll empfunden werden (73 %)
- Auf Arbeit stolz sein können (73 %)
- Vielseitige/abwechslungsreiche Arbeit (72 %)
- Einfluss auf die Arbeitsweise (71 %).

Quelle: INIFES 2006: „Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen“ Untersuchung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Leitershofen

2. WOHLSTAND

2.2 DURCHSCHNITTLLICH VERFÜGBARES EINKOMMEN

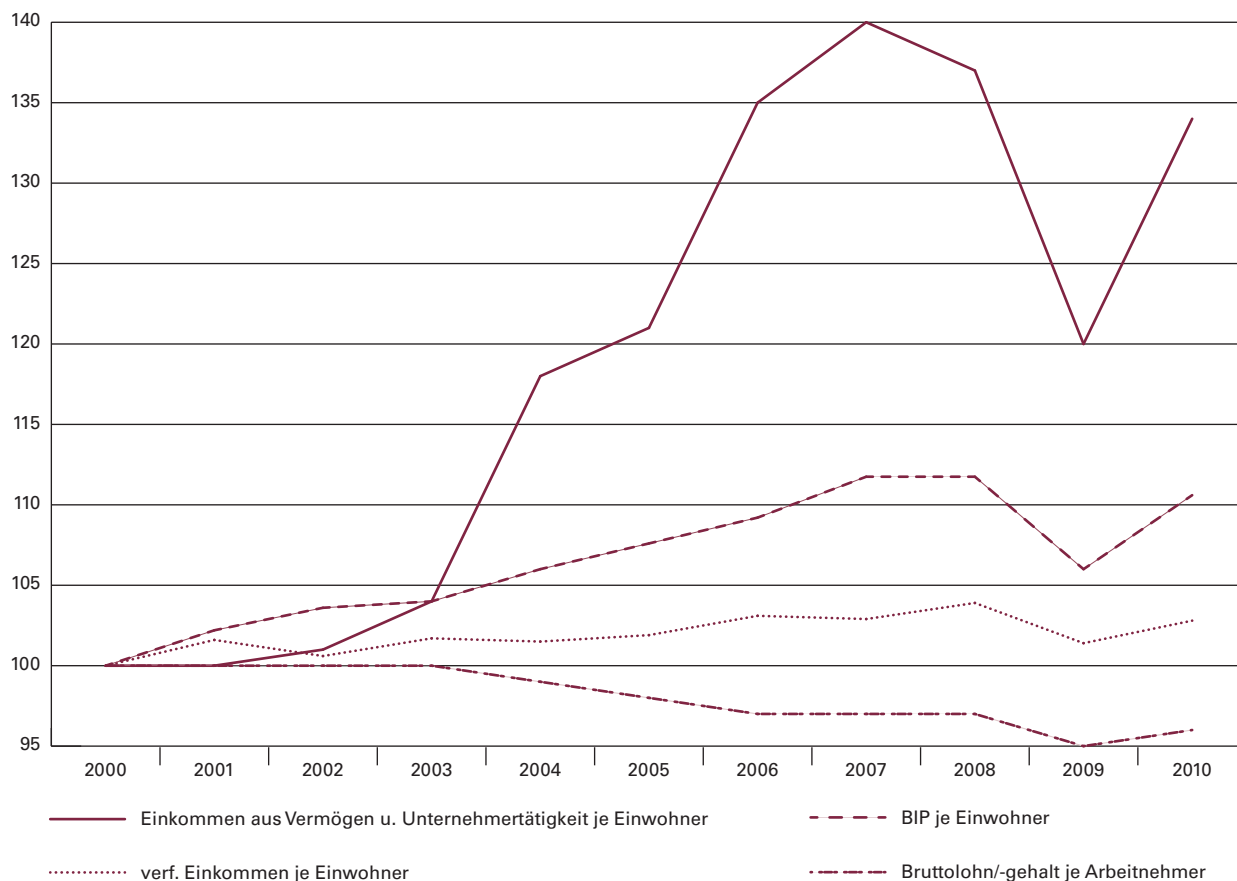
Verfügbares durchschnittliches Einkommen je Einwohner in Bayern⁴: 2009 war ein Ausnahmejahr, in 2010 wieder Aufwärtstrend

Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner real (d.h. inflationsbereinigt) im Zeitraum 2000 bis 2010 in Bayern je Einwohner um rund 10 % zunahm, wuchs das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner real um fast 3 %, wobei sich dieser Zuwachs auf Haushalte mit Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit konzentrierte.

So nahmen von 2000 bis 2010 die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit je Einwohner real (preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex) um ca. 34 % zu, für 2011 wird eine weitere Steigerung erwartet.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sanken hingegen real 2000 bis 2009 stetig und stiegen 2010 wieder etwas an, so dass sie in 2010 rund 4 %-Punkte unter dem Niveau von 2000 lagen.

Bruttoinlandsprodukt, verfügbares Einkommen, Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit jeweils je Einwohner sowie Bruttolohn/-gehalt je Arbeitnehmer, Bayern (2000 = 100, inflationsbereinigt, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, 2009/2010 teils geschätzt)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/home.asp?lang=)

⁴ 2009 und 2010 noch vorläufige Werte; alle Werte preisbereinigt.

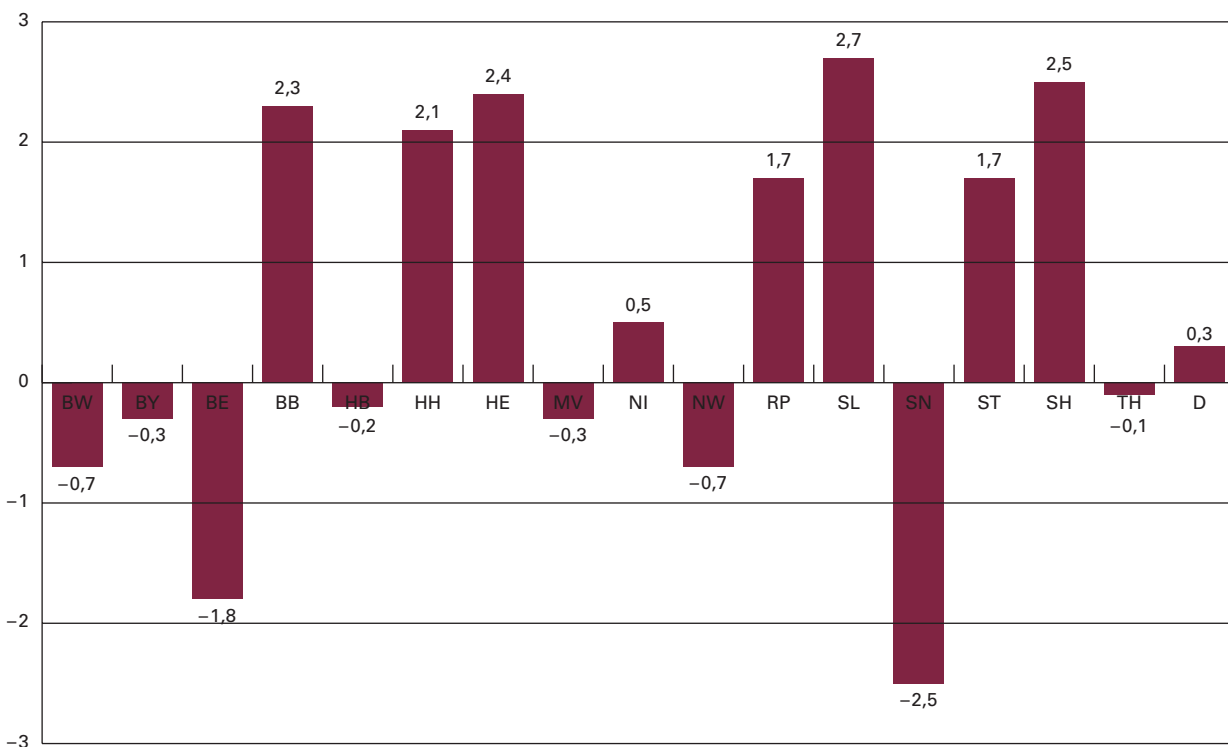
Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens je Einwohner ab 2003 bis 2009: In Bayern rückläufig wegen Entwicklung in 2009

Nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) sank im Zeitraum 2003 bis 2009 das durchschnittliche real verfügbare Einkommen je Einwohner in Bayern um insgesamt 0,3 %, bundesweit stieg es um 0,3 %. Die Entwicklung der real verfügbaren Einkommen ist geprägt von dem starken Wirtschaftseinbruch 2009, der Bayern in besonders intensiver Weise getroffen hat (2010 hatte Bayern aber wieder ein bundesweit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum). Diese Daten zum Durchschnittseinkommen enthalten aber keine Informationen darüber, wie sich der Wohlstand bei unteren, mittleren und hohen Einkommensgruppen jeweils entwickelt hat (vgl. dazu ausführlicher unten).

Dieser Rückgang des realen durchschnittlichen verfügbaren Einkommens je Einwohner um insgesamt 0,3 % im Zeitraum 2003 bis 2009 in Bayern entsprach 5 Euro pro Monat. Bundesweit waren es plus 5 Euro pro Monat.

Eine positive Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen über 2 % hatten im Zeitraum 2003 bis 2009 neben Brandenburg noch Hamburg, Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein, real rückläufig waren die Einkommen insgesamt in 8 Bundesländern.

Veränderung der verfügbaren Einkommen je Einwohner insgesamt im Zeitraum 2003 bis 2009 nach Bundesländern (preisbereinigt)



Quelle: Berechnungen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder (2009); Preisbereinigung anhand der Entwicklung der Verbraucherpreisindizes je Bundesland.
Abkürzungen: BW Baden-Württemberg, BY Bayern, BE Berlin, BB Brandenburg, HB Bremen, HH Hamburg, HE Hessen, MV Mecklenburg-Vorpommern, NI Niedersachsen, NW Nordrhein-Westfalen, RP Rheinland-Pfalz, SL Saarland, SN Sachsen, ST Sachsen-Anhalt, SH Schleswig-Holstein, TH Thüringen, D Deutschland.

2. WOHLSTAND

2.2 DURCHSCHNITTLLICH VERFÜGBARES EINKOMMEN

Städte und Landkreise: Das real verfügbare durchschnittliche Einkommen je Einwohner 2008 – bei Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus verschieben sich die Verhältnisse wesentlich

Mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum durchschnittlich verfügbaren nominalen Einkommen je Einwohner (nominal: nicht um Preisniveaunterschiede bereinigte Einkommen) sowie den BBSR-Preisindizes⁵ je Region (für 2008, nach Aussage des BBSR ist diese Preisrelation zwischen Landkreisen und Städten auch noch für 2009 gültig, da sich diese regionalen Preisrelationen nur langsam verschieben) kann dargestellt werden, in wie weit regionale Unterschiede beim Nominaleinkommen aufgrund regional höherer oder niedrigerer Preise tatsächlich real (in ihrer Kaufkraft) niedrigere oder höhere Einkommen bedeuten.

Nominal überdurchschnittlich einkommensstarke, aber zugleich auch teure Regionen wie z.B. München oder Dachau fallen mit einem Nominaleinkommen von 113,8%

bzw. 105,6% unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus auf 94,5% bzw. 96,9% zurück. Umgekehrt steigt das unterdurchschnittliche Einkommen z.B. in Hof von 95,8% aufgrund des geringen Preisniveaus in der Region auf ein überdurchschnittliches Realeinkommen von 107,3% (vgl. Tabellen und Karten auf den folgenden Seiten).

In Bayern hatte der durchschnittliche Einwohner im Landkreis Starnberg mit rund 129% (Bayern = 100%) real das höchste verfügbare Einkommen, das niedrigste hatte mit 86,1% ein Einwohner der Stadt Augsburg.

Nominal/real verfügbares durchschnittliches Einkommen je Einwohner 2008, Städte und Landkreise
(Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	BBSR-Preisindex (Bayern insgesamt = 95)	durchschnittliches verfügbares Einkommen je Einwohner 2008					
		nominales, d.h. um regional unterschiedliche Preisniveaus <i>nicht</i> bereinigtes Einkommen		um regional unterschiedliche Preisniveaus <i>bereinigtes</i> Einkommen**		Unterschied zwischen Einkommen bei nicht bereinigtem / bereinigtem Preisniveau	
		EUR	%*	EUR	%	EUR	%-Punkte
Oberbayern	103,6	22059	108,5	21.286	99,4	-773	-9,1
Altötting	88,3	19334	95,1	21.896	102,2	2.562	7,2
Bad Tölz-Wolfratshausen	101,5	22720	111,7	22.384	104,5	-336	-7,2
Berchtesgadener Land	93,5	19062	93,7	20.387	95,2	1.325	1,5
Dachau	103,5	21478	105,6	20.752	96,9	-726	-8,7
Ebersberg	104,0	22787	112,0	21.911	102,3	-876	-9,7
Eichstätt	91,6	18704	92,0	20.419	95,4	1.715	3,4
Erding	99,4	20040	98,5	20.161	94,1	121	-4,4
Freising	101,8	20034	98,5	19.680	91,9	-354	-6,6
Fürstenfeldbruck	104,7	22277	109,5	21.277	99,4	-1.000	-10,2
Garmisch-Partenkirchen	99,1	20887	102,7	21.077	98,4	190	-4,3
Ingolstadt	97,5	18634	91,6	19.112	89,2	478	-2,4
Landsberg am Lech	97,3	20228	99,5	20.789	97,1	561	-2,4
Miesbach	101,1	23596	116,0	23.339	109,0	-257	-7,0
Mühldorf am Inn	89,9	19714	96,9	21.929	102,4	2.215	5,5
München	114,4	23145	113,8	20.232	94,5	-2.913	-19,3
München, Landkreis	109,6	25576	125,7	23.336	109,0	-2.240	-16,8
Neuburg-Schrobenhausen	89,8	18907	93,0	21.054	98,3	2.148	5,4
Pfaffenhofen an der Ilm	92,3	20438	100,5	22.143	103,4	1.705	2,9
Rosenheim Landkreis / Stadt	94,8	21347	105,0	22.518	105,2	1.171	0,2
Starnberg	108,4	29938	147,2	27.618	129,0	-2.320	-18,2
Traunstein	92,6	19908	97,9	21.498	100,4	1.591	2,5
Weilheim-Schongau	96,4	20625	101,4	21.396	99,9	770	-1,5

Weitere „Spitzenreiter“ bei den realen verfügbaren Einkommen waren u.a. die Landkreise München, Miesbach, Coburg, Kronach, Erlangen-Höchstadt, Nürnberger Land und Unterallgäu (inkl. kreisfreier Stadt Memmingen).

Zu den Regionen mit dem geringsten durchschnittlichen verfügbaren Realeinkommen je Einwohner in Bayern gehören – nach Augsburg – insbesondere die Großstädte Regensburg, Ingolstadt, Nürnberg und München sowie die Landkreise Freising, Freyung-Grafenau, Erding, Cham und Deggendorf.

⁵ BBSR (2009): Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Preisindex und Einkommensdaten der VGR 2008, Bonn, 2009

	BBSR- Preisindex (Bayern insgesamt = 95)	durchschnittliches verfügbares Einkommen je Einwohner 2008					
		nominales, d.h. um regional unterschiedliche Preisni- veaus <i>nicht</i> bereinigtes Einkommen		um regional unterschiedliche Preisniveaus <i>bereinigtes</i> Einkommen**		Unterschied zwischen Einkommen bei nicht be- reinigtem / bereinigtem Preisniveau	
		EUR	%*	EUR	%	EUR	%-Punkte
Niederbayern	88,3	18553	91,2	21.008	98,1	2.455	6,9
Deggendorf	87,7	17759	87,3	20.250	94,6	2.491	7,2
Dingolfing-Landau	88,0	19142	94,1	21.752	101,6	2.610	7,5
Freyung-Grafenau	84,7	16819	82,7	19.857	92,7	3.038	10,0
Kelheim	88,8	19150	94,2	21.566	100,7	2.415	6,6
Landshut Landkreis / Stadt	92,6	19659	96,7	21.230	99,1	1.571	2,5
Passau Landkreis und Stadt	88,3	18305	90,0	20.730	96,8	2.425	6,8
Regen	84,0	17113	84,1	20.372	95,1	3.260	11,0
Rottal-Inn	86,8	18768	92,3	21.623	101,0	2.854	8,7
Straubing-Bogen/Straubing	88,0	18739	92,1	21.294	99,4	2.555	7,3
Oberpfalz	89,5	18390	90,4	20.553	96,0	2.163	5,6
Amberg-Weizbach/Amberg	87,0	17701	87,0	20.347	95,0	2.645	8,0
Cham	86,1	17404	85,6	20.213	94,4	2.810	8,8
Neumarkt in der Oberpfalz	90,8	19231	94,5	21.179	98,9	1.948	4,4
Neustadt a. d. Waldnaab/Weiden	86,2	18411	90,5	21.359	99,7	2.948	9,2
Regensburg-Stadt	100,9	19253	94,7	19.082	89,1	- 172	-5,6
Regensburg	91,7	19280	94,8	21.025	98,2	1.745	3,4
Schwandorf	86,9	17805	87,5	20.489	95,7	2.684	8,1
Tirschenreuth	83,4	17444	85,8	20.916	97,7	3.472	11,9
Oberfranken	88,2	19466	95,7	22.078	103,1	2.612	7,4
Bamberg Landkreis / Stadt	90,7	18752	92,2	20.675	96,5	1.923	4,4
Bayreuth Landkreis / Stadt	90,4	18823	92,5	20.822	97,2	1.999	4,7
Coburg Landkreis und Stadt	88,3	20978	103,1	23.758	110,9	2.780	7,8
Forchheim	89,0	19722	97,0	22.159	103,5	2.437	6,5
Hof Landkreis / Stadt	84,8	19485	95,8	22.978	107,3	3.493	11,5
Kronach	86,9	21487	105,6	24.726	115,5	3.239	9,8
Kulmbach	87,1	19604	96,4	22.507	105,1	2.903	8,7
Lichtenfels	86,4	18836	92,6	21.801	101,8	2.965	9,2
Wunsiedel im Fichtelgebirge	84,9	18542	91,2	21.840	102,0	3.298	10,8
Mittelfranken	92,7	20133	99,0	21.714	101,4	1.581	2,4
Ansbach Landkreis und Stadt	88,0	18498	90,9	21.021	98,2	2.523	7,2
Erlangen	97,9	20072	98,7	20.503	95,7	431	-2,9
Erlangen-Höchststadt	92,8	23052	113,3	24.841	116,0	1.789	2,7
Fürth	94,7	22822	112,2	24.100	112,5	1.277	0,3
Fürth, Landkreis	92,0	21096	103,7	22.931	107,1	1.834	3,4
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	88,2	18564	91,3	21.048	98,3	2.484	7,0
Nürnberg	95,9	19066	93,7	19.881	92,8	815	-0,9
Nürnberger Land	92,0	22348	109,9	24.291	113,4	1.943	3,6
Roth/Schwabach	91,7	20237	99,5	22.069	103,1	1.832	3,6
Weißenburg-Gunzenhausen	87,1	18788	92,4	21.571	100,7	2.783	8,4
Unterfranken	89,9	19355	95,2	21.532	100,5	2.176	5,4
Aschaffenburg Landkreis /Stadt	92,9	20804	102,3	22.394	104,6	1.590	2,3
Bad Kissingen	86,4	18577	91,3	21.502	100,4	2.924	9,1
Haßberge	87,4	17872	87,9	20.449	95,5	2.577	7,6
Kitzingen	87,8	20856	102,5	23.754	110,9	2.898	8,4
Main-Spessart	88,8	18905	92,9	21.290	99,4	2.384	6,5
Miltenberg	89,2	19594	96,3	21.967	102,6	2.372	6,2
Rhön-Grabfeld	88,2	18128	89,1	20.554	96,0	2.425	6,9
Schweinfurt Landkreis / Stadt	87,9	18249	89,7	20.761	96,9	2.512	7,2
Würzburg	94,4	19924	98,0	21.106	98,6	1.182	0,6
Würzburg, Landkreis	90,8	19140	94,1	21.079	98,4	1.939	4,3
Schwaben	91,9	20018	98,4	21.793	101,8	1.775	3,3
Aichach-Friedberg	92,0	21188	104,2	23.031	107,5	1.842	3,4
Augsburg	94,9	17488	86,0	18.427	86,1	940	0,1
Augsburg, Landkreis	91,9	20723	101,9	22.550	105,3	1.827	3,4
Dillingen an der Donau	90,5	20695	101,7	22.867	106,8	2.172	5,0
Donau-Ries	89,8	20985	103,2	23.369	109,1	2.384	6,0
Günzburg	89,3	19727	97,0	22.091	103,2	2.364	6,2
Lindau (Bodensee)	95,0	20366	100,1	21.438	100,1	1.072	-0,0
Neu-Ulm	93,7	20231	99,5	21.591	100,8	1.360	1,4
Oberallgäu/Kempten	91,9	20096	98,8	21.867	102,1	1.771	3,3
Ostallgäu/Kaufbeuren	90,6	19543	96,1	21.570	100,7	2.028	4,6
Unterallgäu/Memmingen	89,2	21131	103,9	23.690	110,6	2.559	6,7
Bayern	95,0	20339	100,0	21.414	100,0	-	-

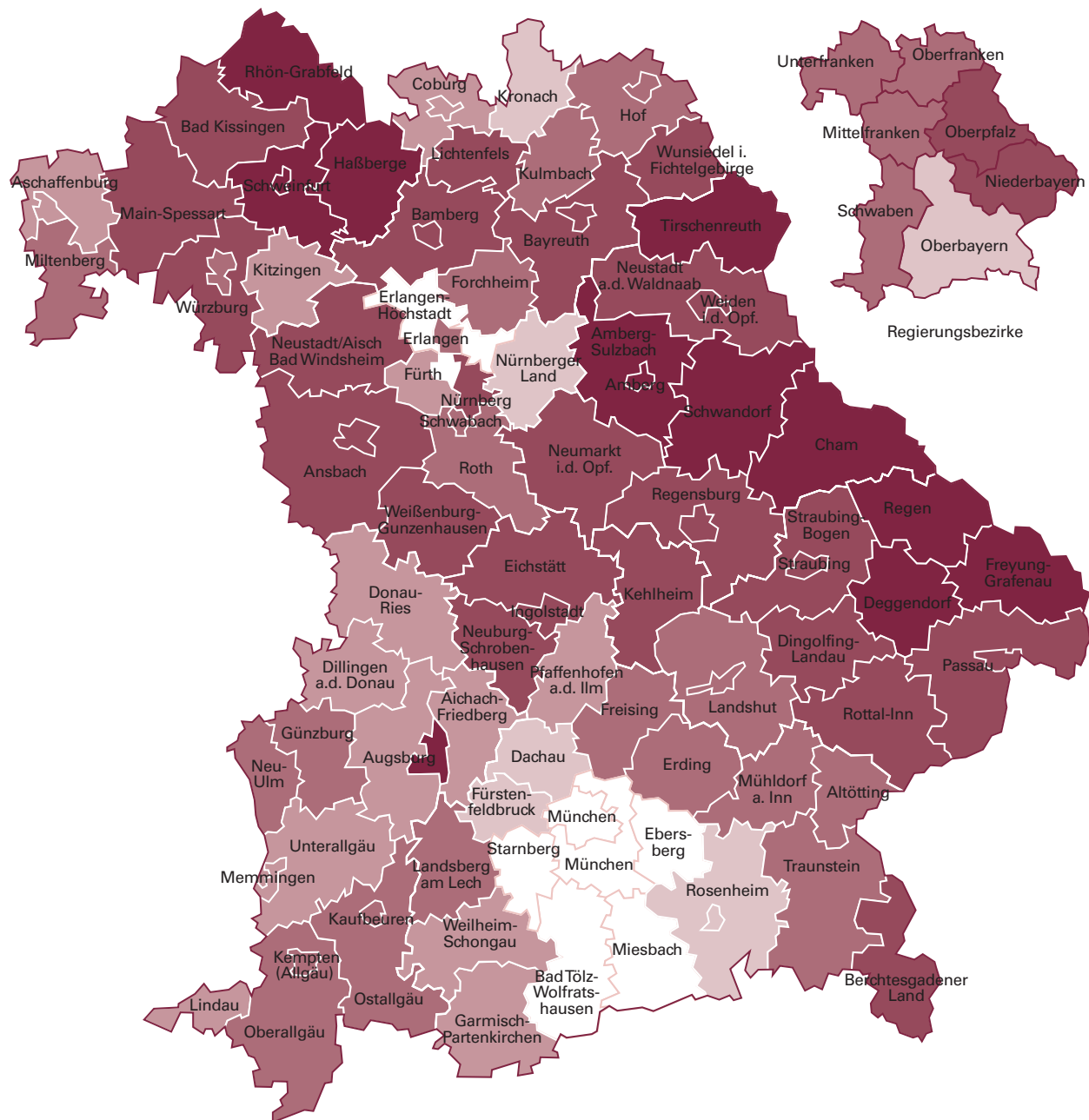
Quelle: Berechnungen nach BBSR (2009) – Preisindex und Einkommensdaten der VGR 2008, Bonn, 2009

* Preisindex je Regierungsbezirk errechnet aus den Preisindizes in jeder Region, gewichtet mit der Zahl der Menschen in jeder Region
 ** verfügbares Einkommen, anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

2. WOHLSTAND

2.2 DURCHSCHNITTLLICH VERFÜGBARES EINKOMMEN

Durchschnittliches verfügbares Einkommen je Einwohner 2008 – nominales, d.h. um regional unterschiedliche Preisniveaus **nicht** bereinigtes Einkommen



Index – Bayern = 100

- bis unter 90
- 90 bis 95
- 95 bis unter 100

Häufigkeit

- 13
- 30
- 23

- 100 bis unter 105
- 105 bis unter 110
- 110 oder mehr

Häufigkeit

- 16
- 6
- 8

Minimum: Landkreis Freyung-Grafenau 82,7

Bayern: 100

Maximum: Landkreis Starnberg 147,2

Quelle: Berechnungen nach BBSR (2009) – Preisindex und Einkommensdaten der VGR 2008

The map displays the following administrative districts (Regierungsbezirke) of Bavaria:

- Northern Bavaria:** Oberfranken, Unterfranken, Mittelfranken, Oberpfalz, Niederbayern.
- Central Bavaria:** Schwaben, Oberbayern, Regierungsbezirke.
- Western Bavaria:** Rhön-Grabfeld, Coburg, Kronach, Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Weiden i.d. Opf., Amberg-Weizburg, Amberg-Immobiliengeschäftsbereich, Amberg-Sulzbach, Regensburg, Cham, Straubing-Bogen, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Passau, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Landshut, Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt, Eichstätt, Weißenburg-Gunzenhausen, Roth, Nürnberg, Fürth, Erlangen-Hochstadt, Ansbach, Donau-Ries, Dillingen a.d. Donau, Günzburg, Neu-Ulm, Augsburg, Aichach-Friedberg, Dachau, Fürstenfeldbruck, München, Starnberg, Landsberg am Lech, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Ebersberg, Mühlhof a. Inn, Altötting, Berchtesgadener Land, Berchtesgaden.

bis unter 90
 90 bis unter 95
 95 bis unter 100

3
7
38

☒ 100 bis unter 105
☐ 105 bis unter 110
☐ 110 oder mehr

26
12
10

Maximum: Landkreis Starnberg 129,0

* verfügbares Einkommen, anhand des BBSR-Preisindex bei unterschiedlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

2. WOHLSTAND

2.3 MITTLERER WOHLSTAND

Mittlerer Wohlstand 2009 im Ländervergleich: Aktuell in Bayern 4 % über dem früheren Bundesgebiet und 7 % über dem gesamtdeutschen Durchschnitt

Gemessen am mittleren Wohlstand (Nettoäquivalenzeinkommen von Personen in einem mittleren Haushalt) des Jahres 2009 war der Lebensstandard in Bayern rund 4 % höher als im früheren Bundesgebiet⁶. 1 %-Punkt höher war er nur noch in Baden-Württemberg und Hamburg (als Stadtstaat nicht mit Bayern vergleichbar, Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern konnten nicht berücksichtigt werden).

Im Zeitraum 2005 bis 2009 wuchs der mittlere Wohlstand in Bayern um 2 %-Punkte.

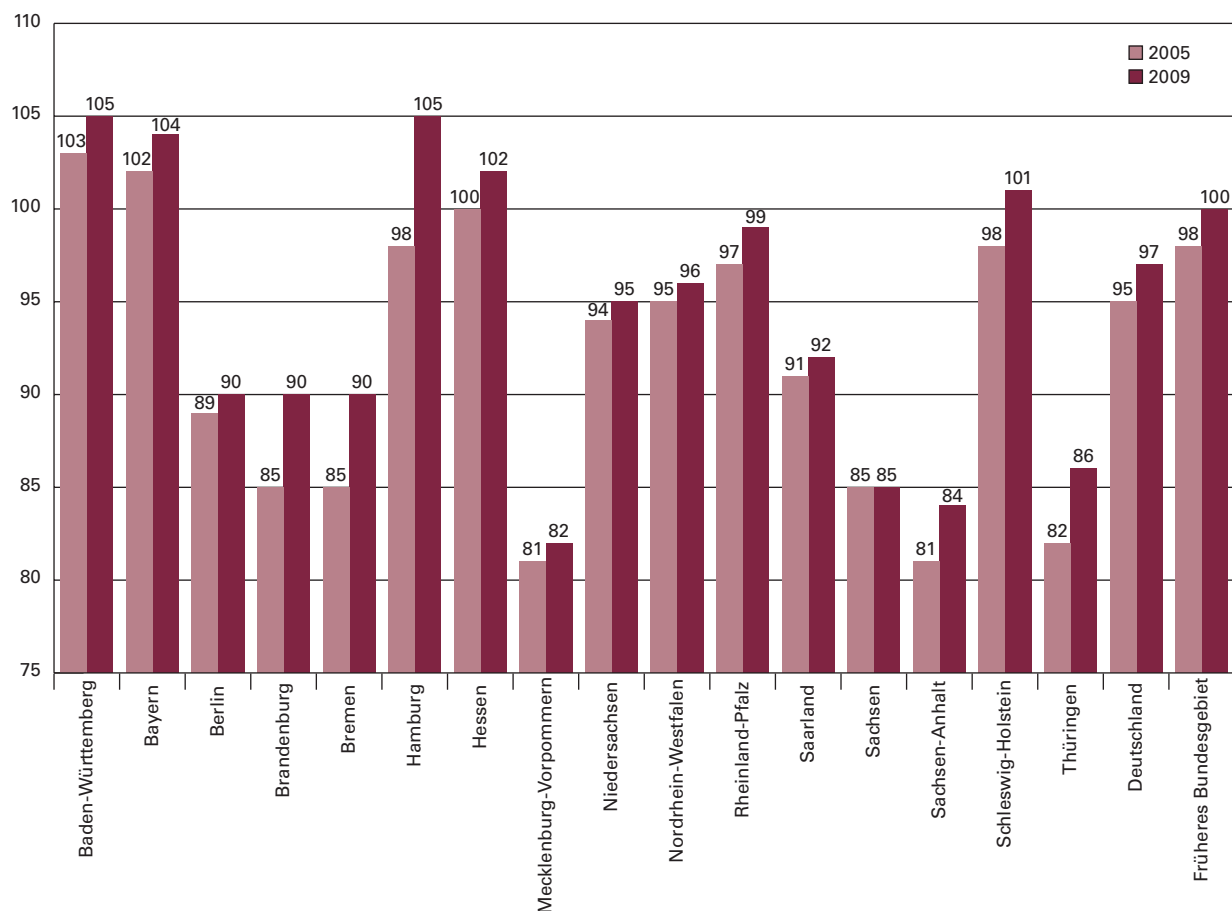
Im Vergleich mit Deutschland war der mittlere Wohlstand in Bayern 7 % höher, wobei dieser Unterschied die realen Verhältnisse etwas überzeichnet, weil das geringere Preisniveau in den ostdeutschen Bundesländern

aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt werden konnte.

Von den alten Bundesländern – deren Preisniveau noch am ehesten mit Bayern vergleichbar ist – lagen 2009 deutlich unter der 100 %-Schwelle: Bremen (90 %), Niedersachsen (95,5 %), Nordrhein-Westfalen (95 %) und das Saarland (92 %). Eher im Mittelfeld lagen Hessen (102 %), Schleswig-Holstein (101 %) und Rheinland-Pfalz (99 %).

Bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt lag der mittlere Wohlstand 2009 in Bayern um 30 Euro pro Monat nominal über dem Durchschnitt der früheren Bundesländer, in Bremen lag er um 83 Euro unter dem Durchschnitt.

Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen 2005 und 2009 (Index für 2009 früheres Bundesgebiet = 100, Entwicklung um Inflation bereinigt, nicht aber um die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern)



Quelle: Berechnungen nach Mikrozensus 2009, Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

⁶ Der Vergleich Bayerns mit dem früheren Bundesgebiet ist am aussagekräftigsten, da gegenüber den neuen Ländern (und damit auch Deutschland gesamt) erhebliche Verbraucherpreisunterschiede bestehen und Einkommen deshalb nicht ohne Bereinigung um Preisunterschiede verglichen werden können (Daten zu länderspezifischen Preisniveauunterschieden sind aber derzeit nicht verfügbar).

Mittlerer Wohlstand 2003 bis 2009: Insgesamt geringe Zunahme, aber erhebliche Zunahme bei Haushalten mit Kindern und Rückgänge bei Älteren

Insgesamt stieg im Zeitraum von 2003 bis 2009 in Bayern der mittlere Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) real (d.h. nach Abzug der Inflation) um 2 % oder 24 € (pro Monat). Zum Vergleich: Im Zeitraum von 2003 bis 2009 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Bayern um 5,9 %.

Ausgeprägt zugenommen hat das mittlere Wohlstandsniveau bei jüngeren Menschen (bis unter 25 Jahre: + 12%-Punkte), in der Altersgruppe der 25- bis unter 65-Jährigen stagnierte die Entwicklung nahezu. Relativ und absolut deutlich beim mittleren Wohlstandsniveau eingebüßt haben Personen ab 65 Jahren: Ihr mittlerer Wohlstand verminderte sich um 14 % oder 211 €, ist aber von 2008 auf 2009 wieder um einige Euro angestiegen.

Bei Männern stieg der mittlere Wohlstand 2003 bis 2009 etwas an, bei Frauen stagnierte er, u.a. bedingt durch

einen wachsenden Niedriglohnsektor, der weit überwiegend Frauen und auch Alleinerziehendenhaushalte betrifft.

Rückläufig war 2003 bis 2009 besonders der mittlere Wohlstand bei Ein-Personen-Haushalten (–5%-Punkte, insbesondere bei Älteren) und bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (–4%-Punkte, aber bei insgesamt überdurchschnittlichem Wohlstand).

Einen hohen Zuwachs hatte die kleine Gruppe sonstiger Haushalte mit Kind(ern) (+ 16%-Punkte), einen Zuwachs auf sehr niedrigem Niveau gab es auch bei den Alleinerziehendenhaushalten (+ 4 %-Punkte) sowie bei 2 Erwachsenen mit Kind(ern) (+8%-Punkte), deren mittleres Wohlstandsniveau etwas unter dem Gesamtdurchschnitt liegt.

Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2003 bis 2009
(neue OECD-Skala; mittleres NÄE in Höhe von 1431 Euro pro Monat in 2009 = 100 %)

Merkmal	Nettoäquivalenzeinkommen*					
	2003*	2008*	2009	2003*	2008*	2009
	EUR			in % von 2009 insgesamt		
Insgesamt	1.407	1418	1431	98	99	100
Alter						
unter 18	1.139	1269	} 1317	80	89	} 92
18 bis unter 25	1.143	1370		80	96	
25 bis unter 45	1.430	1511	} 1553	100	106	} 109
45 bis unter 65	1.615	1578		113	110	
65 und älter	1.480	1252	1269	103	87	89
Geschlecht						
männlich	1.430	1458	1470	100	102	103
weiblich	1.387	1379	1394	97	96	97
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	1.359	1272	1281	95	89	90
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	1.674	1606	1616	117	112	113
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	880	936	939	62	65	66
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	1.269	1351	1382	89	94	97
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	1.106	1321	1325	77	92	93

* Reales Nettoäquivalenzeinkommen: 2003 und 2008 inflationsbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex, um mit dem Einkommen 2009 vergleichbar zu sein.

2. WOHLSTAND

2.3 MITTLERER WOHLSTAND

Mittlerer Wohlstand 2009: Unterschiede bis zu rd. 47 %-Punkte – am niedrigsten bei Alleinerziehenden, am höchsten bei Haushalten ohne Kinder

Der mittlere Wohlstand von Frauen lag über alle Altersgruppen hinweg etwas unter dem der Männer, vorrangig bedingt durch Alleinerzieherschaft, Scheidung und Trennung sowie eine niedrigere Altersversorgung, insbesondere wegen Kindererziehung.

Der Konjunktureenbruch 2009 betraf mit hoher Wahrscheinlichkeit vorrangig junge Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren, deren mittlerer Wohlstand um 7 %-Punkte zurückging. Bei allen anderen Gruppen stagnierte der mittlere Wohlstand oder nahm sogar minimal zu.

Den niedrigsten Wohlstand weisen Alleinerziehende mit ihren Kindern auf (66%), den höchsten Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (113%).

Ein niedriger mittlerer Wohlstand (82 %) betrifft Haushalte mit zwei Erwachsenen und drei und mehr Kindern. Je Kind sinkt der Wohlstand um rund 10 %-Punkte ab.

Einen auffallend niedrigen mittleren Wohlstand haben auch Geschiedene und dauernd getrennt Lebende, vorrangig soweit Kinder im Haushalt sind oder waren.

Mittlerer Wohlstand (2008, 2009, pro Monat, neue OECD-Skala) nach Alter und Haushaltstyp

		2008*		2009	
		Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt
		EUR	%	EUR	%
Insgesamt		1.418	99	1.431	100
männlich	Jahre	1.458	102	1.470	103
	18 bis unter 25	1.419	99	1.322	92
	25 bis unter 45	1.564	109	1.597	112
	45 bis unter 65	1.611	113		
	65 und älter	1.304	91	1.326	93
weiblich	Jahre	1.379	96	1.394	97
	18 bis unter 25	1.316	92	1.310	92
	25 bis unter 45	1.461	102	1.508	105
	45 bis unter 65	1.545	108		
	65 und älter	1.212	85	1.226	86
Haushaltstyp					
	Einpersonenhaushalte	1.272	89	1.281	90
	Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	1.606	112	1.616	113
	Ein(e) Erwachsene(r) + ein oder mehrere Kinder	936	65	939	66
	Ein(e) Erwachsene(r) mit 1 Kind	1.012	71	1.011	71
	Ein(e) Erwachsene(r) mit 2 Kindern	892	62	871	61
	Zwei Erwachsene + ein oder mehrere Kinder	1.351	94	1.382	97
	Zwei Erwachsene mit 1 Kind	1.480	103	1.500	105
	Zwei Erwachsene mit 2 Kindern	1.346	94	1.377	96
	Zwei Erwachsene + drei oder mehrere Kinder	1.151	80	1.167	82
	Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	1.321	92	1.325	93
Familienstand des/der Haupteinkommensbeziehers/-in					
	ledig	1.458	102	1.459	102
	verheiratet, zusammen lebend	1.455	102	1.472	103
	geschieden	1.234	86	1.255	88
	dauernd getrennt lebend	1.277	89	1.253	88
	verwitwet	–	–	1.211	85

Quelle: Daten IT.NRW

* Preisbereinigt, damit die Werte von 2008 aufgrund der Inflation mit den Werten von 2009 vergleichbar sind.

Mittlerer Wohlstand 2009: Niedrigster Wohlstand bei Arbeitslosengeld II-, Arbeitslosengeld I- und Wohngeld-Beziehern

Der mittlere Wohlstand von Personen in Erwerbstätigen-Haushalten hat 2009 gegenüber 2008 überraschend um 9 %-Punkte zugenommen. Dies ist insbesondere durch einen gestiegenen mittleren Wohlstand bei Selbstständigen zu erklären.

Den weitaus höchsten mittleren Wohlstand weisen Selbstständige und Beamte auf, überdurchschnittlich ist der Wohlstand auch noch bei Angestellten. Der mittlere Wohlstand von Arbeiter-Haushalten liegt hingegen 20 %-Punkte unter dem aller Erwerbstätigen-Haushalte, jener der Erwerbslosen mit einem Niveau von 51 % sogar um rund 57 %-Punkte unter dem mittleren Wohlstand aller Erwerbstätigen-Haushalte sowie deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle (60 % vom Medianeinkommen).

Haushalte mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers hatten 2009 einen mittleren Wohlstand von 71 %, jene mit einer Vollzeittätigkeit von 111 %.

Personen in Haushalten mit Beziehern von Arbeitslosengeld II erreichten im Mittel nur 47 % des allgemeinen mittleren Wohlstandes. Selbst bei Vollerwerbstätigkeit mit ergänzendem ALG II-Bezug stieg der mittlere Wohlstand nur auf 56 %, bei Teilzeit auf 51 % (Armutsgefährdungsschwelle: 60 % vom mittleren Einkommen).

Nur bei Bezug von ALG I oder Wohngeld-Bezug wird die Armutsgefährdungsschwelle im Durchschnitt knapp übersprungen, bei Beziehern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegt der mittlere Wohlstand nur bei 50 %.

Der minimale Anstieg des mittleren Wohlstandes bei Rentnern basierte 2009 auch auf der Krisenstabilität von GRV-Renten (eingebauter „Stabilisator“ im Wirtschaftsabschwung).

Mittlerer Wohlstand (2008, 2009, pro Monat, neue OECD-Skala) nach Erwerbsstatus

Merkmal	2008		2009	
	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt
	EUR	%	EUR	2009 (1431 €)
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	1.418	99	1.540	108
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	1.828	128	1.876	131
davon abhängig Erwerbstätige	1.489	104	1.506	105
davon Beamte	1.942	136	1.955	137
davon Angestellte	1.613	113	1.624	113
davon Arbeiter/-innen	1.255	88	1.259	88
davon Grundwehr- und Zivildienstleistende	1.002	70	/	/
Erwerbslose	699	49	736	51
Nichterwerbspersonen	1.172	82	1.178	82
davon Rentner/-innen	1.171	82	1.193	83
davon Pensionär/-innen	1.865	130	1.910	133
davon Personen im Alter von unter 25 Jahren	617	43	633	44
davon sonstige Nichterwerbspersonen	1.020	71	1.004	70
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers				
Vollzeiterwerbstätigkeit	1.565	109	1.584	111
Teilzeiterwerbstätigkeit	1.067	75	1.094	76
mit Wohngeld-Bezug	799	56	873	61
mit ALG-I Bezug	895	63	893	62
mit ALG-II Bezug	656	46	673	47
ALG II - Bezug mit Vollzeiterwerbstätigkeit	–	–	802	56
ALG II - Bezug mit Teilzeiterwerbstätigkeit	–	–	734	51
ALG II - Bezug ohne Erwerbstätigkeit	–	–	653	46
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	–	–	710	50

Quelle: Daten IT.NRW

2. WOHLSTAND

2.3 MITTLERER WOHLSTAND

Mittlerer Wohlstand 2009: Mittlerer Wohlstand hängt weitgehend mit beruflichem Abschluss zusammen; bei Migrationshintergrund rund 20 % geringerer Wohlstand

Bei einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss des Haupteinkommensbezieher im Haushalt lag der mittlere Wohlstand 2009 bei 150%, bei einer Lehrausbildung oder beruflichen Fachschule bei rund 95%, bei Anlernberufen aber nur bei 84 %.

Bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund liegt der mittlere Wohlstand mit 81 % bzw. 83 % um rund 21 %-Punkte unter dem entsprechenden Niveau von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (102 %) bzw. ohne Migrationshintergrund (104 %).

Während bei den älteren (65 Jahre und älter) Menschen mit Migrationshintergrund der mittlere Lebensstandard nur 14 %-Punkte unter jenem liegt, den Personen ohne Migrationshintergrund der vergleichbaren Altersgruppe haben, ist der Unterschied bei den unter 25-Jährigen mit 20 %-Punkten und bei den 25- bis unter 65-Jährigen mit 25 %-Punkten wesentlich stärker ausgeprägt.

Mittlerer Wohlstand (2008, 2009, pro Monat, neue OECD-Skala) u.a. nach Qualifikation

	2008*		2009	
	Nettoäquivalenz-	in % von ins-	Nettoäquivalenz-	in % von ins-
	einkommen	gesamt 2009	einkommen	gesamt 2009
	EUR	%	EUR	%
Qualifikation der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)				
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	683	48	684	48
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	1032	72	1.020	71
Anlernberuf, Praktikum	1147	80	1.197	84
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	1353	95	1.362	95
Meister, Techniker, Fachschule	1589	111	1.594	111
(Fach-) Hochschule	2127	149	2.143	150
ohne Angabe	1272	89	–	–
Staatsangehörigkeit				
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	1145	80	1.156	81
mit deutscher Staatsangehörigkeit	1446	101	1.460	102
Migrationshintergrund				
mit Migrationshintergrund	1183	83	1.194	83
bis unter 25	1102	77	1.112	78
25 bis unter 65	1263	88	1.273	89
65 und älter	1056	74	1.085	76
ohne Migrationshintergrund	1477	103	1.491	104
bis unter 25	1377	96	1.397	98
25 bis unter 65	1613	113	1.626	114
65 und älter	1271	89	1.290	90

Quelle: Daten IT-NRW

* Inflationsbereinigt, um mit dem Einkommen 2009 real vergleichbar zu sein.

Mittlerer Wohlstand 2009: Haushaltstyp entscheidender als Lebensalter

Im Vergleich zum mittleren Wohlstandsniveau von Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kind (113% Wohlstand) lag der mittlere Wohlstand von Personen in Haushalten mit Kindern bei (Spanne beruht auf dem Vergleich der drei Altersgruppen bis unter 65 Jahre, da es in der Altersgruppe 65 Jahre und älter wenige typische Familienhaushalte gibt)

- Alleinerziehenden bei rund 66% (je nach Altersgruppe bei 49 bis 67%),
zwei Erwachsenen und
- einem Kind bei rund 105%,
 - zwei Kindern bei rund 96% (je nach Altersgruppe bei 63 bis 96%),
 - drei oder mehr Kindern bei rund 82%.

So erreichten z.B. Familien mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern selbst in der Altersphase 45 bis unter 65 Jahre kaum mehr als den Wohlstand Kinderloser unter 25 Jahren.

Mit jedem Kind ging der mittlere Wohlstand um rund 10%-Punkte zurück.

Zwei Erwachsene im Alter von 25 bis 45 Jahren mit zwei Kindern hatten einen rund 28%-Punkte niedrigeren Lebensstandard als ein gleichaltriger Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder.

Mittlerer Wohlstand (2008, 2009, pro Monat, neue OECD-Skala) nach Alter und Haushaltstyp

Merkmal		2008		2009	
		Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt
		EUR	2009 (1431 €)	EUR	2009 (1431 €)
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	Alter	1.606	112	1.616	113
	bis unter 25	1.425	100	1.350	94
	25 bis unter 45	1.836	128	1.768	124
	45 bis unter 65	1.718	120		
	65 und älter	1.292	90	1.315	92
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder		936	65	939	66
	bis unter 25	779	54	708	49
	25 bis unter 45	919	64	952	67
	45 bis unter 65	1.075	75		
	65 und älter	1.034	72	/	/
Zwei Erwachsene mit 1 Kind		1.480	103	1.500	105
	bis unter 25	1.000	70	871	61
	25 bis unter 45	1.484	104	1.514	106
	45 bis unter 65	1.537	107		
	65 und älter	1.338	94	1.325	93
Zwei Erwachsene mit 2 Kindern		1.346	94	1.377	96
	bis unter 25	819	57	900	63
	25 bis unter 45	1.315	92	1.378	96
	45 bis unter 65	1.473	103		
	65 und älter	1.110	78	/	/
Zwei Erwachsene und drei oder mehrere Kinder		1.151	80	1.167	82
	bis unter 25	901	63	/	/
	25 bis unter 45	1.130	79	1.168	82
	45 bis unter 65	1.245	87		
	65 und älter	–	–	–	–

Quelle: Daten IT.NRW

2. WOHLSTAND

2.3 MITTLERER WOHLSTAND

Regionaler mittlerer Wohlstand: Zwischen Regierungsbezirken real wenig Unterschiede – weitaus geringere Unterschiede als Nominalwerte andeuten

Maßgeblich sind bei Wohlstandsvergleichen die realen Unterschiede, d.h. jene nach Berücksichtigung regionaler Preisniveaunterschiede (insbesondere bei den Wohnkosten): So lagen von den 10 teuersten Regionen in Deutschland 5 in Oberbayern (München Stadt- und Landkreis, Starnberg, Fürstentfeldbruck, Ebersberg). Dabei war das Preisniveau z.B. in München-Stadt rd. 35% höher als in der Region Hof (vgl. BBSR-Preisindex 2009).

Nominal – also ohne Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus – klappt in Bayern bei den mittleren Nettoäquivalenzeinkommen ein Unterschied von rund 17 %-Punkten in Relation zum bayerischen Mittelwert (Oberfranken 93%, Oberbayern 110%; Bayern = 100%). Insgesamt ergaben sich im Vergleich zu 2008 nur minimale Veränderungen.

Real – also unter Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus – unterscheidet sich der mittlere materielle Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) zwischen den Regierungsbezirken weitaus

weniger. Mit 102,1% hatte 2009 Niederbayern (Bayern gesamt = 100%) den höchsten mittleren Wohlstand, Oberfranken mit 99,6% aber kaum weniger und Oberbayern z.B. auch „nur“ 100,8%. Die Spanne der Unterschiede verkürzt sich von nominal 17 %-Punkten auf real 2,5 %-Punkte oder – bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt – auf 37 Euro pro Monat.

Unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus verändern sich damit die Wohlstandsrelationen grundlegend: So nehmen die Spitzenreiter beim nominalen Wohlstand (Oberbayern, Mittelfranken) unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus nur mittlere Positionen ein, die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken werden gering.

Während unter Berücksichtigung der regionalen Preisindizes die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken weitgehend „eingeebnet“ werden, bleiben erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten und Landkreisen (vgl. 2.2).

Mittlerer Wohlstand nach Regierungsbezirken 2009 (pro Monat, Mikrozensus)

	regionales Preisniveau: BBSR-Preisindex*	Nettoäquivalenzeinkommen 2009 in den Regionen					
		nominal		real (um unterschiedliche Preisniveaus bereinigt)**		Veränderung	
		EUR	%	EUR	%**	nominal / real	real 2009 zu 2008
Oberbayern	109,1	1.574	110,0	1.443	100,8	-131	15
Niederbayern	93,0	1.359	95,0	1.461	102,1	102	9
Oberpfalz	94,2	1.342	93,8	1.425	99,6	83	9
Oberfranken	92,8	1.331	93,0	1.434	100,2	103	33
Mittelfranken	97,6	1.419	99,2	1.454	101,6	35	34
Unterfranken	94,6	1.354	94,6	1.431	100,0	77	14
Schwaben	96,7	1.391	97,2	1.438	100,5	47	23
Bayern	100,0	1.431	100,0	1.431	100,0	0	16

Quelle: Berechnungen anhand des BBSR-Preisindex (2009): Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und Daten des Mikrozensus 2009, IT.NRW

* Errechnet aus den BBSR-Preisindizes zu jeder Region durch Gewichtung mit der Zahl der in der jeweiligen Region lebenden Menschen. Laut BBSR kann der Index für 2008 auch für 2009 angewendet werden, die Preisniveaurelationen verschieben sich zwischen den Regionen nur langsam.

** Nominale Einkommen anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdung: In Bayern mit am geringsten im Vergleich mit anderen Bundesländern

Personen mit einem Einkommen von weniger als 60% des mittleren – medianen – Nettoäquivalenzeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet.

Zur Berechnung von Armutsgefährdungsquoten wird das mediane Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern zu Grunde gelegt (sogenannter Landesmedian), nicht des Bundes (Bundesmedian), da besonders in Ostdeutschland die Einkommen niedriger, aber auch das Preisniveau geringer ist, so dass bei einer Armutsgefährdungsberechnung auf Basis eines (relativ niedrigen) bundesweiten Medianeinkommens diese Quoten in Bayern systematisch unterschätzt (höheres Preisniveau: Einkommen weniger wert) und in Ostdeutschland überschätzt werden. Wo nicht besonders erwähnt, wird nachfolgend deshalb stets der Landesmedian den Einkommensverteilungsanalysen zu Grunde gelegt.

Die bayerische Armutsgefährdungsschwelle lag 2009 beispielsweise bei Einpersonenhaushalten bei 859 Euro pro Monat und damit rund 30 Euro über jener der alten Bundesländer (im Preisniveau in etwa mit Bayern vergleichbar), d.h. um diese Summe waren im Mittel armutsgefährdete Personen in Bayern auch real besser gestellt.

Bayern und die alten Bundesländer können näherungsweise auf Basis der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Bundesmedians) verglichen werden (in etwa gleiches Preisniveau): Die Armutsgefährdungsquote 2009 lag in Bayern rund 2,2%-Punkte unter jener der alten Bundesländer (Bayern 11,1%, früheres Bundesgebiet 13,3%).

Minimal niedriger als in Bayern war die Armutsgefährdungsquote nur in Baden-Württemberg mit 10,9%. Deutlich höhere Quoten mit über 14% hatten unter den alten Bundesländern (am ehesten mit Bayern im Preisniveau vergleichbar) z.B. Nordrhein-Westfalen (15,2%), Niedersachsen (15,3%) und das Saarland (16,0%).

Auf Basis der bayerischen Armutsgefährdungsschwelle betrug die Armutsgefährdungsquote 13,7% in 2009. Gegenüber 2008 war der Anstieg des Armutsrisikos um 0,1%-Punkte im Bereich statistischer Unschärfe.

Armutsgefährdungsschwellen und Armutsgefährdungsquoten (neue OECD-Skala), Bayern / Bund 2009

Regionaleinheit	Armutsgefährdungsquoten* in % auf Basis des mittleren Einkommens ...						Armutsgefährdungsschwellen**	
	bundesweit (Bundesmedian)			der jeweiligen Regionaleinheit			für Einpersonenhaushalte	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	EUR	in % von D
Bayern	11,0	10,8	11,1	13,6	13,6	13,7	859	107
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	12,9	13,1	13,3	14,3	14,5	14,8	829	103
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	19,5	19,5	19,5	13,5	13,8	13,8	715	89
Bundesrepublik Deutschland	14,3	14,4	14,6	14,3	14,4	14,6	801	100

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

** 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdungsquoten: 2003 bis 2009 nur minimalste Veränderungen

Im Gesamtzeitraum von 2003 bis 2009 hat sich die Armutsgefährdungsquote in Bayern allenfalls marginal verändert: 2003 betrug die Armutsgefährdungsquote 13,5%, 2009 waren es 13,7% (bezogen auf den Landesmedian, d.h. das mittlere Einkommensniveau in Bayern). In diesem Zeitraum ist die Armutsgefährdungsschwelle minimal um 15 € bei einem Ein-Personenhaushalt gestiegen.

Der Wirtschaftsabschwung 2009 (Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern um –4,7%) hat sich auf die Armutsgefährdungsquote insgesamt nicht ausgewirkt, die sozialen Sicherungssysteme und z.B. die Kurzarbeiterregelung haben sich für die Armutsprävention als hoch effektiv erwiesen.

Entsprechend der realen (preisbereinigten) minimalen Veränderung der mittleren Nettoeinkommen ist die Armutsgefährdungsschwelle nahezu konstant geblieben: So stieg die Armutsgefährdungsschwelle preisbereinigt von 844 Euro in 2003 nur um 15 Euro auf 859 Euro in 2009 (jeweils pro Monat).

Bei nahezu unveränderter Armutsgefährdungsquote stieg die Zahl armutsgefährdeter Personen in Bayern etwas an (wegen einer insgesamt gestiegenen Bevölkerungszahl): Waren im Jahr 2003 rund 1,605 Millionen Menschen betroffen, so waren es 2009 rund 1,635 Millionen Menschen.

Die Armutsgefährdungslücke** beschreibt, wie weit das Einkommen einer mittleren armutsgefährdeten Person unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt (Indikator für Armutsintensität). Die Armutsgefährdungsschwelle wurde im Mittel in 2003 um 19,9% unterschritten, im Jahre 2009 um 19,4%, die Intensität der Armutsgefährdung hat sich damit kaum verändert.

Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen Bayern 2009 (neue OECD-Skala)

	Armutsgefährdung auf Basis von 60 % des mittleren Einkommens (Medianeinkommen)					
	bundesweit		bayernweit (Landesmedian)			
			Armuts(gefährdungs) schwellen**			
	Armutsgefährdungsquoten*		armutsgefährdete Personen	1 Person	2 Erwachsene + 2 Kinder unter 14 J.	Armutsgefährdungslücke**
	%	%	1000	EUR	EUR	%
2009	11,1	13,7	1.635	859	1.804	19,4
2008	10,8	13,6	1.628	851	1.786	19,0
2007	11,0	13,6	1.619	844	1.772	19,1
2006	10,9	13,5	1.609	841	1.766	–
2005	11,4	14,0	1.667	847	1.779	–
2003	–	13,5	1.605	844	–	19,9

Quelle: Eigene Berechnungen und IT.NRW; Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

** Prozentualer mittlerer Abstand des Medianeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsrisikoschwelle.

Armutsgefährdungsquoten 2003 / 2009: Gesunken bei Älteren, minimal gestiegen bei Jüngeren

Während die Armutsgefährdungsquote insgesamt zwischen 2003 und 2009 nahezu stagnierte (minimaler Anstieg von 13,5% auf 13,7%), stieg diese Quote

- bei den unter 25-Jährigen minimal um 0,2%-Punkte, was dennoch (aufgrund der Bevölkerungsentwicklung) rund 20 Tausend mehr Personen bedeutet und
- auch bei den 25- bis unter 65-Jährigen um 0,1%-Punkt, was aufgrund der Bevölkerungsentwicklung einen Rückgang um rund 15 Tausend Personen bedeutet,
- während die Quote bei den 65-Jährigen und älteren zwar um 0,4%-Punkte sank, aber dennoch bei wachsendem Bevölkerungsanteil die absolute Zahl an Armutsgefährdeten um rund 35 Tausend erhöhte. Von 2008 auf 2009 sank die Quote um 0,9%.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen – vorrangig bedingt durch Alleinerzieherschaft, Alterssicherung sowie Scheidung und Trennung in Verbindung mit eigener Kindererziehung (in den meisten Fällen nicht

durch das persönliche Erwerbseinkommen, denn bei der Armutsgefährdungsbemessung wird das Haushaltseinkommen und nicht das Einkommen einzelner Haushaltsmitglieder zugrundegelegt) – blieben nahezu unverändert.

Zwar haben hinsichtlich des Familientyps die allein-erziehenden Haushalte mit 40% die weitaus höchste Armutsgefährdung, gleichwohl ist dieser Personenkreis mit rund 165 Tausend Personen nicht einmal halb so groß wie die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern) (Quote: 11,0%, rund 358 Tausend Personen), d.h. deren Bedeutung ist für eine Politik gegen Armut weitaus größer.

Einpersonenhaushalte haben – insbesondere aufgrund der Armutsgefährdung Älterer – eine Armutsgefährdungsquote von rund 23%, mit rund 515 Tausend Betroffenen.

Armutsgefährdungsquoten und Anzahl armutsgefährdeter Personen, Bayern, 2003 und 2009 auf Basis des Mikrozensus

Merkmal	2003		2008		2009		Veränderung 2003 -> 2009	
	Armutsge- fährdungs- quote	armuts- gefährdete Personen	Armutsge- fährdungs- quote	armuts- gefährdete Personen	Armutsge- fährdungs- quote	armuts- gefährdete Personen	Armutsge- fährdungs- quote	armuts- gefährdete Personen
	%	1.000	%	1.000	%	1.000	% Punkte	1.000
Insgesamt	13,5	1.605	13,6	1.628	13,7	1.635	0,2	30
Alter								
unter 18	17,2	391	15,9	335	16,9	514	0,2	20
18 bis unter 25	15,4	143	17,8	173				
25 bis unter 45	11,3	398	11,0	375	10,8	717	0,1	-15
45 bis unter 65	9,8	304	10,1	322				
65 und älter	18,1	370	18,6	423	17,7	405	-0,4	35
Geschlecht								
männlich	12,4	715	12,4	724	12,6	736	0,2	21
weiblich	14,6	891	14,8	904	14,8	899	0,2	8
Haushaltstyp								
Einpersonenhaushalte	21,4	401	23,2	503	23,3	515	1,9	114
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	8,9	437	9,1	456	9,0	458	0,1	21
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	41,4	169	39,6	163	40,6	165	-0,8	-4
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	12,9	464	11,3	375	11,0	358	-1,9	-106
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	12,2	135	13,0	131	13,9	139	1,7	4

Quelle: IT.NRW

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdung: Die Gruppengröße ist mindestens so wichtig wie die Armutsgefährdungsquote

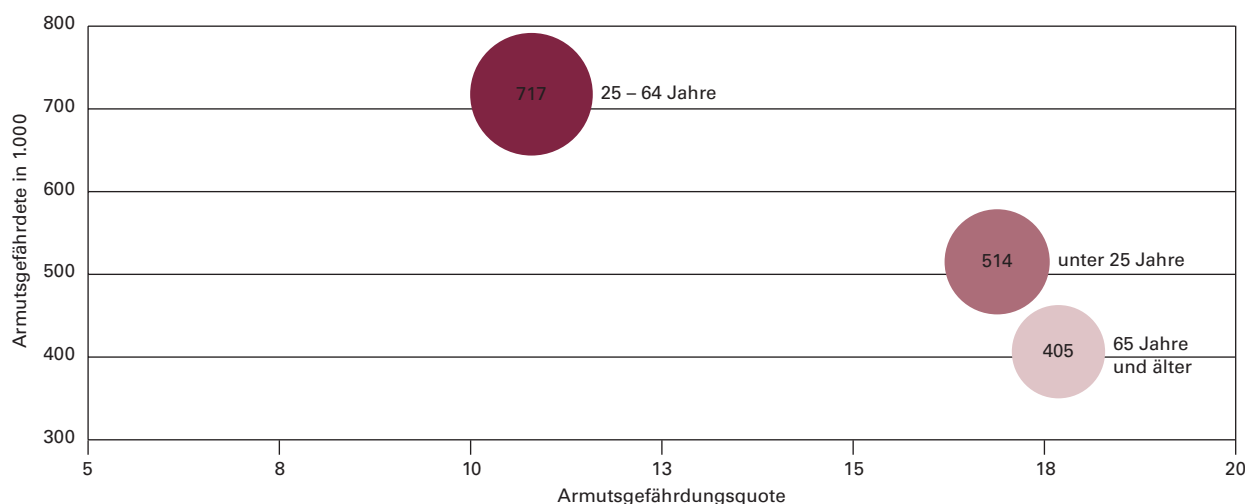
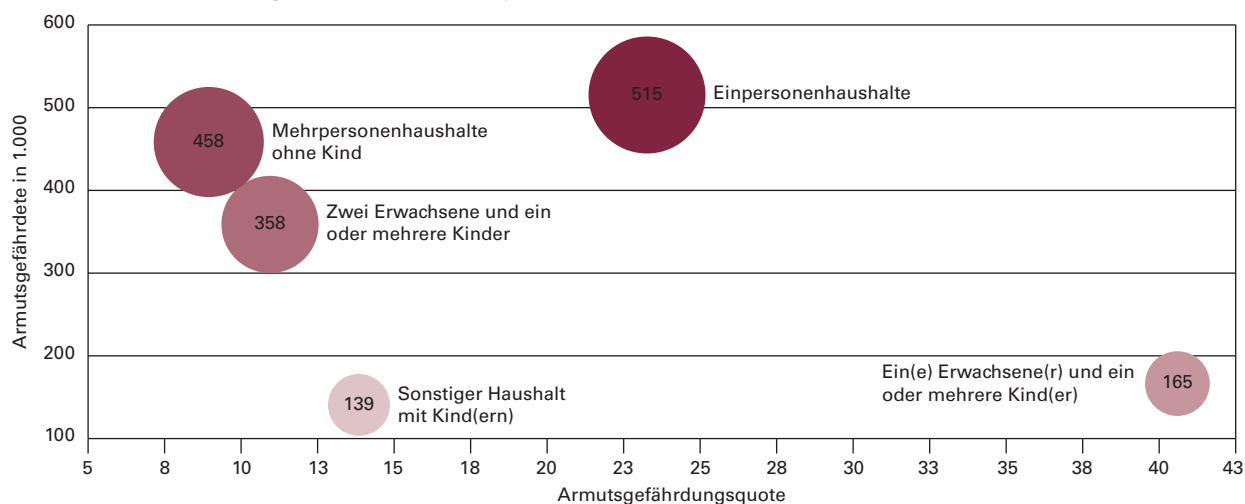
In Analysen wird vorrangig mit Armutsgefährdungsquoten argumentiert. Damit gerät teils aus dem Blickfeld, dass große Gruppen mit einer geringeren Gefährdungsquote hinsichtlich der Armutsbetroffenheit bedeutungsvoller sein können als eine relativ kleine Gruppe mit einer hohen Quote.

Die Ein-Personenhaushalte bilden die größte Gruppe, die armutsgefährdet ist (vorrangig Ältere). Die zweitgrößte Gruppe sind die Mehrpersonenhaushalte ohne

Kinder (ebenfalls vorrangig Ältere sowie sehr junge Haushalte), die drittgrößte Gruppe sind zwei Erwachsene mit ihren Kindern. Alleinerziehende haben quantitativ – trotz ihrer hohen Armutsgefährdung – eine vergleichsweise nachrangige Bedeutung.

Die größte Gruppe der Armutsgefährdeten sind die 25- bis 64-Jährigen, obwohl ihre Armutsgefährdungsquote 6 bis 7%-Punkte niedriger ist als die der anderen Altersgruppen.

Absolute Zahl der Armutsgefährdeten 2009 in Bayern



Gruppenspezifische Armutsgefährdungslücken 2003 bis 2009: Nur minimale Veränderungen in der Intensität der Armut, aber gruppenspezifische Unterschiede

Die Armutsgefährdungslücke quantifiziert in Prozent, um wie viel das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% vom mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung) liegt. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt bedeutet eine Armutsgefährdungslücke von 25,6% (vergleiche Abbildung unten), dass diese Haushalte – deren Armutsgefährdungsschwelle bei 859 Euro 2009 lag – ein mittleres Einkommen von nur rund 644 Euro hatten, ihre Einkommen also im Mittel erheblich unter der Armutsgefährdungsschwelle lagen.

Insgesamt hat sich die Armutsgefährdungslücke im Zeitraum von 2003 bis 2009 geringfügig im Bereich weniger Euro pro Monat verändert (Rückgang von 19,9 auf 19,4%).

Im Vergleich zu der Entwicklung in Bayern stieg die Armutsgefährdungslücke in Deutschland von 2005

bis 2009 um 3%-Punkte auf 22% an. Betroffen waren bundesweit insbesondere unter 18-Jährige (Anstieg von 16% auf 20% Armutsrisikolücke) und 18- bis 64-Jährige (Anstieg von 21% auf 24%).

Ein etwas ausgeprägter Rückgang der Armutsgefährdungslücke ergab sich in Bayern bei den 65-Jährigen und Älteren. Bei Alleinerziehenden sowie bei Familien stieg die Armutsgefährdungslücke von 2008 auf 2009 wieder an, nachdem sie zuvor gesunken war.

Dabei bedeutet z.B. bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern (unter 14 Jahren) ein Rückgang der Armutsgefährdungslücke von 17,1% in 2003 auf 14,9% in 2009, dass einem mittleren armutsgefährdeten Haushalt in 2009 bei einer Armutsgefährdungsschwelle von 1.804 Euro rund 1.535 Euro Nettoäquivalenzeinkommen zur Verfügung stand.

Armutsgefährdungslücke in %* 2003, 2008 und 2009, Bayern

Merkmal	2003	2008	2009
Insgesamt	19,9	19,0	19,4
Alter			
unter 18	18,6	16,4	} 19,8
18 bis unter 25	24,7	25,3	
25 bis unter 45	20,2	18,9	} 19,9
45 bis unter 65	18,9	20,1	
65 und älter	20,6	18,2	17,9
Geschlecht			
männlich	19,5	19,2	19,9
weiblich	20,2	18,9	19,0
Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	26,8	25,1	25,6
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	18,2	17,8	18,4
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	22,3	18,8	21,5
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	17,1	14,7	14,9
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	17,4	17,7	16,1

Quelle: IT.NRW

* Mittlerer prozentualer Abstand des Medianeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsgefährdungsschwelle; Ergebnisse des Mikrozensus.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdungsquoten 2007 bis 2009 nach Familienstand und Erwerbsstatus: Durch die Wirtschaftskrise 2009 höhere Armutsgefährdungsquoten bei Erwerbstätigen

Die höchsten Armutsgefährdungsquoten hinsichtlich des Familienstandes haben Geschiedene sowie getrennt Lebende mit jeweils über 20% bzw. 25%. Die meisten der armutsgefährdeten Menschen sind jedoch (rund 0,77 Millionen) verheiratet beziehungsweise leben zusammen.

Von den Erwerbstätigen hatten Arbeiter/-innen 2009 zu rund 13% (rund 316 Tausend) ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, 2008 lag die Quote noch bei 12,6% und 320 Tausend Betroffenen. Bei den Erwerbslosen lag die Armutsgefährdungsquote 2009 bei rund 66%. Absolut am meisten armutsgefährdet sind Rentner (397 Tausend), Nichterwerbspersonen unter 25

Jahren (361 Tausend) und sonstige Nichterwerbspersonen (279 Tausend). Unter den Erwerbstätigen blieb die Armutsgefährdungsquote von 2007 bis 2009 bei rund 8%, was rund 700 Tausend Menschen entspricht.

Bezieher von Arbeitslosengeld II und Wohngeld gehören ganz überwiegend zu den Armutsgefährdeten, aber auch bei Haushalten mit Arbeitslosengeld I-Bezug des Haupteinkommensbeziehers liegt die Armutsgefährdungsquote bei 45%. Bereits mit einer Teilzeittätigkeit sinkt die Armutsgefährdung auf rund 30%, bei Vollzeiterwerbstätigkeit auf 5,7%, wobei aber letzteres mit 448 Tausend Betroffenen weitaus mehr Menschen betrifft als z.B. jene mit ALG II-Bezug (243 Tausend Betroffene).

Gruppenspezifische Armutsgefährdungsquoten 2007 bis 2009, Bayern

Merkmal	Armutsgefährdungsquoten			armutsgefährdete Personen			Veränderung	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007 -> 2009	
	%			1.000			%	1.000
Familienstand des/der Haupteinkommensbeziehers/-in								
ledig	16,9	17,4	17,6	363	392	405	0,7	42
verheiratet, zusammen lebend	10,2	10,1	10,1	794	775	774	-0,1	-20
geschieden	23,3	23,0	22,9	212	211	212	-0,4	0
dauernd getrennt lebend	26,9	25,2	25,0	79	72	74	-1,9	-5
verwitwet			21,7			171		
Erwerbsstatus des/der Haupteinkommensbeziehers/-in								
Erwerbstätige	8,1	8,0	8,1	701	698	707	0,0	6
davon Selbstständige							0,0	0
(inkl. mithelfende Familienangehörige)	7,8	9,4	9,2	93	112	110	1,4	17
davon abhängig Erwerbstätige	8,1	7,8	8,0	608	586	597	-0,1	-11
davon Beamte	/	/	/	/	/	/	/	/
davon Angestellte	6,0	6,0	6,2	247	261	278	0,2	31
davon Arbeiter/-innen	13,0	12,6	13,0	356	320	316	0,0	-40
davon Grundwehr-Zivildienstleist.	/	/	/	/	/	/	/	/
Erwerbslose	68,7	73,4	66,4	205	182	189	-2,3	-16
Nichterwerbspersonen	24,3	25,2	24,8	714	748	1.037	0,5	323
davon Rentner/-innen	20,8	21,5	20,3	390	419	397	-0,5	7
davon Pensionär/-innen	/	/	/	/	/	/	/	/
davon Personen unter 25 Jahren	79,4	78,0	77,4	59	53	361	-2,0	302
davon sonstige Nichterwerbspersonen	34,4	37,4	38,6	263	273	279	4,2	16
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers								
mit Wohngeld-Bezug	68,8	58,1	47,6	93	49	42	-21,2	-51
mit ALG-I Bezug	42,9	45,1	45,5	59	51	79	2,6	20
mit ALG-II Bezug	83,3	84,3	83,9	222	203	243	0,6	21
Vollzeit	5,7	5,8	5,7	449	458	448	0,0	
Teilzeit	29,9	30,0	29,9	255	248	268	0,0	13
keine Erwerbstätigkeit	28,4	28,9	-	918	930	-	-	-

Quelle: IT.NRW

Armutsgefährdungsquoten 2007 bis 2009 nach der Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt, nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Ohne berufliche Ausbildung (jeweils bei der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt) ist die Armutsgefährdungsquote auf 34 % angestiegen, was rund 575 Tausend Menschen entspricht.

Bereits durch eine Lehrausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 11,8 % (2009). Jedoch sind davon rund 729.000 Menschen betroffen, d.h. deutlich mehr als jene ohne beruflichen Abschluss.

Die Armutsgefährdung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund ist mit 26,9 % bzw. 23,3 % mehr als doppelt so

hoch wie gegenüber jenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (12,3 %) bzw. ohne Migrationshintergrund (11,2 %; 2009). Jedoch ist die Zahl der armutsgefährdeten Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund viermal bzw. doppelt so hoch, d.h. es gibt in Bayern weitaus mehr armutsgefährdete deutsche als ausländische Bürger.

Nach verschiedenen Studien ist bei Migranten aus den alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15) die Armutsgefährdung in Deutschland wesentlich niedriger zu veranschlagen als bei Migranten aus Nicht-EU-Ländern (keine aktuellen Daten für Bayern).

Armutsgefährdungsquoten 2007 bis 2009 nach der Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers

Merkmal	Armutsgefährdungsquoten			armutsgefährdete Personen*			Veränderung	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007 -> 2009	
	%			1.000			%	1.000
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt								
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	70,9	69,8	69,4	101	110	111	-1,5	10,0
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	32,5	33,2	34,0	586	564	575	1,5	-11,0
Anlernberuf, Praktikum	26,2	27,3	22,3	31	32	25	-3,9	-6,0
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	11,4	11,7	11,8	734	736	729	0,4	-5,0
Meister, Techniker, Fachschule	6,2	6,0	6,5	74	77	84	0,3	10,0
(Fach-) Hochschule	4,0	3,8	3,7	86	86	88	-0,3	2,0
ohne Angabe	(12,9)	20,2	-	7	22	-	-	-
Staatsangehörigkeit								
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	29,6	26,9	26,9	342	312	310	-2,7	-32,0
mit deutscher Staatsangehörigkeit	11,9	12,2	12,3	1277	1316	1.325	0,4	48,0
Migrationshintergrund								
mit Migrationshintergrund	24,8	23,2	23,3	582	550	565	-1,5	-17,0
bis unter 25	28,2	25,7	26,6	234	213	218	-1,6	-16,0
25 bis unter 65	21,5	20,2	20,3	281	267	278	-1,2	-3,0
65 und älter	31,4	32,0	30,2	66	70	69	-1,2	3,0
ohne Migrationshintergrund	10,8	11,3	11,2	1037	1079	1.070	0,4	33,0
bis unter 25	12,8	13,1	13,3	293	295	296	0,5	3,0
25 bis unter 65	7,7	8,2	8,4	409	431	439	0,7	30,0
65 und älter	16,8	17,1	16,3	335	353	335	-0,5	0,0

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Äquivalenzeinkommen: Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdungsquoten 2005 und 2009: Bayern und früheres Bundesgebiet im Vergleich – Bayern bei den meisten Gruppen mit deutlich niedrigeren Armutsgefährdungsquoten

Ein ähnliches Preisniveau in Bayern und Westdeutschland (WD) ermöglicht eine recht gute Vergleichbarkeit der Armutsgefährdungsquoten auf Basis einer einheitlichen, bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle. Dabei werden zwar die Armutsgefährdungsquoten sowohl in Bayern wie WD unterschätzt (weil die neuen Länder mit niedrigem Einkommen, aber auch niedrigeren Lebenshaltungskosten in die Armutsgefährdungsschwelle mit einfließen und diese absenken), diese Verzerrung betrifft aber Bayern wie WD ähnlich: So liegt die Armutsgefährdungsschwelle (Einkommengrenze, unterhalb derer Personen armutsgefährdet sind) in Bayern bei einem Einpersonenhaushalt nur rund 30 Euro pro Monat höher als in WD.

2009 lag die Armutsgefährdung in Bayern rund 2 %-Punkte unter dem Niveau von WD. Nur bei den 65-Jährigen und älteren, den Selbstständigen und Rentnern war die Armutsgefährdung in Bayern bis zu max. 2 %-Punkte höher als in WD.

Die größten Unterschiede zwischen Bayern und WD treten bei den Erwerbslosen und Personen in Haushalten mit einem Hauptverdiener ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf: Hier liegen die Armutsgefährdungsquoten in Bayern um mehr als 7 %-Punkte unter dem Niveau in WD.

Die Armutsgefährdungsquote war 2009 insbesondere bei folgenden Gruppierungen wesentlich niedriger als in WD: Bei

- unter 25-Jährigen,
- Haushalten mit 2 Erwachsenen mit 2 und mehr Kindern,
- Personen mit niedriger beruflicher Qualifikation und
- Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund.

Die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote verlief 2005 bis 2009 zwischen Bayern und WD unterschiedlich bei den

- 18- bis unter 25-Jährigen, deren Armutsgefährdung in Bayern – allerdings auf niedrigerem Niveau – anstieg, während sie in WD stagnierte.
- Alleinerziehenden, die in WD eine nochmals erhöhte Armutsgefährdung hatten, während diese in Bayern etwas zurückging.
- Selbstständigen, deren Armutsgefährdung in Bayern etwas anstieg (+0,5 %-Punkte), während diese in WD um 0,4 %-Punkte minimal zurückging.

Armutsgefährdungsquoten¹⁾: Früheres Bundesgebiet und Bayern im Vergleich (bei einheitlicher Armutsgefährdungsschwelle von 60% des bundesweiten medianen Einkommens)

Merkmal	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)		Bayern	
	Jahr			
	2005	2009	2005	2009
Insgesamt	13,2	13,3	11,4	11,1
Alter				
Unter 18	17,6	17,1	13,9	12,5
18 bis unter 25	20,6	20,5	14,9	16,2
25 bis unter 50	12,0	11,8	9,3	8,6
50 bis unter 65	9,7	10,4	8,7	9,1
65 und älter	11,6	12,5	14,2	14,3
Geschlecht				
Männlich	12,7	12,7	10,3	10,2
Weiblich	13,8	14,0	12,4	12,0
Haushaltstyp ²⁾				
Einpersonenhaushalt	20,7	21,7	19,6	20,1
Zwei Erwachsene ohne Kind	7,8	8,1	8,4	8,6
Sonstiger Haushalt ohne Kind	7,7	7,4	5,4	5,0
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	36,7	37,8	35,2	34,1
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,7	8,7	8,3	6,8
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,3	9,6	8,1	6,8
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	24,6	23,0	19,0	15,2
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	15,8	16,0	9,8	10,8
Erwerbsstatus ³⁾				
Erwerbstätige	6,2	6,6	5,2	5,3
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	7,9	7,5	7,8	8,3
Abhängig Erwerbstätige	6,1	6,4	4,8	4,9
Erwerbslose	44,9	48,5	38,7	41,2
Nichterwerbspersonen	16,7	17,6	15,3	15,6
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ⁴⁾	10,8	12,2	12,8	13,9
Personen im Alter von unter 18 Jahren	17,8	17,4	14,1	12,7
Sonstige Nichterwerbspersonen	25,5	29,1	22,1	24,1
Qualifikationsniveau ⁵⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)				
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	30,7	33,5	28,7	29,4
Mittel (ISCED 3 und 4)	11,3	11,9	9,7	10,4
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,5	4,1	4,1	3,8
Staatsangehörigkeit				
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	32,7	30,2	26,6	22,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	11,1	11,5	9,7	9,9
Migrationshintergrund ⁶⁾				
Mit Migrationshintergrund	26,5	25,1	21,8	19,1
Ohne Migrationshintergrund	9,6	9,9	8,9	9,1

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

²⁾ Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

³⁾ Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).

⁴⁾ Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

⁵⁾ Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

⁶⁾ Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Regierungsbezirke im Vergleich: Höchste Armutsgefährdungsquote in Oberbayern bei real kaum überdurchschnittlichem Wohlstand

Während sich die realen (um unterschiedliches Preisniveau bereinigten) mittleren Einkommen zwischen den Regierungsbezirken wenig unterscheiden (vgl. Abschnitt 2.3), sind die Unterschiede hinsichtlich der Armutsgefährdungsquoten (bezogen auf das mittlere Einkommen je Regierungsbezirk) ausgeprägter: Am höchsten ist die Quote in 2009 mit 14,9% in Oberbayern, am niedrigsten in Schwaben mit 11,9%, ohne dass der reale (um das unterschiedliche Preisniveau bereinigte) mittlere Wohlstand in Oberbayern wesentlich höher wäre als in Schwaben.

Von den 2009 in Bayern rund 1,6 Mio. armutsgefährdeten Personen lebten rund 617.000 in Oberbayern, über 200.000 jeweils in Mittelfranken und Schwaben, rund 168.000 in Unterfranken und unter 150.000 jeweils in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken.

Im Vergleich mit 2008 nahm in 2009 in der Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken die Armutsgefährdung zu. In der Oberpfalz stieg die Zahl der Armutsgefährdeten um rund 16 Tausend Personen.

Gemessen am bayernweiten mittleren Einkommen haben Städte – u.a. aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur – teils erhöhte Armutsgefährdungsquoten: So hatte z.B. Nürnberg 2009 eine Armutsgefährdungsquote von rund 22% und Augsburg von 16,6%, während es in München-Stadt „nur“ rund 13% waren (bei Berücksichtigung des hohen Preisniveaus in München rund 15,6%).

Regierungsbezirke: Mittlere Einkommen und Armutsgefährdungsquoten 2009 (auf Basis von 60% des mittleren Einkommens je Regierungsbezirk, (neue OECD-Skala)

Region	Nettoäquivalenzeinkommen (in Preisen von 2009)		Armutsgefährdungsquote		armutsgefährdete Personen	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
	Euro, real*		%		1.000	
Oberbayern	1427	1443	15,0	14,9	617	617
Niederbayern	1452	1461	12,8	12,6	143	140
Oberpfalz	1415	1425	11,8	13,4	123	139
Oberfranken	1401	1434	12,7	13,7	133	143
Mittelfranken	1420	1454	14,4	14,6	236	239
Unterfranken	1417	1431	13,2	13,5	168	171
Schwaben	1415	1438	12,4	11,9	211	202
Bayern	1415	1431	13,6	13,7	1.631	1.635

Armutsgefährdungsquoten in ausgewählten Städten 2009 (auf Basis von 60% des mittleren Einkommens in Bayern, neue OECD-Skala)

Stadt	Armutsgefährdungsquoten	armutsgefährdete Personen
	%	in 1000
München, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt	13,0	169
Nürnberg, Kreisfreie Stadt	21,6	106
Augsburg, Kreisfreie Stadt	16,5	42
Bayern	13,7	1.635

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW; BBSR, eigene Berechnungen.

* Mit dem regionalen BBSR-Preisindex umgerechnet.

Regierungsbezirke im Vergleich: Deutliche Unterschiede bei der Armutsgefährdung hinsichtlich Alter und Haushaltstyp

Auf Basis des jeweiligen mittleren Einkommens in den Regierungsbezirken (Regierungsbezirksmedian, da dieser den mittleren Wohlstand in der Region repräsentiert, wobei diese Mediane sich real – um unterschiedliche Preisniveaus bereinigt – wenig unterscheiden, vgl. oben) sind von einer Armutsgefährdung

- Jüngere unter 25 Jahren am geringsten betroffen in Niederbayern und Schwaben, am meisten in Oberbayern, Ober-, Mittel- und Unterfranken. Ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote gegenüber 2008 um rund 3%-Punkte gab es bei dieser Altersgruppe in der Oberpfalz und Oberfranken, bei allen anderen Altersgruppen waren die Veränderungen gering.

- Ältere (65 Jahre und älter) am wenigsten betroffen in den fränkischen Regierungsbezirken und Schwaben, am häufigsten in Nieder- und Oberbayern sowie der Oberpfalz.
- 25- bis unter 65-Jährige weitaus am wenigsten betroffen. Zudem sind die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken mit einer Spanne von 2,5%-Punkten gering.
- Alleinerziehende und Haushalte mit 2 Erwachsenen mit Kind(ern) unterdurchschnittlich betroffen in Schwaben.

Armutsgefährdungsquoten* in den Regierungsbezirken, 2009

Merkmal	Armutsgefährdungsquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirksmedians						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Insgesamt	14,9	12,6	13,4	13,7	14,6	13,5	11,9
Alter							
unter 25	18,8	11,6	16,0	18,5	18,5	17,3	14,3
25 bis unter 65	11,9	9,7	10,0	11,3	12,2	10,6	9,1
65 und älter	18,7	22,3	19,5	14,7	16,4	16,7	16,3
Geschlecht							
männlich	13,8	11,4	12,0	13,2	13,4	11,9	10,9
weiblich	16,0	13,7	14,7	14,3	15,7	15,1	12,8
Haushaltstyp**							
Einpersonenhaushalte	23,1	26,5	24,3	25,7	22,8	27,1	20,6
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	10,3	10,6	8,4	8,0	9,2	8,9	7,3
1 Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	43,5	(32,8)	43,9	40,4	42,9	42,0	37,6
davon 1 Erwachsene(r) mit 1 Kind	35,7	/	(35,9)	(33,3)	35,6	(40,0)	(31,2)
davon 1 Erwachsene(r) mit 2 Kindern	54,4	/	(55,5)	(47,2)	51,1	(44,0)	43,6
davon 1 Erwachsene(r) mit 3 u. m. Kindern							
2 Erwachsene** und ein oder mehrere Kinder	11,7	7,6	11,0	12,0	12,4	10,6	9,7
davon 2 Erwachsene** mit 1 Kind	8,6	(6,3)	(9,2)	(10,7)	10,3	(6,5)	(6,9)
davon 2 Erwachsene** mit 2 Kindern	9,9	(6,0)	8,5	11,3	10,3	8,5	8,4
davon 2 Erwachsene** mit drei oder mehrere Kinder	21,6	(16,2)	21,3	(17,2)	22,0	24,1	17,0
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	15,7	10,6	(11,4)	15,6	16,8	10,7	11,7

Quelle: IT.NRW.

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

** Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

Eingeklammerte Daten: Aufgrund der Fallzahl eingeschränkte Repräsentativität; „/“ Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen; Daten des Mikrozensus.

2. WOHLSTAND

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Regierungsbezirke im Vergleich: Erhebliche Unterschiede bei der Armutsgefährdung hinsichtlich Familienstand, Erwerbsstatus und Erwerbsumfang

Hinsichtlich des Familienstandes ist die relativ hohe Armutsgefährdung Lediger in Ober- und Unterfranken mit über 20% auffällig, bei Geschiedenen liegt sie nur in Schwaben unter 20%.

Hinsichtlich des Erwerbsstatus tragen die geringste Armutsgefährdung Erwerbstätige in Niederbayern und Schwaben, am höchsten ist sie in Oberbayern. Die Armutsgefährdung für Erwerbslose liegt in allen Regierungsbezirken über 50%, am höchsten ist sie in Schwaben und der Oberpfalz mit über 70%. Rentner sind von einer Armutsgefährdung am wenigsten in Oberfranken (16,5%) und Mittelfranken (18,5%) betroffen. Mit über 20% am meisten armutsgefährdet sind Rentner in Ober- und Niederbayern und der Oberpfalz.

Hinsichtlich des Erwerbsumfanges und Transferbezuges (des Haupteinkommensbeziehers) zeigen die Daten eine Armutsgefährdung von rund 80% für alle Haushalte mit einem Bezug von ALG II.

Durchgängig in allen Regierungsbezirken sind die Armutsgefährdungsquoten von Personen in Haushalten, bei denen der Haupteinkommensbezieher vollwerbstätig ist, nur rund ein Fünftel so hoch wie bei Teilzeiterwerbstätigkeit.

Armutsgefährdungsquoten* in den Regierungsbezirken, 2009

Merkmal	Armutsgefährdungsquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Familienstand des /der Haupteinkommensbeziehers/-in							
ledig	18,2	14,8	16,7	22,9	18,8	21,5	14,9
verheiratet, zusammen lebend	11,4	9,8	9,9	9,3	10,5	9,1	8,8
geschieden	23,3	20,8	22,9	23,2	28,3	23,0	17,4
dauernd getrennt lebend	28,9	/	/	(25,2)	(19,8)	(30,0)	30,1
verwitwet	21,5	25,7	26,3	17,0	20,6	20,6	20,0
Erwerbsstatus des /der Haupteinkommensbeziehers/-in							
Erwerbstätige	9,8	6,5	7,7	7,9	8,6	7,9	6,6
davon Selbstständige (+ Fam.angeh.)	10,1	9,3	11,6	(11,3)	9,7	(7,0)	6,7
davon abhängig Erwerbstätige	9,7	6,0	7,2	7,5	8,5	8,0	6,6
Erwerbslose	66,1	54,5	71,4	67,7	67,5	62,9	72,5
Nichterwerbspersonen	26,5	26,8	24,0	22,2	24,5	24,4	22,8
davon Rentner/-innen	21,2	26,4	22,0	16,5	18,5	19,2	18,8
Pensionär/-innen	/	/	/	/	/	/	/
Personen unter 25 Jahren	80,4	/	(77,4)	(73,2)	(79,7)	(79,4)	(71,9)
sonstige Nichterwerbspers.	41,3	30,8	31,6	38,3	40,9	37,6	38,2
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers							
mit Wohngeld-Bezug	56,6	/	/	/	/	/	(52,5)
mit ALG-I Bezug	49,3	(39,2)	(50,7)	(47,1)	39,5	(45,6)	(40,1)
mit ALG-II Bezug	85,5	78,6	84,6	80,9	81,8	86,3	77,2
Vollzeit	7,0	4,6	5,3	5,6	5,7	5,3	4,9
Teilzeit	34,4	23,9	32,4	26,5	31,8	31,3	24,8

Quelle: IT.NRW., Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

Regierungsbezirke im Vergleich: Lehrausbildung bietet grundsätzlich Schutz vor Armutsgefährdung, hohe Armutsgefährdung für Ausländer besonders in Ober- und Mittelfranken

Personen in Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher noch in Ausbildung ist, keinen beruflichen Abschluss hat oder einen Anlernberuf ausübt, sind in fast allen Regierungsbezirken zu rund einem Drittel und mehr armutsgefährdet.

Lehrausbildung und beruflicher Fachschulabschluss des Haupteinkommensbeziehers senken die Armutsgefährdungsquote – mit Ausnahme von Oberbayern mit 14 % – auf ein Niveau von rund 10 % bis 12 %.

Bei einer Meister-, Techniker- und Fachschulausbildung sowie bei Hochschulausbildung sind die Werte regional nicht mehr hinreichend repräsentativ, es deuten sich aber Armutsquoten nicht über 5 % an (Ausnahme wiederum Oberbayern).

Für Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund variiert die Armutsgefährdung zwischen den Regierungsbezirken wenig (10 % bis 13 %). Ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund bestehen zwischen den Regierungsbezirken erhebliche Unterschiede: Die Armutsgefährdungsquote ist für Personen

- mit Migrationshintergrund mit rund 25 % und mehr besonders hoch in Ober-, Mittel- und Unterfranken,
- ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit rund 30 % und mehr besonders hoch in Niederbayern und den fränkischen Regierungsbezirken.

Armutsgefährdungsquoten* in den Regierungsbezirken, 2009

Merkmal	Armutsgefährdungsquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt							
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	72,6	/	70,1	(78,6)	68,1	76,3	62,6
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	36,1	33,7	34,0	30,2	36,1	29,2	32,5
Anlernberuf, Praktikum	(22,8)	/	/	(22,2)	/	/	/
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	14,1	10,2	10,4	12,2	11,7	11,9	9,7
Meister, Techniker, Fachschule	9,3	(4,0)	(6,1)	(7,2)	(5,4)	(5,4)	(4,7)
(Fach-) Hochschule	4,4	/	(3,9)	(3,2)	5,6	(3,7)	(2,4)
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	26,1	32,7	24,0	34,1	34,3	29,6	24,5
mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	11,4	12,8	12,6	12,3	12,3	10,5
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	23,3	23,0	24,5	26,4	27,6	23,2	20,4
bis unter 25	26,7	24,4	28,4	28,4	30,3	25,9	23,3
25 bis unter 65	20,4	22,2	20,3	23,7	24,5	20,4	16,5
65 und älter	29,2	/	/	/	35,8	(30,1)	31,7
ohne Migrationshintergrund	12,2	10,8	11,6	11,8	10,6	11,6	9,5
bis unter 25	15,2	8,5	13,3	15,9	13,0	14,9	10,6
25 bis unter 65	9,0	7,5	8,4	9,4	8,4	8,6	7,0
65 und älter	17,2	22,2	18,4	13,6	13,6	15,5	14,4

Quelle: IT.NRW., Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

Eingeklammerte Daten: Aufgrund der Fallzahl eingeschränkte Repräsentativität; „/“ Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen.

2. WOHLSTAND

2.5 ÜBERSCHULDUNG

Überschuldung privater Personen⁷: In Bayern 2010 am geringsten, aber etwas höher als 2009

Definition der Überschuldung: Diese liegt dann vor, wenn ein Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch (weitere) Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

In Bayern sind Privatpersonen bundesweit am wenigsten häufig von Überschuldung betroffen: Während 2010 bundesweit 9,5 % der Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern 7,1 % oder rund 0,73 Mio. Personen.

Im Zeitraum 2008 bis 2010 ist die Schuldnerquote in Bayern von 7,3 % in 2008 auf 6,7 % in 2009 etwas gesun-

ken und 2010 wieder auf 7,1 % angestiegen, was einen Zuwachs von 38.000 Personen gegenüber 2009 bedeutet. Bundesweit ergab sich ein in etwa gleicher Verlauf, nur auf einem um rund 2,5 %-Punkte höheren Verschuldungsniveau.

Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Überschuldung ist für 2011 wieder von einer sinkenden Schuldnerquote auszugehen. In 2009 hat die Kurzarbeiter-Regelung wahrscheinlich einen Anstieg verhindert.

Bundesweit beträgt die mittlere Überschuldung 2009 rund 36.000 Euro.

Schuldnerquoten und Zahl der Schuldner (in Millionen) 2008 bis 2010, Abweichung 2004 bis 2010 und 2009 bis 2010

Bundesland	Schuldnerquoten			Veränderung		Schuldner			Veränderung	
	2008	2009	2010	09/10	04/10	2008	2009	2010	09/10	04/10
Bayern	7,28%	6,72%	7,06%	+0,34	-0,13	0,74	0,69	0,73	+38.000	+8.000
Baden-Württemberg	7,65%	7,11%	7,46%	+0,35	-0,04	0,67	0,62	0,66	+33.000	+15.000
Sachsen	9,10%	7,96%	8,37%	+0,41	-0,58	0,33	0,29	0,31	+15.000	-21.000
Thüringen	9,72%	8,32%	8,65%	+0,32	-1,37	0,19	0,16	0,17	+7.000	-29.000
Hessen	10,27%	9,12%	9,53%	+0,41	-0,04	0,51	0,46	0,48	+22.000	+3.000
Brandenburg	10,45%	9,31%	9,59%	+0,28	-1,61	0,23	0,20	0,21	+7.000	-30.000
Rheinland-Pfalz	10,24%	9,23%	9,71%	+0,48	-0,42	0,34	0,31	0,32	+16.000	-8.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,85%	9,73%	10,03%	+0,30	-1,47	0,16	0,14	0,14	+5.000	-20.000
Niedersachsen	10,62%	9,75%	10,24%	+0,49	+0,11	0,69	0,63	0,67	+32.000	+17.000
Schleswig-Holstein	11,18%	10,25%	10,54%	+0,30	-0,28	0,26	0,24	0,25	+7.000	-1.000
Nordrhein-Westfalen	11,65%	10,39%	10,88%	+0,49	+0,20	1,72	1,53	1,61	+73.000	+49.000
Hamburg	12,05%	10,59%	10,90%	+0,32	+0,03	0,18	0,16	0,16	+5.000	+6.000
Saarland	12,20%	10,52%	11,03%	+0,51	-0,02	0,11	0,09	0,10	+4.000	-1.000
Sachsen-Anhalt	12,40%	11,05%	11,58%	+0,53	-0,63	0,26	0,23	0,24	+10.000	-19.000
Berlin	13,96%	12,16%	12,67%	+0,51	-1,35	0,41	0,36	0,37	+18.000	-26.000
Bremen	14,72%	13,92%	14,13%	+0,21	+0,78	0,08	0,08	0,08	+1.000	+5.000
Deutschland	10,11%	9,09%	9,50%	+0,41	-0,24	6,87	6,19	6,49	+292.000	-52.000

Quelle: Creditreform e.V., Schuldenatlas 2010, S. 9, Neuss, 2010.

⁷ Alle nachfolgend genannten Daten zur Überschuldung privater Personen wurden mit freundlicher Genehmigung des Creditreform e.V. der Veröffentlichung „Schuldenatlas Deutschland 2010“, Neuss 2010 entnommen.

Überschuldung privater Personen in den Regionen: In Bayern relativ wenig Unterschiede

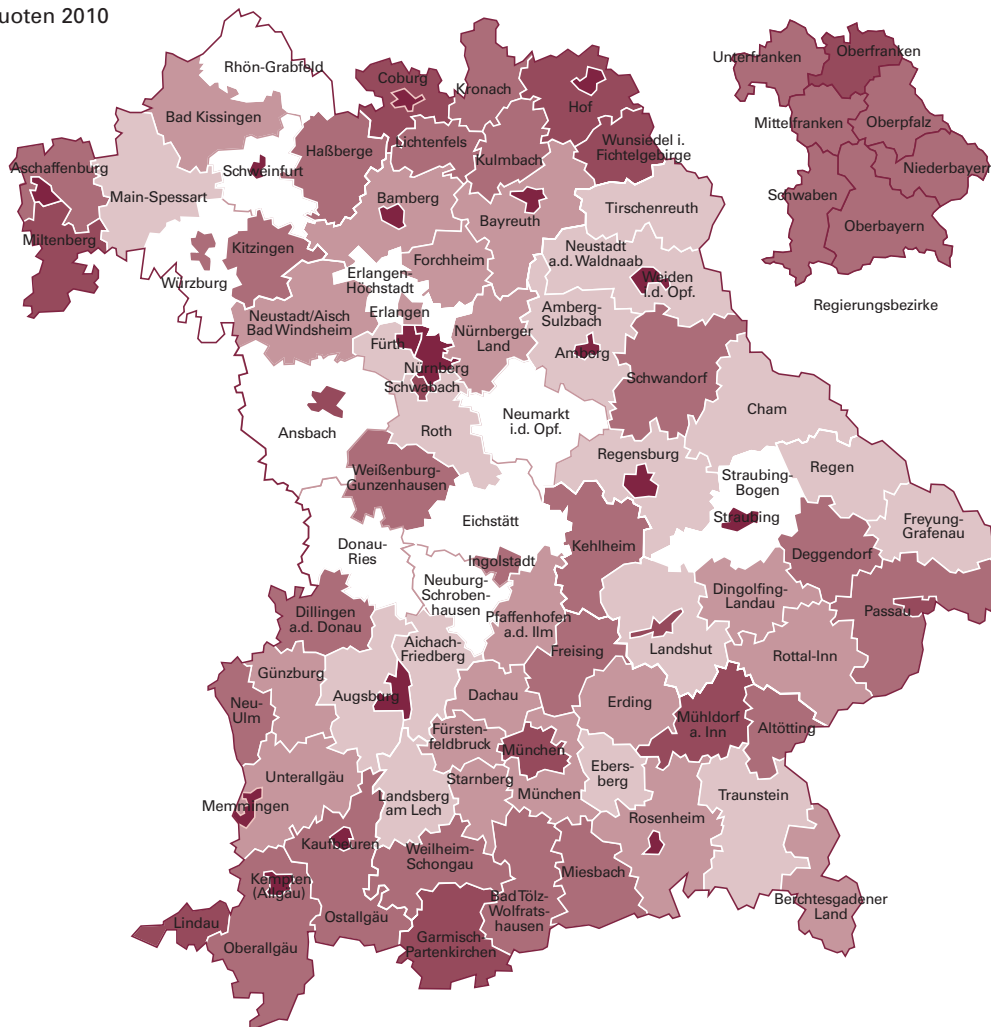
Für Gesamtbayern wurde 2010 eine Schuldnerquote von 7,1% (Vorjahr 6,7%) ermittelt. Damit sind aktuell rund 730.000 Bürger über 18 Jahre überschuldet.

Die Schuldnerquote ist in Bayern regional im Vergleich mit anderen Ländern relativ gleichmäßig verteilt, die meisten Regionen liegen in einer Spannweite von 5%-Punkten Unterschied. Von den bundesweit 10 Kreisen mit der niedrigsten Schuldnerquote von 2004 bis 2010 waren acht bayerische Landkreise: Eichstätt,

Erlangen-Höchstadt, Straubing-Bogen, Schweinfurt, Donau-Ries, Neumarkt i.d.Opf., Würzburg und Neuburg-Schrobenhausen.

Die Schuldnerquoten weisen regional eine maximale Bandbreite von 3,9% im Landkreis Eichstätt bis zu 13,1% in der Stadt Hof auf. Erhöhte Schuldnerquoten sind insbesondere für den Großraum Nürnberg, Augsburg und Hof zu beobachten. Die Werte in den Kernstädten liegen meist um mehr als 2%-Punkte über dem Durchschnitt.

Schuldnerquoten 2010



Überschuldete Personen ab 18 Jahren bezogen auf Bevölkerung im entsprechenden Alter

Häufigkeit		Häufigkeit	
□ bis unter 5,5	10	■ 6,5 bis unter 7,5	22
■ 5,5 bis unter 6	16	■ 7,5 bis unter 9	12
■ 6 bis unter 6,5	19	■ 9 oder mehr	17

Minimum: Landkreis Eichstätt 3,89

Bayern: 7,06

Maximum: Stadt Hof 13,12

Quelle: SchuldnerAtlas 2010 Deutschland von Creditreform, eigene Berechnungen

2. WOHLSTAND

2.5 ÜBERSCHULDUNG

Überschuldung privater Personen nach soziodemografischen Merkmalen und Ursachen 2008, bundesweit: zunehmend Jüngere und Ältere

Die Hauptursachen für Überschuldung – soweit sie Einzelfaktoren hinreichend zugeordnet werden können – sind

- Arbeitslosigkeit (rund 28% in 2008, in 2009 vermutlich etwas erhöhte Werte. In 2010, spätestens 2011 sinkend; mittelfristig wird derzeit ein sinkender Trend angenommen),
- Trennung/Scheidung/Tod des Partners (rund 14% mit steigender Tendenz),
- Erkrankung und Sucht (rund 11% mit steigender Tendenz),

- eine gescheiterte Selbstständigkeit und unwirtschaftliche Haushaltsführung mit jeweils einem Anteil unter 10%, wobei aufgrund u.a. der Expansion des Niedriglohnsektors bei „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ eine Zunahme erwartet wird.

Daten zur bundesweiten Überschuldung nach dem Geschlecht für den Zeitraum 2004 bis 2010 zeigen, dass zunehmend Frauen von Überschuldung betroffen sind, auch weil sie zunehmend als eigene Haushaltsvorstände fungieren.

Ausgewählte Hauptauslöser von Überschuldung nach Altersgruppen 2006 und 2008

Hauptauslöser Altersgruppen	Arbeitslosigkeit		Trennung, Scheidung, Tod des Partners		Erkrankung, Sucht, Unfall		Gescheiterte Selbstständigkeit		Unwirtschaftliche Haushaltsführung		Gescheiterte Immobilienfinan- zierung	
Trend	↘		↗		↗		↘		↗		↘	
Jahr	2006	2008	2006	2008	2006	2008	2006	2008	2006	2008	2006	2008
unter 25	32,2%	27,0%	4,1%	2,0%	5,7%	6,6%	2,1%	1,2%	16,7%	19,0%	0,3%	0,1%
25 bis 35	33,9%	33,1%	10,3%	10,2%	6,8%	8,5%	6,2%	5,3%	10,5%	12,3%	2,0%	1,8%
35 bis 45	29,5%	27,4%	18,2%	18,4%	8,9%	10,3%	11,1%	10,3%	7,1%	8,2%	4,6%	5,2%
45 bis 55	29,8%	28,5%	15,0%	16,8%	10,8%	12,6%	13,6%	12,1%	5,5%	6,2%	5,0%	5,4%
55 bis 65	25,6%	24,9%	10,7%	12,8%	10,2%	15,2%	17,9%	14,9%	6,2%	5,7%	6,2%	5,7%
65 und mehr	7,5%	5,3%	10,6%	12,6%	9,0%	12,8%	10,9%	11,2%	11,0%	10,1%	4,3%	6,1%
gesamt	29,6%	28,2%	13,1%	13,8%	8,6%	10,7%	10,3%	9,4%	8,5%	9,3%	3,8%	2,2%

Quelle: Creditreform e.V., Schuldenatlas Deutschland 2010, S. 19, Neuss, 2010.

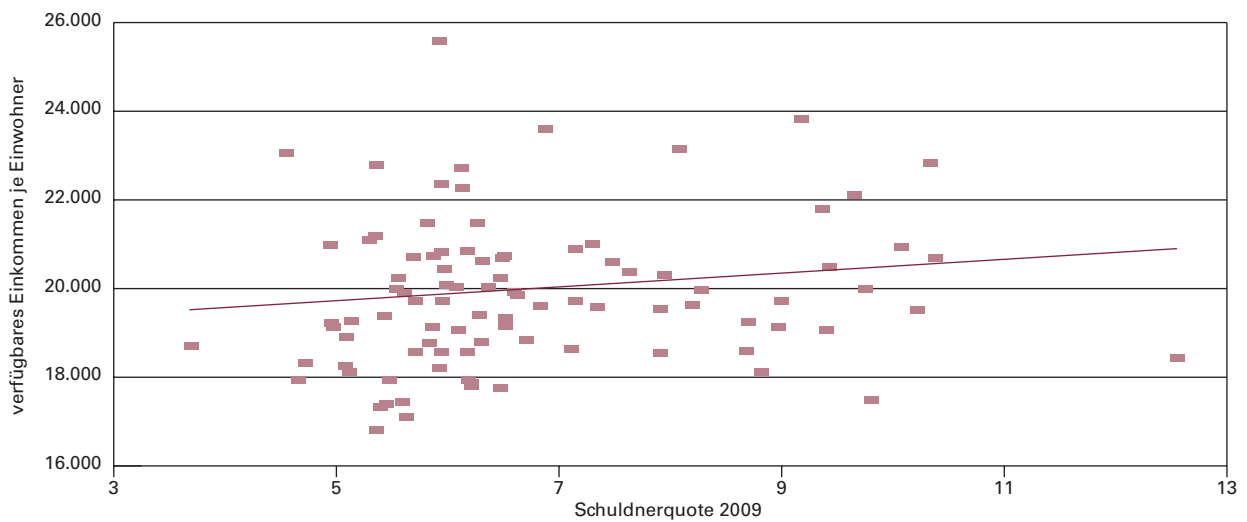
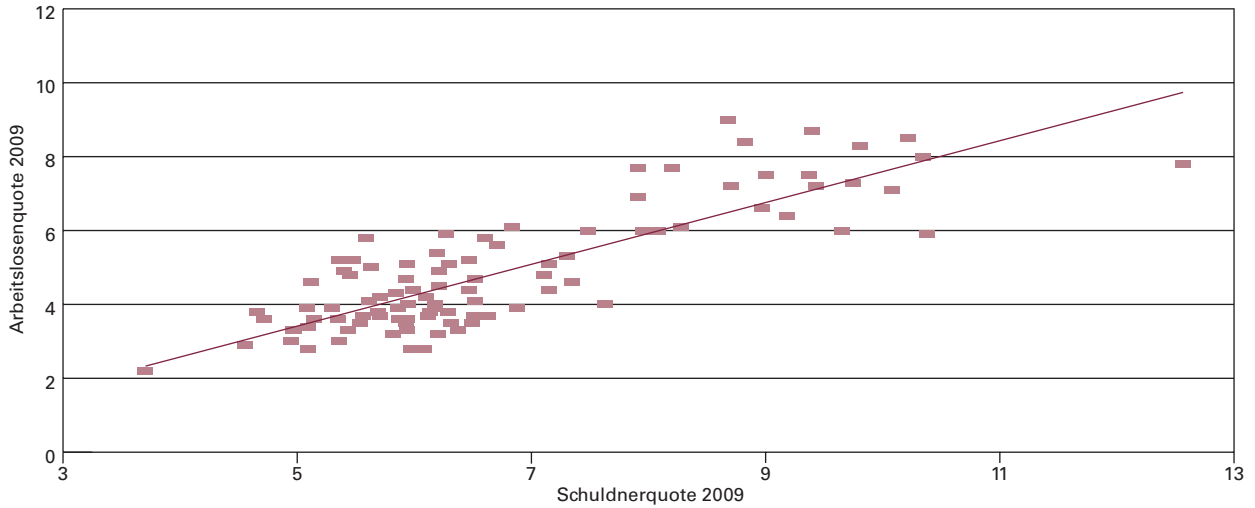
Wie eng regional der Zusammenhang zwischen der Schuldnerquote und

- der Arbeitslosenquote,
- der Quote erwerbsfähiger Hilfebedürftiger (Arbeitslosengeld II) und
- dem verfügbaren Einkommen je Einwohner 2009 war, veranschaulichen die nachfolgenden Abbildungen, in denen für alle bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte jeweils abgebildet wurde, wie hoch die Schuldnerquote und die anderen genannten Quoten sind. Jeder Punkt in den drei Abbildungen steht für jeweils eine Stadt bzw. einen Landkreis, die Gerade deutet den statistischen Zusammenhang zwischen den jeweiligen Indikatoren an.

Dabei zeigt sich, dass regional durchaus teils ein enger und zu erwartender statistischer Zusammenhang zwischen den Sachverhalten besteht:

- Je höher die Arbeitslosenquote in einer Region ist, umso höher ist auch die Schuldnerquote.
- Ein augenfälliger Zusammenhang besteht regional auch zwischen der Schuldnerquote und der Quote der Empfänger von Arbeitslosengeld II.
- Hingegen besteht z.B. kein regional signifikanter Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen je Einwohner und der Schuldnerquote, in der Abbildung zeigt die „Punktwolke“ an, dass zwischen beiden Größen kein augenfälliger Zusammenhang besteht. Das durchschnittlich verfügbare Einkommen ist damit nur eingeschränkt als Indikator zur Beschreibung der sozialen Lage in einer Region geeignet, die mehr von der Einkommensverteilung als von einem Durchschnittswert bestimmt wird.

Landkreise und Städte 2009 in Bayern nach sozialen Indikatoren



2. WOHLSTAND

2.6 REICHTUMSQUOTE

Reichtumsquote: In Bayern höher als im früheren Bundesgebiet und Deutschland

Als „reich“ werden nachfolgend jene Personen bezeichnet, die in Haushalten leben, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200% des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Allerdings werden hohe und sehr hohe Einkommen im Mikrozensus (tendenziell in allen Daten auf Basis einer schriftlichen Befragung) erheblich untererfasst, so dass die Quoten nur unterste Werte und vage Anhaltspunkte darstellen. Bezogen auf einen

- Einpersonenhaushalt bedeutet das 2009 ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 2.863 Euro pro Monat,
- Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern bedeutet das mindestens 6.013 Euro (netto).

Im Zeitraum 2006 bis 2009 hat sich die Reichtumsschwelle (real bzw. inflationsbereinigt) in Bayern um rund 2,2%-Punkte – oder 62 Euro bezogen auf einen Einpersonenhaushalt – erhöht. Anmerkung: Auch die Armutsgefährdungsschwelle ist um 2,2%-Punkte angestiegen, aber von niedrigerem Wohlstandsniveau ausgehend nur um 18 Euro, bezogen auf einen Einpersonenhaushalt. Dahinter steht der Sachverhalt, dass bei steigendem Wohlstand auch bei relativ gleichbleibender Wohlstandsverteilung die absoluten Wohlstandsunterschiede zunehmen.

Rund 8% der Personen in Bayern lebten 2006 bis 2009 in „reichen“ Haushalten, wenn das Medianeinkommen in Bayern zu Grunde gelegt wird.

Auch 2005 lag die Quote bereits bei 7,9%, so dass der Anteil von Personen in reichen Haushalten stabil geblieben ist. Insgesamt zeigt sich z.B. auch für Deutschland und Westdeutschland eine im Zeitraum 2005 bis 2009 nahezu unveränderte Reichtumsquote von rund 7,7% bis 7,8% bzw. 8,7% bis 8,9%.

Ein Vergleich zwischen Bayern und dem früheren Bundesgebiet ist näherungsweise auf Basis des Bundesmedians (bundesweit mittleres Einkommen, davon 200% als Reichtumsschwelle) möglich, auch wenn beim Bundesmedian die ostdeutschen Länder mit einfließen (mit niedrigerem Einkommens-, aber auch Preisniveau, wodurch westdeutsche Länder reicher erscheinen als sie sind). Mit 9,8% ist der Anteil reicher Personen in Bayern rund 1%-Punkt höher als im früheren Bundesgebiet und um rund 2%-Punkte höher als im gesamten Bundesgebiet.

Neben Bayern haben nur Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg eine Reichtumsquote über 9% (bezogen auf den Bundesmedian).

Reichtumsquoten* 2006 bis 2009 in %

Regionaleinheit	2006, auf Basis des ...		2008, auf Basis des ...		2009, auf Basis des ...	
	Bundesmedians	Medians der jeweiligen Regionaleinheit	Bundesmedians	Medians der jeweiligen Regionaleinheit	Bundesmedians	Medians der jeweiligen Regionaleinheit
Bayern	9,6	7,8	9,8	7,9	9,8	7,9
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,8	7,9	8,7	7,8	8,9	8,0
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	4,0	6,1	3,8	5,9	4,0	6,2
Deutschland	7,8	7,8	7,7	7,7	7,8	7,8

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Reichtumsquoten: Vorrangig bei den 45- bis 65-Jährigen und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder

Im Zeitraum 2003 bis 2009 ist die Reichtumsquote von 8,1% auf 7,9% minimal gesunken, die Zahl der als reich bezeichneten Personen von 966.000 auf 948.000 in Bayern etwas zurückgegangen. Allerdings ist in dem Zeitraum auch die Reichtumsschwelle etwas gestiegen (um real 1,8% oder – bezogen auf einen Einpersonenhaushalt – um 15 Euro monatliches Nettoeinkommen), so dass sich insgesamt keine nennenswerte Veränderung ergeben hat.

Eine Reichtumsquote von über 10% (2009) erreichten nur Personen in den Altersgruppen von 25 bis 65 Jahren. Bei den 65-Jährigen und Älteren sowie den unter 25-Jährigen lagen die Quoten bei rund 5%.

Der Unterschied in der Reichtumsquote zwischen Männern und Frauen hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2009 kaum verändert, die geringere Reichtumsquote der Frauen basiert vorrangig auf dem erhöhten Anteil Alleinerziehender und alleinstehender Rentnerinnen.

Die höchste Reichtumsquote weisen mit 10,7% (2009) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder auf. Bei den Einpersonenhaushalten und den Haushalten mit 2 Erwachsenen und Kind(ern) beträgt die Reichtumsquote rund 6% bis 7%, bei Alleinerziehenden in etwa 2%.

Reichtumsquoten*, berechnet auf Basis des Landesmedianeinkommens

Merkmal	2003		2008		2009	
	Reichtums- quote	reiche Personen	Reichtums- quote	reiche Personen	Reichtums- quote	reiche Personen
	%	1.000	%	1.000	%	1.000
Insgesamt	8,1	966	7,9	942	7,9	948
Alter						
unter 18	5,2	118	5,2	110	5,0	150
18 bis unter 25	5,5	51	4,4	42		
25 bis unter 45	8,9	315	9,4	322	10,1	670
45 bis unter 65	11,9	370	10,8	344		
65 und älter	5,4	111	5,4	123	5,6	128
Geschlecht						
männlich	8,7	506	8,6	505	8,6	504
weiblich	7,6	460	7,2	437	7,3	444
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	7,0	130	6,4	138	6,3	139
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	11,2	551	10,7	538	10,7	545
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	–	5	1,8	7	(2,3)	(9)
2 Erwachsene und 1 oder mehrere Kinder	6,2	223	6,3	210	6,8	220
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	5,2	57	4,7	48	3,5	35

Quelle: IT.NRW., Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

2. WOHLSTAND

2.6 REICHTUMSQUOTE

Hohe Reichtumsquoten bei Haushalten mit Selbstständigen und/oder Hochschulabsolventen, geringe bei Arbeitern und Rentnern

Hohe Reichtumsquoten von über 22 % weisen Personen auf, die in Haushalten mit einem Selbstständigen oder Hochschulabsolventen als Haupteinkommensbezieher leben.

Die niedrigsten Reichtumsquoten haben hingegen Arbeiter (0,5%), Rentner (3,3%), sowie Personen in Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher über eine Lehrausbildung oder Berufsfachschulabschluss verfügt (3,5%).

Ebenfalls relativ geringe Reichtumsquoten weisen u.a. verwitwete Haupteinkommensbezieher (4,0%), Nichterwerbspersonen (3,8%) und Teilzeiterwerbstätige auf (4,2%). Bei Erwerbslosen ist überhaupt keine Reichtumsquote messbar.

Die Reichtumsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt mit 5,3% bereits deutlich über den Quoten z.B. von Arbeitern oder Rentnern.

Reichtumsquoten*, berechnet auf Basis des Landesmedianeinkommens

Merkmal	Reichtumsquoten*	Reiche Personen*
	%	1.000
Familienstand des/der Haupteinkommensbeziehers/-in		
ledig	8,0	185
verheiratet, zusammenlebend	8,5	646
geschieden	6,2	57
dauernd getrennt lebend	9,8	29
verwitwet	4,0	31
Erwerbsstatus des/der Haupteinkommensbeziehers/-in		
Erwerbstätige	9,5	821
Selbständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	22,4	268
abhängig Erwerbstätige	7,4	554
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	13,1	78
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	10,4	463
Arbeiter/-innen	0,5	12
Erwerbslose	/	/
Nichterwerbspersonen	4,2	125
Rentner/-innen	3,3	64
Pensionär/-innen	14,2	32
Personen im Alter von unter 25 Jahren	/	/
sonstige Nichterwerbspersonen	3,8	28
Erwerbsumfang und Transferbezug des /der Haupteinkommensbeziehers/-in		
Vollzeiterwerbstätigkeit	10,1	784
Teilzeiterwerbstätigkeit	4,2	37
Qualifikationsgruppe des / der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt		
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	3,5	215
Meister, Techniker, Fachschule	7,2	94
(Fach-) Hochschule	25,1	594
Staatsangehörigkeit		
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	5,3	62
mit deutscher Staatsangehörigkeit	8,2	886

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen; gemessen am Landesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung mit gültigen Einkommensangaben; Äquivalenzeinkommen berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

Reichtumsschwellen und -quoten in den Regierungsbezirken 2009

Als Reichtumsschwelle wird ein Äquivalenzeinkommen von 200% des mittleren (medianen) Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung definiert.

Bezogen z.B. auf einen Einpersonenhaushalt liegen die Reichtumsschwellen in den Regierungsbezirken zwar nominal teils deutlich auseinander (Spanne von 2.663

bis 3.147 Euro bei einem Einpersonenhaushalt), real (bereinigt um das Preisniveau im jeweiligen Regierungsbezirk) gleichen sich die Reichtumsschwellen aber stark an (Spanne von 2.848 bis 2.922), so dass die regionalen Reichtumsquoten weitestgehend direkt verglichen werden können:

Reichtumsschwellen je Regierungsbezirk, nominal und real und 2009, Einpersonenhaushalt, Euro pro Monat

	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
nominal	3.147	2.717	2.683	2.663	2.837	2.707	2.783
real**	2.884	2.922	2.848	2.869	2.905	2.860	2.878

Quelle: IT.NRW, BBSR und eigene Berechnungen.

Die höchste Reichtumsquote hat Oberbayern mit 9,2%, die geringste die Oberpfalz mit 5,4%. Die Reichtumsquote ist in Oberbayern über alle Altersgruppen hinweg erhöht.

Oberfranken und Schwaben haben mit Quoten von 6,2% und 6,4% ebenfalls einen unterdurchschnittlichen Anteil an einkommensstarken Haushalten. Die Quoten von Niederbayern (7,0%), Mittelfranken (6,9%) und Unterfranken (7,5%) liegen schon näher am bayerischen Durchschnitt von 7,9%.

Regionale Reichtumsquoten* 2009 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Einkommensreichtumsquoten (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians, 2008						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Insgesamt	9,2	7,0	5,4	6,2	6,9	7,5	6,4
Alter							
unter 25	6,0	4,7	(3,1)	(3,8)	4,1	4,7	3,5
25 bis unter 65	11,6	8,8	7,0	8,1	8,8	9,6	8,4
65 und älter	6,2	4,8	(3,8)	(4,0)	5,0	5,1	4,9

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Daten des Mikrozensus.

** real: mit BBSR-Preisindex um unterschiedliche Kaufkraft des Einkommens bereinigt) 2008.

2. WOHLSTAND

2.7 EINKOMMENSCHICHTUNG

Verteilung der Wohlstandes nach Einkommensdezilen 2009: Einkommensgewinne vorrangig bei höheren Einkommen

Eine Schichtung der Bevölkerung nach Dezilen⁸ zeigt, welches durchschnittliche Äquivalenzeinkommen jeweils 10% der Bevölkerung, aufsteigend geschichtet, hatten.

Die einkommensschwächsten 10% der Personen in Bayern hatten ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von 596 Euro, ein Wert, der rund 30% unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Mit einem durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen von 883 Euro überschreiten im zweiten Dezil die Personen mit ihrem Mittelwert die Armutsgefährdungsschwelle nur um rund 3%.

Die mit Abstand größte Wohlstandskonzentration gibt es bei den obersten 10% (wobei im Mikrozensus hohe und sehr hohe Einkommen untererfasst bzw. überhaupt nicht erfasst werden, d.h. das Einkommen dieser Haus-

halte wird stark untererfasst, die Einkommensverteilung erscheint deutlich gleichmäßiger, als sie ist): Diese Gruppe hat einen Anteil am Wohlstand von rund 23%, er ist rund 6,3-mal so hoch wie im einkommensschwächsten Dezil.

Die absoluten Einkommensunterschiede haben – trotz relativ fast konstanter Verteilung – zugenommen: Lagen zwischen dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen im 1. und im 10. Dezil 2008 noch 3.254 Euro, waren es 2009 3.325 Euro (in Preisen von 2009), da bei steigendem Wohlstand und einer relativ gleichbleibenden Verteilung die absoluten Einkommenszuwächse in den oberen Einkommensgruppen deutlich höher ausfallen als in den unteren.

Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensdezilen, Bayern 2008 und 2009*

Dezile	2008		2009		reale (inflationsbereinigte) Veränderung des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens 2008 – 2009 ³⁾	
	Anteil am Nettogesamteinkommen ¹⁾	durchschnittliches Äquivalenzeinkommen ²⁾	Anteil am Nettogesamteinkommen ¹⁾	durchschnittliches Äquivalenzeinkommen ²⁾		
	%	EUR	%	EUR	%	EUR
1. Dezil	3,7	591	3,7	596	0,3	5
2. Dezil	5,3	869	5,4	883	1,0	14
3. Dezil	6,4	1.038	6,3	1.054	1,0	16
4. Dezil	7,5	1.185	7,4	1.202	0,9	17
5. Dezil	8,3	1.335	8,4	1.355	0,9	20
6. Dezil	9,2	1.493	9,1	1.514	0,8	21
7. Dezil	10,3	1.677	10,4	1.704	1,0	27
8. Dezil	11,9	1.919	11,7	1.956	1,4	37
9. Dezil	14,1	2.299	14,1	2.344	1,4	45
10. Dezil	23,3	3.845	23,5	3.921	1,4	76
insgesamt	100,0	1.620	100,0	1.647	1,1	27
zum Vergleich: mittleres (medianes) Äquivalenzeinkommen		1.410		1.431	0,9	21

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

¹⁾ Summe der Äquivalenzeinkommen (Äquivalenzeinkommen berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala) der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung mit gültigen Einkommensangaben.

²⁾ arithmetisches Mittel

³⁾ Inflationsbereinigung mit dem Verbraucherpreisindex.

⁸ „Zehntelwerte“: Mit Dezilen wird eine z.B. nach ihrem Einkommen – sortiert vom niedrigsten zum höchsten Einkommen – sortierte Gruppe in jeweils 10%-Schritte zerlegt, d.h. das 1. Dezil sind die 10% der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen, das 2. Dezil die 11 bis 20% der Bevölkerung mit dem nächst höheren Einkommen usw.

Die Verteilung des Wohlstandes in Bayern entspricht in etwa jener im früheren Bundesgebiet und ist seit 2005 gleichbleibend

Der Gini-Koeffizient beschreibt die Einkommensungleichheit mit einer Zahl zwischen 0 und 1 (vgl. Kap. 2.1): Bei einer völligen Gleichverteilung der Einkommen wäre der Gini-Koeffizient 0, bei völliger Ungleichheit 1. Er wird als Kennziffer auch in der amtlichen Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwendet.

Der Gini-Koeffizient beschreibt aber nur die relative Ungleichheit:

- So nehmen auch bei unveränderter relativer Verteilung (konstantem Gini-Koeffizient) die absoluten Wohlstandsunterschiede zwischen den Gruppen zu, wenn insgesamt der Wohlstand wächst (vgl. vorangehende Abbildung).
- Der Gini-Koeffizient bleibt auch konstant, wenn sich eine Ungleichverteilung von einer Gruppe auf eine andere verlagert, der gesamte Einkommensunterschied aber konstant bleibt.

Die relative Ungleichverteilung hat sich in den Jahren 2005 bis 2009 in Bayern auf Basis der Daten des Mikrozensus insgesamt nicht verändert: Der Gini-Koeffizient liegt in diesem Zeitraum kontinuierlich bei 0,29 (keine Daten für 2003 verfügbar), die relative Ungleichverteilung in Bayern entspricht der im früheren Bundesgebiet.

Einschränkend ist anzumerken, dass die Berechnung des Gini-Koeffizienten auf Basis des Mikrozensus die Einkommensungleichheit untererfasst, da u.a. sehr hohe Einkommen im Mikrozensus nicht mehr oder erheblich untererfasst werden.

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen* nach Regionen

Land	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	0,28	0,28	0,28	0,28	0,28
Bayern	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29
Nordrhein-Westfalen	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29
Deutschland	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	0,27	0,26	0,26	0,26	0,26

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

2. WOHLSTAND

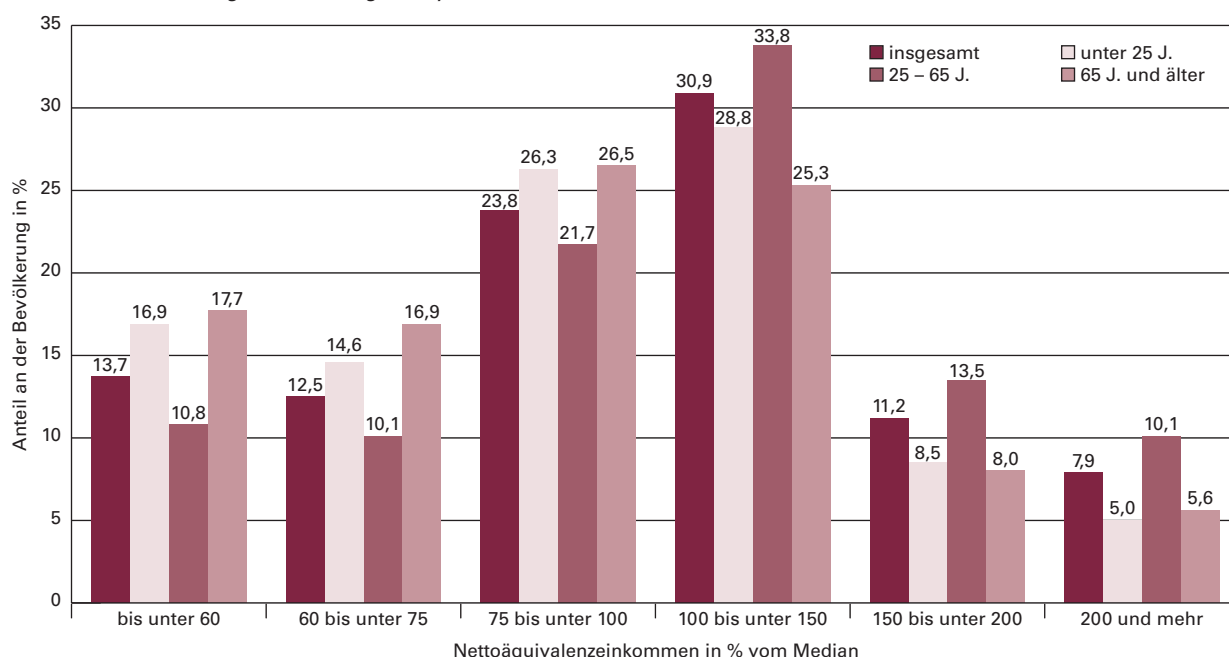
2.7 EINKOMMENSCHICHTUNG

Verteilung des Wohlstandes

Einen mittleren Wohlstand zwischen 75 % bis unter 150 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens hatten 2009 rund 55 % der Bürger. Rund 26 % der Bürger hatten einen geringen Wohlstand unter 75 %, einen gehobenen Wohlstand hatten rund 19 %.

In der Wohlstandsschichtung unterscheiden sich die unter 25-Jährigen und die ab 65-Jährigen wenig, bei ihnen ist der Anteil jener mit deutlich gehobenem Wohlstand mit unter 14 % gering, während dieser Anteil bei den 25- bis 65-Jährigen rund 24 % beträgt. Insbesondere Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder haben häufiger einen hohen Wohlstand.

Wohlstandsschichtung: Bevölkerung in Bayern 2009 nach Einkommensklassen



Wohlstandsschichtung: Bevölkerung in Bayern 2009 nach Einkommensklassen

verbale Eingruppierung	Personen ¹⁾ mit einem Nettoäquivalenzeinkommen ²⁾ von ... bis unter ... in % des Landesmedians					
	bis unter 60	60 bis unter 75	75 bis unter 100	100 bis unter 150	150 bis unter 200	200 und mehr
	arm, armutsgefährdet	geringerer Wohlstand, Armutsnähe	verminderter Wohlstand	gehobener Wohlstand	stark gehobener Wohlstand	reich
Insgesamt	13,7	12,5	23,8	30,9	11,2	7,9
Alter						
unter 25	16,9	14,6	26,3	28,8	8,5	5,0
25 bis unter 65	10,8	10,1	21,7	33,8	13,5	10,1
65 und älter	17,7	16,9	26,5	25,3	8,0	5,6
Haushaltstyp³⁾						
Einpersonenhaushalt	23,3	13,3	22,9	25,7	8,6	6,3
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	9,0	9,8	20,4	35,2	14,8	10,7
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	40,6	22,6	20,8	11,3	(2,3)	(2,3)
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	11,0	14,6	27,9	30,2	9,4	6,8
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	13,9	14,1	30,3	30,6	7,6	3,5

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

¹⁾ Bevölkerung in Privathaushalten mit gültigen Einkommensangaben.

²⁾ Median auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

³⁾ Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

2. WOHLSTAND

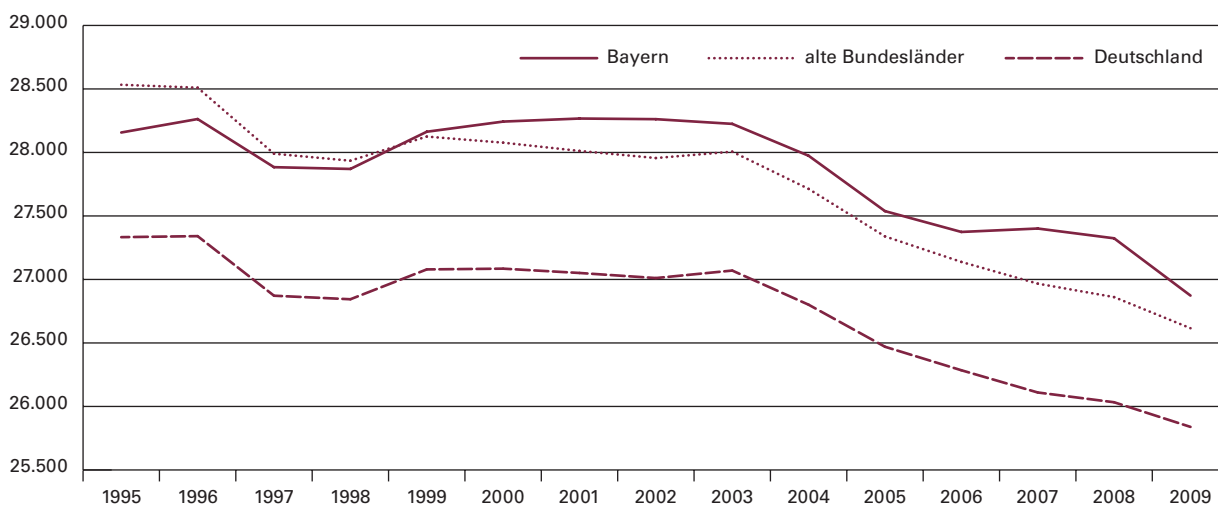
2.8 EINKOMMENSQUELLEN

Einkommensquellen: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitsstunde; 2000 bis 2009 real rückläufig, je Stunde aber in 2009 wieder angestiegen

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind insgesamt (inflationsbereinigt) seit 2002 sowohl in Bayern wie bundesweit gesunken, wenn auch in Bayern von einem höheren Niveau aus als im Durchschnitt der

alten Länder. Dies ist zu einem wesentlichen Teil bedingt durch mehr Teilzeitarbeitsplätze mit einer niedrigeren Gehaltssumme.

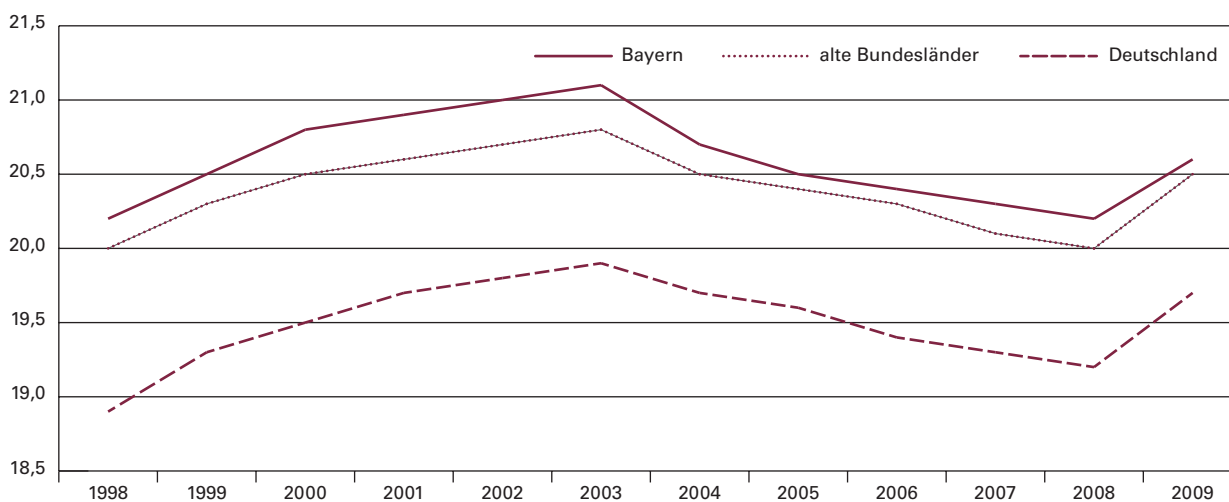
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) in Euro pro Jahr, inflationsbereinigt (Preisniveau 2009)



Quelle: Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Aber auch die Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitsstunde haben sich im Zeitraum 2003 bis 2008 real kontinuierlich vermindert, sie sind jedoch zuletzt in 2009 (noch keine Daten für 2010) wieder angestiegen.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) in Euro, inflationsbereinigt, Preisniveau 2009 (Daten der VGR)



Quelle: Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

2. WOHLSTAND

2.8 EINKOMMENSQUELLEN

Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern: In Bayern die gleichen Unterschiede wie im Durchschnitt der alten Bundesländer

Der unbereinigte Verdienstunterschied (auch als „Gender Pay Gap“ bezeichnet) erfasst den unmittelbar gemessenen Verdienstunterschied zwischen Männer und Frauen (Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer). Unter dem bereinigten Verdienstunterschied wird hingegen der Teil des Verdienstunterschieds verstanden, der bestehen bleibt, wenn weibliche und männliche Arbeitnehmer insbesondere die gleiche Berufswahl treffen würden, vergleichbare Berufserfahrung und vergleichbare Bildungsabschlüsse hätten. Andere Faktoren wie z.B. Berufsunterbrechungen, Lebensalter usw. werden beim bereinigten Verdienstunterschied bisher nicht berücksichtigt, obwohl auch diese für Verdienstunterschiede aufgrund unterschiedlicher Biografien maßgeblich sind.

Der unbereinigte Verdienstunterschied (nicht Wohlstand, denn der hängt vom Haushaltseinkommen ab) lag 2009 in Westdeutschland (ohne Berlin) bei 23%, bundesweit bei rund 22%, in Bayern bei 25%. Eine Ursache für den – insgesamt aber geringen – Anstieg der Verdienstunterschiede war die zunehmende Verbreitung von Niedriglohn-Beschäftigung und Teilzeitarbeit, die vorrangig weibliche Erwerbstätige betrifft.

Die teils erheblichen Unterschiede zwischen den Ländern beruhen vorrangig auf unterschiedlichen Branchen- und Produktionsstrukturen sowie Berufsgruppenanteilen in den Ländern.

Der bereinigte Verdienstunterschied beträgt in Deutschland max. rund 8% (keine separaten Daten für Bayern). Dieser Wert würde bundesweit voraussichtlich geringer ausfallen, wenn bei der Berechnung weitere lohnrelevante Eigenschaften – vor allem Angaben zu Erwerbsunterbrechungen – einbezogen würden (Analyse des IAB).

Ob ein unbereinigter oder ein bereinigter Verdienstunterschied eine (Un-)Gleichstellung besser beschreibt, wird oft kontrovers bewertet. So ist z.B. die Wahl eines Berufes mit niedrigeren Verdiensten keineswegs stets als Benachteiligung einzustufen, wenn dieser Beruf mit seinen Qualitäten mehr den Präferenzen eines Beschäftigten entspricht als z.B. ein höher bezahlter Beruf mit weniger freiwilligen Flexibilisierungs- und Unterbrechungsmöglichkeiten. Würde aber nur noch die bereinigte Lohnlücke betrachtet, so bestünde die Gefahr, dass die Gründe, die zur Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern führen, vernachlässigt würden. Die Höhe der unbereinigten Lohnlücke bleibt ein Kernindikator für die Situation von Frauen im Erwerbsleben, da sie strukturelle Unterschiede deutlich macht.

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern („Gender Pay Gap“: GNP) differenziert nach Bundesländern 2006 bis 2009

Bundesland	GPG 2006	GPG 2007	GPG 2008	GPG 2009
	in %			
Baden-Württemberg	28	29	29	28
Bayern	23	24	24	25
Berlin	14	15	18	18
Brandenburg	6	7	8	8
Bremen	25	27	27	25
Hamburg	20	20	20	20
Hessen	23	23	23	23
Mecklenburg-Vorpommern	2	1	2	2
NRW	24	25	25	25
Niedersachsen	25	25	25	24
Rheinland-Pfalz	21	22	22	22
Saarland	24	26	27	26
Sachsen	9	9	9	10
Sachsen-Anhalt	3	2	2	1
Schleswig-Holstein	18	18	19	18
Thüringen	6	5	4	4

Anmerkung: Bei der Berechnung des geschlechtsspezifischen Verdienstunterschieds für Mecklenburg-Vorpommern konnten geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden. Dies führt zur Unterschätzung des GPG.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienstunterschied Männer und Frauen 2006, Wiesbaden 2010

Einkommensquellen: 17,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiteten 2008 in Bayern im Niedriglohnbereich – mit steigender Tendenz bei real fallender Niedriglohngrenze⁹

Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich liegt vor, wenn ein Bruttolohn unter zwei Drittel des Medianlohnes bezogen wird (Medianlohn: Lohn des mittleren – medianen – Erwerbstätigen). 2008 lag die Niedriglohngrenze bei 1.836 € Bruttolohn pro Monat.

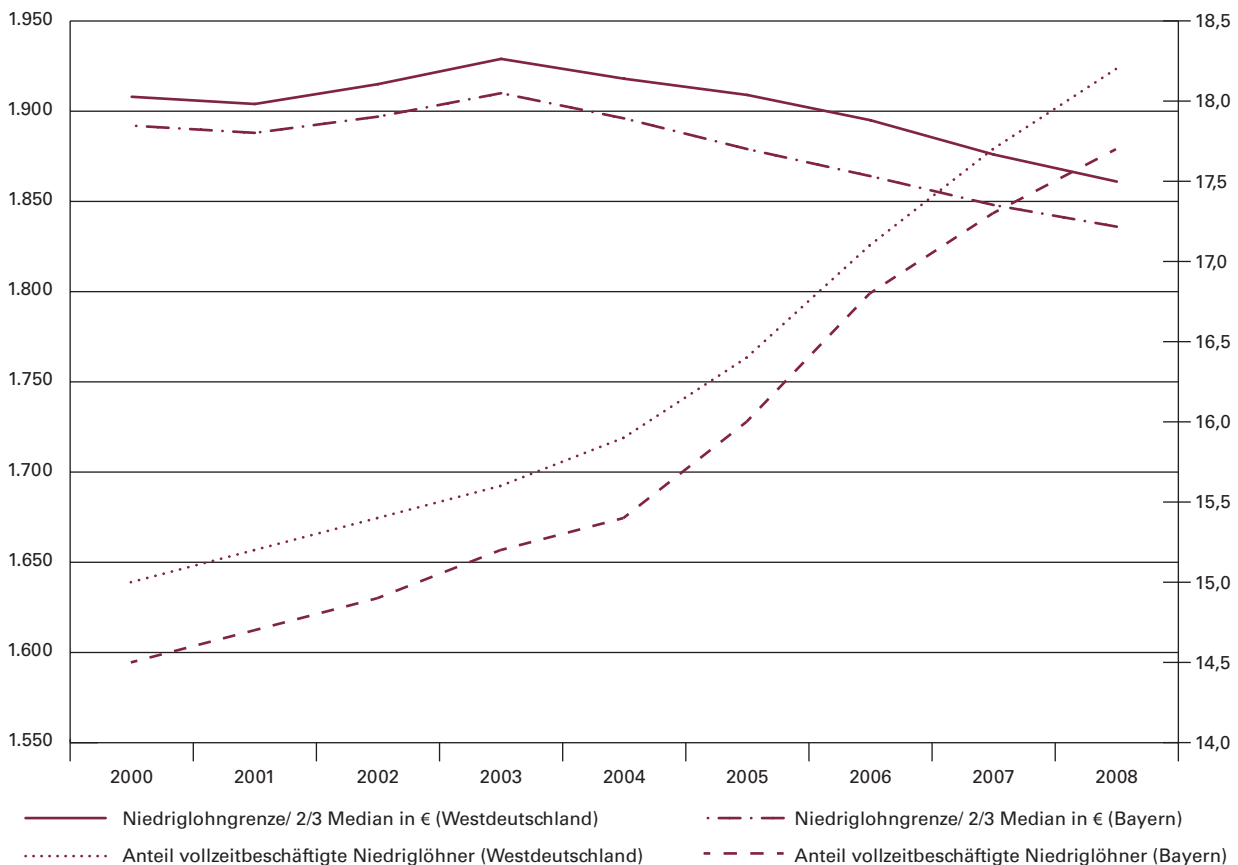
Das mittlere Einkommen Vollzeitbeschäftigter lag in Bayern im Jahr 2008 bei 2.754 € und damit 1,4% unter dem westdeutschen Durchschnittswert von 2.792 €. Im Jahr 2000 betrug der Abstand noch 2,3%. Bayern holt hier langsam auf.

Wie bereits zwischen 2000 und 2007 ist auch im Jahr 2008 sowohl die reale (um Inflation – steigende Verbraucherpreise – bereinigte) Niedriglohngrenze vollzeitbe-

schäftigter Niedriglohnbezieher weiter abgefallen und der Anteil vollzeitbeschäftigter Niedriglohnbezieher an allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende etc.) weiter gestiegen: Zwischen 2000 bis 2008 in Bayern von 14,5% auf 17,7%, in Westdeutschland von 15,0% auf 18,2%. Laut Zweitem Bayerischen Sozialbericht machte für 38% der betroffenen Haushalte dieses Niedrigeinkommen mehr als vier Fünftel ihres Einkommens aus.

Die Entwicklung verlief in den vergangenen Jahren in Bayern und Westdeutschland fast parallel, mit jeweils etwas höheren Durchschnittswerten in Westdeutschland.

Entwicklung der realen Niedriglohngrenzen (in Preisen von 2008) Vollzeitbeschäftigter und der Anteil der Niedriglöhner an den Vollzeitbeschäftigten in Bayern und Westdeutschland 2000–2008



Quelle: IAB/INIFES, eigene Darstellung nach IAB Integrierte Erwerbsbiographien (IEB) Version 08.01.01, Nürnberg 2010.

⁹ Die Analysen zum Niedriglohnbereich im Bericht „Soziale Lage in Bayern 2010“ basierten auf der Datenquelle „BA-Beschäftigtenpanel“. Für diesen Bericht wurde hingegen die Datenquelle „Integrierte Erwerbsbiographien“ (IEB) des IAB herangezogen. Dieser Wechsel war u.a. erforderlich, weil das „BA-Beschäftigtenpanel“ nicht mehr aktualisiert wurde und mit dem Jahr 2007 endete. Durch den Wechsel der Datenquellen kommt es aber nur zu leichten Abweichungen von den Ergebnissen im Bericht „Soziale Lage in Bayern 2010“. Nach dem „BA-Beschäftigtenpanel“ lag der Anteil der Niedriglohnbezieher in Bayern im Jahr 2000 bei 14,5% und im Jahr 2007 bei 17,5%. Nach der IEB waren es 2000 ebenfalls 14,5% und 2007 17,3%. Für Westdeutschland weist das „BA-Beschäftigtenpanel“ im Jahr 2007 einen Wert von 18,5% und die IEB von 17,7% aus. Die IEB liefert eher etwas niedrigere Werte als die alte Datengrundlage.

2. WOHLSTAND

2.8 EINKOMMENSQUELLEN

Einkommensquellen: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer – rund drei Viertel aller Niedriglohnbezieher in Vollzeit sind Frauen

Niedriglohn betrifft (auch) bei Vollzeiterwerbstätigkeit vorrangig Frauen: Der Anteil von Niedriglohnbezieherinnen an den vollzeitbeschäftigten Frauen lag 2008 in Bayern

bei 30,7%, bei Männern bei 11,5% (Westdeutschland: 30,9% bzw. 12,2%).

Anteil der niedriglohnbeziehenden Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht, Altersgruppen, Qualifikation und Wirtschaftszweigen in BY und WD 2008 (Prozent)

	BY	WD
Geschlecht		
Männer	11,5	12,2
Frauen	30,7	30,9
Altersgruppen		
15 bis 24 Jahre	42,4	46,3
25 bis 34 Jahre	19,0	21,9
35 bis 44 Jahre	13,7	14,5
45 bis 54 Jahre	14,0	14,1
55 bis 64 Jahre	15,1	14,3
Qualifikation		
Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife o Berufsausb.	30,7	29,4
Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife m. Berufsausb.	15,2	15,1
Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung	12,4	16,6
Fach-/Abitur mit Berufsausbildung	6,8	7,8
Fachhochschulabschluss	1,9	2,7
Hochschul-/Universitätsabschluss	2,3	2,8
Wirtschaftszweige		
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	49,7	53,2
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5,4	2,4
C Verarbeitendes Gewerbe	9,7	9,2
D Energieversorgung	1,3	1,3
E Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung	10,7	9,6
F Baugewerbe	11,6	12,7
G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	22,0	22,6
H Verkehr und Lagerei	22,6	21,3
I Gastgewerbe	66,9	69,6
J Information und Kommunikation	6,2	7,3
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	3,2	3,6
L Grundstücks- und Wohnungswesen	18,6	17,8
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	13,4	13,9
N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	60,0	59,1
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	3,7	3,4
P Erziehung und Unterricht	8,0	8,8
Q Gesundheits- und Sozialwesen	23,0	24,2
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	32,5	33,5
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	30,9	32,7
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	60,7	67,0
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	7,3	7,6

Quelle: IAB/INIFES, eigene Darstellung nach IAB Integrierte Erwerbsbiographien (IEB) Version 08.01.01, Nürnberg 2010.

Unter den 15- bis 24-Jährigen ist der Anteil der Niedriglohnbezieher an den Vollzeitbeschäftigten besonders hoch (42,4% in Bayern bzw. 46,3% in Westdeutschland). Mit dem Alter sinkt der Wert zunächst ab, steigt aber in Bayern bereits ab der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen wieder leicht an, in Westdeutschland erst ab der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen. Bei letztgenannter Altersgruppe ist der Anteil der Niedriglohnbezieher in Bayern mit 15,1% höher wie in Westdeutschland (14,3%).

Je höher die Qualifikation, umso niedriger ist erwartungsgemäß der Anteil der Niedriglöhner. Bei den Vollzeitbeschäftigten mit niedrigem bis mittlerem Schulabschluss ohne Berufsausbildung ist der Anteil in Bayern etwas höher wie im westdeutschen Durchschnitt (30,7% vs. 29,4%).

In der Differenzierung nach Wirtschaftszweigen ist der Anteil vollzeitbeschäftigter Niedriglohnbezieher am höchsten in den Bereichen Gastgewerbe (66,9%), Private Haushalte (60,7%), Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (60,0%) und Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (49,7%). Weiterhin ist auffällig, dass der Anteil vollzeitbeschäftigter Niedriglohnbezieher, der insgesamt in Bayern etwas niedriger ist als im westdeutschen Durchschnitt, im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns höher ist als in WD (ein Ergebnis, das sich mit der anderen Datenquelle schon im Bericht „Soziale Lage in Bayern 2010“ für 2007 zeigte).

2.8 EINKOMMENSQUELLEN

Bei der kleinräumigen Analyse des Niedriglohnbereichs kann der Indikator zum einen auf die landesweite Niedriglohnschwelle bezogen werden, um zu zeigen, wie viele Vollzeitbeschäftigte in einem Kreis ein Bruttoentgelt haben, das unterhalb von zwei Dritteln des landesweiten Medians liegt (im Jahr 2008 also unterhalb von 1.836 €).

kreisspezifische Niedriglohnschwellen herangezogen werden. Die nachfolgende Karte stellt die Ergebnisse mit kreisspezifischen Niedriglohnschwellen dar. Denn der Anteil der Niedriglohnbezieher fällt bei einer landesweit einheitlichen Niedriglohnschwelle dort hoch aus, wo das Lohnniveau nur unterdurchschnittlich ist, wobei dort oft auch das Preisniveau geringer ist als im Landesdurchschnitt.

74

Bezogen auf die kreisspezifischen Niedriglohnschwellen schwanken die Anteile zwischen 11,8% und 24,7%. Die höchsten Anteile von Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben bei dieser Betrachtungsweise eher kreisfreie Städte quer durch den Freistaat. Vor allem ist dabei die Verbreitung innerhalb der Landkreise in Nordostbayern wesentlich geringer.

Die fünf Kreise mit den höchsten Anteilen an vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbeziehern:	
Ingolstadt (Stadt)	24,7
Dingolfing-Landau	24,4
Erlangen (Stadt)	24,3
Ansbach (Stadt)	22,3
Landshut (Stadt)	22,0

Die fünf Kreise mit den niedrigsten Anteilen an vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbeziehern:	
Coburg	12,5
Schweinfurt	12,3
Freyung-Grafenau	12,3
Lichtenfels	12,1
Hof	11,8

2. WOHLSTAND

2.9 RENTEN

Neue Versichertenrenten: Zahlungsbeträge 2009 der Männer bei 853 Euro, der Frauen bei 506 Euro in Bayern, Rentenniveau insgesamt fast wie in Westdeutschland

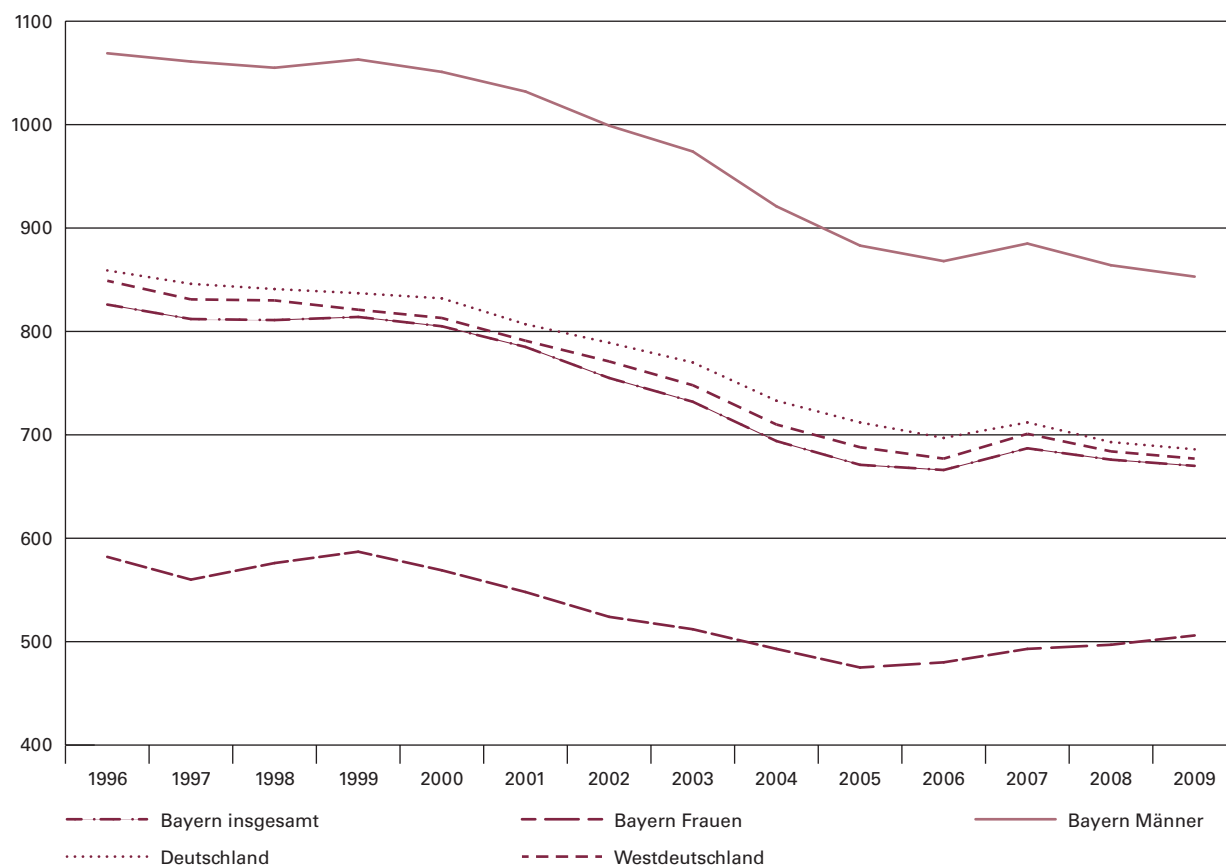
Der durchschnittliche Zahlungsbetrag der neuen Versichertenrenten (Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters, ohne Auslandsrenten) lag 2009 in Bayern mit 670 € nur noch wenig unter dem Zahlungsbetrag der Versichertenrentenzugänge in Westdeutschland (677 €) bzw. im Bundesgebiet (686 €). Diese Differenz ist in den betrachteten Jahren (inflationsbereinigt) kleiner geworden (1996: 32 € Unterschied zu Deutschland, 2009: 16 €; die nominalen Zahlungsbeträge sind im Anhang dargestellt), bei Frauen liegen die Zahlungsbeträge im hier betrachteten Zeitraum kontinuierlich etwas über dem westdeutschen Durchschnitt.

Wie die Darstellung zeigt, sinken die durchschnittlichen realen (inflationsbereinigt mit Verbraucherpreisindex) Zahlungsbeträge der neuen Versichertenrenten 2009 wieder

leicht; der Anstieg in 2007 war – wie erwartet (vgl. 2. Bayerischer Sozialbericht, S. 768) – von kurzer Dauer. Damit liegen die Zahlungsbeträge 2009 real um 157 € unterhalb dem Wert von 1996.

Mit 853 € ist der Zahlungsbetrag der neuen Versichertenrenten im Jahr 2009 im Freistaat Bayern bei Männern erheblich höher als derjenige von Frauen (506 €), der Rückgang gegenüber 1996 betrug real 215 €. Bei den Frauen betrug der reale Rentenrückgang nur 76 €. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern hat sich – auch durch den gesamten Rentenrückgang – von 487 € 1996 auf 347 € 2009 vermindert. Bemerkenswert ist der Anstieg der Zahlungsbeträge bei den Frauen in Bayern ab 2006 um real 31 €.

Durchschnittlicher Zahlungsbetrag der neuen Versichertenrenten (Rente wegen Alters und verminderter Erwerbsfähigkeit, ohne Auslandsrenten) 1996 bis 2009 in Euro, inflationsbereinigt (real, d.h. mit Verbraucherpreisindex deflationiert in Preisen von 2009)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Rentenzugangsalter bei neuen Versichertenrenten: Seit 2005 geringer Anstieg bei Männern und Rückgang bei Frauen

Die in den anderen Darstellungen dieses Abschnitts real oft rückläufigen bzw. minimal ansteigenden Zahlbeträge bei den Renten sind auch vor dem Hintergrund eines steigenden Rentenzugangsalters zu sehen. Das Rentenzugangsalter ist – weitgehend ähnlich in den Regierungsbezirken – bei den neuen Altersrenten der Männer zwischen 1997 und 2006 deutlich, danach weniger deutlich angestiegen.

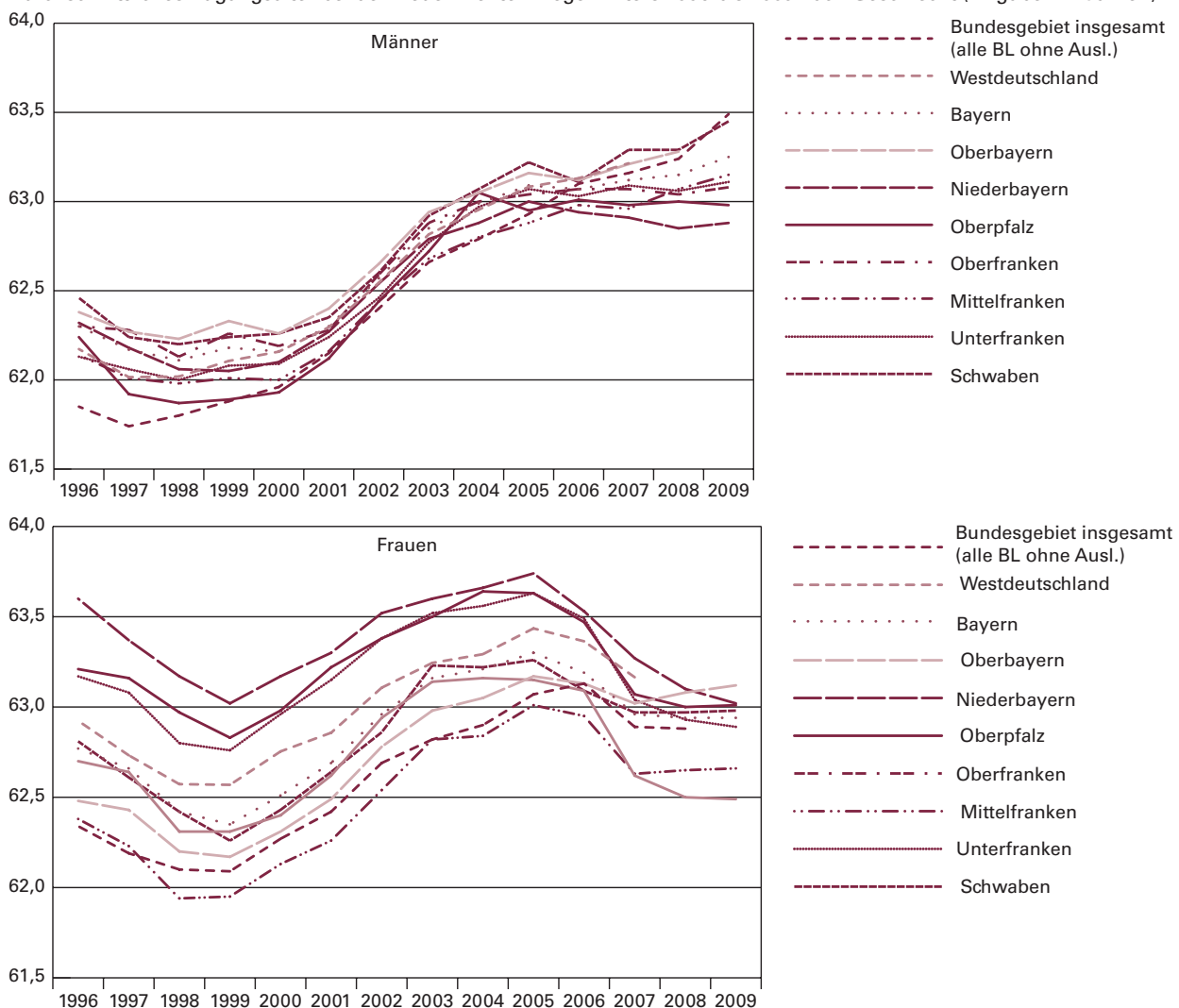
Bei den Frauen sind die Unterschiede des Eintrittsalters nach Regierungsbezirken größer und stabiler. Auf einen starken Anstieg zwischen 1999 und 2005 folgte ein Rückgang, der inzwischen wieder zum Stillstand gekommen ist, vor allem aus demografischen Gründen (schwach besetzte Jahrgänge erreichen die Regelaltersgrenze und stärker besetzte Jahrgänge rücken in die Altersgruppe

63 bis 64 Jahre nach, was dem weiteren durchschnittlichen Absinken des Renteneintrittsalters entgegenwirkt).

Das durchschnittliche Eintrittsalter in Altersrenten lag 2009 in Bayern mit 63,1 Jahren um ein halbes Jahr über dem Wert von 62,6 Jahren in 1996 (D: 63,2 zu 62,1). Bei Männern im Freistaat lauten die Werte 63,3 (zu 62,3), bei den Frauen 62,9 (zu 62,8) Jahre.

Mit 62,9 bzw. 63,0 Jahren sind die Werte 2009 bei den Männern in Niederbayern und der Oberpfalz am niedrigsten und mit 63,5 Jahren in Schwaben am höchsten. Bei den Frauen verzeichnet Oberfranken mit 62,5 und Mittelfranken mit 62,7 Jahren 2009 das niedrigste Rentenzugangsalter in Altersrenten, Oberbayern mit 63,1 Jahren das höchste.

Durchschnittliches Zugangsalter bei den neuen Renten wegen Alters 1996 bis 2009 nach Geschlecht (Angaben in Jahren)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

2.9 RENTEN

Der Anteil von EM-Renten an allen neuen Versichertenrenten liegt im Freistaat 2009 bei 19,1% (Männer 21,2%; Frauen 17,2%). Das ist etwas weniger als in WD (19,7%) und D (20,8%).

im Umland von München (Starnberg 10,3%; München 11,3%; Oberallgäu 12,2%; Fürstentfeldbruck 13,4%; Miesbach 13,5%) bis zu hohen Werten in Nord-, Nordwest- und Ostbayern (Kronach 31,3%; Hassberge 31,2%; Straubing 30,3%; Freyung-Grafenau 30,0%; Bad Kissingen 29,8%).

78

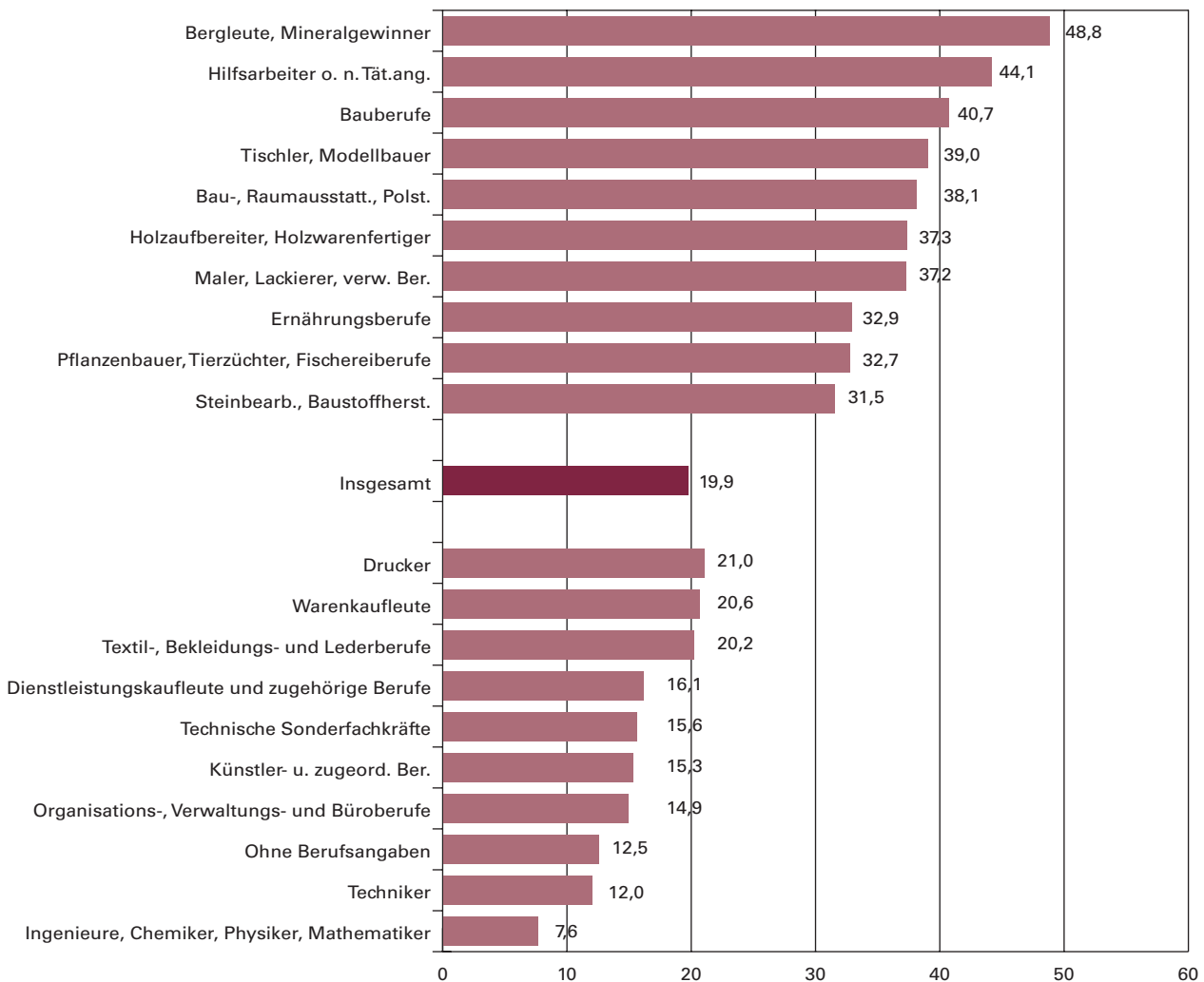
Neue Versichertenrenten: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit hohen Unterschieden je nach Berufsgruppe – manuelle Berufe mit niedrigem Einkommen besonders betroffen

Bei den (neuen) Erwerbsminderungsrenten (EM-Rente) ist nicht nur zu bedenken, dass ein sehr hoher Anteil (bundesweit über 90%) mit Abschlägen versehen ist. Sozialpolitisch besonders bedeutend ist die ausgeprägte Gruppenspezifität bei dieser Rentenart.

Wie die nachfolgende Abbildung zeigt¹⁰, sind es vor allem manuelle Berufe – mit ausgeprägten physischen Beanspruchungen bzw. häufigen negativen Umgebungsbedingungen – in denen ein großer Anteil der Rentenzugänge 2009 in EM-Renten eintritt.

Die Reihenfolge ist in den letzten Jahren recht stabil. Allerdings ist eine Tendenz der Verschlechterung z.B. bei nicht approbierten Gesundheits- sowie den Sozial- und Erziehungsberufen zu beobachten. Bei den Frauen rangieren diese beiden Berufsgruppen (nach Tischler-/Modellbauerinnen und Hilfsarbeiterinnen ohne nähere Tätigkeitsangabe) auf Rang 4 bzw. 3 (mit je rund 30%).

Berufsgruppen mit den 10 höchsten und niedrigsten Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Rentenanteile an allen Neurenten, Deutschland 2009



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

¹⁰ Gezeigt werden Werte für Deutschland insgesamt, länderspezifische Zahlen liegen nicht vor.

2. WOHLSTAND

2.9 RENTEN

Neue Versichertenrenten: Durchschnittliche Zahlbeträge nach Geschlecht und Region variieren erheblich, z.B. bei den Altersrenten von Frauen von 415 € bis 528 €

Die neuen Versichertenrenten (Renten wegen Erwerbsminderung plus Renten wegen Alters zusammengerechnet) lagen in Bayern 2009 mit 853 € bei den Männern um 28 € unter dem west- und 9 € unter dem gesamtdeutschen Wert.

Bei den Frauen lag der Zahlbetrag der neuen Versichertenrenten mit 506 € um 11 € über dem west- und 20 € unter dem gesamtdeutschen Wert.

Bei den Männern liegt der niedrigere Zahlbetrag vor allem an einem Rückstand bei den Altersrenten (35 € gegenüber WD und 22 € gegenüber D); bei den Erwerbsminderungsrenten ist der Zahlbetrag aber ebenfalls um 7 € niedriger als in WD. Bei den Frauen lag der Zahlbetrag 2009 bei den EM-Renten mit 566 € knapp unter dem westdeutschen Betrag (568 €), bei den Altersrenten jedoch um 15 € darüber.

Bezogen auf die neuen Versichertenrenten 2009 insgesamt fielen die Zahlbeträge in Niederbayern und der Oberpfalz bei beiden Geschlechtern besonders niedrig aus, bei den Männern gilt das auch für Schwaben. In der Differenzierung nach den beiden Rentenarten sind bei den EM-Renten von Männern Schwaben und Mittelfranken die „Schlusslichter“, bei den Frauen die Oberpfalz und Schwaben, dicht gefolgt von Niederbayern. Bei den Altersrenten sind bei beiden Geschlechtern Niederbayern und die Oberpfalz die Regierungsbezirke mit den niedrigsten Zahlbeträgen (und auch dem bei Männern niedrigsten Renteneintrittsalter).

Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten* 2009 (Angaben in €)

	Bund	West	Bayern	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Renten wegen EM und Alters										
i	686	677	670	696	629	618	666	696	660	643
m	862	881	853	863	830	820	844	874	882	829
w	526	495	506	545	442	444	513	537	468	479
Renten wegen Erwerbsminderung										
i	608	616	611	614	618	603	632	611	616	584
m	636	659	652	654	677	651	658	639	667	618
w	575	568	566	574	551	545	599	582	556	549
Altersrenten										
i	706	693	684	712	632	623	677	715	673	656
m	930	943	908	906	879	863	914	932	961	881
w	514	479	494	541	415	419	493	528	446	465

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

* Ohne Auslandsrenten

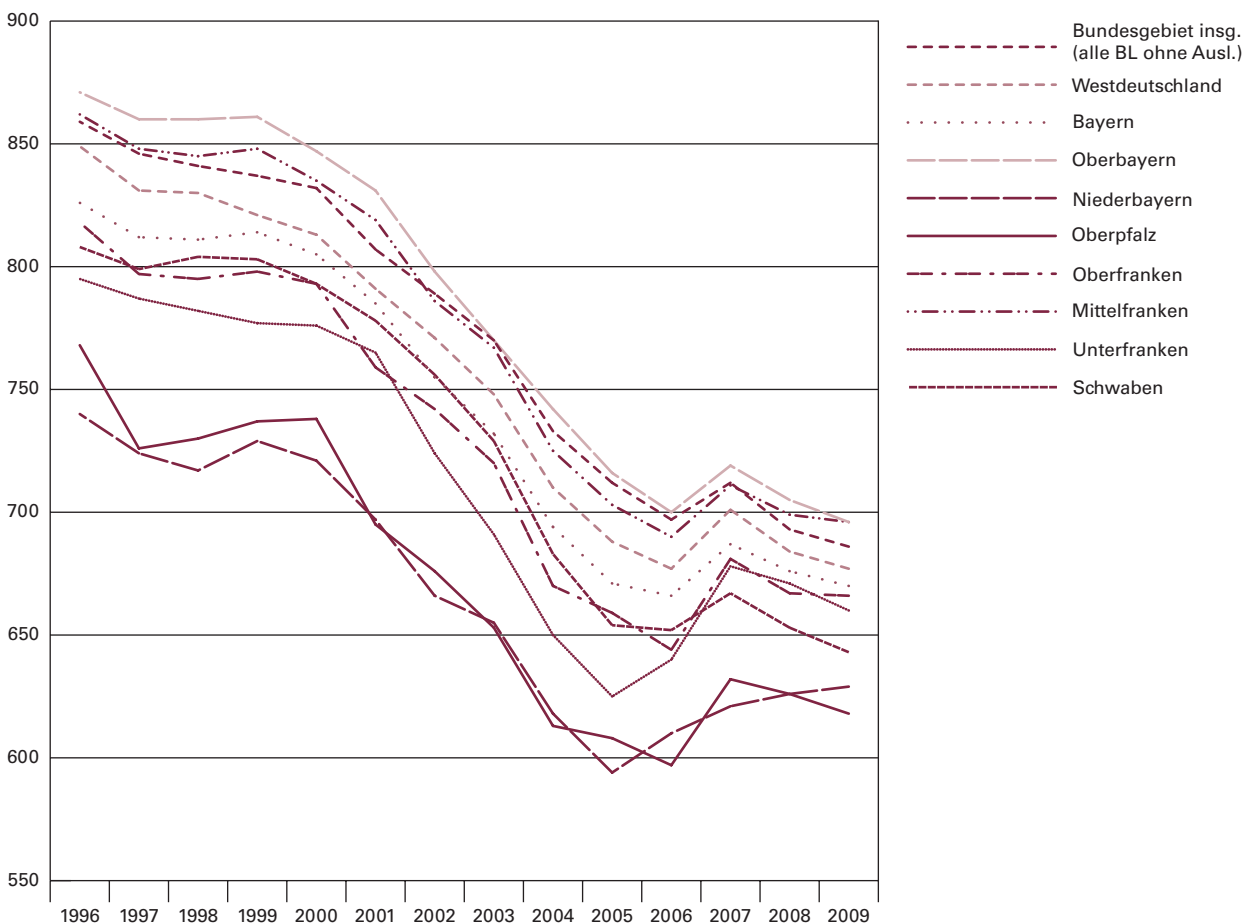
Neue Versichertenrenten: Wenig Unterschiede in der regionalen Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge 1996 bis 2009

Die Entwicklung der Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten für den Zeitraum 1996 bis 2009 verlief in allen Regierungsbezirken ähnlich, auch in Regierungsbezirken mit niedrigeren Renten.

Es zeigt sich ein starker Rückgang der realen Beträge (real: um Kaufkraftverlust durch Inflation bereinigt) u.a. im Gefolge der Reform des Rechts der Erwerbsminderungsrenten ab 2000/2001 bis 2005/2006. Anschließend folgte eine kurze Erholung bis ca. 2007. Anschließend ist wieder ein leichter Rückgang zu beobachten. Insgesamt wurde auch nominal (vgl. Abb. im Anhang) 2009 in WD und D das Niveau von 1996 nicht wieder erreicht.

Auffällig ist das mit Abstand durchgängig niedrigste Rentenniveau in Niederbayern und der Oberpfalz über den gesamten betrachteten Zeitraum. Auch die Verschlechterung der Position Schwabens wird in der Abbildung deutlich, ebenso wie die recht stabile Spitzenposition von Oberbayern und – trotz aller arbeitsmarktpolitischen Belastungen im Raum Nürnberg in der neueren Zeit – Mittelfranken.

Rentenzahlbetrag: Neue Versichertenrenten 1996 bis 2009* (Renten wegen Alters und verminderter Erwerbsfähigkeit) in Euro, real (Rentenzahlbeträge im Wert von 2009, mit Verbraucherpreisindex inflationsbereinigt**)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

* Ohne Auslandsrenten

** Abbildung mit Nominalwerten (ohne Bereinigung um Kaufkraftverlust durch Inflation) im Anhang.

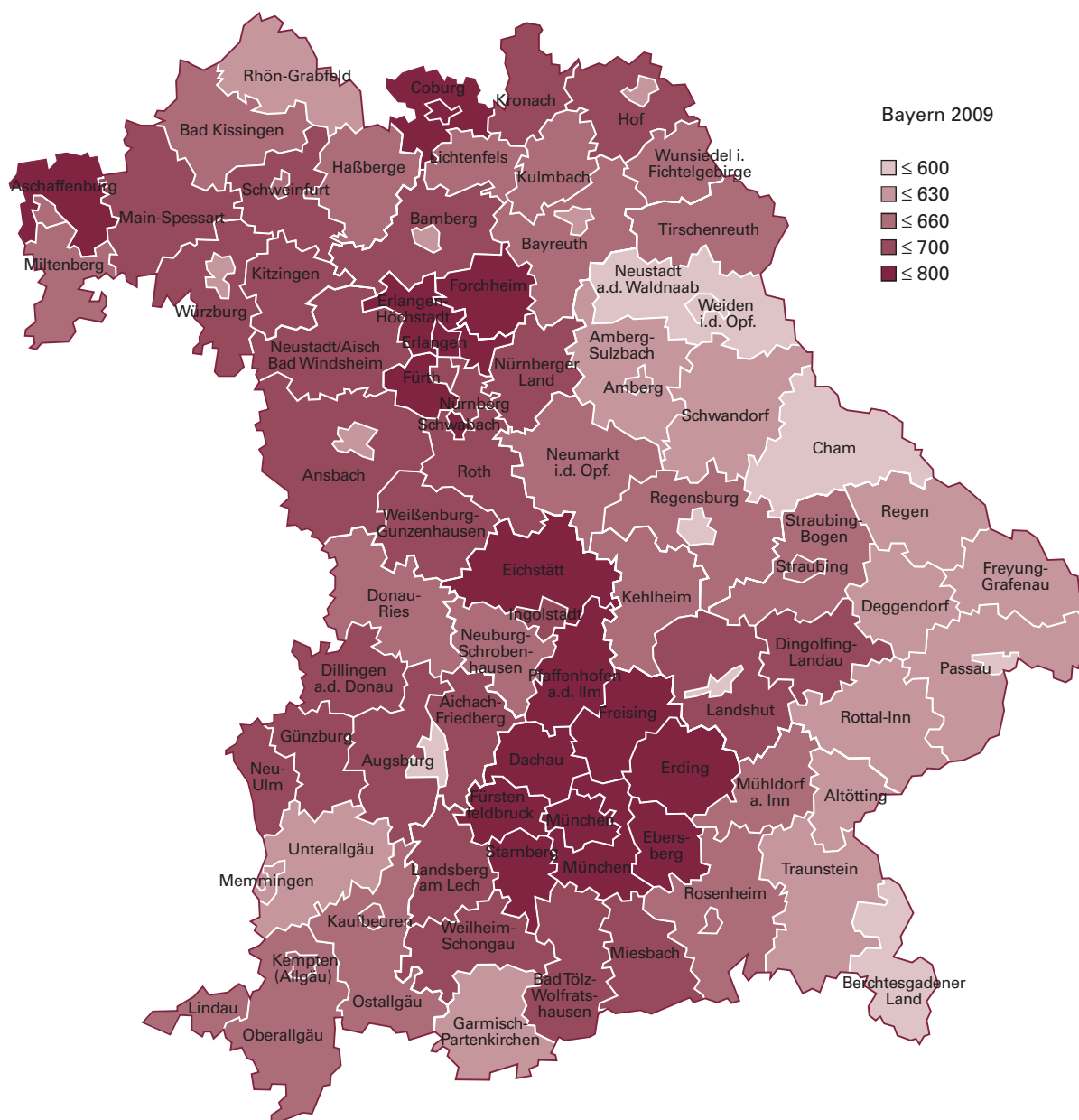
2.9 RENTEN

Neue Versichertenrenten: Zahlbeträge 2009 nach Kreisen (Insgesamt und für Frauen)

Die Streuung der Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten ist auf der Ebene der Stadt- und Landkreise naturgemäß noch größer als auf der Ebene der Regierungsbezirke. Von Ausnahmen wie dem Kreis Coburg

abgesehen, sind die Kreise im Umland von München und teilweise im Umland von Nürnberg/Fürth und Ingolstadt diejenigen mit den höchsten durchschnittlichen Zahlbeträgen.

Neue Versichertenrenten: Durchschnittliche Zahlungsbeträge 2009 (Angaben in €)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Dagegen fallen die Zahlbeträge bei den neuen Renten in den grenznahen Landkreisen im Osten Bayerns, ein Stück weit auch im Südwesten des Freistaats, besonders niedrig aus. Zu den Schlusslichtern gehörten 2009 auch

die Stadtkreise Landshut und Augsburg. Die nachfolgende Aufstellung gibt die jeweils fünf Kreise mit den höchsten und niedrigsten Zahlbeträgen wieder:

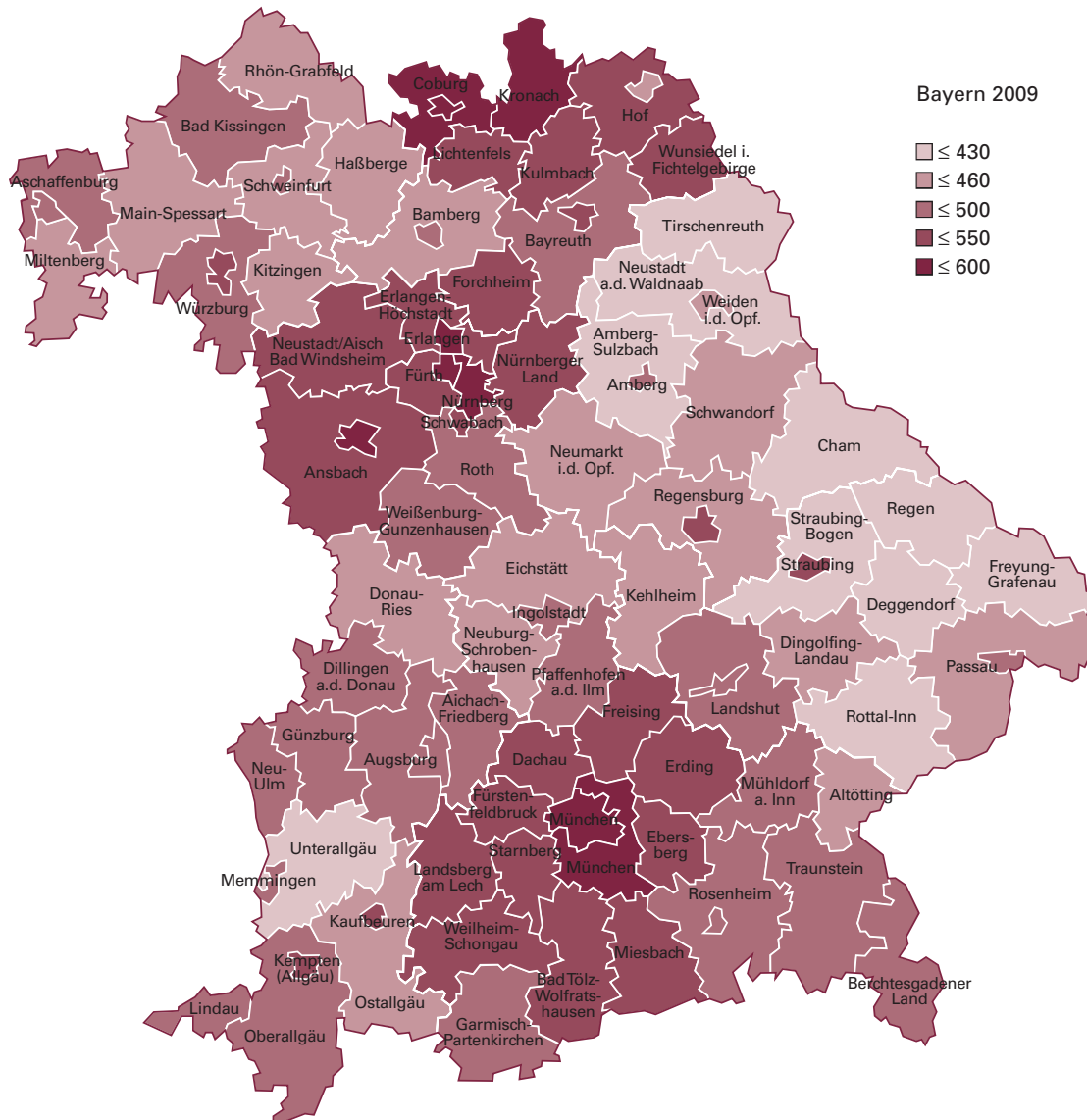
Höchste Werte:	
Erlangen-Höchststadt	792 €
Erlangen (Stadt)	780 €
München (Kreis)	777 €
Fürth (Kreis)	743 €
Ebersberg	743 €

Niedrigste Werte:	
Passau (Stadt)	594 €
Cham	580 €
Augsburg (Stadt)	578 €
Weiden i. d. Opf.	558 €
Landshut (Stadt)	529 €

Bei den Frauen fallen die Zahlungsbeträge trotz einer gewissen Annäherung an die Werte bei den Männern (primär durch sinkende Zahlungsbeträge bei diesen) deutlich niedriger aus. Die Karte zeigt, dass erneut v. a. die grenznahen Kreise in der Oberpfalz und Niederbayern besonders niedrige neue Frauenrenten aufweisen (Cham 400 €;

Freyung-Grafenau 405 €; Amberg-Sulzbach 409 €). Besonders hoch sind die Werte dagegen in einigen Stadtkreisen, auch im Landkreis München und in Coburg (Stadt- und Landkreis Coburg) sowie Kronach.

Zahlungsbeträge der neuen Versichertenrenten 2009 – Frauen (Angaben in €)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

2. WOHLSTAND

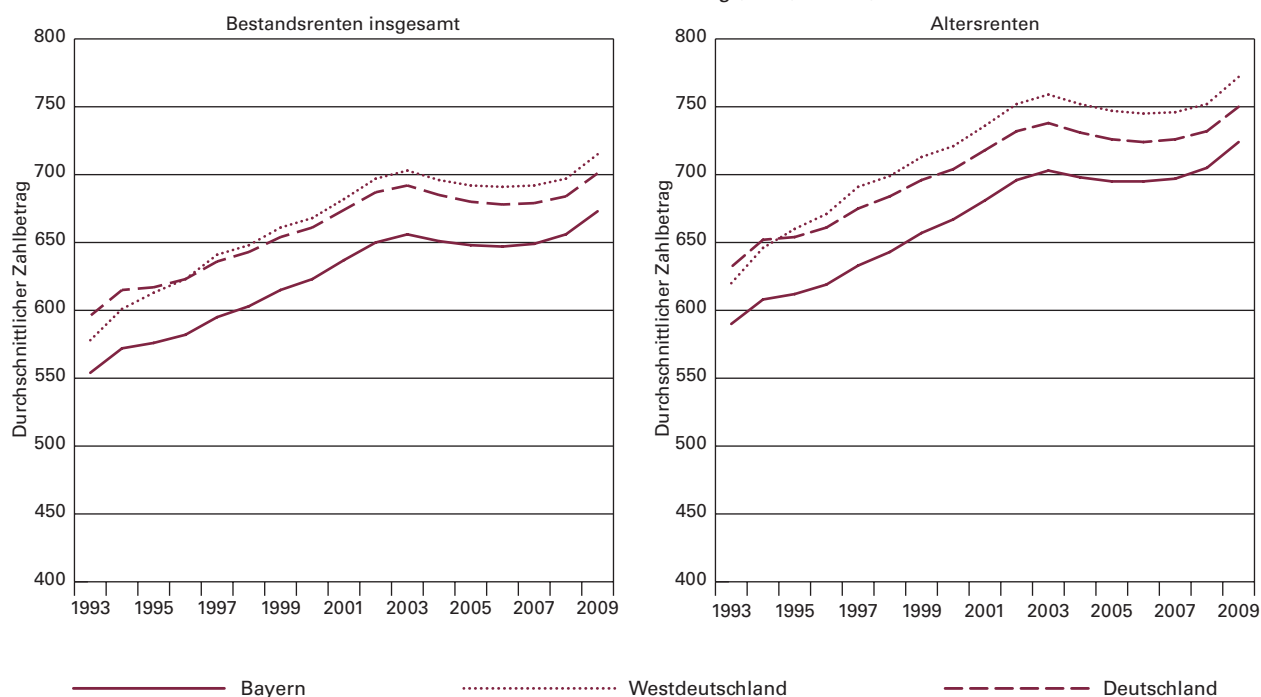
2.9 RENTEN

Bestandsrenten: Zahlbeträge* 1993 bis 2009 in Euro – Bayern im Vergleich

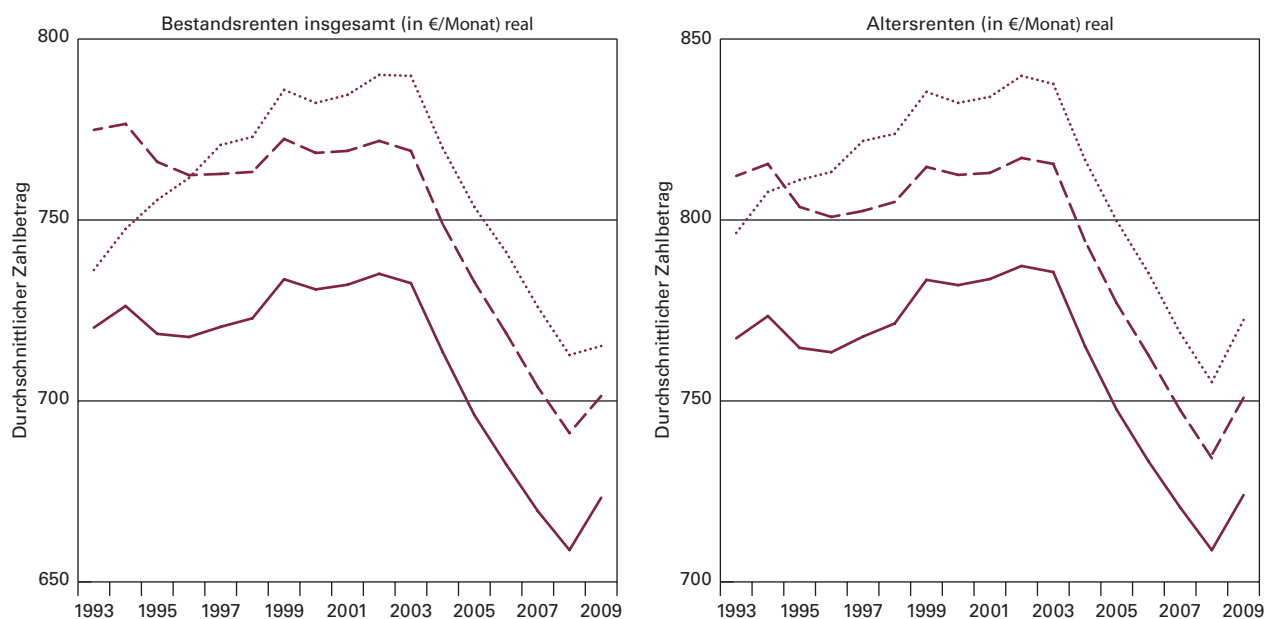
Bestandsrenten sind Renten, die bereits mindestens seit dem Vorjahr bezogen werden. Bis Veränderungen bei den neuen Versichertenrenten sich auf den Rentenbestand auswirken, vergeht eine längere Zeit.

Die nachfolgenden vier Abbildungen zeigen die nominale (nicht um Inflation bereinigte) und dazu im Vergleich die reale (um die Geldentwertung bereinigte) Entwicklung der Zahlbeträge der Bestandsrenten 1993 bis 2009:

Bestandsrenten 1993 bis 2009: Nominaler durchschnittlicher Zahlbetrag (in € / Monat)



und realer durchschnittlicher Zahlbetrag (real: um Geldentwertung korrigiert mit Verbraucherpreisindex, auf den Wert im Jahr 2009 deflationiert)



* ohne Auslandsrenten

Nominal stiegen die Renten in Bayern im Zeitraum 1993–2009 um 11% – 23%:

Veränderung der nominalen Rentenzahlbeträge der Bestandsrenten* 1993 bis 2009 in Prozent

	Bayern	Bund	West	Ost
Rentenbestand insgesamt	22	24	18	50
Renten wg. verm. Erwerbsfähigkeit	11	8	7	13
Altersrenten	23	24	19	48
Renten wg. Todes	12	17	10	64

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

* ohne Auslandsrenten

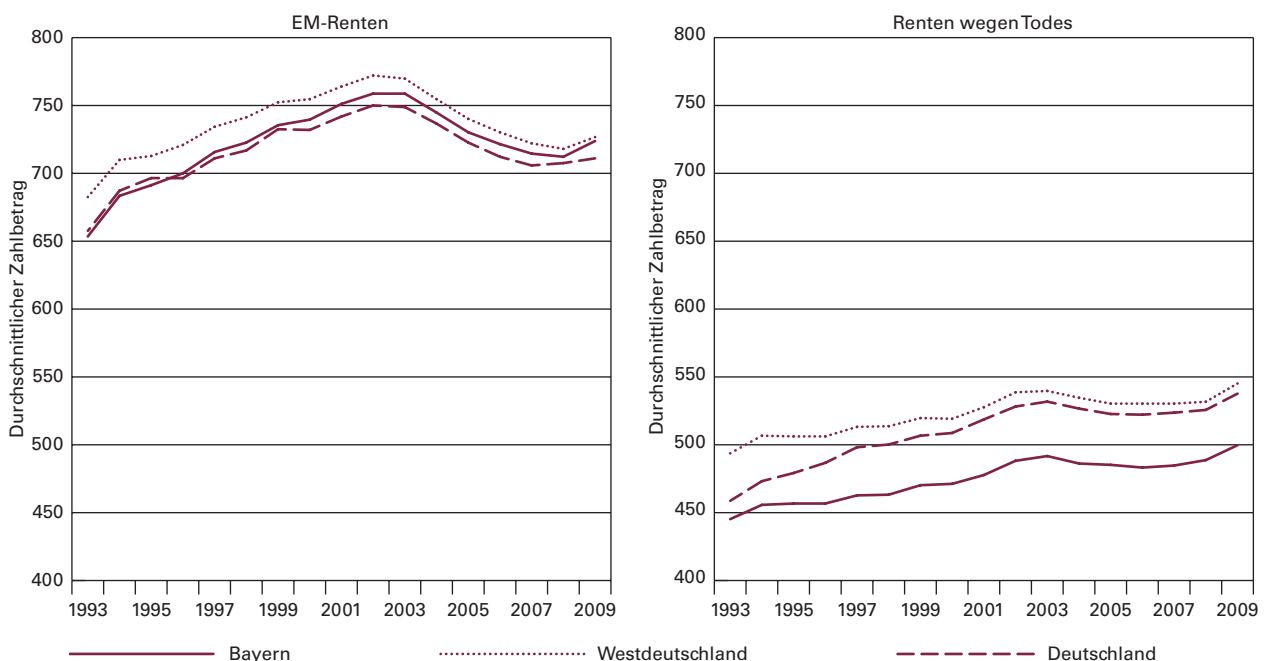
Im gleichen Zeitraum betrug die Geldentwertung 28,5% in Deutschland und 30% in Bayern. Damit bedeuten die nominal gestiegenen Zahlbeträge der Renten in Bayern einen realen Rückgang aufgrund der Geldentwertung um rund 8% – 19%; bei einem realen Wirtschaftswachstum von 25% je Einwohner.

Nominale Zahlbeträge: Mit den Abbildungen wird anschaulich, dass die Bestandsrenten nach einem Anstieg 1993 – 2003 nach 2003 in allen gezeigten Gebietseinheiten einen Rückgang hatten, dem 2008 und 2009 wieder ein nominaler Anstieg folgte. Dieser hat dazu geführt, dass das nominale Niveau von 2003 in 2009 wieder leicht überschritten wurde – außer bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (vgl. Abb. unten).

Realer Wert der Bestandsrenten (Geldentwertung berücksichtigt): Sowohl die Bestandsrenten insgesamt wie auch – als Untergruppe – die Altersrenten fielen im Zeitraum 1993 – 1995 ab, nahmen 1995 – 2003 wieder etwas zu und hatten dann bis 2008 einen starken Rückgang, der erst 2009 zum Stillstand kam.

Bayern verzeichnet gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt bei allen Rentenarten einen nominalen und realen Rückstand, der aber tendenziell geringer wird: Bei den Bestandsrenten insgesamt lag der Zahlbetrag 2009 im Freistaat mit 673 € noch deutlich unter dem westdeutschen Durchschnittswert von 701 € (Deutschland insgesamt: 715 €).

Bestandsrenten 1993–2009: Nominaler durchschnittlicher Zahlbetrag (in € / Monat)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

2. WOHLSTAND

2.9 RENTEN

Zahlbeträge der Bestandsrenten 2009 im Geschlechtervergleich

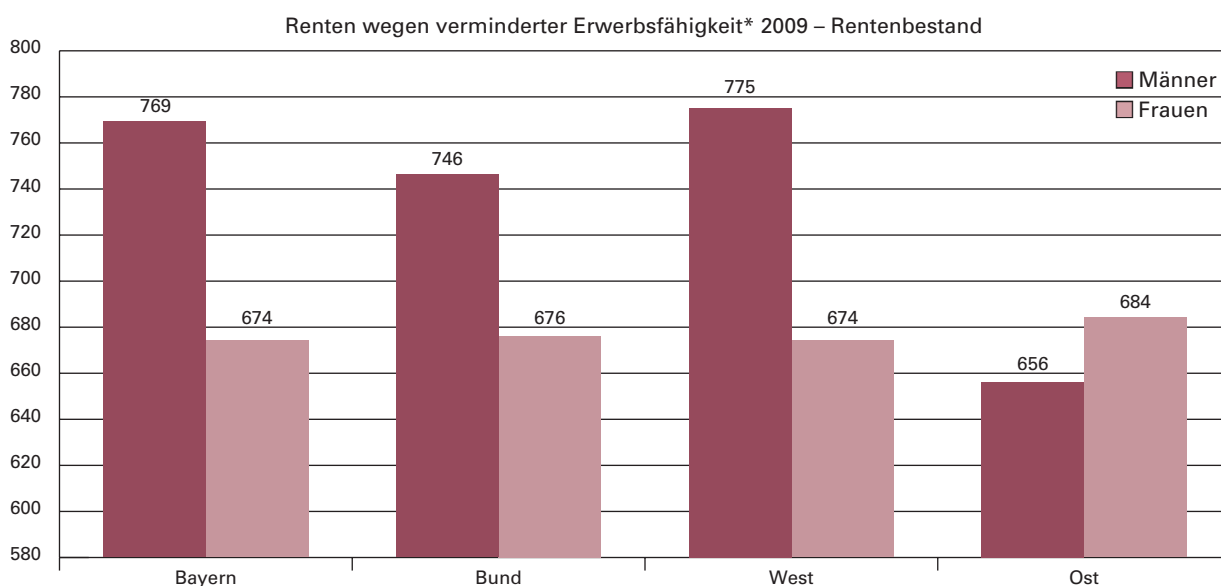
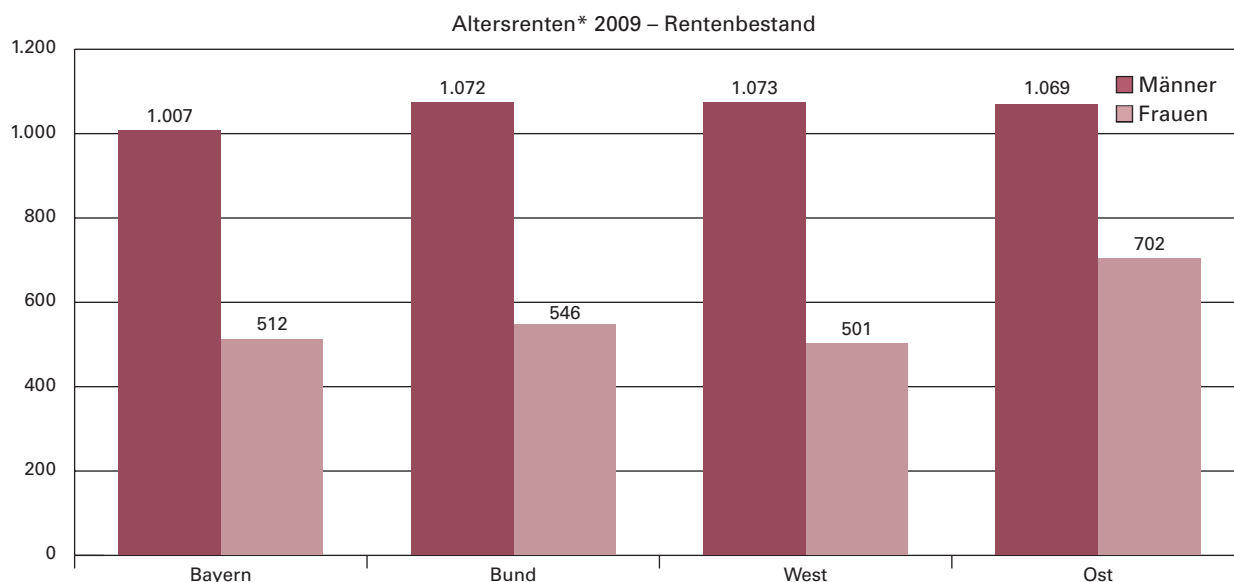
Die folgenden Abbildungen weisen getrennt für die Altersrenten und die Renten wegen Erwerbsminderung die Zahlbeträge von Männern und Frauen pro Monat aus für Bayern, das Bundesgebiet, West- und Ostdeutschland.

Deutlich wird, dass die Frauenrenten wegen Alters gegenüber denen der Männer in Bayern und in Westdeutschland nur etwa halb so hoch sind. Bei den Renten

wegen verminderter Erwerbsfähigkeit liegen die Zahlbeträge bei Frauen in Bayern und in Westdeutschland im Schnitt um rund 100 € unter denen von Männern. In Ostdeutschland fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede wesentlich geringer aus.

Bei den Witwen/-wer-Renten lagen 2009 die Zahlbeträge für Witwen bei 554 €, für Witwer bei 241 €.

Zahlbeträge der Bestandsrenten 2009 im Geschlechtervergleich



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

* ohne Auslandsrenten

Bestandsrenten 2009: Bei Einzelrentenbeziehern/-innen 759 € Zahlbetrag, bei Mehrfachrentenbeziehern/-innen 1.045 € in 2009; vorrangig Frauen Bezieher von Mehrfachrenten

Die Höhe der Zahlungsbeträge aller Renten je Rentner ist ein sozialpolitisch wichtiger Indikator: Dieser berücksichtigt die Tatsache, dass ein Teil der Rentner – vor allem Rentnerinnen – mehrere Renten bezieht (v. a. eigene Versichertenrente plus Witwenrente).

In Bayern bezogen 2009 2,138 Mio. Rentner/-innen eine Einzelrente und rund ein weiteres Fünftel der Rentner/-innen (534 Tsd.) eine Mehrfachrente, davon 533 Tsd. in der Kombination einer Versicherten- mit einer Witwen-/Witwenrente.¹¹

In Bayern lag der durchschnittliche Gesamtrentenzahlungsbetrag mit 816 € (Männer: 990 €; Frauen: 693 €) am 01.07.2009 um 57 € unter dem Bundesdurchschnitt von 873 €. Im Bundesländervergleich verzeichnet nur Rheinland-Pfalz (805 €) einen niedrigeren Wert.

Bei den Beziehern/-innen von Mehrfachrenten beträgt die Differenz des Gesamtbetrags zwischen Bayern und dem Bund sogar 76 €. Bei Einzelrentnern/-innen ist der Abstand 2009 zum Bundesdurchschnitt mit 50 € geringer.

In Bayern wie im Bund überwiegt bei Beziehern/-innen von Mehrfachrenten in der Kombination einer Versicherten- mit einer Witwen-/Witwenrente jeweils die Hinterbliebenenrente leicht die Versichertenrente.

Daten zum durchschnittlichen Rentenzahlungsbetrag bei Einzel- und Mehrfachrenten differenziert nach Regierungsbezirken sind dem Anhang zu entnehmen. Bei einem bewertenden Vergleich regionaler Rentenzahlungsbeträge ist der erhebliche Einfluss des regionalen Preisniveaus mit zu berücksichtigen (vgl. Ziffer 2.5: Verfügbares Einkommen in den Städten und Landkreisen).

Durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge Mitte 2009 nach Rentnerstatus (Angaben in €) – Rentenbestand

	Alle Rentner/-innen insgesamt	Einzelrentner/-innen				Mehrfachrentner/-innen		
		Insgesamt	Versichertenrentner/-innen	Witwen-/Witwenrenten	Insgesamt (Gesamt-betrag)	Darunter Kombi von Versicherten- und Witwen-/ Witwenrenten		
						Insgesamt (Gesamt-betrag)	Versichertenrente	Witwen-/Witwenrente
Bayern	816	759	781	474	1.045	1.045	513	532
Bundesgebiet insgesamt	873	809	830	520	1.121	1.122	548	574

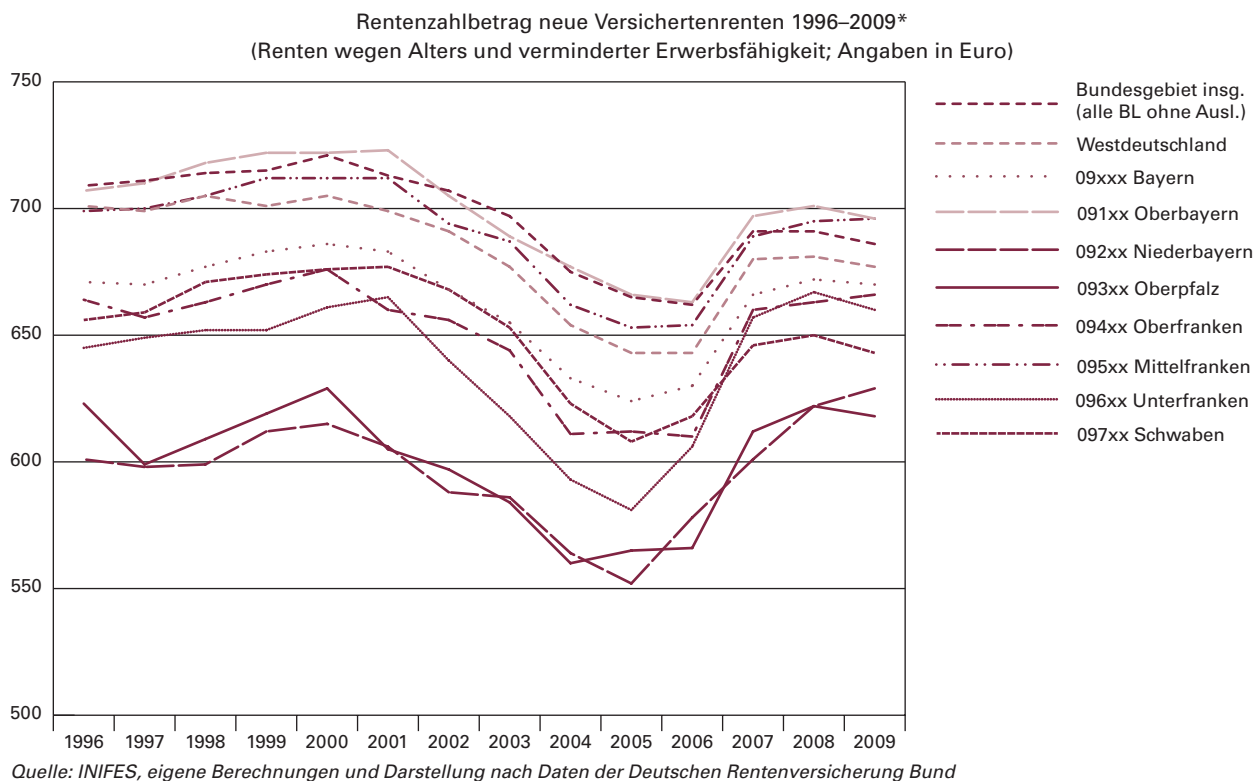
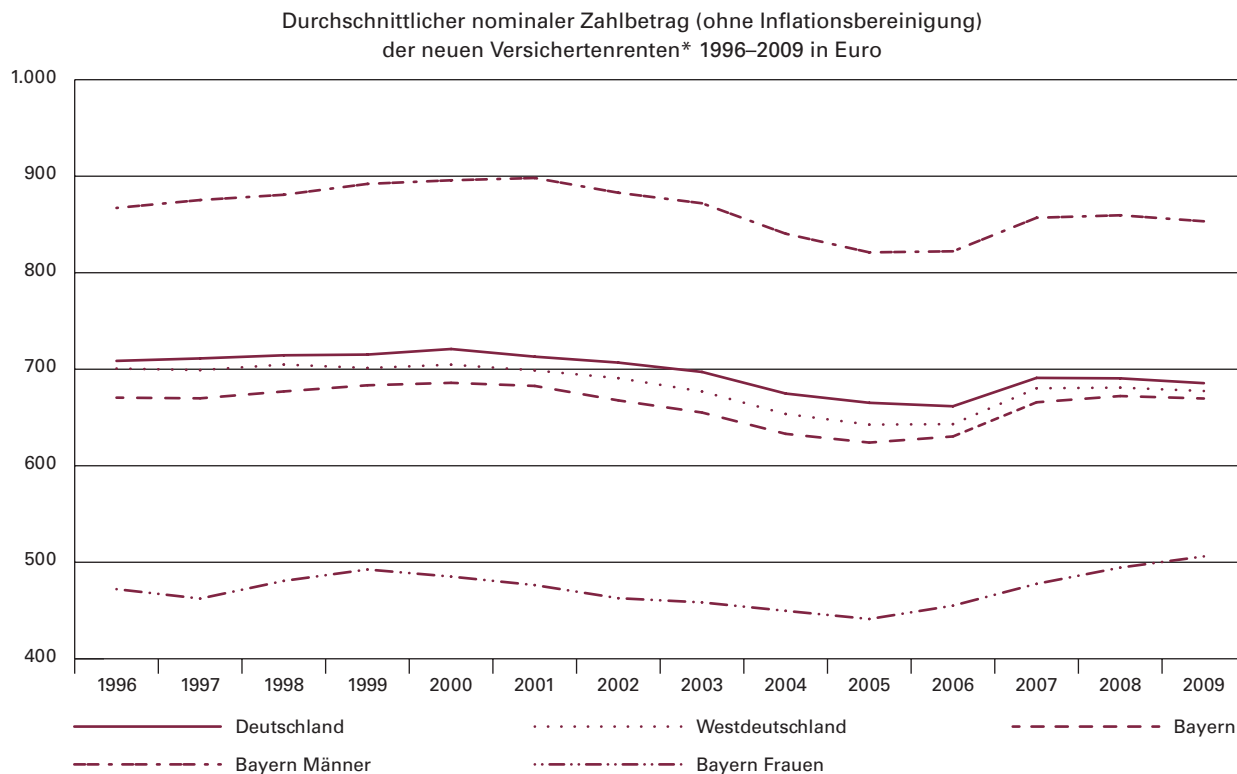
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund 2010, S. 155.

¹¹ Bezieherinnen von zwei Hinterbliebenenrenten (im Fall einer zusätzlichen wiederauflebenden Witwenrente nach dem vorletzten Ehegatten) sind eine seltene Ausnahme und werden hier als eine Person mit saldierten Beiträgen behandelt.

2. WOHLSTAND

2.10 ANHANG

Daten zu Renten in Bayern



* ohne Auslandsrenten

Nominale Rentenzahlbeträge der neuen Bestandsrenten nach Rentnerstatus* zum 01.07.2004, 2009 und 2010 nach Regierungsbezirken (Angaben in €) – Bestandsrenten insgesamt

	Rentner/-innen insgesamt			Einzelrentner/-innen insgesamt			Mehrfachrentner/-innen insgesamt		
	2004	2009	2010	2004	2009	2010	2004	2009	2010
Bayern	788	816	817	738	759	759	994	1.045	1.049
Oberbayern	818	847	846	770	793	792	1.037	1.089	1.092
Niederbayern	704	736	739	666	692	694	866	915	921
Oberpfalz	727	753	754	683	700	701	904	951	955
Oberfranken	792	821	822	728	746	747	1.006	1.062	1.067
Mittelfranken	832	858	858	769	787	785	1.062	1.116	1.120
Unterfranken	762	792	793	723	745	746	932	985	989
Schwaben	786	811	811	733	751	751	999	1.047	1.050
D (ohne Auslandsrenten)	850	873	872	795	809	806	1.067	1.121	1.125

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

* Ohne Waisenrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Nullrenten.



KAPITEL 3

Arbeitsmarkt

3. ARBEITSMARKT

3.0 ÜBERBLICK

KAPITEL 3: ARBEITSMARKT	SEITE
3.0 Der Arbeitsmarkt in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick.	92
3.1 Definitionen, Indikatoren.	95
3.2 Arbeitsvolumen	97
3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit.	106
3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	118
3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen	124
3.6 Beschäftigungsformen	128
3.7 Arbeitslosigkeit	142
3.8 Ausbildungsstellenmarkt	163
3.9 Anhang	171

Der Arbeitsmarkt in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Bayern bietet gute Erwerbschancen: Bayern hat nach der Entwicklung 2009 und 2010 alle Chancen, auch 2011 am Arbeitsmarkt in Deutschland die Nummer 1 zu sein. Vollbeschäftigung wird eine für viele Arbeitnehmer greifbare Perspektive. Die Bekämpfung struktureller Langzeitarbeitslosigkeit, die Arbeitsmarktchancen gering Qualifizierter und Älterer sowie ein in Teilbereichen möglicher Fachkräftemangel sind die größten Herausforderungen.

Bayern konnte dank gutem Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt einen Anstieg des Arbeitsvolumens verzeichnen – im Gegensatz zum Bundesgebiet. 2010 war das Arbeitsvolumen in Bayern (Gesamtheit aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) mit 9,52 Milliarden Arbeitsstunden nahezu so hoch wie im Vorkrisenjahr 2008. Im Vergleichszeitraum 2000 bis 2010 konnte Bayern eine Steigerung des Arbeitsvolumens um 3% verzeichnen, während es in Deutschland um 0,4% zurückging.

Die Erwerbstätigkeit hat zugenommen: Im Jahr 2010 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern auf 6,69 Millionen und erreichte das bislang höchste Niveau, im Zeitraum 2000 bis 2010 kam es zu einer Steigerung um 5,8% (Deutschland: 3,4%). Das Bruttoinlandsprodukt stieg real (um die Inflation bereinigt) im gleichen Zeitraum um 13,6% (Deutschland: 9,0%).

Die Erwerbstätigenquote ist in Bayern mit rund 73,7% überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 70%). Die relativ niedrige Arbeitslosenquote von 4,5% in 2010 wurde nicht mit einer niedrigen Erwerbstätigkeit „erkauft“. Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich z.B., dass mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 67,9% Bayern zusammen mit Baden-Württemberg (67,9%) an erster Stelle im Ländervergleich steht und deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt (65,1%).

Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Bayern erhöhte sich allein im Zeitraum 2000 bis 2009 von 62,3% auf 67,9% um über 5%-Punkte, bei den Männern kam es zu einem Anstieg von 78,5% im Jahre 2000 auf 79,7%.

Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen ist in Bayern mit 57,5% höher als im Bundesgebiet (56,2%) und erheblich höher als die durchschnittliche Quote von 46,0% in der Europäischen Union (EU-27).

Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2010 in Bayern um 4,7% zu. Nach dem Krisenjahr 2009 konnte Bayern im Vorjahresvergleich zum Jahresende 2010 wieder ein deutliches Plus von 110.000 Beschäftigten verzeichnen (z.B. höchster Dezemberwert seit 1981). In den bayerischen Regionen zeigen sich jedoch 2000 bis 2010 deutliche Entwicklungsunterschiede: So verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (+7,2%) und Oberpfalz (+6,5%) die größten Beschäftigungsgewinne, während in Oberfranken die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um –3,5% zurückging. Dabei ist – wie bei der Arbeitslosigkeit – ein Gefälle hin zu den ehemaligen Grenzlandregionen Nordbayerns zu beobachten, nicht aber ein Süd-Nord-Gefälle.

Aufgrund des Erwerbspersonenpotentials ist in Bayern eine Limitierung des Wirtschaftswachstums pro Kopf bis in die Jahre nach 2020 derzeit nicht zu prognostizieren, wenn es gelingt, bis 2028 – im Vergleich zu 2009 – nach und nach z.B.

- die Erwerbstätigenquote nochmals um nur 2,5%-Punkte zu steigern,
- den Anteil der Teilzeitarbeit auf das Niveau von 2000 zurück zu führen,
- mindestens eine – im Vergleich zur Vergangenheit unterdurchschnittliche – Produktivitätssteigerung je Erwerbstätigenstunde von + 1,5% pro Jahr zu realisieren,
- den sogenannten Mismatch am Arbeitsmarkt (fehlende Übereinstimmung zwischen beruflicher Ausbildung und nachgefragter Qualifikation) nicht weiter zunehmen zu lassen.

Gründe für das Ausscheiden aus der (letzten) Erwerbstätigkeit 55- bis 64-Jähriger 2008: Ein Großteil der im höheren Erwerbsalter arbeitslos gewordenen Personen findet keinen neuen Arbeitsplatz mehr. Dominante Gründe für das Ausscheiden sind bei den 55- bis 59-Jährigen

gesundheitliche Gründe (28,7 %) und Entlassungen (23,2 %). Beide Gründe sind in Bayern noch etwas häufiger als im westdeutschen Durchschnitt. Bei den 60- bis 64-Jährigen nimmt die Bedeutung des Austrittsgrundes „Entlassung“ erheblich ab, dafür gewinnt der Austrittsgrund „Vorzeitiger Ruhestand“ (wegen Vorruhestandsregelungen oder Arbeitslosigkeit) an Bedeutung (von 4,5 % auf 18,4 % in Bayern). Auch in dieser Altersgruppe sind der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen (23,0 %) und daneben der Ruhestand aus Altersgründen (22,0 %) die am häufigsten genannten Ursachen.

Gründe, warum Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen 2008: Unter den Nichterwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die gegenwärtig keine Arbeit suchen, ist der Ruhestand bei Männern der wichtigste Grund (BY: 57,2 %; vor allem in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen, aber auch schon deutlich (42,6 %) bei den 45- bis unter 55-jährigen Männern (27,7 % vor allem wegen dauerhaft verminderter Erwerbsfähigkeit)). Bei Frauen rangiert der Grund Betreuung von Kindern bzw. pflegebedürftigen Personen plus den sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen mit 37,1 % noch vor dem Ruhestand (32 %). 72,9 % der 25- bis 44-jährigen Frauen nennen als Grund Betreuungsaufgaben bzw. private/familiäre Verpflichtungen.

Atypische Beschäftigung (das sind befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Zeitarbeit) wurde und bleibt ein wichtiger Arbeitsmarktbereich. Gründe einer Teilzeiterwerbstätigkeit (2008): 25 % der Befragten begründeten ihre Teilzeiterwerbstätigkeit mit „sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen“, 27,9 % mit der „Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen“. Weitere 21 % gaben noch unspezifischer sonstige Gründe dafür an, dass keine Vollzeitbeschäftigung gewünscht sei und rund 13 % sagten, dass sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten.

Atypische Beschäftigungsformen stellen einen zunehmenden Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten dar. Der Anteil von Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen hat sich zwischen 2000 und 2010 von rund 24 % auf 35 % erhöht. Teilzeitbeschäftigung inklusive geringfügiger Beschäftigung hat einen Anteil von 27 % erreicht, einen erheblichen Anteil haben mit 6 % auch die befristeten Arbeitsverhältnisse. Der Anteil der Zeitarbeit an allen Beschäftigten betrug im Jahr 2010 bayernweit lediglich 2,0 % (bei regional deutlichen Unterschieden).

Befristet Beschäftigte (2010: 6 %) waren vor allem im Dienstleistungssektor (10 %) und in größeren Betrieben anzutreffen. 59 % der befristet Beschäftigten sind Frauen.

Betriebe ohne Tarifvertrag: In Bayern ist die Anzahl der Betriebe ohne Tarifvertrag in den Jahren 2002 bis 2006 von 51 % auf 59 % gestiegen, stagnierte dann bis 2008 und hat seit 2009 wieder deutlich zugenommen (Bayern

2010: 63 %). Da es insbesondere in Kleinbetrieben häufig keinen Tarifvertrag gibt, ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifvertrag an allen Beschäftigten aber geringer: Dieser Anteil ist zwischen 2002 und 2010 von 30 % auf 38 % gestiegen.

Die „Kurzarbeiterquote“ nach § 170 SGB III (Zahl der kurzarbeitenden Personen bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) ist in Bayern gegenüber ihrem Höchststand im Mai 2009 bis Oktober 2010 um nahezu 90 % zurückgegangen. Im Oktober 2010 lag sie in Bayern bei 0,7 %, bundesweit bei 0,8 %.

Offene Stellen im Vergleich zum Personalbestand: Mitte 2009 waren 16 % der für sofort zu besetzenden Stellen (Vakanzen) im Freistaat solche für Hochqualifizierte (2008: 18 %). In den Belegschaften machten die Hochqualifizierten 2010 18 % aus. Die Suche nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten lag ebenfalls bei 18 % (Anteil an Beschäftigten 2010: 23 %).

Bayern hatte 2010 mit einer Quote von 4,5 % die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer, auch für 2011 sind die Perspektiven hervorragend: Die Arbeitslosenquoten in Bayern liegen seit 10 Jahren weitgehend stabil um rund 3 bis 4 %-Punkte unter jenen in Deutschland und rund 2 %-Punkte unter jenen in Westdeutschland.

Im Jahr 2009 kam es auch in Bayern durch die Wirtschaftskrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,6 %-Punkte gegenüber 2008, wobei dieser Anstieg aber wegen des umfangreichen Einsatzes des Kurzarbeitergeldes und von Arbeitszeitflexibilisierungen moderater ausfiel als vielfach bei dem starken Rückgang des Bruttoinlandsproduktes befürchtet.

Die Arbeitslosenquoten lagen im Jahr 2010 in Bayern und bundesweit deutlich unter jenen z.B. des Jahres 2000 und erheblich unter den Quoten des Jahres 2005 (Rückgang in Bayern bis 2010 um 3,3 %-Punkte gegenüber 2005).

Bayern lag 2010 mit der bundesweit niedrigsten Arbeitslosenquote von 4,5 % weiterhin erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (7,7 %) und dem westdeutschen Durchschnitt (6,6 %) (jeweils berechnet auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle diese Gruppen einen ähnlichen Verlauf: Von dem Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten mit dem Jahr 2002 kontinuierlich bis in das Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008; im Krisenjahr 2009 stiegen die Quoten dieser Personengruppen – mit Ausnahme der der Ausländer – wieder an. Im Jahr 2010 verzeichneten alle Gruppen wieder einen Rückgang.

Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 4,5 % in 2010 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten

3. ARBEITSMARKT

3.0 ÜBERBLICK

zwischen 1,9% im Landkreis Eichstätt und 8,5% in Nürnberg. Bayern hat weniger ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, als vielmehr nach wie vor erhöhte – wenngleich im bundesdeutschen Vergleich noch relativ günstige – Arbeitslosenquoten in den ehemaligen Grenzlandregionen Nordostbayerns sowie deutlich ausgeprägt in den größeren Städten (Land-Stadt-Gefälle), wobei sich dieses Land-Stadt-Gefälle auch z.B. bei der Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen zeigt.

Die Arbeitslosenquote für Ausländer lag in Bayern 2010 mit 10% mehr als doppelt so hoch wie die der Inländer mit 4%. In Deutschland lag die Arbeitslosenquote der Ausländer bei 15,7%, in Westdeutschland bei 14,8%.

Langzeitarbeitslose: Bayern weist mit einem Anteil von 23,2% Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen den niedrigsten Anteil aller Bundesländer auf. Bundesweit war nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos.

Schwerbehinderte: Im Zeitraum von 2000 bis 2010 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,8% zunächst bis 2005 vermindert, 2010 lag der Anteil mit 7,5% wieder deutlich höher als im Jahr 2000.

Personen ohne Migrationshintergrund hatten 2009 eine rund 5%-Punkte niedrigere Erwerbslosenquote (berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen mit Migrationshintergrund: So lag die Erwerbslosenquote der Personen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2009 in Bayern bei 4,0%, bei Personen mit Migrationshintergrund dagegen bei 9,6% und damit mehr als doppelt so hoch.

Struktur der Erwerbslosenquote: Differenziert nach dem Alter war die Erwerbslosenquote überdurchschnittlich hoch bei unter 25-Jährigen sowie über 50-Jährigen. Keinen beruflichen Abschluss zu haben erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,6-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit unter 5% und lag für Personen mit einem Meister-, Techniker- und Fachschulabschluss bei 1,5%, sowie mit (Fach-) Hochschulabschluss bei 2,5% (jeweils 2009).

Dauer der Arbeitslosigkeit (2010): Je älter Arbeitslose sind, umso länger dauert ihre Arbeitslosigkeit. Während unter den bayerischen Arbeitslosen unter 25 Jahren 3,3% (WD: 5,0%) im Jahr 2010 (September) über ein Jahr arbeitslos waren (2009: 2,0%; WD: 5,0%), waren es bei den 55- bis 64-Jährigen in 2010 36,2% (2007: 58,4%; 2008: 39,6%).

Es zeigt sich, dass bei Arbeitslosen mit geringerem Berufsabschluss und vor allem bei denjenigen ohne Berufsabschluss ein wesentlich höherer Anteil langzeitarbeitslos ist als unter den Arbeitslosen mit höherem

formalem Bildungsstand. Bei Universitätsabsolventen und bei Fachhochschulabsolventen war der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen mit 17,3% bzw. 18,1% erheblich geringer wie bei Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (30,2%).

Ausbildungsstellenmarkt: 2010 hatte Bayern eine hervorragende Ausbildungsstellenbilanz. Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hatte sich 2010 bayern- und bundesweit deutlich verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen war günstiger als im Vorjahr: In 2010 ergab sich in Bayern nach 2009 erneut rechnerisch eine positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als gezählten Bewerbern, wobei auch der sehr starke jährliche Rückgang der Zahl der Bewerber mit ursächlich war.

In Bayern war der Anteil der Ende September 2010 unversorgten Bewerber bei Männern wie Frauen mit jeweils 1,2% gleich hoch. Bei Ausländern betrug dieser Anteil 2,1%. Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss ergibt sich folgendes Bild: Am höchsten war der Anteil unversorgter Bewerber ohne Hauptschulabschluss mit 3,2% und bei Bewerbern mit Abitur (2,0%) (vergleichbar zu westdeutschen Ergebnissen), am niedrigsten hingegen bei Ausbildungsstellen-Suchenden mit Realschulabschluss und Fachhochschulreife.

Zusammen mit den geförderten Ausbildungen (6,7%) nahmen 6 von 10 Bewerbern eine Berufsausbildung auf. Bei den Männern war der Anteil der in eine Ausbildung einmündenden Bewerber höher als bei den Frauen, bei Deutschen erheblich höher als bei Ausländern (bei letzteren ist im Vergleich der Anteil der geförderten Berufsausbildungsplätze höher).

Wertet man die 12 Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Auszubildendenanteilen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern zum Stichtag 30.09.2010 aus, entfielen die höchsten Anteile auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft/Fischerei und Baugewerbe mit jeweils über 10% sowie das Gastgewerbe mit 9,7% bei einem Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftsbereiche von 6,5% in Bayern.

3. ARBEITSMARKT

3.1 DEFINITIONEN, INDIKATOREN

Definitionen, Indikatoren

Arbeitslose, Arbeitslosenquote (Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

Im Gegensatz zu Erwerbslosen bzw. der Erwerbslosenquote (ermittelt im Mikrozensus, vgl. unten) wird die Zahl der Arbeitslosen bzw. die Arbeitslosenquote aus den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt. Dies bedeutet: Wer bei der BA oder einer Arge/Jobcenter nicht arbeitslos gemeldet ist, gilt auch nicht als arbeitslos.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen.

Atypische Beschäftigung

Im Gegensatz zur Normalarbeit (vgl. unten) liegt eine atypische Beschäftigung dann vor, wenn mindestens ein Kriterium der Normalarbeit nicht erfüllt ist, insbesondere bei

- befristeter Beschäftigung,
- geringfügiger Beschäftigung (Mini- sowie Midi-Jobs, unabhängig von der Stundenzahl),
- Teilzeitarbeit (max. 20 Std. pro Woche),
- Zeitarbeit¹².

Erwerbsfähigkeit im Sinne des SGB II

Als erwerbsfähig im Sinne des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) gilt, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann.

Erwerbslose (Mikrozensus)

Während Arbeitslose bzw. die Arbeitslosenquote entsprechend den Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus deren Geschäftsstatistiken ermittelt werden (nur Personen, die bei der BA oder einer Arge/Jobcenter arbeitslos gemeldet sind), werden Erwerbslose im Rahmen des Mikrozensus durch eine 1%-Stichprobe der Bevölkerung ermittelt, unabhängig davon, wie Arbeitslosigkeit in den Statistiken der BA abgegrenzt wird und ob sich Personen bei der BA arbeitslos gemeldet haben. Die Erwerbslosenmessung ist teils in der Lage, auch verdeckte Arbeitslosigkeit zu erfassen, die rund 40 % zusätzlich zur registrierten (offenen) Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquoten der BA)¹³ ausmacht. Jedoch ist

zu beachten, dass Arbeitslose, die eine geringfügige Beschäftigung von nur einer Stunde pro Woche ausüben, nicht mehr als erwerbslos gelten (ILO-Definition, ILO: International Labour Organisation), was die Arbeitslosigkeit insgesamt erheblich untererfasst. Zu den verdeckt Arbeitslosen gehören u.a. Personen in Beschäftigungsmaßnahmen, mit Arbeitsgelegenheiten (§ 16 Abs. 3 SGB II), in Qualifizierungs-, Eignungs- und Trainingsmaßnahmen sowie z.B. Bezieher von Altersrente wegen Arbeitslosigkeit. Im Rahmen des Mikrozensus sind auch persönliche Merkmale und solche des Haushalts auswertbar, so dass diese Daten in Teilbereichen aussagefähiger sein können als Arbeitslosendaten der BA. Sie werden deshalb in der Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder sowie auf EU-Ebene ergänzend verwendet. Für diesen Bericht stand der Mikrozensus 2009 zur Verfügung.

Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie eine Arbeitnehmer- oder Selbstständigentätigkeit suchen. Der Begriff der Erwerbslosen ist damit umfassender als jener der Arbeitslosen. Als erwerbslos gelten Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die nicht erwerbstätig sind, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung (Mikrozensus) aktiv nach einer Tätigkeit gesucht haben. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Trotz aller definitorischen Unterschiede zwischen Erwerbslosen- und Arbeitslosenquote bestehen aber derzeit zwischen beiden Indikatoren im Ergebnis keine grundlegenden Abweichungen.¹⁴

Erwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) entsprechender Altersgruppe.

Erwerbspersonen (Mikrozensus)

Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind, gelten als Nichterwerbspersonen.

Erwerbsquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.

¹² Neben „Zeitarbeit“ ist auch der Begriff „Leiharbeit“ gebräuchlich. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von 1972 wird der Begriff „Leiharbeit“ verwendet, in aktuellen Tarifverträgen wird hingegen von „Zeitarbeit“ gesprochen.

¹³ Vgl. für 2010 z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11, S. 347 (<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>).

¹⁴ Vgl. aktuell z.B. Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleD2.html>).

3. ARBEITSMARKT

3.1 DEFINITIONEN, INDIKATOREN

Erwerbstätige (Mikrozensus)

Erwerbstätig ist jede Person im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige), die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie zum Beispiel arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub nicht ausüben (Unterbrecher).

Erwerbstätigenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung in der entsprechenden Altersgruppe. Der Begriff der Beschäftigtenquote wird oftmals gleichermaßen verwendet, bisweilen bezieht er sich aber nur auf den Anteil der Arbeitnehmer an der Bevölkerung entsprechenden Alters, nicht auf alle Erwerbstätigen.

Langzeiterwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen, die bereits 12 Monate oder länger erwerbslos sind, an den Erwerbspersonen.

Migrationshintergrund

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder zumindest ein Elternteil hat, der zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung, bei der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland über ihre Lebensumstände befragt wird.

Normalarbeit

Normalarbeit wird definiert als

- a) Vollzeiterwerbstätigkeit auf Basis eines dauerhaften Arbeitsvertrages
- b) direkt in einem Unternehmen,
- c) mit einer Integration in die sozialen Sicherungssysteme über das Arbeitsverhältnis
- d) und der Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt und den von Angehörigen aus Erwerbstätigkeit zu finanzieren.

3. ARBEITSMARKT

3.2 ARBEITSVOLUMEN

Konjunktur und Arbeitsmarkt 2000 bis 2010: Einbruch 2009 in 2010 zu drei Viertel wieder ausgeglichen

2010 war das Arbeitsvolumen (Gesamtheit aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) in Bayern und Deutschland nahezu so hoch wie im Vorkrisenjahr 2008. Im Zeitraum 2000 bis 2010 stieg es in Bayern um 3%, in Deutschland schrumpfte es um 0,4%.

Von 2000 bis 2010 nahm in Bayern die Zahl der Erwerbstätigen – insbesondere durch mehr Teilzeitstellen – um rund 5,8% zu (Deutschland: 3,4%) und das Bruttoinlandsprodukt stieg (um die Inflation bereinigt) um rd. 14% an (Deutschland: +9,0%).

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) sank in Bayern im Zeitraum 2000 bis 2010 um 1,0%-Punkte auf 4,5%. Bayern hatte 2010 die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Nach einem Höchststand von 7,8% in 2005 lag sie 2010 auf dem niedrigsten Niveau seit 2000.

Die Erwerbstätigenquote ist in Bayern mit rund 74% überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 70%) und in etwa gleich hoch wie in Baden-Württemberg. Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote wurde daher nicht mit einer niedrigen Erwerbstätigkeit „erkauft“.

Konjunktur und Arbeitsmarkt in Bayern 2000 bis 2010

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung bis 2009 bzw. 2010 2000 = 100
Arbeitsvolumen in Mio. Stunden (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen)												Index
Bayern	9.246	9.304	9.198	9.064	9.146	9.117	9.191	9.404	9.546	9.273	9.521	103,0
Deutschland	57.659	57.339	56.509	55.727	56.046	55.693	55.862	56.789	57.450	55.985	57.433	99,6
Erwerbstätige am Arbeitsort, in 1.000												Index
Bayern	6.324	6.402	6.379	6.317	6.333	6.360	6.420	6.540	6.648	6.651	6.689	105,8
Deutschland	39.144	39.316	39.096	38.726	38.880	38.835	39.075	39.724	40.276	40.271	40.483	103,4
Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort, in 1.000												Index
Bayern	5.541	5.616	5.598	5.534	5.530	5.539	5.594	5.701	5.800	5.806	5.851	105,6
Deutschland	35.229	35.333	35.093	34.653	34.658	34.480	34.684	35.288	35.843	35.862	36.067	102,4
Arbeitslosenquoten, % (bezogen auf alle Erwerbspersonen)												in %-Punkten
Bayern	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,9	4,5	-1,0
Deutschland	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	-1,9
Erwerbstätigenquoten, % (Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung)												in %-Punkten
Bayern	70,5	71,2	70,4	69,8	69,4	70,0	71,6	72,7	74,1	73,7	.	3,2
Deutschland	65,4	65,8	65,4	64,9	64,3	65,4	67,1	68,9	70,0	70,2	.	4,8
Bruttoinlandsprodukt - real (preisbereinigt, verkettet)												Index
Bayern	100,0	102,2	103,6	104,0	106,0	107,8	110,9	114,3	116,0	109,4	113,6	113,6
Deutschland	100,0	101,2	101,2	101,0	102,2	103,0	106,1	108,7	110,1	105,2	109,0	109,0

Quelle: eigene Darstellung, Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

3. ARBEITSMARKT

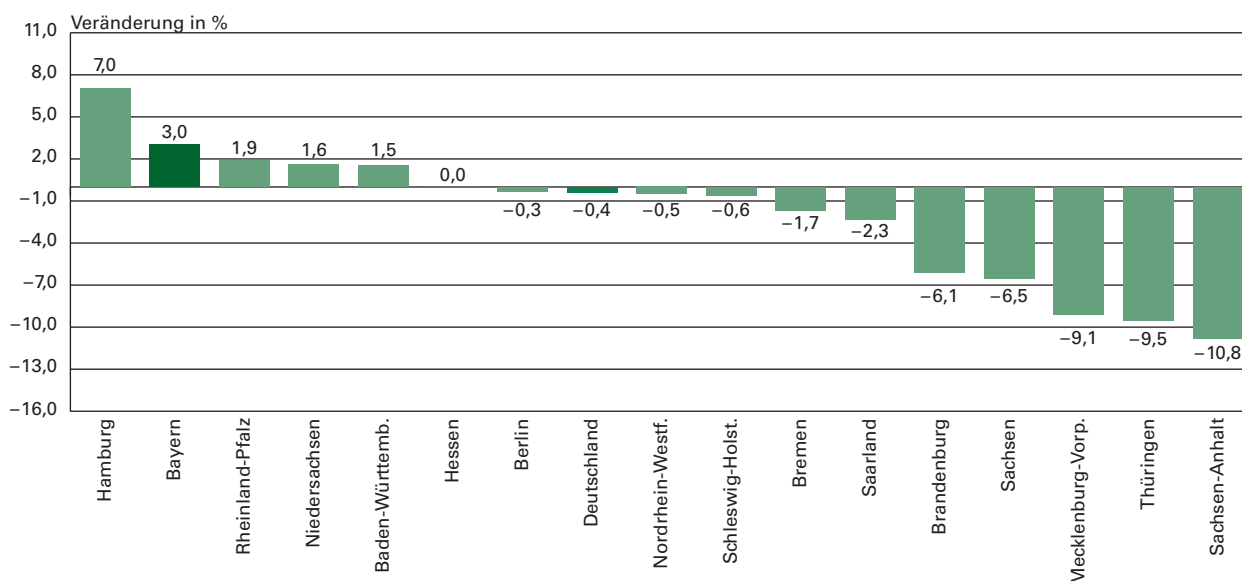
3.2 ARBEITSVOLUMEN

Veränderung des Arbeitsvolumens: In den meisten Bundesländern rückläufig

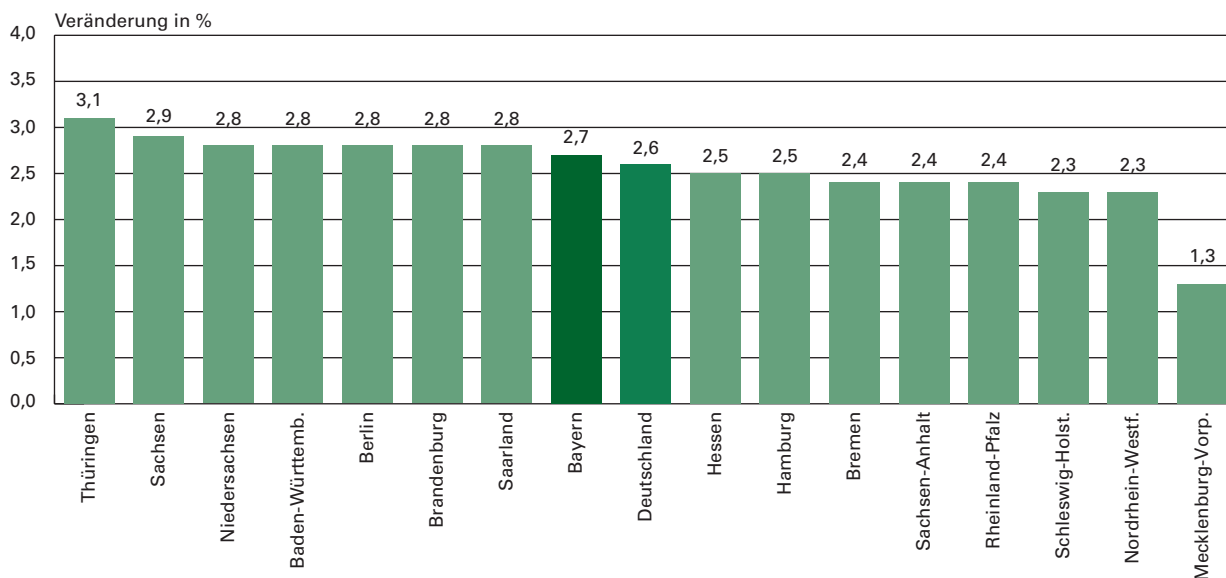
Das Arbeitsvolumen ist im Zeitraum von 2000 bis 2010 in Bayern um 3,0% gestiegen, während es in Deutschland um 0,4% zurückging. Insbesondere die Wirtschaftskrise hinterließ im Jahr 2009 hinsichtlich der geleisteten Arbeitsstunden deutliche Spuren. Im Jahr 2010 ist ein deutlicher Wiederanstieg zu verzeichnen, für 2011 zeichnet sich ein weiterer deutlicher Anstieg ab.

Die Erwerbstätigen in Bayern leisteten im Jahr 2010 insgesamt 9,52 Milliarden Arbeitsstunden. Im Jahr 2009 waren es 9,27 Milliarden Stunden, so dass sich für Bayern eine Zunahme um insgesamt 2,7% gegenüber dem Vorjahr ergab.

Arbeitsvolumen* nach Ländern 2009/2010



Arbeitsvolumen* nach Ländern 2009/2010



Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

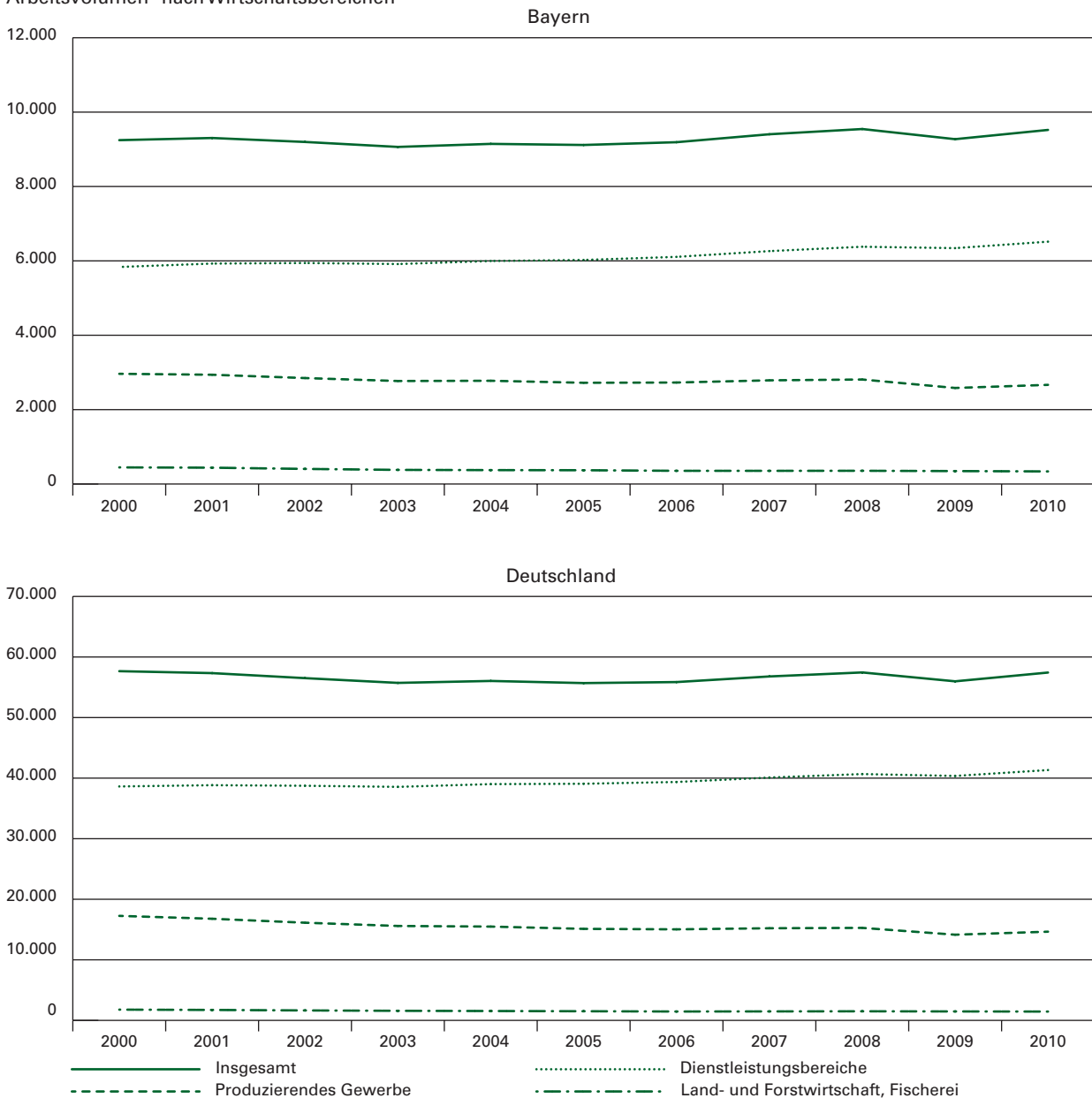
* Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (am Arbeitsort).

Arbeitsvolumen 2000 bis 2010 nach Branchen: Dienstleistungen wachsend, produzierendes Gewerbe schrumpfend

Im Zeitraum von 2000 bis 2010 ist in Bayern das Arbeitsvolumen für die Wirtschaftsbereiche insgesamt um 3,0 % gestiegen, im Dienstleistungsbereich ist ein Anstieg von 11,7 % zu verzeichnen. Mehrbeschäftigung entstand – gemessen am Arbeitsvolumen und nicht nur an der Zahl der Erwerbstätigen – im Dienstleistungsbereich.

Im produzierenden Gewerbe ging das Arbeitsvolumen um – 10,0 % zurück. Der größte Rückgang erfolgte in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei mit zusammen – 24,2 %; das in den genannten Wirtschaftsbereichen geleistete Arbeitsvolumen hat mit einem Anteil von 3,6 % für den Arbeitsmarkt kaum noch Bedeutung.

Arbeitsvolumen* nach Wirtschaftsbereichen



Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

* Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (am Arbeitsort).

3. ARBEITSMARKT

3.2 ARBEITSVOLUMEN

Entwicklung der Arbeitsproduktivität, des Arbeitsvolumens, der Erwerbstätigkeit und des realen Bruttoinlandsproduktes in Bayern und Deutschland 2000 bis 2010

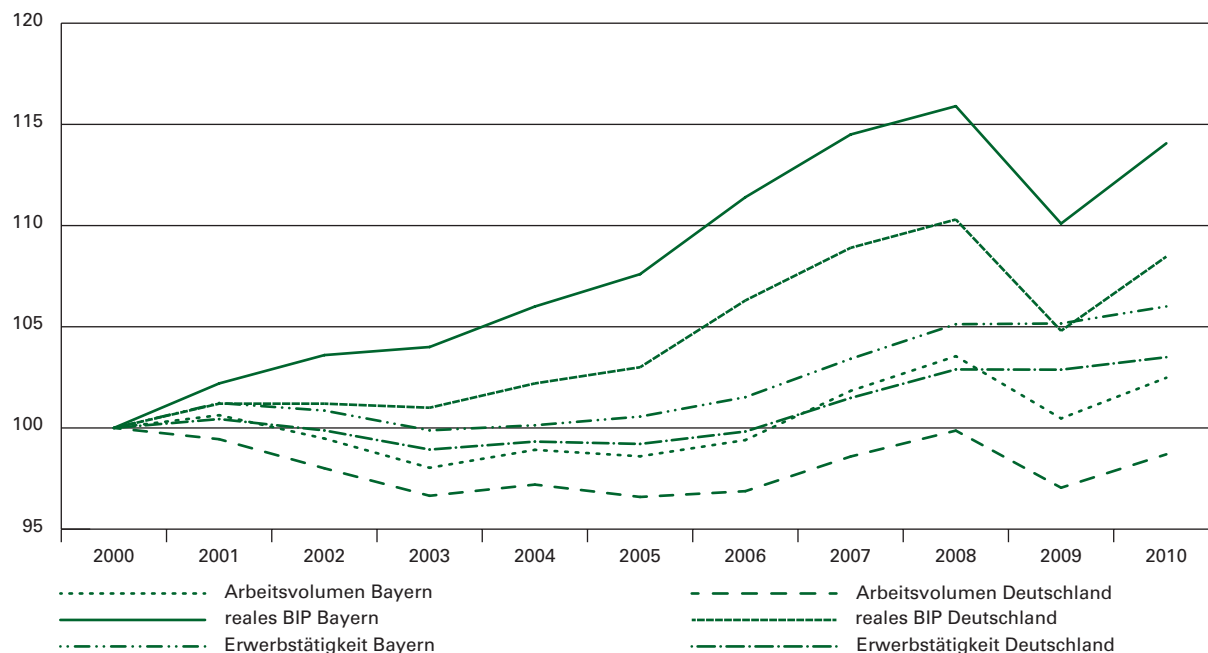
In Bayern nahm im Zeitraum 2000 bis 2010 die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um jährlich durchschnittlich rund 1,2% zu. Das bedeutet zugleich, dass das Wirtschaftswachstum (Zunahme des Bruttoinlandsproduktes) mindestens um rund 1,2% wachsen musste, damit das Arbeitsvolumen nicht schrumpfte.

Im gleichen Zeitraum ist die Wirtschaft (das reale Bruttoinlandsprodukt) um rund 1,4% jährlich gewachsen, so dass das Arbeitsvolumen in Bayern jährlich um rund 0,2% zunehmen konnte, während es deutschlandweit jährlich um ein Zehntel Prozent sank.

Für eine größere Zahl Erwerbstätiger reichte im 10-Jahreszeitraum 2000 bis 2010 hingegen ein geringeres Wirtschaftswachstum von jährlich rund 0,8 Prozentpunkten, weil immer mehr Erwerbstätige in Teilzeitstellen eine Erwerbstätigkeit aufnahmen, wobei auch Vollzeitstellen zu Teilzeitstellen wurden.

Bayern brauchte damit aufgrund seiner hohen Produktivität je Erwerbstätigenstunde in den vergangenen 10 Jahren ein etwas höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland, um sein Arbeitsvolumen zu halten und etwas zu erhöhen.

Arbeitsvolumen, Erwerbstätigkeit und reales BIP 2000 bis 2010, in % (2000 = 100)



Durchschnittliche jährliche Veränderung seit 2000

	Bayern			Deutschland		
	Veränderung pro Jahr in %-Punkten, von 2000 bis ...					
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Arbeitsvolumen	0,4	0,05	0,25	−0,02	−0,3	−0,1
Erwerbstätige	0,6	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3
reales BIP	1,9	1,1	1,4	1,3	0,5	0,8
um soviel Prozent musste das BIP pro Jahr wachsen damit ... nicht schrumpft						
Arbeitsvolumen	1,5	1,1	1,2	1,3	0,9	1,0
Zahl der Erwerbstätigen	1,3	0,5	0,8	0,9	0,2	0,5

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und Arbeitsvolumens 2000 bis 2008 in Bayern: Regional erhebliche Unterschiede

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes sowie des Arbeitsvolumens 2000 bis 2008 unterscheidet sich in den einzelnen bayerischen Städten und Landkreisen erheblich: So reicht die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes von -1% bis $+5\%$, beim Arbeitsvolumen von $-1,7\%$ bis $+2,7\%$ (jeweils pro Jahr).

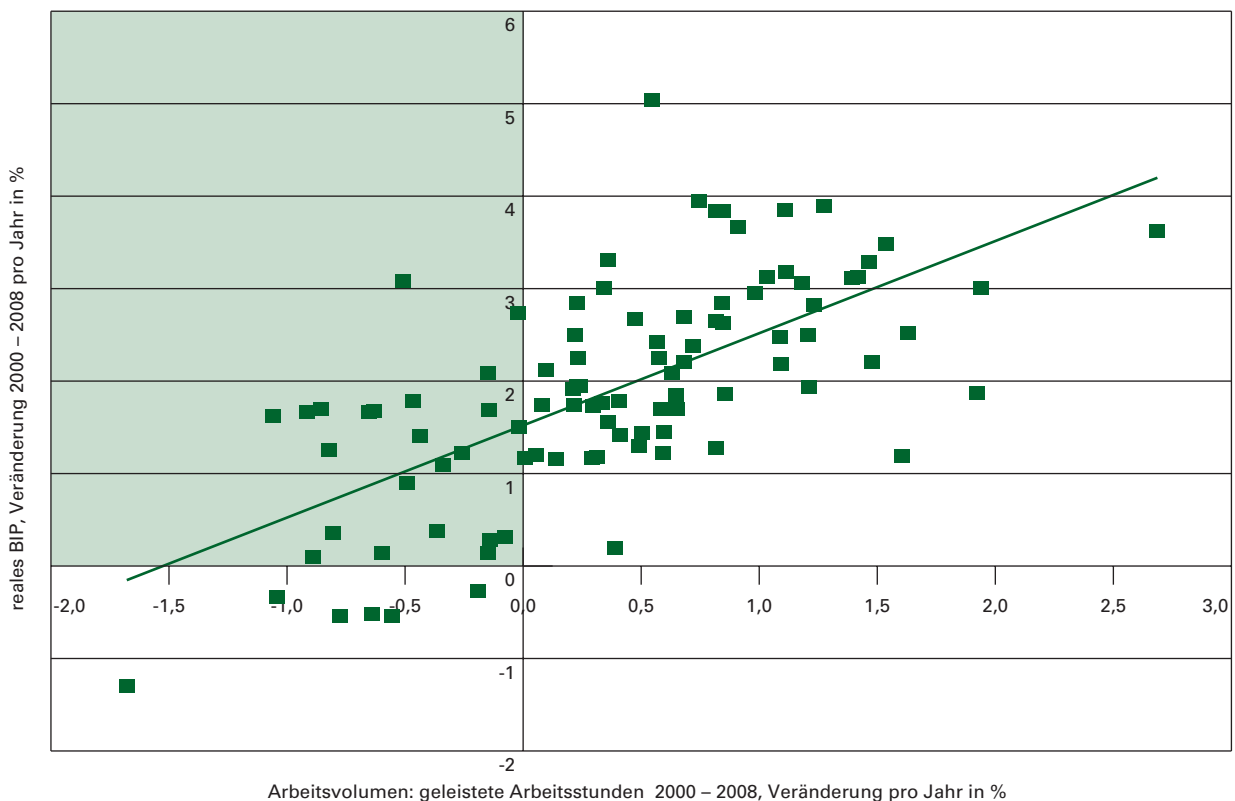
Wirtschaftswachstum und Arbeitsvolumen entwickeln sich keineswegs gleichermaßen: Bei einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von z.B. rund 2% pro Jahr lag die Entwicklung des Arbeitsvolumens regional unterschiedlich zwischen -1% und $+2\%$.

Im Zeitraum 2000 bis 2008 lag das reale Wirtschaftswachstum bei rund $1,9\%$ pro Jahr. Von diesem Wirtschaftswachstum wurden rund $1,5\%$ durch eine höhere Produktivität erwirtschaftet, das Arbeitsvolumen nahm um rund $0,4\%$ pro Jahr zu.

In 6 Landkreisen und Städten war sowohl das Wirtschaftswachstum wie die Entwicklung des Arbeitsvolumens rückläufig (unteres linkes Rechteck: Coburg, Lkr.; Bayreuth, Lkr.; Hof, Stadt; Wunsiedel i. Fichtelgeb., Lkr.; Garmisch-Partenkirchen, Lkr.; Rosenheim, Stadt).

In 23 Regionen gab es ein (zum Teil sogar stark ausgeprägtes) Wirtschaftswachstum, wobei dennoch das Arbeitsvolumen sank, weil dieses Wirtschaftswachstum ausschließlich aus höheren Produktivitätsfortschritten erwirtschaftet wurde (linkes oberes Viereck). In 68 Städten und Landkreisen – das sind 70% aller Städte und Landkreise in Bayern – lag die Entwicklung des Wirtschaftswachstums wie des Arbeitsvolumens gleichermaßen im positiven Bereich.

Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) sowie des Arbeitsvolumens 2000 bis 2008 in Prozent pro Jahr



3. ARBEITSMARKT

3.2 ARBEITSVOLUMEN

Entwicklung des Arbeitsvolumens 2000 bis 2008 nach Kreisen und kreisfreien Städten

Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen) ist ein aussagekräftiger Indikator, wie viel Erwerbsarbeit in einer Region entstanden oder verloren gegangen ist.

Im Zeitraum von 8 Jahren (2000 bis 2008) ist das Arbeitsvolumen in Bayern um 3,5% gestiegen. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sank es um rund 20%, beim produzierenden Gewerbe war es um rund 5% rückläufig. Im Dienstleistungsbereich wuchs es hingegen um rund 10%.

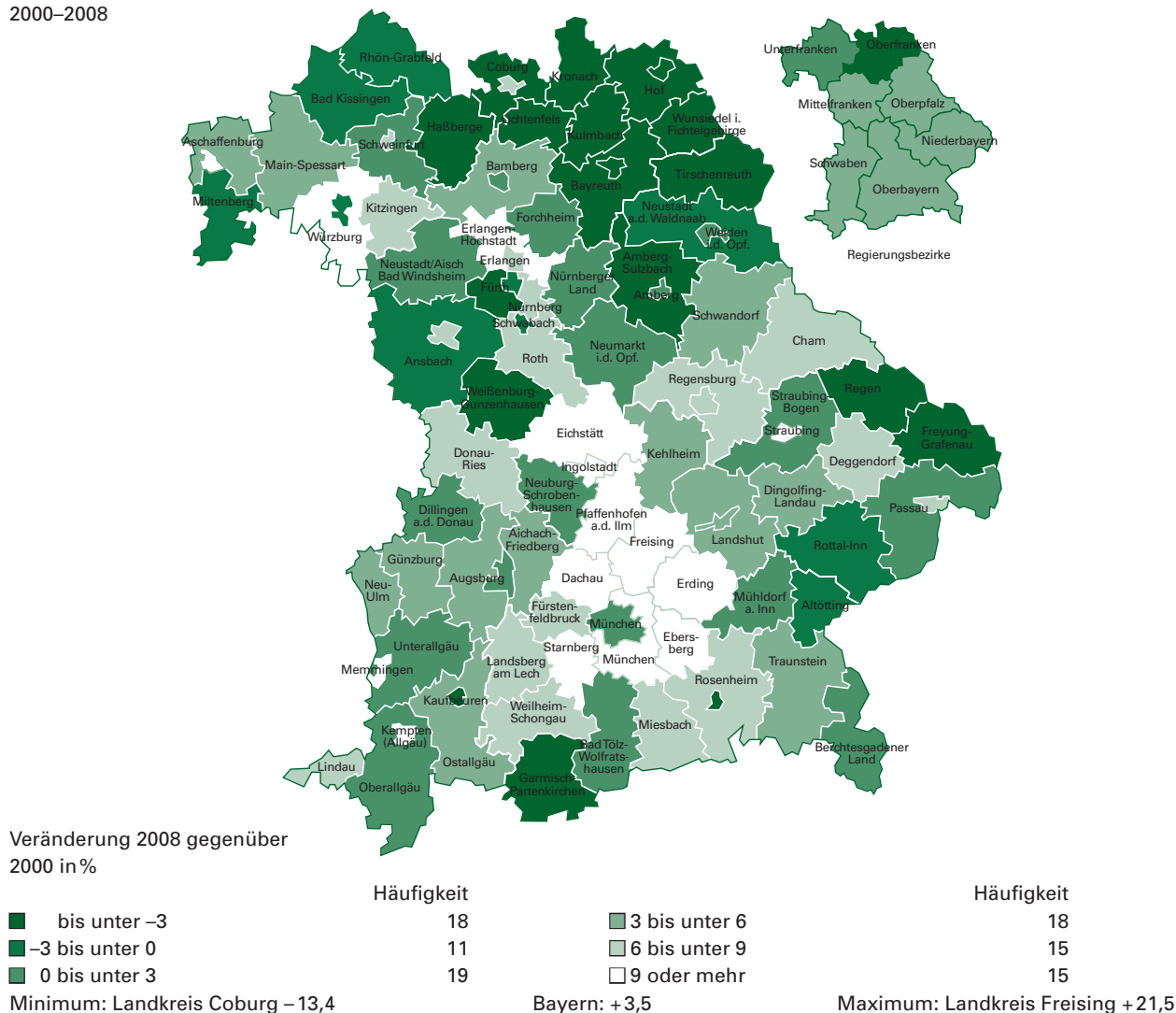
Der Anteil der Arbeitsvolumina der Landwirtschaft lag 2008 bei nur noch 3,7%, beim produzierenden Gewerbe bei 29,4%. Dominierend war mit 66,9% der Dienstleistungsbereich – mit weiter steigender Tendenz.

Regierungsbezirke: Rückläufig war das Arbeitsvolumen nur in Oberfranken (–3,8%). Dort waren rund 2/3 aller Städte und Landkreise von einem Rückgang des Arbeitsvolumens betroffen. Positiver Spitzenreiter war Oberbayern mit einem Wachstum von 5,9% vor Schwaben mit 3,5% und der Oberpfalz mit 3,4%.

In den Landkreisen war die Wachstumsrate mit 3,8% etwas höher als in den Städten mit 3,2%.

Städte und Landkreise: Die Spannweite der Entwicklung reicht beim gesamten Arbeitsvolumen von +21,5% im Lkr. Freising bis –13,4% im Lkr. Coburg (vgl. Tabelle im Anhang zu diesem Kapitel, Seite 171).

Entwicklung des Arbeitsvolumens (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen) nach Kreisen und kreisfreien Städten – 2000–2008



Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Arbeitsvolumen als Indikator regionaler Entwicklungsperspektive: Breite Streuung über ganz Bayern; mehr Regionen mit zunehmender als abnehmender Nachfrage nach Erwerbstätigen bis 2020

Das Arbeitsvolumen ist die Gesamtzahl aller geleisteten Erwerbstätigenstunden in einer Region und damit ein guter Indikator, wie sich die Beschäftigung wirklich entwickelt hat und ob eine Mehrbeschäftigung z.B. nicht nur auf mehr Teil- statt Vollzeitstellen beruht.

Das regional seitens der Arbeitgeber nachgefragte Arbeitsvolumen wie das von Erwerbstätigen angebotene Arbeitsvolumen hängen von vielerlei Faktoren ab, die sich – gerade kleinräumig – auch in mittleren Zeiträumen markant ändern können (Entwicklung einzelner bedeutender Arbeitgeber, verändertes Teilzeit-Vollzeit-Stellen-Angebot, Kinder- und Schülerbetreuung, Attraktivität der Arbeitsplätze usw.). Regionale Prognosen, in welchen Räumen künftig

- das Arbeitsvolumen eher steigt oder sinkt
- und ob es wegen des regionalen Angebots an potentiellen Erwerbspersonen eher zu einer Überversorgung (Folge: Tendenz zur Abwanderung insbesondere Jüngerer, Unterbeschäftigung von Fachkräften) oder einer Unterversorgung (Sogwirkung der Region für Erwerbstätige aus anderen Regionen, Tendenz zu einem regionalen Fachkräftemangel, wenn der Markt keine hinreichend attraktiven Bedingungen bietet) kommt, sind nur als Tendenzaussagen möglich. Gleichwohl können zumindest gewisse regionale Entwicklungstendenzen bis 2020 vermutet werden, wenn sich die Entwicklung des Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 grundsätzlich

fortsetzt und dies mit der regionalen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials (18- bis 65-Jährige) verglichen wird. Dabei können auch erhebliche kleinräumige Veränderungen auftreten, die dennoch durch Tagespendler ausgleichbar sind (z.B. bis 2020 starkes Überangebot an Erwerbstätigen im Landkreis Coburg mit stark zunehmender Nachfrage in der Stadt Coburg).

Regionen, die eher ein

- schrumpfendes Arbeitsvolumen und Überangebot an Erwerbspersonen haben könnten und die deshalb eher zu einem Auspendeln/Abwandern gerade Jüngerer anregen könnten, sind die in der nachfolgenden Tabelle dunkel- und mittelgrün markierten Landkreise und Städte,
- wachsendes Arbeitsvolumen und Unterangebot an Erwerbspersonen haben könnten und die deshalb eher zu einem Einpendeln/Zuwandern gerade Jüngerer anregen könnten, sind die in der nachfolgenden Tabelle grau und weiß markierten Landkreise und Städte.

Insgesamt kann derzeit vermutet werden, dass Bayern bis 2020 mehr Regionen mit einem wachsenden als mit einem schrumpfenden Arbeitsvolumen haben wird und auch die Regionen mit einem Zuwanderungssog jene mit einem Abwanderungsdruck (aufgrund des regionalen Arbeitsvolumens) überwiegen werden.

3. ARBEITSMARKT

3.2 ARBEITSVOLUMEN

Regionale Entwicklungstendenzen bis 2020 in den bayerischen Städten und Landkreisen: Nachgefragtes Arbeitsvolumen und Über- bzw. Unterangebot an Erwerbstätigen, wenn sich die Wirtschaftsentwicklung 2000 bis 2010 weiter fortsetzt und das Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten, Teilzeit/Vollzeit-Arbeitszeit) nicht erheblich verändert.

regionale Entwicklungstendenz im Zeitraum 2010 bis 2020	regional nachgefragtes Arbeitsvolumen in 2020 (weitere Wirtschaftsentwicklung wie bisher)	regionales Über- oder Unterangebot an Erwerbstätigen in 2020 (Wirtschaftsentwicklung und Erwerbsverhalten wie bisher)
ausgeprägter Rückgang bzw. Überangebot möglich	Coburg, Landkreis	Coburg, Landkreis
	Hof, krsfr. Stadt	Garmisch-Partenkirchen, Lkr.
	Garmisch-Partenkirchen, Lkr.	Rosenheim, krfr. Stadt
	Bayreuth, Landkreis	Bayreuth, Landkreis
	Wunsiedel i. Fichtelgeb., Lkr.	Fürth, krfr. Stadt
mittlerer Rückgang bzw. mittleres Überangebot möglich	Rosenheim, krfr. Stadt	Würzburg, krfr. Stadt
	Haßberge, Landkreis	Traunstein, Landkreis
	Würzburg, krfr. Stadt	Schwabach, krfr. Stadt
	Kaufbeuren, krfr. Stadt	Hof, krfr. Stadt
	Traunstein, Landkreis	Kaufbeuren, krfr. Stadt
	Schwabach, krfr. Stadt	Haßberge, Landkreis
	Fürth, krfr. Stadt	München, Landkreis
geringer Rückgang bzw. geringes Überangebot	Bayreuth, krfr. Stadt	Bayreuth, krfr. Stadt
	Bad Kissingen, Landkreis	München, krfr. Stadt
	Weißenburg-Gunzenhs., Lkr.	Wunsiedel i. Fichtelgeb., Lkr.
	Neustadt a. d. Waldnaab, Lkr.	Augsburg, krfr. Stadt
	Amberg, krfr. Stadt	Bad Kissingen, Landkreis
	Dillingen a.d.Donau, Landkreis	Nürnberg, krfr. Stadt
	München, krfr. Stadt	Erding, Landkreis
geringe Zunahme bzw. geringes Unterangebot möglich	Neustadt(Aisch)-Bad Windsh., Lkr.	Lindau (Bodensee), Landkreis
	München, Landkreis	Dillingen a.d.Donau, Landkreis
	Augsburg, krfr. Stadt	Ansbach, krfr. Stadt
	Ansbach, krfr. Stadt	Deggendorf, Landkreis
	Rhön-Grabfeld, Landkreis	Neustadt a. d. Waldnaab, Lkr.
	Kronach, Landkreis	Weißenburg-Gunzenhs., Lkr.
	Deggendorf, Landkreis	Amberg, krfr. Stadt
	Aschaffenburg, Landkreis	Ostallgäu, Landkreis
	Kulmbach, Landkreis	Aschaffenburg, Landkreis
	Nürnberg, krfr. Stadt	Rottal-Inn, Landkreis
	Schwandorf, Landkreis	Berchtesgadener Land, Lkr.
	Main-Spessart, Landkreis	Schwandorf, Landkreis
	Rottal-Inn, Landkreis	Landsberg am Lech, Landkreis
	Schweinfurt, Landkreis	Kelheim, Landkreis
	Hof, Landkreis	Neustadt(Aisch)-Bad Windsh., Lkr.
	Freyung-Grafenau, Landkreis	Unterallgäu, Landkreis
	Lichtenfels, Landkreis	Fürstenfeldbruck, Landkreis
	Tirschenreuth, Landkreis	Aichach-Friedberg, Landkreis
	Ansbach, Landkreis	Rhön-Grabfeld, Landkreis
	Ostallgäu, Landkreis	Oberallgäu, Landkreis
	Regen, Landkreis	Ansbach, Landkreis
	Lindau (Bodensee), Landkreis	Landshut, krfr. Stadt
	Berchtesgadener Land, Lkr.	Bayern
	Unterallgäu, Landkreis	Forchheim, Landkreis
	Forchheim, Landkreis	Passau, Landkreis
	Passau, Landkreis	Bad Tölz-Wolfratshausen, Lkr.
	Amberg-Sulzbach, Landkreis	Main-Spessart, Landkreis
	Kelheim, Landkreis	Bamberg, krfr. Stadt
	Roth, Landkreis	Erlangen-Höchststadt, Landkreis
	Fürstenfeldbruck, Landkreis	Roth, Landkreis
	Erlangen-Höchststadt, Landkreis	Kronach, Landkreis
	Bayern	Straubing, krfr. Stadt

regionale Entwicklungstendenz im Zeitraum 2010 bis 2020	regional nachgefragtes Arbeitsvolumen in 2020 (weitere Wirtschaftsentwicklung wie bisher)	regionales Über- oder Unterangebot an Erwerbstätigen in 2020 (Wirtschaftsentwick- lung und Erwerbsverhalten wie bisher)
mittlere Zunahme bzw. mittleres Unterange- bot möglich	Weiden i.d.OPf., krfr. Stadt Erding, Landkreis Nürnberger Land, Landkreis	Dachau, Landkreis Kulmbach, Landkreis Schweinfurt, Landkreis
	Oberallgäu, Landkreis Miltenberg, Landkreis Aichach-Friedberg, Landkreis Bamberg, krfr. Stadt Landsberg am Lech, Landkreis Straubing, krfr. Stadt Augsburg, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Lkr. Landshut, krfr. Stadt Bamberg, Landkreis Landshut, Landkreis Erlangen, krfr. Stadt Kempten (Allgäu), krfr. Stadt Mühldorf a.Inn, Landkreis Dachau, Landkreis	Weiden i.d.OPf., krfr. Stadt Erlangen, krfr. Stadt Nürnberger Land, Landkreis Amberg-Sulzbach, Landkreis Landshut, Landkreis Augsburg, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Lichtenfels, Landkreis Miltenberg, Landkreis Regensburg, krfr. Stadt Ebersberg, Landkreis Tirschenreuth, Landkreis Bamberg, Landkreis Mühldorf a.Inn, Landkreis Regen, Landkreis Kempten (Allgäu), krfr. Stadt Neu-Ulm, Landkreis Hof, Landkreis
sehr deutliche Zunahme bzw. deutliches Unterangebot möglich	Cham, Landkreis Kitzingen, Landkreis Neu-Ulm, Landkreis Günzburg, Landkreis Altötting, Landkreis Aschaffenburg, krfr. Stadt Straubing-Bogen, Landkreis Regensburg, krfr. Stadt Weilheim-Schongau, Landkreis Ebersberg, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm, Landkreis Fürth, Landkreis Eichstätt, Landkreis Miesbach, Landkreis Memmingen, krfr. Stadt Schweinfurt, krfr. Stadt Starnberg, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., Landkreis Ingolstadt, krfr. Stadt Freising, Landkreis Passau, krfr. Stadt Donau-Ries, Landkreis Rosenheim, Landkreis Regensburg, Landkreis Würzburg, Landkreis Coburg, krfr. Stadt Dingolfing-Landau, Landkreis	Kitzingen, Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, Landkreis Straubing-Bogen, Landkreis Günzburg, Landkreis Aschaffenburg, krfr. Stadt Eichstätt, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, Lkr. Weilheim-Schongau, Landkreis Starnberg, Landkreis Miesbach, Landkreis Fürth, Landkreis Ingolstadt, krfr. Stadt Freising, Landkreis Cham, Landkreis Altötting, Landkreis Memmingen, krfr. Stadt Neumarkt i.d.OPf., Landkreis Schweinfurt, krfr. Stadt Rosenheim, Landkreis Regensburg, Landkreis Passau, krfr. Stadt Donau-Ries, Landkreis Würzburg, Landkreis Coburg, krfr. Stadt Dingolfing-Landau, Landkreis

3. ARBEITSMARKT

3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Regional deutliche Unterschiede in der Entwicklung von realem BIP und Erwerbstätigkeitsentwicklung

Im Zeitraum 2000 bis 2008 veränderte sich in Bayern das reale (preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Jahr um rund +1,9%, die Zahl der Erwerbstätigen nahm um +0,6% und das Arbeitsvolumen um +0,4% zu. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 2,3%.

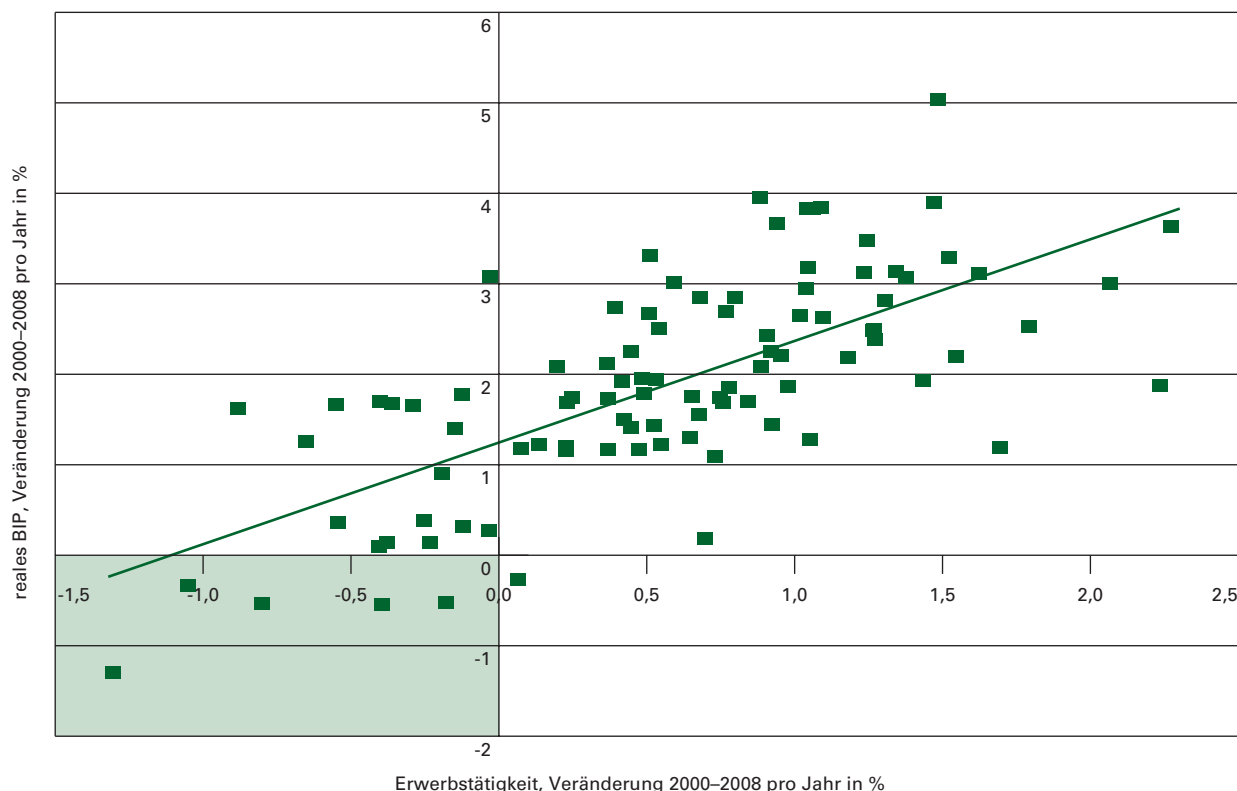
Regional differenziert nach Städten und Landkreisen ergaben sich erhebliche Unterschiede. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Streubreite. Eine einfache Analogie, dass ein steigendes BIP in einer Region auch zu mehr Erwerbstätigkeit im Zeitraum 2000 bis 2008 führte, ist nicht möglich. So gab es – wie in nachfolgender Abbildung dargestellt –

- 5 Landkreise/Städte mit sinkendem BIP und sinkender Erwerbstätigkeit,

- 16 Landkreise/Städte mit positivem Wirtschaftswachstum, aber schrumpfender Erwerbstätigkeit, davon immerhin 8 mit BIP-Wachstumsraten von rund 1,5% und mehr.
- 2 Landkreise mit steigender Erwerbstätigkeit und keinem oder nur geringem Wirtschaftswachstum.

Bayernweit reichte im Gesamtzeitraum 2000 bis 2008 jedoch ein Wirtschaftswachstum von 1,5% pro Jahr, um das Arbeitsvolumen zu erhalten und die Erwerbstätigkeit zusätzlich durch mehr Teilzeit- statt Vollzeitstellen um 0,2%-Punkte zu erhöhen.

Regionale Entwicklung des BIP und der Erwerbstätigkeit 2000 bis 2008, Veränderung in % pro Jahr in den bayerischen Städten und Landkreisen



Blick in die Zukunft: Bis 2028 ist mit dem Erwerbspersonenpotential in Bayern grundsätzlich deutlich mehr Wirtschaftswachstum als in der Vergangenheit möglich

Wenn es gelingt, bis 2028 – ausgehend von 2009 – nach und nach

- die Erwerbstätigenquote um nur 2,5% zu steigern (z.B. durch kürzere Schulzeit, weniger Arbeitslosigkeit, geringere stille Reserve, weniger Frühverrentung, Auswirkung der Anhebung der Regelaltersgrenze der Frauen auf zunächst 65 Jahre; eine allgemeine Anhebung auf 67 Jahre wurde noch nicht einbezogen),
- den Anteil der Teilzeitarbeit auf dem Niveau von 2000 zu halten bzw. darauf zurückzuführen (weniger Arbeitszeitverkürzungen durch Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen; laut IAB-Kurzbericht 9/2011 will z.B. fast die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen ihre Arbeitszeit deutlich ausweiten) und
- eine Produktivität je Erwerbstätigenstunde von +1,5% pro Jahr zu realisieren (Durchschnitt 1998 bis 2008 zum Vergleich: +1,8% pro Erwerbstätigenstunde) und
- den sogenannten Mismatch am Arbeitsmarkt nicht weiter zunehmen zu lassen,

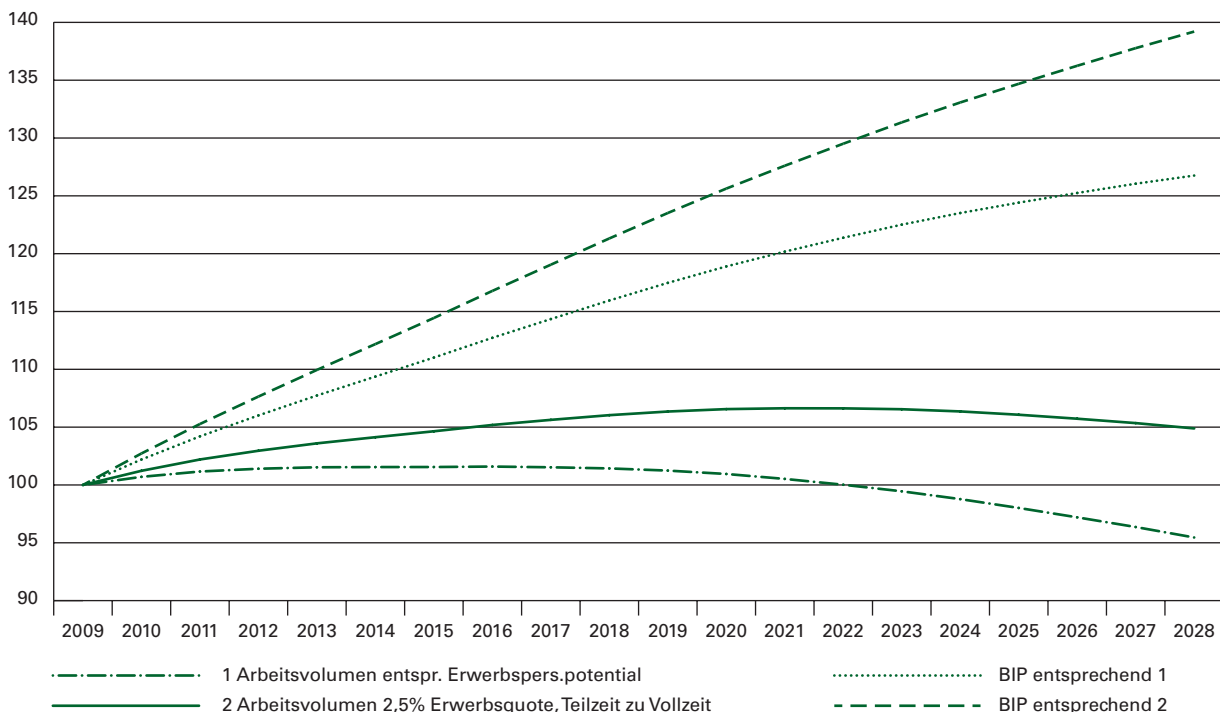
so wäre mit dem in Bayern prognostizierten Erwerbspersonenpotential bis 2028 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von durchschnittlich 1,8% pro Jahr realisierbar.

Eine erhebliche Zuwanderung von Erwerbstätigen aus anderen EU-Staaten (z.B. von osteuropäischen EU-Bürgern, auch aus anderen westeuropäischen EU-Staaten, in denen sie bisher schon erwerbstätig waren wie z.B. Spanien), kann erheblichen Einfluss haben.

Zum Vergleich: Im Zeitraum 2001 bis 2010 lag die reale BIP-Wachstumsquote bei durchschnittlich jährlich 1,3%, d.h. es wäre künftig ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum als in der Vergangenheit realisierbar.

Bei der Vermeidung eines höheren Mismatch (mangelnde Übereinstimmung) zwischen beruflicher Ausbildung und nachgefragter Qualifikation kommt insbesondere der beruflichen Weiterbildung in den Betrieben und einer langfristigen betrieblichen Personalpolitik eine Schlüsselrolle zu.

Arbeitsvolumenentwicklung und damit grundsätzlich mögliches BIP bis 2028
(Produktivität +1,5%, Erwerbsquote +2,5%, Teilzeitquote wie im Jahr 2000)



Quelle: eigene Berechnungen

3. ARBEITSMARKT

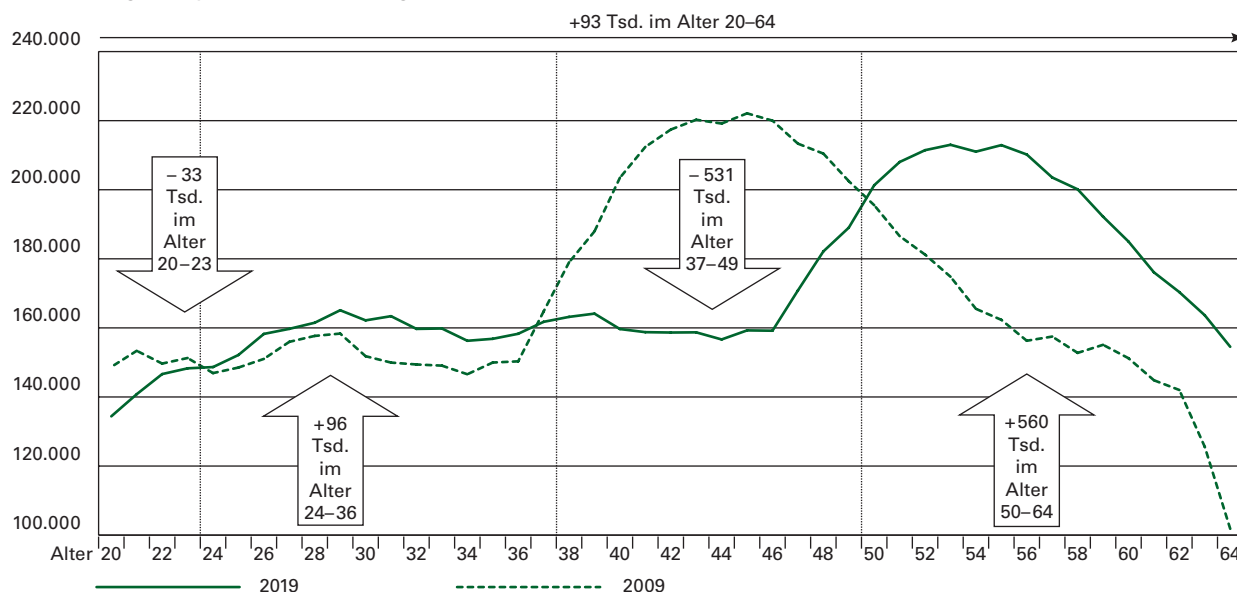
3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Blick in die Zukunft: In 2019 höheres Erwerbspersonenpotential als 2009, aber in 2029 rund 418 Tausend weniger bei Erwerbstätigkeit 20- bis 64-Jähriger bzw. nur rund 130 Tausend weniger Erwerbspersonenpotential bei der Altersgruppe 20- bis 67-Jähriger

Bis zum Jahr 2019 wird im Vergleich mit 2009 die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre, ggf. höheres Regelrentenalter noch nicht eingerechnet) wahrscheinlich um rund 90 Tausend höher sein als in

2009. Einen starken Rückgang wird es in der Gruppe der 40- bis 50-Jährigen geben, einen starken Zuwachs bei den 50- bis 60-Jährigen.

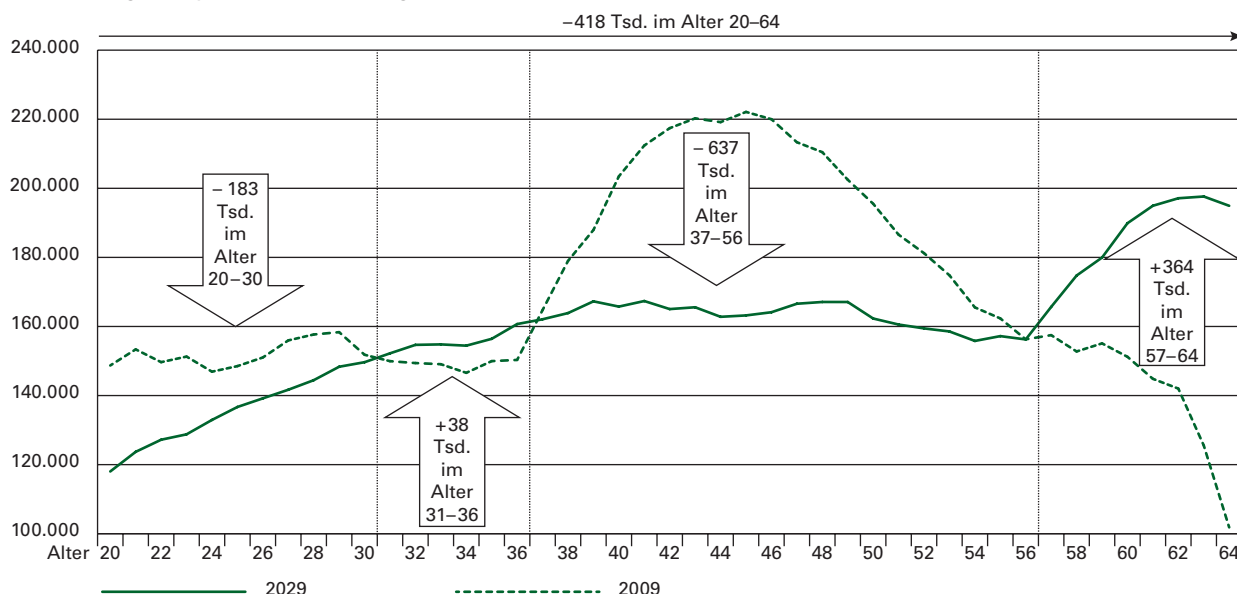
Bevölkerung in Bayern im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre)



Bis zum Jahr 2029 ist im Vergleich zu 2009 mit einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) um rund 420 Tausend zu rechnen, stark zunehmen wird die Gruppe der 57- bis 64-Jährigen.

Wird zusätzlich die Altersgruppe der 65- bis 67-Jährigen berücksichtigt, sinkt das Erwerbspersonenpotential nur um rund 130 Tausend.

Bevölkerung in Bayern im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre)



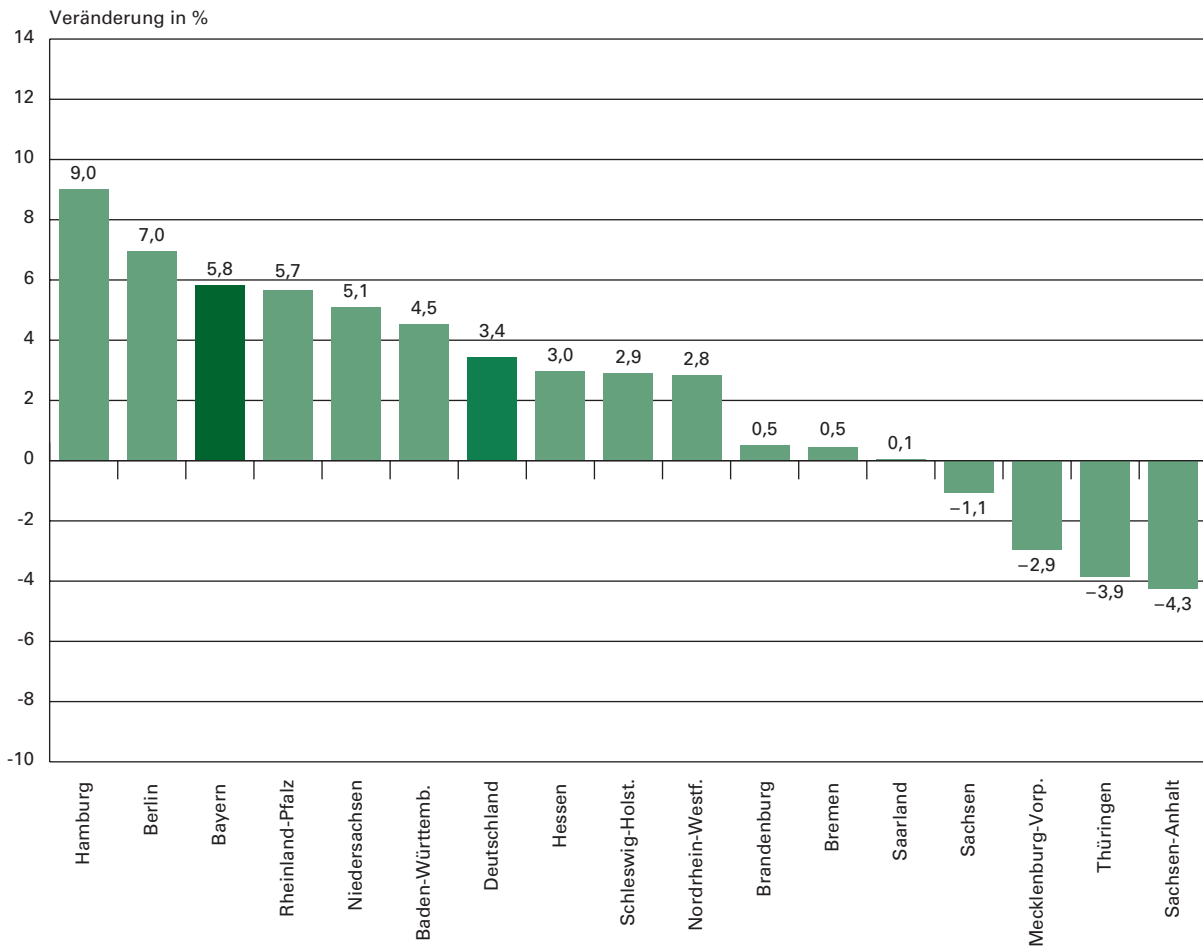
Erwerbstätigkeit: 2000 bis 2010 deutliche Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 5,8 %

Im Jahr 2010 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern auf 6,689 Millionen und erreichte damit ihr bislang höchstes Niveau.

Gegenüber 2000 konnte in Bayern die Anzahl der Erwerbstätigen deutlich steigen. Mit einer Zunahme um 5,8% lag Bayern 2010 um 2,4%-Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Ein Rückgang der Erwerbstätigkeit ist ausschließlich in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.

2010 waren in Bayern – bezogen auf die gesamten Wirtschaftsbereiche – gut 21% der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe tätig, rund 29% bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen, 24% im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen nach Ländern 2000/2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

3. ARBEITSMARKT

3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den Regionen in Bayern im Krisenjahr 2009

Im Krisenjahr 2009 hat die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern um rund 2000 Personen auf 6,65 Millionen – trotz der starken Rezession – zugenommen. Landesweit ist dieser Zugewinn jedoch unterschiedlich verteilt.

Als einziger Regierungsbezirk verzeichnete Oberbayern 2009 eine Zunahme von über 21.000 Erwerbstätigen bzw. 0,9% gegenüber dem Vorjahr. In den übrigen sechs bayerischen Regierungsbezirken ging die Erwerbstätigenzahl zurück. Am stärksten waren hiervon Oberfranken (–1%) und die Oberpfalz (–0,7%) betroffen.

In 35 der insgesamt 96 bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise nahmen die Erwerbstätigenzahlen zu. Besonders starke Zuwächse gab es in den Landkreisen Pfaffenhofen an der Ilm (+3,8%) und Erding (+3,3%).

Rückgänge der Erwerbstätigenzahlen von 2,0 Prozent oder mehr gab es insgesamt in neun kreisfreien Städten oder Landkreisen. Besonders hohe Rückgänge verzeichneten die Landkreise Coburg (–2,6%) und Kronach (–3,5%) sowie die kreisfreie Stadt Kaufbeuren (–2,5%).

Für 2010 ist derzeit für Bayern ein Wachstum der Erwerbstätigkeit von rund 1% und 2011 von 3% zu erwarten, was Mehrbeschäftigung in allen Regierungsbezirken bedeutet.

Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den bayerischen Regierungsbezirken im Jahr 2009

Regierungsbezirk	Erwerbstätige in Tausend		Änderung 2009 gegenüber 2008 in Prozent
	2008	2009	
Oberbayern	2.431,6	2.452,7	0,9
Mittelfranken	937,9	936,4	–0,2
Niederbayern	599,4	597,7	–0,3
Unterfranken	676,3	673,9	–0,4
Schwaben	898,6	894,5	–0,5
Oberpfalz	560,6	556,8	–0,7
Oberfranken	544,1	538,8	–0,9
Bayern	6 648,4	6 650,7	0,0

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Die zehn kreisfreien Städte und Landkreise mit der höchsten Zu- bzw. Abnahme der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2009

Kreisfreie Stadt/Landkreis	Zunahme in %	Kreisfreie Stadt/Landkreis	Abnahme in %
Pfaffenhofen a.d.Ilm, Landkreis	3,8	Memmingen, krfr. Stadt	–1,7
Erding, Landkreis	3,3	Ansbach, krfr. Stadt	–2,0
Eichstätt, Landkreis	2,0	Aschaffenburg, Landkreis	–2,0
Coburg, krfr. Stadt	1,9	Kempten (Allgäu), krfr. St	–2,1
Starnberg, Landkreis	1,7	Dingolfing-Landau, Lkr.	–2,1
Bamberg, Landkreis	1,6	Schwabach, krfr. Stadt	–2,1
Dachau, Landkreis	1,4	Wunsiedel i. Fichtelgeb., Lkr.	–2,3
Neuburg-Schrobenhausen, Lkr.	1,2	Kaufbeuren, krfr. Stadt	–2,5
Ingolstadt, krfr. Stadt	1,2	Coburg, Landkreis	–2,6
Würzburg, krfr. Stadt	1,2	Kronach, Landkreis	–3,5

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

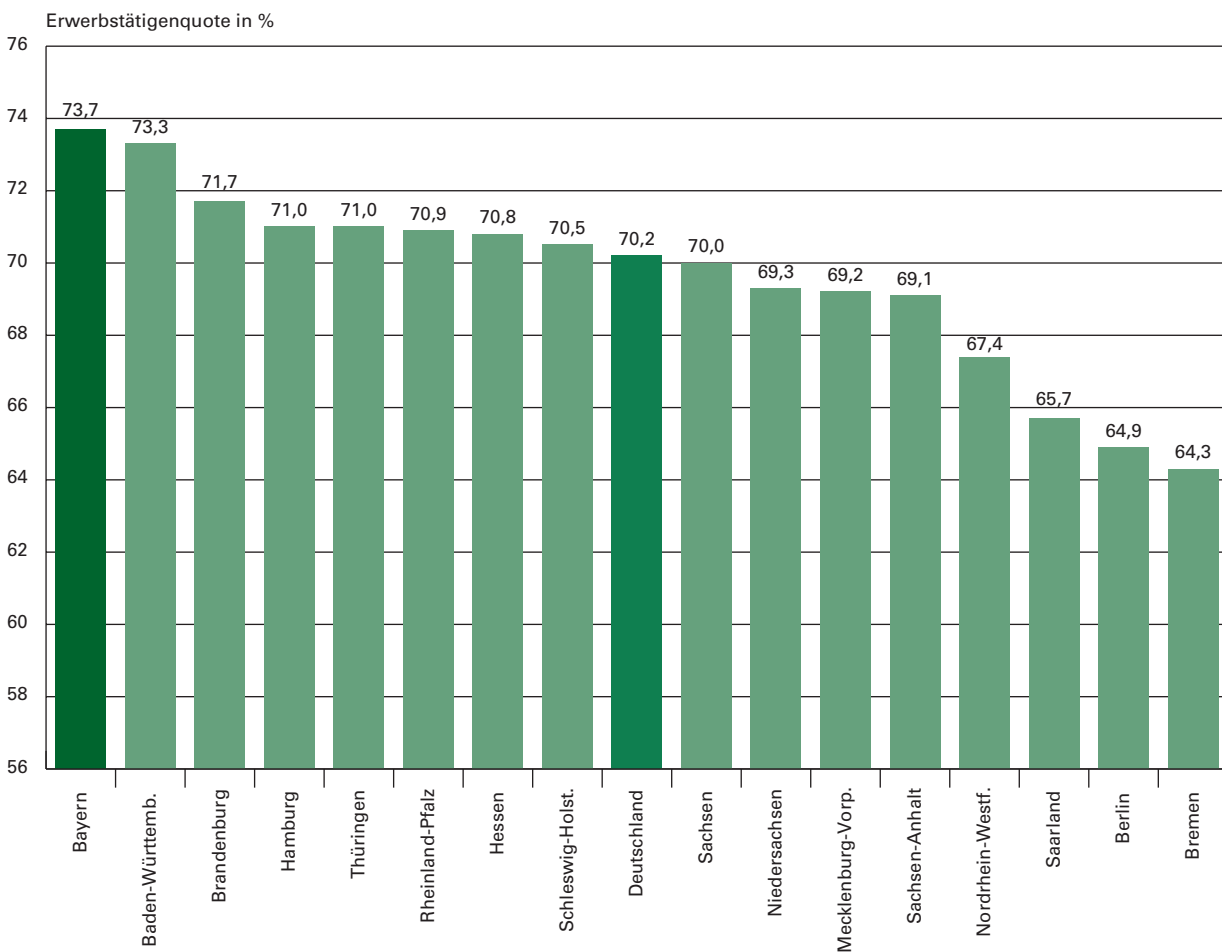
In Bayern hohe Erwerbsbeteiligung

Bezieht man die Anzahl der Erwerbstätigen auf je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahre, dann ergibt sich für Deutschland 2009 eine Erwerbstätigenquote von 70,2%.

Bayern hatte 2009 mit einer Erwerbstätigenquote von 73,7% bundesweit die höchste Erwerbsbeteiligung aller Länder und zugleich die niedrigste Arbeitslosenquote.

Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich, dass mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 67,9% Bayern und Baden-Württemberg an erster Stelle im Ländervergleich und erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Erwerbstätigenquote* nach Ländern 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

* Erwerbstätige je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

3. ARBEITSMARKT

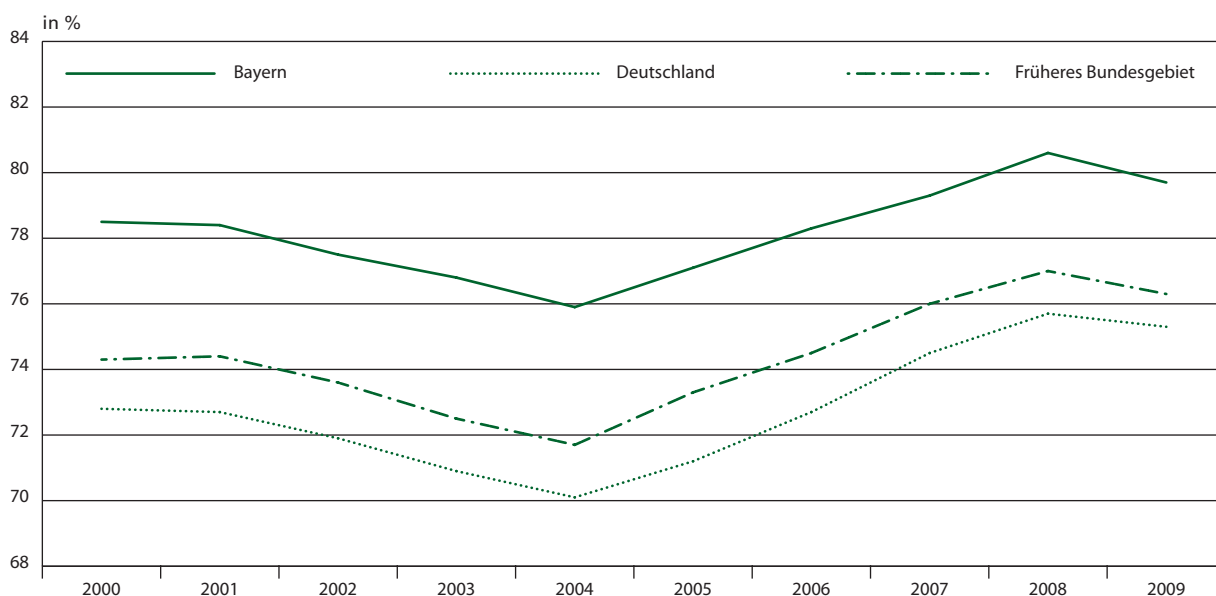
3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Entwicklung der Erwerbstätigenquote 2000 bis 2009: Seit 2004 deutlicher Anstieg

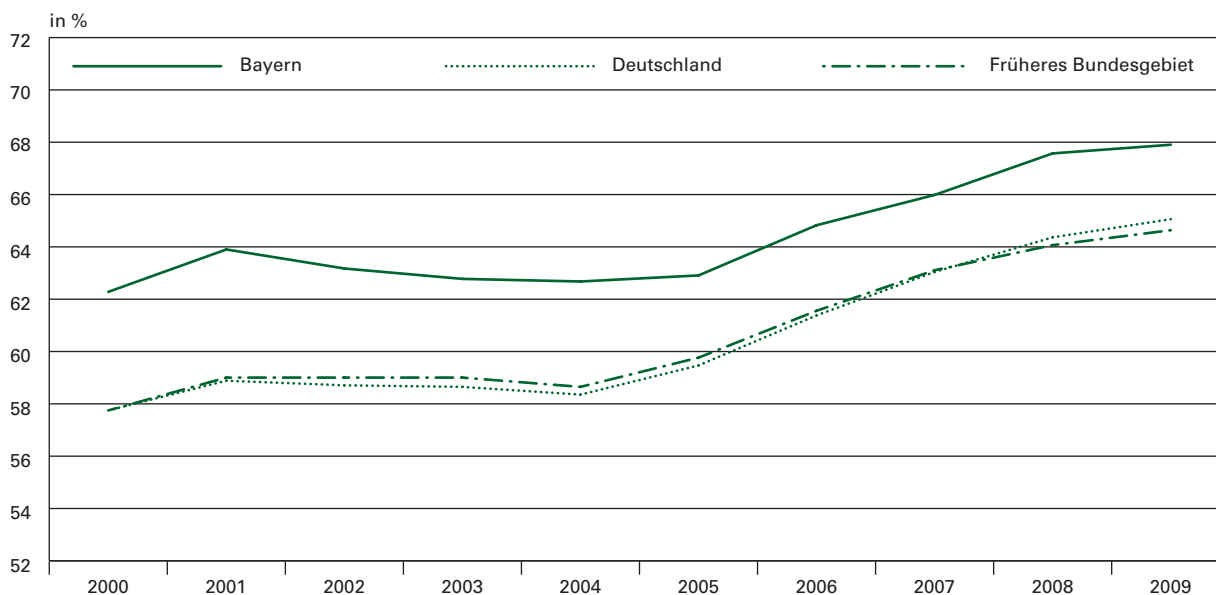
Die Erwerbstätigenquoten in Bayern lagen im Zeitraum 2000 bis 2009 kontinuierlich über dem Bundesdurchschnitt und westdeutschen Durchschnitt und sind seit 2004 kontinuierlich bis 2008 angestiegen – bei den Frauen von niedrigerem Niveau aus etwas mehr als bei den Männern. Im Krisenjahr 2009 verringerte sich die Quote der Männer von 80,6% auf 79,7%.

Die Erwerbstätigenquoten der Frauen in Bayern erhöhten sich von 62,3% im Jahre 2000 auf 67,9% im Jahre 2009 um 5,6%-Punkte.

Erwerbstätigenquote – Männer – 2000 bis 2009



Erwerbstätigenquote – Frauen – 2000 bis 2009

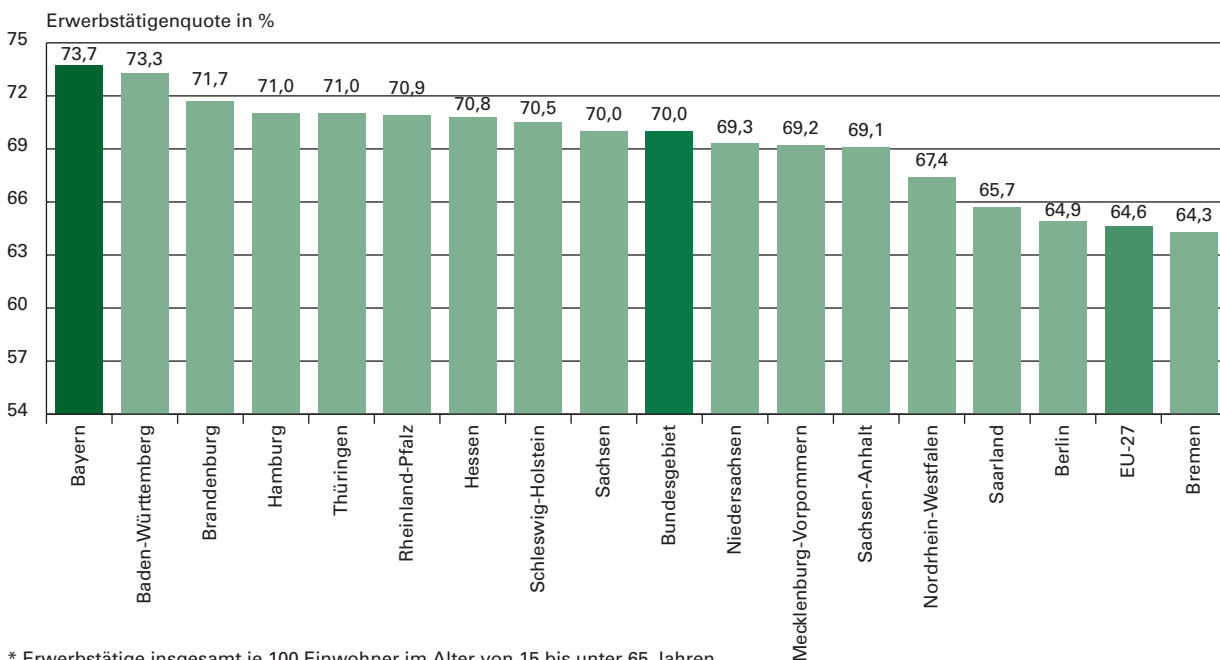


Erwerbstätigenquoten in Bayern 2009 auch im EU-Ländervergleich hoch

Bayern nimmt auch im EU-weiten Vergleich zusammen mit Baden-Württemberg eine Spitzenposition ein: Die Erwerbstätigenquote liegt mit 73,7% erheblich über dem Durchschnitt der EU-27 mit 64,6%.

Auch die Erwerbstätigenquote der älteren Erwerbstätigen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren ist in Bayern mit 57,2% höher als die Quote im Bund (56,2%) und erheblich höher als die durchschnittliche EU-27-Quote von 46%, d.h. Bayern hat im EU-Vergleich keinen Nachholbedarf.

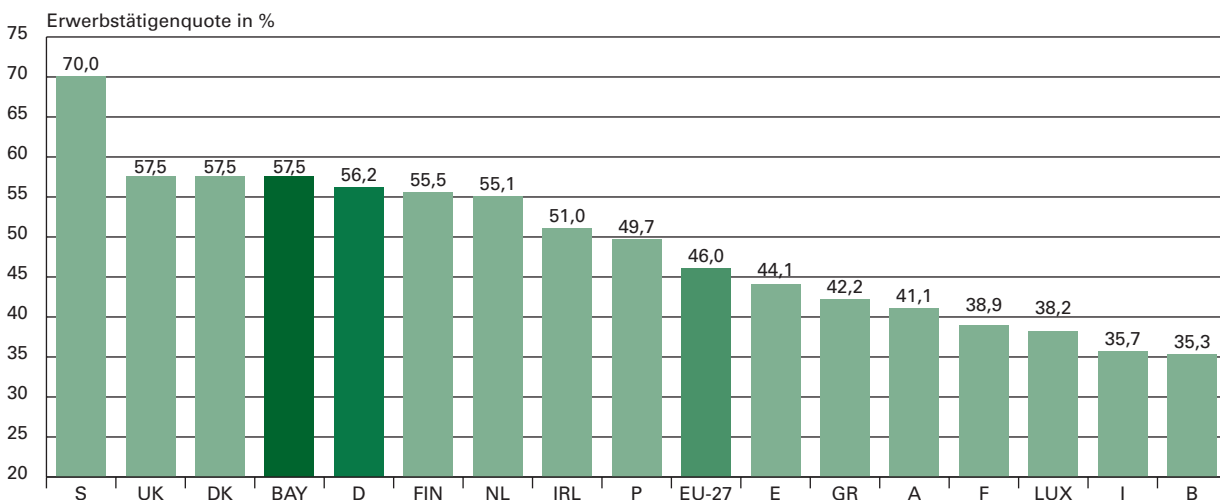
Erwerbstätigenquote* insgesamt in der EU-27, in Deutschland und den Ländern 2009



* Erwerbstätige insgesamt je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Erwerbstätigenquote der Älteren* in der EU-27, in Deutschland und in Bayern 2009



* Erwerbstätige im Alter von 55 bis unter 65 Jahren je 100 Einwohner im Alter von 55 bis unter 65 Jahren. Die Datenerhebung durch Eurostat erfolgt nach einer vom Bundesamt für Statistik abweichenden Methodik. Die vom Bundesamt für Statistik entsprechend dem Mikrozensus ermittelte Erwerbstätigenquote für Deutschland beläuft sich 2009 auf 55,9%.

Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (für Bayern)

3. ARBEITSMARKT

3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Entwicklung der Erwerbstätigenquoten von Älteren 1999 bis 2009

Die Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenquote (alle Erwerbstätigen bzw. abhängig Beschäftigten) überzeichnet gerade bei den Älteren deren tatsächliche Erwerbsbeteiligung. So lag z.B. die Beschäftigtenquote der 60- bis 65-Jährigen (Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Personen der gleichen Altersgruppe) bundesweit in 2009 bei 23,4%. Werden aber

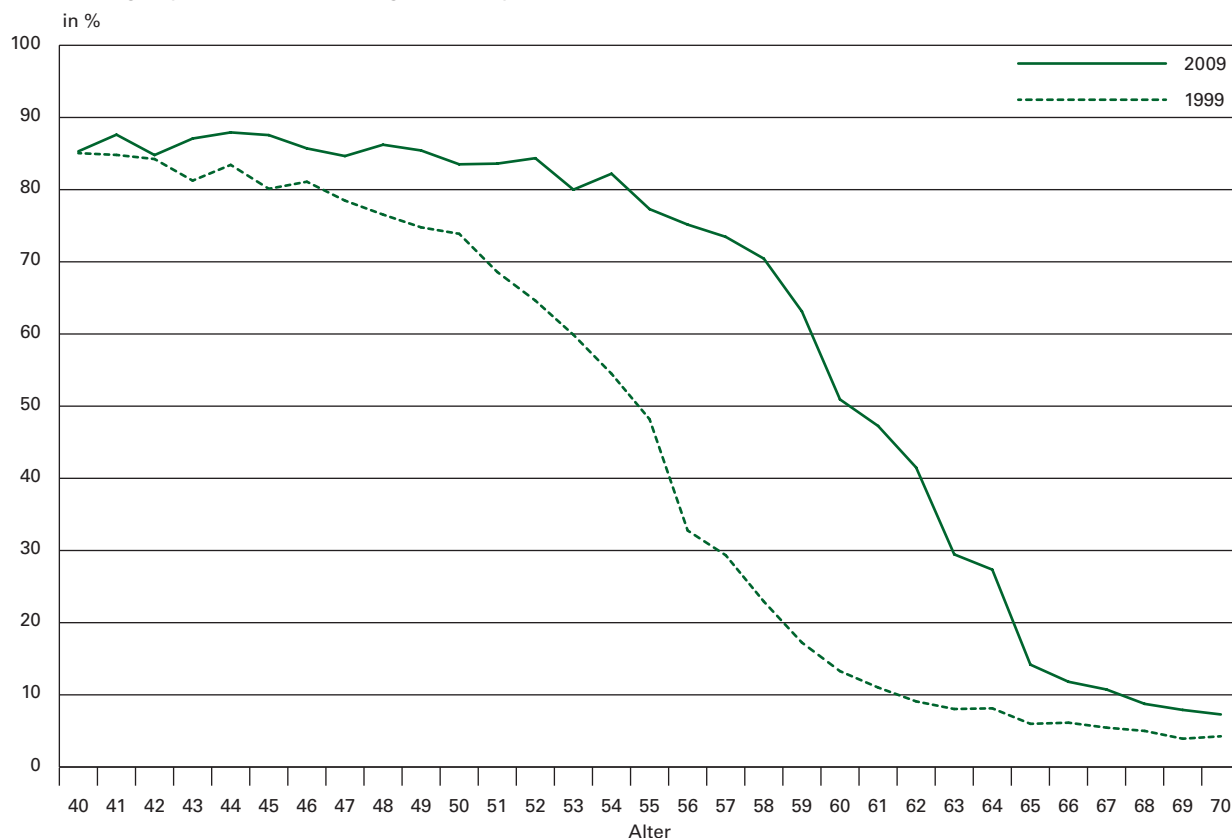
- die ausschließlich geringfügig Beschäftigten,
- jene in Altersteilzeit in der Freistellungsphase
- und Ältere in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (ABM, 1 €-Job, Arbeitsgelegenheiten usw.)

herausgerechnet, weil ihre Erwerbstätigkeit entweder sehr gering ist, real nicht mehr ausgeübt wird oder eine Arbeitslosigkeit überbrückt wird, so verbleibt eine Beschäftigtenquote von deutlich unter 10%. Die genann-

ten Effekte sind bei der Interpretation der nachfolgenden Abbildungen zu den Erwerbsquoten Älterer zu berücksichtigen.

In nur 10 Jahren kam es zwischen 1999 und 2009 insbesondere bei den über 50-Jährigen zu einer gravierenden Erhöhung der Erwerbstätigenquoten (einschließlich der geringfügig Beschäftigten und Älteren in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen; Personen in Altersteilzeit in der Freistellungsphase werden nicht bei der Erwerbstätigenquote berücksichtigt): So stieg diese z.B. bei den 60-Jährigen von rund 15% in 1999 auf rund 50% in 2009. In Deutschland haben damit Bayern (und Baden-Württemberg) weit überdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten gerade bei den Älteren.

Erwerbstätigenquoten 1999–2009, insgesamt, Bayern



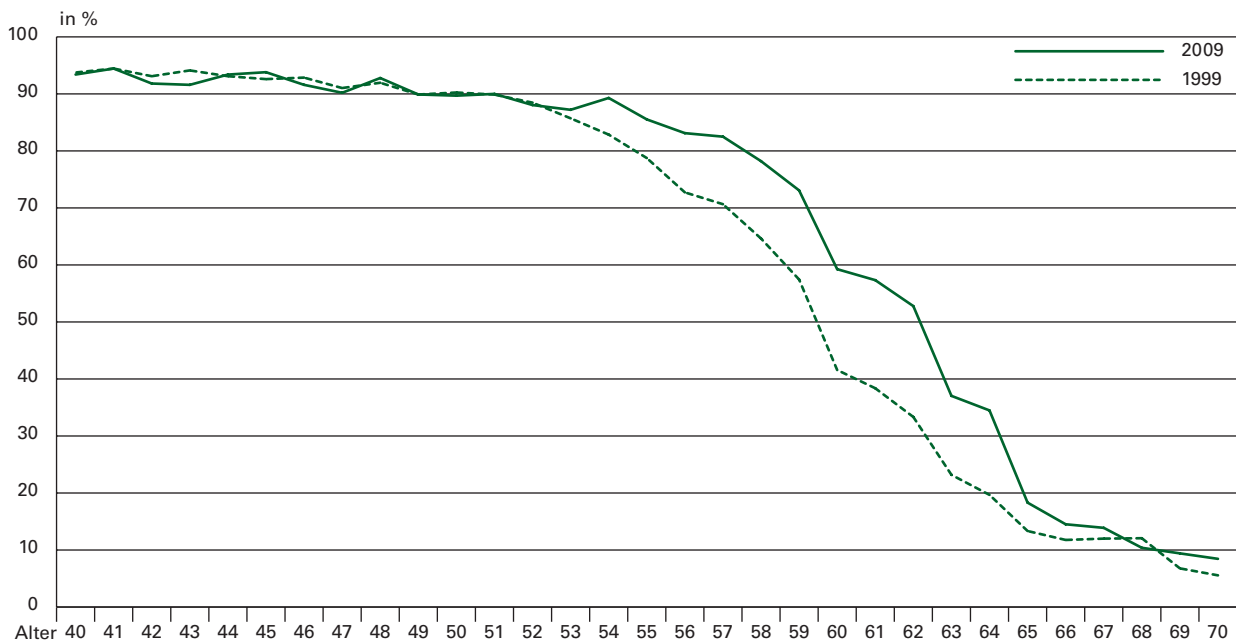
Quelle: Daten des Mikrozensus, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2010.

Die Erwerbstätigenquoten der Männer lagen 2009 gerade bei den Älteren noch weit oberhalb jener der Frauen: So waren z.B. in der Altersgruppe der 60-Jährigen gut 59% der Männer, aber nur 42,5% der Frauen noch erwerbstätig. Bei den 63-jährigen Männern waren dies noch 37%, bei den Frauen nur noch 22,4%. Im Alter von 65 Jahren befanden sich noch gut 18% der Männer, bei den Frauen noch 10% in Erwerbstätigkeit.

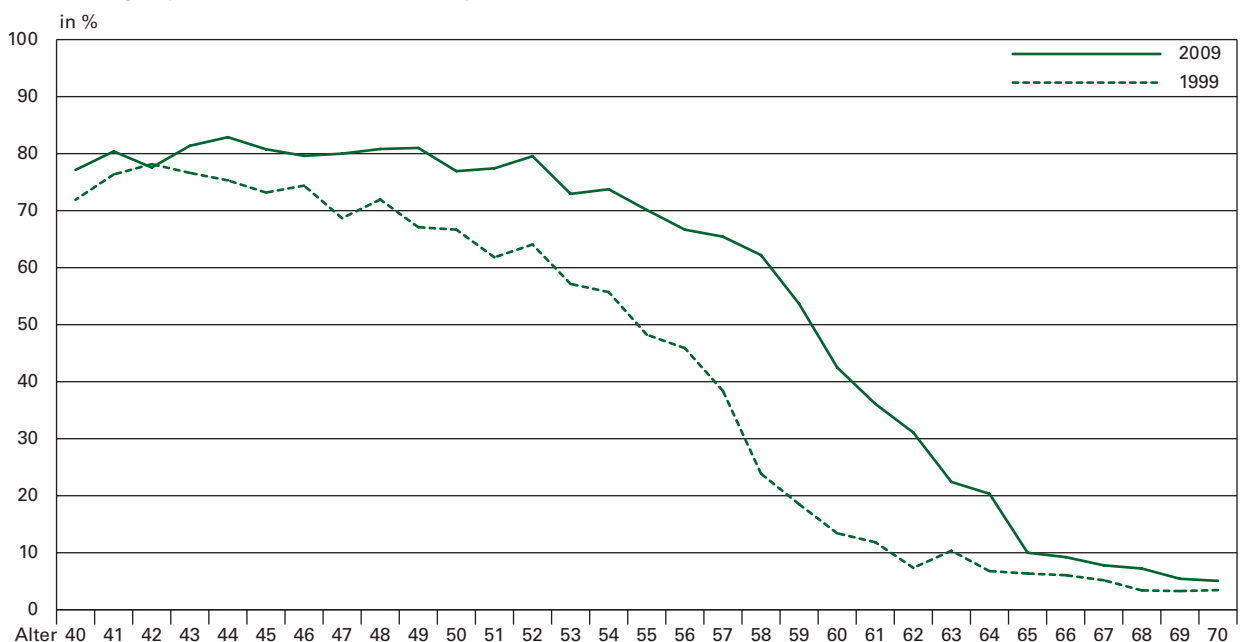
Die Erwerbstätigenquote erhöhte sich im Zeitraum 1999 bis 2009 in Bayern bei

- Männern ab 53 bis 63 Jahre um mehr als 10%-Punkte,
- Frauen ab 42 bis 64 Jahre um teils 20%-Punkte und mehr.

Erwerbstätigenquoten 1999–2009, Männer, Bayern



Erwerbstätigenquoten 1999–2009, Frauen, Bayern



3. ARBEITSMARKT

3.3 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Ruhestandseintrittsalter von Arbeitnehmer/-innen in Bayern 2009: Insgesamt mit 58 Jahren, aus gesundheitlichen Gründen mit 53 Jahren

Das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter von Arbeitnehmer/-innen im Ruhestand 2009 nach letztem ausgeübtem Beruf lag in Bayern bei 58 Jahren, bei einem Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen bei 53 Jahren.

Je nach letztem ausgeübtem Beruf schwankt das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter zwischen 56 und 60 Jahren, der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen zwischen 50 und 57 Jahren.

Durchschnittliches Ruhestandseintrittsalter von Arbeitnehmer/-innen im Ruhestand 2009 nach letztem ausgeübtem Beruf, Bayern

	Ruhestand insgesamt	Vorruhestands- reglung oder Ruhestand nach Arbeitslosigkeit	Ruhestand aus gesundheitli- chen Gründen	Altersruhestand oder sonstige Gründe
	in Jahren			
Insgesamt	58	59	53	61
Montierer und Metallberufe	56	58	50	60
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	56	57	51	60
Bergleute, Mineralgewinner, aufbereiter	57	59	54	58
Keramik, Glasberufe	57	59	53	60
Elektroberufe	57	58	51	61
Warenprüfer, Versandfertigmacher	57	58	52	60
Berufe Steinbearbeitung + Baustoffherstellung	58	58	58	63
Chemie-, Kunststoffberufe	58	58	56	60
Berufe in der Papierherstellung, -verarbeitung und im Druck	58	59	53	61
Berufe in der Holzbearbeitung, Holz- und Flechtwarenherstellung	58	60	54	60
Berufe in der Metallerzeugung und -bearbeitung	58	58	54	61
Metall-, Maschinenbau- und verwandte Berufe	58	59	53	61
Textil- und Bekleidungsberufe	58	57	52	61
Berufe in der Lederherstellung, Leder- und Fellbearbeitung	58	60	55	60
Ernährungsberufe	58	60	53	61
Hoch- und Tiefbauberufe	58	59	55	61
Ausbauberufe, Polsterer	58	58	55	61
Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung	58	59	55	62
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	58	57	55	61
Maschinisten und zugehörige Berufe	58	59	55	61
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	58	58	54	61
Warenkaufleute	58	59	52	61
Verkehrsberufe	58	58	54	61
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	58	58	53	60
Gesundheitsdienstberufe	58	58	51	61
Sonstige Dienstleistungsberufe	58	58	53	61
sonstige Arbeitskräfte	58	57	51	62
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	59	60	54	61
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	59	59	54	61
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	59	59	53	61
Sozial- und Erziehungsberufe, andersweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	59	60	53	62
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	60	59	57	62
Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe	60	59	53	63

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, Sonderauswertung

Erwerbsquoten in Bayern höher als im bundesweiten Durchschnitt

Die Erwerbsquote lag 2009 mit 78,6% in Bayern insgesamt über derjenigen Westdeutschlands (76,2%) und über der Deutschlands (76,9%).

Die Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass die Erwerbsquoten der Männer in Bayern seit 2007 konstant etwa 12% (2009 lag die Erwerbsquote der Männer bei 84,4%) über denjenigen der Frauen (2009: 72,9%) liegen.

Nach Altersgruppen verzeichnen die 25- bis unter 50-Jährigen mit 89,7%, gefolgt von den 50- bis unter 65-Jährigen mit 70,9% in 2009 die höchsten Erwerbsquoten.

Betrachtet nach Qualifikationsmerkmalen zeigt sich, dass Personen mit (Fach-) Hochschule sowie Meister, Techniker und Personen mit Fachschulabschluss eine Erwerbsquote von über 90% aufweisen, während diejenige von Personen ohne beruflichen Abschluss 69,1% betrug.

Die Erwerbsquote von Personen mit Migrationshintergrund ist 2009 in Bayern auf 74,9% leicht angestiegen und liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 70,2%. Gleichwohl ist sie fast 5%-Punkte niedriger als jene von Personen ohne Migrationshintergrund (79,6%).

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit. Hier lag die Erwerbsquote bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in den letzten 3 Jahren jeweils über bzw. knapp 6%-Punkte über derjenigen von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Erwerbsquoten* in Bayern und im Bundesgebiet von 2006 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2009	
	Bayern				Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundesrepublik Deutschland
Insgesamt	77,2	77,5	78,4	78,6	76,2	76,9
männlich	83,7	83,6	84,2	84,4	82,2	82,3
weiblich	70,6	71,3	72,5	72,9	70,1	71,4
unter 18				26,7	17,1	16,7
18 bis unter 25	69,1	69,1	70,8	68,9	65,0	65,4
25 bis unter 50	88,8	89,0	89,4	89,7	87,9	88,4
50 bis unter 65	67,3	68,5	69,5	70,9	69,7	70,4
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	39,5	40,6	43,7	43,2	41,4	41,9
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	70,6	69,1	68,9	69,1	66,8	67,0
Anlernberuf, Praktikum	78,2	76,2	71,5	71,1	75,3	75,3
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	84,0	84,6	85,0	85,4	83,9	84,2
Meister, Techniker, Fachschule	89,6	89,7	90,6	90,9	90,6	89,7
(Fach-) Hochschule	90,9	90,8	91,4	91,6	91,2	91,2
mit Migrationshintergrund	73,6	73,4	73,8	74,9	70,4	70,2
ohne Migrationshintergrund	78,0	78,5	79,6	79,6	78,0	78,7
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	72,7	71,9	72,5	73,4	67,8	68,0
mit deutscher Staatsangehörigkeit	77,7	78,2	79,2	79,3	77,4	78,0

* Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende.

3. ARBEITSMARKT

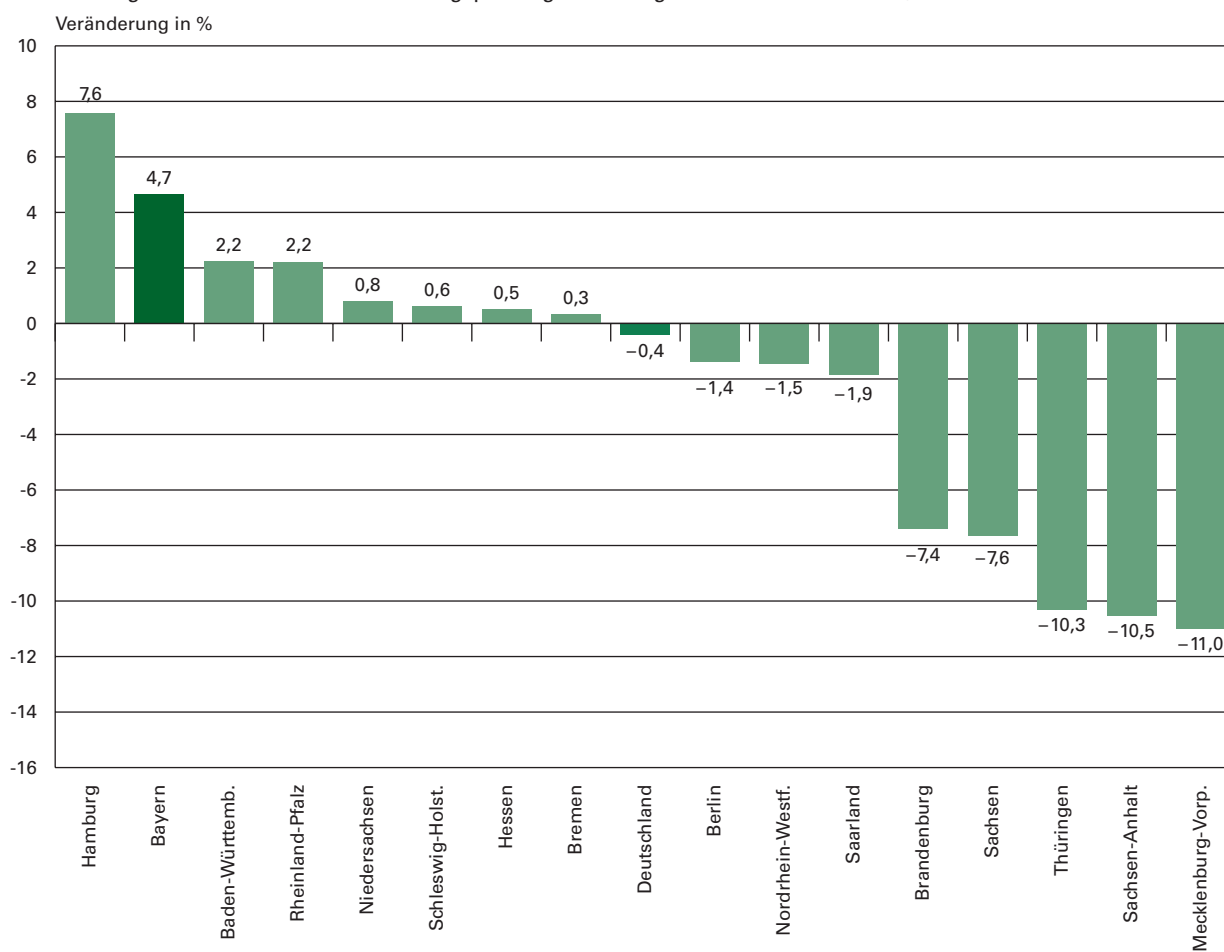
3.4 ENTWICKLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN BESCHÄFTIGUNG

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 2000 bis 2010: 4,7 % Zunahme in Bayern

Bayern konnte im Zeitraum von 2000 bis 2010 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 4,7% und damit die größte Zunahme unter den westdeutschen Flächenländern verzeichnen.

Bundesweit kam es zu einer geringfügigen Abnahme der Beschäftigung von -0,4%. Einen relativ starken Rückgang verzeichnen die neuen Bundesländer, in denen zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 11% zurück.

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* nach Ländern 2000/2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Jeweils Juni.

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern im Jahr 2010 deutlich über Vorkrisenniveau

Nach aktuellen Hochrechnungen gab es im Dezember 2010 im Freistaat 4.607.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Im Vorjahresvergleich verzeichnete Bayern damit ein deutliches Plus von rund 110.000 Beschäftigten bzw. 2,4%. Das ist der höchste Dezemberwert seit 1981. Im Vergleich zum Vormonat (November 2010) war saisonbedingt ein Rückgang von 45.600 Beschäftigten (1,0%) zu verzeichnen.

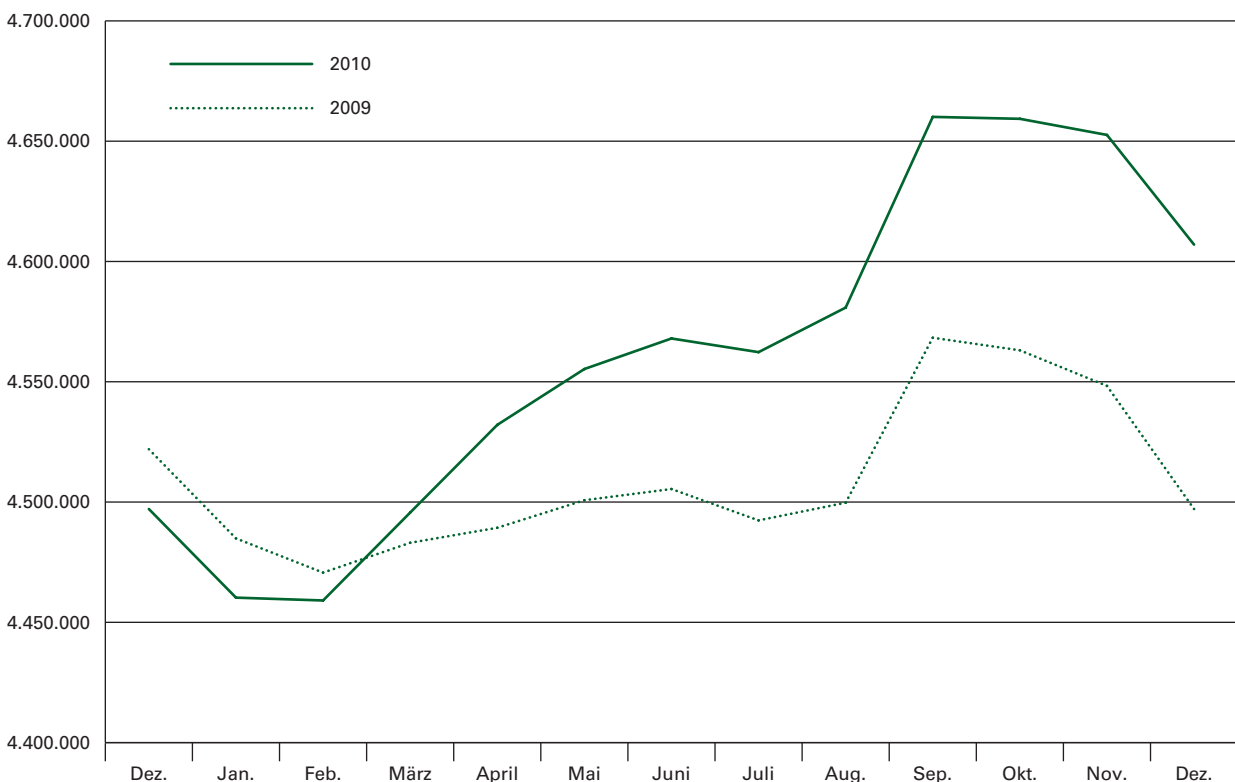
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde mit Beginn des Jahres 2010 saisonbereinigt abgebaut – den deutlichsten Rückgang gab es im Februar; während sich dieser Trend ab Monat März deutlich umkehrte; im September erreichte die Beschäftigung mit 4.660.100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihren Höhepunkt.

Nachdem im Vorjahr vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (minus 64.000 bzw. 4,9%) zurückgegangen war, konnte 2010 wieder ein Plus von 8.500 bzw. 0,7% verzeichnet werden.

Mit einer Zunahme von rund 34.000 bzw. 44,4% verzeichnete der Bereich der Arbeitnehmerüberlassung ein deutliches Plus (z. Vgl. 2009: minus 10.700 bzw. 12,2%).

Hohe Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr konnten ebenfalls im Bereich Wirtschaftliche Dienstleistungen (plus 49.700 bzw. 10,0%) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (plus 18.500 bzw. 3,5%) verzeichnet werden.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. ARBEITSMARKT

3.4 ENTWICKLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN BESCHÄFTIGUNG

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Regionen in Bayern 2010

Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2010 (jeweils zum 30.06.) in Bayern um 4,7% zu.

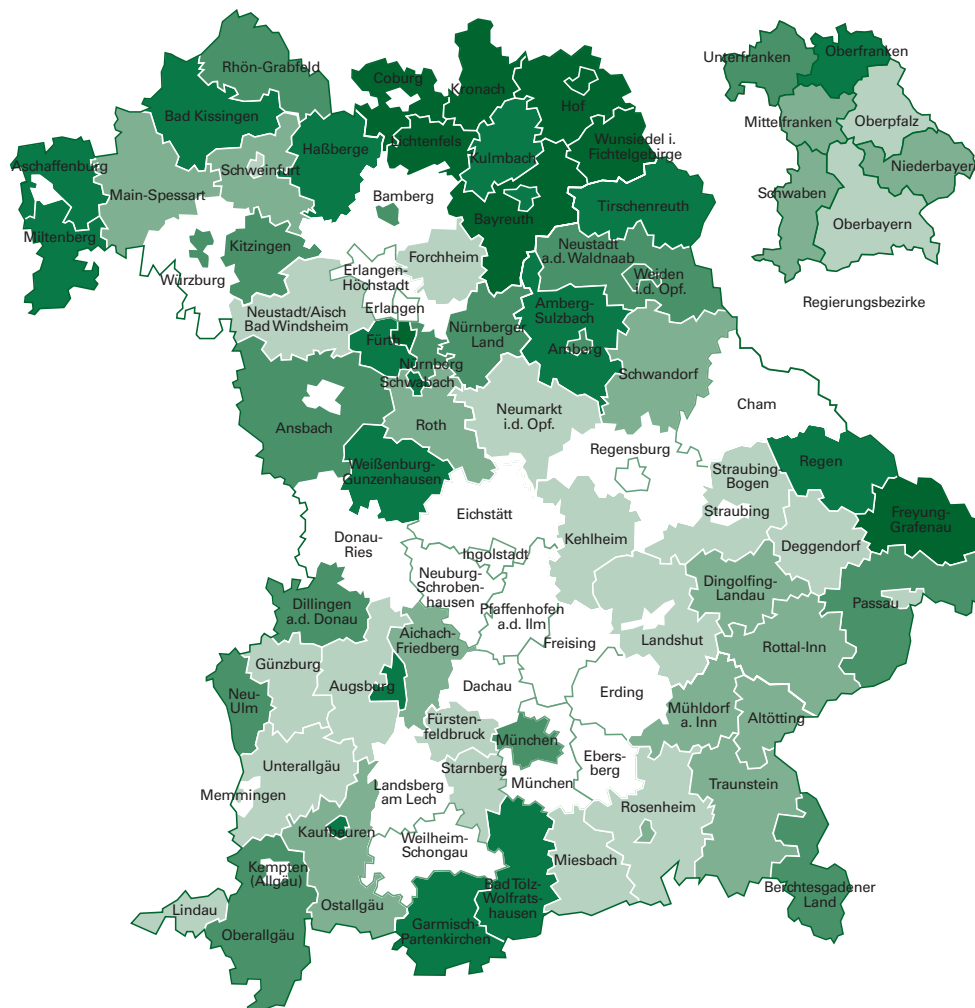
In den bayerischen Regionen zeigen sich zwischen 2000 und 2010 deutliche Unterschiede in der Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten:

So verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (+7,2%) und Oberpfalz (+6,5%) die größten Beschäftigungsgewinne, während in Oberfranken die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um –3,5% zurückging.

Die stärksten Anstiege finden sich in den Landkreisen Freising (+23,5%), Erlangen-Höchststadt (+20,7%) und Pfaffenhofen a.d. Ilm (+20,4%).

Die stärksten Rückgänge finden sich in den nördlich sowie östlich gelegenen Grenzlandkreisen (Landkreis Coburg –16,4%, Landkreis Wunsiedel –12,5%).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort



Veränderung 2010 gegenüber 2000 in %

	Häufigkeit
■ bis unter –5	10
■ –5 bis unter 0	15
■ 0 bis unter 3	16

Minimum: Landkreis Coburg –16,4

	Häufigkeit
■ 3 bis unter 6	12
■ 6 bis unter 10	17
□ 10 oder mehr	26

Bayern: 4,7

Maximum: Landkreis Freising 23,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Krisenjahr 2009: Beschäftigungsrückgang in den verschiedenen bayerischen Betriebsformen

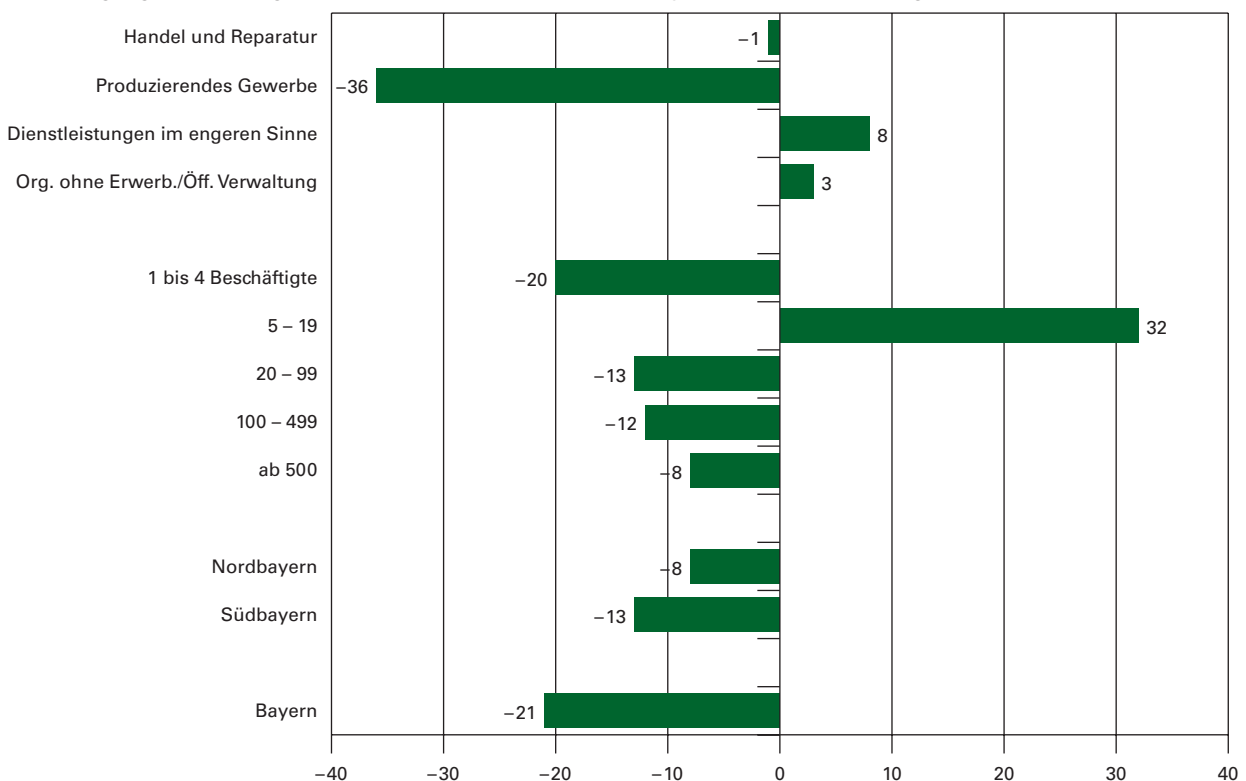
Die bayerischen Betriebe hatten im Zeitraum von Juni 2008 bis Juni 2009 – als die Wirtschaftskrise 2009 auf dem Arbeitsmarkt zunehmend (wenn auch relativ moderat) spürbar wurde – hochgerechnet einen Beschäftigungsrückgang um rund 21.000 Personen (nach einem Beschäftigungszuwachs im Zeitraum Mitte 2007 bis Mitte 2008 noch von 121.000 Personen bzw. 2,2%) zu verzeichnen. Demgegenüber verzeichnet das IAB-Betriebspanel 2009 in Westdeutschland noch ein Plus um 9 Tsd. und in Ost-Deutschland um 41 Tsd. Beschäftigte gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt.

In diesem Beschäftigungsabbau standen sich u.a. eine Reduzierung bei den Arbeitern und Angestellten um 56 Tsd. und ein Zuwachs bei den geringfügig Beschäftigten um 26 Tsd. gegenüber. Vor allem im Produzierenden Gewerbe war der Personalabbau erheblich.

Mit 36 Tsd. ging die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe in Bayern am stärksten zurück, dagegen war z. B. im Bereich der Dienstleistungen im engeren Sinne ein Plus von 8 Tsd. Beschäftigten zu verzeichnen.

Der Rückgang war in Südbayern etwas ausgeprägter als in Nordbayern und betraf alle Betriebsgrößenklassen außer den Kleinbetrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten. Diese konnten sogar einen recht kräftigen Personalzuwachs um 32 Tsd. Personen verbuchen.

Beschäftigungsentwicklung von Juni 2008 bis Juni 2009 in den bayerischen Betrieben (Angaben in Tsd. Personen)



Quelle: INIFES, Repräsentative Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels 2009 (<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>)

3.4 ENTWICKLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN BESCHÄFTIGUNG

Die Anteile von formal Geringqualifizierten (d. h.: ohne Berufsausbildungsabschluss) an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten variierten 2009 in Bayern bedingt durch die regionale Wirtschaftsstruktur zwischen 7,6% und 18,2%.

Bayernweit war der Anteil Geringqualifizierter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Mitte 2009 mit 11,7% gegenüber dem Vorjahreswert um 0,8 Prozentpunkte gesunken.

Die höchsten Werte verzeichneten die Landkreise Ansbach, Dillingen a.d. Donau, Freyung-Grafenau und Wunsiedel i. F.

Die Landkreise München, Miesbach, Berchtesgadener Land, Fürstenfeldbruck und Starnberg wiesen die geringsten Anteile auf.

Ein eindeutiges Muster der Verteilung zwischen Stadt- und Landkreisen gibt es nicht.

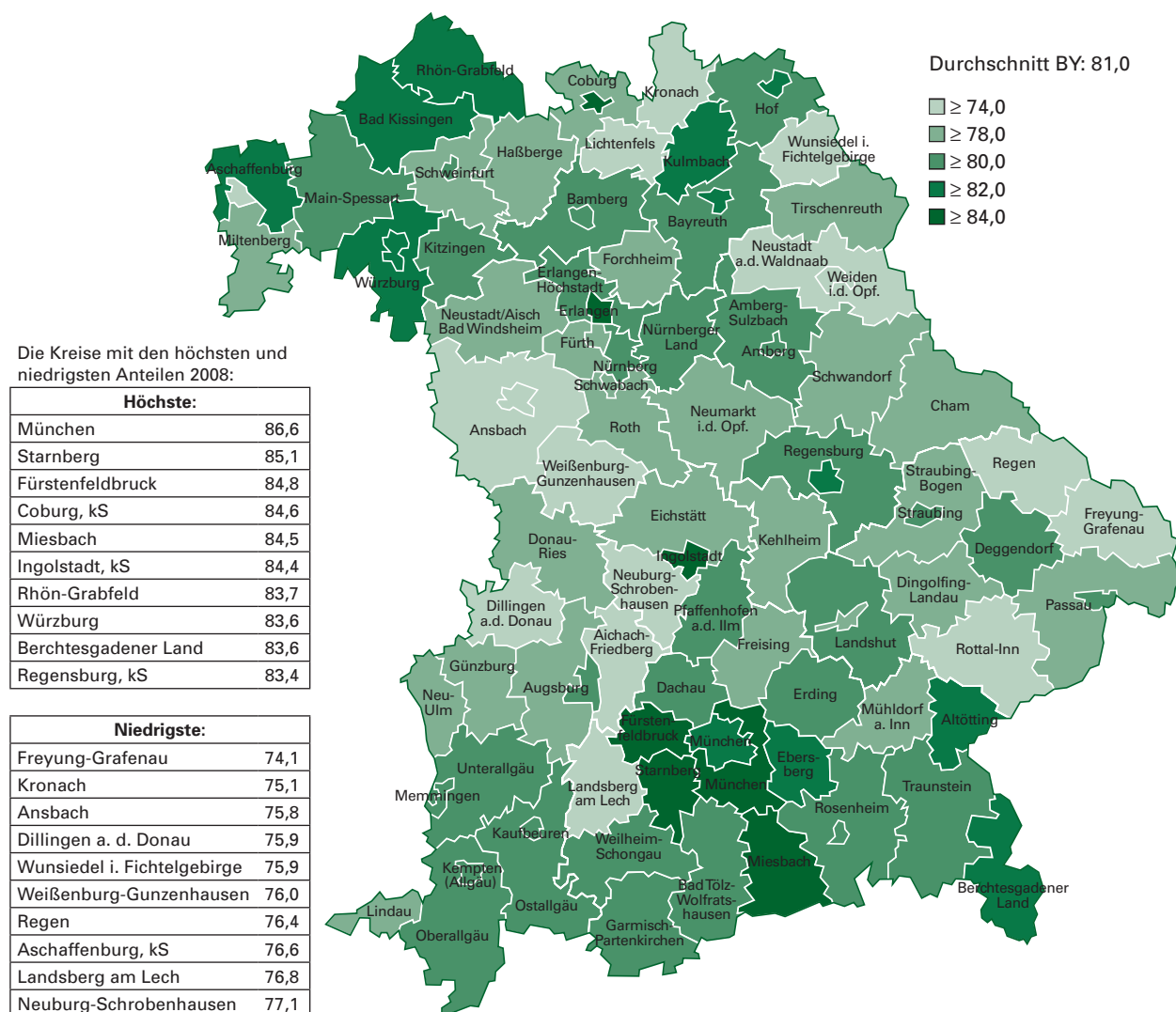
122

Anteil der Beschäftigten mit formaler Qualifikation an allen Beschäftigten 2008

Der Anteil der Beschäftigten mit Ausbildung oder höherer Fachschule/FH/Universität an allen Beschäftigten lag im Jahr 2008 in Bayern bei 81,0%, gleichwohl fanden sich regionale Disparitäten. Diese waren großteils auf die vorherrschenden regionalen Wirtschaftsstrukturen bzw. die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeiten, aber auch auf das Arbeitsangebot zurückzuführen.

Der Landkreis München lag mit einem Anteil von 86,6% deutlich über dem bayerischen Durchschnitt, der niedrigste Anteil fand sich im Landkreis Freyung-Grafenau mit 74,1%.

Anteil der Beschäftigten mit Ausbildung oder höherer Fachschule, FH, Uni etc. an allen Beschäftigten 2008



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. ARBEITSMARKT

3.5 GRÜNDE FÜR NICHTERWERBSTÄTIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Gründe für Nichterwerbstätigkeit: Gründe für das Ausscheiden aus der (letzten) Erwerbstätigkeit 55- bis 64-Jähriger 2008

Die Darstellung unten zeigt die Gründe für die Beendigung der Erwerbstätigkeit ehemals abhängig beschäftigter Personen im Alter von 55 bis 59 Jahren sowie 60 bis 64 Jahren für 2008. Die Auswertungen (Mikrozensus-Erhebungen) zeigen, dass ein weit überwiegender Anteil der Nichterwerbstätigkeit bzw. der vorzeitigen Erwerbsaustritte „nicht freiwillig“ erfolgt.

Bei 23,2% der Nichterwerbstätigen im Alter von 55 bis 59 Jahren wurde ihre letzte Tätigkeit durch eine Entlassung beendet. Bei den 60- bis 64-Jährigen sind es immerhin noch 12,9 Prozent. In etwa entspricht das auch den Vergleichswerten für Westdeutschland.

Entlassungen rangieren damit bei den 55- bis 59-Jährigen als Gründe des Ausscheidens in Nichterwerbstätigkeit hinter dem Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen (28,7% – in WD mit 25,3% signifikant weniger) an zweiter Stelle. Bei den 60- bis 64-Jährigen ist ebenfalls der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen die häufigste Antwort (23,0%), gefolgt vom Ruhestand aus Altersgründen (22,0%) und dem vorzeitigen Ruhestand. Entlassungen rangieren in dieser Altersgruppe mit den erwähnten 12,9% an vierter Stelle.

Eine eher geringe Rolle spielen eigene Kündigungen und das Auslaufen befristeter Verträge. Bei den 55- bis 59-Jährigen nennen 18,6%, bei den 60- bis 64-Jährigen 11,8% persönliche Verpflichtungen (bei den Frauen sind die Anteile in Bayern mit 28,5% bzw. 20,6% bei diesem Grund viel höher).

Unterscheidet man die nichterwerbstätigen Älteren danach, ob sie arbeitssuchend oder nicht mehr arbeitssuchend sind, zeigt sich, dass bei den 55- bis 59-Jährigen 83% und bei den 60- bis 64-Jährigen 95% nicht mehr arbeitssuchend sind. Dominanter Grund für das Ausscheiden aus der letzten Tätigkeit war mit einem Drittel der 55- bis 59-Jährigen und einem Viertel der 60- bis 64-Jährigen ohne weitere Arbeitssuche der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen.

Eine eigene Kündigung (8,0%), Ruhestand aus Altersgründen (2,9%) und ein vorzeitiger Ruhestand (Vorruhestand/Arbeitslosigkeit: 5,7%) sind von nachrangiger Bedeutung.

Hauptgrund für Beendigung der letzten Tätigkeit von ehemals abhängig beschäftigten Nichterwerbstätigen 55- bis 64-Jährigen; 2008 (Angaben in Prozent)

Ehemals abhängig Beschäftigte	Bayern		Westdeutschland	
	55- bis 59-Jährige	60- bis 64-Jährige	55- bis 59-Jährige	60- bis 64-Jährige
Entlassung	23,2	12,9	23,0	12,4
Befristeter Vertrag	3,0	1,3	3,4	1,2
eigene Kündigung	8,0	5,3	7,0	4,4
Ruhestand vorzeitig (Vorruhestand/Arbeitslosigkeit)	4,5	18,4	6,0	18,6
Ruhestand aus gesundh. Gründen	28,7	23,0	25,3	22,6
Ruhestand aus Altersgründen	2,9	22,0	2,5	20,5
persönl. Verpflichtungen (inkl. Kinderbetreuung, Familie)	18,6	11,8	20,7	14,1
sonstige Gründe/kA	11,1	5,4	12,1	6,2

Abgrenzung: Ehemals abhängig Beschäftigte in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Erstwohnsitz im Alter von 15+ (inkl. mithelfende Familienangehörige)

Quelle: INIFES, eigene Berechnung nach Mikrozensus SUF 2008.

Gründe warum Nichterwerbstätige gegenwärtig in Bayern keine Arbeit suchen (2008): Meistens aus Altersgründen und wegen Kinderbetreuung und Pflege

Unter den nichterwerbstätigen 15- bis 64-Jährigen, die keine Arbeit suchen, ist der Ruhestand mit 40,1 Prozent der häufigste Grund. Dieser Wert ist seit 2006 und 2007 leicht rückläufig (v. a. bei den Männern). Abgenommen hat der Anteil derer, die diese Begründung nannten, auch bei den 55- bis 64-Jährigen.

Bei den Männern ist in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen der Ruhestand der wichtigste Grund (87,6%), bei den Frauen liegt der Anteil hier bei 64,9%.

Im Durchschnitt aller Altersgruppen und beider Geschlechter gibt ein Viertel (25,7%) die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen bzw. sonstige persönliche/familiäre Verpflichtungen als Grund an, warum keine Arbeit gesucht wird.

Überwiegend (37,1% versus 1,2%) trifft dies für Frauen zu. Bei den 25- bis 44-jährigen Frauen nennen sogar fast drei Viertel (72,9%) diesen Grund.

Eine eher geringe Rolle (2,4%; bei Frauen 3,1%) spielt das Argument, der Arbeitsmarkt biete für die befragten Nichterwerbstätigen keine Beschäftigungsmöglichkeit.

Wie schon 2006 und 2007 weichen die bayerischen Ergebnisse strukturell nicht von denen im westdeutschen Durchschnitt ab.

Gründe warum Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen, Bayern 2008 (Angaben in Prozent)

		Krankheit, Unfall oder vorüber- gehende Behinderung	Dauerhaft verminderte Erwerbs- fähigkeit oder Behinderung	Betreuung von Kindern oder pflege- bedürftigen Personen (inkl. sonstige pers. oder fa- mil. Verpflich- tungen)	Schulische oder berufliche Ausbildung	Ruhestand	Arbeitsmarkt bietet keine Beschäfti- gungsmög- lichkeit	Sonstige Gründe (inkl. Arbeitssuche erfolgreich/ Wieder- einstellung erwartet/ sonstiges)
Gesamt		3,9	5,6	25,7	11,2	40,1	2,4	11,0
Männlich	Gesamt	4,7	9,1	1,2	19,9	57,2	1,1	6,8
	15 bis unter 25 Jahre	1,6	0,7	0,7	86,2	0,9	0,0	9,9
	25 bis unter 45 Jahre	7,2	10,7	3,0	50,5	10,5	1,8	16,3
	45 bis unter 55 Jahre	16,3	27,7	3,7	0,5	42,6	0,6	8,6
	55 bis unter 65 Jahre	2,9	7,6	0,6	0,1	84,2	1,2	3,5
Weiblich	Gesamt	3,5	3,9	37,1	7,2	32,0	3,1	13,0
	15 bis unter 25 Jahre	2,5	0,3	22,0	66,8	2,3	0,0	6,1
	25 bis unter 45 Jahre	2,3	1,9	72,9	8,2	3,7	1,1	9,9
	45 bis unter 55 Jahre	7,0	8,0	47,5	0,9	10,5	4,4	21,7
	55 bis unter 65 Jahre	3,1	4,0	11,3	0,1	64,9	4,2	12,4

Abgrenzung: Ehemals abhängig Beschäftigte in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Erstwohnsitz im Alter von 15+ (inkl. mithelfende Familienangehörige)

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2008.

3. ARBEITSMARKT

3.5 GRÜNDE FÜR NICHTERWERBSTÄTIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Gründe für eine befristete Tätigkeit (2008)

Als Hauptgrund für eine befristete Beschäftigung nannten 2008 in Bayern 44 Prozent der befristet Beschäftigten eine Ausbildung (WD: 40,8%), naturgemäß vor allem die 15- bis unter 25-Jährigen (71,4%). An zweiter Stelle folgen mit 30,8% unspezifische „sonstige Gründe“.

11,6 Prozent (WD: 12,6%) sagen, dass eine Dauerstellung nicht zu finden sei; das trifft vor allem auf 45- bis 55-Jährige zu (BY: 28,5%/WD: 26,7%).

Bei den 55- bis unter 65-Jährigen beträgt der Anteil der unfreiwillig befristet Beschäftigten 15% (WD: 23,2%).

Nur 2,1 Prozent der befristet Tätigen in Bayern wünschen keine Dauerstellung (WD: 2%).

Gründe für eine befristete Tätigkeit bei befristeten Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten; 2008 (Angaben in Prozent)

			Ausbildung	Dauerstellung nicht zu finden	Dauerstellung nicht gewünscht	Probezeit- Arbeitsvertrag	aus anderen Gründen
Bayern	Geschlecht	Gesamt	44,0	11,6	2,1	11,6	30,8
		Männlich	43,3	11,4	1,9	11,8	31,6
		Weiblich	44,7	11,9	2,2	11,3	29,8
	Altersgruppen	15 bis unter 25 Jahre	71,4	4,2	1,7	6,1	16,5
		25 bis unter 45 Jahre	15,1	19,3	2,5	18,3	44,7
		45 bis unter 55 Jahre	1,7	28,5	2,4	20,2	47,2
		55 bis unter 65 Jahre	1,0	15,0	1,3	10,2	72,5
Westdeutschland (ohne Berlin)	Geschlecht	Gesamt	40,8	12,6	2,0	12,5	32,1
		Männlich	41,7	11,7	1,9	12,7	32,0
		Weiblich	39,8	13,5	2,2	12,2	32,3
	Altersgruppen	15 bis unter 25 Jahre	68,4	5,0	1,4	6,4	18,8
		25 bis unter 45 Jahre	15,7	18,9	2,6	19,1	43,6
		45 bis unter 55 Jahre	1,8	26,7	2,6	20,3	48,6
		55 bis unter 65 Jahre	0,8	23,2	3,7	11,2	61,1

Abgrenzung: Abhängig Beschäftigte in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Erstwohnsitz im Alter von 15+ (inkl. mithelfende Familienangehörige).

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2008.

Gründe einer Teilzeitbeschäftigung in Bayern (2008)

Zielvorstellungen und Entwicklungen zu den Arbeitszeiten sind nicht einheitlich: Einerseits bestehen Tendenzen zur Ausgliederung aus dem Erwerbsleben besonders von gering Qualifizierten, wegen Krankheit oder anderen Gründen Leistungsgeminderter, andererseits verdichtet sich die Erwerbsarbeit teils auf immer weniger Personen.

Gefragt warum sie einer Teilzeitbeschäftigung (und keiner Vollzeitbeschäftigung) nachgehen, antworteten im Boomjahr 2008 nur 12,9 Prozent der in Teilzeit arbeitenden abhängigen Beschäftigten in Bayern mit der Aussage, dass eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden sei. Das ist etwas weniger als 2006 und auch 2007, aber etwas mehr als im westdeutschen Durchschnitt.

Als wichtigste Gründe werden mit 27,9% – vor allem bei Frauen (31,6%) – die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen genannt, gefolgt von 25,0%, die sonstige persönliche oder familiäre Verpflichtungen angeben (Frauen 27,8%). Unbestimmte andere Gründe geben 23,9% der Männer und 20,6% der Frauen an. Diese Antwortkategorie spielt insbesondere bei älteren Teilzeitbeschäftigten die größte Rolle.

Gründe, warum Teilzeitbeschäftigte einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen nach Alter und Geschlecht in Bayern 2008 (genannter Hauptgrund; Angaben in Prozent)

		Vollzeittätigkeit nicht zu finden	Schulausbildung oder sonstige Aus- bzw. Fortbildung	Aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen	Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/ behinderten Personen	Sonstige persönliche oder familiäre Verpflichtungen	Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht
Insgesamt		12,9	10,2	2,9	27,9	25,0	21,0
Männer	Insgesamt	23,6	33,7	8,8	3,6	6,4	23,9
	15 < 25 Jahre	13,1	75,7	0,7	0,0	1,6	8,9
	25 < 45 Jahre	29,1	31,4	9,0	5,6	6,6	18,2
	45 < 55 Jahre	33,5	0,5	17,4	7,4	12,3	29,0
	55 < 65 Jahre	20,1	0,0	13,9	1,8	8,7	55,6
Frauen	Insgesamt	11,3	6,6	2,0	31,6	27,8	20,6
	15 < 25 Jahre	15,5	65,1	1,0	8,1	2,4	7,9
	25 < 45 Jahre	9,0	4,6	1,3	50,2	24,3	10,5
	45 < 55 Jahre	13,6	0,4	2,3	17,9	37,3	28,6
	55 < 65 Jahre	12,5	0,3	4,6	5,8	31,8	44,9

Abgrenzung: Abhängig Beschäftigte in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Erstwohnsitz im Alter von 15+ (inkl. mithelfende Familienangehörige).

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2008.

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Atypische Beschäftigungsformen: 2010 im Vergleich zu 2009 wieder erhöhter Anteil an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen

Befragt man die Betriebe¹⁵ nach ihren Beschäftigungsstrukturen, so ergibt sich die nachstehende Entwicklung der atypischen Beschäftigungsformen in den Jahren von 2001 bis 2010 in Bayern. Im Vergleich mit der amtlichen Beschäftigungsstatistik weist die Betriebsbefragung aber eine geringere Entwicklungsdynamik aus (vgl. z.B. sehr starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung über nächste Seite).

Im Gesamtzeitraum haben alle atypischen Beschäftigungsformen einen zunehmenden Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten erreicht: Bildet man die Schnittmenge der unten angeführten atypischen Beschäftigungsformen, so ergibt sich ein Zuwachs von rund 24% auf 35% zwischen 2000 und 2010.

Mit der Krise war von 2008 auf 2009 der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Beschäftigten in Bayern leicht gesunken – entgegen dem langfristigen Trend einer kräftigen Ausweitung. Die Daten der Betriebsbefragung für 2010 weisen zur Jahresmitte demgegenüber wieder

einen Zuwachs bei verschiedenen atypischen Beschäftigungsformen aus: Anteilswachse gab es 2009 bis 2010 wieder bei der Zeitarbeit, bei den geringfügigen/„sonstigen“ Beschäftigten und – mit 3%-Punkten erheblich – bei den Teilzeitbeschäftigten.

Teilzeitbeschäftigung inklusiv geringfügige Beschäftigung hat einen Anteil von 27% erreicht, einen erheblichen Anteil haben mit 6% auch die befristeten Arbeitsplätze. Midi-Jobs, Zeitarbeitskräfte, Aushilfen/Praktikanten und freie Mitarbeiter haben quantitativ insgesamt eher geringe Anteile.

Zu beachten ist, dass die Betrachtung in Anteilswerten die teils erhebliche Dynamik bei den Absolutzahlen verdeckt. So ist die Zahl der im Betriebspanel hochgerechneten Zeitarbeitskräfte (ohne das Stammpersonal der Zeitarbeitsfirmen!) in Bayern zwischen Mitte 2008 und 2009 von 122 auf 73 Tsd. gesunken, bis zur Jahresmitte 2010 aber wieder auf 94 Tsd. angestiegen.

Anteile von Beschäftigten in besonderen Beschäftigungsformen in Bayern 2001 bis 2010 (Angaben in %), Unternehmensbefragung

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Teilzeitbeschäftigte	20	22	22	21	22	26	24	25	24	27
darunter:										
Geringfügige/„sonstige“ Beschäftigte	10	10	10	11	11	11	13	12	11	12
Midi-Jobs	–	–	–	3	3	3	4	3	3	3
Befristet Beschäftigte	4	4	4	5	6	6	7	6	6	6
Aushilfen und Praktikanten	–	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Freie Mitarbeiter	–	1	1	1	1	2	1	1	1	1
Leiharbeitskräfte	–	1	1	1	1	1	2	2	1	2

Quelle: INIFES, repräsentative Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels

¹⁵ Die Darstellung bezieht sich auf eine Hochrechnung für alle Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern laut IAB-Betriebspanel.

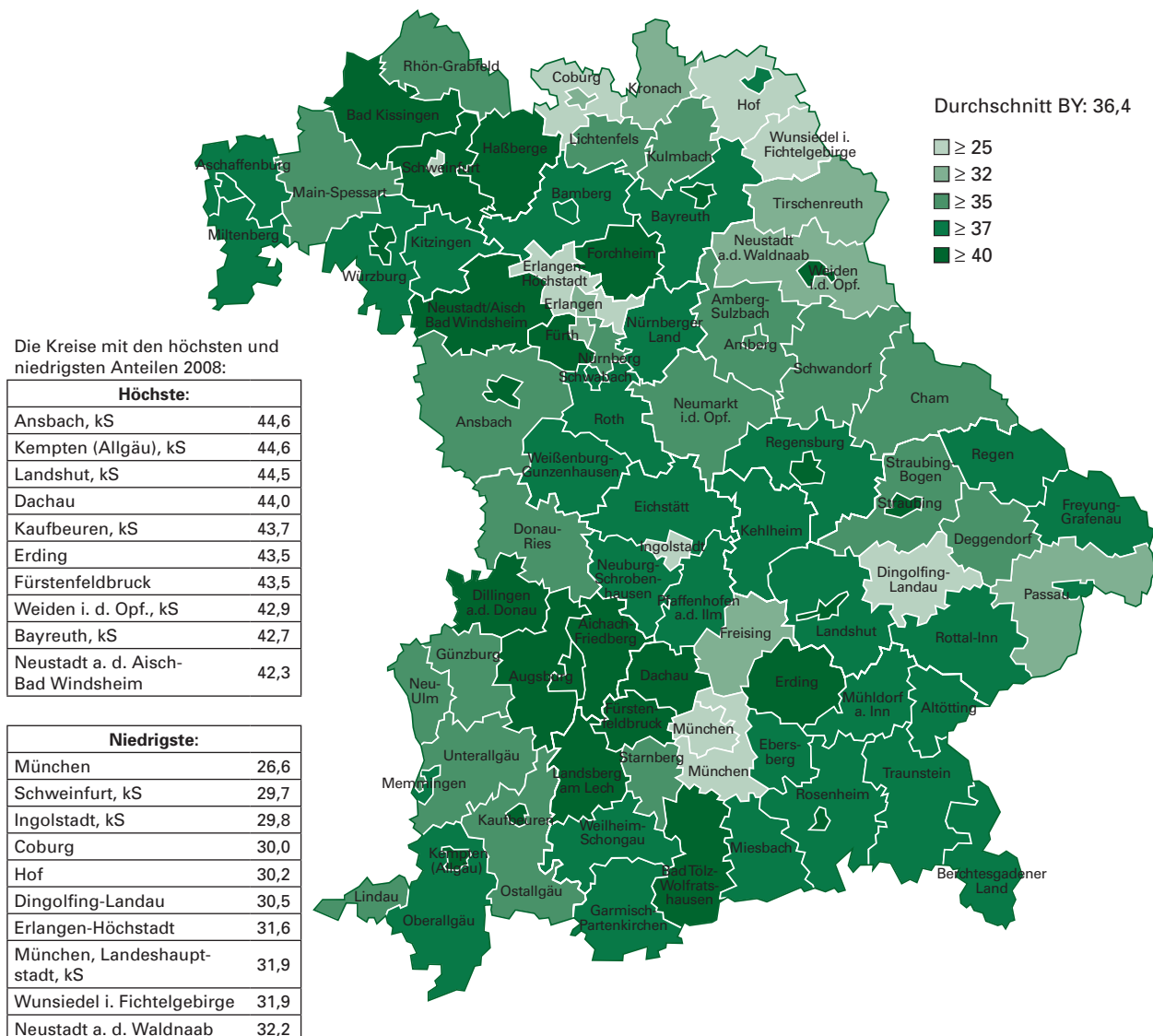
Atypische Beschäftigung 2008: Regional sehr unterschiedlich

Die nachfolgende Darstellung zeigt die regionale Verteilung der Anteile atypischer Beschäftigung an den Beschäftigten insgesamt. Als atypisch Beschäftigte werden hier gezählt: Teilzeittätigkeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit und Arbeitsgelegenheiten/1 €-Jobs.

Die atypische Beschäftigung hat in Bayern in den Jahren 2005 bis 2008 um 13,8 % zugenommen (Teilzeit + 14,1 %; Zeitarbeit + 74,7 %, aber auf noch recht geringem quantitativen Niveau; Mini-Jobs + 10,2 %; Arbeitsgelegenheiten/1 €-Jobs: + 12,5 %).

Größere Städte gelten allgemein als Vorreiter in der Ausweitung atypischer Beschäftigung. Wie die Darstellung zeigt, sind atypische Beschäftigungsverhältnisse zwar in einer Reihe von kreisfreien Städten häufiger zu finden, auch in Augsburg, weniger aber in Ingolstadt, Nürnberg und München. Effekte der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsstärke überlagern raumtypische Effekte. Daher gibt es sowohl unter den Raumeinheiten mit den höchsten als auch denjenigen mit den niedrigsten Anteilen atypischer Beschäftigung solche mit hoher wie niedriger Wirtschaftskraft.

Anteil der atypischen Beschäftigung an allen Beschäftigungsverhältnissen 2008 (Angaben in %)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung (Stat. BuA und BA)

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

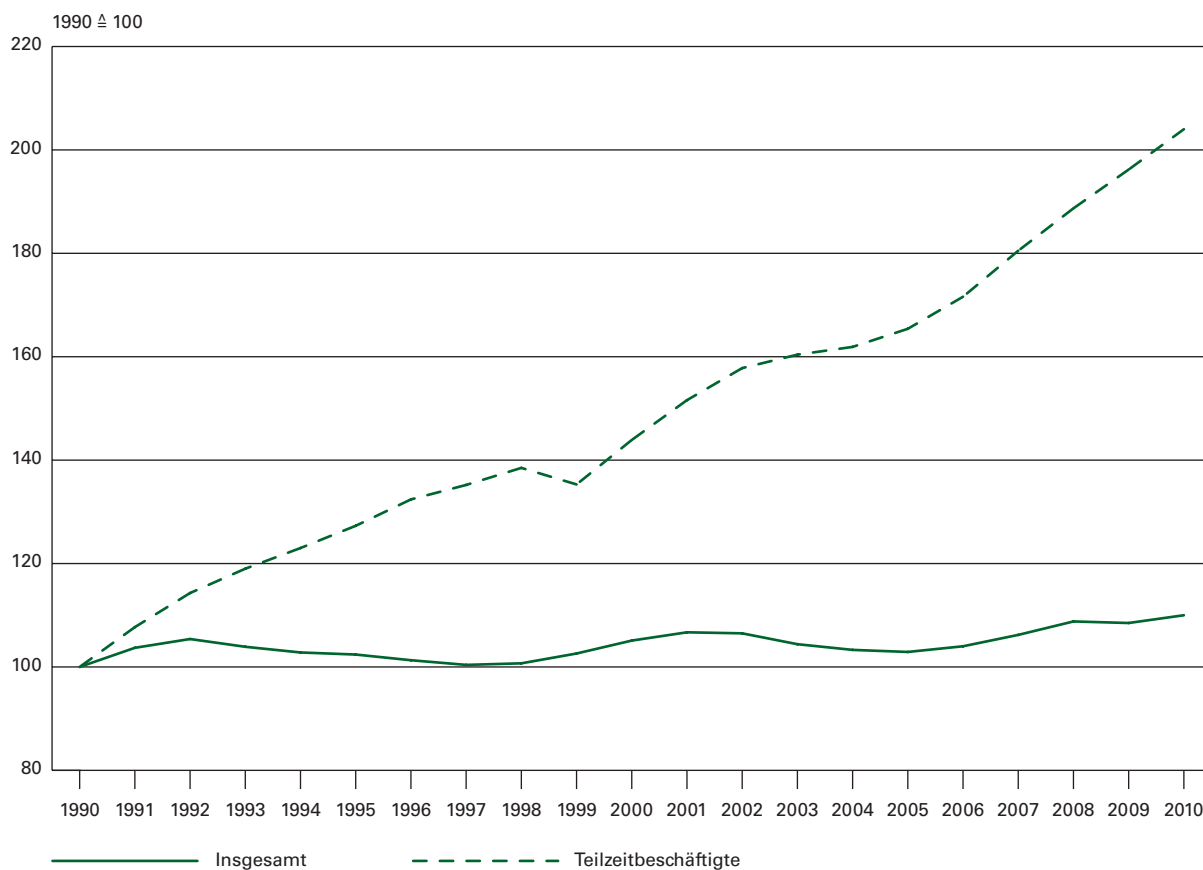
Teilzeiterwerbstätigkeit 1990 bis 2010: Ein stetig ansteigender Trend

Im Juni 2010 waren im Freistaat 19,2% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit beschäftigt (bezogen auf alle Erwerbstätigen 25%). Damit hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den letzten 10 Jahren von 14,2% im Juni 2000 im Vergleich zum Juni 2010 deutlich erhöht und gegenüber 1990 mehr als verdoppelt.

Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiteten im Juni 2010 rund 35,6% Teilzeit (Juni 2000: 28,3%), von den Männern dagegen nur 5,5% (Juni 2000: 3,2%).

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen Beschäftigten stieg im letzten Jahrzehnt von 43,9% auf 45,5% im Juni 2010.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (insgesamt und Teilzeitbeschäftigte) am Arbeitsort in Bayern
Entwicklung seit 1990 – jeweils zum 30. Juni



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistischer Bericht, Teil I der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik, Stand Februar 2011

Regionale Streuung der Teilzeitbeschäftigung 2009 in Bayern

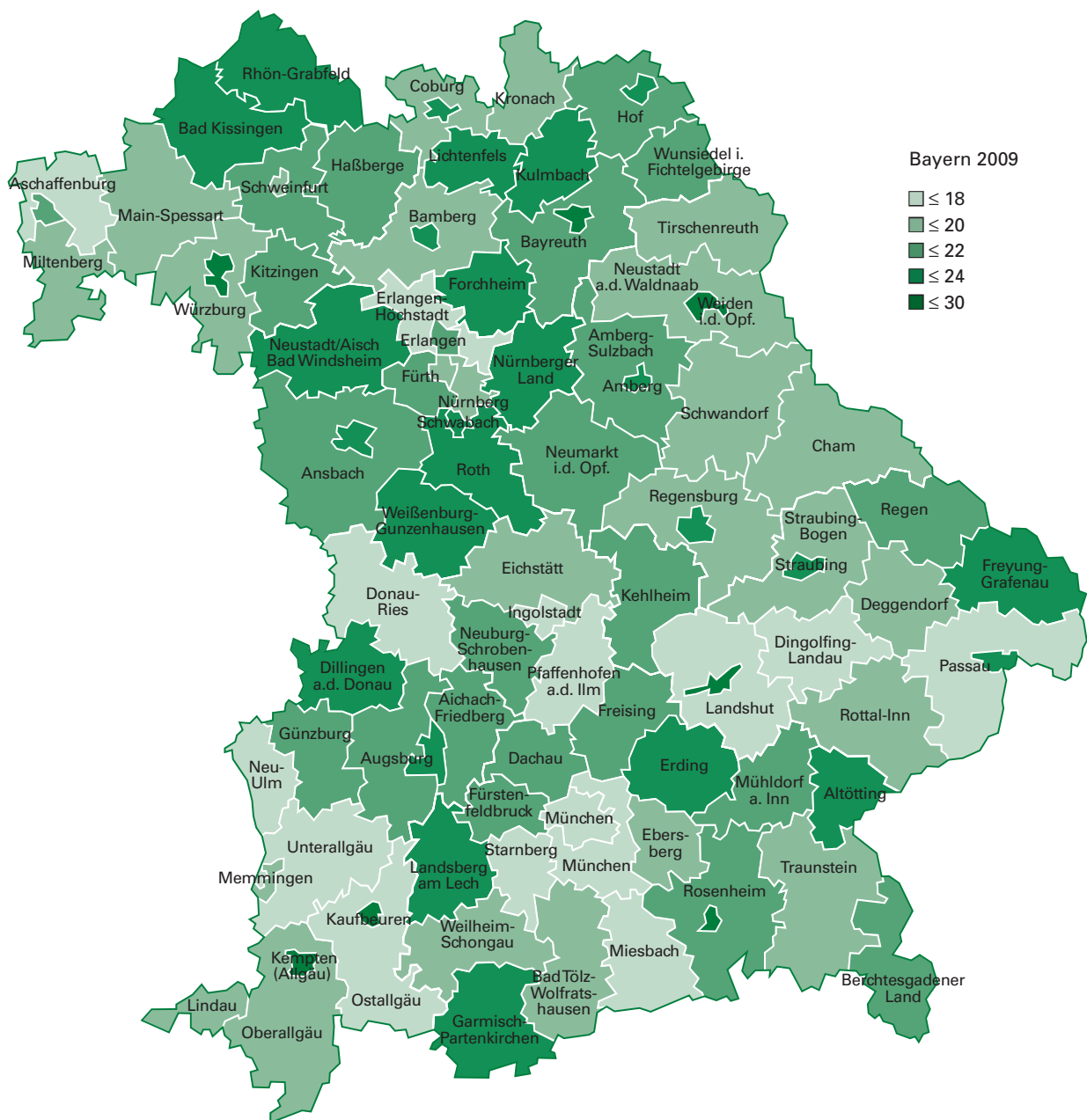
Mit 19,9% ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern gegenüber dem Vorjahreswert (19,0%) angestiegen.

Tendenziell haben kreisfreie Städte (wegen meist höherer Anteile des Dienstleistungsbereichs) höhere Anteile von Teilzeitbeschäftigten als ihr Umland (Ausnahmen sind z. B. die Stadtkreise Ingolstadt und München).

Die regionalen Anteile der Teilzeitbeschäftigten streuen relativ stark, folgen aber keinem eindeutigen regionalen Muster.

Die höchsten Werte verzeichnen die Stadtkreise Kaufbeuren (29,0%) sowie Würzburg und Bayreuth (28,4% bzw. 27,2%).

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2009 nach Kreisen (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) ohne Auszubildende nach ausgewählten Merkmalen, ausgewählte Regionen, Nürnberg, Stichtag 30.06.2009 (vorläufiger Stand)

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Verteilung verschiedener Beschäftigungsformen 2009

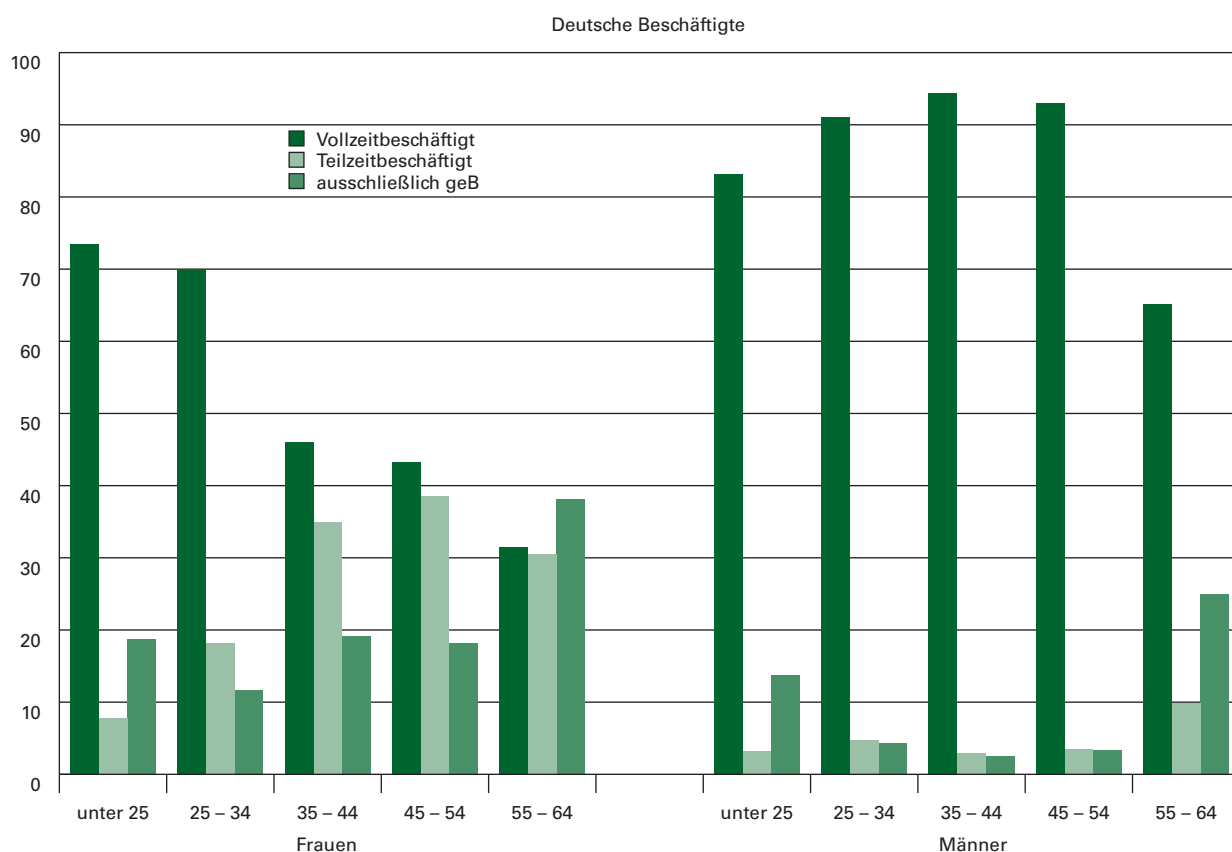
An den relativen Anteilen der Beschäftigungsformen Vollzeit-, Teilzeit- und ausschließlich geringfügige Beschäftigung nach Alter, Geschlecht und Nationalität hat sich zur Jahresmitte 2009 trotz der Wirtschaftskrise im Vergleich zum Vorjahr kaum etwas verändert.

Unverändert nimmt bei deutschen Frauen (stärker als bei Ausländerinnen) der Anteil der Vollzeitbeschäftigten an der Summe dieser drei Beschäftigungsformen mit zunehmendem Alter ab. Bei Männern folgt der Anteil

der Vollzeitbeschäftigten einem „umgekehrt u-förmigen“ Verlauf mit niedrigeren Anteilen bei Jüngeren (stärker ausgeprägt bei Ausländern) und Älteren (stärker ausgeprägt bei Deutschen), was offensichtlich auf die Alterszeit zurückzuführen ist.

Die Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenquoten Älterer – insbesondere der über 60-Jährigen – beinhalten weit überproportional Teilzeitbeschäftigte sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

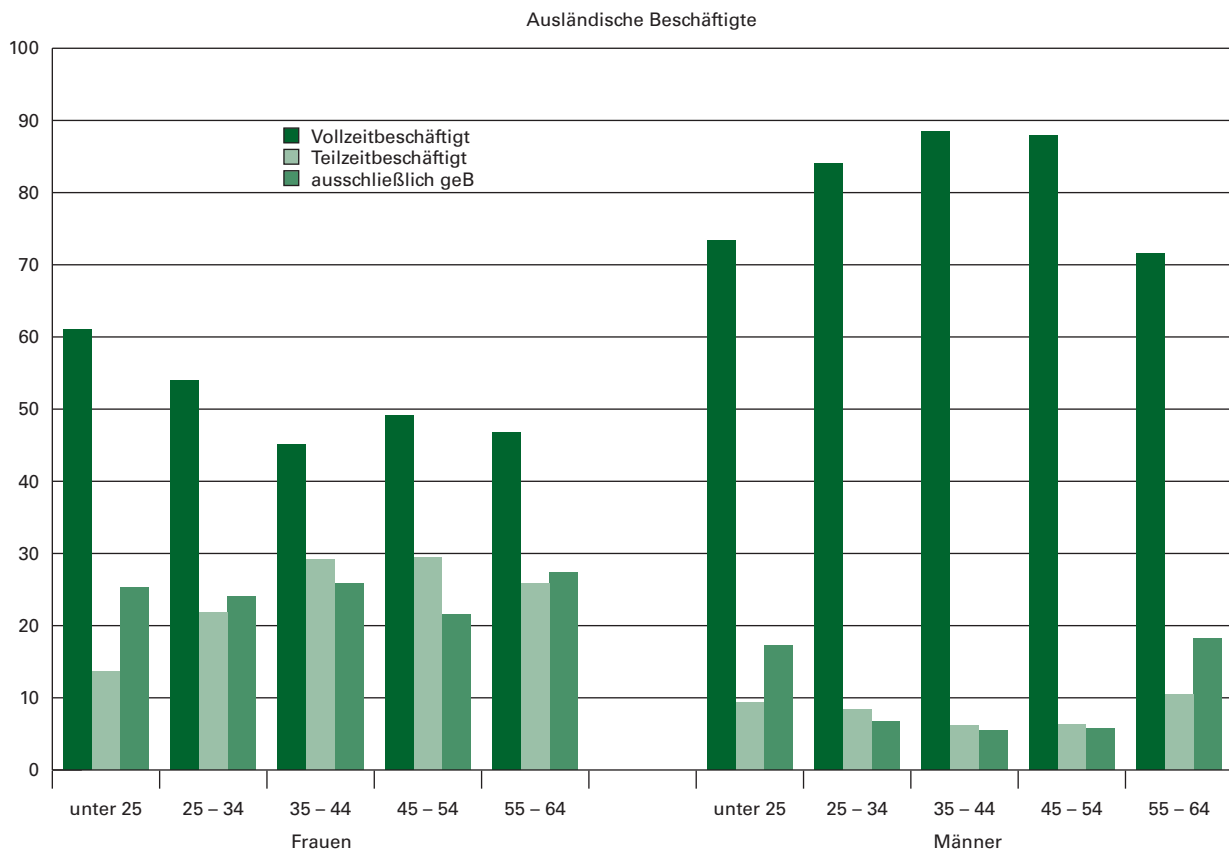
Verteilung verschiedener Beschäftigungsformen (Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung) je Altersgruppe differenziert nach Geschlecht und Nationalität in Bayern Juni 2009 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in verschiedenen Beschäftigungsformen nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität, Nürnberg, Stichtag 30.06.2009 (vorläufiger Stand).

Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung ist bei Ausländerinnen vom Alter eher unabhängig. Bei deutschen Frauen ist sie tendenziell mit dem Alter ansteigend. Bei Männern (Deutsche wie Ausländer) folgt der Anteil ausgeprägter einem u-förmigen Muster, wobei unter den Deutschen der Anteil bei den jungen Männern leicht zu und bei den älteren Männern leicht abgenommen hat (letzteres nach einem sehr starken Anstieg von 2007 auf 2008).

Mit 25,3% bzw. 17,3% liegen die Anteile ausschließlich geringfügig beschäftigter Ausländer/-innen deutlich über den Werten für deutsche Frauen bzw. Männer. Bei den 55- bis 64-Jährigen ist diese Relation genau umgekehrt; 39,2% der deutschen Frauen und 25,8% der deutschen Männer in dieser Altersgruppe waren im Freistaat 2009 ausschließlich geringfügig beschäftigt.



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in verschiedenen Beschäftigungsformen nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität, Nürnberg, Stichtag 30.06.2009 (vorläufiger Stand).

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Midi-Jobs 2006 bis 2010: Konstanter Anteil an allen Beschäftigten

Beschäftigte mit Midi-Jobs haben ein Monatseinkommen zwischen 400 und 800 Euro. In dieser „Gleitzone“ steigen die Sozialversicherungsbeitragssätze langsam auf volle Beitragssätze an.

In Bayern hat sich in den Jahren 2006 bis 2010 der Anteil der Betriebe mit Midi-Jobs kaum verändert. Mitte 2010 gab es rund 170 Tsd. Midi-Jobs in 28% der bayerischen Betriebe (Westdeutschland 23%) bei steigender Tendenz unter den nord- und fallender Tendenz unter den süd-bayerischen Betrieben.

In allen betrachteten Raumeinheiten liegt der Anteil der Midi-Jobs an allen Beschäftigten (inkl. Auszubildende) bei 3% – ohne größere Veränderungen gegenüber den Vorjahren.

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter den Personen mit einem Midi-Job liegt im Freistaat wie in Westdeutschland bei 11% (in Südbayern: 9%). Gegenüber den letzten Jahren bedeutet das nur einen ganz leichten Rückgang. Vollzeitbeschäftigte mit Midi-Jobs sind 2010 relativ häufiger in Nordbayern, im Bereich Handel und Reparatur sowie im Produzierenden Gewerbe zu finden.

Betriebe und Beschäftigte mit Midi-Jobs (jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)

	Anteil der Betriebe mit Midi-Jobs an allen Betrieben					Anteil der Beschäftigten mit Midi-Jobs an allen Beschäftigten					Anteil der Vollzeitbeschäftigten an Beschäftigten mit Midi-Jobs				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Nordbayern	26	25	23	26	29	3	3	2	3	3	15	10	7	11	12
Südbayern	31	33	32	30	26	3	4	3	4	3	13	12	15	13	9
Bayern	29	30	28	28	28	3	3	3	3	3	14	11	12	12	11
Westdeutschland	22	23	23	23	23	3	3	3	3	3	14	11	13	10	11

Quelle: INIFES nach IAB-Betriebspanel, versch. Jahre.

Deutliche Zunahme der Zeitarbeit, ausgehend von niedrigem Niveau

Anteil Zeitarbeitsbeschäftigte an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2009

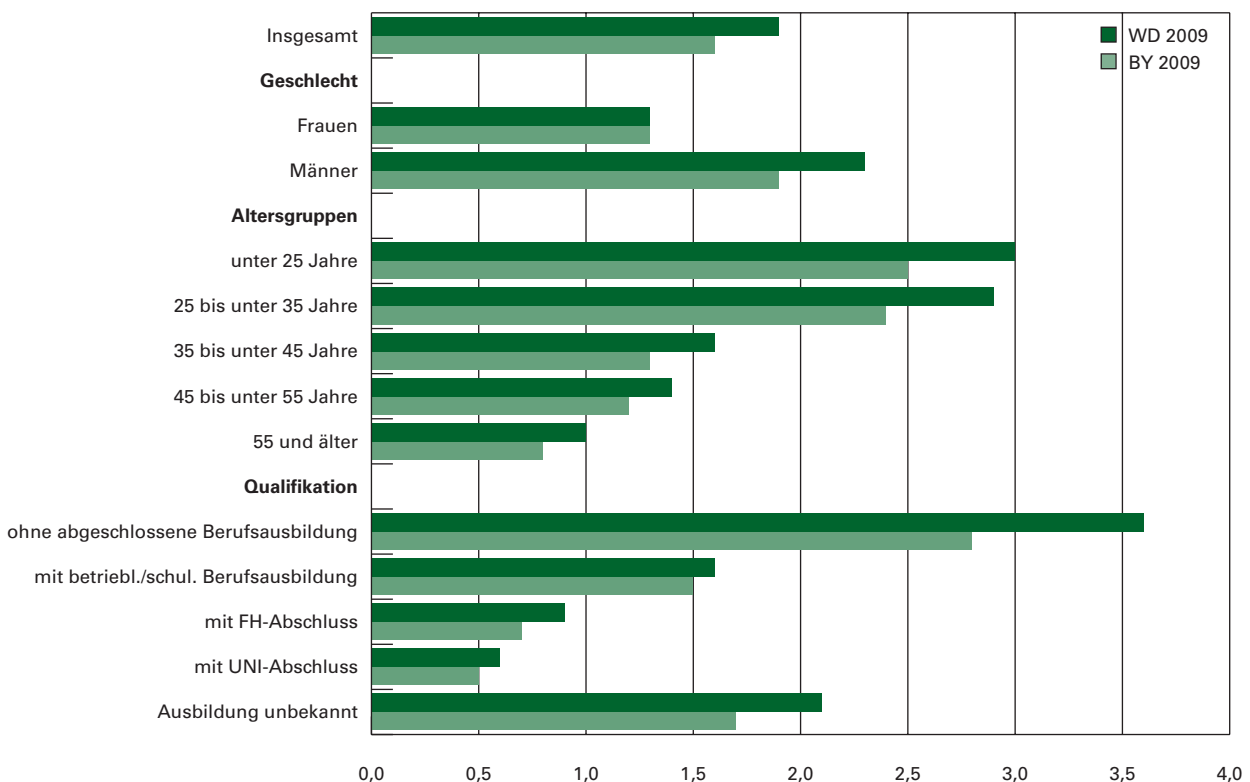
Die nachfolgende Darstellung vergleicht für Bayern und Westdeutschland den Anteil der im Wirtschaftszweig Arbeitnehmerüberlassung tätigen Personen nach Geschlecht, Alter und Qualifikation an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in 2009. Beschäftigte umfasst dabei auch das Stammpersonal der Verleihfirmen.

Für den 30.06.2009 weist die Bundesagentur für Arbeit in Bayern 97.542 Zeitarbeitnehmer aus. Der Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Bayern mit 1,6% etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt. Deutlich wird im Vergleich zum Vorjahr (rd. 131.700) zunächst der starke Rückgang der Zeitarbeit in der jüngsten Wirtschaftskrise, der über alle betrachteten Gruppen hinweg festzustellen ist. Am 30.6.2010 lag die Zahl der Zeitarbeitnehmer in Bayern bereits wieder bei 135.721 und damit höher denn je.

Zeitarbeit ist, in Bayern wie im Bund, vor allem eine Angelegenheit jüngerer Arbeitskräfte. Die Verbreitung ist bei den unter 25-Jährigen rund dreimal so hoch wie unter den Beschäftigten, die 55 Jahre und älter sind.

Auch hinsichtlich der beruflichen Qualifikation gibt es einen klaren Zusammenhang. Während der Anteil der Zeitarbeitskräfte an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern bei Personen mit Hochschulabschluss Mitte 2009 nur bei 0,5 Prozent lag, betrug er bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung 2,8%.

Anteil der im Wirtschaftszweig Arbeitskräfteüberlassung Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (30.06.2009; Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) insgesamt und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Stichtag 30.06.2009 (vorläufiger Stand).

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Befristet Beschäftigte: Zunahme von 2002 bis 2007, Trend „delle“ in 2008 und 2009 erst wegen anhaltend positiver Konjunktur, dann wegen Konjunkturabschwung

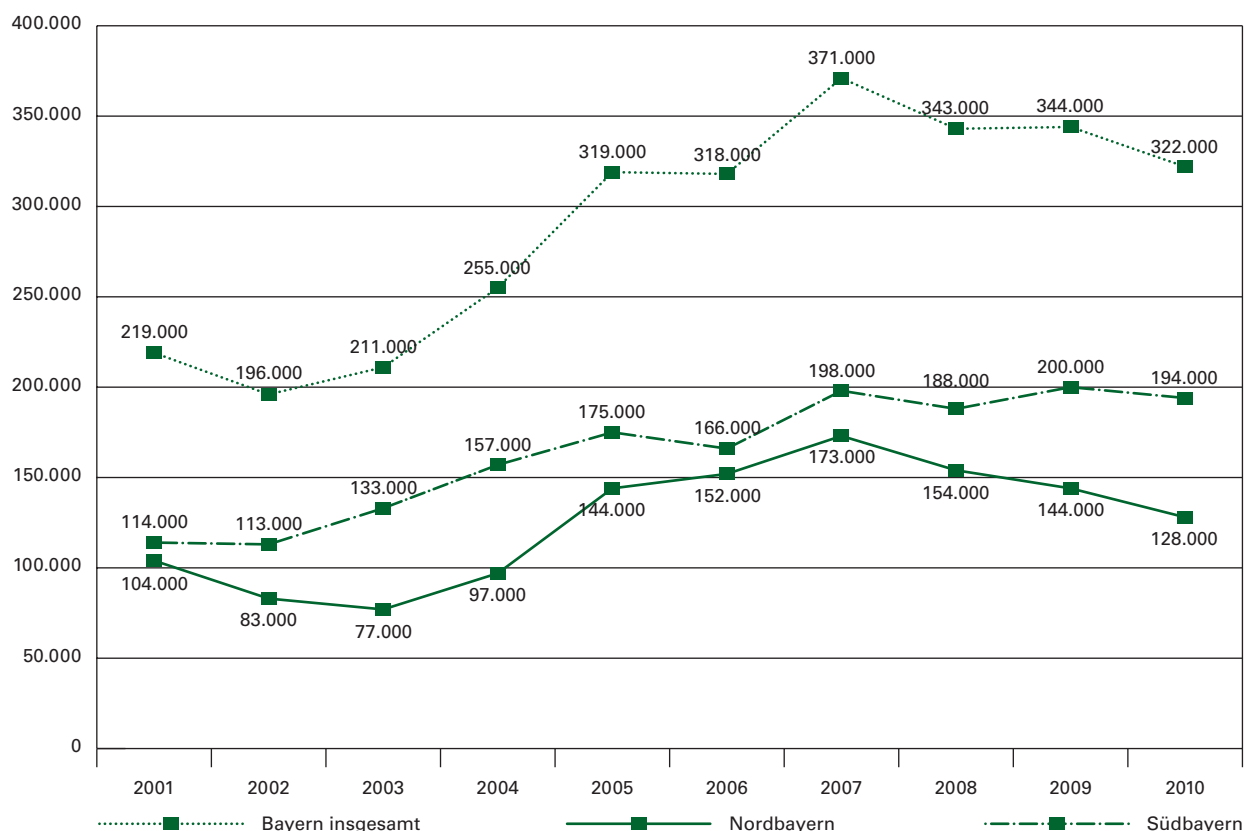
Die Anzahl befristet Beschäftigter ist in Bayern von 196.000 in 2002 bis auf 371.000 in 2007 angestiegen, zum Ende des mehrjährigen Wirtschaftswachstums in 2008 auf 343.000 zurückgegangen und verharrte bei 344.000 in 2009. Mit einem Rückgang auf 322.000 zwischen 2009 und 2010 ist erstmals eine Abnahme in der Phase eines Aufschwungs zu verzeichnen. Diese Abnahme war in Nordbayern wie schon in den Vorjahren stärker ausgeprägt als in Südbayern.

Unverändert machen befristet Beschäftigte 6% des Personalbestandes aus, das ist etwas weniger als im westdeutschen Durchschnitt.

59% der befristet Beschäftigten sind Frauen, damit beträgt der Anteil befristet Beschäftigter an allen beschäftigten Frauen 7% (Männer: 4%).

Mit 10% ist der Anteil der Befristeten im Dienstleistungssektor überdurchschnittlich. Darunter sind bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Gesundheits- und Sozialwesen die Werte noch ein wenig höher.

Befristet Beschäftigte 2001 bis 2010 (hochgerechnet, jeweils am 30.06.)



Quelle: INIFES nach IAB-Betriebspanel versch. Jahre

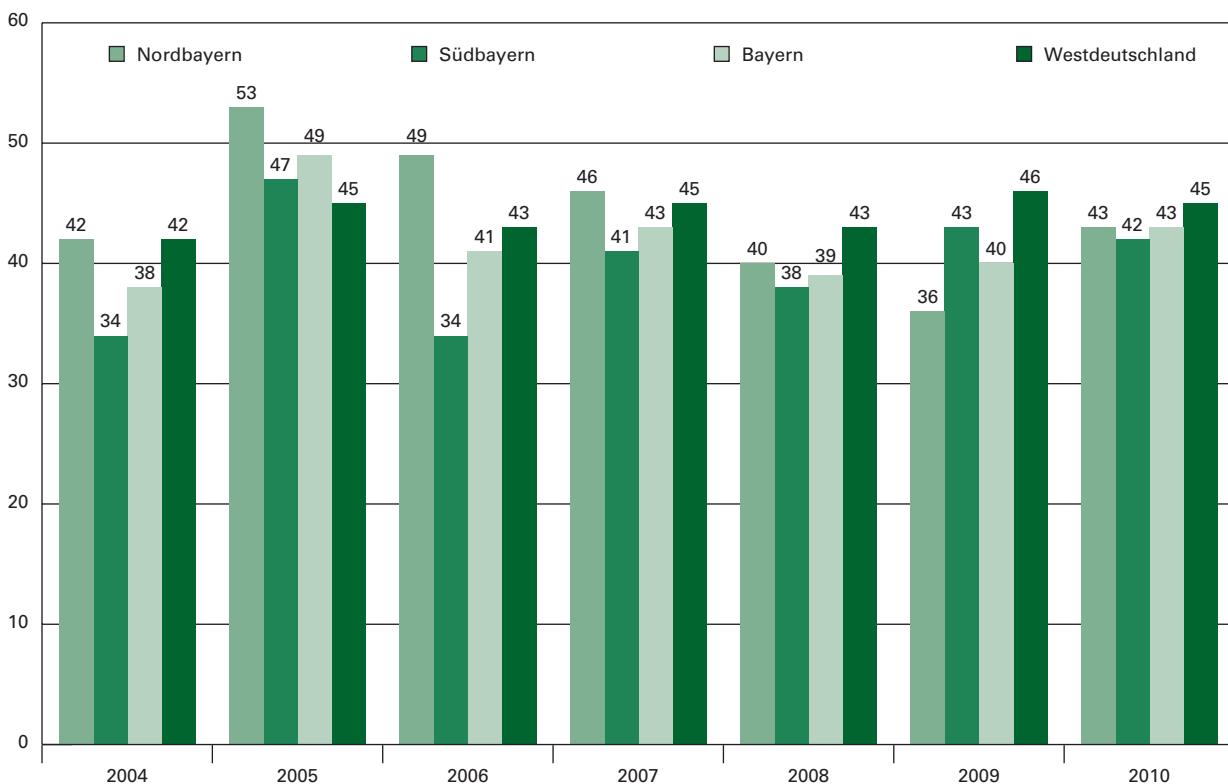
Befristete Neueinstellungen: Anstieg in 2010

Befristete Arbeitsverhältnisse nehmen seit 2008 wieder etwas zu. In Bayern haben im ersten Halbjahr 2010 unter den Betrieben/Dienststellen mit Neueinstellungen (das sind 24% aller Betriebe und Dienststellen) 75% ausschließlich unbefristet eingestellt, in 16% dieser Betriebe in Bayern gab es dagegen nur befristete Einstellungen. Insgesamt stieg der Anteil in Bayern von 39% in 2008 auf 43% in 2010. Der Anteil betrug aber 2005 schon mehr als 49%, so dass derzeit nicht von einem weiter steigenden Trend auszugehen ist.

Der Anteil der befristeten an allen Neueinstellungen ist in den bayerischen Betrieben und Dienststellen wie in der Vorperiode leicht angestiegen (von 40 auf 43%). Im Gegensatz zum 1. Halbjahr 2009 liegt der Anteil im 1. Halbjahr 2010, wenn auch nur leicht, in Nordbayern höher als in Südbayern. Mit 45% ist der westdeutsche Durchschnitt höher als der bayerische Wert.

Ein hoher Anteil von befristeten Neueinstellungen findet sich vor allem in großen und sehr großen Betrieben (79%).

Anteil der befristeten Neueinstellungen an allen Neueinstellungen im 1. Halbjahr 2004 bis 2010 (Angaben in Prozent)



Quelle: Quelle: INIFES nach IAB-Betriebspanel, versch. Jahre

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

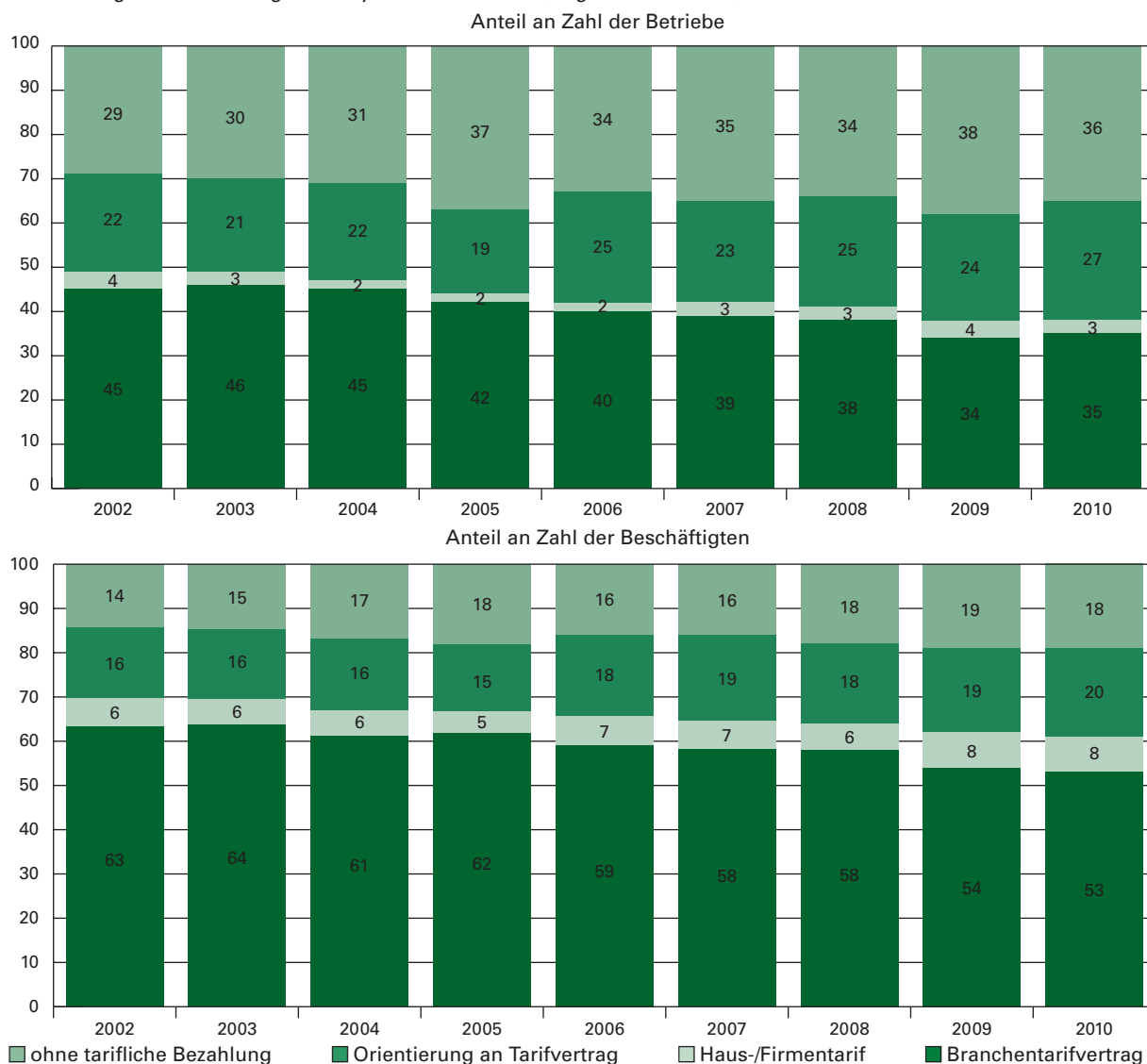
Anwendung von Tarifverträgen 2002 bis 2010

Der Anteil der Betriebe in denen ein Branchentarifvertrag Anwendung findet, ist in Bayern 2010 mit 35% erstmals seit Jahren nicht gesunken, sondern sogar leicht (um einen Prozentpunkt) angestiegen. Der Anteil der Betriebe mit einem Haus-/Firmentarifvertrag ging von 4% wieder auf 3% zurück.

Mit 27% der bayerischen Betriebe ist der Anteil derjenigen Betriebe gegenüber 2009 um 3 Prozentpunkte gestiegen, die sich, obwohl für sie kein Tarifvertrag gilt, an einem solchen orientieren. In 36% der Betriebe in Bayern gibt es keine tarifliche Bezahlung. Dies ist vor allem in kleineren Betrieben der Fall (z. B. in 49% der Kleinstbetriebe mit 1 bis 4 Beschäftigten), ebenso vor allem im Bereich Handel und Reparatur (44%).

Aufgrund des Zusammenhangs zwischen Betriebsgröße und der Geltung von Tarifverträgen sind in den Betrieben mit Tarifgeltung bzw. -orientierung natürlich höhere Anteile von Beschäftigten zu finden. So waren in den Betrieben mit Bezahlung nach einem Branchentarifvertrag 53% aller Beschäftigten im Freistaat tätig (dies ist ein erneuter – wenn auch geringerer als in der Vorperiode – Rückgang gegenüber 2009). 8% arbeiteten 2010 in einem Betrieb mit Haus-/Firmentarifvertrag. Knapp ein Fünftel (18%) der Beschäftigten im Freistaat arbeiteten in einem Betrieb ohne tarifliche Bezahlung.

Anwendung von Tarifverträgen in Bayern 2002 bis 2010 (Angaben in Prozent)



Kurzarbeiter im Oktober 2010

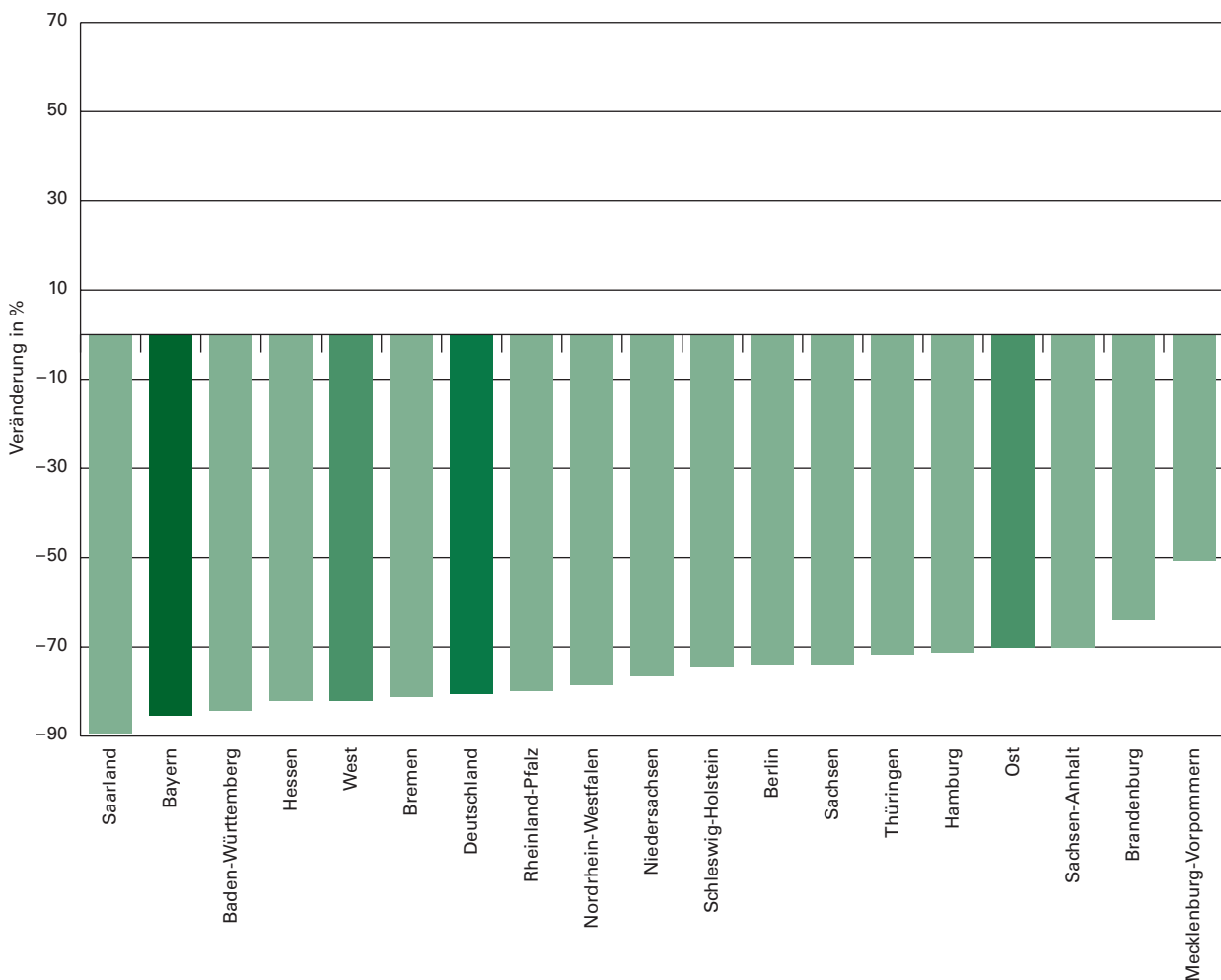
Im Oktober 2010 waren in Bayern 3.800 Betriebe mit rund 33.400 Kurzarbeitern registriert. Davon entfielen 3.700 Betriebe und 31.200 Kurzarbeiter auf wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit nach § 170 SGB III (konjunkturelle Kurzarbeit).

Die konjunkturelle Kurzarbeit war in der ersten Jahreshälfte des Krisenjahres 2009 in Bayern zunächst steil

angestiegen und hatte im Mai mit 292.500 Kurzarbeitern in 8.300 Betrieben ihren Höchststand erreicht. Seitdem hat sie wieder deutlich abgenommen und ist gegenüber dem Höchststand um nahezu 90% bis Oktober 2010 zurückgegangen.

Die Kurzarbeiterquote* (nach § 170 SGB III) lag somit im Oktober 2010 in Bayern bei 0,7%, bundesweit bei 0,8%.

Veränderung der Zahl der Kurzarbeiter – insgesamt zum Vorjahresmonat in % (nur § 170 SGB III) – Oktober 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kurzarbeit – endgültige Daten Oktober 2010; eigene Berechnung

* Kurzarbeiter im Oktober 2010 bezogen auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Oktober 2010.

3. ARBEITSMARKT

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Berufliche Weiterbildung in den Betrieben¹⁶ 2003 bis 2010

Wie die nachfolgende Darstellung zeigt, ist der Anteil von in die Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken und danach im Aufschwung 2010 nur auf 25 % leicht angestiegen. Regional war der Rückgang 2009 in Südbayern etwas schwächer als in Nordbayern. 2010 haben sich die Werte angeglichen.

Mit einer Weiterbildungsquote von 26 % liegt der Anteil von Frauen mit geförderter Weiterbildung im 1. Halbjahr 2010 im Freistaat über der Quote bei den Männern (24 %).

Der Anteil von Beschäftigten mit Weiterbildungsförderung war in den letzten Jahren bei den Frauen immer tendenziell leicht höher als bei Männern.

In Kleinstbetrieben ist die Quote der in betriebliche Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten geringer als in den anderen Betriebsgrößenklassen.

Ostdeutsche Betriebe fördern – wie schon in früheren Jahren – die Weiterbildung eines etwas größeren Anteils ihrer Beschäftigten als westdeutsche bzw. auch bayerische Betriebe.

Weiterbildungsquoten nach Geschlecht 2003 bis 2010 (Angaben bezogen auf alle Betriebe in %)

	Insgesamt 2003	Insgesamt 2005	Insgesamt 2007	Insgesamt 2008	Insgesamt 2009	Insgesamt 2010	2010	
							Männer	Frauen
1 bis 4 Beschäftigte	13	18	23	24	18	18	18	18
5 bis 19	19	21	24	30	24	26	23	29
20 bis 99	24	22	22	25	23	24	24	24
100 bis 499	24	21	23	25	25	24	23	25
ab 500	29	24	20	30	25	27	26	28
Nordbayern	22	21	25	29	24	25	24	25
Südbayern	24	22	20	26	23	25	23	27
Bayern	23	22	20	27	24	25	24	26
Westdeutschland	23	22	22	27	25	25	24	27
Ostdeutschland	27	26	27	31	29	30	26	34
Deutschland insgesamt	24	22	22	27	26	26	24	28

Umrechnung der Teilnahmefälle in Personen

Quelle: INIFES 2010 (Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2009)

¹⁶ Differenzierte Aussagen enthält für Bayern insbesondere der INIFES-Bericht „Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2008“ (<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>).

Offene Stellen im Vergleich zum Personalbestand 2008 bis 2010 in Bayern und Westdeutschland

In Zeiten starken wirtschaftsstrukturellen Wandels ist die Nachfrage der Betriebe nach qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hoch, gering Qualifizierte haben generell schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt. Für qualifizierte Tätigkeiten gab es Mitte 2010 hochgerechnet 88.000 Stellen, das waren deutlich mehr als im Jahr 2008 (76.000) und vor allem gegenüber dem Krisenjahr 2009 mit 58.000.

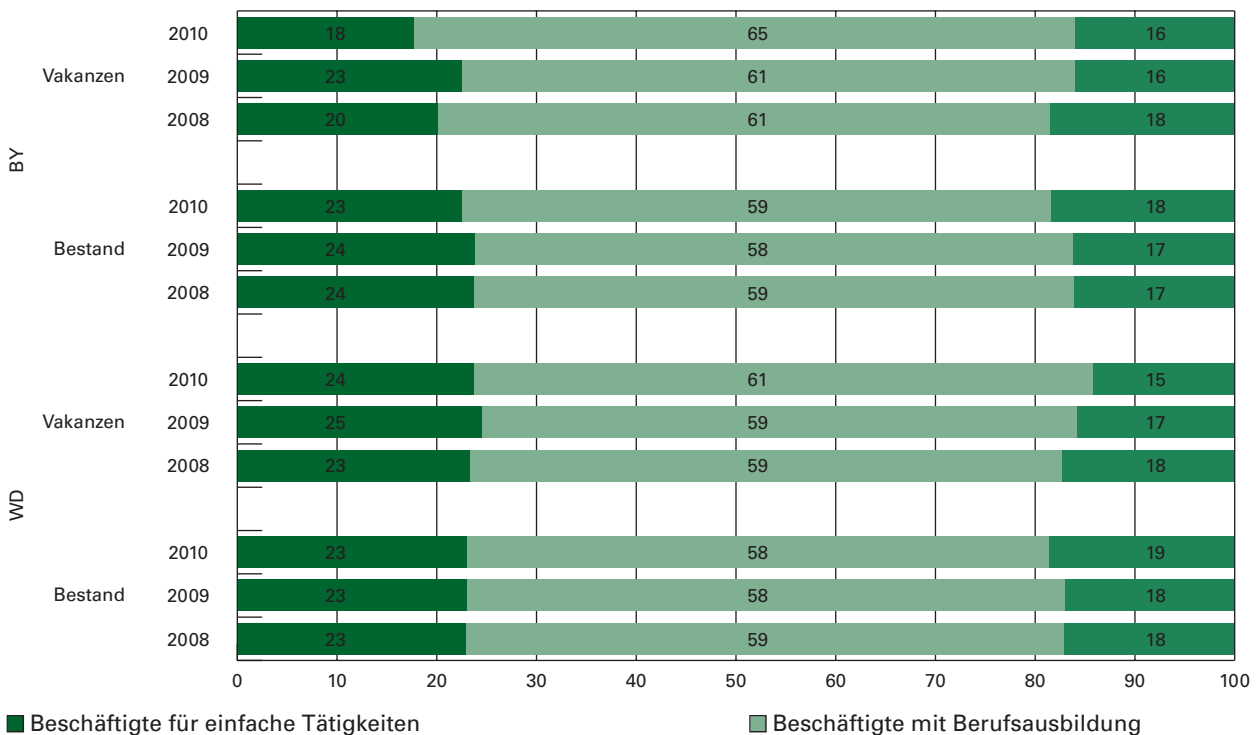
Wie die Darstellung unten zeigt, waren 16% der Mitte 2010 sofort zu besetzenden Stellen (Vakanzen) in Bayern solche für Hochqualifizierte; 2008 waren es 18%, 2009 16%. In den Belegschaften (Bestand) hat sich der Anteil der Hochqualifizierten von 17% im Vorjahr auf 18% erhöht.

Die Suche nach Kräften für sofort zu besetzende Stellen für qualifizierte Tätigkeiten bezog sich überwiegend auf Stellen für Beschäftigte mit Berufsausbildung (65% aller Vakanzen und damit um 4 Prozentpunkte mehr als 2009). Für einfache Tätigkeiten standen Mitte 2010 etwa 20.000 sofort zu besetzende Stellen zur Verfügung, das entsprach 18% aller Vakanzen; das ist deutlich weniger als 2009.

Hochschulabsolventen machten mit 16% aller Vakanzen einen gleich hohen Anteil wie im Vorjahr aus. In Westdeutschland ist dieser Anteil von 2009 auf 2010 sogar leicht gesunken.

Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Hochqualifizierten (inkl. der Gruppe Inhaber/Geschäftsführer/Vorstände) unter den Vakanzen in Bayern wie in Westdeutschland auch im jüngsten Aufschwung (2010) geringer ist als ihr Anteil im Bestand. Diese Entwicklung weist auf die große Bedeutung der Ausbildung hin. Unverändert gilt nach wie vor die Feststellung – obwohl es, wie die Darstellung zeigt, eine durchaus erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten gibt – dass im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt eine möglichst gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung wichtig ist.

Struktur der für sofort zu besetzenden Stellen im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes in Bayern und Westdeutschland Mitte 2008 bis 2010 (Angaben in Prozent)



■ Beschäftigte für einfache Tätigkeiten
■ Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss*

Quelle: INIFES, nach IAB-Betriebspanel 2010

* inkl. Tätige Inhaber, Geschäftsführer, Vorstände

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Bayern und Deutschland: In Bayern am geringsten und rund 3 bis 4 %-Punkte unter Bundesdurchschnitt

Die Arbeitslosenquoten in Bayern liegen weitgehend stabil seit 10 Jahren um rund 3 bis 4 %-Punkte unter jenen in Deutschland gesamt und rund 2 %-Punkte unter dem Niveau von Westdeutschland. Auch 2010 lag Bayern mit einer Arbeitslosenquote von 4,5% weit unter dem Bundesdurchschnitt von 7,7% und unter jener von Westdeutschland mit 6,6%.

Nachdem im Zeitraum 2001 bis 2005 die Arbeitslosenquoten gestiegen waren, kam es 2005 bis 2008 bundesweit und in Bayern zu einem deutlichen Rückgang, bedingt durch ein relativ starkes Wirtschaftswachstum, teils aber auch durch die Reform der Sicherung Arbeitsloser (mit Jahresbeginn 2005 anstelle von Arbeitslosenhilfe Arbeitslosengeld II und Sozialgeld).

Seit Herbst 2009 zeigten sich die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahresdurchschnitt 2009 in allen

Ländern, in Bayern etwas verstärkt wegen der hohen Exportorientierung der Unternehmen. In Bayern entwickelte sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2010 teils besser als erwartet. Die Arbeitslosigkeit ging in Bayern in 2010 gegenüber 2009 um rund 20.000 zurück (bundesweit rund 179.000).

Im Vergleich zum Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 sank in Bayern bis 2010 (und bundesweit) die Arbeitslosenquote um über 3,0 %-Punkte.

Der für das Jahr 2009 registrierte leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigt, dass die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitslosigkeit – auch wegen des Einsatzes von Kurzarbeit, einer starken Nutzung von Arbeitszeitverkürzungen und eines am Erhalt des Personalbestandes orientierten Verhaltens der Unternehmer – relativ moderat verliefen.

Arbeitslosenquoten* 2000 bis 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Jahresdurchschnitt bezogen auf alle Erwerbspersonen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen: Bis 2008 mehr Langzeitarbeitslose (SGB¹⁷ II) als Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III, aber in Bayern deutlich weniger Langzeitarbeitslose als bundesweit

Seit Beginn 2005 wurde mit der sozialen Sicherung Arbeitsloser nach dem SGB III (Stichworte: Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosigkeit nicht über einem Jahr) und SGB II (Stichworte: steuerfinanzierte Grundsicherung, Arbeitslosigkeit länger als 1 Jahr, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) das vormalige System aus Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe verändert. Damit ergeben sich auch mit den zwei Rechtskreisen sozialrechtlich unterschiedliche Kategorien von Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten, die in den meisten Veröffentlichungen zu einer Gesamtzahl Arbeitsloser und einer Arbeitslosenquote zusammengefasst werden.

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen zeigt sich, dass seit 2005 der Anteil der Arbeits-

losen, die dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen sind, sowohl in Bayern als auch bundesweit im Jahr 2008 seinen Höchststand erreichte und sich im Jahr 2009 anteilig deutlich verringert hat. Allerdings lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen entsprechend dem SGB II im Jahresdurchschnitt 2010 in Bayern fast wieder bei 50%.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen im SGB II an allen Arbeitslosen (SGB II und III) war 2010 in Bayern 15%-Punkte niedriger als in Westdeutschland und 17%-Punkte niedriger als in Deutschland. Dies zeigt, dass die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit in Bayern wesentlich weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland und noch weniger als in Ostdeutschland.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bayern											
Arbeitslose absolut	340	333	387	447	450	505	446	350	277	319	300
Anteil SGB II	–	–	–	–	–	43,5	47,7	50,8	53,9	47,4	49,7
Arbeitslosenquote	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5
Deutschland											
Arbeitslose absolut	3.890	3.853	4.061	4.377	4.381	4.861	4.487	3.776	3.268	3.423	3.244
Anteil SGB II	–	–	–	–	–	57,0	62,9	66,8	69,1	65,1	66,8
Arbeitslosenquote	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7
Westdeutschland											
Arbeitslose absolut	2.381	2.321	2.498	2.753	2.783	3.247	3.007	2.486	2.145	2.320	2.232
Anteil SGB II	–	–	–	–	–	55,6	61,5	65,4	68,1	62,5	64,6
Arbeitslosenquote	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,5	6,4	6,9	6,6

Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

¹⁷ SGB II: Zweites Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende); SGB III: Drittes Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung).

3. ARBEITSMARKT

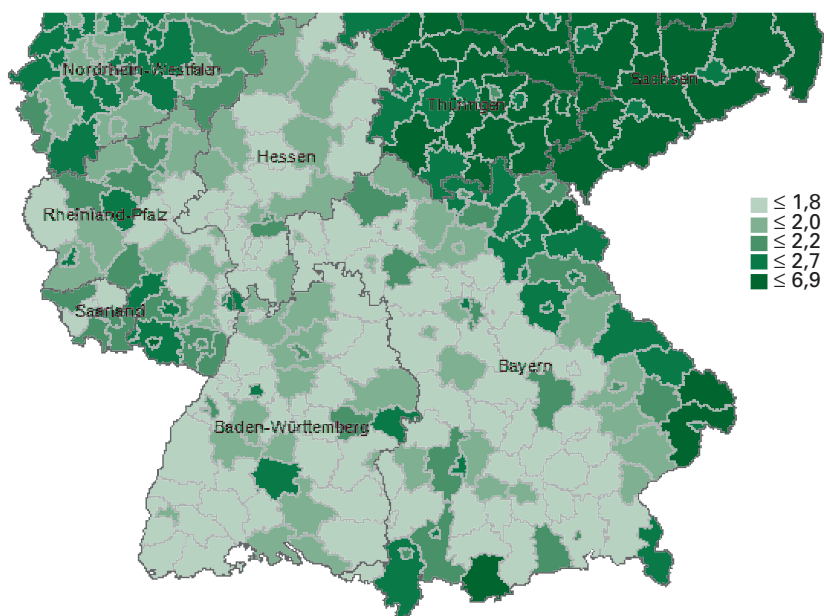
3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Regionale Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen: Höhere Arbeitslosenquoten bei Langzeitarbeitslosen (SGB II) als bei Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III (max. Arbeitslosigkeit 1 Jahr), aber regional weitgehend ähnliche Verteilung

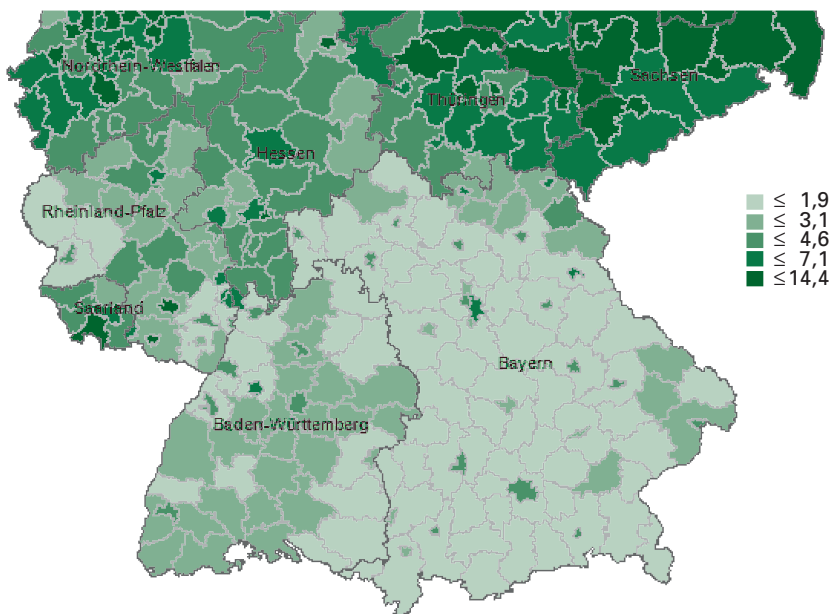
Jene Regionen in Bayern (Dezember 2010), die erhöhte Arbeitslosenquoten im Rechtskreis des SGB III (max. Arbeitslosigkeit 1 Jahr) aufwiesen, hatten fast immer auch deutlich erhöhte Arbeitslosenquoten im Bereich des

SGB II (Arbeitslose in der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Arbeitslosengeld II, Sozialgeld –, denen keine Leistungen mehr nach SGB III zustehen).

Arbeitslosenquote¹⁸ SGB III, Dezember 2010



Arbeitslosenquote SGB II, Dezember 2010



Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

¹⁸ Arbeitslosenquoten (SGB II bzw. SGB III), bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in %.
http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000000/html/start/karten/sgbii_kennzahlen/201012/kreise_a3-2.htm
http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000000/html/start/karten/sgbii_kennzahlen/201012/kreise_a3-3.htm

Entwicklung der Arbeitslosenquoten* in Bayern und Deutschland nach Personengruppen 2000 bis 2010

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle Gruppen eine ähnliche Entwicklung: Vom Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten (berechnet auf Basis aller abhängigen Erwerbspersonen) ab dem Jahr 2002 kontinuierlich bis in das Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008. Die konjunkturelle Entwicklung wie die Reformen der sozialen Sicherung Arbeitsloser (Einführung von SGB II Anfang 2005) spiegeln sich in diesen Zahlen wider.

Die geringste statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit wurde im Jahr 2008 erreicht.

Im Jahr 2009 kam es in Bayern durch die Wirtschaftskrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,6%-Punk-

te, wobei dieser Anstieg aber wegen des umfangreichen Einsatzes des Kurzarbeitergeldes und von Arbeitszeitleistungen moderater ausfiel als vielfach befürchtet (bei einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 4,7%).

Bei den hier dargestellten Gruppen lag die Arbeitslosenquote für Ausländer in allen ausgewiesenen Regionen kontinuierlich rund doppelt so hoch wie bei Inländern.

Im Zeitraum 2002 bis 2004 waren für Männer höhere Arbeitslosenquoten zu beobachten als für Frauen, im Zeitraum 2006 bis 2008 waren die Arbeitslosenquoten der Frauen etwas höher, in 2009 und 2010 wieder geringer als jene der Männer.

Arbeitslosenquoten* in Bayern und Deutschland 2000 bis 2010

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bayern											
insgesamt (alle EP)	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5
insgesamt (abh.EP)	6,3	6,0	6,9	7,9	7,9	8,9	7,8	6,1	4,8	5,5	5,1
dar: Männer	6,2	6,0	7,2	8,3	8,3	8,9	7,6	5,6	4,6	4,9	4,5
Frauen	6,4	6,0	6,5	7,4	7,5	8,9	8,1	6,6	5,0	4,7	4,4
– unter 25 Jahren	4,8	5,1	6,2	7,3	7,3	8,7	7,1	5,2	3,6	4,6	3,7
Ausländer	11,3	11,7	14,2	16,0	16,0	19,6	17,3	13,9	11,5	10,9	10,0
Deutschland											
insgesamt (alle EP)	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7
insgesamt (abh.EP)	10,7	10,3	10,8	11,6	11,7	13,0	12,0	10,1	8,7	9,1	8,6
dar: Männer	10,5	10,4	11,3	12,4	12,5	13,4	12,0	9,8	8,6	8,4	7,9
Frauen	10,9	10,2	10,3	10,8	10,8	12,7	12,0	10,4	8,9	7,9	7,5
– unter 25 Jahren	9,5	9,1	9,7	9,9	9,9	12,5	10,8	8,5	7,1	7,8	6,8
Ausländer	17,3	17,4	18,8	20,2	20,3	25,2	23,6	20,3	18,1	16,6	15,8
Westdeutschland											
insgesamt (alle EP)	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,8	6,4	6,9	6,6
insgesamt (abh.EP)	8,4	8,0	8,5	9,3	9,4	11,0	10,2	8,4	7,2	7,8	7,4
dar: Männer	8,5	8,3	9,1	10,2	10,3	11,3	10,1	8,1	7,0	7,1	6,7
Frauen	8,3	7,7	7,8	8,3	8,4	10,7	10,2	8,7	7,4	6,8	6,5
– unter 25 Jahren	7,4	7,1	7,8	8,1	8,1	10,6	9,1	6,9	5,7	6,6	5,8
Ausländer	16,4	16,5	17,4	18,8	18,8	23,5	22,1	18,8	16,8	15,7	14,9

Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

* Arbeitslosenquoten für ausgewählte Personengruppen (Männer, Frauen, unter 25 Jahren, Ausländer) werden ab 2009 nur noch auf Basis aller zivilen EP veröffentlicht.

3. ARBEITSMARKT

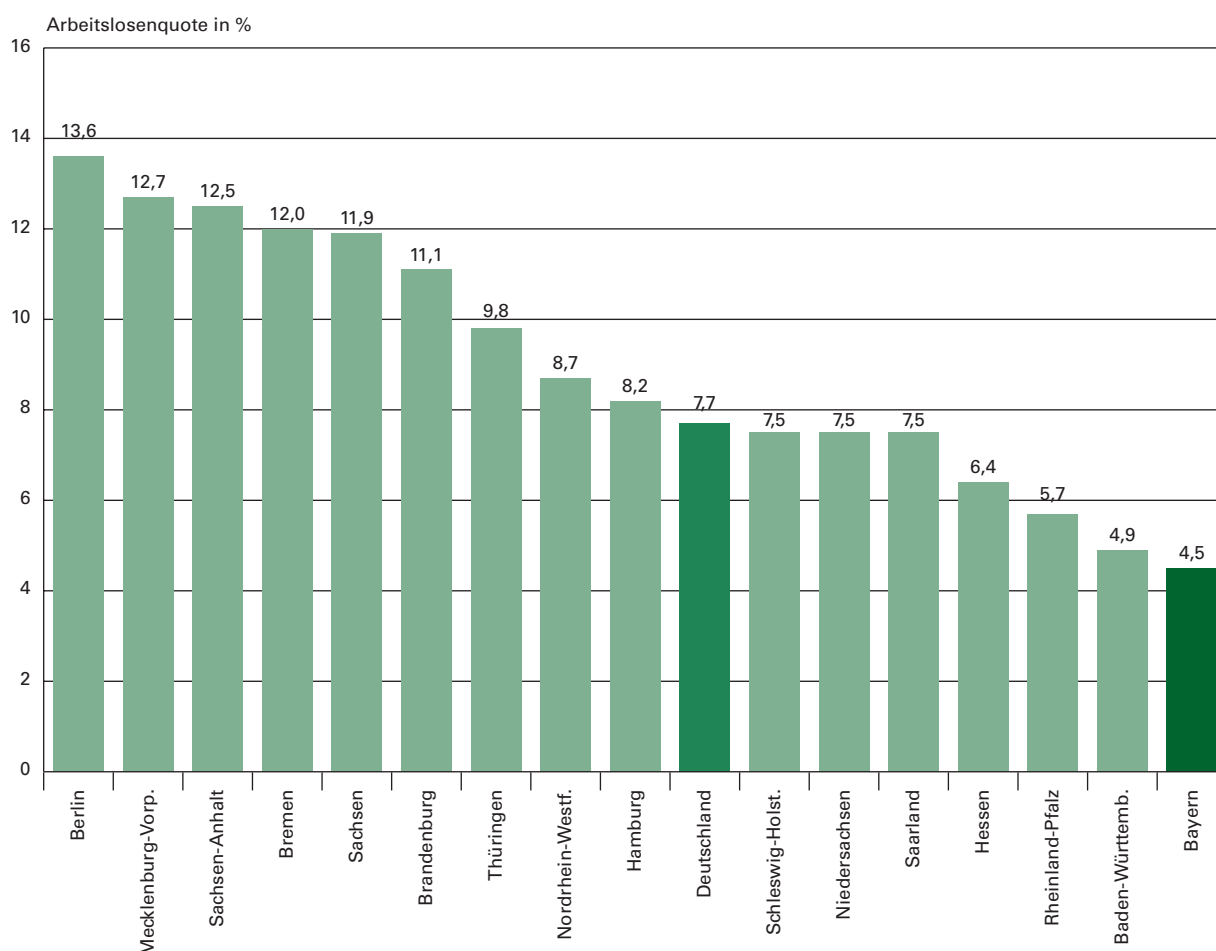
3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Bayern weist bundesweit die geringste Arbeitslosenquote auf und zugleich den höchsten Beschäftigungsstand

Bayern behauptet im Jahr 2010 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,5% den Spitzenplatz im Länderranking vor Baden-Württemberg (4,9%). Eine näherungsweise so gute Arbeitsmarktsituation ist damit nur noch in Baden-Württemberg, gefolgt von Rheinland-Pfalz (5,7%) und Hessen (6,4%) gegeben.

Die bayerische Arbeitslosenquote liegt um 3,2%-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt von 7,7%. Mindestens doppelt so hohe Arbeitslosenquoten von über 10% verzeichnen die neuen Bundesländer mit Ausnahme von Thüringen (9,8%) sowie die Stadtstaaten Berlin und Bremen.

Arbeitslosenquote* nach Ländern
Jahresdurchschnitt 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Jahresdurchschnitt bezogen auf alle Erwerbspersonen.

Erhebliche regionale Unterschiede bei der Arbeitslosenquote auf Stadt- und Landkreisebene: Erhöhte Arbeitslosigkeit vor allem in den Städten und östlichen Regionen

Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 4,5% in 2010 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten zum Teil erheblich zwischen 1,9% im Landkreis Eichstätt und 8,5% in Nürnberg.

Bayern hat weniger ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, als vielmehr auf bundesweitem Niveau noch relativ günstige, gleichwohl für Bayern

erhöhte Arbeitslosenquoten nach wie vor in den Grenzlandgebieten Nordostbayerns sowie deutlich ausgeprägt in den größeren Städten (Land-Stadt-Gefälle), wobei sich dieses Land-Stadt-Gefälle auch z.B. bei der Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen zeigt.

Arbeitslosenquoten 2010 in Bayern



Quote in % (alle Erwerbspersonen)

	Häufigkeit		Häufigkeit
□ bis unter 3,5	25	■ 5 bis unter 6	15
■ 3,5 bis unter 4	21	■ 6 bis unter 7	5
■ 4 bis unter 5	19	■ 7 oder mehr	11
Minimum: Landkreis Eichstätt 1,9		Maximum: Stadt Nürnberg 8,5	
Bayern: 4,5			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Regionale Veränderung der Arbeitslosenquoten 2010 gegenüber 2005

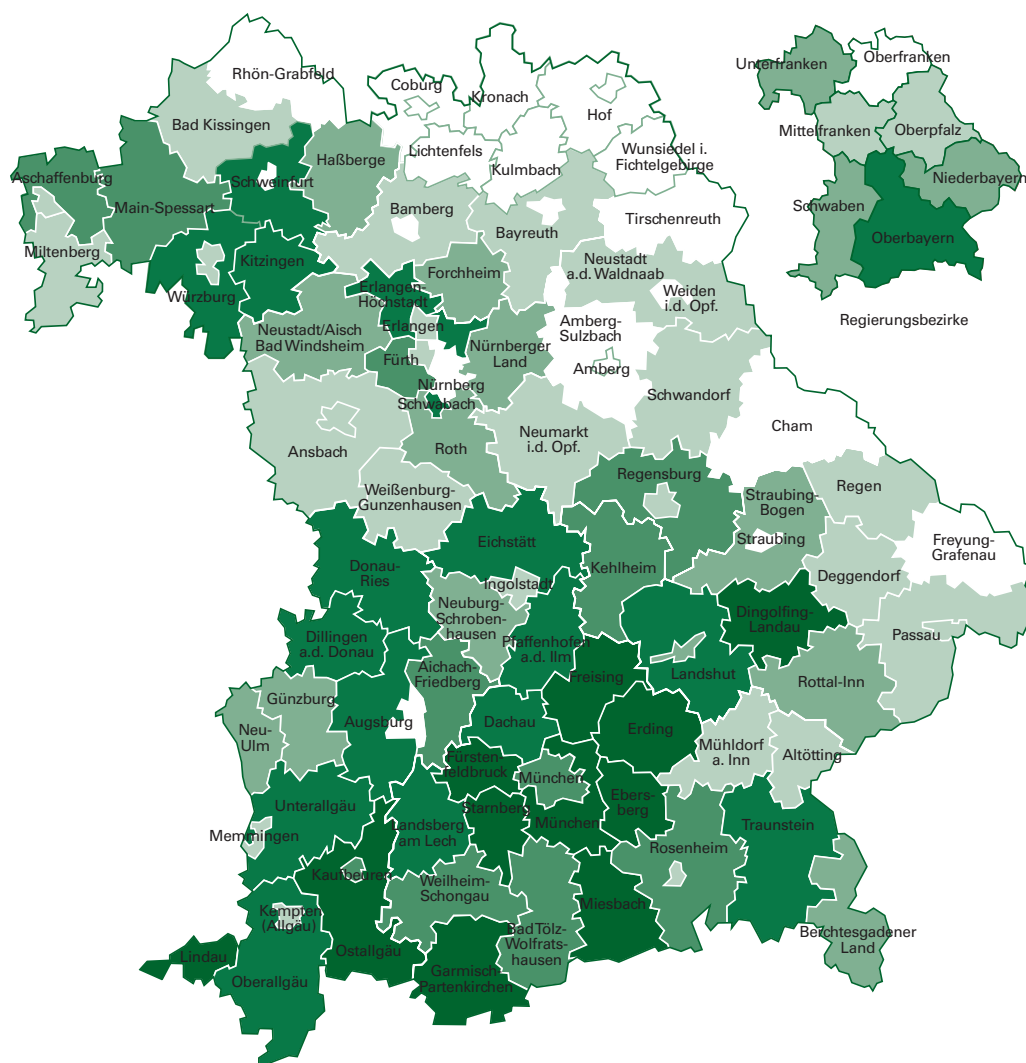
Betrachtet man – ausgehend vom Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 – die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote in Bayern, ist bayernweit ein Rückgang von rund 3,3%-Punkten – oder eine fast 42% niedrigere Arbeitslosenquote – zu verzeichnen.

Unter den Regierungsbezirken war der Rückgang der Arbeitslosenquote in Oberfranken in diesem Zeitraum mit -4,9%-Punkten am stärksten. Mit einem Rückgang

von -7,9%-Punkten auf 7,3% konnte die Stadt Hof ihre Arbeitslosenquote im Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2005 mehr als halbieren.

Deutlich weniger stark ausgeprägt war der Rückgang der Arbeitslosenquoten in West- und Südbayern, wobei in diesen Regionen aber insgesamt oft eine niedrigere Arbeitslosenquote bestand.

Veränderung der Arbeitslosenquote 2010 gegenüber 2005



Veränderung 2010 gegenüber 2005 in Prozentpunkten (Basis: alle Erwerbspersonen)

Häufigkeit		Häufigkeit	
□ bis unter -4,5	21	■ -3 bis unter -2,5	12
■ -4,5 bis unter -3,5	26	■ -2,5 bis unter -2	15
■ -3,5 bis unter -3	11	■ -2 oder mehr	11

Minimum: Landkreis Freising -1,2 Bayern: -3,3 Maximum: Stadt Hof -7,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

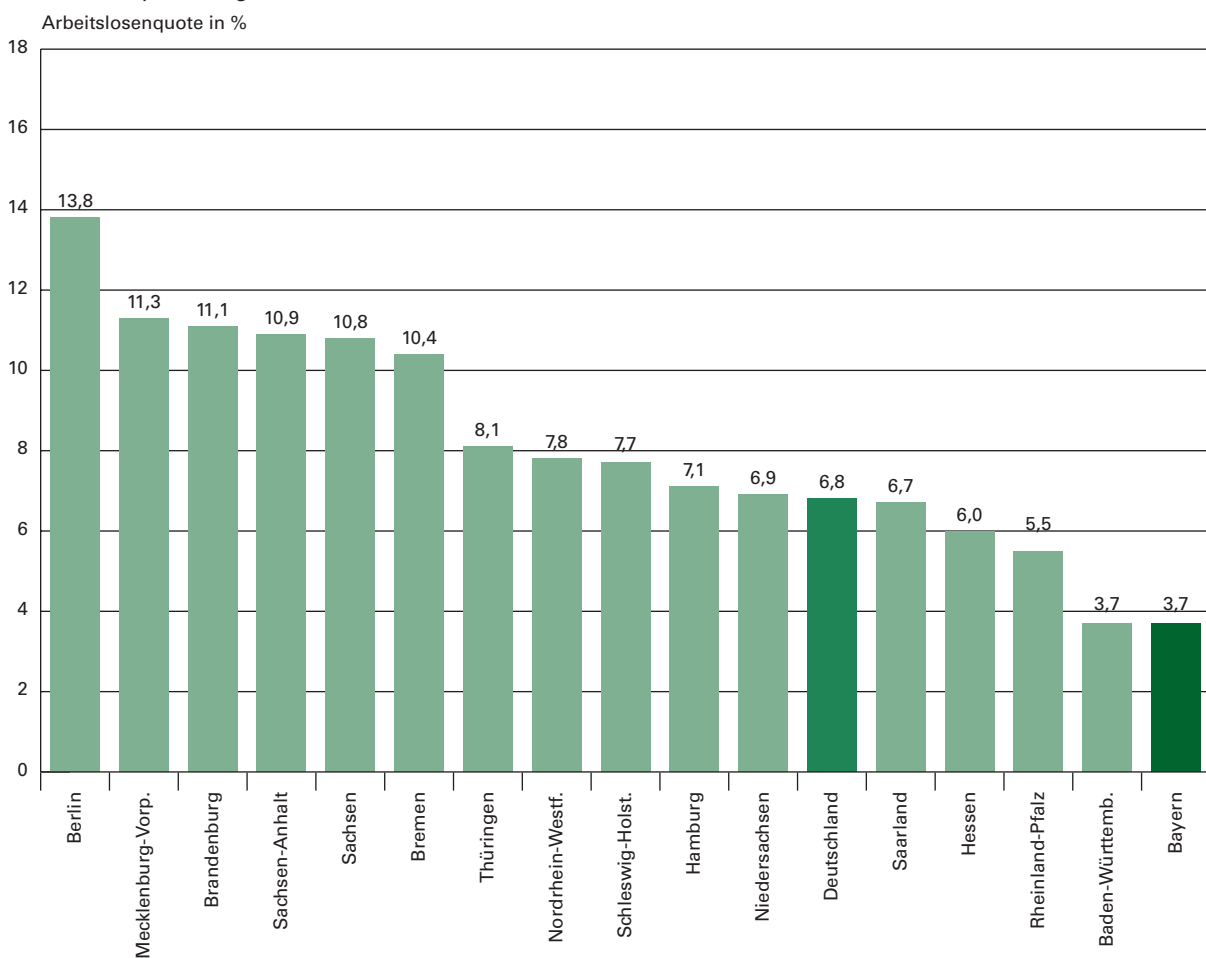
Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Sehr gute Arbeitsmarktsituation für Jüngere unter 25 Jahren

Bayern wies im Jahresdurchschnitt 2010 zusammen mit Baden-Württemberg mit jeweils 3,7% bei den Jugendlichen unter 25 Jahren die geringste Arbeitslosenquote auf.

Bundesweit war etwa jeder 15. Jugendliche oder rund 7,8% der Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos, in Bayern nur jeder 27.

Die Arbeitslosenquote der Jüngeren ist in den neuen Bundesländern rund 3-mal so hoch wie in Bayern. Deshalb kann auch künftig von einer Arbeitskräftezuwanderung gerade Jüngerer nach Bayern ausgegangen werden.

Arbeitslosenquote* Jugendlicher unter 25 Jahren nach Ländern 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – Jahresdurchschnitt.

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeitslosigkeit bei Jüngeren auf Stadt- und Landkreisebene 2010

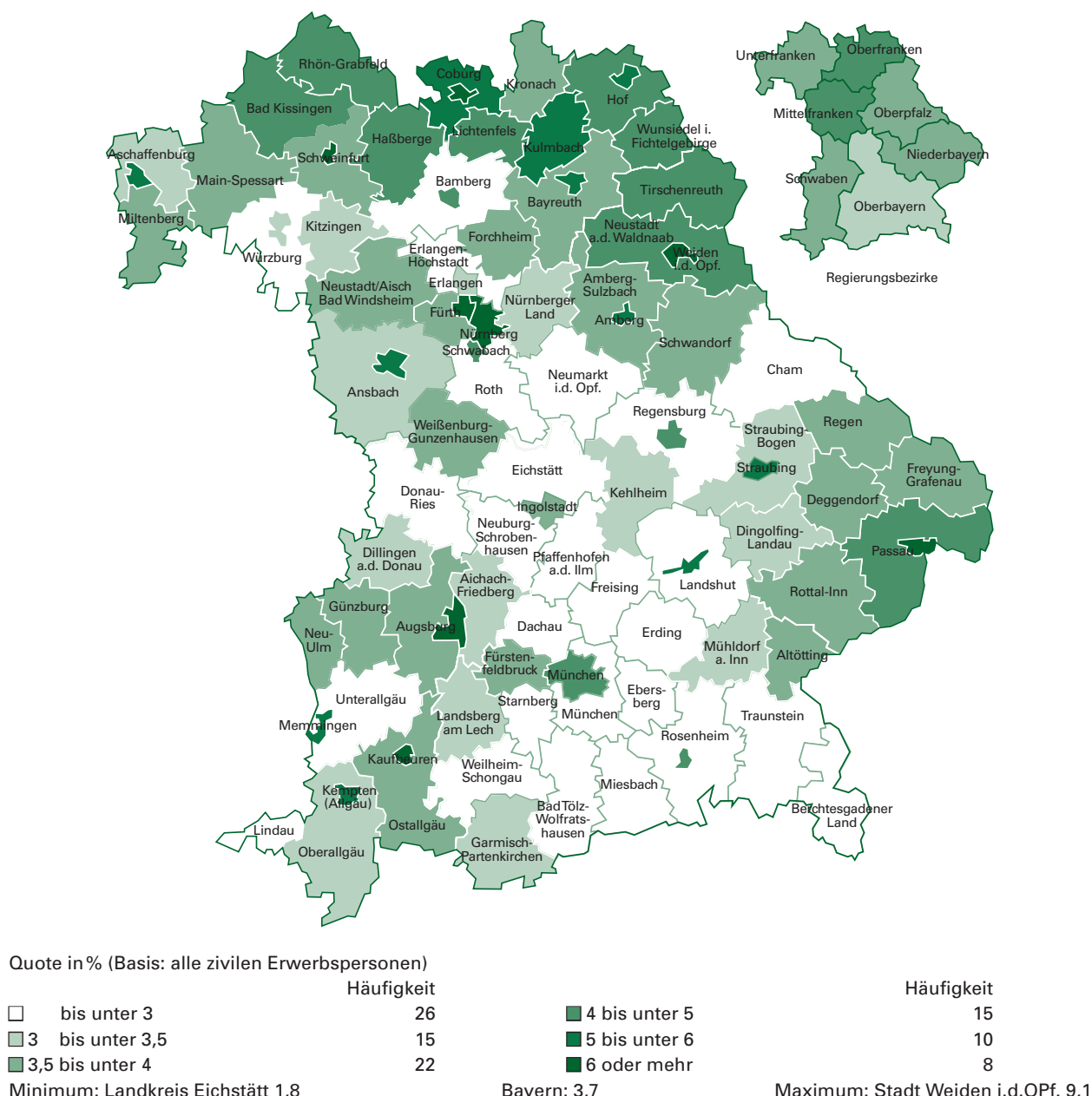
Die Arbeitslosenquote (ALQ) der unter 25-Jährigen betrug im Jahresdurchschnitt 2010 in Bayern 3,7% (ALQ insgesamt: 4,5%), sie lag damit z.B. in Bayern um 3,1%-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt bei Jüngeren (6,8%).

Unter den Regierungsbezirken verzeichnete Oberbayern mit 3,1% die geringste und Mittelfranken mit 4,8% die höchste Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe.

Unter den Landkreisen nimmt Eichstätt mit einer Quote von 1,8% den Spitzenplatz ein; die höchste Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen verzeichnete die kreisfreie Stadt Weiden in der Oberpfalz mit 9,1%.

Oftmals ist auch bei jungen Erwerbssuchenden die Arbeitslosigkeit in den Städten deutlich höher als in den mehr ländlich geprägten Gebieten.

Arbeitslosenquoten Jahresdurchschnitt 2010 in Bayern – unter 25-Jährige



Arbeitslosigkeit 2010 bei den 55- bis 65-Jährigen auf Stadt- und Landkreisebene

Zu berücksichtigen ist bei den Arbeitslosen in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen, dass ein hoher Anteil dieser Personen sich in Phasen der Verrentung befindet bzw. sich bis zum Eintritt in die Regelaltersrente vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hat (u.a. Altersrente wegen Arbeitslosigkeit).

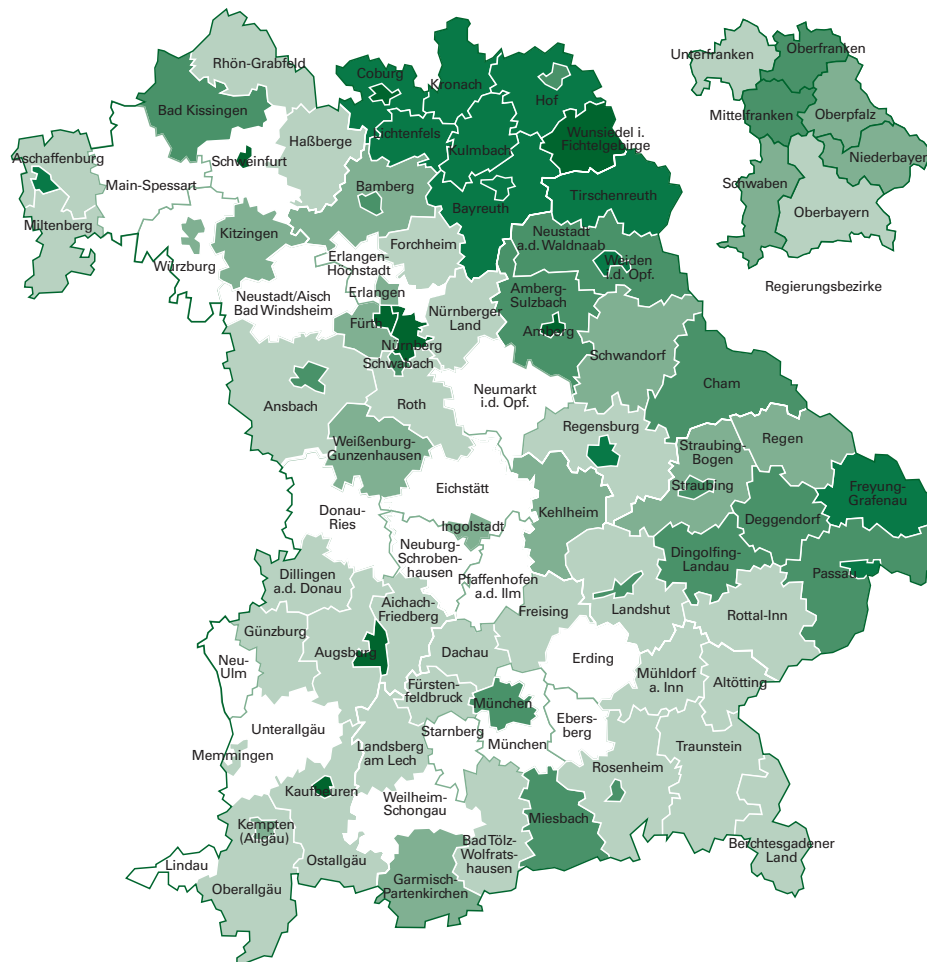
Die Arbeitslosenquote (ALQ) der Älteren lag 2010 bayernweit bei 6,4%, d.h. 1,9%-Punkte über der ALQ aller Altersgruppen (4,5% in 2010). In Unterfranken lag die ALQ Älterer bei 5,6%, also 1,4%-Punkte über der aller Arbeitslosen (4,2%), in Oberfranken war die ALQ in

dieser Altersgruppe mit 7,9% am höchsten (2,5%-Punkte über der allgemeinen ALQ von 4,2%) und ebenfalls überdurchschnittlich erhöht in Mittelfranken mit 7,0% (allgemeine ALQ: 5,3%).

Regional reichten die ALQ von 3,3% in Eichstätt bis 10,2% in Amberg, 10,1% in Wunsiedel, 10,0% in Nürnberg und 9,7% in Augsburg.

Im Zeitraum 2000 bis 2010 ging die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen in Bayern um rund 38% zurück, während die Zahl aller Arbeitslosen in Bayern um 11,8% sank.

Arbeitslosenquoten Jahresdurchschnitt 2010 in Bayern – über 55-Jährige



Quote in % (Basis: alle zivilen Erwerbspersonen)

	Häufigkeit		Häufigkeit
□ bis unter 5	18	■ 7 bis unter 8	16
■ 5 bis unter 6	28	■ 8 bis unter 9	13
■ 6 bis unter 7	13	■ 9 oder mehr	8

Minimum: Landkreis Eichstätt 3,3

Bayern: 6,4

Maximum: Stadt Amberg 10,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Erwerbslosigkeit 2006 bis 2009 bei Langzeitarbeitslosen

Die Langzeiterwerbslosenquote (länger als 1 Jahr arbeitslos, Quoten berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) lag in Bayern im Jahr 2006 bei 3,1% und hat sich bis zum Jahr 2009 auf insgesamt 1,7% verringert. Die Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern weisen prozentual gesehen relativ geringe Unterschiede auf.

Differenziert nach Altersgruppen verzeichneten 2009 die 50- bis unter 65-Jährigen mit 2,5% die höchste und die 25- bis unter 50-Jährigen mit 1,4% die niedrigste Langzeiterwerbslosenquote.

Nach Qualifikationsniveau wiesen Personen, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen mit 5,3% die höchste Quote auf, jene mit Lehr- bzw. Berufsschulabschluss dagegen eine Quote mit 1,5% und bei Personen mit (Fach-) Hochschul-Abschluss lag die Quote bei 0,8%.

Bei Personen mit Migrationshintergrund lag die Langzeiterwerbslosenquote 2009 in Bayern bei 3,2% und damit fast 2%-Punkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Langzeiterwerbslosenquote 2006 bis 2009 in %*

	2006	2007	2008	2009	2009	
					Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundesrepublik Deutschland
	Bayern					
Insgesamt	3,1	2,5	1,8	1,7	2,6	3,5
männlich	3,0	2,4	1,6	1,6	2,8	3,6
weiblich	3,3	2,7	1,9	1,8	2,4	3,4
unter 18				/	(1,9)	(1,8)
18 bis unter 25	2,5	2,2	(1,1)	1,6	2,5	3,0
25 bis unter 50	2,6	2,0	1,5	1,4	2,4	3,2
50 bis unter 65	4,9	4,0	2,9	2,5	3,2	4,5
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	(1,5)	1,0	0,7	/	0,9	1,0
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	7,4	6,9	5,8	5,3	7,9	9,5
Anlernberuf, Praktikum	4,4	4,0	3,3	/	4,0	5,3
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	2,9	2,3	1,5	1,5	2,2	3,5
Meister, Techniker, Fachschule	(1,1)	(1,3)	0,8	/	0,9	1,4
(Fach-) Hochschule	1,7	1,2	(0,9)	(0,8)	1,0	1,4
mit Migrationshintergrund	6,2	5,2	3,6	3,2	4,8	5,7
ohne Migrationshintergrund	2,4	1,9	1,4	1,3	2,0	3,0
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	6,8	5,6	4,2	3,7	5,8	7,0
mit deutscher Staatsangehörigkeit	2,7	2,2	1,5	1,4	2,2	3,1

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus

* Ergebnisse des Mikrozensus; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende
Daten in (): Nachweis unter Vorbehalt, dass der Zahlenwert Fehler aufweisen kann.

Regional gesehen wies der Regierungsbezirk Oberbayern mit einer Quote von 2,3% 2006 die geringste Langzeiterwerbslosenquote auf und konnte diese bis 2009 um 1%-Punkt auf 1,3% reduzieren.

Oberfranken verzeichnete mit einer Quote von 5,1% im Jahr 2006 die höchste Langzeiterwerbslosenquote unter den bayerischen Regierungsbezirken, konnte diese aber bis 2009 gut um die Hälfte auf 2,5% reduzieren.

Insgesamt lag die Langzeiterwerbslosenquote in Bayern in den Jahren 2006 bis 2009 jeweils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,5% (2009).

Langzeiterwerbslosenquote* nach Geschlecht und Regierungsbezirk

Regionaleinheit	2006			2007			2008			2009		
	Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote		
	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen
	%			%			%			%		
Bayern	3,1	3,0	3,3	2,5	2,4	2,7	1,8	1,6	1,9	1,7	1,6	1,8
Oberbayern	2,3	2,3	2,4	1,9	1,9	1,9	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3
Niederbayern	3,0	(2,7)	(3,3)	2,4	(2,1)	(2,8)	1,6	1,7	(2,3)	(1,4)	/	(1,8)
Oberpfalz	3,6	3,5	(3,6)	2,7	(2,7)	(2,8)	2,1	(2,1)	(2,0)	2,0	(1,8)	(2,3)
Oberfranken	5,1	4,9	5,4	4,3	4,2	4,5	3,1	(2,9)	(3,3)	2,5	(2,4)	(2,7)
Mittelfranken	3,9	3,7	4,1	3,4	3,0	3,8	2,4	2,4	2,5	2,3	2,1	2,4
Unterfranken	3,1	3,0	(3,3)	2,5	(2,3)	(2,8)	1,7	(1,4)	(1,9)	1,8	(1,6)	(1,9)
Schwaben	3,0	2,4	3,6	2,3	2,2	(2,4)	1,6	(1,2)	(2,1)	1,5	(1,3)	(1,8)
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	4,4	4,6	4,1	3,6	3,8	3,5	2,9	3,0	2,7	2,6	2,8	2,4
Bundesrepublik Deutschland	5,8	5,8	5,7	4,9	4,9	4,9	3,9	4,0	3,9	3,5	3,6	3,4

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus

* Quote berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende;
Daten in (): Nachweis unter Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann.

3. ARBEITSMARKT

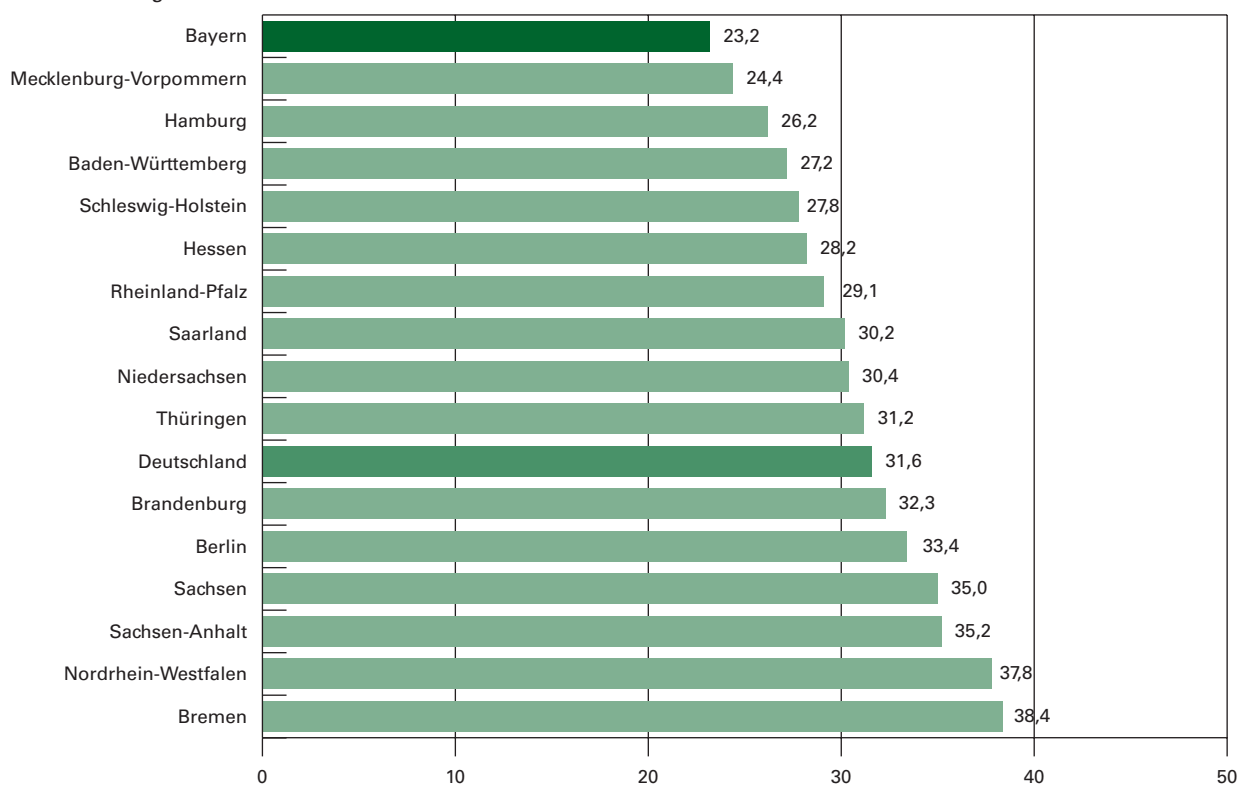
3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Langzeitarbeitslose

Bayern weist mit einem Anteil von 23,2% bei Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen den niedrigsten Anteil aller Bundesländer auf, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 24,4%.

Bundesweit war nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos. Nordrhein-Westfalen und Bremen nehmen im Ländervergleich mit Anteilen von 37,8% bzw. 38,4% die hinteren Plätze ein.

Anteil der Langzeitarbeitslosen* an allen Arbeitslosen** – nach Ländern 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* 1 Jahr und länger arbeitslos, Jahresdurchschnitt.

** Daten aus dem Fachverfahren der BA.

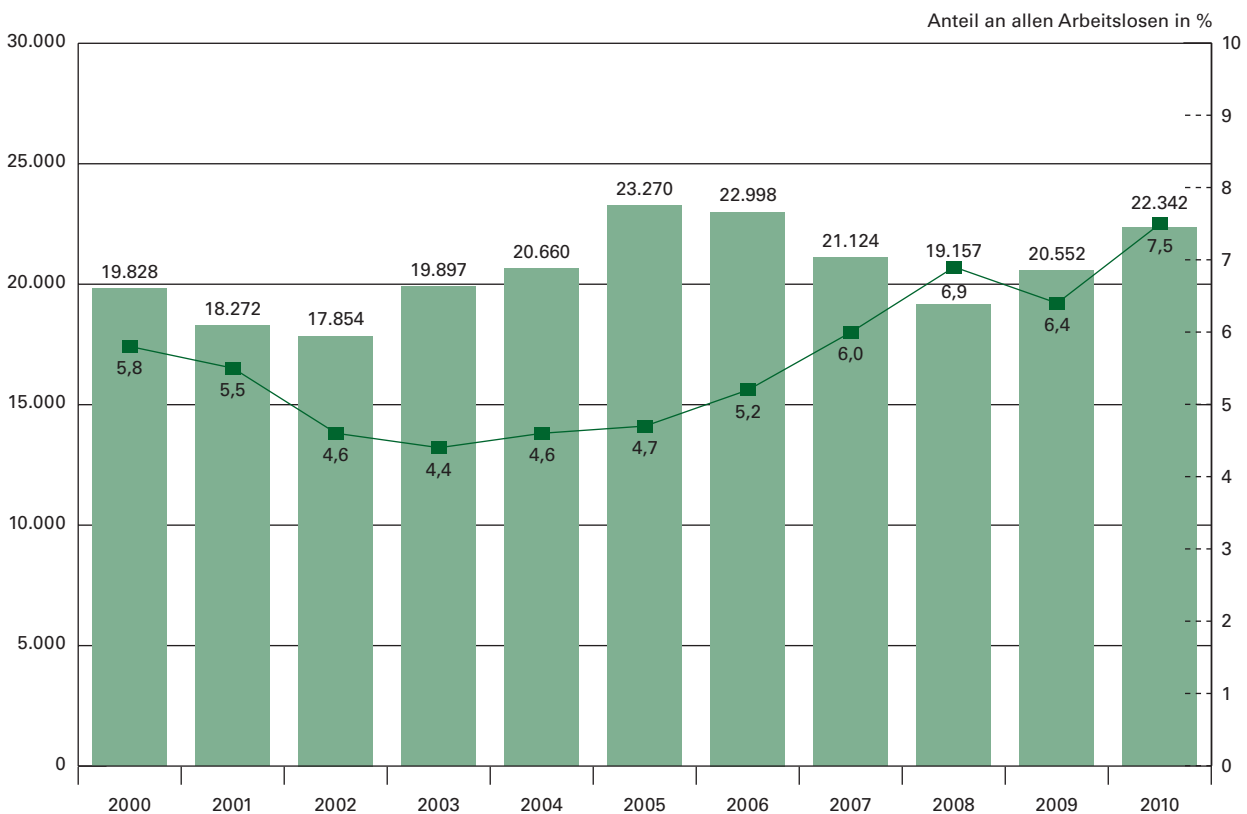
Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen in Bayern relativ gering

Im Zeitraum von 2000 bis 2010 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,8% zunächst bis 2003 vermindert, weil insgesamt die Arbeitslosigkeit bei den Nichtbehinderten etwas ausgeprägter als bei den Behinderten stieg. 2010 lag der Anteil mit 7,5% wieder deutlich über dem Anteil von 5,8% in 2000. Der Wirtschaftsaufschwung 2010 hat schwerbehinderten Menschen bisher weniger für eine Integration in den Arbeitsmarkt genutzt.

Ein Grund für die schwankenden Anteilswerte ist, dass die Integration der Behinderten in den Arbeitsmarkt nicht so stark den Konjunktorentwicklungen am Arbeitsmarkt folgt wie bei anderen Bevölkerungsgruppen, so dass sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen bei insgesamt geringerer Arbeitslosigkeit tendenziell erhöht.

In den Bundesländern mit einer insgesamt niedrigeren Arbeitslosigkeit ist der Anteil Schwerbehinderter an den Arbeitslosen eher erhöht, weil die Basis – die Summe aller Arbeitslosen – geringer ist.

Arbeitslose Schwerbehinderte in Bayern 2000–2010*



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Jahresdurchschnittswerte.

3. ARBEITSMARKT

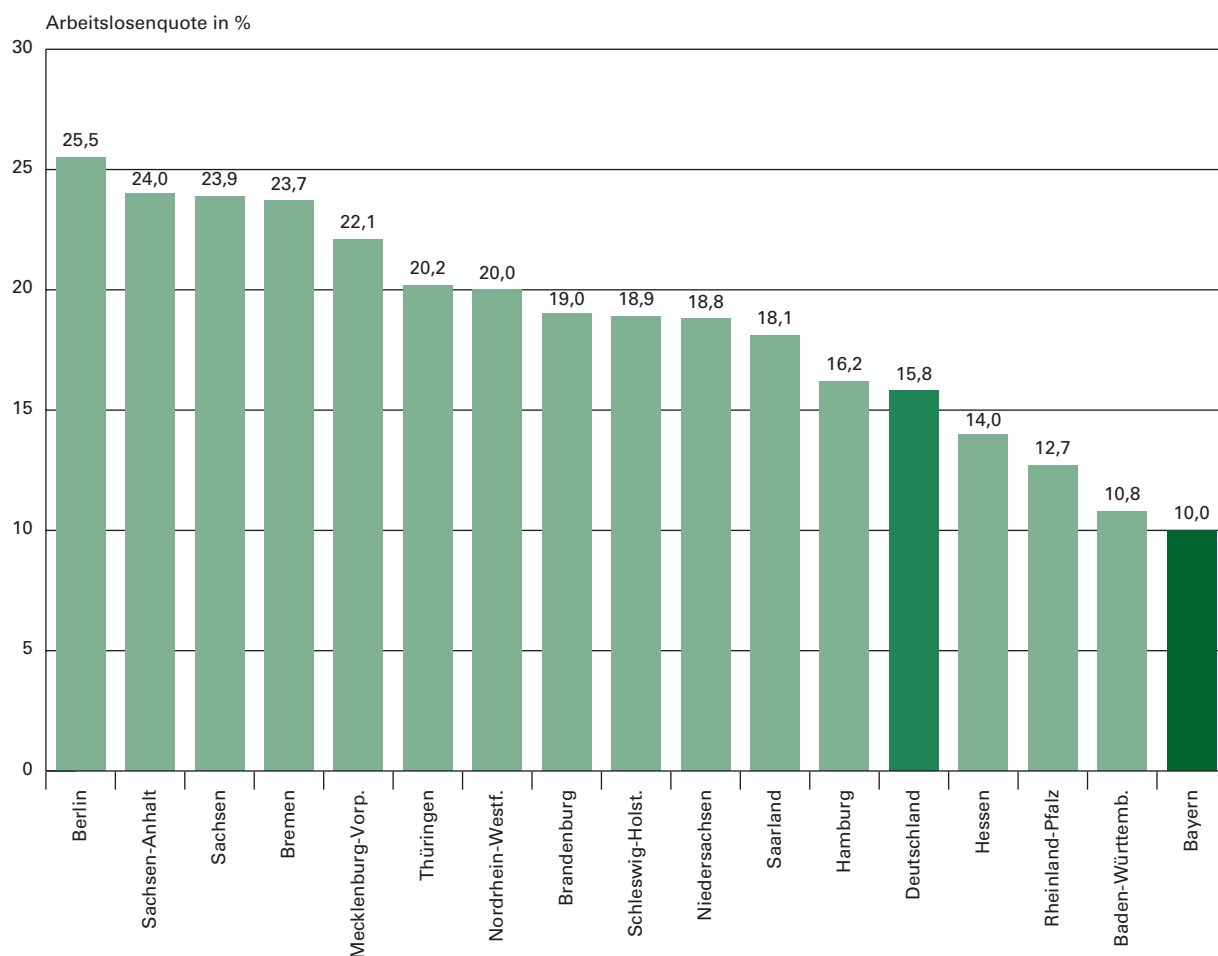
3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Ausländer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen

Ausländische Arbeitnehmer waren auch im Jahr 2010 aufgrund ihrer im Schnitt geringeren beruflichen Qualifikation besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren bundesweit 15,8% oder fast jeder Sechste der ausländischen abhängigen Erwerbspersonen ohne Arbeit.

In Bayern lag die Quote von arbeitslosen Ausländern mit 10,0% am niedrigsten. Hohe Quoten verzeichneten insbesondere die neuen Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen lag der Anteil mit 20,0% unter den westlichen Flächenländern am höchsten.

Arbeitslosenquote* von Ausländern nach Ländern 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, JD.

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Vergleich der Erwerbslosenquoten – Junge und Ältere besonders betroffen sowie Personen mit geringem Berufsabschluss und Migrationshintergrund

Personen mit Migrationshintergrund hatten 2009 in Bayern eine rund 5 %-Punkte höhere Erwerbslosenquote (berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen ohne Migrationshintergrund: So lag die Erwerbslosenquote der Personen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2009 in Bayern bei 4,0 %, bei Personen mit Migrationshintergrund dagegen bei 9,6 % und damit mehr als doppelt so hoch.

Bundesweit war die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund 2009 mit 12,9 % auch fast doppelt so hoch wie bei jenen ohne Migrationshintergrund (6,6 %).

Die Erwerbslosenquote der Männer lag 2009 knapp über jener der Frauen (ebenso wie die Arbeitslosenquote).

Differenziert nach dem Alter war die Erwerbslosenquote überdurchschnittlich hoch bei den unter 25-Jährigen sowie den 50- bis unter 65-Jährigen. Unterdurchschnittlich ist sie bei den 25- bis unter 50-Jährigen.

Keinen beruflichen Abschluss zu haben erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,6-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit unter 5 % und lag für Personen mit einem Meister-, Techniker- und Fachschulabschluss bei 1,5 % sowie (Fach-) Hochschulabschluss bei 2,5 %.

Erwerbslosenquote 2006 bis 2009 in %*

	2006	2007	2008	2009	2009	
	Bayern				Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundesrepublik Deutschland
Insgesamt	6,6	5,4	4,3	5,1	6,5	7,8
männlich	6,3	5,0	4,0	5,2	6,9	8,2
weiblich	6,9	5,9	4,7	5,1	6,1	7,3
unter 18				(9,0)	11,2	11,7
18 bis unter 25	8,5	7,8	5,6	7,8	9,9	11,1
25 bis unter 50	5,8	4,7	3,7	4,5	6,1	7,2
50 bis unter 65	7,7	5,9	4,9	5,2	5,8	7,6
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	5,7	4,8	4,3	5,2	5,1	5,3
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	13,9	13,4	11,9	13,1	16,9	19,0
Anlernberuf, Praktikum	(8,6)	(9,9)	7,4	/	9,5	11,8
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	6,0	4,8	3,7	4,7	5,7	7,7
Meister, Techniker, Fachschule	2,9	2,4	2,1	1,9	2,8	3,4
(Fach-) Hochschule	3,6	2,7	2,1	2,5	2,8	3,3
mit Migrationshintergrund	12,4	10,7	8,5	9,6	11,7	12,9
ohne Migrationshintergrund	5,2	4,2	3,3	4,0	5,1	6,6
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	13,2	11,7	9,8	10,5	13,2	14,8
mit deutscher Staatsangehörigkeit	5,8	4,6	3,7	4,5	5,7	7,1

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus

* Ergebnisse des Mikrozensus; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende.

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Regionale Erwerbslosenquoten verschiedener Gruppen 2009 – Personen ohne und mit beruflichem Abschluss im Vergleich

In Regierungsbezirken mit einer insgesamt erhöhten Erwerbslosenquote wirkt sich ein fehlender beruflicher Abschluss deutlich negativer aus als in Regionen mit einer insgesamt niedrigeren Erwerbslosenquote: Lag z.B. in Mittelfranken und Oberfranken im Jahr 2009 die Erwerbslosenquote für Personen ohne beruflichen Abschluss bei 17,4 % bzw. 17 %, so betrug sie bei Personen mit einer Lehrausbildung bzw. einem Berufsfachschulabschluss 5,4 bzw. 6,2 %.

Insgesamt ist das Risiko der Erwerbslosigkeit in Bayern bei Personen ohne beruflichen Abschluss durchgängig teils deutlich niedriger als in Deutschland und – mit Ausnahme von Mittel- und Oberfranken – auch geringer als im früheren Bundesgebiet, aber in allen Bezirken um das 2,2- bis 3,3-fache höher als gegenüber Personen mit einer Lehrausbildung bzw. einem Berufsfachschulabschluss.

Qualifikationsniveau der Person: kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung*

Regionaleinheit	2006	2007	2008	2009
	Erwerbslosenquote			
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt
	%			
Bayern	13,9	13,4	11,9	13,1
Oberbayern	11,0	11,2	9,7	10,1
Niederbayern	15,2	13,0	(10,5)	(13,0)
Oberpfalz	17,5	(11,8)	(12,8)	(11,6)
Oberfranken	19,3	18,3	18,3	17,0
Mittelfranken	15,5	16,6	14,9	17,4
Unterfranken	13,9	14,1	(10,3)	14,3
Schwaben	12,9	12,2	11,2	13,0
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	19,1	17,3	16,1	16,9
Bundesrepublik Deutschland	21,6	20,0	18,6	19,0

Qualifikationsniveau der Person: Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss*

Regionaleinheit	2006	2007	2008	2009
	Erwerbslosenquote			
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt
	%			
Bayern	6,0	4,8	3,7	4,7
Oberbayern	5,1	3,9	3,0	4,3
Niederbayern	5,8	4,6	3,9	4,4
Oberpfalz	6,1	5,0	3,7	5,0
Oberfranken	8,7	6,8	4,6	6,2
Mittelfranken	7,1	5,5	4,4	5,4
Unterfranken	5,7	5,3	4,0	5,1
Schwaben	5,7	4,5	3,4	4,0
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	7,4	6,0	5,1	5,7
Bundesrepublik Deutschland	10,2	8,4	7,3	7,7

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus

* Ergebnisse des Mikrozensus; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende.

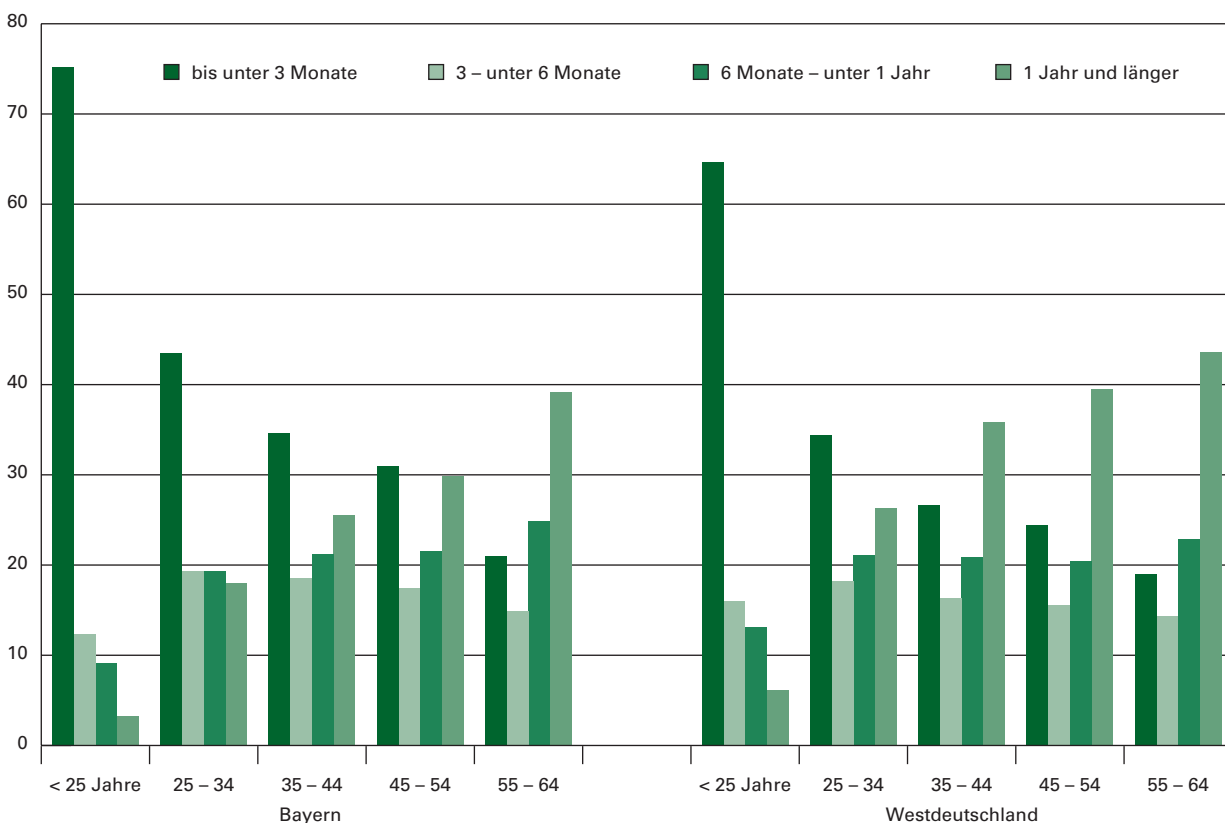
Dauer der Arbeitslosigkeit 2010: Mit dem Lebensalter stark ansteigend, in Bayern aber kürzer als bundesweit

Wie die Abbildung zeigt, steigt mit zunehmendem Lebensalter das Risiko stark an, lange arbeitslos zu sein. Während im Jahr 2010 unter den unter 25-jährigen Arbeitslosen 3,3% ein Jahr und länger arbeitslos waren (2009: 2,0%; WD: 6,2%), beträgt der Anteil Langzeitarbeitsloser in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen 39,2% (WD: 43,6%; D: 44,1%). Gegenüber dem Vorjahr ist dies in Bayern ein Zuwachs um 3 Prozentpunkte.

Generell macht die Langzeitarbeitslosigkeit im Freistaat mit 25,5% rund ein Viertel des Gesamtbestands aller registrierten Arbeitslosen aus; in WD und D ist es jeweils rund ein Drittel (32,7% bzw. 33,1%). Dieser geringere Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Bayern gilt für alle betrachteten Altersgruppen.

Der Anteil der Älteren an allen registrierten Arbeitslosen ist in Bayern im September 2010 gegenüber dem Vorjahreswert von 16,2% auf 20,9% gestiegen und damit höher als in Westdeutschland (16,9%) bzw. Deutschland insgesamt (17,3%). Dagegen liegt der Anteil der langzeitarbeitslosen unter 25-Jährigen im Freistaat 2010 gleichauf mit WD bzw. D (10,7% bzw. 10,8%).

Dauer der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen (September 2010; Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit und ausgewählten Altersgruppen, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010.

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Dauer der Arbeitslosigkeit 2010: Bei geringer formaler Qualifikation deutlich höher, in Bayern aber kürzer als bundesweit

Ende September 2010 waren in Bayern unter den registrierten Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung 30,2% schon ein Jahr oder länger arbeitslos. Bei den registrierten Arbeitslosen mit Hochschulabschluss war dieser Anteil mit 17,3% und bei denjenigen mit einem Fachhochschulabschluss mit 18,1% deutlich geringer.

Bereits beim Vergleich der Arbeitslosen ohne und mit einer betrieblichen oder schulischen Berufsausbildung zeigt sich ein erheblicher Unterschied im Risiko einer langen Arbeitslosigkeit. Bei letztgenannter Gruppe lag der Anteil derjenigen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von einem Jahr und mehr im Freistaat bei 22,7% (ohne Ausbildung: 30,2%).

Auch in dieser Differenzierung nach dem Bildungsabschluss spiegelt sich in den Gruppenunterschieden die im Vergleich zu WD und D bessere Arbeitsmarktlage in Bayern. Es zeigt sich auch hier, dass eine qualifizierte Ausbildung das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit erheblich senkt.

Dauer der Arbeitslosigkeit nach letzter abgeschlossener Berufsausbildung (September 2010, in %)

	BY				WD			
	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12+	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12+
ohne abgeschl. Berufsausbildung	31,9	17,0	20,8	30,2	26,3	15,5	20,3	37,9
betriebl./außerbetriebliche Ausbildung	40,6	16,6	20,1	22,7	34,4	16,6	20,5	28,5
Fachhochschule	41,1	19,5	21,3	18,1	38,7	19,0	21,2	21,1
Universität	43,7	19,8	19,2	17,3	38,2	20,4	20,3	21,1
Keine Angabe	43,8	17,4	17,9	20,9	42,8	16,7	16,7	23,8

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit und letzter abgeschlossener Berufsausbildung, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010.

Eine geringere Dauer der Arbeitslosigkeit ergibt sich in Bayern auch aus dem Umstand, dass in Bayern der Anteil der Personen mit niedrigem beruflichem Bildungsabschluß deutlich unter dem Durchschnitt im früheren Bundesgebiet liegt.

Personen mit niedrigem Bildungsstand* in % nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Insgesamt				
	2005	2006	2007	2008	2009
Bayern	17,1	17,4	15,2	14,2	14,0
Deutschland	16,9	16,8	15,6	14,7	14,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	18,9	18,6	17,3	16,4	16,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	9,2	9,6	8,8	8,1	7,8
Männer					
Bayern	12,1	12,7	10,7	10,2	10,0
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,8	14,7	13,7	13,0	13,1
Frauen					
Bayern	22,1	22,1	19,7	18,4	18,1
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	23,0	22,5	21,0	19,8	19,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

* Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-) Hochschulreife (maximal ISCED 2) an der Bevölkerung entsprechender Altersgruppe.

Teilnehmeranteile an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten 2006 bis 2009

Unter den in der folgenden Darstellung aufgelisteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben zwischen 2008 und 2009 die Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt, gemessen an der Teilnehmerzahl, weiter deutlich an Bedeutung gewonnen.

Demgegenüber ist der Teilnehmeranteil bei den Beschäftigung begleitenden Maßnahmen erheblich kleiner

geworden. Eine geringere Verschiebung gab es auch mit einer weiteren Zunahme der Teilnehmerzahlen in der Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung. In diesen Veränderungen ähneln sich die arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktsetzungen in Bayern und dem Durchschnitt Westdeutschlands.

Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Bayern und Westdeutschland 2006, 2008 und 2009 (Jahresdurchschnitt; Angaben in Prozent)

		Insgesamt	A	B	C	D	E	F
BY								
	2009	100,0	33,7	24,9	26,3	9,8	1,0	4,3
	2008	100,0	28,5	27,3	23,6	10,8	1,5	8,2
	2006	100,0	23,6	34,4	21,6	12,9	1,3	6,2
WD								
	2009	100,0	35,0	21,0	22,4	14,9	1,2	5,6
	2008	100,0	28,0	22,9	19,7	16,4	1,5	11,5
	2006	100,0	24,5	29,1	20,0	17,7	1,9	6,8

A Chancen auf 1. Arbeitsmarkt verbessern
C Berufsberatung u. Förder. d. Berufsausbildung
E Freie Förderung nach § 10 SGB III

B Beschäftigung begleitende Maßnahmen
D Beschäftigung schaffende Maßnahmen
F Sonstige Förderung

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnittlicher Bestand an Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeiträume 2006, 2008 und 2009.

In einer tieferen Differenzierung der Teilnehmergruppen (vgl. nachfolgende Darstellung) zeigt sich, dass der Anteil der Frauen an den Maßnahmen (auch entsprechend ihres geringeren Anteils an Beschäftigten bzw. Arbeitslosen) geringer ist als jener der Männer; nur bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt ist der Anteil der Frauen in Bayern höher. Im westdeutschen Durchschnitt gilt gleiches.

Bei Männern liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen in Bayern stärker als bei Frauen auf Beschäftigung begleitenden Maßnahmen und der Berufsberatung bzw. Förderung der Berufsausbildung.

Bei Ausländern dominieren Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt.

Bei den unter 25-Jährigen sind es naturgemäß vor allem die Berufsberatung bzw. Förderung der Berufsausbildung, in denen die meisten Teilnehmer zu finden sind.

Bei den Älteren dominieren Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt und Beschäftigung begleitende Maßnahmen. Aber auch Beschäftigung schaffende Maßnahmen sind bei den 50-Jährigen und Älteren noch von Bedeutung.

3. ARBEITSMARKT

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 2009 insgesamt, nach Geschlecht, Deutsch/Nicht deutsch, Alter bei Maßnahmeneintritt (< 24, 25 < 50, 50+) und Qualifikation für BY, WD (Jahresdurchschnitt, Angaben in Prozent)*

	Insgesamt	A	B	C	D	E	F
BY	100,0	33,7	24,9	26,3	9,8	1,0	4,3
Geschlecht							
Männer	57,2	30,1	26,4	28,3	10,3	0,9	4,1
Frauen	42,8	38,5	22,8	23,7	9,2	1,2	4,5
Staatsangehörigkeit							
Deutsch	85,5	32,6	26,1	26,1	9,8	1,1	4,3
Nicht deutsch	14,2	40,1	17,6	27,0	10,3	0,9	4,3
Alter bei Maßnahmeneintritt							
Unter 25 Jahre	37,6	13,7	6,2	69,2	4,5	1,2	5,2
25 bis unter 50 Jahre	43,9	48,7	34,6	0,7	11,9	1,0	3,0
50 Jahre und älter	18,5	38,4	39,7	0,0	15,8	0,8	5,3
WD	100,0	35,0	21,0	22,4	14,9	1,2	5,6
Geschlecht							
Männer	59,0	32,5	22,4	22,9	15,6	1,1	5,4
Frauen	41,0	38,7	18,8	21,6	13,7	1,2	5,9
Staatsangehörigkeit							
Deutsch	85,3	34,2	22,0	22,3	15,0	1,2	5,4
Nicht deutsch	14,4	40,2	15,0	22,4	14,0	1,3	7,1
Alter bei Maßnahmeneintritt							
Unter 25 Jahre	33,7	13,4	4,8	65,1	7,4	1,7	7,6
25 bis unter 50 Jahre	47,8	48,4	27,0	0,9	17,6	1,0	5,1
50 Jahre und älter	18,5	39,8	34,7	0,0	21,3	0,7	3,5

A Chancen auf 1. Arbeitsmarkt verbessern
C Berufsberatung u. Förder. d. Berufsausbildung
E Freie Förderung nach § 10 SGB III

B Beschäftigung begleitende Maßnahmen
D Beschäftigung schaffende Maßnahmen
F sonstige Förderung

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnittlicher Bestand an Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeitraum 2009.

* Prozentuierung erste Spalte senkrecht: Gruppenanteile an Maßnahmenteilnehmern;
Prozentuierung Spalten A–F waagrecht: Anteile Teilnehmer an einzelnen Maßnahmenkategorien.

3. ARBEITSMARKT

3.8 AUSBILDUNGSSTELLENMARKT

Hervorragende Bilanz für den bayerischen Ausbildungsstellenmarkt

Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hat sich 2010 bayern- und bundesweit verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen ist günstiger als im Vorjahr¹⁹. Die Beschäftigungsaussichten für junge Menschen in Bayern unter 25 Jahren sind mit einer Jugendarbeitslosigkeitsquote von 3,7% im Jahresdurchschnitt 2010 (zusammen mit Baden-Württemberg) die besten in Deutschland.

Auch im Ländervergleich des Verhältnisses der unvermittelten Bewerber zu den unbesetzten Stellen liegt Bayern an Position 2 nach dem Saarland und zusammen mit Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 170 offenen Stellen je 100 unversorgter Bewerber, in Bayern bei 514 (Ende September 2010).

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt war damit in 2010 in Bayern ausgesprochen günstig: Landesweit waren mehr freie Ausbildungsplätze als unvermittelte Bewerber bei den Arbeitsagenturen registriert; je 100 unvermittelten Bewerbern standen in Bayern zum Ende des Berufsberatungsjahres rechnerisch 514 freie Ausbildungsplätze gegenüber.

Auch in allen bayerischen Regierungsbezirken gab es mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. Spitzenreiter war hier die Oberpfalz mit 19,9 freien Ausbildungsplätzen pro unversorgtem Bewerber.

Die Wirtschaftskrise in 2009 hatte auf dem Ausbildungsstellenmarkt keine entscheidenden Auswirkungen, vielmehr hat sich der Ausbildungsmarkt äußerst robust gezeigt.

Eckdaten Ende September 2010 im Vergleich zu September 2009

	Ende September 2009	Ende September 2010	Veränderungen im Vergleich zu 2009	
			absolut	%
Gemeldete Stellen	82.987	83.247	260	0,3
Gemeldete Bewerber	82.293	82.622	329	0,4
Gemeldete Stellen je 100 gemeldete Bewerber	101	100		
Defizit/Überhang an gemeldeten Stellen	Überhang 694	Überhang 625		
noch unbesetzte Stellen	4.803	5.074	271	5,6
unvermittelte Bewerber	793	987	194	24,5
noch unbesetzte Stellen je 100 unvermittelte Bewerber	606	514		
Defizit/Überhang noch unbesetzte Ausbildungsstellen	Überhang 4.010	Überhang 4.087	77	1,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

¹⁹ Die Berufsberatungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist abhängig vom sogenannten Einschaltungsgrad der Agenturen für Arbeit, da weder für die Jugendlichen noch für die Betriebe ein Meldezwang besteht; sie bildet daher den Ausbildungsmarkt nicht vollständig ab, ermöglicht aber dennoch eine derzeit bestmögliche zeitnahe Beurteilung der Lage.

3. ARBEITSMARKT

3.8 AUSBILDUNGSSTELLENMARKT

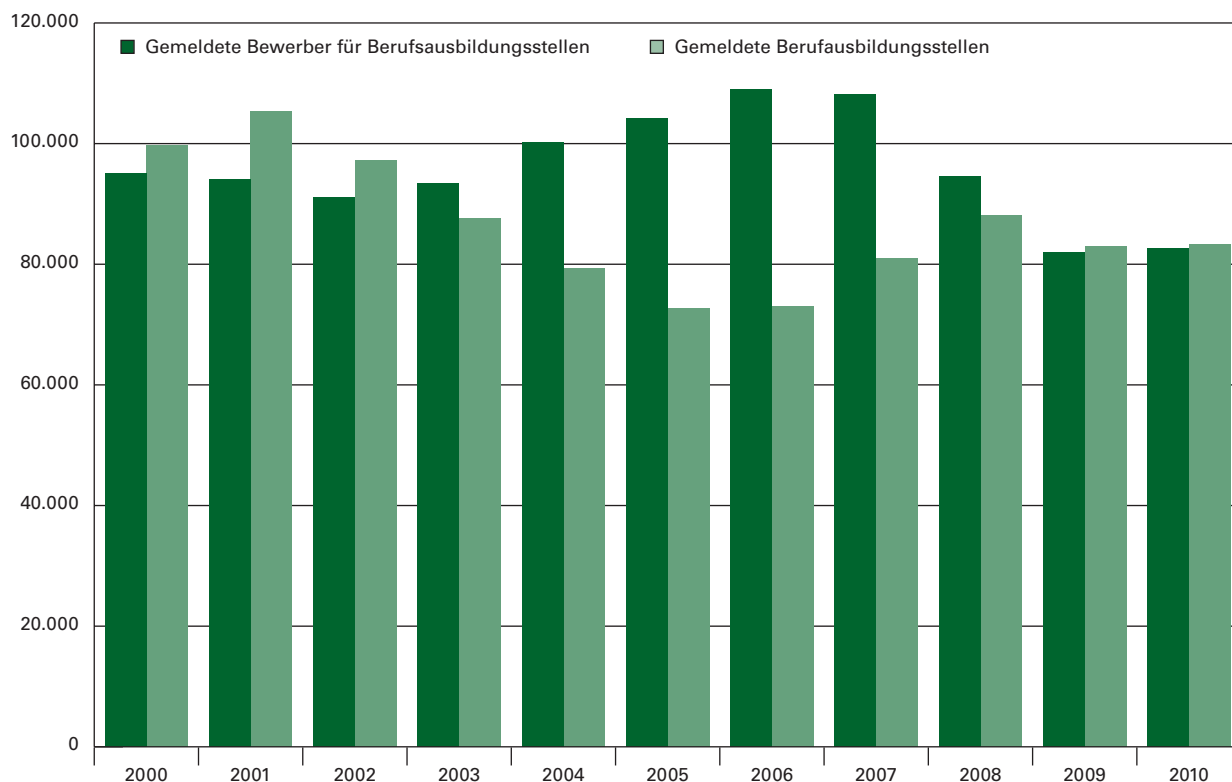
Ausbildungsstellenmarkt 2000 bis 2010: Aktuell positive Ausbildungsstellenbilanz

Während es in den Jahren 2000 bis 2002 mehr gemeldete Berufsausbildungsstellen als gemeldete Bewerber gab, entwickelten sich diese Relationen ab 2003 bis einschließlich 2008 negativ (aus der Sicht der Ausbildungsstellen-Suchenden) mit deutlich mehr Bewerbern als rechnerisch bayernweit verfügbaren Berufsausbildungsstellen²⁰.

In 2009 ergab sich erneut rechnerisch und bayernweit eine positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als Bewerbern aufgrund eines seit 2007 sehr starken jährlichen Rückganges der Zahl der Bewerber, d.h. deren Zahl schrumpfte schneller als der Rückgang an Ausbildungsstellen 2008 bis 2010. 2010 war die Ausbildungsstellenbilanz wieder ausgeglichen.

- Im Zeitraum vom 01.10.09 bis 30.09.10 hatten sich 82.622 Bewerber bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle bei den Agenturen für Arbeit gemeldet, 324 oder 0,4 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit nahm die Bewerberzahl erstmals seit 2008 wieder leicht zu.
- Von Oktober 2009 bis September 2010 wurden den Agenturen für Arbeit in Bayern insgesamt 83.247 Ausbildungsstellen gemeldet, rund 260 oder 0,3 % mehr als noch im Vorjahreszeitraum.
- Bis Ende September 2010 wurden – nach der Erhebung des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) – in Bayern 94.326 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen; das waren 762 bzw. 0,8 % mehr als im Vorjahr.

Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen jeweils am Ende des jeweiligen Berichtsjahres in Bayern



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

²⁰ Die Statistik nennt nur die seitens der Ausbildungsstellensuchenden und der Ausbildungsbetriebe bei der BA gemeldeten Zahlen (wichtig: keine Meldepflicht bei der Bundesagentur für Arbeit).

Im Berichtsjahr 2009/10 gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss sowie Anteil der zum 30.09.2010 noch unversorgten Bewerber in BY und WD

In Bayern wie in Westdeutschland ist sowohl die Anzahl der der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsjahr 2009/10 gemeldeten Bewerber als auch der gemeldeten Ausbildungsstellen wieder angestiegen.

Auch der Anteil der zum 30.09.2010 noch unversorgten Bewerber nahm – unbenommen der verschiedenen Nachvermittlungsaktivitäten – zu. Damit stieg im Freistaat die Quote der unversorgten Bewerber Ende September 2010 gegenüber dem Vorjahr von 0,8% auf 1,2% (WD: von 1,6% auf 1,9%).

Die Quote der unversorgten Bewerber war für beide Geschlechter gleich hoch. Sie betrug bei Ausländern 2,1% (WD: 2,0%).

Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss der Bewerber war der Anteil bei unversorgten Bewerbern ohne Hauptschulabschluss mit 3,2% am höchsten (WD: 4,8%). Am niedrigsten waren die Anteile bei Ausbildungsstellen-Suchenden mit Realschulabschluss und Fachhochschulreife. Bei Bewerbern mit Abitur stieg der Anteil wieder auf 2% an (WD: 1,7%).

Im Berichtsjahr 2009/10 gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen

Regionen	Merkmale	Insgesamt	darunter unversorgte Bewerber zum 30.9.	Anteil noch unversorgte Bewerber zum 30.09.
Bayern	Insgesamt	82.622	987	1,2
	Männer	44.729	527	1,2
	Frauen	37.893	460	1,2
	Deutsche	73.256	791	1,1
	Ausländer	9.259	194	2,1
	Ohne Hauptschulabschluss	1.159	37	3,2
	Hauptschulabschluss	35.596	469	1,3
	Realschulabschluss	31.473	241	0,8
	Fachhochschulreife	6.116	58	0,9
	Allgemeine Hochschulreife	2.802	57	2,0
	Keine Angabe	5.476	125	2,3
Westdeutschland	Insgesamt	457.260	8.494	1,9
	Männer	249.183	4.592	1,8
	Frauen	208.077	3.902	1,9
	Deutsche	399.594	7.350	1,8
	Ausländer	56.778	1.123	2,0
	Ohne Hauptschulabschluss	9.225	445	4,8
	Hauptschulabschluss	142.256	2.853	2,0
	Realschulabschluss	189.193	2.983	1,6
	Fachhochschulreife	55.011	1.065	1,9
	Allgemeine Hochschulreife	33.536	566	1,7
	Keine Angabe	28.039	582	2,1

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Agenturen für Arbeit, ARGen und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010, Berichtsjahr 2009/2010.

3. ARBEITSMARKT

3.8 AUSBILDUNGSSTELLENMARKT

Verbleib der Bewerber für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 2009/10 zum 30.09.2010 in Bayern und Westdeutschland: In Bayern deutlich besser

Rund zwei Drittel der Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle sind im Berichtsjahr 2009/2010 bis zum Ende September 2010 in Bayern in einer Berufsausbildung/Erwerbstätigkeit verblieben. Das sind gut 10 Prozentpunkte mehr als im westdeutschen Durchschnitt. Dabei sind die Unterschiede nach Geschlecht gering. Deutlich niedriger liegen die Werte für Ausländer und Ausländerinnen.

Mit 55,9% waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Bayern deutlich mehr Ausbildungsstellenbewerber in eine ungefördernde Ausbildungsstelle eingeflossen als im westdeutschen Durchschnitt (dort nur 41,3%). Dies gilt für beide Geschlechter sowie für Ausländer.

Zusammen mit den geförderten Berufsausbildungen (6,7%) nahmen 6 von 10 Bewerbern eine Berufsausbildung auf. Bei den Frauen war der Anteil der in eine Ausbildung einmündenden Bewerberinnen leicht höher als bei Männern, bei Deutschen erheblich höher als bei Ausländern (bei letzteren ist aber der Anteil der geförderten Berufsausbildungsplätze höher). Mit 8,4% versus 5,2% (bei Deutschen) ist die Einmündung von Ausländern in Fördermaßnahmen höher als bei Deutschen.

Bei 12% der Bewerber/-innen in Bayern bzw. 19,2% in Westdeutschland liegen keine Angaben über den Verbleib vor.

Verbleib der Bewerber für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 2009/10 zum 30.09.2010 in BY und WD (Angaben in Prozent)

Regionen	Verbleibsart zum 30.09.	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
		Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen
Bayern	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/Studium/Praktikum	15,3	15,1	15,5	14,7	14,4	15,0	19,8	20,3	19,2
	Berufsausbildung/Erwerbstätigkeit	66,2	65,9	66,5	67,9	67,7	68,1	52,9	52,0	53,9
	Berufsausbildung ungefördernd	55,9	54,5	57,5	58	56,7	59,4	39,5	37,6	41,8
	Berufsausbildung gefördernd	6,7	7,5	5,7	6,4	7,3	5,4	8,7	9,4	8,0
	Erwerbstätigkeit	3,6	3,9	3,4	3,5	3,7	3,3	4,6	5,0	4,2
	Gemeinnützige/soziale Dienste	1,1	1,2	0,9	1,2	1,3	1,0	0,3	0,2	0,4
	Fördermaßnahmen	5,5	5,9	5,1	5,2	5,4	4,8	8,4	9,1	7,5
	ohne Angabe eines Verbleibs	12,0	12,0	11,9	11,1	11,1	11,0	18,7	18,4	19,0
West-deutschland	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/Studium/Praktikum	17,1	16,5	17,9	16,5	15,9	17,2	21,7	21,2	22,3
	Berufsausbildung/Erwerbstätigkeit	55,2	55,6	54,8	56,6	57,0	56,1	46,0	46,4	45,5
	Berufsausbildung ungefördernd	41,3	40,6	42,2	43,0	42,4	43,8	29,4	28,1	31,0
	Berufsausbildung gefördernd	8,4	9,4	7,2	8,2	9,1	7,0	9,9	10,9	8,7
	Erwerbstätigkeit	5,5	5,7	5,4	5,4	5,4	5,3	6,7	7,3	5,9
	Fördermaßnahmen	7,0	7,2	6,6	6,8	7,1	6,5	7,7	8,1	7,3
	ohne Angabe eines Verbleibs	19,2	18,9	19,5	18,4	18,1	18,9	24,2	24,1	24,3

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Agenturen für Arbeit, ARGE n und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art des Verbleibs zum 30.09., Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010, Berichtsjahr 2009/2010.

Frühe Schulabgänger in % nach Geschlecht und Bundesländern

Bei einem seit den siebziger Jahren generell steigenden Qualifikationsniveau der Bevölkerung in Deutschland besteht für gering qualifizierte Personen die Gefahr, im Niedriglohnbereich arbeiten zu müssen oder sogar dauerhaft vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene haben Probleme, den Einstieg in das Erwerbsleben zu schaffen, wenn sie nicht über die entsprechenden formalen Qualifikationen verfügen.

In Bayern ist der Anteil früher Schulabgänger und Schulabgängerinnen* seit 2005 von 11,2% auf 8,8% in 2009 gesunken und bewegt sich deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (2005: 13,8%; 2009: 11,1%). Bayern verzeichnete damit 2009 unter allen Bundesländern den niedrigsten prozentualen Anteil von frühen Schulabgängern.

Differenziert nach Geschlecht ist festzustellen, dass seit 2006 in Bayern mehr Jungen als Mädchen die Schule vorzeitig verlassen haben (2009: 9,5% gegenüber 8,2%). Dies ist auch deutschlandweit der Fall (2009: 11,5% gegenüber 10,8%).

Bayern erfüllte bereits im Jahr 2009 das im Aktionsplan der EU-Kommission vom Januar 2011 festgelegte Kernziel der Strategie Europa 2020, die Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10% zu senken.

Frühe Schulabgänger* in % nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Insgesamt				
	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	12,5	12,4	12,1	10,1	9,5
Bayern	11,2	12,6	11,2	9,6	8,8
Hessen	13,3	14,7	12,1	12,4	11,4
Niedersachsen	16,0	14,6	14,0	13,0	12,6
Nordrhein-Westfalen	15,8	16,7	15,0	14,5	13,7
Rheinland-Pfalz	16,4	15,3	15,5	12,4	13,7
Deutschland	13,8	14,1	12,7	11,8	11,1
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,4	14,7	13,3	12,3	11,6
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	12,0	11,9	10,6	10,2	9,3
Männer					
Bayern	10,8	12,6	12,6	10,1	9,5
Deutschland	13,5	14,4	13,5	12,4	11,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,8	14,9	14,1	12,7	12,0
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	12,4	12,8	11,4	11,4	9,8
Frauen					
Bayern	11,5	12,5	9,9	9,0	8,2
Deutschland	14,2	13,8	12,0	11,2	10,8
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,9	14,6	12,6	11,9	11,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	11,5	11,0	9,8	8,9	8,8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Sozialberichterstattung, Eurostat

* Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

3. ARBEITSMARKT

3.8 AUSBILDUNGSSTELLENMARKT

Top Ten der Ausbildungsberufe 2010: Beständige Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass es bei den Berufswünschen kontinuierlich erhebliche Unterschiede je nach Geschlecht gibt (Daten für September 2010, Statistik der BA), was ein wesentlicher Grund für Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen ist.

Während bei den Männern der Kfz-Mechatroniker als Spitzenreiter weit vor dem Kaufmann im Einzelhandel liegt, ist es bei den Frauen die Bürokauffrau.

Deutlich wird auch, dass sich Berufswünsche der Frauen auf ein kleineres Spektrum von besonders begehrten

Berufen konzentrieren als bei den Männern und dabei auch stärker Dienstleistungsberufe vertreten sind. Frauen bewerben sich stärker auf Ausbildungsstellen für Berufe mit eher niedrigerem Lohnniveau.

Insgesamt war in Bayern wie im westdeutschen Durchschnitt unter den Top Ten bei Kaufleuten, Bürokaufleuten, Kraftfahrzeugmechatronikern und Medizinischen Fachangestellten die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen rund oder sogar etwas mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der gemeldeten Stellen.

Top Ten der Ausbildungsberufe 2010 insgesamt sowie nach Geschlecht in Bayern

Geschlecht	Berufe	Gemeldete Bewerber	Gemeldete Berufsausbildungsstellen ^{a)}	Bewerber/ Stellen BY	Bewerber/ Stellen WD
Insgesamt	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	6.184	4.590	1,3	1,9
	Bürokaufmann/Bürokauffrau	5.850	2.873	2,0	2,2
	Verkäufer/Verkäuferin	5.176	3.716	1,4	1,6
	Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatronikerin Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.360	1.812	1,9	2,3
	Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte	3.350	2.161	1,6	2,0
	Industriekaufmann/Industriekauffrau	3.320	2.532	1,3	1,2
	Industriemechaniker/Industriemechanikerin	2.793	2.099	1,3	1,3
	Friseur/Friseurin	2.727	1.613	1,7	1,7
	Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	1.970	1.958	1,0	^{b)}
	Koch/Köchin	1.781	2.740	0,7	2,2
Männer	Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatronikerin Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.186	1.812		
	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	2.776	4.590		
	Industriemechaniker/Industriemechanikerin	2.654	2.099		
	Verkäufer/Verkäuferin	1.825	3.716		
	Bürokaufmann/Bürokauffrau	1.798	2.873		
	Koch/Köchin	1.388	2.740		
	Industriekaufmann/Industriekauffrau	1.248	2.532		
	Elektroniker/Elektronikerin Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	1.239	1.303		
	Tischler/Tischlerin	1.087	785		
	Fachkraft für Lagerlogistik	1.027	1.356		
Frauen	Bürokaufmann/Bürokauffrau	4.052	2.873		
	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	3.408	4.590		
	Verkäufer/Verkäuferin	3.351	3.716		
	Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte	3.315	2.161		
	Friseur/Friseurin	2.543	1.613		
	Industriekaufmann/Industriekauffrau	2.072	2.532		
	Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	1.492	1.958		
	Hotelfachmann/Hotelfachfrau	1.153	2.512		
	Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte	1.073	2.056		
	Fachverkäufer/Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk Schwerpunkt Bäckerei	798	1.944		

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Agenturen für Arbeit, ARGE n und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Geschlecht und bei Agenturen für Arbeit und ARGE n gemeldete Berufsausbildungsstellen – Top10 der Berufe, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010, Berichtsjahr 2009/2010.

^{a)} Gesamtzahl, keine Geschlechtertrennung.

^{b)} In WD nicht unter den Top Ten.

Ausbildungsquoten: Am höchsten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gast- und Baugewerbe sowohl in Bayern wie bundesweit

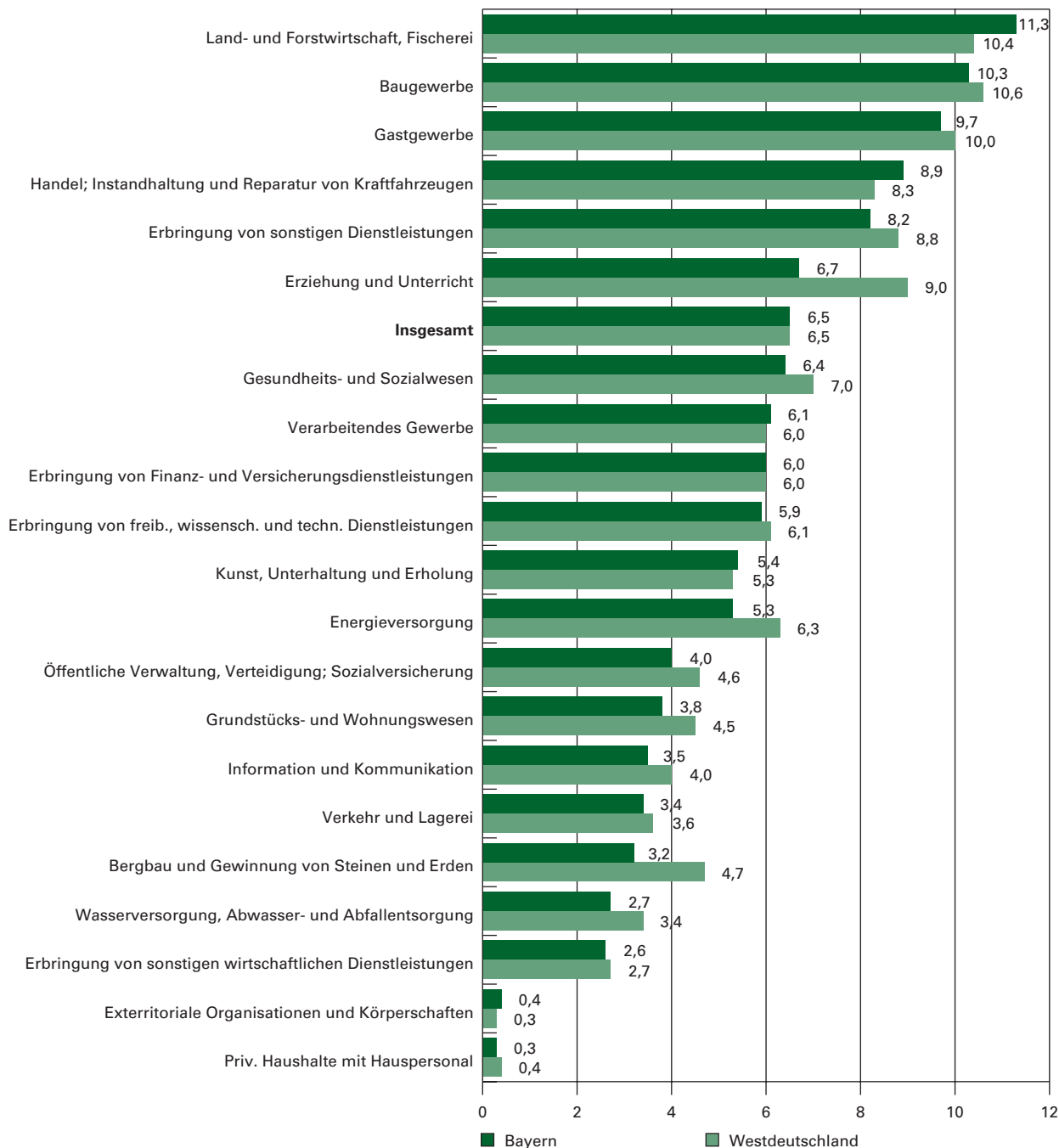
Wertet man die 12 Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Auszubildendenanteilen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der jeweiligen Branche in Bayern zum Stichtag 30.09.2010 aus, so zeigt sich, dass die höchsten Anteile dabei die Bereiche Land- und Forstwirtschaft/Fischerei und Baugewerbe mit jeweils über 10% sowie das Gastgewerbe mit 9,7% erzielen, also deutlich mehr als der bayerische Durchschnitt mit 6,5%. Die bayerische Ausbildungsquote lag 2010 um 0,1 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor und entsprach exakt dem westdeutschen Durchschnittswert.

Die in der Abbildung gezeigten 12 Wirtschaftsabschnitte mit den höchsten Auszubildendenquoten sind die gleichen wie im Vorjahr. Im Ranking haben sich im Vorjahresvergleich nur einige Positionen leicht verschoben; deutlich vom 10. auf den 6. Rang vorgerückt ist der Wirtschaftsabschnitt Erziehung und Unterricht. Die Auszubildendenquote in diesem Bereich ist in Bayern immer noch erheblich niedriger als im westdeutschen Durchschnitt, was an dem geringeren Anteil von Auszubildenden im sogenannten „Übergangssystem“ im Freistaat liegt.

3. ARBEITSMARKT

3.8 AUSBILDUNGSTELLENMARKT

Auszubildendenquote nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten in BY und WD 2010 (Angaben in %)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Agentur für Arbeit, ARGen und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010, Berichtsjahr 2009/2010.

3. ARBEITSMARKT

3.9 ANHANG

Entwicklung des Arbeitsvolumens 2000 bis 2008 nach Kreisen und kreisfreien Städten

	Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen insgesamt	davon		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzieren-des Gewerbe	Dienstleistungs-bereiche
Ingolstadt, krfr. Stadt	12,3	-24,3	7,7	17,0
München, krfr. Stadt	2,3	-32,3	-12,2	6,2
Rosenheim, krfr. Stadt	-1,5	-13,2	-10,7	1,5
Altötting, Landkreis	-0,2	-18,5	-8,1	9,4
Berchtesgadener Land, Landkreis	2,4	-10,9	-3,9	5,6
Bad Tölz-Wolfratshausen, Landkreis	1,9	-9,1	-3,0	5,2
Dachau, Landkreis	13,0	-17,4	2,3	20,8
Ebersberg, Landkreis	15,5	-11,9	-10,7	29,7
Eichstätt, Landkreis	11,1	-23,0	1,0	24,8
Erding, Landkreis	9,7	-16,3	-3,3	19,6
Freising, Landkreis	21,5	-7,2	1,9	30,0
Fürstenfeldbruck, Landkreis	6,8	-14,8	5,6	8,2
Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	-6,2	-13,6	-20,0	-2,5
Landsberg am Lech, Landkreis	8,7	-17,6	6,1	13,0
Miesbach, Landkreis	8,2	-11,0	5,8	11,2
Mühldorf a.Inn, Landkreis	1,7	-15,6	-3,5	8,7
München, Landkreis	12,8	-4,2	5,2	15,5
Neuburg-Schrobenhausen, Landkreis	2,7	-22,4	-12,5	19,3
Pfaffenhofen a.d.Ilm, Landkreis	9,5	-20,3	-3,7	23,4
Rosenheim, Landkreis	6,8	-14,5	0,0	13,1
Starnberg, Landkreis	11,7	-11,3	-5,9	19,9
Traunstein, Landkreis	3,1	-16,6	1,3	7,2
Weilheim-Schongau, Landkreis	7,8	-14,1	7,1	11,5
Reg.-Bez. Oberbayern	5,9	-15,7	-4,0	10,6
Landshut, krfr. Stadt	4,6	-9,9	-11,5	9,2
Passau, krfr. Stadt	7,3	-20,8	-5,1	11,9
Straubing, krfr. Stadt	11,8	-23,1	3,0	15,5
Deggendorf, Landkreis	6,5	-21,2	-0,8	16,0
Freyung-Grafenau, Landkreis	-5,2	-20,4	-15,6	6,0
Kelheim, Landkreis	3,2	-19,1	0,3	9,7
Landshut, Landkreis	4,5	-17,8	-2,6	16,9
Passau, Landkreis	2,7	-23,5	1,8	8,4
Regen, Landkreis	-6,9	-21,1	-10,1	-2,1
Rottal-Inn, Landkreis	-0,1	-23,9	0,6	6,0
Straubing-Bogen, Landkreis	1,8	-20,5	2,7	10,7
Dingolfing-Landau, Landkreis	4,4	-10,3	-0,7	17,2
Reg.-Bez. Niederbayern	3,0	-20,2	-2,4	10,5
Amberg, krfr. Stadt	1,1	-18,7	-3,2	3,9
Regensburg, krfr. Stadt	6,7	7,5	3,0	8,3
Weiden i.d.OPf., krfr. Stadt	1,7	-16,7	-23,4	10,4
Amberg-Weizbach, Landkreis	-3,7	-26,9	-8,4	5,6
Cham, Landkreis	6,8	-22,5	10,3	11,0
Neumarkt i.d.OPf., Landkreis	2,9	-26,4	-3,9	14,7
Neustadt a. d. Waldnaab, Landkreis	-2,7	-21,0	-3,5	2,8
Regensburg, Landkreis	8,9	-19,9	11,4	12,7
Schwandorf, Landkreis	4,0	-19,7	-4,4	14,3
Tirschenreuth, Landkreis	-5,1	-17,6	-11,8	5,0
Reg.-Bez. Oberpfalz	3,4	-21,9	-1,3	9,5
Bamberg, krfr. Stadt	0,8	50,5	-11,2	6,6
Bayreuth, krfr. Stadt	-6,4	-52,4	-12,6	-4,2
Coburg, krfr. Stadt	6,0	-29,9	-0,1	8,8
Hof, krsfr. Stadt	-4,4	-6,0	-19,4	0,7
Bamberg, Landkreis	5,8	-28,2	-3,4	22,8
Bayreuth, Landkreis	-5,1	-22,7	-14,8	7,4

3. ARBEITSMARKT

3.9 ANHANG

	Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen insgesamt	davon		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzieren-des Gewerbe	Dienstleistungs-bereiche
Coburg, Landkreis	-13,4	-21,6	-25,5	6,3
Forchheim, Landkreis	1,7	-22,1	-2,0	9,1
Hof, Landkreis	-8,5	-22,3	-16,4	1,5
Kronach, Landkreis	-6,6	-21,9	-13,2	3,0
Kulmbach, Landkreis	-3,5	-21,7	-13,4	6,8
Lichtenfels, Landkreis	-7,3	-26,7	-22,1	6,3
Wunsiedel i. Fichtelgeb., Landkreis	-8,3	-19,2	-16,7	-0,5
Reg.-Bez. Oberfranken	-3,8	-23,3	-13,9	4,9
Ansbach, krfr. Stadt	4,7	-12,1	-12,4	11,3
Erlangen, krfr. Stadt	8,7	-10,6	-2,4	16,0
Fürth, krfr. Stadt	-0,6	-16,5	-6,5	1,9
Nürnberg, krfr. Stadt	3,3	-7,0	-15,0	9,4
Schwabach, krfr. Stadt	-1,1	-12,5	-3,5	0,4
Ansbach, Landkreis	-1,2	-24,0	-5,2	8,4
Erlangen-Höchstädt, Landkreis	15,4	-18,4	19,9	15,1
Fürth, Landkreis	-4,1	-22,5	-11,5	1,8
Nürnberger Land, Landkreis	1,8	-28,9	-2,8	7,4
Neustadt(Aisch)-Bad Windsh., Landkreis	2,5	-22,3	-7,3	16,2
Roth, Landkreis	5,2	-24,5	-5,8	16,8
Weißenburg-Gunzenhs., Landkreis	-3,9	-22,7	-12,7	6,1
Reg.-Bez. Mittelfranken	3,1	-22,1	-7,0	9,5
Aschaffenburg, krfr. Stadt	9,8	-21,2	-10,4	18,7
Schweinfurt, krfr. Stadt	8,9	-71,5	17,4	3,6
Würzburg, krfr. Stadt	-1,2	-26,0	-25,1	4,5
Aschaffenburg, Landkreis	3,9	-16,5	-8,3	14,8
Bad Kissingen, Landkreis	-2,9	-28,0	-11,8	4,0
Rhön-Grabfeld, Landkreis	-2,1	-22,4	-8,4	5,8
Haßberge, Landkreis	-7,1	-24,8	-8,8	-2,2
Kitzingen, Landkreis	6,5	-12,4	-5,0	17,6
Miltenberg, Landkreis	-1,2	-14,9	-14,9	13,9
Main-Spessart, Landkreis	4,8	-20,7	6,9	5,9
Schweinfurt, Landkreis	2,9	-23,8	-8,1	13,5
Würzburg, Landkreis	10,2	-16,3	-1,6	20,1
Reg.-Bez. Unterfranken	2,7	-20,6	-5,8	9,5
Augsburg, krfr. Stadt	0,4	-15,2	-15,8	7,3
Kaufbeuren, krfr. Stadt	-4,8	-15,0	-12,1	-2,2
Kempton (Allgäu), krfr. Stadt	9,6	-17,3	-14,6	18,1
Memmingen, krfr. Stadt	11,3	-8,8	6,5	14,8
Aichach-Friedberg, Landkreis	5,0	-20,4	-2,5	13,9
Augsburg, Landkreis	5,4	-21,4	-5,4	15,4
Dillingen a.d.Donau, Landkreis	0,1	-21,7	-8,9	11,1
Günzburg, Landkreis	5,5	-23,4	2,6	10,7
Neu-Ulm, Landkreis	3,8	-21,2	-2,4	9,6
Lindau (Bodensee), Landkreis	5,2	-14,6	0,1	11,4
Ostallgäu, Landkreis	4,7	-18,8	8,7	6,8
Unterallgäu, Landkreis	0,6	-23,7	3,6	3,9
Donau-Ries, Landkreis	6,5	-20,6	-1,5	19,0
Oberallgäu, Landkreis	1,9	-15,2	0,1	5,4
Reg.-Bez. Schwaben	3,6	-19,9	-3,5	10,1
Bayern	3,5	-19,8	-5,1	9,7
davon				
kreisfreie Städte	3,2	-19,6	-8,6	7,5
Landkreise	3,8	-19,8	-3,4	11,8
davon hat einen Anteil am gesamten Arbeitsvolumen 2008 in Bayern	100,0	3,7	29,4	66,9

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. – Berechnungsstand: August 2009

KAPITEL 4

Menschen mit Migrationshintergrund



4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.0 ÜBERBLICK

KAPITEL 4: MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND.....	SEITE
--	-------

4.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick	174
4.1 Bevölkerungsstruktur	176
4.2 Wohlstand, Armut, Reichtum	180
4.3 Erwerbstätigkeit	184
4.4 Erwerbslosigkeit	186
4.5 Kinderbetreuung	190

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Als Person mit Migrationshintergrund (Mh) gilt

- wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder
- im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder
- in Deutschland geboren worden ist und eingebürgert wurde, oder
- ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

2009 hatten 20% der Menschen in Bayern – fast 2,5 Mio. (davon rund 940.000 Personen Ausländer) – einen Mh (früheres Bundesgebiet: 22%), 13,5% hatten eine eigene Migrationserfahrung. Menschen mit Mh lebten vorrangig in Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben (Bevölkerungsanteil 23,8% bzw. 23,0% bzw. 21,2%) und weniger in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken (Anteile unter 14%, in Unterfranken 16,3%).

Die größten Einzelgruppen bildeten 2009 Personen aus der Türkei (2,5% der Bevölkerung), Rumänien (1,3% der Bevölkerung), Polen (1,1%), dem ehemaligen Jugoslawien (1,6%) sowie der ehemaligen Sowjetunion (1,2%). 29% der Personen mit Mh lebten von Geburt an in Bayern, 52% leben schon länger als 10 Jahre im Freistaat.

Der Wanderungssaldo Bayerns war in den Jahren 2001 bis 2009 positiv, im Trend aber rückläufig. Dies betraf sowohl den innerdeutschen Wanderungssaldo also als auch den Auslandswanderungssaldo, der in 2008 und 2009 aber negativ war.

Menschen mit Mh sind im Durchschnitt deutlich jünger als solche ohne Mh: Rund 25% der Menschen mit einem Mh waren unter 18 Jahren, bei jenen ohne Mh waren es hingegen 15%. 2009 waren rund 9% der Wahlberechtigten solche mit einem Mh.

Geringfügige Beschäftigung wird von Menschen mit einem Mh häufiger ausgeübt als ohne Mh. Die Erwerbslosenquote war 2009 mehr als doppelt so hoch bei Menschen mit Mh im Vergleich zu jenen ohne Mh. Die Armutsgefährdungsquote lag bei Menschen mit Mh doppelt so hoch wie bei jenen ohne Mh. Die Erwerbstätigkeit ist bei beiden Gruppen mit etwas über 50% die Haupteinnahmequelle.

Das Äquivalenzeinkommen (mittlerer Wohlstand) von Menschen mit Mh lag 2009 bei 83% des bayerischen Durchschnitts (=100%), jenes von Menschen ohne Mh bei 104%. Bei beiden Gruppen war die Verteilung über die Altersgruppen ähnlich.

Die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Mh lag 2009 bei 23,3%, bei Menschen ohne Mh bei 11,2%. Gleichwohl sind von Armut über eine Million Menschen ohne Mh gefährdet, bei jenen mit Mh waren es rund 0,56 Mio. Menschen.

Von den Menschen mit Mh und Vollzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers waren 2009 12,2% armutsgefährdet, ohne Mh hingegen 3,9%. Bei einer Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers lag die Armutsgefährdung bei Menschen mit Mh bei 45,2%, ohne Mh bei 25,6%. Bei einem Bezug von Arbeitslosengeld betraf eine Armutsgefährdung 58,6% der Menschen mit Mh, ohne Mh 36,4%.

Die Armutsgefährdungsquoten für Menschen mit Mh lagen in allen Regierungsbezirken über 20%, ohne Mh unter 12%. Am höchsten war die Quote in Mittelfranken mit 27,6%.

Besonders erhöht ist die Armutsgefährdung bei Menschen mit Mh bei zwei Erwachsenen mit drei und mehr Kindern, bei Nichterwerbspersonen, bei Rentnern, bei Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers sowie bei Bezug von Arbeitslosengeld. Bei Arbeitslosengeld II-Bezug bestehen nur minimale Unterschiede.

Die Reichtumsquote von Menschen mit Mh erreichte 2009 5,1%, bei Menschen ohne Mh 8,7%.

Die Erwerbsquote von Personen mit Mh lag 2009 in Bayern 4,7 Prozentpunkte unter jener von Personen ohne Mh. Besonders ausgeprägt war diese geringere Erwerbsquote bei den 25- bis 50-Jährigen, und zwar weit überwiegend bei Frauen. Die Erwerbsquoten der Personen mit Mh lagen in allen bayerischen Regierungsbezirken deutlich über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes.

Die Erwerbslosenquote 2009 lag in Bayern bei Personen

- mit Mh bei 9,6%,
- ohne Mh bei 4,0%.

Dieser Unterschied von 5 bis 6%-Punkten bestand bei allen Altersgruppen.

Von Langzeitarbeitslosigkeit waren 2009 in Bayern nur 1,3% der Menschen ohne Mh betroffen, bei jenen mit einem Mh waren es 3,2%. Hinsichtlich des Alters sind es besonders die älteren Arbeitnehmer mit einem Mh, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Bei jenen ohne Mh steigt die Zahl zwar auch etwas an, aber nicht annähernd so stark wie bei Personen mit einem Mh.

Hinweis auf Kapitel 5 (Soziale Leistungen): Die Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren mit Mh lagen 2010 nur etwa auf dem halben Niveau im Vergleich zu Kindern ohne Mh: für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren mit Mh hat sich in Bayern gegenüber dem Vorjahr die Betreuungsquote deutlich erhöht, lag aber immer noch unter der Quote für Kinder ohne Mh.

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.1 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

20 % der Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund und 13,5 % eine eigene Migrationserfahrung

Als Person mit Migrationshintergrund (Mh) gilt

- wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder
- im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder
- in Deutschland geboren worden ist und eingebürgert wurde, oder
- ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Unterschieden wird oftmals zwischen Personen mit Mh im „weiteren“ und im „engeren“ Sinne. Im „weiteren Sinne“ umfasst die Gesamtheit aller Personen mit Mh, d.h.

- deren Migrationshintergrund nicht durchgehend bestimmbar ist sowie jene
- mit Migrationshintergrund im engeren Sinn. Letztere sind jene mit
 - eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte) sowie
 - ohne eigene Migrationserfahrung (nicht Zugewanderte: Ausländer in der 2. und 3. Generation, Eingebürgerte, Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil)²¹.

Im Jahr 2009 hatten 20% der Menschen in Bayern – fast 2,5 Mio. – einen Migrationshintergrund, 13,5% hatten eine eigene Migrationserfahrung. Im früheren Bundesgebiet lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei 22% (15,4 Mio.).

Von den rund 2,4 Mio. Personen mit eigener Migrationserfahrung waren rund 940.000 Personen Ausländer (7,5% der Bevölkerung), die weit überwiegende Mehrheit von 1,4 Millionen Personen hatten hingegen eine deutsche Staatsbürgerschaft.

In Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben hatten 23,8 bzw. 23,0 bzw. 21,2% der Bevölkerung 2009 einen Migrationshintergrund, in Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken lag der Anteil unter 14%, in Unterfranken bei 16,3%.

Bevölkerung nach Migrationsstatus 2009, in 1.000

Migrationsstatus	Früheres Bundesgebiet und Berlin		Bayern		
Bevölkerung insgesamt	68.925		12.510		
Personen ohne Migrationshintergrund	53.494		10.047		
Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn	15.431		2.463		
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn			mit eigener Migrationserfahrung		
	zusammen	zusammen	zusammen	Ausländer	ohne eigene Migrationserfahrung
	15.098	2.406	1.682	943	724

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Statistisches Bundesamt

²¹ Vgl. detaillierter zu Definitionen und Daten Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden, 2010.

Rund jeweils 1/3 der Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund aus der EU27 sowie aus dem sonstigen Europa

Rund 2/3 aller Personen mit Migrationshintergrund (Mh) haben diesen in europäischen Ländern, je zur Hälfte in Ländern der EU-27 und dem sonstigen Europa.

Die größten Gruppen bilden Personen mit der Türkei (2,5% der Bevölkerung), Rumänien (1,3% der Bevöl-

kerung), Polen (1,1%), dem ehemaligen Jugoslawien (1,6%) sowie der ehemaligen Sowjetunion (1,2%) als Mh.

29% der Personen mit Mh leben von Geburt an in Bayern, 52% leben schon länger als 10 Jahre im Freistaat.

Bevölkerung nach Migrationsstatus 2009, in %

Migrationsstatus	Früheres Bundesgebiet und Berlin	Bayern	
Bevölkerung insgesamt	100,0	100,0	
davon Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn	22,4	19,7	
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn, davon mit folgendem Migrationshintergrund	zusammen	insgesamt	davon mit eigener Migrationserfahrung
	21,9	19,2	13,4
mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit			
Europa	14,4	13,4	10,0
EU-27	6,6	6,9	5,3
Griechenland	0,5	0,6	0,4
Italien	1,1	0,9	0,6
Polen	1,8	1,1	0,9
Rumänien	0,6	1,3	1,2
Sonstiges Europa	7,9	6,5	4,7
Bosnien und Herzegowina	0,3	0,4	0,3
Kroatien	0,5	0,7	0,5
Russische Föderation	1,4	1,2	1,1
Serbien und Montenegro	0,4	0,5	0,3
Türkei	3,6	2,5	1,5
Ukraine	0,3	0,3	0,3
Afrika	0,7	0,4	0,2
Amerika	0,5	0,7	0,5
Asien, Australien und Ozeanien	2,8	2,1	1,9
Ohne Angabe bzw. unzutreffend	3,5	2,6	0,9
nachrichtlich			
Gebiete des ehemaligen Jugoslawien	1,9	2,1	1,5
Gebiete der ehemaligen Sowjetunion	3,4	2,9	2,7
mit einer Aufenthaltsdauer von			
Geburt an	7,0	5,6	0,0
unter 5 Jahren	1,3	1,3	1,3
5–10 Jahren	2,0	1,9	1,9
10–15 Jahren	2,2	2,1	2,1
15–20 Jahren	2,8	2,5	2,5
20 Jahren und mehr	6,2	5,4	5,4
ohne Angabe zum Zuzugsjahr	0,4	0,3	0,3

Quelle: Mikrozensus 2009, Statistisches Bundesamt

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

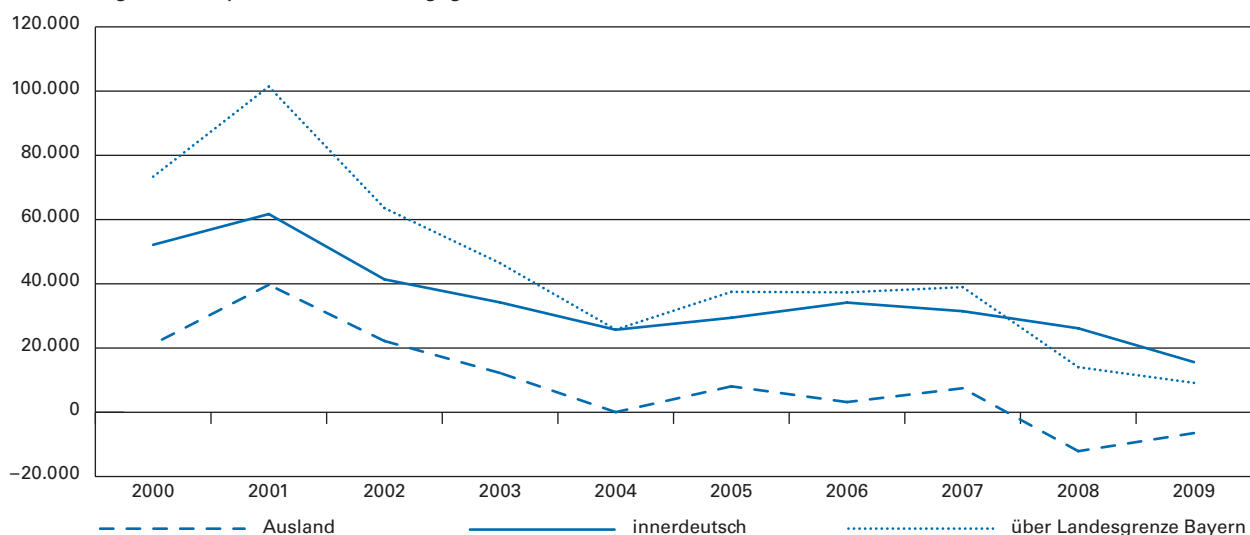
4.1 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Wanderungssaldo: Seit 2001 rückläufiger positiver Wanderungssaldo, Bayern meist Ziel junger Menschen während und nach der Berufsausbildung

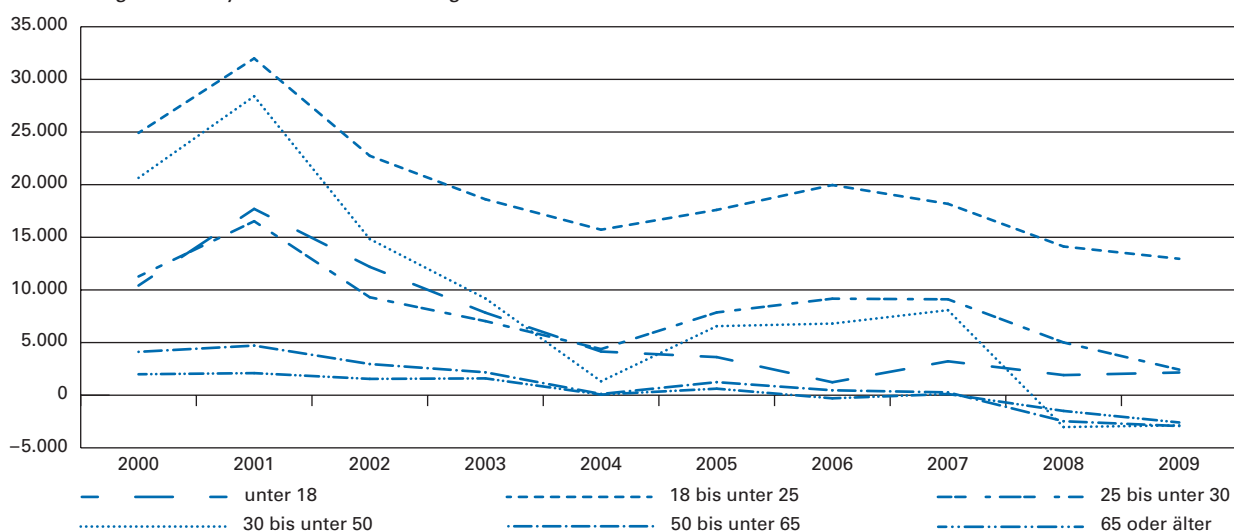
Der Wanderungssaldo Bayerns war in den Jahren 2001 bis 2009 positiv, im Trend aber rückläufig. Dies betraf sowohl den innerdeutschen Wanderungssaldo als auch den Auslandswanderungssaldo, der in 2008 und 2009 sogar negativ war. Mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 (für Arbeitnehmer aus den EU-Beitrittsländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) ist aber für 2011 wieder ein positiver Auslandswanderungssaldo zu erwarten.

Es sind weit überwiegend junge Menschen aus dem übrigen Deutschland unter 30 Jahren, die für einen positiven Wanderungssaldo in Bayern sorgen. Die Zuwanderung älterer Menschen im Alter von 55 und mehr Jahren ist gering, der Wanderungssaldo der über 65-Jährigen und Älteren seit 2008 negativ.

Wanderungssaldo Bayern 2000 bis 2009, gegenüber dem Ausland und anderen Bundesländern



Wanderungssaldo Bayern 2000 bis 2009 insgesamt nach dem Alter



Menschen mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt jünger, häufiger Hochschulabsolventen/-innen, öfter Arbeiter/-innen, weniger Selbstständige, haben eine höhere Armutsgefährdung und weniger Wohneigentum

Menschen mit Migrationshintergrund (Mh) sind im Durchschnitt deutlich jünger als solche ohne Mh: Rund 25% der Menschen mit einem Mh waren unter 18 Jahren, bei jenen ohne Mh waren es hingegen 15%.

Obwohl der Anteil von Menschen mit Mh an der Gesamtbevölkerung rund 20% ausmacht, waren 2009 nur rund 9% der Wahlberechtigten solche mit einem Mh.

Sowohl in Bayern wie im Bundesgebiet ist der Anteil der Bevölkerung mit einer Hochschulreife in der Gruppe der Menschen mit Mh höher als in der Gruppe ohne Mh. Zugleich ist der Anteil der Arbeiter/-innen bei jenen mit einem Mh wesentlich höher als ohne Mh, der Anteil der Selbstständigen ist jedoch bei Menschen mit Mh niedriger.

Geringfügige Beschäftigung wird von Menschen mit einem Mh häufiger ausgeübt als ohne Mh.

Die Erwerbslosenquote war 2009 mehr als doppelt so hoch bei Menschen mit Mh im Vergleich zu jenen ohne Mh.

Die Armutsgefährdungsquote lag bei Menschen mit Mh doppelt so hoch wie bei jenen ohne Mh. Die Erwerbstätigkeit ist bei beiden Gruppen mit etwas über 50% die Haupteinnahmequelle.

Die Wohneigentümerquote war bei Menschen mit Mh nicht halb so hoch wie bei jenen ohne Mh, erreicht aber auch in Bayern bei jenen ohne Mh nicht die 50% Schwelle. Die Wohnfläche je Familienmitglied war bei der Gruppe derer mit Mh fast ein Drittel niedriger als bei jenen ohne Mh.

Strukturmerkmale: Bevölkerung mit/ohne Migrationshintergrund in Bayern und Deutschland

	Bayern		Deutschland	
	Migrationshintergrund			
	mit	ohne	mit	ohne
Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren an der jeweiligen Bevölkerung 2009	24,7	15,3	25,7	14,0
Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund 2009 an allen Deutschen ab 18 Jahren	9,1	–	9,3	–
Anteil der erwachsenen Bevölkerung in Paargemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	31,7	22,0	33,3	19,2
Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren mit Hochschulreife 2009	26,0	21,0	25,1	23,8
Anteil der Arbeiterinnen/Arbeiter 2009	40,9	23,3	41,4	23,9
Anteil der Selbstständigen 2009	9,9	12,2	10,0	10,8
Anteil abhängig Erwerbstätiger mit geringfügiger Beschäftigung 2009	9,9	7,9	13,7	8,6
Erwerbslosenquoten 2009 für die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen	9,7	4,0	13,0	6,6
Armutsgefährdungsquote (Einkommen unter 60% des Medianeinkommens der jeweiligen Region) 2009	23,3	11,2	26,6	11,7
Anteil von Personen mit Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 2009	54,4	52,3	47,6	49,2
Eigentümerquote 2006 (Personen mit Wohneigentum bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt am Hauptwohnsitz)	21,2	48,7	22,4	43,8
Wohnfläche je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2006	25,0	33,7	24,2	32,3

Quelle: Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005–2009, Teil 1 Ergebnisse, Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK); Daten des Mikrozensus

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.2 WOHLSTAND, ARMUT, REICHTUM

Menschen mit Migrationshintergrund haben einen rund 20 % geringeren mittleren Wohlstand, eine etwa doppelt so hohe Armutsgefährdung, aber fast 2/3 der Reichtumsquote von Menschen ohne Migrationshintergrund

Das Äquivalenzeinkommen (mittlerer Wohlstand) von Menschen mit Mh lag 2009 bei 83% des bayerischen Durchschnitts (=100%), jener von Menschen ohne Migrationshintergrund bei 104%. Bei beiden Gruppen ist die Verteilung über die Altersgruppen ähnlich: Bei den Älteren ist der mittlere Wohlstand am geringsten, bei den 25- bis unter 65-Jährigen am höchsten.

Die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund lag 2009 bei 23,3%, bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei 11,2%. Gleichwohl sind von Armut über eine Million Menschen ohne Migrationshintergrund bedroht, bei jenen mit Migrationshintergrund sind es rund 0,56 Mio. Menschen. In beiden Gruppen betrifft eine erhöhte Armutsgefährdung wiederum die Älteren, die absolut größte Zahl stellen jedoch jeweils die 25- bis unter 65-Jährigen.

Die Reichtumsquote von Menschen mit Migrationshintergrund erreichte 2009 5,1%, bei Menschen ohne Migrationshintergrund 8,7%. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund waren rund 124.000 Personen als reich einzustufen, bei jenen ohne Migrationshintergrund 824.000 Menschen (jeweils in 2009).

Werden Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit verglichen, so waren die Unterschiede etwas ausgeprägter als bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund, obwohl Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nur rund 55% jener Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund ausmachten, d.h. der Personenkreis jener mit Migrationshintergrund wesentlich größer ist als jener ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Einkommensverteilung* in Bayern 2009 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Armuts- gefährdungs- quoten ¹⁾	Armuts- gefährdete Personen ²⁾	Äquivalenzeinkommen ³⁾		Reichtums- quoten ⁴⁾	Reiche Personen ⁵⁾
	%	1.000	EUR	in % von insgesamt	%	1.000
Insgesamt	13,7	1.635	1.431	100	7,9	948
Staatsangehörigkeit						
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	26,9	310	1.156	81	5,3	62
mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,3	1.325	1.460	102	8,2	886
Migrationshintergrund						
mit Migrationshintergrund	23,3	565	1.194	83	5,1	124
unter 25	26,6	218	1.112	78	3,5	29
25 bis unter 65	20,3	278	1.273	89	6,2	85
65 und älter	30,2	69	1.085	76	4,6	11
ohne Migrationshintergrund	11,2	1.070	1.491	104	8,7	824
unter 25	13,3	296	1.397	98	5,5	122
25 bis unter 65	8,4	439	1.626	114	11,2	585
65 und älter	16,3	335	1.290	90	5,7	117

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Gemessen am Landesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung mit gültigen Einkommensangaben. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet;

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen;

²⁾ Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen;

³⁾ Median des Äquivalenzeinkommens;

⁴⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen;

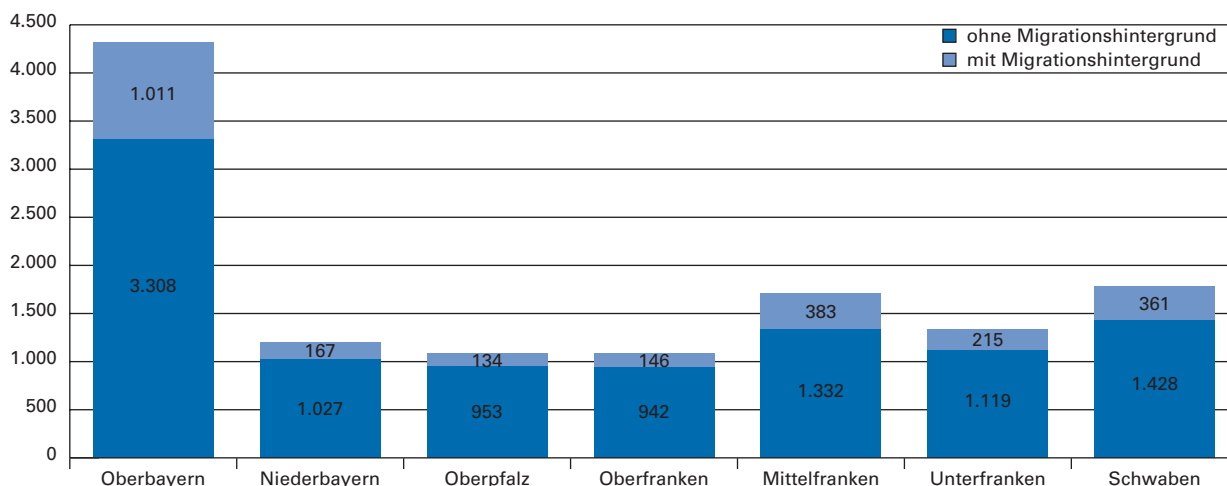
⁵⁾ Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen.

Menschen mit Migrationshintergrund

Rund 42 % aller Menschen mit Migrationshintergrund (Mh) in Bayern in 2008 (insgesamt 2,42 Mio.) lebten in

Oberbayern sowie rund 15 % jeweils in Mittelfranken und Schwaben.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Regierungsbezirken 2008, in 1.000



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2008, Ergebnisse des Mikrozensus, Wiesbaden 2010

Die Armutsgefährdungsquoten für Menschen mit Mh lagen in allen Regierungsbezirken über 20 %, ohne Mh unter 12 %. Am höchsten war die Quote in Mittelfranken mit 27,6 %. Zugleich war in Mittelfranken der Unterschied in der Armutsgefährdung zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit weit überdurchschnittlich, deutlich überdurchschnittlich auch noch in Oberfranken.

Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit war die Armutsgefährdung zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit noch ausgeprägter als hinsichtlich des Migrationshintergrundes, wiederum besonders hoch in Mittelfranken und Oberfranken.

Armutsgefährdungsquoten* in den Regierungsbezirken 2009**
(Quoten bezogen auf den jeweiligen Regierungsbezirksmedian)

Merkmal	Regierungsbezirk						
	Ober-bayern	Nieder-bayern	Oberpfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwaben
	%						
Insgesamt	14,9	12,6	13,4	13,7	14,6	13,5	11,9
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	26,1	32,7	24,0	34,1	34,3	29,6	24,5
mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	11,4	12,8	12,6	12,3	12,3	10,5
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	23,3	23,0	24,5	26,4	27,6	23,2	20,4
unter 25	26,7	24,4	28,4	28,4	30,3	25,9	23,3
25 bis unter 65	20,4	22,2	20,3	23,7	24,5	20,4	16,5
65 und älter	29,2	/	/	/	35,8	(30,1)	31,7
ohne Migrationshintergrund	12,2	10,8	11,6	11,8	10,6	11,6	9,5
unter 25	15,2	8,5	13,3	15,9	13,0	14,9	10,6
25 bis unter 65	9,0	7,5	8,4	9,4	8,4	8,6	7,0
65 und älter	17,2	22,2	18,4	13,6	13,6	15,5	14,4

* Gemessen am Regierungsbezirksmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung mit gültigen Einkommensangaben. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

** Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen je 100 Personen

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.2 WOHLSTAND, ARMUT, REICHTUM

Armutsgefährdung im detaillierten Vergleich

Während die Armutsgefährdungsquote bei Personen ohne Migrationshintergrund (Mh) im Jahr 2009 11,2% betrug, lag sie bei jenen mit Mh bei 23,3%.

Besonders erhöht ist die Armutsgefährdung bei Menschen mit Mh bei zwei Erwachsenen mit drei und mehr

Kindern, bei Nichterwerbspersonen, bei Rentnern, bei Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers sowie bei Bezug von Arbeitslosengeld. Bei Arbeitslosengeld II-Bezug bestehen nur minimale Unterschiede.

Armutsgefährdungsquoten in Bayern 2009 (Landesmedian, neue OECD-Skala)

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

	Migrationshintergrund							
	mit Migrationshintergrund				ohne Migrationshintergrund			
	Alter unter 25	25 bis unter 65	65 und älter	insge- samt	Alter unter 25	25 bis unter 65	65 und älter	insge- samt
	%							
Insgesamt	26,6	20,3	30,2	23,3	13,3	8,4	16,3	11,2
Haushaltstyp*								
Einpersonenhaushalt	54,3	26,4	36,5	31,2	49,3	16,7	23,8	21,9
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	14,8	14,3	28,6	17,0	7,3	4,6	12,6	7,4
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	49,4	45,7	/	48,1	40,9	34,1	/	38,1
Ein(e) Erwachsene(r) und ein Kind	42,2	(38,0)	/	40,3	34,6	29,1	/	32,0
Ein(e) Erwachsene(r) und zwei oder mehr Kinder	55,1	(58,4)	/	56,0	46,7	43,4	/	45,7
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	23,6	21,7	/	22,7	7,3	6,2	/	6,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	18,0	15,7	/	16,7	6,5	5,1	/	5,6
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	19,9	21,3	/	20,5	5,7	5,7	/	5,7
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	35,8	38,2	/	36,7	11,8	11,8	/	11,8
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	28,1	24,9	/	26,3	10,4	8,5	/	9,4
Familienstand des/der Haupteinkommensbeziehers/-in								
ledig	36,0	18,3	/	23,1	33,3	11,5	15,6	16,5
verheiratet, zusammenlebend	22,9	18,8	29,9	21,3	6,0	5,1	13,4	7,0
geschieden	40,4	30,4	(41,4)	34,2	24,7	17,7	23,4	20,2
dauernd getrennt lebend	41,3	24,8	/	30,4	33,9	17,6	(20,5)	22,6
verwitwet	/	32,7	32,3	33,3	(18,4)	16,3	21,3	20,3
Erwerbsstatus des/der Haupteinkommensbeziehers/-in								
Erwerbstätige	20,4	12,7	/	15,5	8,9	4,7	9,1	6,1
Selbständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	16,6	14,1	/	14,9	8,1	6,4	19,1	7,9
abhängig Erwerbstätige	20,9	12,5	/	15,6	9,1	4,4	(3,9)	5,8
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	/	/	/	/	/	/	/	/
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	14,5	8,7	/	10,7	8,6	3,8	/	5,2
Arbeiter/-innen	28,0	17,2	/	21,3	12,8	7,2	/	8,9
Grundwehr- und Zivildienstleistende	/	/	/	/	/	/	/	/
Erwerbslose	74,2	69,2	/	70,7	70,7	60,8	/	63,2
Nichterwerbspersonen	61,6	52,6	34,5	45,6	57,9	25,9	17,2	21,5
Rentner/-innen	/	34,2	34,6	34,6	/	14,1	19,1	18,7
Pensionär/-innen	/	/	/	/	/	/	/	/
Personen im Alter von unter 25 Jahren	77,3	/	/	71,3	81,8	/	/	79,2
sonstige Nichterwerbspersonen	58,7	58,0	(53,5)	57,9	45,7	31,1	(19,1)	32,3
Erwerbsumfang und Transferbezug des/der Haupteinkommensbeziehers/-in								
Vollzeiterwerbstätigkeit	16,6	9,7	/	12,2	6,0	3,0	(4,5)	3,9
Teilzeiterwerbstätigkeit	52,4	42,0	/	45,2	33,9	22,6	17,4	25,6
mit Wohngeldbezug	(46,2)	(55,4)	(83,1)	57,1	(34,6)	(39,1)	/	40,2
mit ALG I-Bezug	66,4	54,7	/	58,6	45,0	33,6	/	36,4
mit ALG II-Bezug	81,2	83,9	/	82,7	81,8	86,8	/	84,9
ALG II-Bezug mit Vollzeiterwerbstätigkeit	/	/	/	/	/	/	/	/
ALG II-Bezug mit Teilzeiterwerbstätigkeit	78,0	79,4	/	78,9	(71,4)	79,8	/	76,6
ALG II-Bezug ohne Erwerbstätigkeit	83,0	86,1	/	84,8	85,9	89,3	/	88,1
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	(76,4)	74,0	(74,5)	74,7	(55,1)	63,8	78,2	66,2
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher/-in)								
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	74,5	(48,1)	/	63,6	79,9	57,4	/	71,8
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	42,9	34,9	42,7	38,6	38,2	26,1	33,2	31,3
Anlernberuf, Praktikum	/	/	/	(25,9)	/	(19,7)	(19,6)	20,7
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	21,9	17,3	26,5	19,6	11,9	8,7	12,4	10,2
Meister, Techniker, Fachschule	(15,0)	(11,0)	/	13,3	5,9	4,4	9,3	5,6
(Fach-) Hochschule	9,8	9,9	(14,4)	10,2	2,2	2,2	/	2,2

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

* Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

Reichtumsquoten im detaillierten Vergleich

Die Reichtumsquote von Personen mit einem Migrationshintergrund (Mh) war um 3,6 Prozentpunkte niedriger als bei jenen ohne Mh.

Markant höher war die Reichtumsquote bei Personen ohne Mh bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder,

bei zwei Erwachsenen und einem Kind sowie in ganz besonderer Weise bei Selbstständigen: Bei letzteren beträgt der Unterschied 9,7 Prozentpunkte. Dabei war aber auch bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund die Reichtumsquote mit 14,5% weit überdurchschnittlich.

Reichtumsquoten* in Bayern 2009 nach soziodemografischen Merkmalen

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

Merkmal	Migrationshintergrund	
	mit	ohne
	%	
Insgesamt	5,1	8,7
Haushaltstyp**		
Einpersonenhaushalt	5,5	6,4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	7,2	11,4
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	/	(2,3)
Ein(e) Erwachsene(r) und ein Kind	/	(3,5)
Ein(e) Erwachsene(r) und zwei oder mehr Kinder	/	/
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	4,3	7,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	5,3	10,0
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	4,5	6,9
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	/	5,6
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	/	4,1
Familienstand des/der Haupteinkommensbezieher/-in		
ledig	6,4	8,4
verheiratet, zusammenlebend	5,1	9,4
geschieden	(4,4)	6,6
dauernd getrennt lebend	/	11,8
verwitwet	/	4,2
Erwerbsstatus des/der Haupteinkommensbezieher/-in		
Erwerbstätige	6,0	10,4
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	14,5	24,2
abhängig Erwerbstätige	4,9	8,1
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	(16,6)	12,9
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	9,0	10,7
Arbeiter/-innen	/	0,7
Grundwehr- und Zivildienstleistende	/	/
Erwerbslose	/	/
Nichterwerbspersonen	(2,4)	4,5

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.;

** Haushaltstyp „Zwei Erwachsene“ sind immer eine Paargemeinschaft.

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.3 ERWERBSTÄTIGKEIT

Unterdurchschnittliche Erwerbsquoten insbesondere bei Frauen mit einem Migrationshintergrund

Die Erwerbsquote²² von Personen mit Migrationshintergrund (Mh) lag 2009 in Bayern 4,7 Prozentpunkte unter jener von Personen ohne Mh. Besonders ausgeprägt war diese geringere Erwerbsquote bei

- den 25- bis 50-Jährigen, und zwar weit überwiegend bei Frauen sowie
- Personen mit Hochschulabschluss.

Ansatzpunkte für eine bessere Integration von Personen mit Mh in den Arbeitsmarkt ergeben sich damit insbesondere bei Frauen mit Migrationshintergrund.

Personen mit einem Mh hatten im Bereich der Anlernberufe eine weit überdurchschnittliche Erwerbsquote, sie lag 11 %-Punkte höher als bei Personen ohne Mh, wobei diese Berufe jedoch oftmals geringere Verdienst- und Vorsorgemöglichkeiten aufweisen.

Erwerbsquote in Bayern 2009 nach Migrationshintergrund*

	Migrationshintergrund			
	insgesamt	ohne	mit	Differenz zwischen ohne und mit Mh
		%		%-Punkte
Insgesamt	78,6	79,6	74,9	4,7
Alter				
unter 18	26,7	27,9	22,4	5,5
18 bis unter 25	68,9	69,7	66,1	3,6
25 bis unter 50	89,7	91,0	84,7	6,3
50 bis unter 65	70,9	71,5	68,2	3,3
Geschlecht				
männlich	84,4	84,7	83,1	1,6
weiblich	72,9	74,5	66,9	7,6
berufliche Qualifikation				
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	43,2	43,4	42,6	0,8
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	69,1	68,8	69,5	-0,7
Anlernberuf, Praktikum	71,1	67,4	78,4	-11,0
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	85,4	85,4	85,6	-0,2
Meister, Techniker, Fachschule	90,9	91,1	89,6	1,5
(Fach-) Hochschule	91,6	92,9	86,6	6,3
keine Angabe	82,1	82,3	81,8	0,5

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

²² Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende. Erwerbstätig im Sinne des durch die EU konkretisierten Labour-Force-Konzepts der International Labour Organization (ILO) ist jede Person im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige), die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie zum Beispiel arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub nicht ausüben (Unterbrecher).

Hohe Erwerbsquoten in Bayern sowohl bei Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund; zwischen den Regierungsbezirken stärkere Unterschiede bei Personen mit Migrationshintergrund

Die Erwerbsquoten waren 2009 insgesamt in Bayern 2,4 %-Punkte höher als im früheren Bundesgebiet, bei den Personen

- mit Migrationshintergrund (Mh) um 4,5 %-Punkte,
- bei jenen ohne Mh um 1,6 %-Punkte.

Im früheren Bundesgebiet betrug der Unterschied bei den Erwerbsquoten zwischen Personen mit und ohne Mh 7,6 %-Punkte (Bayern: 4,7 %-Punkte). Damit ist die Integration von Personen mit Mh über eine hohe Erwerbsquote in Bayern markant besser gelungen als im früheren Bundesgebiet.

Die Erwerbsquoten der Personen mit Mh lagen in allen bayerischen Regierungsbezirken deutlich über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Auf diesem hohen Niveau waren die Unterschiede bei den Erwerbsquoten bei den Personen mit Mh jedoch ausgeprägter als bei den Personen ohne Mh.

Ein überdurchschnittlicher Unterschied in der Erwerbsquote bestand 2009 zwischen Personen mit und ohne Mh in Oberbayern und Schwaben, besonders wenig ausgeprägt war der Unterschied in der Oberpfalz mit 1,9 %-Punkten.

Erwerbsquote 2009 nach Migrationshintergrund und Regierungsbezirk*

	Migrationshintergrund			
	insgesamt	mit Mh	ohne Mh	Differenz zwischen mit und ohne Mh
		%		%-Punkte
Bayern	78,6	74,9	79,6	-4,7
Oberbayern	79,4	75,2	80,8	-5,6
Niederbayern	78,4	74,6	79,0	-4,4
Oberpfalz	78,9	77,2	79,1	-1,9
Oberfranken	77,2	73,3	77,8	-4,5
Mittelfranken	78,8	75,8	79,7	-3,9
Unterfranken	77,0	72,8	77,9	-5,1
Schwaben	78,7	74,5	79,9	-5,4
Bundesrepublik Deutschland	76,9	70,2	78,7	-8,5
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	76,2	70,4	78,0	-7,6
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	79,7	68,5	80,9	-12,4

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.4 ERWERBSLOSIGKEIT

Unterdurchschnittliche Erwerbslosenquoten insbesondere bei Frauen mit einem Migrationshintergrund

Die Erwerbslosenquote²³ 2009 lag in Bayern bei Personen

- mit Migrationshintergrund (Mh) bei 9,6%,
- bei Personen ohne Mh bei 4,0%.

Dieser Unterschied von 5 bis 6%-Punkten zog sich über alle Altersgruppen hinweg, bei den Männern war der Unterschied etwas ausgeprägter als bei den Frauen.

Selbst bei Personen mit einem Hochschulabschluss bestand ein markanter Unterschied in der Erwerbslosenquote zwischen Personen mit und ohne Mh von etwa 4 bis 5%-Punkten.

Erwerbslosenquote in Bayern 2009 nach Migrationshintergrund*

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

	Migrationshintergrund			
	insgesamt	ohne %	mit	Differenz zwischen ohne und mit Mh %-Punkte
Insgesamt	5,1	4,0	9,6	-5,6
Alter				
unter 18	(9,0)	(7,6)	/	/
18 bis unter 25	7,8	6,5	13,0	-6,5
25 bis unter 50	4,5	3,5	8,6	-5,1
50 bis unter 65	5,2	4,1	10,5	-6,4
Geschlecht				
männlich	5,2	3,9	10,2	-6,3
weiblich	5,1	4,2	8,9	-4,7
berufliche Qualifikation				
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	5,2	4,3	(8,3)	-4,0
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	13,1	11,4	15,2	-3,8
Anlernberuf, Praktikum	/	/	/	/
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	4,7	4,1	8,4	-4,3
Meister, Techniker, Fachschule	1,9	(1,6)	/	/
(Fach-) Hochschule	2,5	1,6	6,3	-4,7
keine Angabe	/	/	/	/

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

²³ Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) entsprechender Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende. Erwerbslos sind alle Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren,

- die in der Berichtswoche ohne Arbeitsverhältnis (auch nicht mit geringfügiger Beschäftigung) oder nicht selbständig waren,
- sofort, das heißt innerhalb von zwei Wochen, für eine Beschäftigung verfügbar waren und
- in den vier Wochen vor der Befragung aktiv auf Arbeitssuche waren oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb von drei Monaten aufnehmen. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an.

Erwerbslosenquoten in Bayern auch für Menschen mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich gering

Im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet war die Erwerbslosenquote in Bayern 2009 bei Personen mit einem Migrationshintergrund (Mh) rund 2%-Punkte niedriger, bei Personen ohne Mh rund 1%-Punkt.

Deutlich unterdurchschnittliche Erwerbslosenquoten betrafen Personen mit Mh in Oberbayern, also dem Regierungsbezirk, in dem mit Abstand die meisten Menschen mit Mh in Bayern leben. Überdurchschnittlich günstig war auch noch die Situation in Schwaben, wo ebenfalls überdurchschnittlich viele Menschen mit Mh leben.

Gegenüber dem Durchschnitt erhöhte Erwerbslosenquoten zeigten sich für Personen mit Mh insbesondere in den Regierungsbezirken Niederbayern, vermutlich Oberfranken (Zahl von eingeschränkter Aussagekraft wegen geringer Zahl Befragter), Mittelfranken und Unterfranken.

Eine wesentlich andere Situation als in Bayern – und auch im früheren Bundesgebiet – bestand in den neuen Bundesländern, wo die Erwerbslosenquote für Menschen mit Mh 25% betrug.

Erwerbslosenquote 2009 nach Migrationshintergrund und Regierungsbezirk*

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

	Migrationshintergrund			
	insgesamt	mit %	ohne	Differenz zwischen mit und ohne Mh %-Punkte
Bayern	5,1	9,6	4,0	5,6
Oberbayern	4,2	7,3	3,3	4,0
Niederbayern	5,1	12,4	3,9	8,5
Oberpfalz	5,0	(9,0)	4,4	4,6
Oberfranken	6,8	(13,9)	5,7	8,2
Mittelfranken	6,4	12,2	4,7	7,5
Unterfranken	5,7	12,1	4,5	7,6
Schwaben	4,6	9,3	3,4	5,9
Bundesrepublik Deutschland	7,8	12,9	6,6	6,3
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,5	11,7	5,1	6,6
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	12,7	25,1	11,6	13,5

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.4 ERWERBSLOSIGKEIT

Langzeiterwerbslosigkeit: Mit 1,3% bei Menschen ohne Migrationshintergrund gering, aber ausgeprägter mit 3,2% bei Menschen mit Migrationshintergrund

Von Langzeitarbeitslosigkeit waren 2009 in Bayern 1,3% der Menschen ohne Migrationshintergrund (Mh) betroffen, bei jenen mit einem Mh waren es 3,2%.

Hinsichtlich des Alters sind es besonders die älteren Arbeitnehmer mit einem Mh, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Bei jenen ohne Mh steigt die Zahl zwar auch etwas mit dem Alter an, aber nicht annähernd so stark wie bei jenen mit einem Mh.

Soweit die Erwerbssuchenden über keinen beruflichen Abschluss verfügen sind Personen mit und ohne Mh gleichermaßen mit 5% beziehungsweise 5,5% von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen.

Langzeiterwerbslosenquote in Bayern 2009 nach Migrationshintergrund*

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

	Migrationshintergrund			
	insgesamt	ohne %	mit	Differenz zwischen ohne und mit Mh %-Punkte
Insgesamt	1,7	1,3	3,2	-1,9
Alter				
unter 18	/	/	/	/
18 bis unter 25	1,6	/	/	/
25 bis unter 50	1,4	1,1	2,5	-1,4
50 bis unter 65	2,5	1,9	5,3	-3,4
Geschlecht				
männlich	1,6	1,2	3,2	-2,0
weiblich	1,8	1,5	3,2	-1,7
berufliche Qualifikation				
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	/	/	/	/
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	5,3	5,0	5,5	-0,5
Anlernberuf, Praktikum	/	/	/	/
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	1,5	1,3	2,4	-1,1
Meister, Techniker, Fachschule	/	/	/	/
(Fach-) Hochschule	(0,8)	/	/	/
keine Angabe	/	/	/	/

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

Langzeiterwerbslosigkeit: Menschen mit Migrationshintergrund sind in Bayern deutlich weniger betroffen als im früheren Bundesgebiet oder in Deutschland

Langzeitarbeitslosigkeit ist in Bayern mit insgesamt 1,7% deutlich niedriger ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet (2,6% oder in Deutschland 3,5%).

Dies gilt für Personen mit wie ohne Migrationshintergrund (Mh) gleichermaßen. Aufgrund der geringen Besetzungszahlen im Mikrozensus in dieser Untergliederung (vgl. Tabelle unten) ergibt sich regional aus den Daten nur der Hinweis, dass möglicherweise in Mittelfranken der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Mh besonders ausgeprägt sein könnte.

Auch bei der Langzeiterwerbslosigkeit zeigt sich wiederum, dass insbesondere in Bayern – aber auch im früheren Bundesgebiet – eine markant andere Situation besteht als in den neuen Bundesländern, wo die Langzeiterwerbslosigkeit der Personen mit Mh 15% beträgt, in Bayern hingegen 3%. Gerade in den neuen Bundesländern ist der Unterschied zwischen Langzeitarbeitslosen mit (15%) und ohne (6%) Mh besonders ausgeprägt.

Langzeiterwerbslosenquote 2009 nach Migrationshintergrund und Regierungsbezirk*

(Zahlen in Klammern: Quoten mit stark eingeschränkter Aussagekraft, nur grober Hinweis auf Größenordnung)

	insgesamt	Migrationshintergrund		
		mit	ohne	Differenz zwischen mit und ohne Mh
		%		%-Punkte
Bayern	1,7	3,2	1,3	1,9
Oberbayern	1,3	2,3	1,0	1,3
Niederbayern	(1,4)	/	(1,2)	/
Oberpfalz	2,0	/	(1,7)	/
Oberfranken	2,5	/	2,1	/
Mittelfranken	2,3	(4,4)	1,6	2,8
Unterfranken	1,8	/	(1,4)	/
Schwaben	1,5	(3,2)	(1,1)	2,1
Bundesrepublik Deutschland	3,5	5,7	3,0	2,7
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2,6	4,8	2,0	2,8
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	6,9	15,1	6,1	9,0

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

* Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

4. MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

4.5 KINDERBETREUUNG

Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund

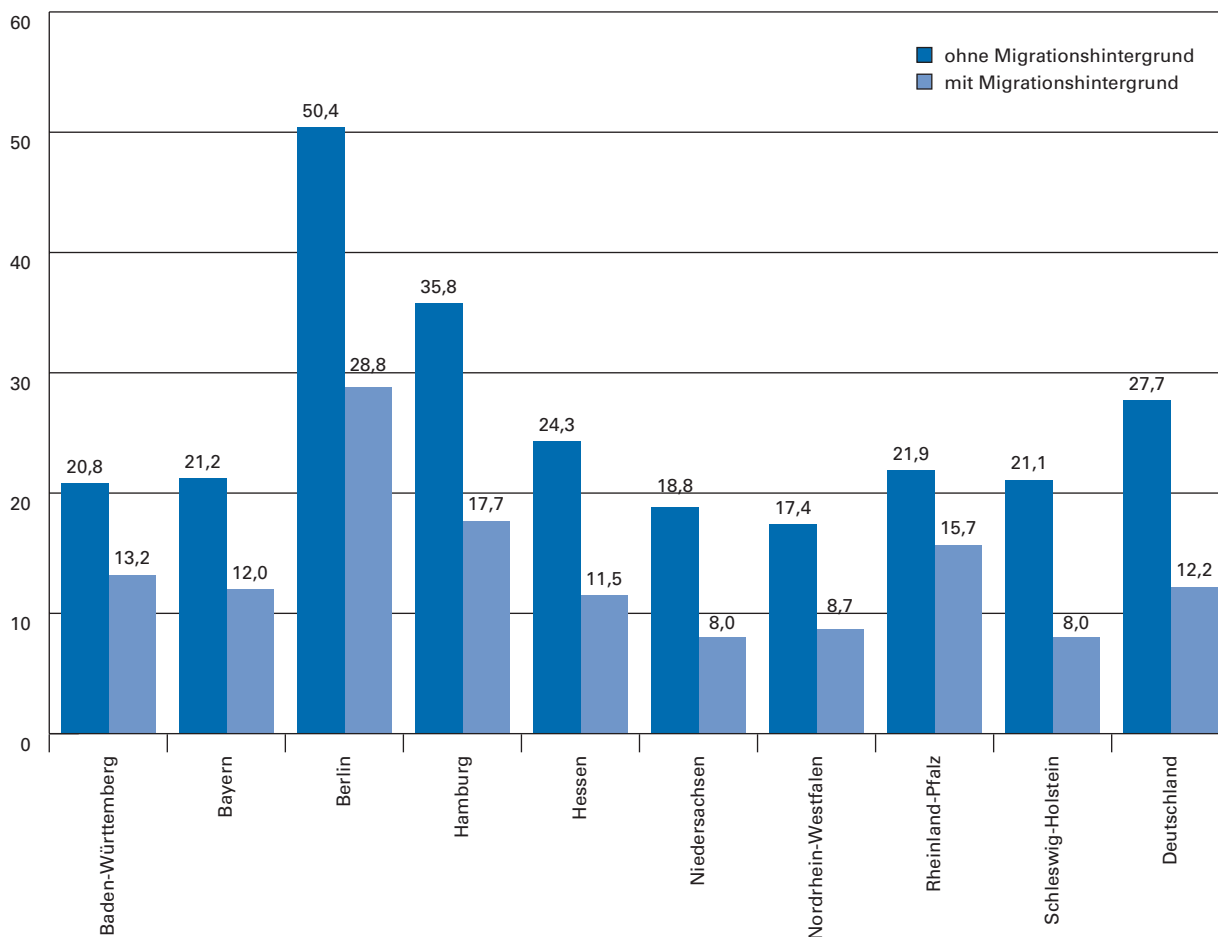
Von den bundesweit rund 470.000 Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung hatten 76.000 Kinder einen Migrationshintergrund, d.h. mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft. Das sind 16% aller Kinder unter 3 Jahren, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut werden. Die Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

In Bayern hatte ungefähr jedes fünfte Kind (rund 11.000 Kinder bzw. 18,6% von 59.000 Kindern) dieser Altersgruppe in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund.

Während bundesweit die Betreuungsquote bei Kindern unter 3 Jahren insgesamt bei 23,0% lag, betrug die Betreuungsquote bei Kindern mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe lediglich 12,2% (+ 1,7 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr). Bei Kindern ohne Migrationshintergrund war die Quote mit 27,7% (+ 2,9 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr) mehr als doppelt so hoch.

Die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund ist in allen Bundesländern²⁴ deutlich niedriger als die Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund, sie liegt nur etwa auf halbem Niveau.

Kindertagesbetreuung* – Kinder unter 3 Jahren – migrationsspezifische Betreuungsquoten am 01.03.2010



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen

²⁴ Migrationspezifische Betreuungsquoten (auf Basis des Mikrozensus) werden aufgrund zu geringer Besetzungszahlen nicht für alle Bundesländer ausgewiesen.

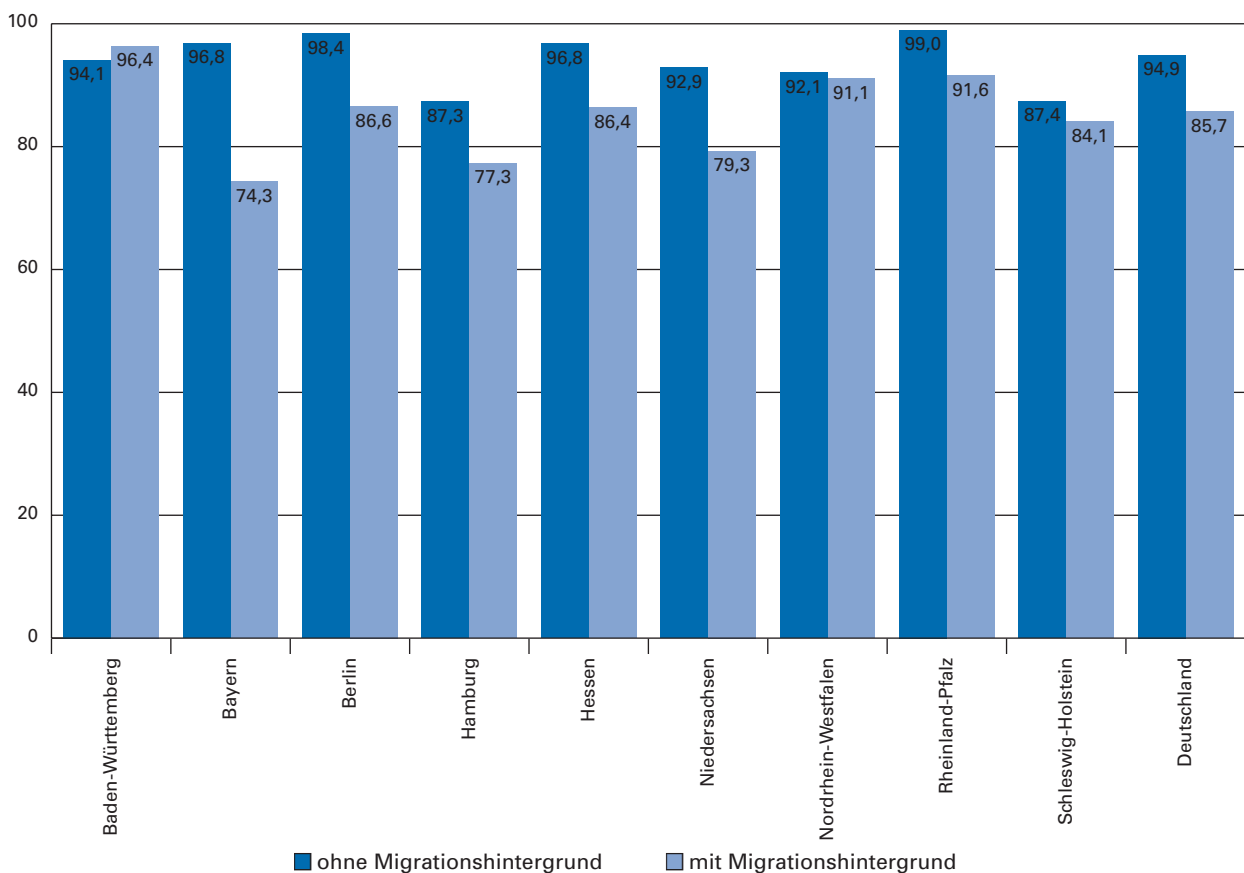
Betreuungsquote für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren mit Migrationshintergrund hat sich in Bayern gegenüber Vorjahr erhöht

Der Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen, die einen Migrationshintergrund haben, ist in der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen höher als bei den unter 3-jährigen Kindern. Bundesweit hatte in dieser Altersgruppe mehr als jedes fünfte Kind (528.000 Kinder bzw. 27,6% von 1,913 Mio.) in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund.

In den westdeutschen Bundesländern hatten mit 31% deutlich mehr Kinder in Kindertageseinrichtungen mindestens ein Elternteil, das aus dem Ausland stammt, als in Ostdeutschland mit 6,2%. Bayernweit lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit 24,7% etwas niedriger als der bundesweite Durchschnitt. Den höchsten Anteil in Bayern gab es in der Stadt Schweinfurt mit 57,1%, den geringsten Anteil im Landkreis Freyung-Grafenau mit 3,8%.

Auch bei Kindern im Alter von drei bis unter 6 Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund (85,7%) deutschlandweit unter dem Durchschnitt aller Kinder in dieser Altersgruppe (92,2%). Bis auf Baden-Württemberg liegt die Betreuungsquote in allen Bundesländern²⁵ bei den Kindern mit Migrationshintergrund zum Teil erheblich unter der Betreuungsquote der Kinder ohne Migrationshintergrund. Obwohl sich die Differenz im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte verringert hat, ist der Unterschied in Bayern bei der Betreuungsquote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund mit 22,5 Prozentpunkten immer noch groß: Bei Kindern ohne Migrationshintergrund liegt die Betreuungsquote bei 96,8%, mit Migrationshintergrund bei 74,3% (insgesamt 90,0%).

Kindertagesbetreuung* – Kinder von 3 bis unter 6 Jahre – migrationspezifische Betreuungsquoten am 01.03.2010



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen

²⁵ Migrationspezifische Betreuungsquoten (auf Basis des Mikrozensus) werden aufgrund zu geringer Besetzungszahlen nicht für alle Bundesländer ausgewiesen.



KAPITEL 5

Soziale Leistungen

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.0 ÜBERBLICK

KAPITEL 5: SOZIALE LEISTUNGEN.....	SEITE
5.0 Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	194
5.1 Sozialhaushalt	196
5.2 Mindestsicherung insgesamt	200
5.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	204
5.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	218
5.5 Wohngeld	222
5.6 Sozialhilfe	225
5.7 Asyl	226
5.8 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Pflegeheimplätze	227
5.9 Elterngeld, Kinderbetreuung	231

Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Sozialhaushalt: Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weist im Jahr 2012 im Einzelplan 10 für soziale Zwecke rd. 2,71 Mrd. Euro aus, das sind rund 160 Mio. Euro mehr als 2011 (+6,3%).

Von den 2,7 Mrd. Euro in 2012 im Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung kommt ein Großteil den Kommunen zugute: So entfällt davon rund 1 Mrd. nur auf die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagespflege. Ansprechpartner für diese Förderung sind ausschließlich die Kommunen.

Der Anteil des Sozialhaushalts am Staatshaushalt Bayerns entspricht im Jahr 2011 6,0%. Im Zeitraum 2005 bis 2011 stieg der jährliche Sozialhaushalt nominal um 19%. Rund 48% der Ausgaben des StMAS entfallen 2011 auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe, 11,4% sind Leistungen für die Förderung behinderter Menschen und 10,9% Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung.

Mindestsicherung²⁶: In Bayern sind bundesweit im Verhältnis zur Bevölkerung am wenigsten Menschen auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. Im Ländervergleich weist Bayern mit 4,7% die niedrigste Bezugsquote auf, die weit unter dem Bundesdurchschnitt mit 9,3% liegt. 2009 erhielten in Bayern 610.000 Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit waren 4,7% der in Bayern lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Vergleich zu 2005 ging die Zahl der Leistungsbezieher bis 2008 um über 11% zurück, im Krisenjahr 2009 stieg die Zahl um fast 5% gegenüber 2008 an, liegt aber immer noch um 7,5% unter dem Wert von 2005. Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass in Mittel- und Oberfranken mit einer Mindestsicherungsquote von 6,6% bzw. 5,7% mehr Personen als im bayerischen Durchschnitt auf Leis-

tungen der Mindestsicherung angewiesen waren. In allen kreisfreien Städten lag die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen waren die Quoten zumeist niedriger.

SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld):

- Bezogen auf die Häufigkeit der Inanspruchnahme sind Kinder unter 15 Jahren mit Inanspruchnahmequoten um 8% die Gruppe, die relativ am meisten auf Grundsicherung nach SGB II angewiesen ist. Die Inanspruchnahmequoten der übrigen Gruppen – der unter 25-Jährigen, 25- bis 50-Jährigen sowie der über 50-Jährigen – liegen alle bei etwas über 4% (2009). Die Empfängerzahlen sind bis Mai 2010 angestiegen und ab Juni 2010 kontinuierlich gefallen. Im Dezember 2010 waren diese so niedrig wie seit Januar 2005 nicht mehr. In weiten Teilen Nordbayerns sind die SGB II-Quoten für unter 15-Jährige teils weit überdurchschnittlich. Generell ist die Hilfequote in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen.
- Der Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher ist seit Anfang 2007 bis zum Oktober 2010 von 21,8% auf 29,4% gestiegen. 53,5% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einem Erwerbseinkommen aus abhängiger Tätigkeit erzielten ein solches bis max. 400 Euro, 20,5% verdienten zwischen 400 Euro und 800 Euro und 26% der abhängig erwerbstätigen Hilfebedürftigen hatten ein Einkommen über 800 Euro. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unterhaltungspflichten für Familienangehörige verursacht.
- Im Juni 2010 konnten 27.200 Hilfebedürftige in Bayern ihre Hilfebedürftigkeit beenden. 63,1% dieser Personen haben weniger als ein Jahr SGB II-Leistungen bezogen. Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren schaffen den Übergang aus der Grundsicherung viel eher als Ältere ab 50 Jahren. Fast zwei Drittel der Arbeitslosengeld II-

²⁶ Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen folgende Hilfen:
• Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)
• laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
• Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
• Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
• laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

Empfänger ab 50 Jahren sind schon seit über 2 Jahren hilfebedürftig, von den Jugendlichen etwas mehr als jeder Dritte.

- Empfängern, die sich verspätet melden oder nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, ihre Hilfebedürftigkeit selbst zu beenden oder zu verringern, werden Leistungen gekürzt. Davon waren im November 2010 in Bayern 5,2% aller arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 133 Euro je erwerbsfähigem Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion. Der mit 53,4% mit weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung rechtzeitiger Meldepflichten, 19,4% basierten auf einer Verletzung einer Verpflichtung in einer Eingliederungsvereinbarung und 16,5% auf einer Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen oder fortzuführen. Unterschiedliche Sanktionsquoten sind vorrangig durch den Arbeitsmarkt bestimmt: Sie hängen wesentlich vom Arbeitsangebot in der Region ab.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Ende 2009 bezogen fast 89.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Erstmals seit 2003 ist die Empfängerzahl 2009 gegenüber dem Vorjahr kaum angestiegen. 43% der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit war die knappe Mehrheit der Empfänger 65 Jahre und älter. Ende 2009 deckten 2,1% aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen ab. Bei den älteren Grundsicherungsbeziehern/-innen ab 65 Jahren fallen vergleichsweise geringe geschlechterspezifische Unterschiede auf: So bezogen Ende 2009 in Bayern 2,3% aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern waren es dagegen nur 1,8%. In Oberbayern und Mittelfranken sind besonders viele Rentner/-innen auf Leistung der Grundsicherung angewiesen. Unter Berücksichtigung des ange-rechneten Einkommens in Höhe von 332 Euro wurden im Schnitt 425 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt, das entspricht einer Erhöhung um ca. 5% gegenüber dem Vorjahr.

Wohngeld: Der Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten in Bayern ist mit 1,4% (82.495 Haushalte, + rund 60% gegenüber 2008 wegen Wohngeldreform zum 1.1.2009) im Vergleich aller Bundesländer am geringsten. Von den Wohngeldempfängern waren 47% Rentner/-innen, 24% Arbeiter/-innen, 11% Angestellte / Beamte/-innen und 8% Arbeitslose (Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II erhalten in der Regel kein Wohngeld, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden). Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 122 Euro beim Mietzuschuss und 145 Euro beim Lastenzuschuss. Die größte Wohngelddichte

weist innerhalb Bayerns Oberfranken mit 1,8%, die niedrigste Oberbayern mit 0,9% auf.

Pflegeversicherung: Zunehmend mehr Menschen sind auf Leistungen der Pflegeversicherung angewiesen. Von den insgesamt 318.000 Pflegebedürftigen in Bayern wurden im Dezember 2009 ca. zwei Drittel (67,4% bzw. 215.000) zu Hause versorgt. 141.000 Pflegebedürftige erhielten ausschließlich Pflegegeld (i.d.R. zu Hause durch Angehörige gepflegt). Die Anzahl der in Heimen Versorgten ist erstmals gesunken (-0,4%), die Pflege zu Hause verzeichnet eine Zunahme um +1,8% gegenüber 2007. Bei einer langfristigen Betrachtung seit 1999 hat die „professionelle“ Pflege in Heimen (+26%) und durch ambulante Pflegedienste (+29%) an Bedeutung gewonnen, während die reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger von 1999 bis 2009 um 9% abgenommen haben.

Pflegeheimplätze: Erhebliche regionale Unterschiede gibt es bei den Pflegeheimplätzen. Ende 2009 standen in insgesamt 1.633 Pflegeheimen und teilstationären Pflegeeinrichtungen 125.500 Plätze zur Verfügung. Fast 97% davon sind Plätze in Pflegeheimen für ältere Menschen. In Bayern kommen 50 Pflegeheimplätze auf je 1.000 Einwohner ab 65 Jahren. Im regionalen Vergleich liegt die Oberpfalz mit 61 am weitesten über dem bayerischen Durchschnitt. Oberbayern verzeichnet dagegen mit 44 die geringste Zahl an Pflegeheimplätzen.

Elterngeld: Das 2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt und ersetzt 65 bis 67% des bisherigen Nettoeinkommens bis maximal 1.800 Euro pro Monat. Insgesamt 51.000 Mütter und Väter haben in Bayern für ihre im 1. Halbjahr 2009 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Die Inanspruchnahme durch Väter gegenüber den im Jahr 2008 geborenen Kindern ist um 3,1 Prozentpunkte gestiegen, damit liegt Bayern mit einer Väterquote von 30,1% zusammen mit Sachsen an der Spitze. Väter beziehen nach wie vor deutlich kürzer Elterngeld als Mütter. Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug bei Vätern in Bayern 3 Monate, bei Müttern 11,7 Monate.

Kinderbetreuung: In Bayern haben im Jahr 2010 die Eltern von rund 59.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe entsprach 2010 18,5% mit einer regionalen Spannbreite von 7 bis 32% (bundesweit 25% wegen sehr hoher Quoten in Ostdeutschland). Im Zeitraum 2006 bis 2010 hat sich die Quote in Bayern mehr als verdoppelt, 2011 liegt die Quote bereits bei 25% – mit weiter rasch steigender Tendenz.

Bei den 3- bis unter 6-Jährigen lag der Anteil 2010 bei 90% (bundesweit 92,2%), dabei war in Nordbayern die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe höher als in Südbayern

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stand 01.03.2010.

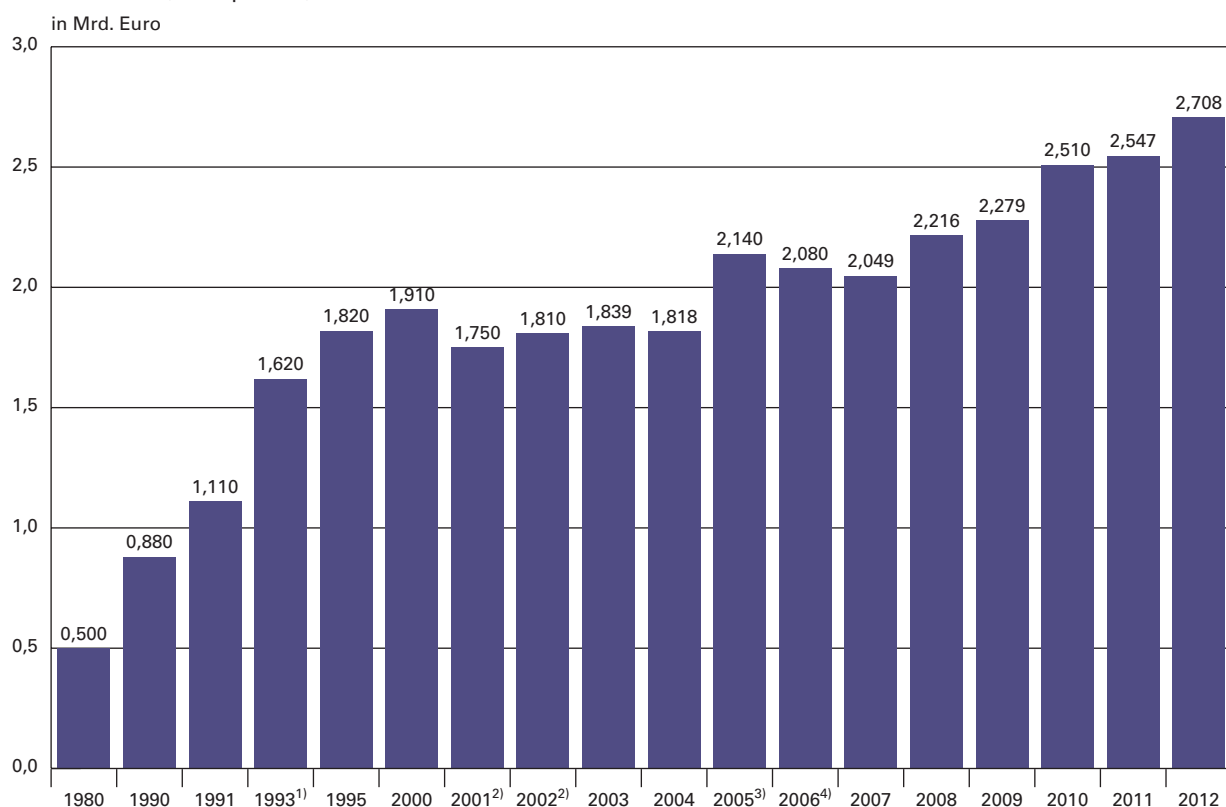
5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.1 SOZIALHAUSHALT

Sozialhaushalt: Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weiterhin auf hohem Niveau

Alleine im Jahr 2012 stehen rd. 2,71 Mrd. Euro im Einzelplan 10 für soziale Zwecke zur Verfügung. Dies bedeutet gegenüber 2010 eine Zunahme um rund 200 Mio. Euro.

Sozialhaushalt (Einzelplan 10) – 1980 bis 2012



¹⁾ Hohe Steigerung durch Zuständigkeitserweiterung

²⁾ Reduzierung durch Zuständigkeitsverlagerung

³⁾ Hohe Steigerung insbesondere wegen durchlaufender Bundesmittel nach dem SGB II (240 Mio. Euro)

⁴⁾ Reduzierung durch Umsetzung von 60 Mio. Euro in den Epl. 1

Das StMAS gibt rund 48 % seines Haushaltes für Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe aus

Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) hat 2011 ein Volumen von 2,547 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil am Staatshaushalt Bayerns von 6,0 %.

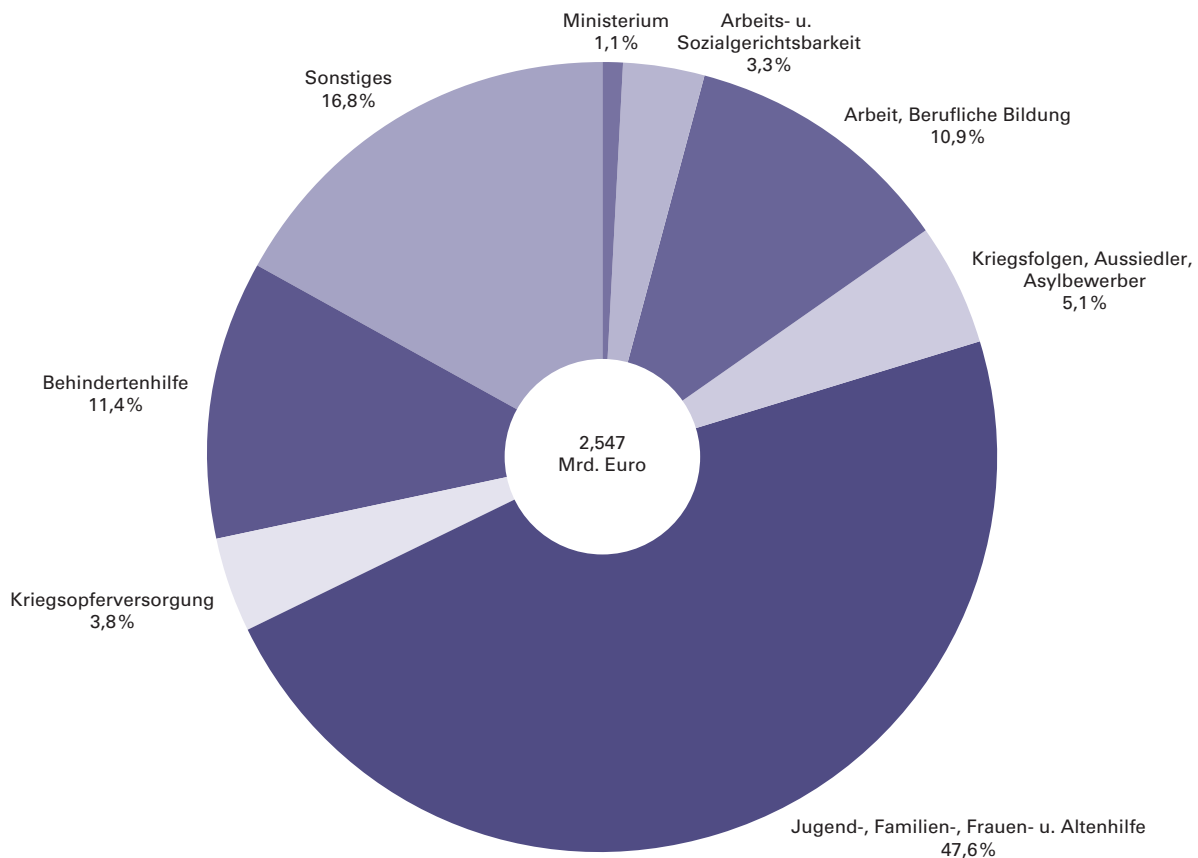
Rund 48 % der Ausgaben des StMAS entfallen auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Weitere Ausgabenschwerpunkte sind 2011 mit 11,4 % die Leistungen für die Förderung behinderter Menschen und mit 10,9 % Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung.

Der Aufgabenbereich Kriegsfolgen, Aussiedler und Asylbewerber beansprucht 5,1 % der Mittel.

Die unter „Sonstiges“ zusammengefassten Ausgaben in Höhe von rund 427 Mio. Euro sind u.a. zu rund 235 Mio. Euro Ausgaben für psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter.

Gesamtausgaben 2011



5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.1 SOZIALHAUSHALT

Der Gesamt- und Sozialhaushalt in Bayern 1980 bis 2012: Ein breit gefächelter Aufgabenkatalog

In den Jahren 2010 bis 2012 expandieren besonders die Ausgaben für Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe, insbesondere die Förderung der Kinderbetreuung.

psychisch kranker und hoch gefährlicher Straftäter auf, während die Leistungen im Bereich Arbeit und berufliche Bildung ungefähr gleich bleiben.

Zunehmend höhere Belastungen treten auch bei der Unterbringung von Asylbewerbern und im Bereich

Gesamt- und Sozialhaushalt in Bayern 1980 bis 2012

	1980 Mio. DM	1990 Mio. DM	2010 Mio. Euro	2011 Mio. Euro	2012 Mio. Euro
A. Gesamthaushalt Bayern	31.930,1	47.732,1	42.346,7	42.491,1	43.115,9
B. Sozialhaushalt (Einzelplan 10)	974,4	1.724,1	2.510,0	2.547,1	2.708,0
Veränderung zum Vorjahr in %	+ 16,1	+ 11,8	+ 9,0	+ 1,5	+ 6,3
Schwerpunkte des Sozialhaushalts:					
1. Arbeit, berufliche Bildung	63,6	42,9	279,4	278,7	277,9
darunter:					
– Erstattungen Bund gem. SGB II für ALG II-Empfänger	–	–	240,0	240,0	240,0
– Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds	–	–	34,5	34,5	34,5
– EU-Komplementärmittel	–	–	1,5	1,5	1,5
– Berufliche Bildung	0,5	0,2	1,1	1,0	0,3
– Berufshilfe	3,3	7,5	1,2	1,2	1,1
– Berufliche Anpassung	3,5	5,0	0,4	0,4	0,4
2. Jugend, Familie, Frauen, Alte	194,7	268,9	1.178,3	1.211,6	1.348,4
darunter:					
– Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	–	–	860,5	916,5	1.011,6
– Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013	–	–	57,2	56,1	54,9
– Personalkostenförd. f. Kindergärten	161,9*	308,3*			
– Darlehen „Junge Familie“/Landeserziehungsgeld/Familienbeihilfen	64,4	70,0	101,2	78,0	78,0
– Unterhaltsvorschüsse	26,0	25,9	96,3	96,6	96,6
– Jugendhilfe, Jugendschutz, Netz für Kinder (bis 2005)	30,4	38,3	29,6	27,0	25,9
– Familienprogramm, Schutz des ungeborenen Lebens	19,1	24,0	11,0	9,8	9,5
– Ältere Menschen, Pflege, Hospizarbeit	41,0	73,5	6,9	6,5	6,5
3. Behindertenhilfe (einschl. Epl. 13)	341,3	387,5	308,8	296,2	292,2
darunter:					
– Ausgleichsabgabe	68,5	80,9	99,1	99,1	99,1
– Blindengeld	112,2	195,0	81,7	81,3	81,3
– Unentgeltliche Beförderung Behind.	36,5	48,0	35,8	35,8	35,8
– Landesplan für Behinderte (einschl. Epl. 13)	25,0	25,8	24,9	27,5	25,5
4. Kriegsfolgen, Aussiedler, Asylbewerber	69,5	634,1	94,1	130,2	140,2
darunter:					
– Unterbringung von Asylbewerbern	18,5	257,3	72,4	110,0	120,0
– Integration von Zuwanderern	12,4	258,5	7,4	7,2	7,2
– Kultur der Vertriebenen	4,1	7,6	2,6	2,4	2,0
5. Sonstiges	32,3	43,1	428,5	427,2	441,7
darunter:					
– Psychisch kranke und hoch gefährliche Straftäter	–	–	234,1	234,7	241,5
– Versorgung und Beihilfen	–	–	76,5	63,7	65,7
– Grundsicherungsgesetz	–	–	58,5	65,9	70,2

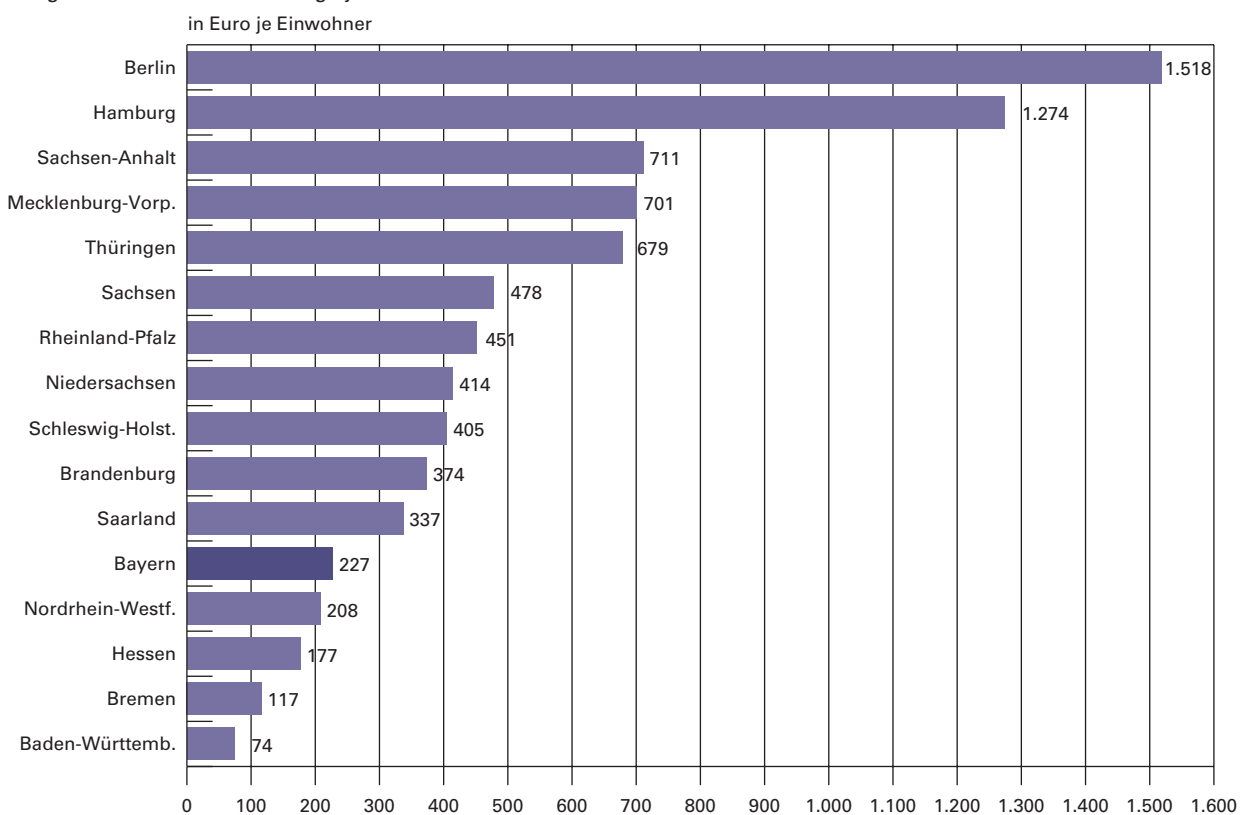
* Veranschlagung im Epl. 05 (Kultusministerium)

Ausgaben für soziale Sicherung

Zu den wichtigsten Aufgaben der Länder gehört es, die Tragfähigkeit des sozialen Netzes zu sichern. Von den Ländern werden deshalb insbesondere Leistungen für Familien und Teile der Grundsicherung finanziert. Aber auch für Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Senioren werden zahlreiche Leistungen aus den Landeshaushalten bereitgestellt.

Dank einer erfolgreichen soliden Wirtschaftspolitik und der relativ geringen Arbeitslosigkeit kam Bayern im Jahr 2009 mit 227 Euro je Einwohner aus. Ausgaben für soziale Sicherung werden ganz überwiegend von den ökonomischen Rahmenbedingungen und der Einkommensverteilung bestimmt.

Ausgaben für soziale Sicherung* je Einwohner** nach Ländern – 2009



Quelle: Jeweilige Haushaltsgesetze der Länder

* Ländervergleich der Sozialhaushalte; aufgrund der unterschiedlichen Ressortverteilung bei den Ländern – Vergleich nach funktionalen Gesichtspunkten (Ausgaben bei Hauptfunktion 2: Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung)

** Bevölkerungsstand 31.12.2008

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.2 MINDESTSICHERUNG INSGESAMT

Soziale Mindestsicherung in Bayern 2005 bis 2009

Eine allgemeine Grundsicherung wird – neben Sozialleistungen aus eigenen Beiträgen und spezifischen Transfers wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, BAföG usw. – durch folgende steuerfinanzierten Sozialsysteme erbracht: Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen sowie Kriegsopferfürsorge.

Im Vergleich zu 2005 ging die Zahl der Leistungsbezieher sozialer Mindestsicherung bis 2008 um über 11% zurück, in 2009 stieg die Zahl um fast 5% gegenüber 2008 an, liegt aber immer noch um 7,5% unter dem Wert von 2005.

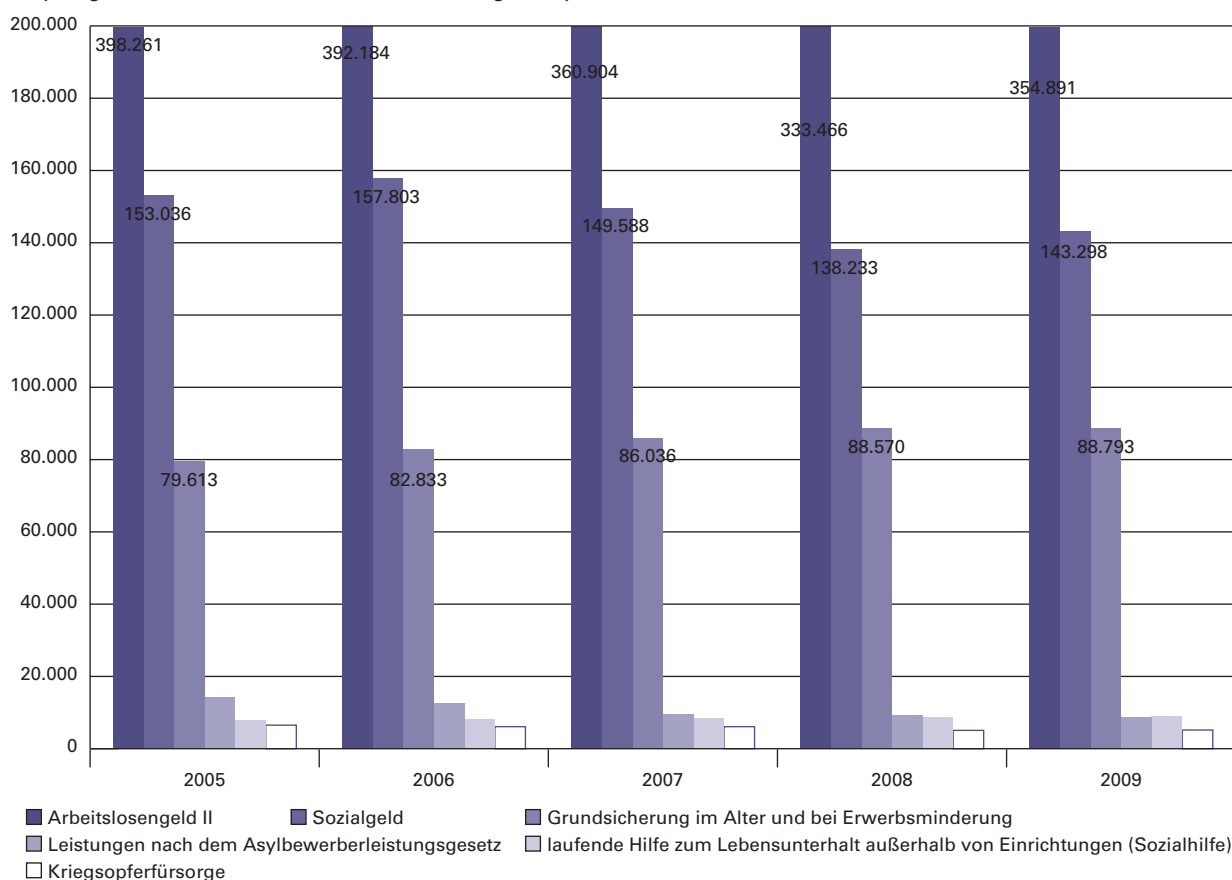
Die mit Abstand größte Gruppe unter den Beziehern finanzieller Hilfen stellten die Empfänger der Leistungen nach dem zum 1.1.2005 neu geschaffenen SGB II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichnet) dar. Diese Leistung setzt sich aus dem Arbeitslosengeld II (Alg II) und dem

Sozialgeld zusammen. Alg II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld.

Eine weitere wichtige Säule der Mindestsicherung stellt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Diese Leistung erhalten Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen ab 18 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können.

Quantitativ weniger ins Gewicht fallen die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die „originäre“ Sozialhilfe, also Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie die Kriegsopferfürsorge, die zusammengekommen nur knapp 4% der Mindestsicherungsleistungen entsprechen.

Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung in Bayern



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

In Bayern sind bundesweit die wenigsten Menschen auf Mindestsicherung angewiesen

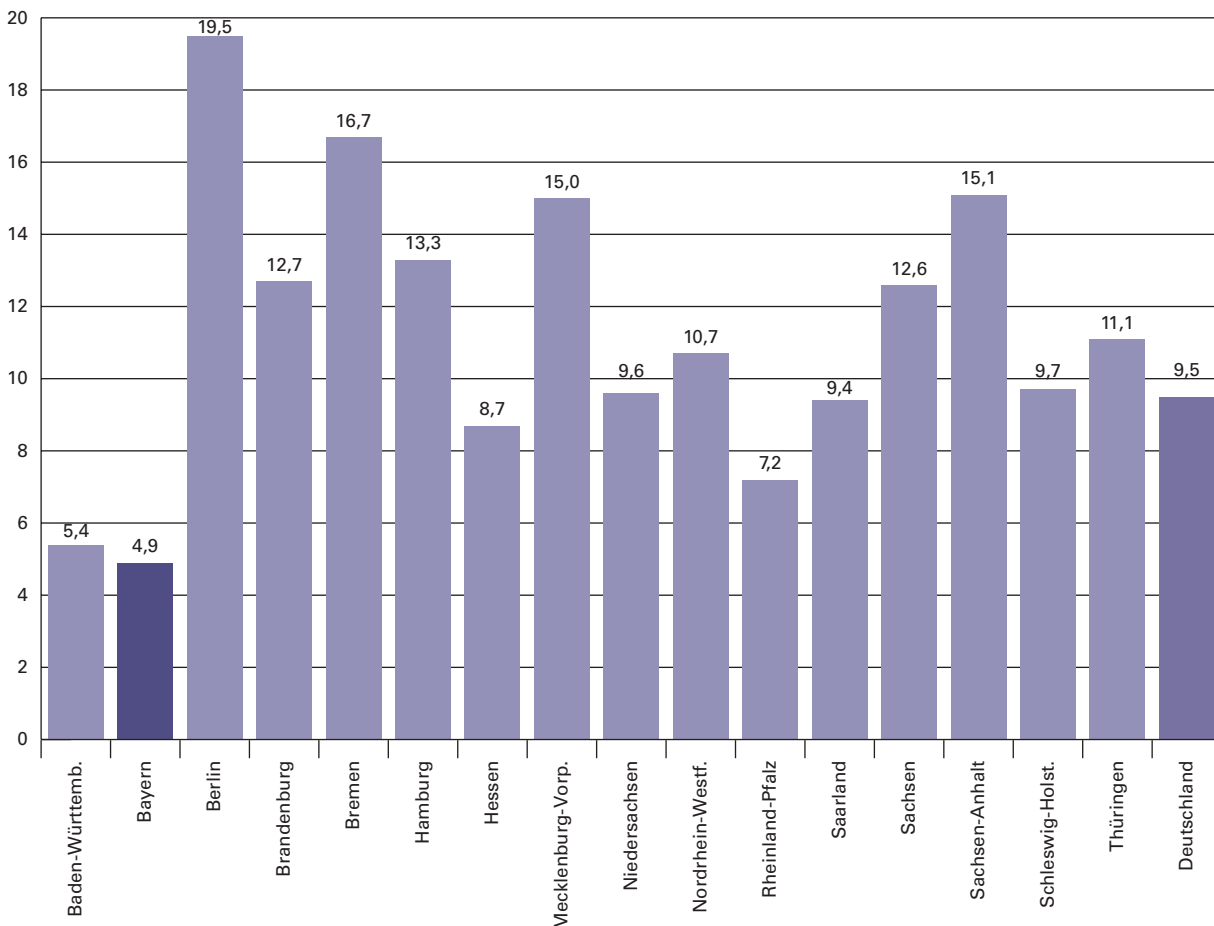
Staatliche Sozialleistungen zur Mindest- oder Grundsicherung – dies sind hauptsächlich Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – wird in Bayern von 4,9% der Bevölkerung in Anspruch genommen.²⁷ Damit sind in Bayern weniger Menschen als in jedem anderen Bundesland auf diese Leistungen angewiesen. Mindestsicherung ist in Bayern nur rund halb so häufig und notwendig wie im Bundesgebiet (Annahme: Die Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme von Leistungen Berechtigter ist in Bayern nicht höher als in den anderen Bundesländern).

Vor allem die Bevölkerung in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern ist verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen, hier liegen die Quoten teils beim drei- bis vierfachen von Bayern.

Nur Baden-Württemberg liegt noch in einer ähnlichen Bandbreite wie Bayern.

Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung* am 31.12.2009

– Anteil der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung in % –



Quelle: Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

* Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Hilfen:

- Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)
- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

²⁷ Die Mindestsicherungsquote ist ein Indikator, der den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung darstellt.

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.2 MINDESTSICHERUNG INSGESAMT

Ländervergleich: Ende 2009 waren in den meisten Bundesländern wieder mehr Menschen auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen

Am Jahresende 2009 erhielten in Deutschland rund 7,8 Millionen Menschen und damit 9,5% der Männer und 9,4% der Frauen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme.

Im Zeitraum 2006 bis 2008 ist die Mindestsicherungsquote geschlechterübergreifend in allen Bundesländern zurückgegangen.

Im Jahr 2009 wurde die zuvor kontinuierlich nach unten gerichtete Entwicklung gestoppt. In den meisten Bundesländern ist die Mindestsicherungsquote 2009 angestiegen, wobei diese in allen Bundesländern auch 2009 noch unter dem Wert für 2006 liegt.

Mindestsicherungsquote in % nach Bundesländern am Jahresende

Land	Männer*			
	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	5,5	5,1	4,8	5,3
Bayern	5,1	4,7	4,4	4,7
Berlin	21,0	20,8	20,1	20,3
Brandenburg	15,1	14,3	13,4	13,1
Bremen	17,8	17,2	16,4	16,9
Hamburg	14,1	13,7	13,2	13,5
Hessen	8,9	8,6	8,3	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	18,5	17,3	15,9	15,6
Niedersachsen	10,3	9,9	9,4	9,5
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,6	10,1	10,6
Rheinland-Pfalz	7,4	7,0	6,7	7,0
Saarland	9,7	9,4	8,9	9,3
Sachsen	14,6	14,0	13,0	13,0
Sachsen-Anhalt	17,4	16,9	15,8	15,7
Schleswig-Holstein	10,5	10,1	9,7	9,8
Thüringen	12,8	12,2	11,1	11,3
Deutschland	10,2	9,8	9,2	9,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,5	8,2	7,8	8,1
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	16,5	16,0	15,0	15,0

Land	Frauen*			
	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	5,7	5,5	5,2	5,5
Bayern	5,3	5,1	4,8	5,0
Berlin	18,9	18,9	18,4	18,5
Brandenburg	14,0	13,5	12,7	12,2
Bremen	17,0	16,8	16,2	16,5
Hamburg	13,4	13,3	12,9	13,0
Hessen	8,8	8,7	8,5	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	17,0	16,2	15,0	14,4
Niedersachsen	10,1	9,9	9,6	9,5
Nordrhein-Westfalen	10,7	10,7	10,4	10,6
Rheinland-Pfalz	7,5	7,4	7,1	7,3
Saarland	9,6	9,5	9,2	9,4
Sachsen	13,5	13,1	12,3	12,1
Sachsen-Anhalt	16,0	15,7	14,9	14,5
Schleswig-Holstein	10,2	9,9	9,6	9,5
Thüringen	12,4	12,0	11,0	10,9
Deutschland	9,9	9,7	9,3	9,4
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,5	8,4	8,1	8,2
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	15,3	14,9	14,1	13,9

* Ohne Kriegsopferfürsorge.

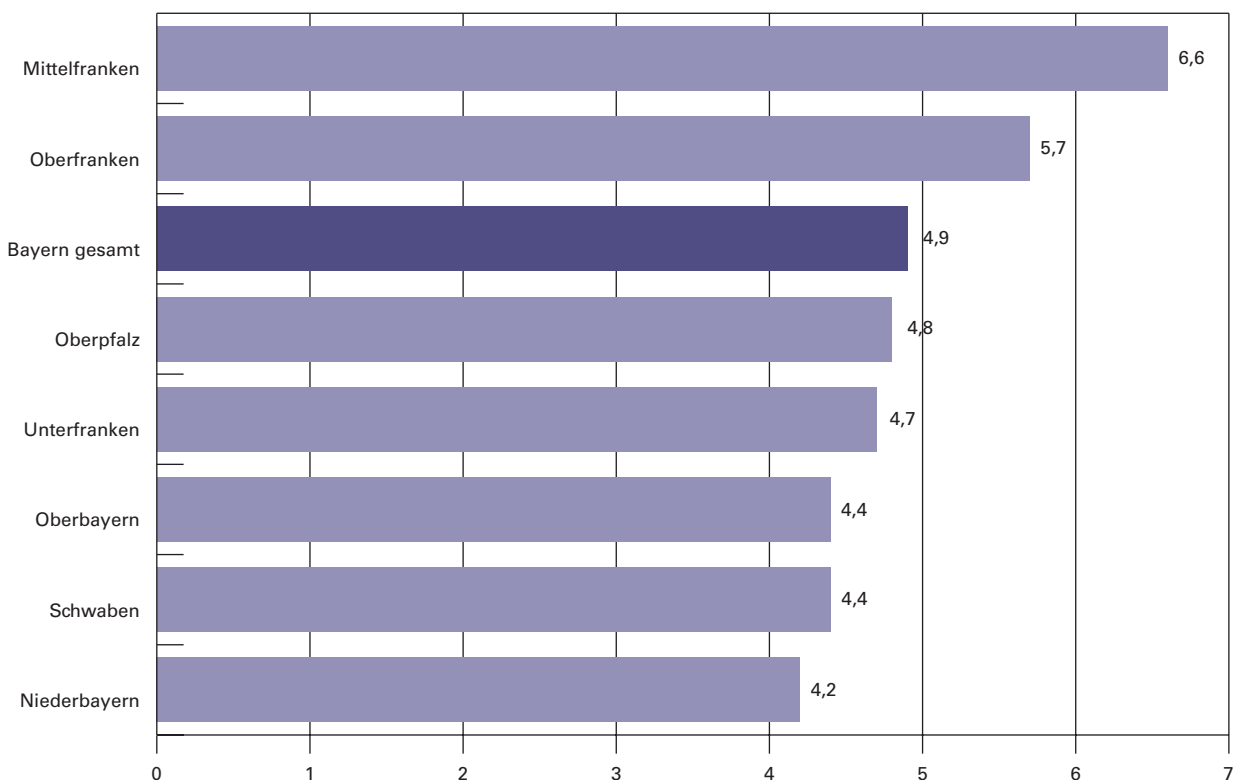
Mindestsicherung 2009 ist in Mittel- und Oberfranken etwas häufiger – liegt aber noch weit unter dem deutschen (auch westdeutschen) Durchschnitt

In Mittel- und Oberfranken sind mit einer Mindestsicherungsquote von 6,6 % bzw. 5,7 % mehr Personen als im bayerischen Durchschnitt (4,9 %) statistisch erfasst auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Allerdings liegen diese Quoten noch unter dem Durchschnitt z.B. von Rheinland-Pfalz oder Hessen, also den Ländern mit den – nach Bayern und Baden-Württemberg – niedrigsten Mindestsicherungsquoten.

Während in Niederbayern nur rund jeder 25. Einwohner Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme erhält, ist es in Mittelfranken rund jeder 15.

Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung* am Jahresende 2009

– Anteil der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung in % –



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

* Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Hilfen:

- Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)
- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

5. SOZIALE LEISTUNGEN

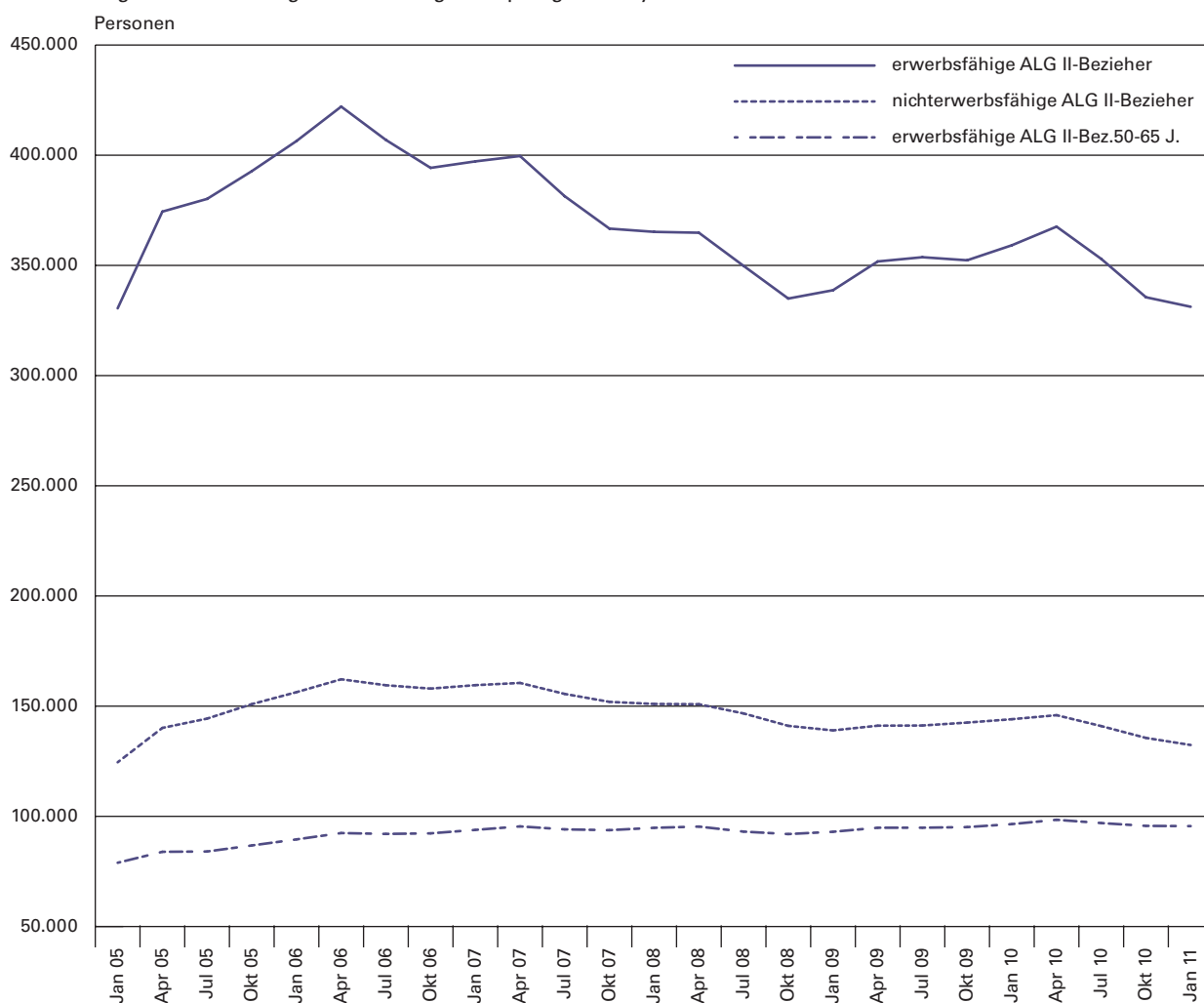
5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Arbeitslosengeld II: Entwicklung und Zahl der Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Bayern 2005 bis 2010

Rund 331.000 erwerbsfähige Menschen waren im Januar 2011 auf Arbeitslosengeld II angewiesen sowie zusätzlich rund 132.000 nichterwerbsfähige Alg II-Bezieher (= Bezieher von Sozialgeld), die in Haushalten erwerbsfähiger Leistungsbezieher lebten. Mitte 2006 war die Zahl der Menschen, die diese SGB II-Leistungen nutzen, noch um rund 120.000 höher.

Kaum verändert hat sich seit der Einführung von ALG II in 2005 die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher im Alter von 50 bis unter 65 Jahren: Deren Zahl liegt seit 2006 nahezu konstant zwischen 90.000 und 100.000.

Entwicklung und Zahl der Alg II- und Sozialgeldempfänger in Bayern



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher

In der öffentlichen Diskussion hat sich die Bezeichnung „Aufstocker“ für erwerbstätige Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitssuchende durchgesetzt. Dabei werden Aufstocker häufig gleichgesetzt mit Vollzeitbeschäftigten, deren Lohn nicht ausreicht um auf dem Existenzminimum zu liegen. Das ist aber nur eine mögliche Variante, in der Mehrzahl der Fälle wird eher das Arbeitslosengeld II durch Erwerbseinkommen ergänzt und die Hilfebedürftigkeit verringert.

Im Oktober 2010 hatten in Bayern insgesamt 98.771 Leistungsbezieher in der Grundsicherung auch noch ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit (29,4% aller 335.546 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen).

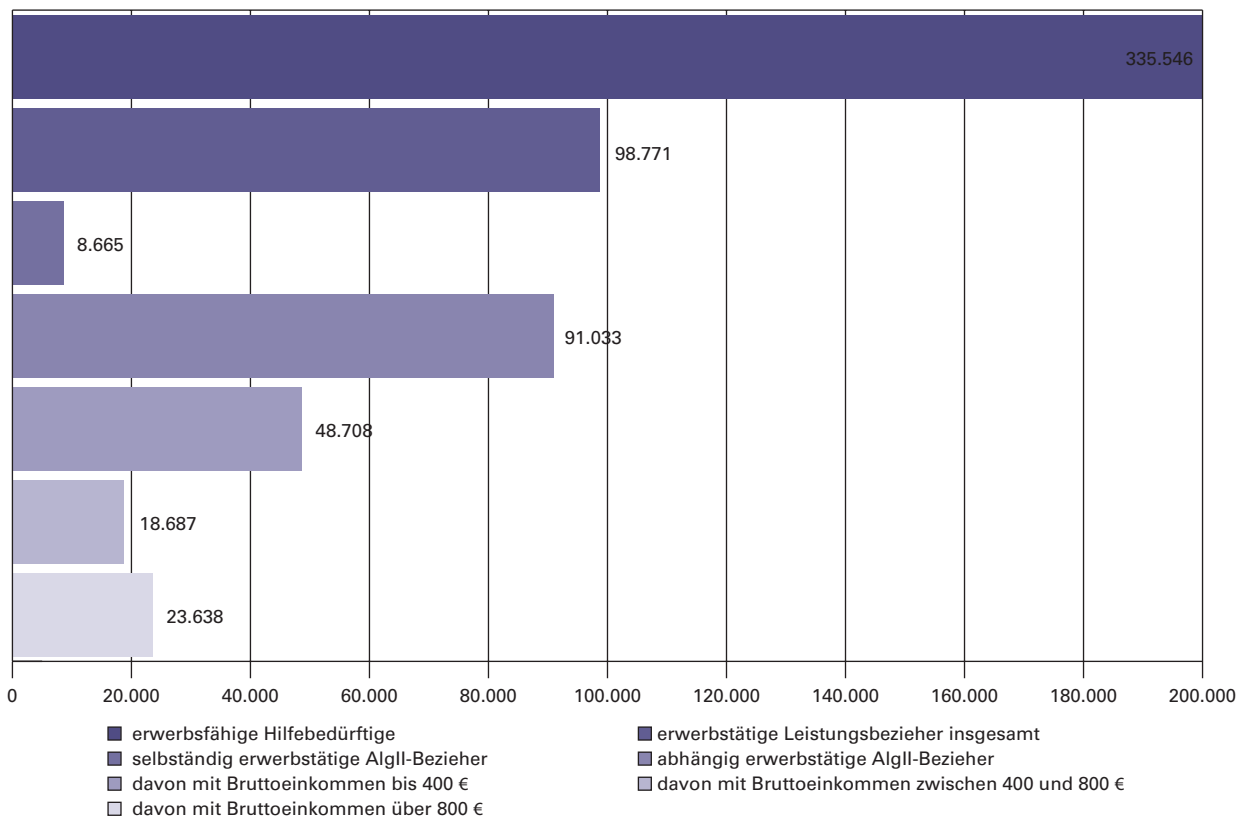
53,5% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einem Erwerbseinkommen aus abhängiger Tätigkeit erzielten ein Einkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze von einschließlich 400 Euro. Leistungen aus der Grundsicherung werden hier durch Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung ergänzt, ohne dass dadurch prinzipiell der Arbeitslosenstatus beendet wird.

Bei Einkommen über 400 Euro ist zunehmend davon auszugehen, dass die Einkommen aus Erwerbstätigkeit

in größerem Umfang die Grundsicherungsleistungen ersetzen, so dass die Grundsicherung zunehmend „ergänzende“ Funktion hat. So verdienten 20,5% aller abhängig erwerbstätigen Leistungsbezieher Einkommen zwischen 400 Euro und 800 Euro, 26% der abhängig erwerbstätigen Hilfebedürftigen hatten ein Einkommen von über 800 Euro. Dabei kann das Einkommen auch deshalb so niedrig sein, weil nur (sozialversicherungspflichtige) Teilzeit gearbeitet werden kann, was überwiegend für Leistungsempfänger mit einem Erwerbseinkommen von über 400 Euro bis einschließlich 800 Euro gilt. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unterhaltungspflichten für Familienangehörige verursacht.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Anteil der erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher um 1,7 Prozentpunkte angestiegen. Es ist anzunehmen, dass immer mehr erwerbsfähige Hilfebedürftige eine Tätigkeit finden, die zwar ihren Lebensunterhalt nicht vollständig gewährleistet, jedoch eine Brücke in eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit sein kann.

Hilfebedürftigkeit und Erwerbstätigkeit im Oktober 2010 in Bayern



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

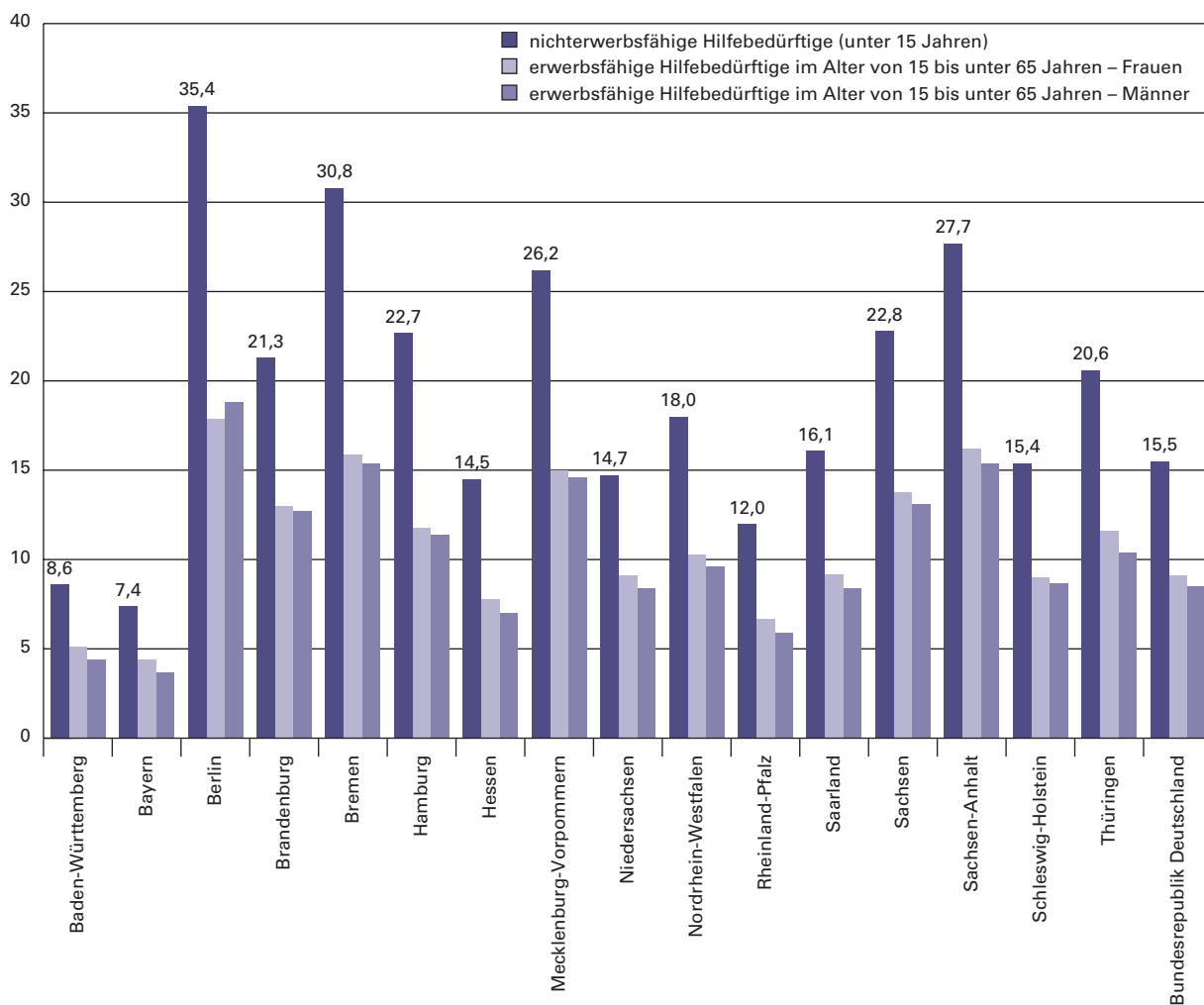
Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (erwerbsfähige Leistungsbezieher und ihre Familienangehörigen)

Die Quote der Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (sogenannte SGB II-Quote, da diese Leistungen im zweiten Sozialgesetzbuch geregelt werden) ist in Bayern – wie in allen Bundesländern – besonders für Kinder erhöht, in Bayern aber mit 7,4% bei den Kindern nicht einmal halb so hoch wie im Bundesgebiet (15,5%). Insgesamt ist die Quote (hilfebedürftige Personen von 0 bis unter 65 Jahre) in Bayern mit 4,7% bundesweit am niedrigsten.

Zwischen Frauen und Männern besteht hinsichtlich der Arbeitslosengeld II-Quote nur ein relativ geringer Unterschied, was auch bundesweit gilt.

Allerdings ist auch für Bayern als Flächenstaat festzustellen, dass die Inanspruchnahmequoten von SGB II-Leistungen regional stark differieren.

SGB II-Quoten* in % nach Geschlecht und Altersgruppen im Oktober 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

* Die SGB II-Quote gibt die Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld als Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe (Bevölkerungsdaten mit Stand 31.12.2009) wieder.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

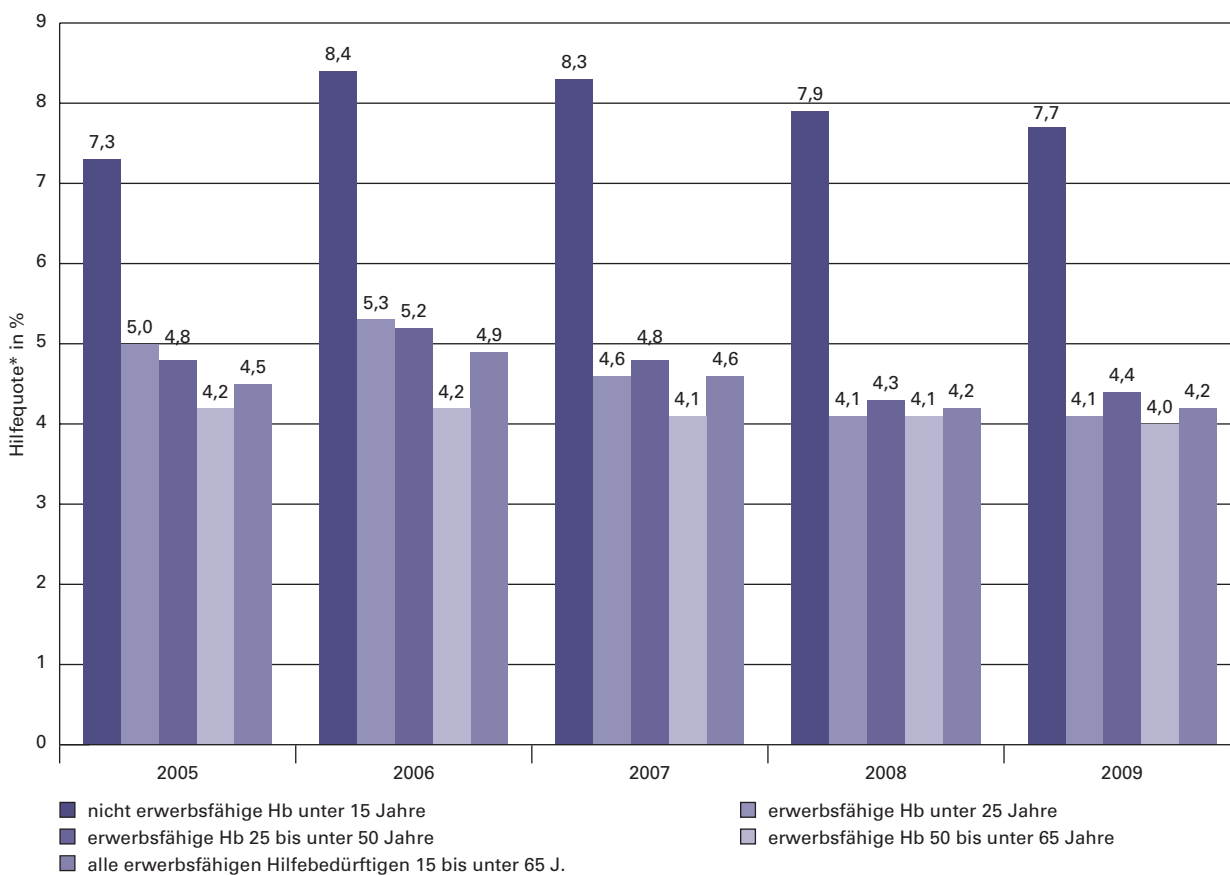
Bezogen auf die Häufigkeit sind Kinder unter 15 Jahren mit Inanspruchnahmequoten um 8% die Gruppe, die relativ am meisten auf Mindestsicherung nach SGB II angewiesen ist.

Die Inanspruchnahmequoten der übrigen Gruppen – der unter 25-Jährigen, 25- bis 50-Jährigen sowie der über

50-Jährigen – liegen alle bei 4 % und etwas darüber (2009).

Insgesamt haben sich die Quoten im Zeitraum 2006 bis 2009 etwas reduziert.

Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in Bayern
– nach Altersgruppen differenziert –



Quelle: SGB II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

* berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB II-Empfänger

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Regionale Quoten der Inanspruchnahme von SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) 2005 bis 2009 nach Regierungsbezirken: In Ober- und Mittelfranken beziehen die Menschen relativ am häufigsten SGB II-Leistungen

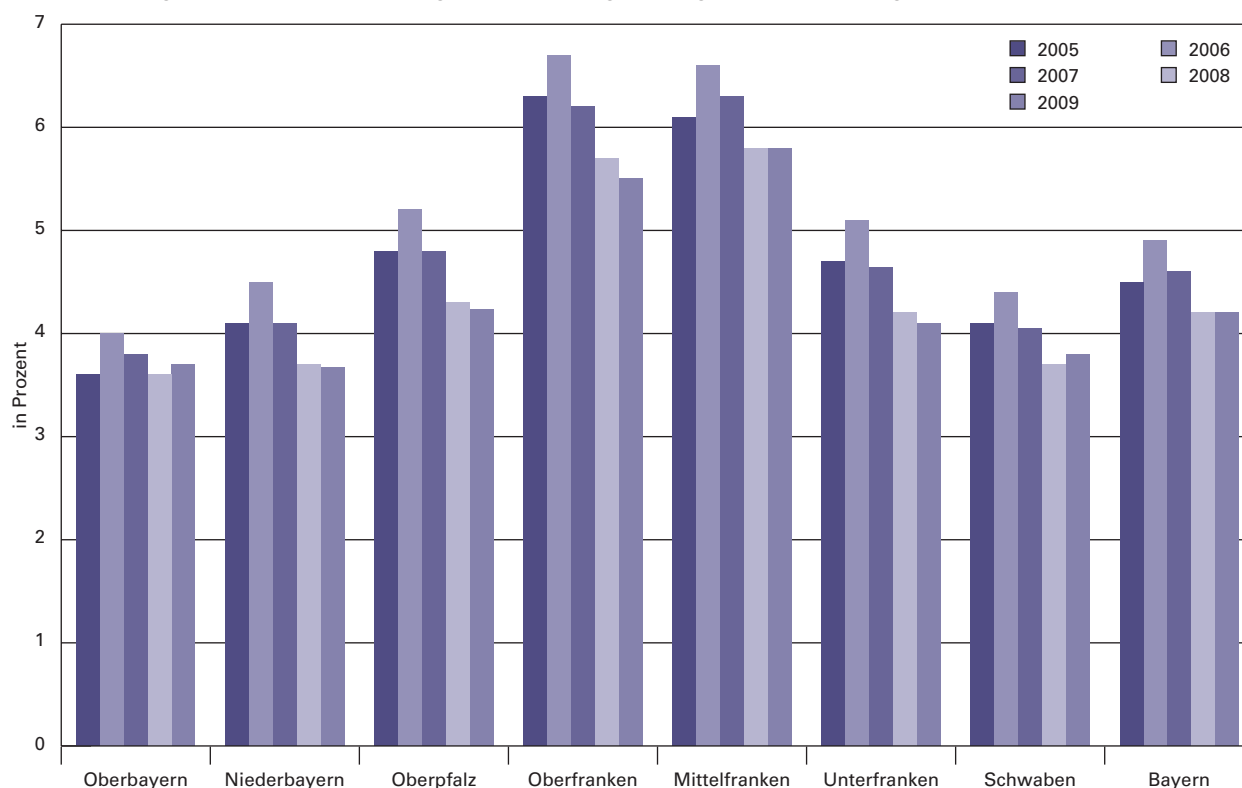
In allen Regierungsbezirken hatten die Quoten im Zeitraum 2005 bis 2009 in 2006 ihren Höchststand und lagen bis auf Oberbayern 2009 unter dem Niveau von 2005.

In Ober- und Mittelfranken sind die Hilfequoten seit 2005 konstant deutlich am höchsten, sie liegen rund ein Drit-

tel über Oberbayern und Schwaben. Oberbayern weist über die Jahre die niedrigsten Werte auf, seit 2009 ist Niederbayern auf gleicher Höhe, Schwaben folgt dicht darauf.

Dem bayerischen Durchschnitt entsprachen am ehesten die Regierungsbezirke Oberpfalz und Unterfranken.

Grundsicherung – Quote* der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bezogen auf Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

* berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB II-Empfänger

Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Arbeitslosengeld II) 2009 nach Kreisen und kreisfreien Städten

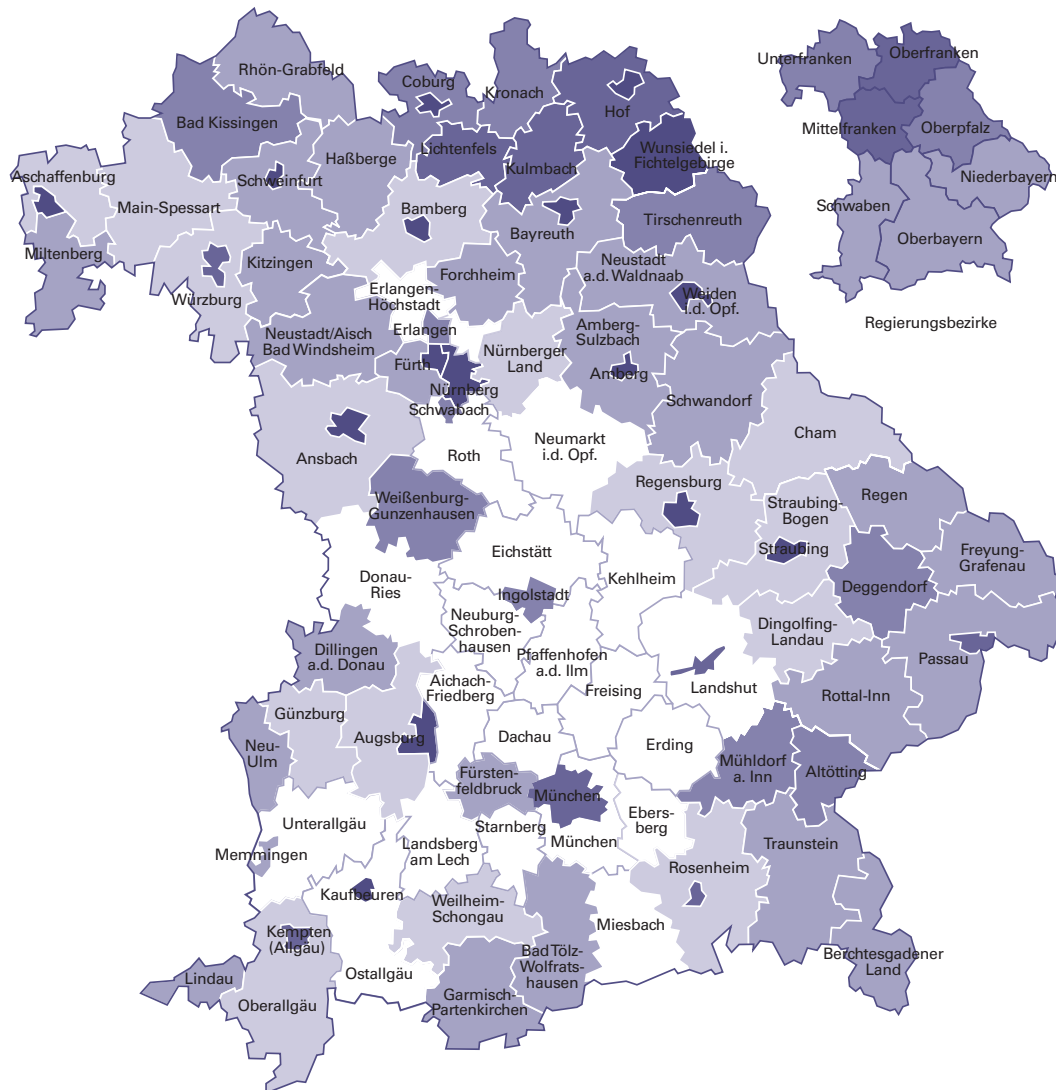
Die höchsten SGB II-Inanspruchnahmequoten der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind in den nördlichen und östlichen Landesteilen zu beobachten.

In allen kreisfreien Städten liegt die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen

sind die Quoten zumeist niedriger. Dies deutet an, dass sich das Armutsrisiko verstärkt auf Städte konzentriert.

Die niedrigste Hilfequote wies der Landkreis Eichstätt mit 1,2% auf. Die Hilfequote in der Stadt Hof war hingegen fast elfmal so hoch (12,9%).

Grundsicherung 2009 – Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen



Quote* der hilfebedürftigen Personen bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren.

	Häufigkeit		Häufigkeit
 bis unter 2,5	20	 4 bis unter 5	10
 2,5 bis unter 3	15	 5 bis unter 7	11
 3 bis unter 4	24	 7 oder mehr	16
Minimum: Landkreis Eichstätt 1,2		Bayern: 4,2	
		Maximum: Stadt Hof 12,9	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

* berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB II-Empfänger

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Grundsicherung für Hilfebedürftige unter 15 Jahren: Regionale Quoten (Sozialgeld) 2009 nach Kreisen und kreisfreien Städten

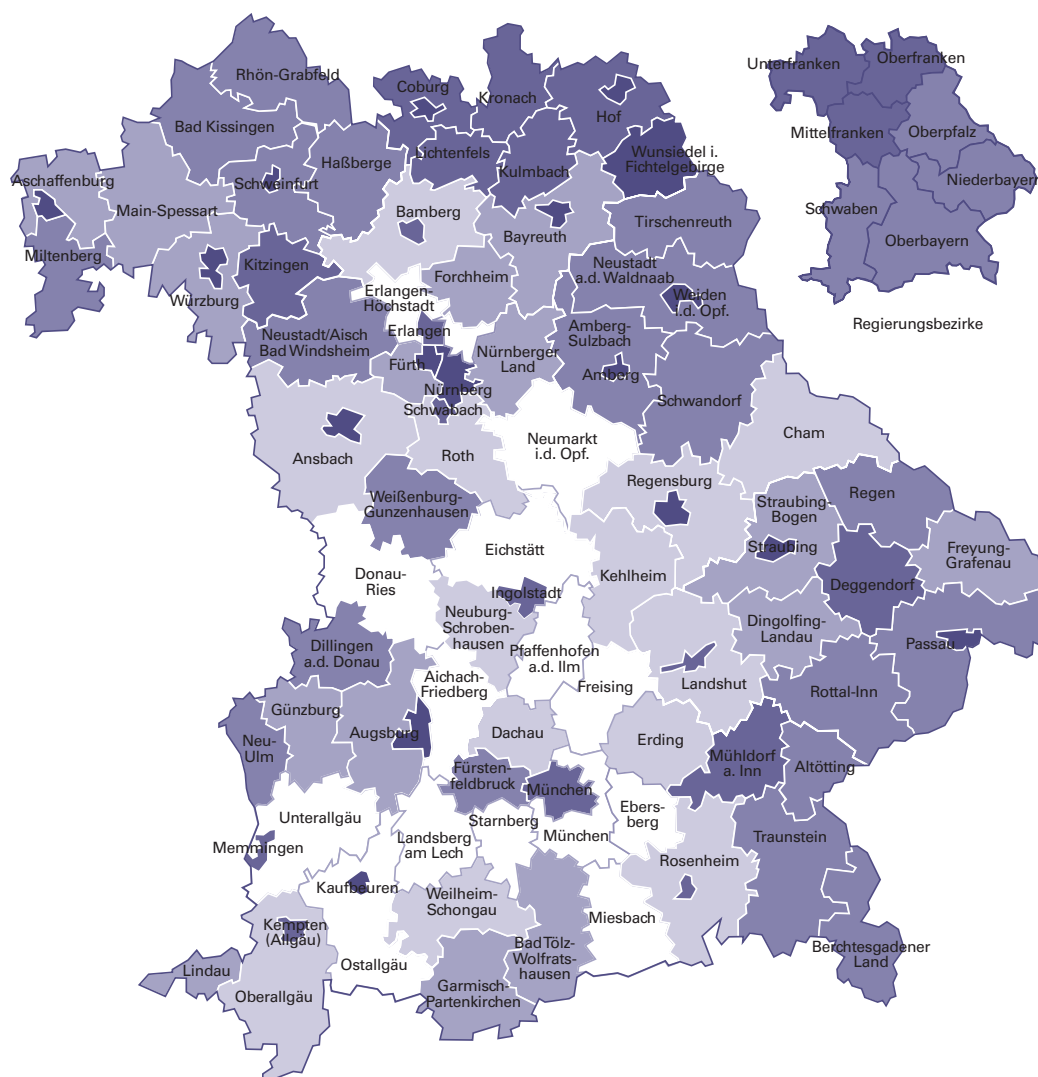
Innerhalb Bayerns zeigen sich die gleich großen regionalen Unterschiede bei den SGB II-Quoten für Kinder wie bei allen Leistungsempfängern, also allen 15- bis unter 65-Jährigen.

In großen Teilen Nordbayerns sind die SGB II-Quoten für unter 15-Jährige teils weit überdurchschnittlich. Gene-

rell ist die Hilfequote in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen.

Die niedrigste Hilfequote ist im Landkreis Freising und die höchste in der Stadt Hof zu verzeichnen. Dort lebt beinahe jedes vierte Kind auf SGB II-Niveau.

Grundsicherung 2009 – Quote der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 15 Jahren



Quote* der hilfebedürftigen Personen unter 15 Jahren bezogen auf Bevölkerung im entsprechenden Alter

	Häufigkeit		Häufigkeit
 bis unter 4	14	 6 bis unter 8	20
 4 bis unter 5	13	 8 bis unter 13	17
 5 bis unter 6	15	 13 oder mehr	17

Minimum: Landkreis Freising 1,8

Bayern: 7,7

Maximum: Stadt Hof 23,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

* berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB II-Empfänger

SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, unter 65-Jährige) im Oktober 2010 nach Familientypen: Hilfequoten in allen Bedarfsgemeinschaftstypen²⁸ in Bayern am niedrigsten

Im Oktober 2010 erhielten in Bayern 256.410 Bedarfsgemeinschaften, in denen 471.137 Personen lebten, Leistungen nach dem SGB II.

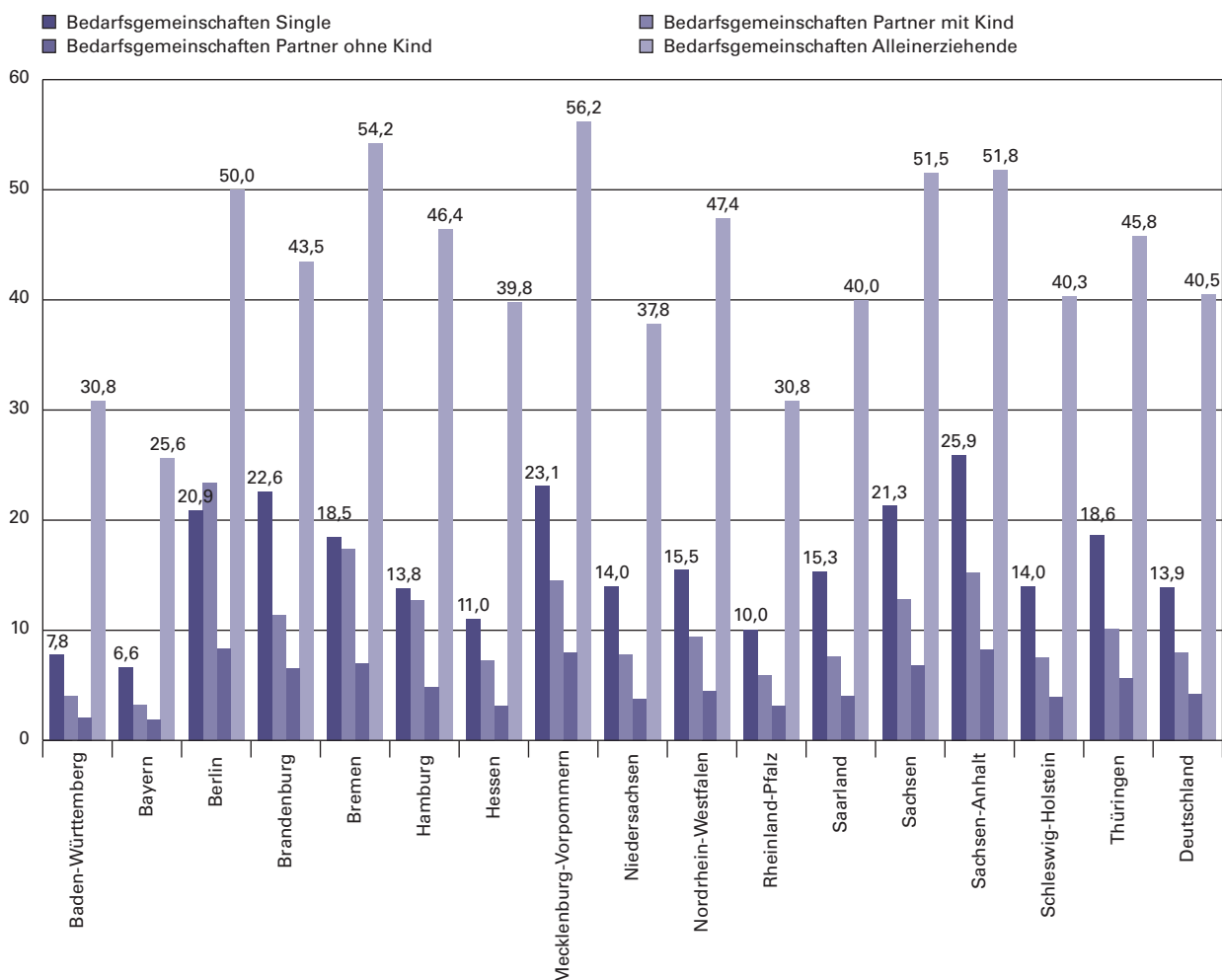
Knapp über die Hälfte (52,2%) aller Bedarfsgemeinschaften waren im Oktober 2010 in Bayern Single-Haushalte, 21% Alleinerziehende und 25% Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften, dabei 11% ohne Kinder und 14% mit Kindern.

Im Vergleich zu Westdeutschland gab es in Bayern anteilig mehr Single-Haushalte, mehr Partner-Haushalte ohne

Kinder sowie mehr Alleinerziehende unter den Leistungsempfängern, geringer war der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern.

In allen Bedarfsgemeinschaftstypen sind die Hilfequoten in Bayern am geringsten. Während in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Sachsen-Anhalt und Sachsen mehr als jede zweite Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft SGB II-Leistungen erhält, ist es in Bayern nur jede Vierte. Bei den Single- sowie Partnerhaushalten mit und ohne Kind sind die Hilfequoten in Deutschland mehr als doppelt so hoch wie in Bayern.

Hilfequoten* von Bedarfsgemeinschaften nach Familientypen – im Oktober 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

* Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung nach Bedarfsgemeinschaftstyp (Mikrozensusdaten des Jahres 2009 des Statistischen Bundesamtes) in Prozent

²⁸ Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, außerdem zählen dazu weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige, Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können. Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft.

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Höhe der SGB II-Leistungen in Bayern: Durchschnittlich 826 Euro je Bedarfsgemeinschaft (September 2010)

Je Bedarfsgemeinschaft, die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende bezog, lag diese Leistung bei durchschnittlich 826 Euro pro Monat (September 2006: 838 Euro). Preisbereinigt sind die Leistungen im Zeitraum 2006 bis 2010 um 69 Euro gesunken.

Im September 2010 lag bei 59 % der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen der Grundsicherung für Erwerbsfähige in Anspruch genommen haben, ein angerechnetes Einkommen vor.

Der Nettobedarf (= Gesamtbedarf abzüglich Sozialversicherungsbeiträge und Einmalleistungen) lag im

September 2010 bei Alleinstehenden bei durchschnittlich monatlich 659 Euro, bei Alleinerziehenden bei 1.121 Euro, bei Paaren mit Kindern bei 1.633 Euro sowie bei Paaren ohne Kind(er) bei 959 Euro (jeweils pro Monat).

Die durchschnittliche Nettoleistung (= Netto-Bedarf abzüglich angerechnetem Einkommen und Sanktionen) belief sich bei Alleinstehenden durchschnittlich auf 577 Euro, bei Alleinerziehenden auf 669 Euro, bei Paaren mit Kind auf 908 Euro und bei Paaren ohne Kind auf 698 Euro.

Höhe von SGB II-Leistungen im September 2010

Region	Durchschnittliche Höhe der monatlichen Leistungen je Bedarfsgemeinschaft, in €					
	Insgesamt	Arbeitslosengeld II ohne Leistungen für Unterkunft	Sozialgeld ohne Leistungen für Unterkunft	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Sozialversicherungsbeiträge	Sonstige Leistungen
September 2006						
Deutschland	854	342	14	295	198	4,2
Westdeutschland	879	347	17	312	198	4,6
Bayern	838	334	13	290	197	4,6
real (in Preisen vom September 2010)	895	357	14	309	210	4,9
September 2010						
Deutschland	840	338	13	322	161	5,6
Westdeutschland	867	343	15	342	161	6,2
Bayern	826	324	12	327	157	5,8
reale Veränderung 2006–2010	–69	–33	–2	18	–53	1

Quellen: Daten der Bundesagentur für Arbeit; Verbraucherpreisindex des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen

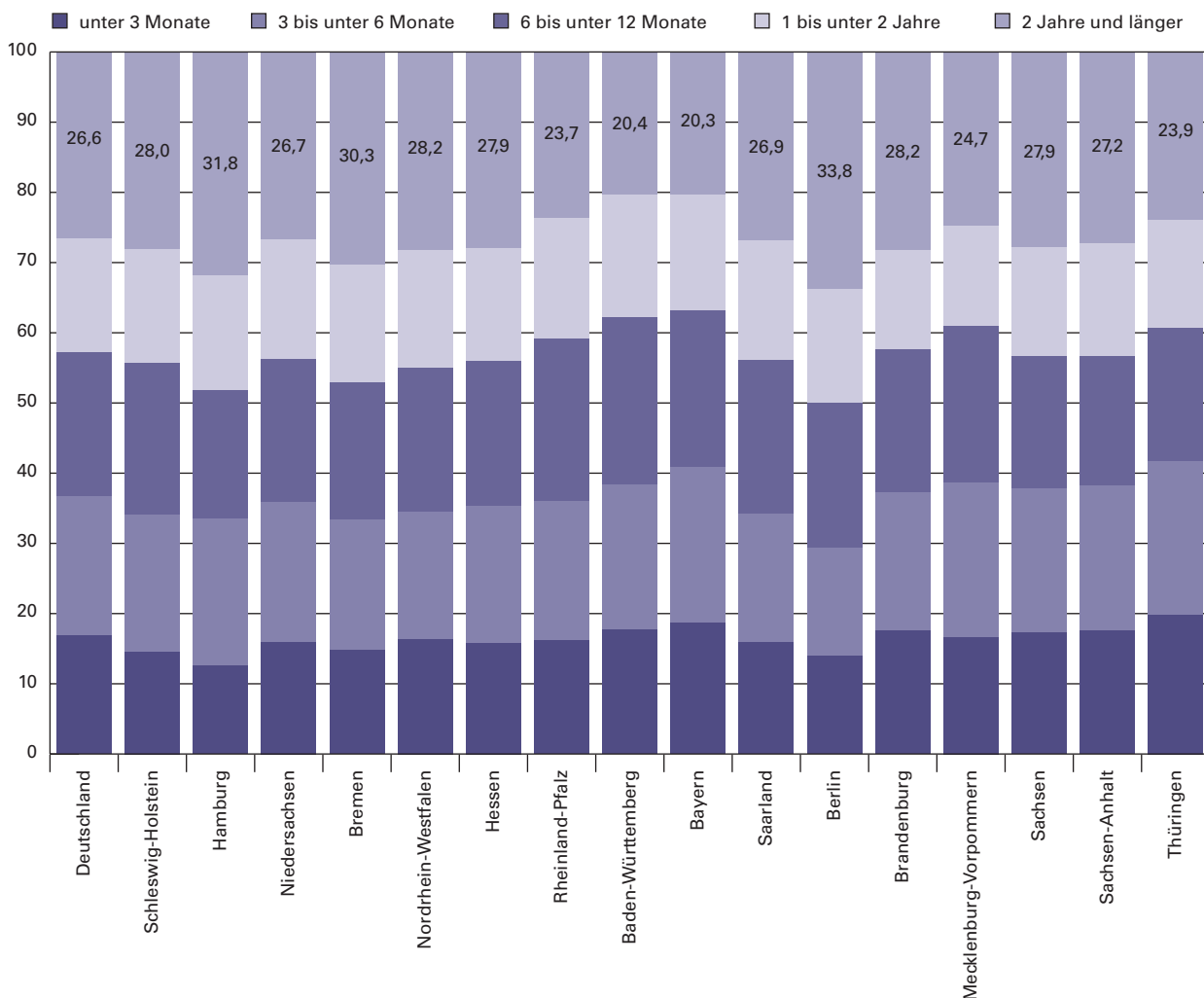
Abbauprozess der Hilfebedürftigkeit in Bayern am schnellsten

Im Juni 2010 konnten 27.200 Leistungsempfänger in Bayern ihre Hilfebedürftigkeit beenden. 63,1% dieser Personen waren weniger als ein Jahr im Hilfebezug. Fast zwei Drittel der Leistungsempfänger gelang es also innerhalb eines Jahres ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und die Hilfebedürftigkeit zu überwinden.

Hilfebedürftige in Bayern und Baden-Württemberg beenden ihre Hilfebedürftigkeit deutlich schneller als in

allen anderen Bundesländern. Der Unterschied wird vor allem bei dem Anteil der Personen mit Langzeitbezug deutlich. Während in Bayern nur 20,3% der Grundsicherungsempfänger, die ihre Hilfebedürftigkeit im Juni 2010 beendet haben, zwei Jahre und länger im Leistungsbezug waren, trifft dies z.B. bei Grundsicherungsempfängern in Berlin auf 33,8%, in Nordrhein-Westfalen auf 28,2% und im bundesweiten Durchschnitt auf 26,6% zu.

Abgeschlossene Verweildauer im SGB II



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Personen insgesamt – Stand Juni 2010

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Jugendliche von 15 bis 25 Jahren schaffen den Übergang aus der Grundsicherung viel eher als Ältere ab 50 Jahren

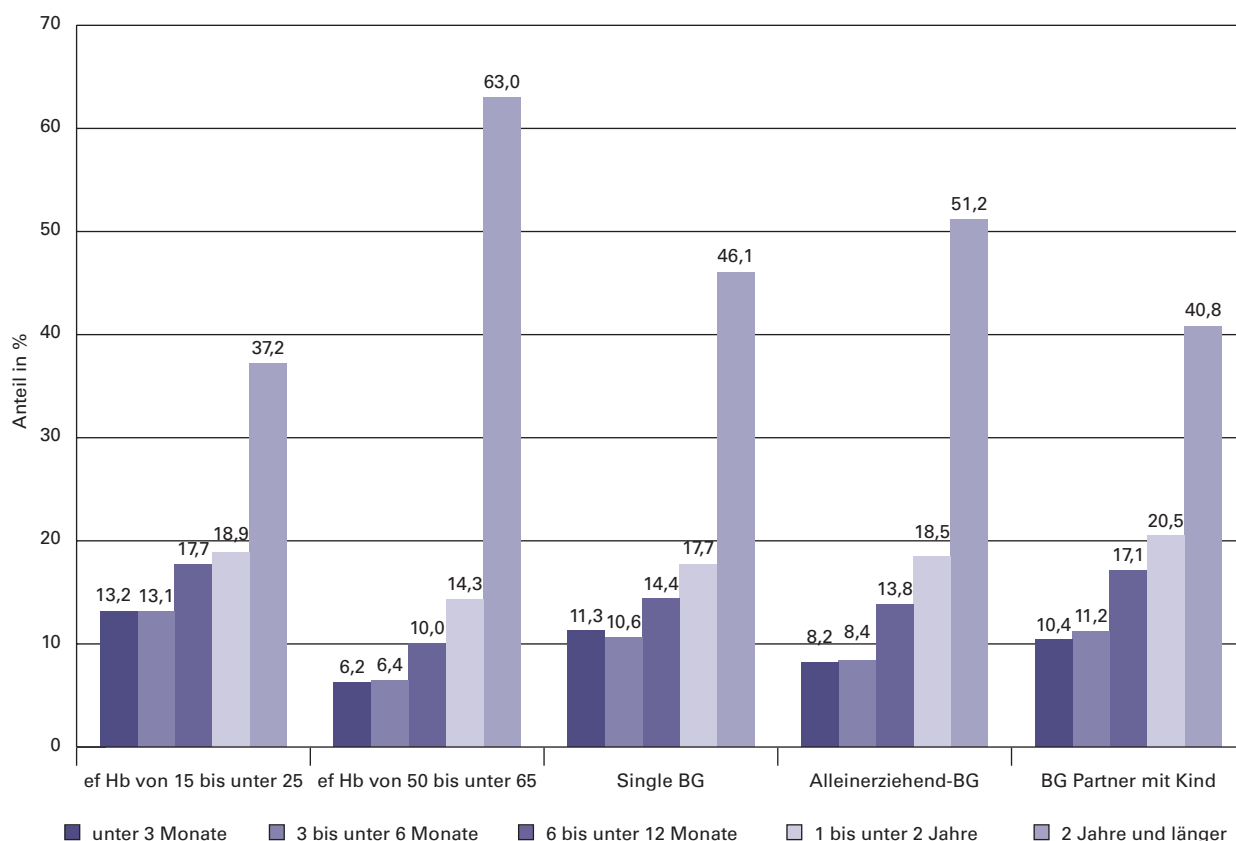
Die Analyse der bisherigen Verweildauer im SGB II-Leistungsbezug zeigt, wie lange die Hilfebedürftigkeit zum Stichtag Juni 2010 bereits anhält. Die bisherige Verweildauer dient somit als Indikator für die Verfestigung des Hilfebezugs.

Beim Vergleich verschiedener Personengruppen im Hilfebezug fällt auf, dass Jugendliche (zwischen 15 und 25 Jahren) bedeutend schneller aus dem Hilfebezug kommen als Personen ab 50 Jahren. Während 26,3% der Jugendlichen weniger als ein halbes Jahr im Hilfebezug waren, gelang es nur 12,6% der Personen ab 50 Jahren ihre Hilfebedürftigkeit in dieser kurzen Zeit zu beenden. Besonders drastisch ist der Unterschied beim Langzeit-

bezug. Fast zwei Drittel der Grundsicherungsbezieher ab 50 Jahren sind schon seit über 2 Jahren hilfebedürftig, von den Jugendlichen dagegen nur etwas mehr als jeder Dritte.

Auch die Bedarfsgemeinschaftstypen unterscheiden sich bei der Dauer der Hilfebedürftigkeit. Paare mit Kindern, von denen 40,8% seit mindestens 2 Jahren Grundsicherungsleistungen beziehen, haben größere Chancen die Hilfebedürftigkeit in kürzerer Zeit zu überwinden als Alleinlebende, von denen 46,1% seit mindestens 2 Jahren hilfebedürftig sind, oder Alleinerziehende, von denen mehr als jeder Zweite so lang im Leistungsbezug ist.

Bisherige Verweildauer von Personengruppen und Bedarfsgemeinschaftstypen im SGB II-Leistungsbezug in Bayern – im Juni 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sanktionsgründe gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Arbeitslosengeld II-Empfänger sind verpflichtet, alle Möglichkeiten auszuschöpfen ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern. Bei Verstoß gegen diese Pflichten wird die Leistung gekürzt. Sanktionen dauern grundsätzlich 3 Monate.

Von Sanktionen waren im November 2010 5,2% aller arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bayern betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 133 Euro je erwerbsfähigem Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion.

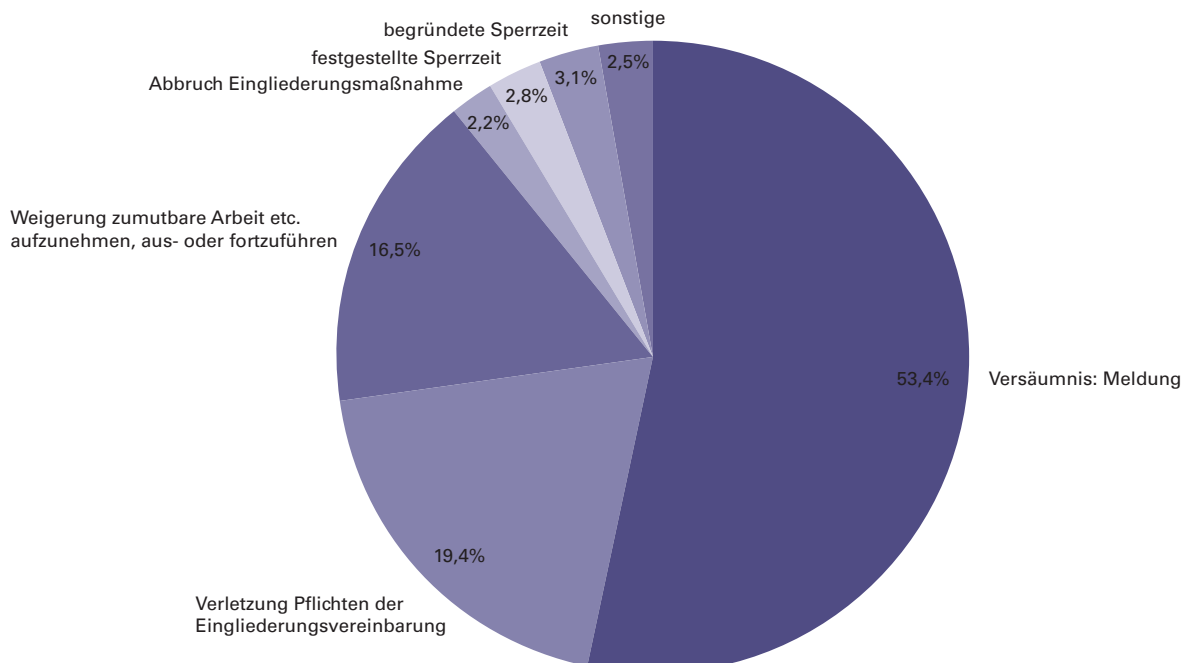
Der mit 53,4% mit weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung von Meldepflichten gegenüber dem zuständigen Träger, was bei erstmaligem Verstoß eine Minderung der Regelleistung um 10% nach sich zieht.

Bei allen anderen Pflichtverletzungen wird das Arbeitslosengeld II um 30% (bei erster Pflichtverletzung) reduziert:

- 19,4% basierten auf einer Verletzung einer in der Eingliederungsvereinbarung geregelten Pflicht.
- Bei 16,5% lag eine Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen oder fortzuführen, einer Sanktion zu Grunde.

Bei wiederholter Pflichtverletzung können Sanktionen von bis zu 100% der Regelleistung verhängt werden.

Grundsicherung in Bayern – Sanktionsgründe gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Berichtsmonate Januar bis November 2010

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Bundesweit unterschiedliche Sanktionsquoten

Die Sanktionsquote lag im November 2010 in Bayern – bezogen auf alle arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) – bei 5,2%, bundesweit waren es 4,5%. Insgesamt reicht die Spanne von 3,5% (Brandenburg) bis max. 5,5% (Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz).

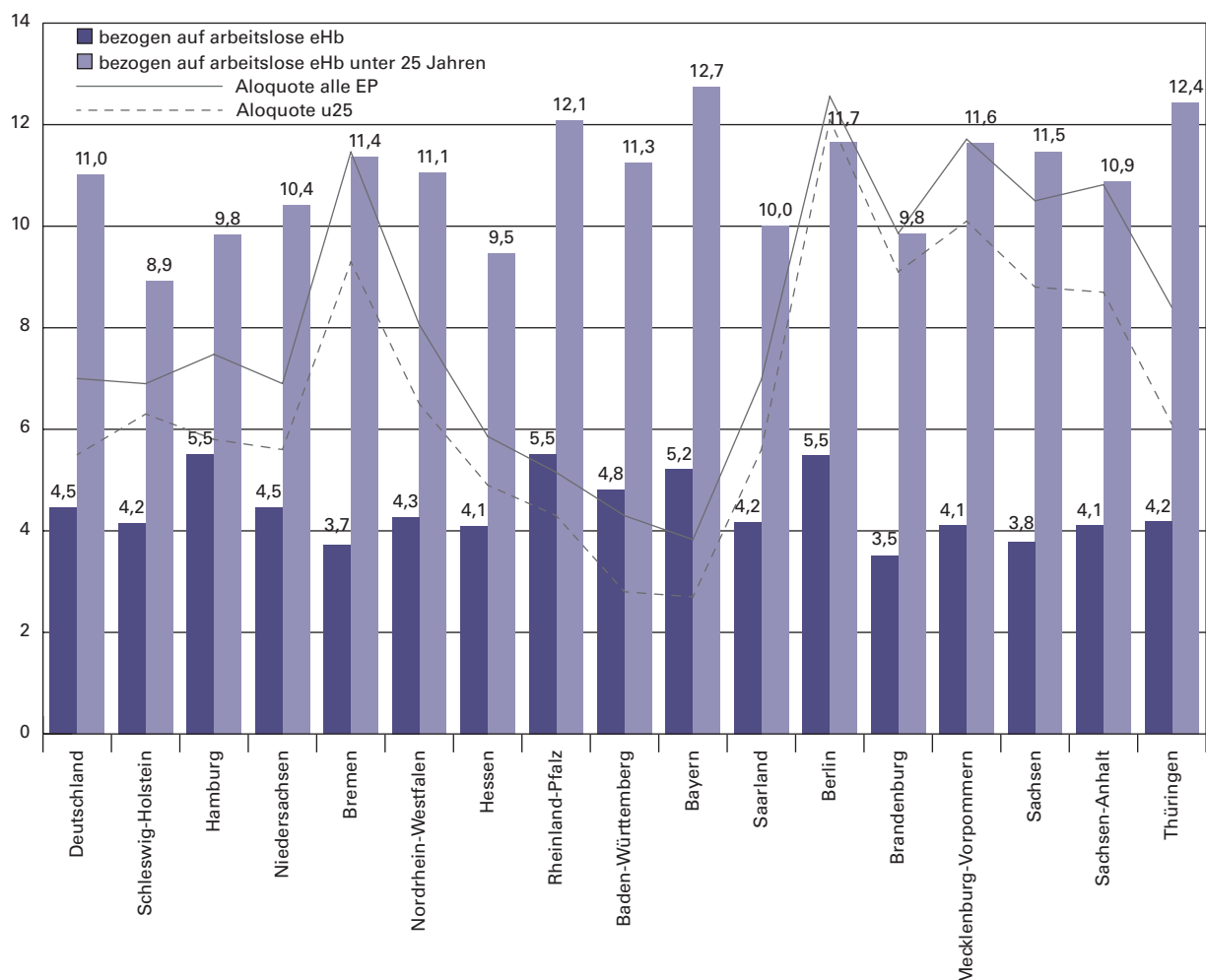
Bei den unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen schwanken die Sanktionsquoten zwischen 8,9% (Schleswig-Holstein) und 12,7% (Bayern). Gegen Jüngere werden deutlich häufiger Sanktionen verhängt als gegen Ältere. Ein Grund hierfür könnte u.a. sein, dass Junge besonders intensiv betreut werden sowie Sonderregelungen für junge Leute, bei denen schon bei der ersten Stellenablehnung die Leistung komplett gestrichen werden kann.

Die Bundesländer unterscheiden sich hinsichtlich der Sanktionsquoten deutlich weniger als z.B. einzelne Regionen in jedem Bundesland. So reicht die Spanne

der Sanktionsquoten bei arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von 1,2% in Ammerland (Niedersachsen) bis zu 11,0% im Landkreis Karlsruhe. Bei den unter 25-Jährigen arbeitslosen Hilfebedürftigen waren die Unterschiede noch größer: Während im Landkreis Lichtenfels (Bayern) 35,2% der jungen Erwerbslosen sanktioniert wurden, waren es in sechs Landkreisen, davon 5 in Bayern 0%.

Die unterschiedlichen Sanktionsquoten sind bundesweit vorrangig durch den Arbeitsmarkt bestimmt: Sie hängen wesentlich vom Arbeitsangebot in der Region ab. Bei hoher Arbeitslosigkeit sind die Quoten oft niedriger, denn bei ungenügendem Arbeitsangebot helfen Sanktionen nicht und können auch nicht wirksam verhängt werden. Ausnahme ist jedoch Berlin mit der höchsten Arbeitslosenquote (12,6%) und gleichzeitig der höchsten Sanktionsquote.

Grundsicherung für Arbeitssuchende – Sanktionsquoten im November 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Sanktionsquoten (Anteil der von einer Sanktion betroffenen arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen Hilfebedürftigen) reichen von 2,0% im Landkreis Würzburg bis 10,6% in den Landkreisen Altötting und Ostallgäu. In über der Hälfte der Regionen liegt die

Durchschnittlich die höchsten Sanktionsquoten haben Niederbayern mit 6,5% und Schwaben mit 6,2%.

The map displays the administrative structure of Bavaria, Germany, with the following regions and their constituent municipalities:

- Upper Franconia (Oberfranken):** Hof, Kronach, Kulmbach, Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Weiden i.d. Opf., Amberg-Weiden, Amberg, Schwandorf, Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Middle Franconia (Mittelfranken):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Lower Franconia (Unterfranken):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Upper Palatinate (Oberpfalz):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Lower Palatinate (Niederpfalz):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Upper Bavaria (Oberbayern):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Lower Bavaria (Niederbayern):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.
- Alpine Region (Alpen):** Regensburg, Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Deggendorf, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Passau, Landshut, Freising, Erding, München, Ebersberg, Miesbach, Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech, Starnberg, München, Fürstenfeldbruck, Dachau, Augsburg, Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu, Memmingen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu.

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter 3,5	11	■ 5,5 bis unter 6,5	19
■ 3,5 bis unter 4,5	17	■ 6,5 bis unter 7,5	13
■ 4,5 bis unter 5,5	18	□ 7,5 oder mehr	18

Maximum: Lkr. Altötting und Ostallgäu 10,6

217

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.4 GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI ERWERBSMINDERUNG

Steigende Inanspruchnahme: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt für Personen ab 65 Jahren sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen sicherstellen soll.

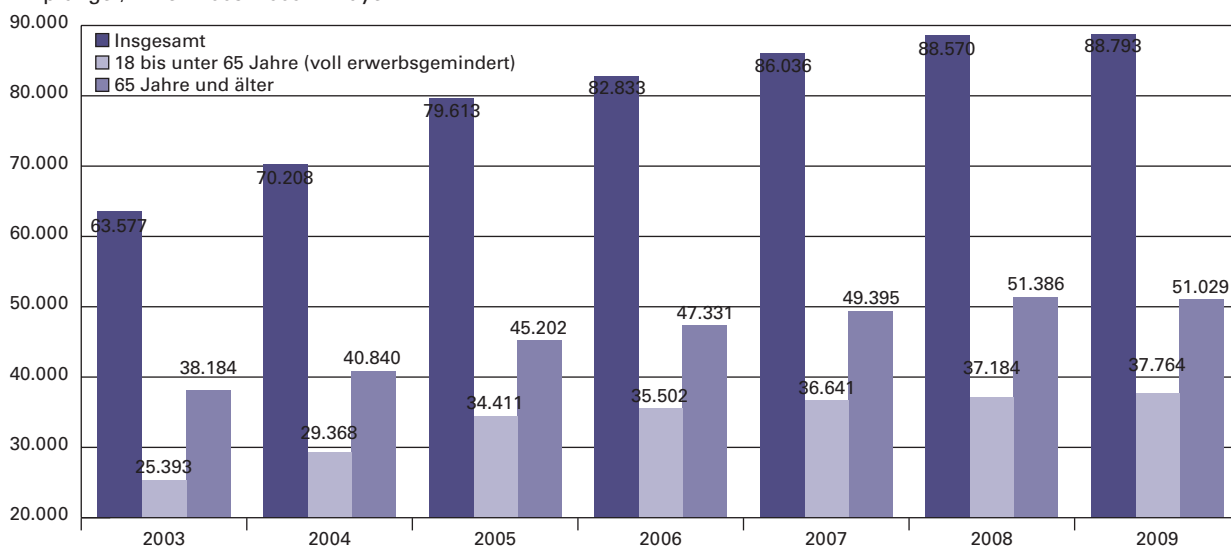
Ende 2009 bezogen fast 89.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Erstmals seit 2003 ist die Empfängerzahl gegenüber dem Vorjahr kaum angestiegen.

43% der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen.

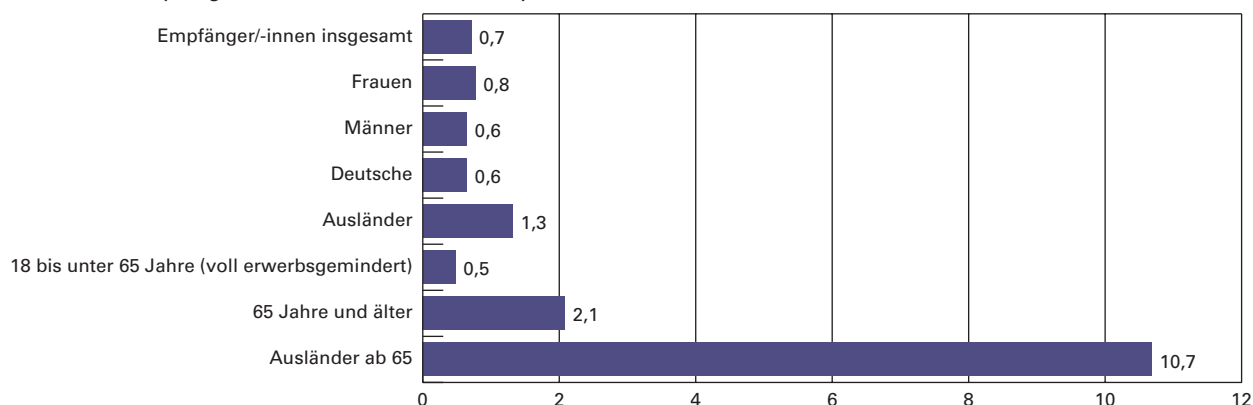
Die Mehrheit der Empfänger waren 65 Jahre und älter. Ende 2009 haben 2,1% aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen abgedeckt.

Vor allem bei älteren Ausländern zeigte sich eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung: Fast 11% der ausländischen Mitbürger/-innen ab 65 Jahren erhielten Grundsicherung. Damit lag die Quote bei ihnen über sechs Mal höher als bei deutschen Bürgern ab 65 (1,7%).

Empfänger/-innen 2003–2009 in Bayern



Quoten der Empfänger/-innen am 31.12.2009 in Bayern*



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

* Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung in %

Deutschlandweit sind Frauen im Rentenalter stärker auf Grundsicherung angewiesen als Männer

Die Grundsicherung soll hauptsächlich dazu beitragen, die sogenannte „verschämte Armut im Alter“ einzugrenzen. Da häufiger ältere Menschen bestehende Sozialleistungsansprüche nicht geltend machen, weil sie u.a. einen Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten und/oder eine Auseinandersetzung mit Behörden scheuen, unterschätzen die Quoten tendenziell das Ausmaß der Armutsgefährdung (vgl. ausführlicher Kap. 2).

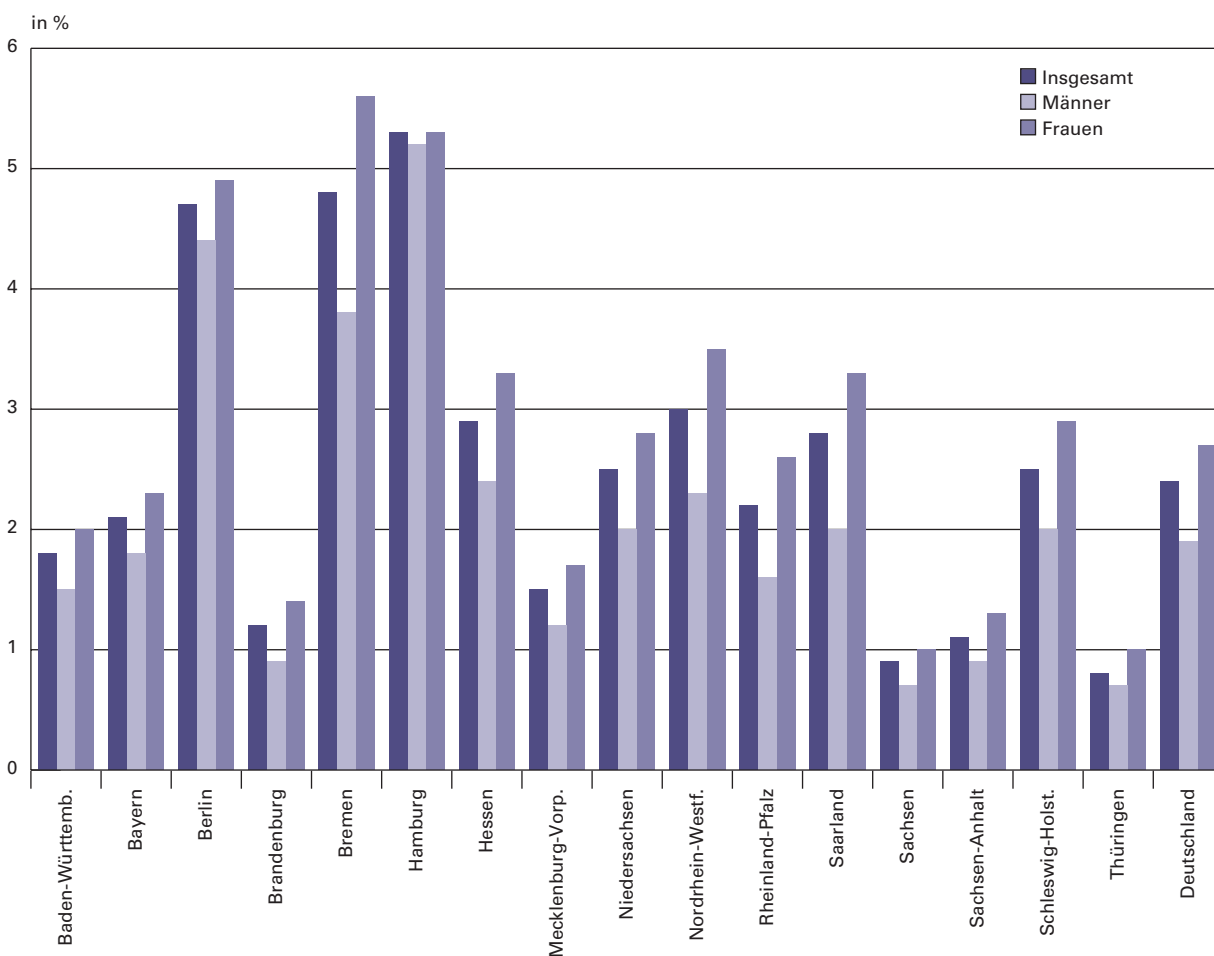
Betrachtet man die älteren Grundsicherungsbezieher/-innen ab 65 Jahren, fallen verstärkt geschlechterspezifische Unterschiede auf. So bezogen Ende 2009 in Deutschland 2,7 % (Bayern: 2,3 %) aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern waren es dagegen nur 1,9 % (Bayern: 1,8 %).

In allen Bundesländern war die Quote der Frauen höher als die der Männer.

Am häufigsten haben die Menschen in den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg die Leistung in Anspruch genommen (zwischen 4,7 % und 5,3 %). Am seltensten nahm die Bevölkerung in Thüringen und Sachsen (0,8 % bzw. 0,9 %) die Leistung in Anspruch.

Auch in Bayern ist die Tendenz feststellbar, dass in Verdichtungsräumen Ältere häufiger Grundsicherung erhalten als in ländlichen Räumen.

Quote der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahren) in % nach Geschlecht und Bundesländern am 31.12.2009



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.4 GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI ERWERBSMINDERUNG

Regionale Verteilung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Bayernweit bezogen 2009 rund 51.000 Menschen ab 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dies entspricht 2,1% der Bevölkerung im entsprechenden Alter. Nachdem die Empfängerzahl seit Einführung 2003 jährlich kontinuierlich angestiegen ist, nahm sie in 2009 erstmals gegenüber dem Vorjahr (–0,7%) ab.

In allen Regierungsbezirken ist die Zahl der Hilfebezieher 2009 höher als 2003.

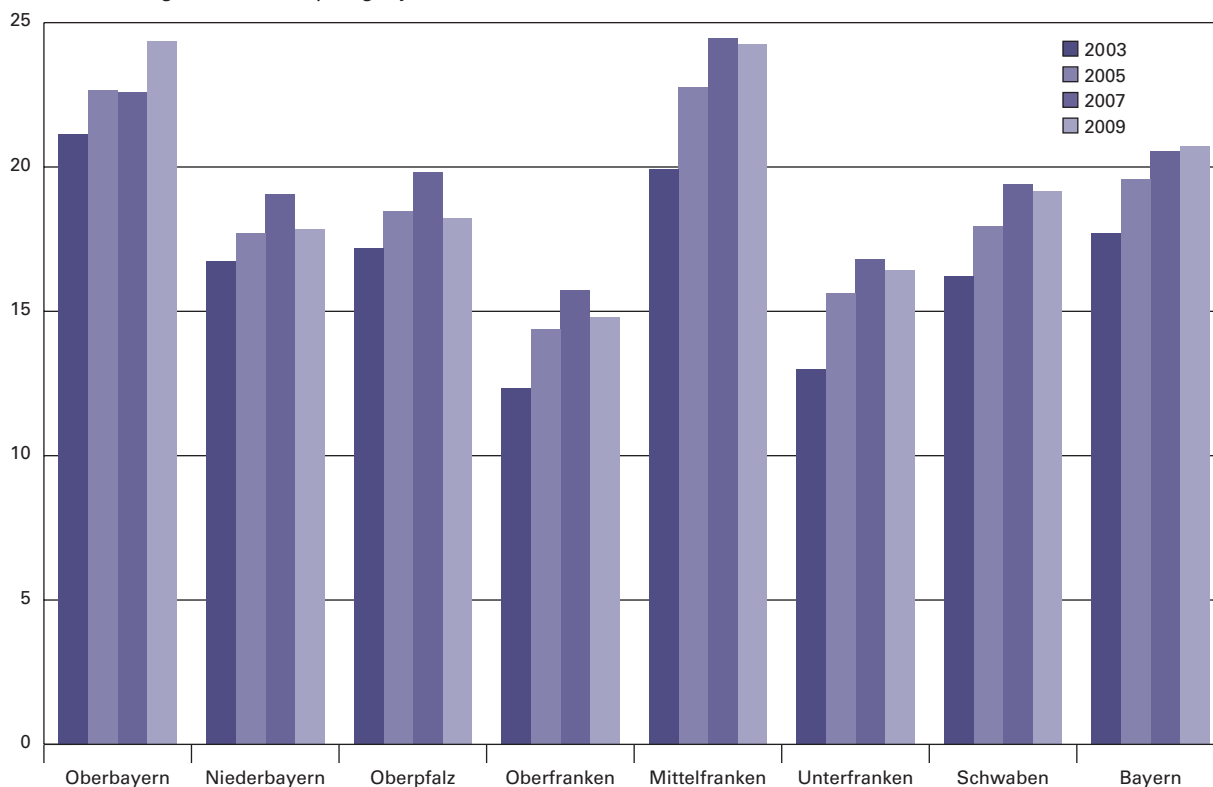
Überdurchschnittlich stark waren Menschen ab 65 Jahren in Oberbayern und Mittelfranken Empfänger von Grundsicherungsleistungen.

Am seltensten nahm die Bevölkerung in Oberfranken diese Leistung in Anspruch.

Neben der Grundsicherung im Alter bezogen auch noch 37.764 Empfänger Grundsicherung bei Erwerbsminderung von 18 bis unter 65 Jahren. Dabei handelte es sich um Personen, die wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Zahl nahm in 2009 gegenüber 2008 um 1,6% zu.

Ende 2009 erhielten 39.508 (entspricht 44,5%) Männer und 49.285 (entspricht 55,5%) Frauen Leistungen der Grundsicherung. Dabei stellten die Frauen ab 65 Jahren mit 32.300 Empfängerinnen wie bereits im Vorjahr die größte Empfängergruppe dar.

Grundsicherung im Alter – Empfänger je 1000 Einwohner ab 65 Jahren



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen

Monatlicher Auszahlungsbetrag 425 Euro pro Empfänger

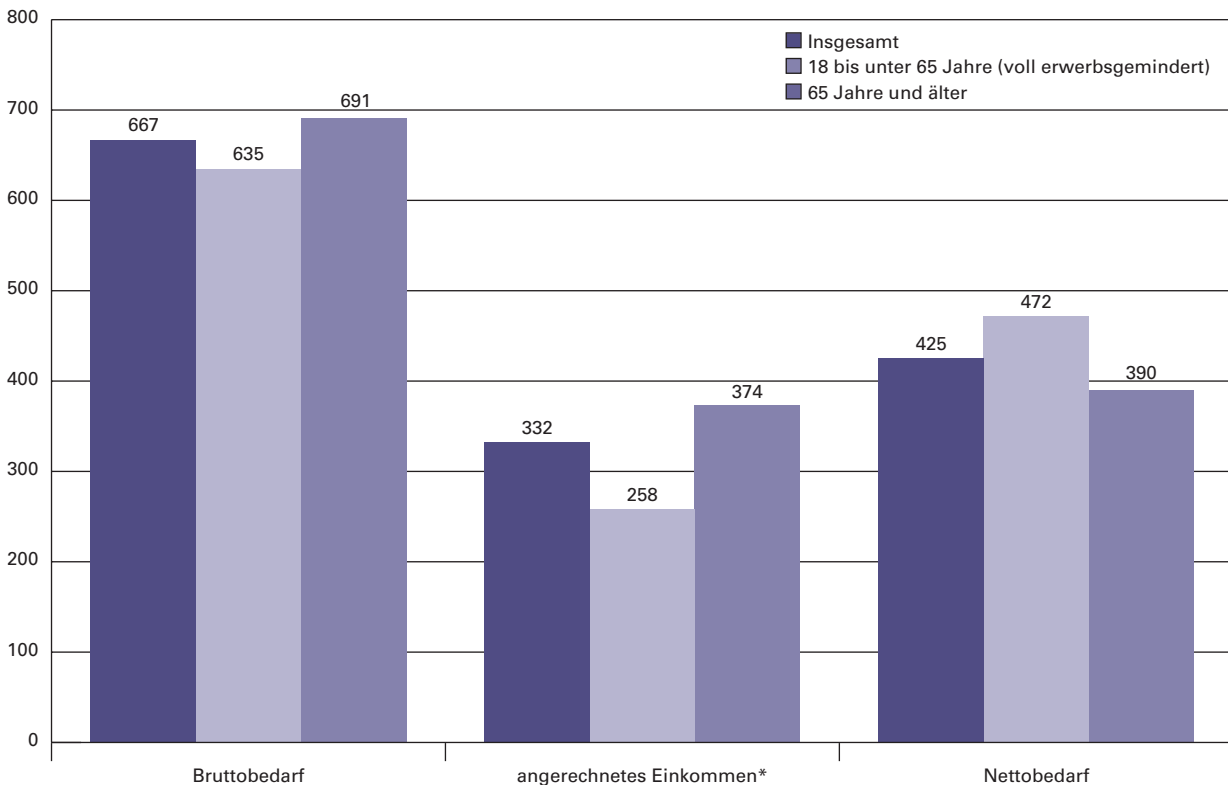
Durchschnittlich hatten Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Jahresende 2009 einen monatlichen Bruttobedarf von 667 Euro. Mit 296 Euro entfielen über 44% des durchschnittlichen Bruttobedarfs auf die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Die Empfänger bezogen in der überwiegenden Mehrzahl ein oder mehrere Einkommen, die auf die Grundsicherungsleistung angerechnet wurden. Ungefähr 27% der Empfänger konnten kein anrechenbares Einkommen vorweisen.

Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 332 Euro wurden im Schnitt 425 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt, das entspricht einer Erhöhung um ca. 5% gegenüber dem Vorjahr.

Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 332 Euro wurden im Schnitt 425 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt, das entspricht einer Erhöhung um ca. 5% gegenüber dem Vorjahr.

Durchschnittliche Zahlungsbeträge an Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Bayern am 31.12.2009



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

* Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung

5. SOZIALE LEISTUNGEN

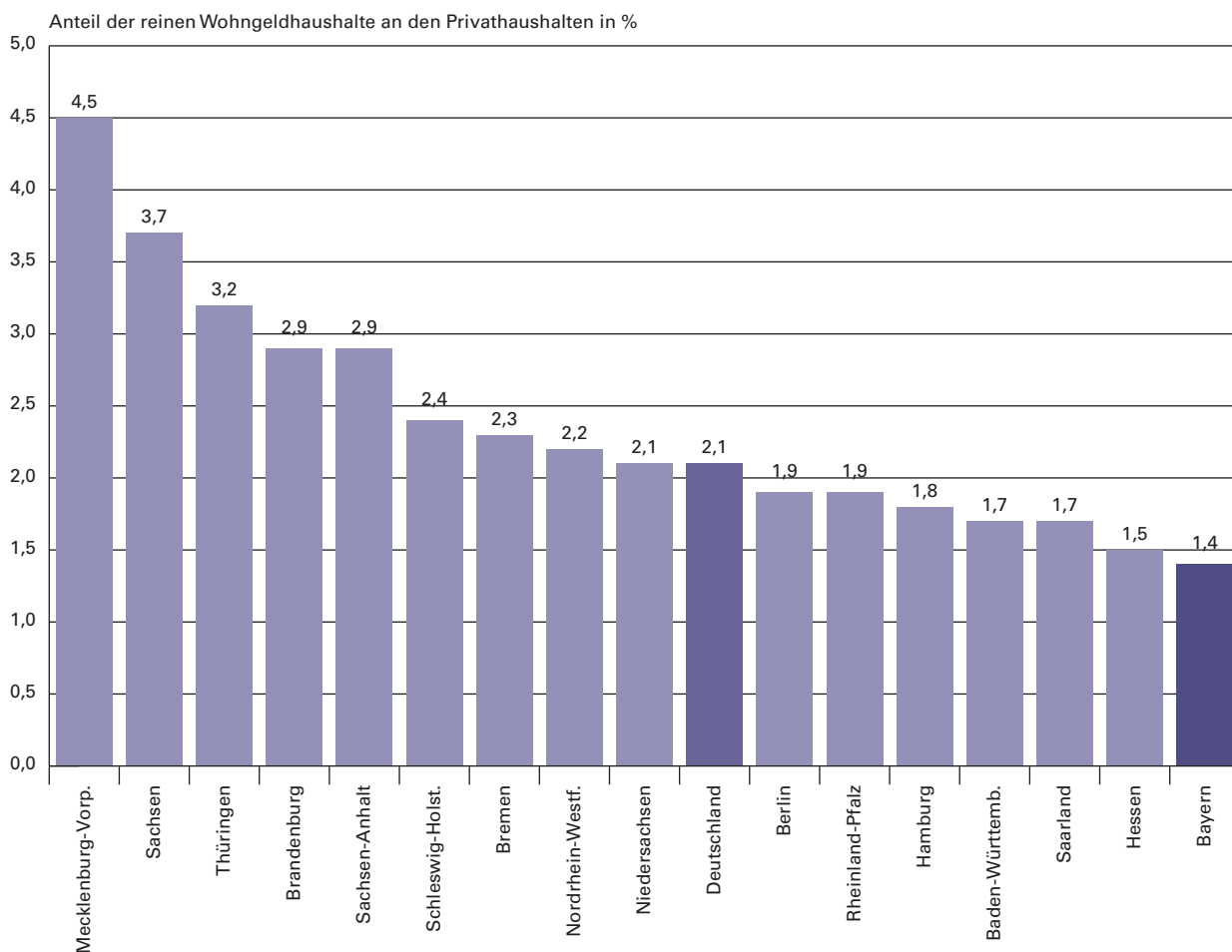
5.5 WOHNUNGELD

Wohngeld: Geringste Anzahl an Wohngeldempfängern in Bayern

Damit auch einkommensschwächere Haushalte die Wohnkosten für einen angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können, wird in Deutschland Wohngeld gewährt. Wohngeld wird in Abhängigkeit von der Bedürftigkeit des Empfängerhaushalts geleistet.

Der Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten ist mit 1,4% im Vergleich aller Länder am geringsten; auch hier zeigt sich der im bundesweiten Vergleich relativ hohe Wohlstand Bayerns.

Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach Ländern* 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten (Mikrozensus 2009) – Reine Wohngeldhaushalte

Zahl der Wohngeldempfänger 2009 in Bayern um 60 Prozent gestiegen

Am Jahresende 2009 gab es in Bayern 82.495 „reine“ Wohngeldhaushalte, also Haushalte, die bezüglich aller zum Haushalt zählenden Personen wohngeldberechtigt sind. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Empfängerhaushalte um rund 60 %. Der Anstieg ist vor allem mit der Wohngeldreform zum 1.1.2009 begründet, die zu einer höheren Anzahl der wohngeldberechtigten Haushalte und zu einer Erhöhung des Wohngeldes führte.

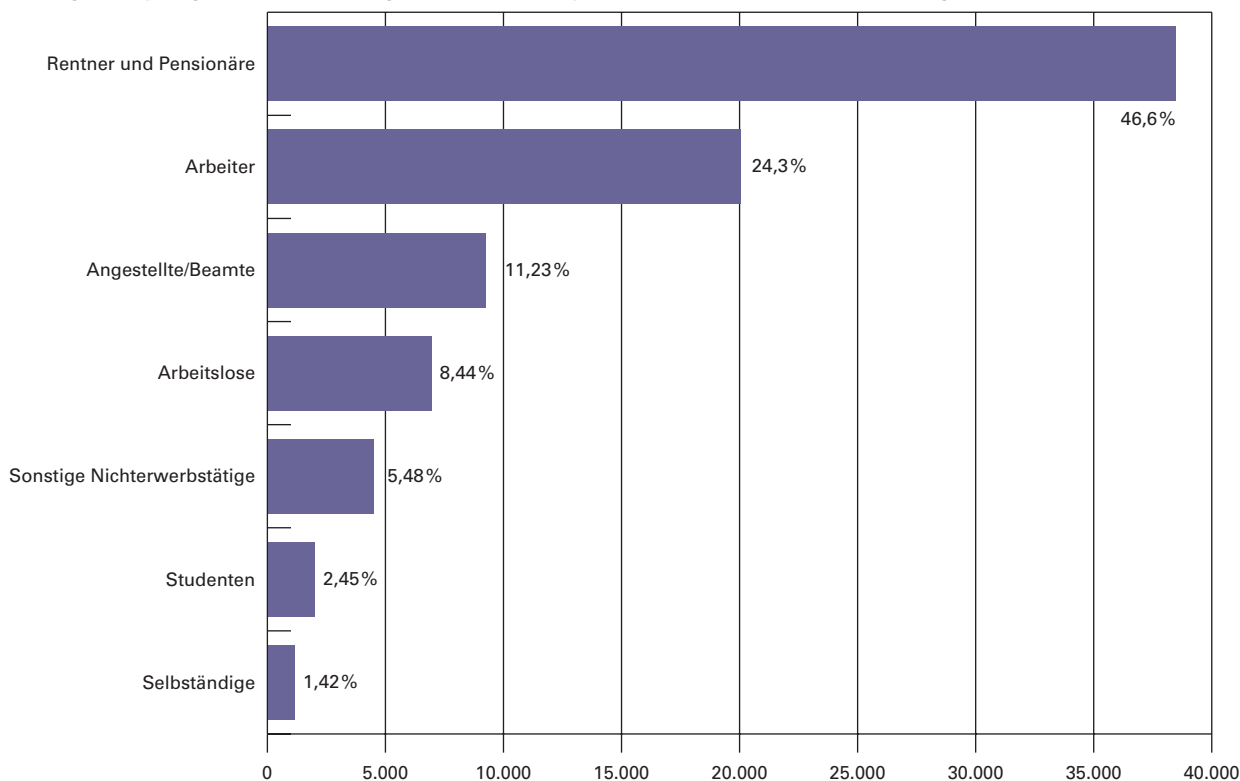
Neben den rund 82.500 reinen Wohngeldhaushalten gab es Ende 2009 in Bayern rund 12.000 wohngeldrechtliche Teilhaushalte in so genannten „Mischhaushalten“. Das entspricht fast einer Verdreifachung der Mischhaushalte gegenüber dem Vorjahr (4.452). Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen Empfänger von staatlichen Transferleistungen, die nicht selbst wohngeldberechtigt sind (z.B. Empfänger von Arbeitslosengeld II, die in der Regel kein Wohngeld erhalten, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden), mit Personen zusammen leben, die wohngeldberechtigt sind.

Von den Wohngeldempfängern in Bayern waren 47 % Rentner/Pensionäre, 24 % Arbeiter, 11 % Angestellte/Beamte und 8 % Arbeitslose.

Von den 82.495 reinen Wohngeldhaushalten in Bayern erhielten 76.308 das Wohngeld als Mietzuschuss und 6.187 als Lastenzuschuss. Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 122 Euro beim Mietzuschuss und 145 Euro beim Lastenzuschuss (Mietzuschuss wird an Mieter ausgezahlt, Eigentümer von Immobilien bekommen Lastenzuschuss).

Wie im Vorjahr waren es auch am Jahresende 2009 vor allem Singlehaushalte, die Wohngeld erhielten. Mit 44.571 machten sie mehr als die Hälfte (54 %) aller reinen Wohngeldhaushalte aus. 13 % lebten in einem 2-Personen-Haushalt, 8,9 % in einem 3-Personen-Haushalt sowie 13,1 % in einem Vier-Personen-Haushalt. Die restlichen 11 % lebten in einem Fünf- oder Mehr-Personen-Haushalt.

Wohngeldempfänger in reinen Wohngeldhaushalten Bayerns 2009 nach der sozialen Stellung



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.5 WOHNUNGELD

In Oberbayern ist der Anteil der Haushalte, die auf Wohnungsgeld angewiesen sind, am geringsten

Die größte Wohnungsgeldquote weist Oberfranken auf. Dort beziehen 1,8% der Privathaushalte Wohnungsgeld, dicht gefolgt von Niederbayern und der Oberpfalz mit jeweils 1,7%.

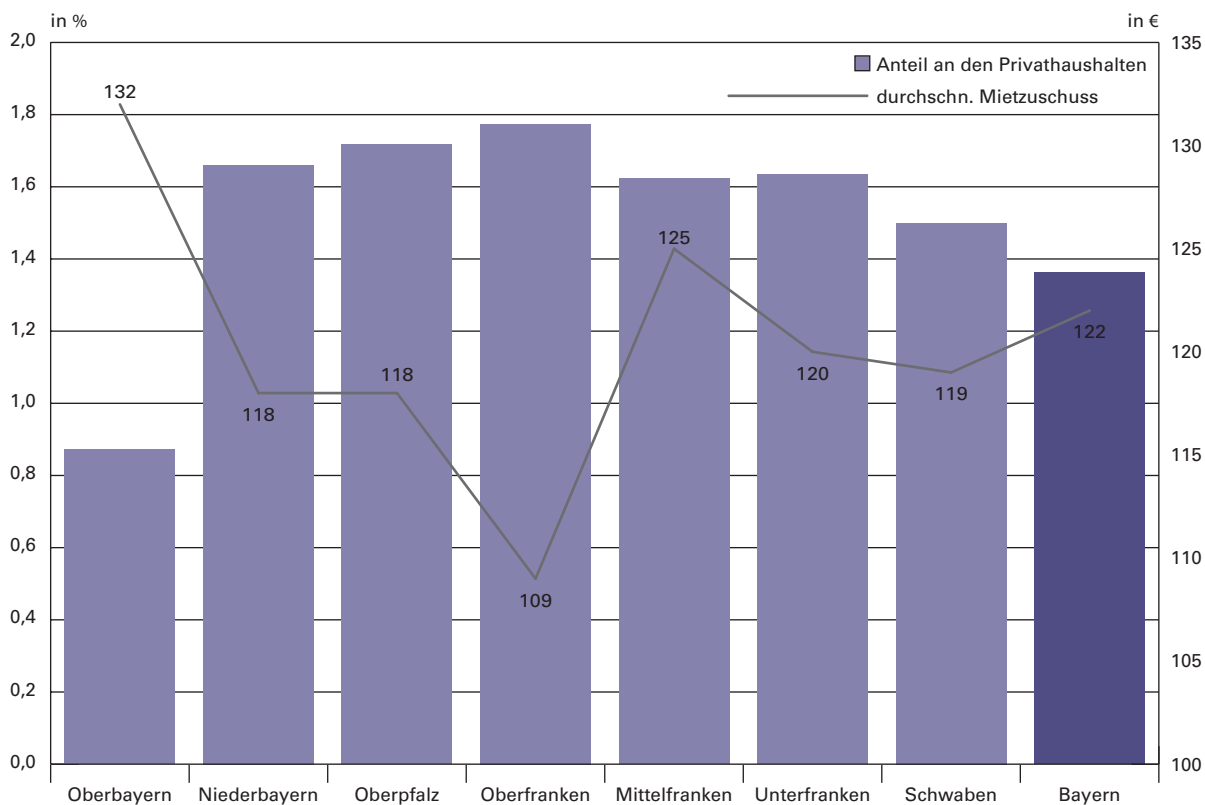
Mit Abstand am wenigsten auf Wohnungsgeld angewiesen sind die Haushalte in Oberbayern mit nur 0,9%.

In Oberbayern mit der niedrigsten Wohnungsgeldquote ist der durchschnittlich gezahlte Mietzuschuss mit 132 Euro am höchsten, während in Oberfranken mit der höchsten Wohnungsgeldquote mit 109 Euro durchschnittlich der niedrigste Mietzuschuss gezahlt wurde.

Die Spannweite der durchschnittlich gezahlten Mietzuschüsse reicht vom Landkreis Tirschenreuth mit 93 Euro bis zu 166 Euro im Landkreis Freising.

Der Unterschied bei den durchschnittlich gezahlten Mietzuschüssen zwischen den Landkreisen mit 119 Euro und den kreisfreien Städten mit 126 Euro ist relativ gering.

Wohnungsgeldquote* und durchschnittliche Mietzuschusshöhe 2009



Quellen: Wohnungsgeldstatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; Mikrozensus 2009; eigene Berechnungen

* Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohnungsgeld an den Privathaushalten (Mikrozensus 2009) - Reine Wohnungsgeldhaushalte

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.6 SOZIALHILFE

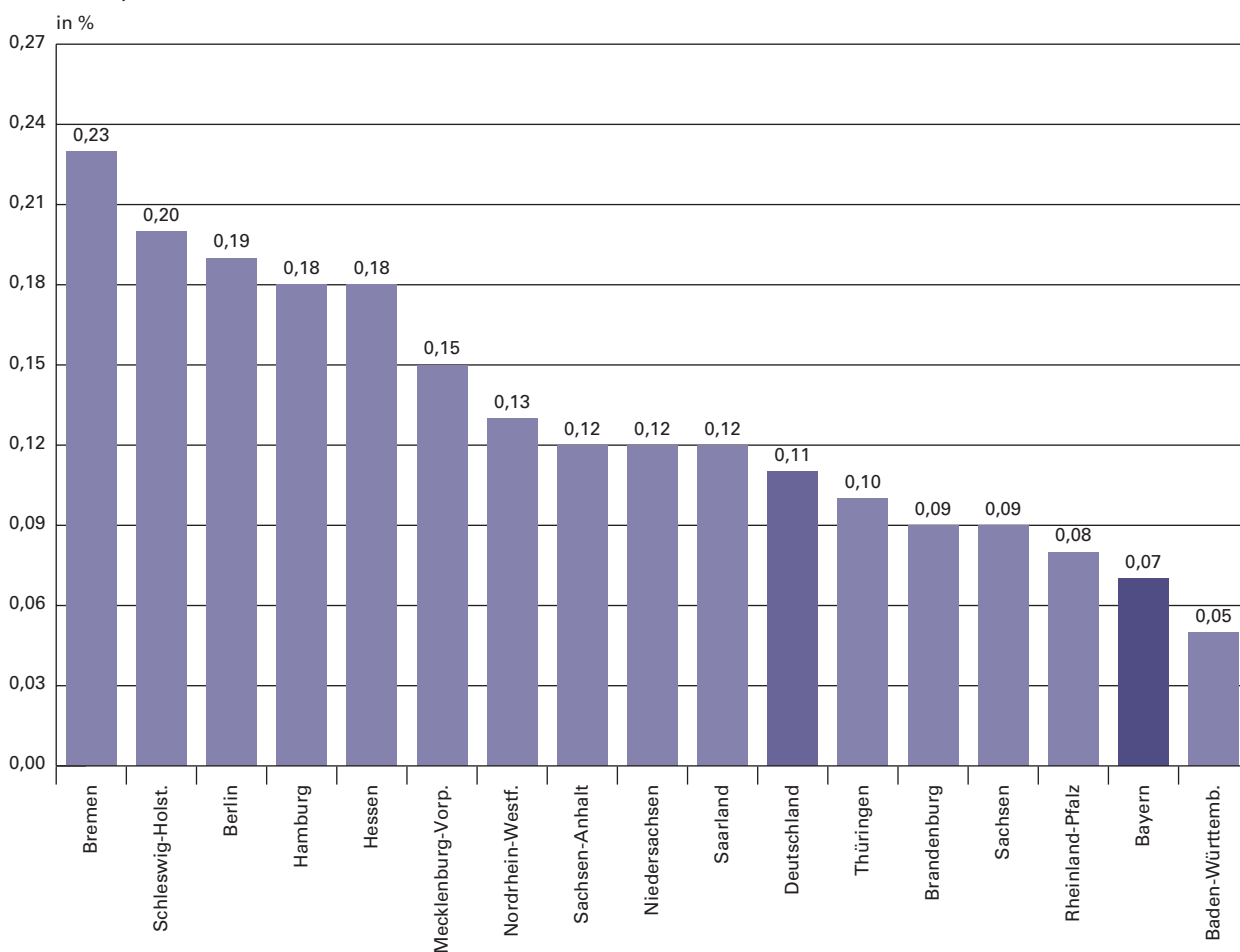
Mindestsicherung durch Sozialhilfe²⁹ für erwerbsunfähige jüngere Menschen: In Bayern ist die Sozialhilfequote am zweitniedrigsten

Bayern weist mit einer Sozialhilfequote von 0,07 % eine der geringsten Quoten aller Länder auf. Nur Baden-Württemberg verzeichnet mit 0,05 % eine geringfügig günstigere Quote. Den höchsten Anteil verzeichnet Berlin mit 0,23 %.

Die Empfängerzahlen sind gegenüber 2004 insgesamt um bis zu 98 % zurückgegangen. Seit dem 01.01.05

erhalten bisherige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne sowie ihre Familienangehörigen eine Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) sowie Ältere Leistungen nach der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Sozialhilfequote* nach Ländern 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 100 Einwohner am Jahresende

²⁹ Auf Sozialhilfe haben ab dem 01.01.2005 nur noch Erwerbsunfähige (Erwerbsfähigkeit unter 3 Stunden pro Tag), Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern einen Anspruch.

5. SOZIALE LEISTUNGEN

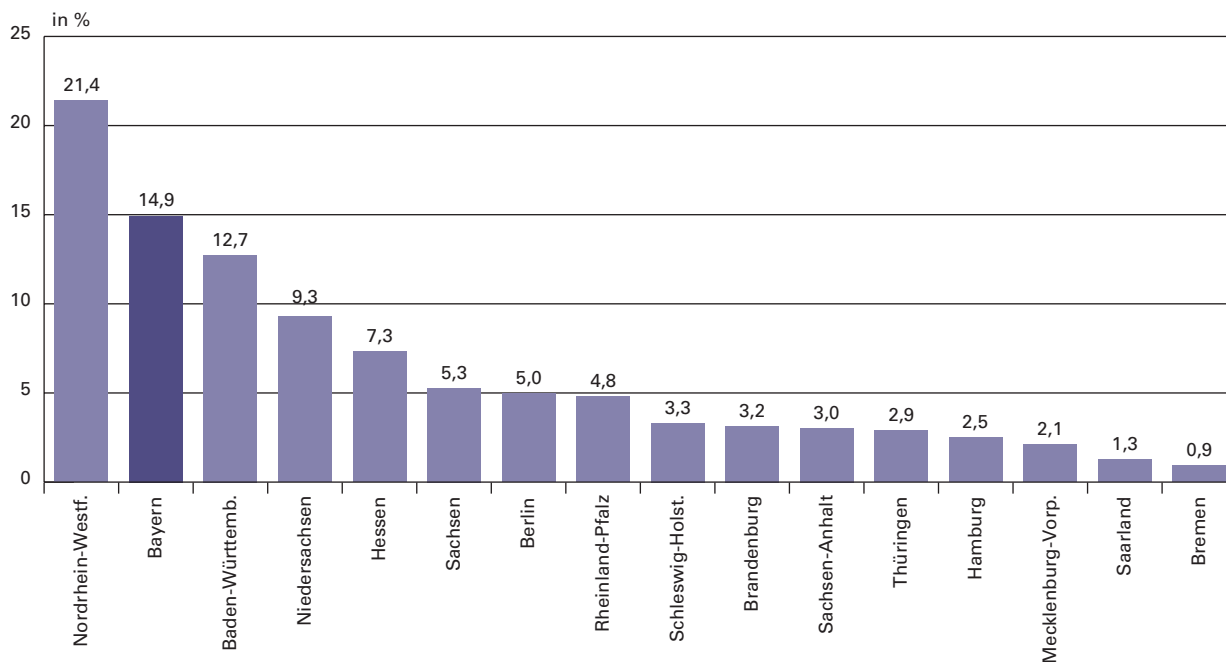
5.7 ASYL

Asylbewerber: Aufnahme- und Ausgabenquoten

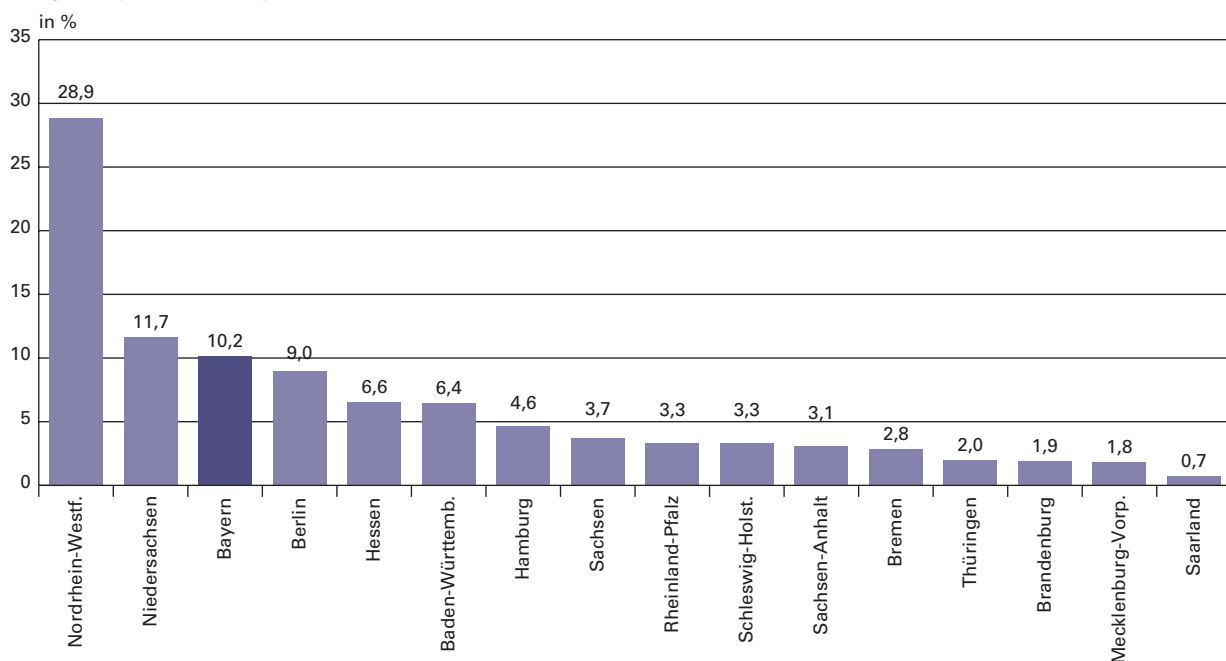
Etwa jeder siebte Asylbewerber (14,9%), der im Jahr 2009 in der Bundesrepublik Asyl beantragte, wurde in einer Aufnahmeeinrichtung in Bayern untergebracht.

Bayern gab im Jahr 2009 etwa 80,2 Mio. Euro für Asylbewerber und weitere Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus.

Aufnahmequote* von Asylbewerbern nach Ländern 2009



Ausgabenquote** für Asylbewerber nach Ländern 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Aufnahmequote nach § 45 AsylVfG

** Anteil der Ausgaben der Länder an den Gesamtausgaben des Bundes

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.8 PFLEGEVERSICHERUNG, PFLEGEBEDÜRFTIGE, PFLEGEHEIMPLÄTZE

Pflegeversicherung: Zunehmend mehr Leistungsempfänger

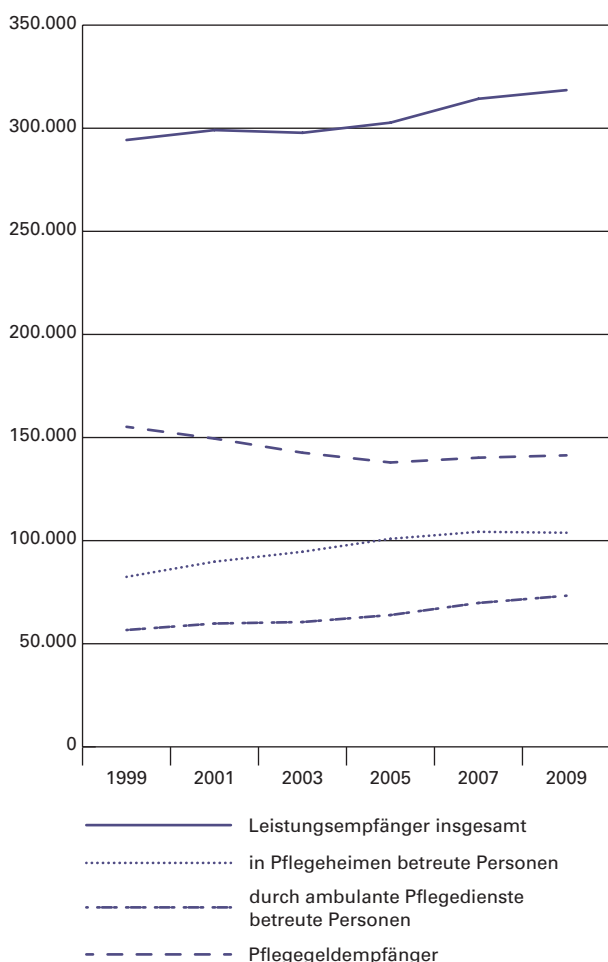
Mit der steigenden Zahl älterer Menschen steigt auch künftig die Zahl der Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung weiter an. So liegt der Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und älteren je 100 20- bis 64-Jährigen) derzeit bei rund 31, er wird bis zum Jahr 2029 auf 44 steigen. Insbesondere ab etwa dem 80. Lebensjahr steigt die Pflegequote stark an: Während von den 60- bis unter 65-Jährigen derzeit lediglich 1,4% pflegebedürftig sind, wurde für die ab 95-Jährigen eine Pflegequote von 65,2% ermittelt.

Von den insgesamt 318.000 Pflegebedürftigen in Bayern wurden im Dezember 2009 ca. zwei Drittel (67,4% bzw. 215.000) zu Hause versorgt. 141.000 Pflegebedürftige erhielten ausschließlich Pflegegeld, d.h. sie wurden i.d.R. zu Hause durch Angehörige gepflegt.

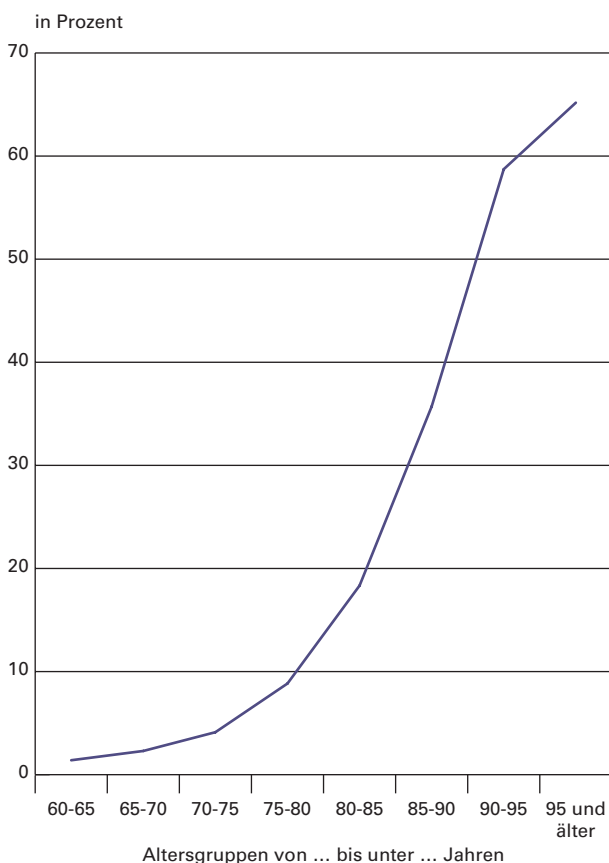
Im Vergleich 2009 mit 2007 zeigt sich kein Trend weg von der Pflege zu Hause und hin zu den Pflegeheimen. Die Anzahl der in Heimen Versorgten ist erstmals gesunken (-0,4%), die Pflege zu Hause verzeichnet eine Zunahme um +1,8%. Überdurchschnittlich hoch ist dabei die Zunahme bei den durch ambulante Dienste Betreuten um +5%.

Bei einer langfristigen Betrachtung seit 1999 hat die „professionelle“ Pflege in Heimen und durch ambulante Pflegedienste an Bedeutung gewonnen. Die Anzahl der in Heimen Versorgten ist um 26% und der durch ambulante Dienste Betreuten ist um 29% gestiegen, während die reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger von 1999 bis 2009 um 9% abgenommen haben.

Leistungsempfänger/-innen der Sozialen Pflegeversicherung in Bayern



Pflegequote in Abhängigkeit vom Alter in Bayern am 15.12.2009



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.8 PFLEGEVERSICHERUNG, PFLEGEBEDÜRFTIGE, PFLEGEHEIMPLÄTZE

Ausgeprägte Geschlechtsunterschiede bei der Pflegebedürftigkeit

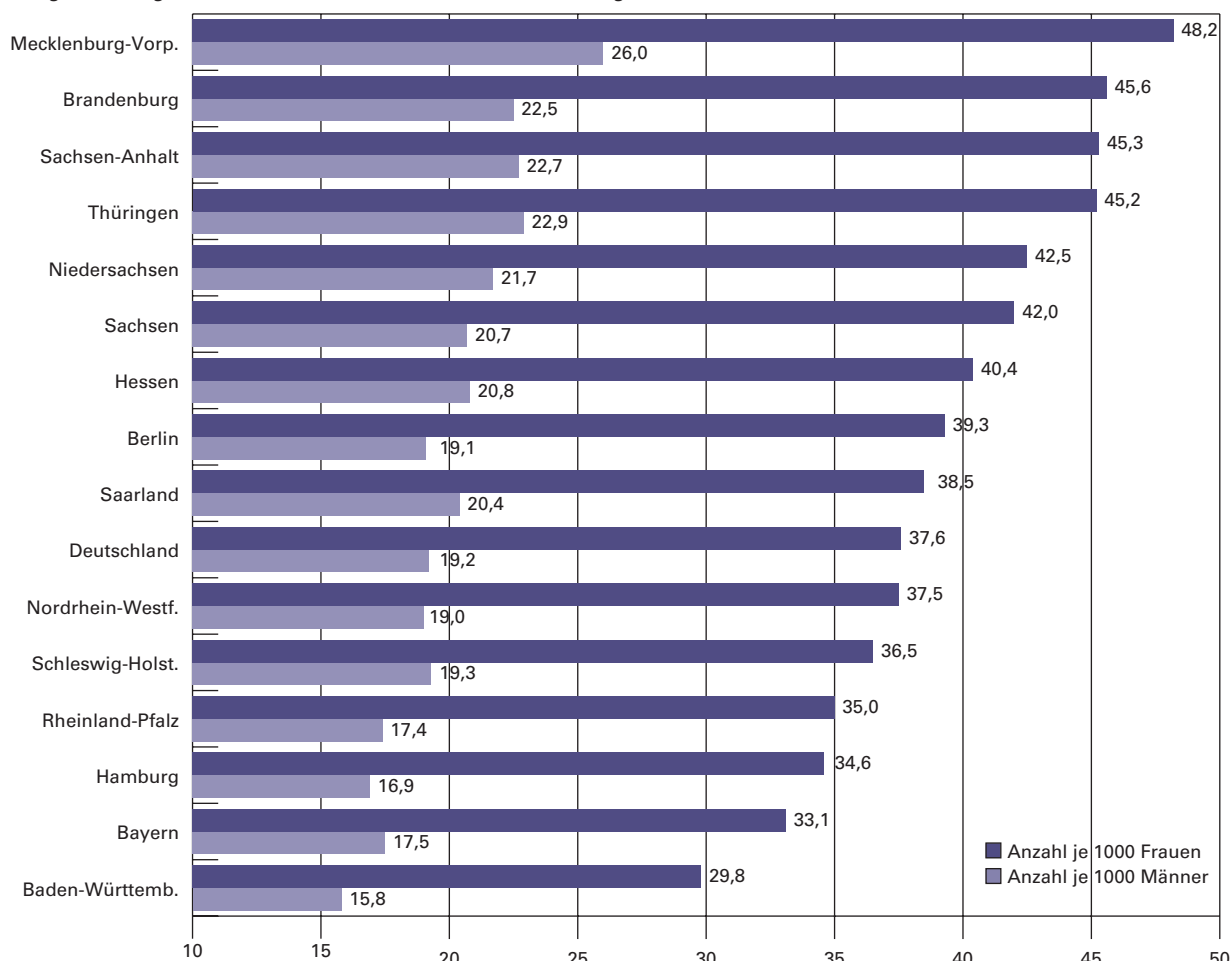
Im Dezember 2009 waren 2,34 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes, die Mehrheit (67%) waren Frauen. 68% der Pflegebedürftigen waren 75 Jahre und älter, 35% waren 85 Jahre und älter.

Mit 19 von 1000 Männern und 38 von 1000 Frauen war der Anteil der pflegebedürftigen Männer nur halb so hoch wie der der Frauen. Die Pflegequoten in den Bundesländern variieren bei den Frauen zwischen 30 in Baden-Württemberg und 49 in Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Männern lag die Spannbreite zwischen knapp 16 in Baden-Württemberg und 26 in Mecklenburg-

Vorpommern. Bayern hat sowohl bei den Männern (17,5) als auch bei den Frauen (33,1) niedrige Pflegequoten, hier sind die Menschen im Alter weniger pflegebedürftig als im Bundesdurchschnitt.

Pflegebedürftigkeit tritt überwiegend erst im Alter ein und nimmt mit hohem Alter stark zu. Auffallend ist, dass Frauen etwa ab dem 80. Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufweisen als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt in Bayern z.B. bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen die Pflegequote 39%, bei den Männern gleichen Alters hingegen lediglich 27%.

Pflegebedürftige 2009 nach Geschlecht im Bundesländervergleich*



Quelle: Pflegestatistik 2009 des Statistischen Bundesamtes

* ohne Werte für Bremen (im Deutschlandergebnis enthaltene Schätzwerte sind nicht hinreichend genau für eine Beschreibung der Situation in Bremen)

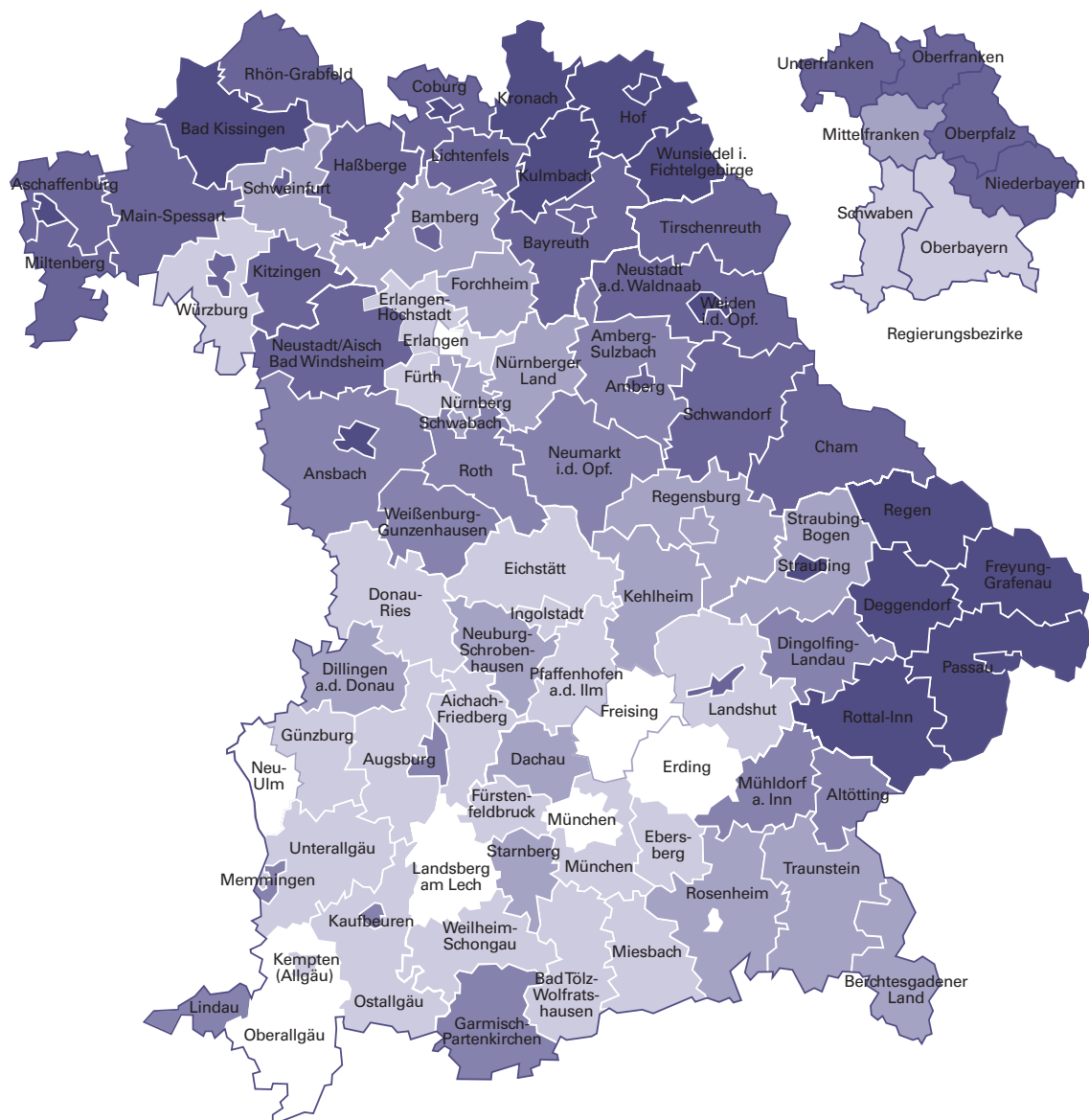
Anteil der Pflegebedürftigen regional

Der geringste Anteil der Pflegebedürftigen ist im Landkreis Freising mit 15,5 Pflegebedürftigen pro 1.000 Einwohner feststellbar.

In der Stadt Passau ist die Pflegebedürftigkeit mehr als dreimal so hoch.

Ein durchgängig überdurchschnittlich hoher Anteil Pflegebedürftiger ist im Osten und Norden Bayerns zu beobachten, was im Wesentlichen durch die Altersstruktur der dortigen Bevölkerung bedingt ist (Abwanderung Jüngerer, Verbleib Älterer in diesen Regionen).

Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner – Jahresende 2009



Zahl der Pflegebedürftigen je 1.000 Einwohner

	Häufigkeit		Häufigkeit
□ bis unter 20	7	■ 26 bis unter 29	13
■ 20 bis unter 23	20	■ 29 bis unter 35	20
■ 23 bis unter 26	19	■ 35 oder mehr	17

Minimum: Landkreis Freising 15,5

Bayern: 25,5

Maximum: Stadt Passau 49,1

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.8 PFLEGEVERSICHERUNG, PFLEGEBEDÜRFTIGE, PFLEGEHEIMPLÄTZE

Regionale Unterschiede bei den Pflegeheimpflegeplätzen 2009

Ende 2009 standen in insgesamt 1.633 Pflegeheimen und teilstationären Pflegeeinrichtungen 125.500 Plätze zur Verfügung. Fast 97 % davon sind Plätze in Pflegeheimen für ältere Menschen. Die restlichen Plätze verteilen sich auf Pflegeheime für Behinderte, psychisch Kranke sowie Schwerkranke und Sterbende.

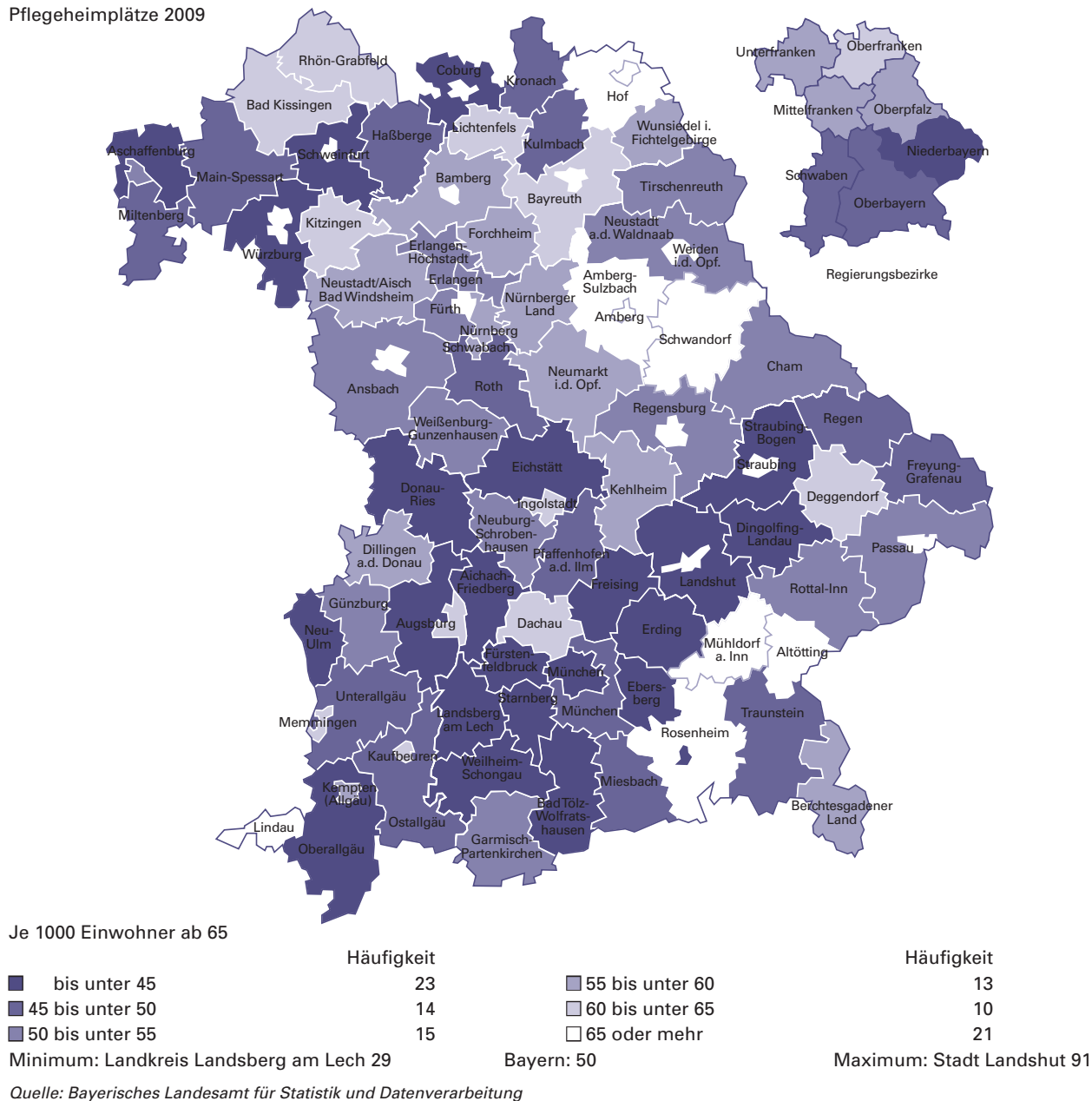
In Bayern kommen 50 Pflegeheimplätze auf je 1.000 Einwohner ab 65 Jahren.

Im regionalen Vergleich liegt Oberfranken mit 61 am weitesten über dem bayerischen Durchschnitt. Nieder-

bayern verzeichnet dagegen mit 44 die geringste Zahl an Pflegeheimplätzen. Allerdings weicht die regionale Struktur der Pflegebedürftigkeit (vgl. vorstehende Abbildung oben) von der regionalen Verteilung der Pflegeheimpflegeplätze deutlich ab, was auch auf unterschiedliche Wohn- und Pflegeformen hinweist sowie auf Standorte einzelner größerer Heime, deren Einzugsgebiet über Stadt- und Landkreisgrenzen hinausreicht.

Im Städtevergleich lagen 2009 Landshut mit 91 Plätzen und Passau mit 90 Plätzen an der Spitze.

Pflegeheimplätze 2009



5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.9 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Bayern liegt beim Elterngeld für Geburten im 1. Halbjahr 2009 mit einer Väterquote von 30,1 % zusammen mit Sachsen an der Spitze

Der Anteil der Väter mit Elterngeldbezug liegt mit 30,1 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 23,2 %.

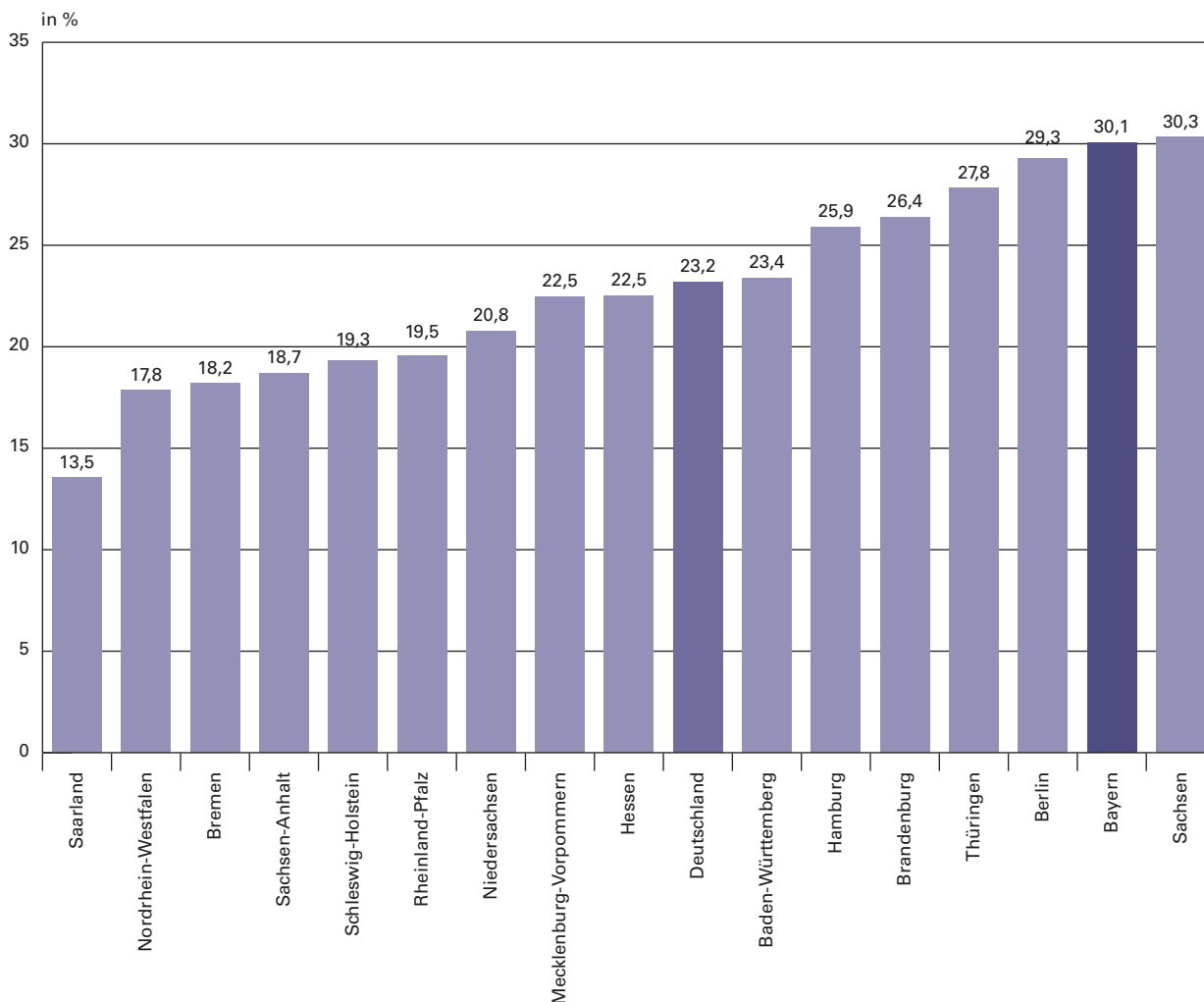
Insgesamt 323.000 (davon 51.000 in Bayern) Väter und Mütter haben für ihre im 1. Halbjahr 2009 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. In Bayern ist die „Väterquote“ gegenüber den im Jahr 2008 geborenen Kindern um 3,1 Prozentpunkte gestiegen.

Väter beziehen nach wie vor deutlich kürzer Elterngeld als Mütter. Bundesweit haben rund drei von vier Vätern nur für zwei Monate Elterngeld in Anspruch genommen. Mütter hingegen bezogen bundesweit in neun von zehn Fällen das Elterngeld für zwölf Monate. Die durchschnitt-

liche Bezugsdauer betrug bei Vätern in Bayern 3 Monate, bei Müttern 11,7 Monate. In Bayern ist der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, am höchsten, die Bezugsdauer des Elterngeldes ist jedoch die niedrigste.

Unterschiede zeigen sich auch in der Höhe des Elterngeldanspruchs. Ungefähr die Hälfte der Mütter (Deutschland 52 %, Bayern 46,5 %) hatte einen Elterngeldanspruch von unter 500 Euro, dagegen erhielt nur jeder vierte bzw. fünfte Vater (Deutschland 24,5 %, Bayern 18,6 %) weniger als 500 Euro Elterngeld.

Elterngeld für Geburten von Januar bis Juni 2009 – Anteil der Väter mit Elterngeldbezug



Quelle: Statistisches Bundesamt „Statistik zum Elterngeld-Gemeldete beendete Leistungsbezüge für im ersten Halbjahr 2009 geborene Kinder“

5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.9 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Regionale und geschlechterspezifische Unterschiede bei der Höhe des Elterngeldanspruchs

Das 2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt. Es ersetzt 65 bis 67 % des bisherigen Nettoeinkommens – bis maximal 1.800 Euro pro Monat. Der Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro wird auch gezahlt, wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde.

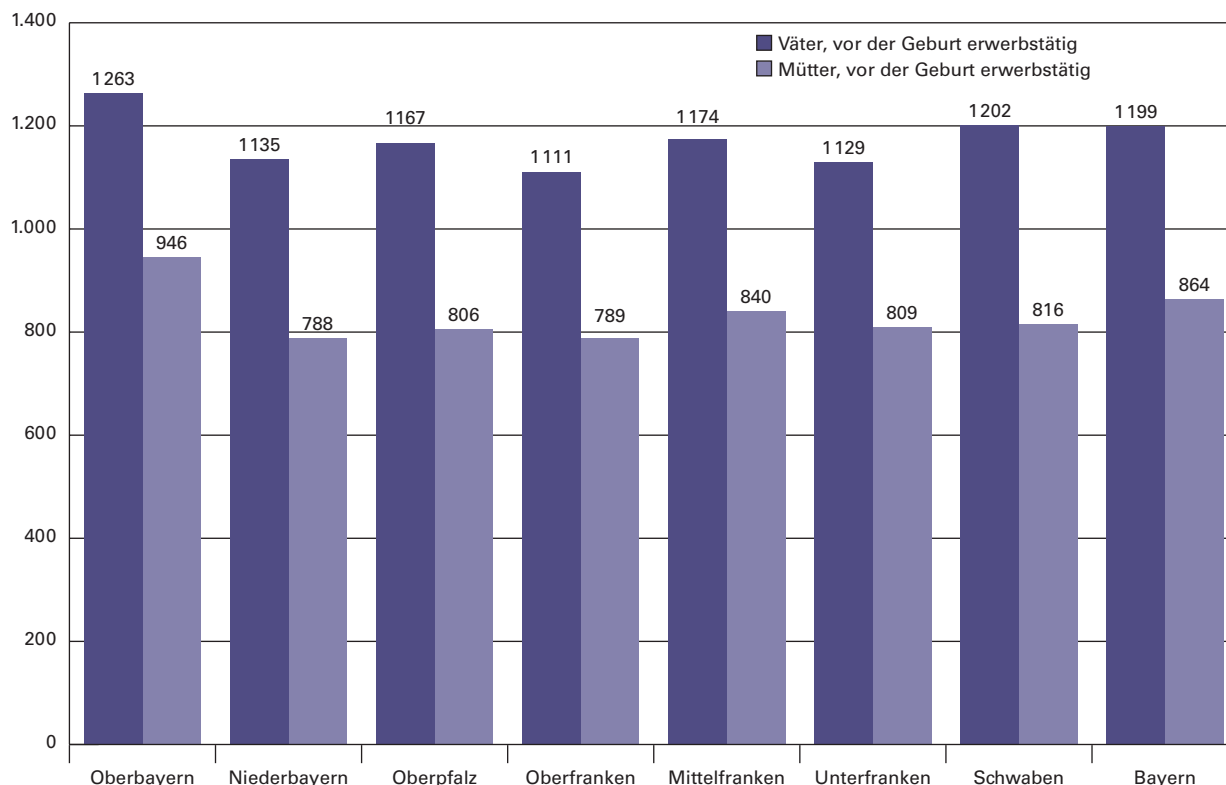
Von den rund 29.000 Vätern in Bayern, die für ihr 2008 geborenes Kind Elterngeld in Anspruch genommen haben, waren rund 88 % vor der Geburt erwerbstätig, von den rund 101.500 Müttern nur 61,2%.

Während vor der Geburt erwerbstätige Väter bayernweit einen durchschnittlichen Elterngeldanspruch von 1.199 Euro hatten, lag dieser für Mütter mit 864 Euro um 28 % niedriger.

Die höchsten Elterngeldansprüche hatten erwerbstätige Väter im Regierungsbezirk Oberbayern (1.263 Euro) und im Regierungsbezirk Schwaben (1.202 Euro), den geringsten Anspruch hatten Väter in den Regierungsbezirken Oberfranken (1.111 Euro) und Unterfranken (1.129 Euro).

Vor der Geburt des Kindes erwerbstätige Mütter hatten ebenfalls im Regierungsbezirk Oberbayern den höchsten Elterngeldanspruch (946 Euro). Im Regierungsbezirk Niederbayern gab es mit 788 Euro für Mütter den geringsten Anspruch.

Durchschnittliche Höhe des Elterngeldanspruchs im 1. Bezugsmonat – für im Jahr 2008 geborene Kinder



Quelle: Statistisches Bundesamt „Elterngeld für Geburten 2008 nach Kreisen“, erschienen am 3.8.2010

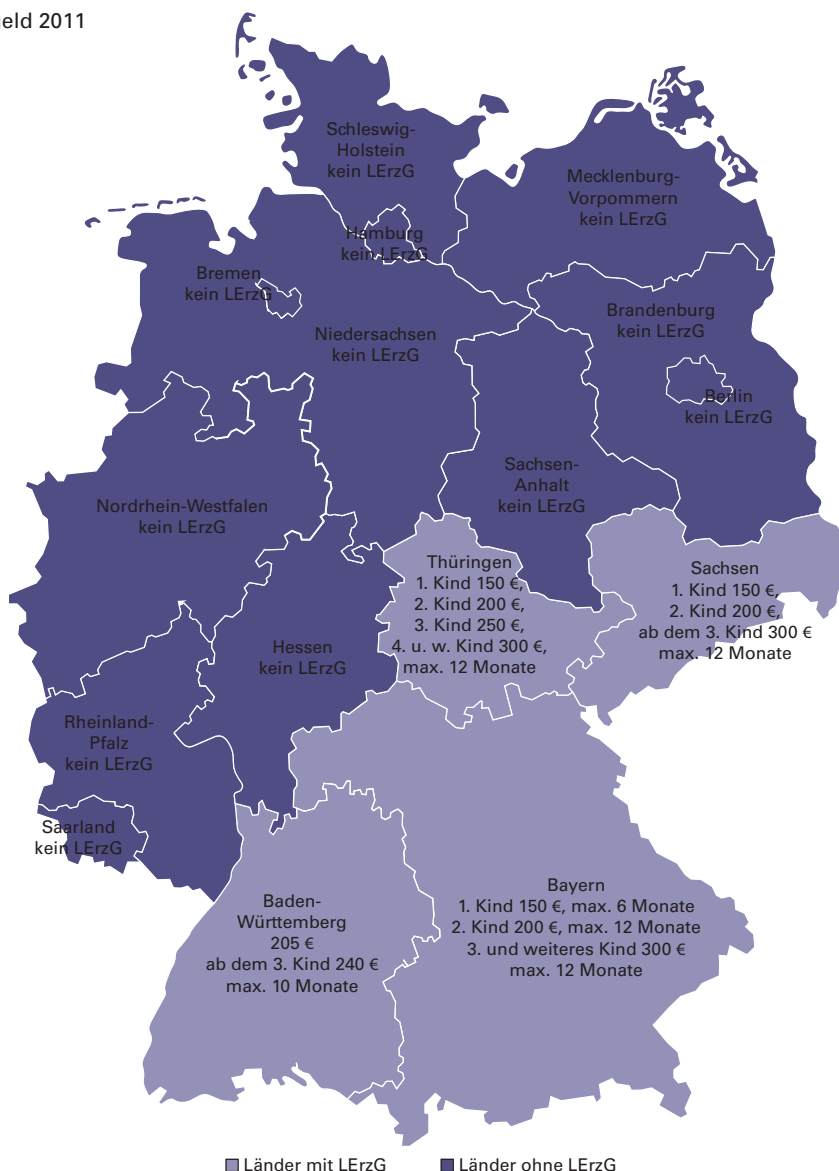
Landeserziehungsgeld in Bayern als eigene Familienleistung

Landeserziehungsgeld als eigene Familienleistung wird im Freistaat Bayern seit dem Jahr 1989 als einem von nur vier Bundesländern als Anerkennung der familiären Erziehung, Unterstützung der Wahlfreiheit und wichtige Einkommensergänzung gewährt. Das Landeserziehungsgeld ist als unmittelbare Anschlussleistung an das Bundeselterngeld ausgestaltet. Der Freistaat Bayern konnte Familien damit bisher mit über 2,6 Mrd. € (1989 bis 2010) unterstützen. Durch die deutliche Erhöhung der Einkommensgrenzen für Geburten ab 01.04.08 (auf 25.000 € Paare - 22.000 € Alleinerziehende) konnte die Inanspruchnahme wesentlich erhöht werden. Derzeit beziehen etwa 44 % aller Eltern Landeserziehungsgeld mit steigender Tendenz.

Das Landeserziehungsgeld beträgt für das erste Kind monatlich 150 Euro, für das zweite Kind 200 Euro und für das dritte und weitere Kinder 300 Euro. Das Landeserziehungsgeld wird für das erste Kind für 6 Monate und für jedes weitere Kind für zwölf Monate gewährt.

Das Landeserziehungsgeld wird von den Eltern außerordentlich hoch akzeptiert: So sagten z.B. 86 % der Eltern, dass diese Leistung ihnen in ihrer finanziellen Situation deutlich geholfen habe, bei 71 % trägt das Landeserziehungsgeld wesentlich zur Entspannung der finanziellen Situation in der Familie bei. Rund drei Viertel der Eltern geben an, die Leistung erleichtere es ihnen, ihre Kinder selbst zu betreuen. Viele empfinden das Landeserziehungsgeld als eine Wertschätzung ihrer Erziehungsleistung.

Landeserziehungsgeld 2011



5. SOZIALE LEISTUNGEN

5.9 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Betreuungsquote der unter 3-Jährigen: Rasch ansteigend

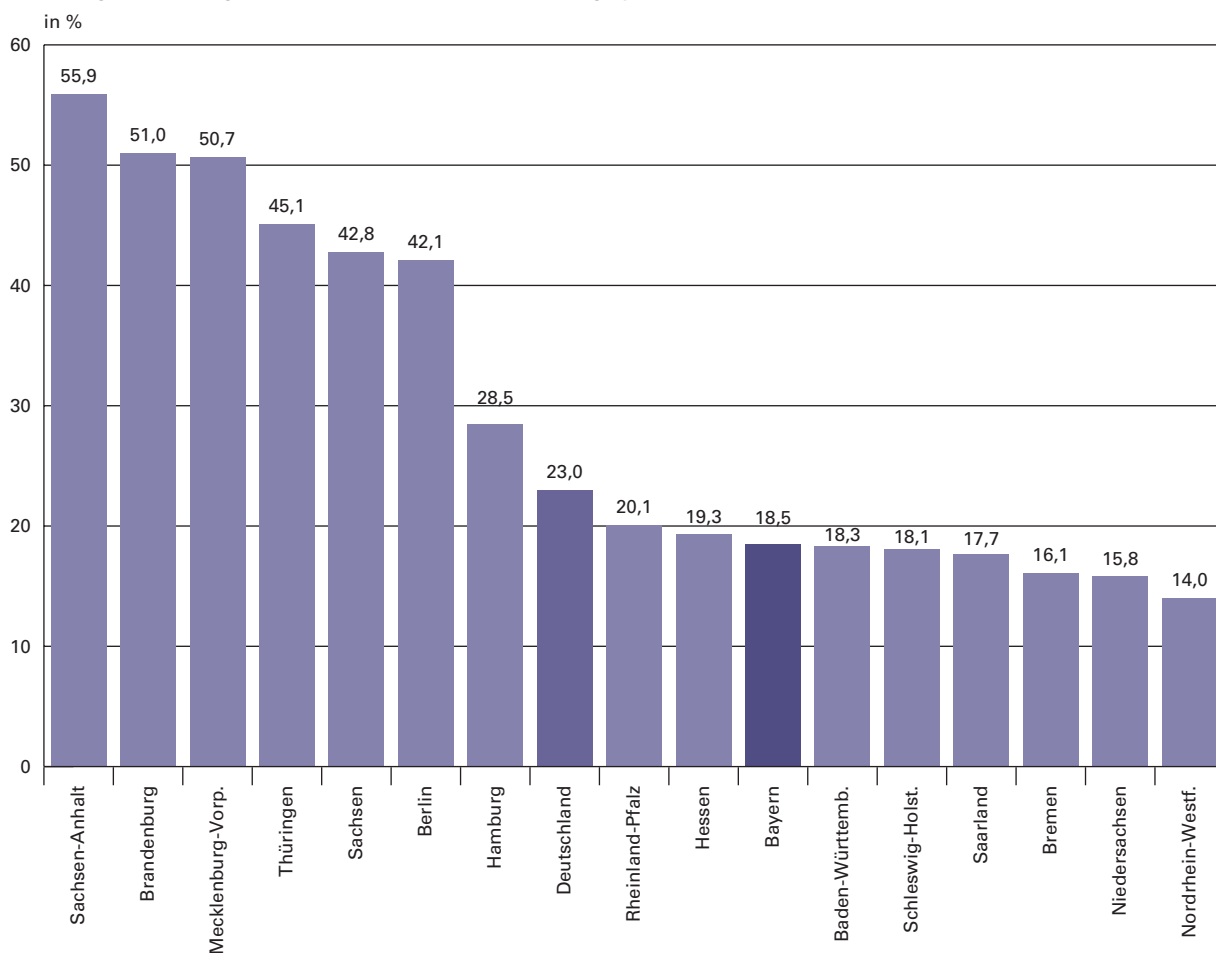
In Bayern haben im Jahr 2010 die Eltern von rund 59.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe entsprach in 2010 18,5%. Der Anteil hat sich bereits 2006 bis 2010 mehr als verdoppelt.

Im laufenden Kindergartenjahr 2011 stehen in Bayern bereits rund 85.000 Plätze für unter 3-Jährige zur Verfü-

gung, das entspricht einem Versorgungsgrad von etwa 25%, für 2013/2014 wird ein Versorgungsgrad von rund 36% anvisiert.

Bundesweit belief sich die Betreuungsquote zum 01.03.2010 auf 23%. Sehr hohe Betreuungsquoten verzeichnen weiterhin die neuen Bundesländer, in den alten Flächenländern haben nur Rheinland-Pfalz und Hessen geringfügig höhere Betreuungsquoten als Bayern.

Kindertagesbetreuung* – Kinder unter 3 Jahren – Betreuungsquote 2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen

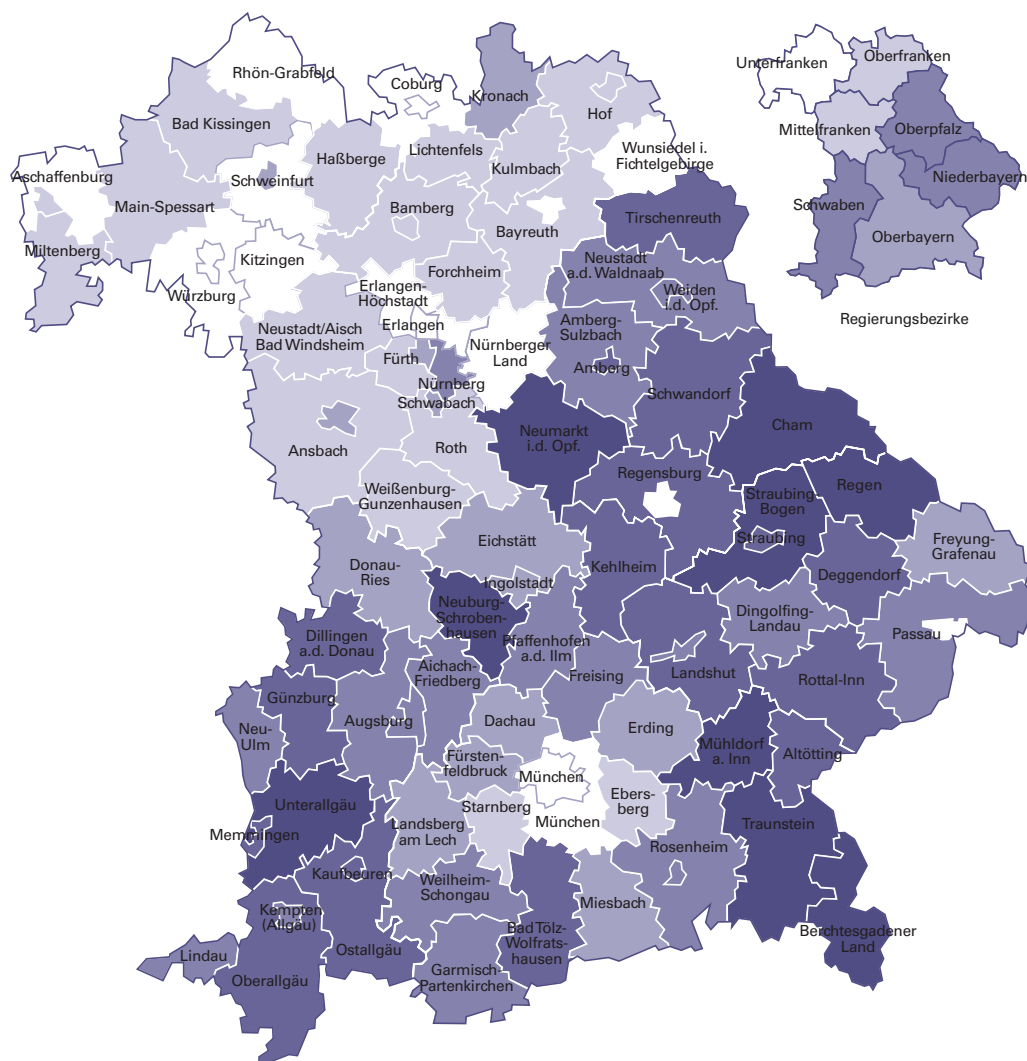
** Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2010

Regionale Betreuungsquoten 2010

Die in 2010 landesweite Betreuungsquote von 18,5% bei den unter 3-Jährigen in einer Kinderbetreuungseinrichtung verteilt sich regional unterschiedlich mit Regionen unter 10% und solchen über 25%: Während in der Stadt Coburg fast jedes 3. Kind einen Krippenplatz hat, war im Landkreis Mühldorf nur jedes 13. Kind in einer Krippe.

Im Regierungsbezirk Unterfranken liegt mit 25,3% die beste Versorgung mit Betreuungseinrichtungen vor, während in Niederbayern nur 13,1% der unter 3-Jährigen außerhalb des Elternhauses betreut werden. Bis auf das Einzugsgebiet von München hat Bayern unterhalb einer von Südwesten nach Nordosten verlaufenden Linie tendenziell deutlich weniger externe Kleinkindbetreuung als oberhalb dieser Linie.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen – Betreuungsquote 2010



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, je 100 Kinder in dieser Altersgruppe

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter 10	9	■ 16 bis unter 20	14
■ 10 bis unter 13	17	■ 20 bis unter 25	21
■ 13 bis unter 16	19	□ 25 oder mehr	16
Minimum: Landkreis Mühldorf 7,4		Bayern: 18,5	Maximum: Stadt Coburg 32,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

5. SOZIALE LEISTUNGEN

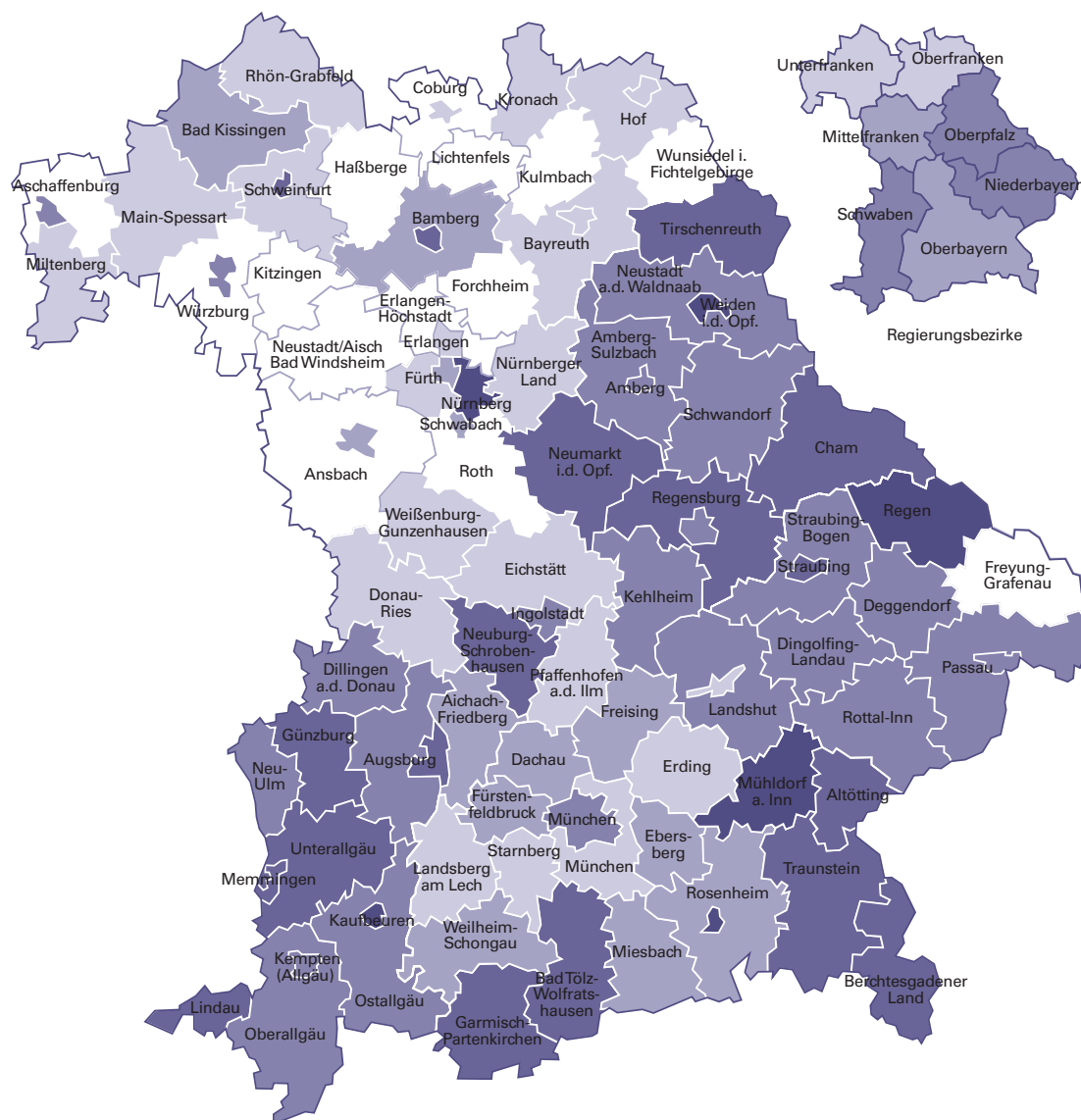
5.9 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Mehr als Verdoppelung der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in externen Betreuungseinrichtungen innerhalb von 4 Jahren

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, steigt kontinuierlich an. Allein im Zeitraum 2006 bis 2010 hat sich die Betreuungsquote bayernweit von 8,2% in 2006 auf 18,5% in 2010 mehr als verdoppelt.

Eine Steigerung ist in jedem der 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte zu verzeichnen.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen – Veränderung der Betreuungsquoten seit 2006



Veränderung der Betreuungsquote 2010 gegenüber 2006 in Prozentpunkten

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter 6	6	■ 10 bis unter 12	12
■ 6 bis unter 8	18	■ 12 bis unter 14	22
■ 8 bis unter 10	24	□ 14 oder mehr	14
Minimum: Landkreis Mühldorf 4,1		Bayern: 10,4	Maximum: Landkreis Coburg 21,4

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Betreuungsquote bei zweijährigen Kindern in 15 Landkreisen und 2 kreisfreien Städten in Bayern schon über 50 %

Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen werden nicht nur auf regionaler Ebene Unterschiede deutlich, sondern in erster Linie bei einem Vergleich der Einzelaltersjahre.

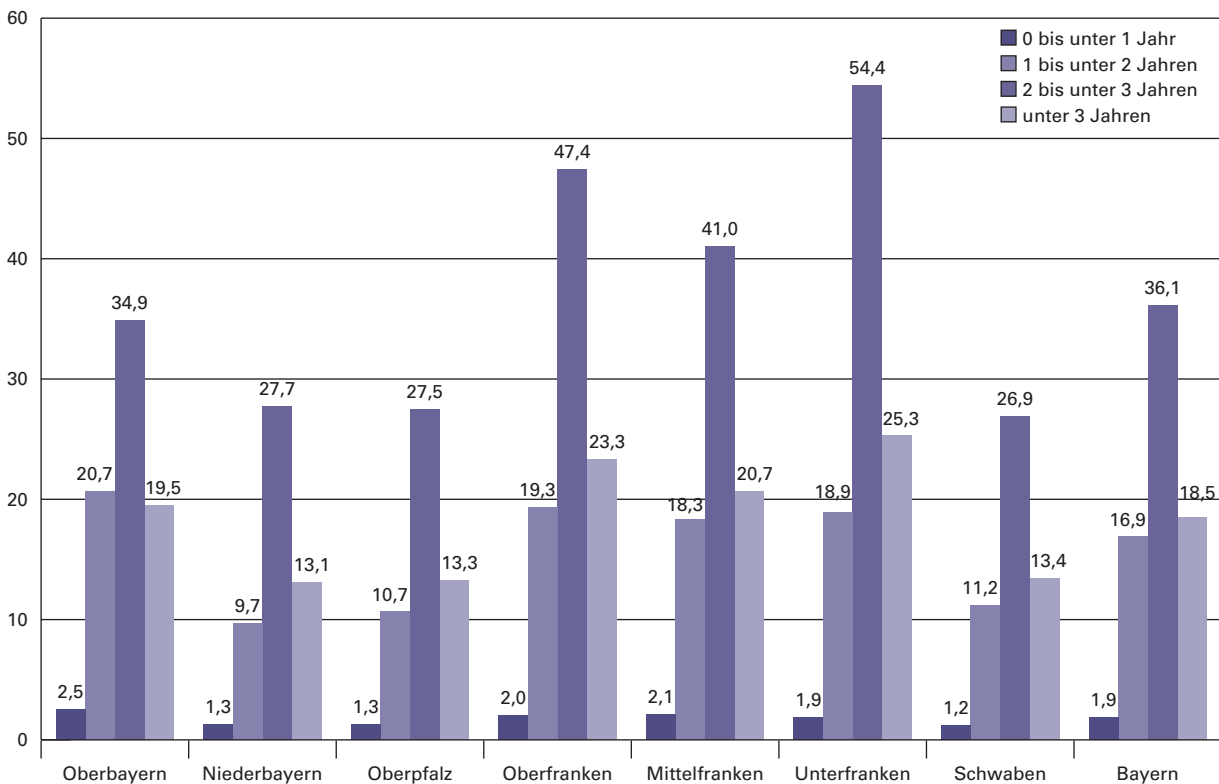
Während bayernweit nicht einmal jedes 50. Kind (1,9%) unter einem Jahr in Kindertagesbetreuung war, steigt der Anteil bei den 1-Jährigen (16,9%) und 2-Jährigen (36,1%) deutlich an.

Bei den Kindern im Alter von einem Jahr lag die Betreuungsquote zum Großteil bei unter 15% (in 52 von 96 Kreisen). Die höchsten Betreuungsquoten der 1-Jäh-

rigen gab es am 1. März 2010 im Landkreis München (31%) und in der Stadt Erlangen (30,8%).

In Unterfranken wurde im März 2010 bereits mehr als jedes zweite Kind (54,4%) mit zwei Jahren in einer Kindertagesbetreuung oder durch eine Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut, während in Niederbayern nur jedes vierte 2-jährige Kind ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege war.

Kindertagesbetreuung* – Kinder unter 3 Jahren – Betreuungsquoten 2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen

** Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2010

5. SOZIALE LEISTUNGEN

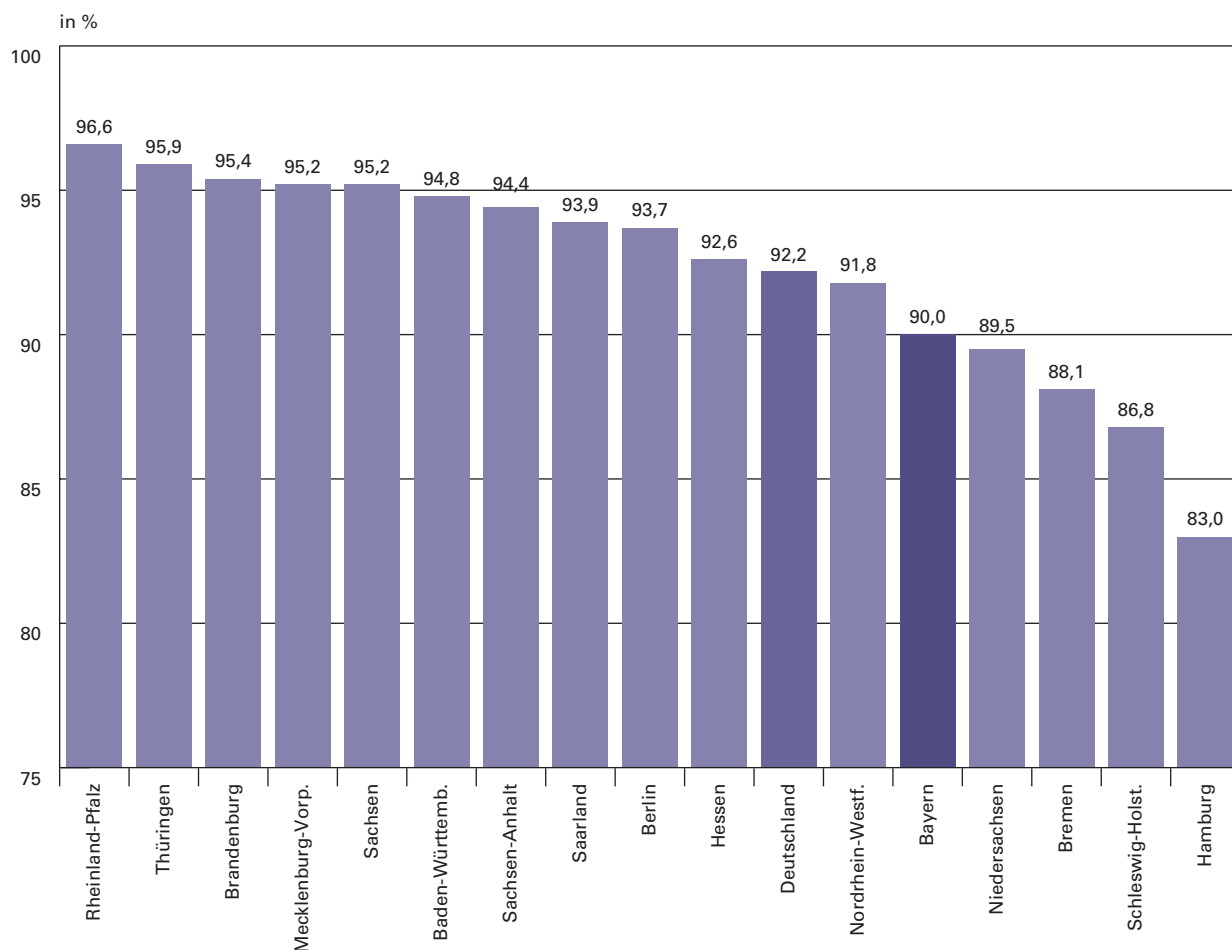
5.9 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen

In Bayern haben im Jahr 2010 die Eltern von rund 295.000 Kindern von 3 bis unter 6 Jahren Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe entsprach demnach 90%.

Bundesweit beläuft sich die Betreuungsquote auf 92,2%. Spitzenreiter ist Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 96,6%, das Schlusslicht Hamburg verzeichnet einen Anteil von 83%.

Kindertagesbetreuung* – Kinder von 3 bis unter 6 Jahren – Betreuungsquote 2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen

** Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2010

In über der Hälfte der Kreise besteht mit einer Quote von 90 % und mehr nahezu eine Vollversorgung bei der Betreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

2010 besuchten in Bayern 90% der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren eine Kinderbetreuungseinrichtung.

In Nordbayern ist die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe höher als in Südbayern.

Bis auf sieben Landkreise und eine kreisfreie Stadt liegt in allen Kreisen eine Betreuungsquote von über 85 % vor. In der Stadt Weiden besuchten sogar fast alle Kinder (99,8%) zwischen drei Jahren und unter 6 Jahren eine Betreuungseinrichtung.

Kindertagesbetreuung der 3- unter 6-Jährigen – Betreuungsquote 2010



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, je 100 Kinder in dieser Altersgruppe

	Häufigkeit		Häufigkeit
■ bis unter 86	9	■ 90 bis unter 92	19
■ 86 bis unter 88	15	■ 92 bis unter 95	24
■ 88 bis unter 90	18	□ 95 oder mehr	11
Minimum: Lkr. Berchtesgadener Land 78,5		Bayern: 90,0	
		Maximum: Stadt Weiden 99,8	

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



ÜBERBLICKSKARTE DER LANDKREISE UND KREISFREIEN STÄDTE IN BAYERN



www.zukunftsmuseum.bayern.de



Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Winzererstr. 9, 80797 München
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@stmas.bayern.de
Gestaltung: CMS - Cross Media Solutions GmbH, Würzburg
Bildnachweis: Fotolia, Goodluz
Druck: bonitasprint, Würzburg
Gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)
Stand: November 2011
Artikelnummer: 10010353
Bürgerbüro: Tel.: 089/12 61-16 60, Fax: 089/12 61-14 70
Mo. bis Fr. 9.30 bis 11.30 Uhr und Mo. bis Do. 13.30 bis 15.00 Uhr
E-Mail: Buergerbuero@stmas.bayern.de



Aufbruch Bayern. Für Ihre Zukunft.
Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Menschen in Bayern.
Wir stärken die Familien. Wir sorgen für beste Bildung. Wir setzen auf Innovation.
Für die Arbeitsplätze von morgen. Für eine erfolgreiche und lebenswerte Heimat.
Für beste Chancen überall in Bayern. www.aufbruch.bayern.de



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?
BAYERN DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.
Unter Telefon 089/12 22 20 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de
erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen
Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen
Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.